

UB Braunschweig

84



10262-933-4

*Von H. Meyer* *Triller*

# Wegweiser

durch die Geschäfte

eines

# Gemeindevorstehers

im

Herzogtum Braunschweig.

---

Zusammengestellt

im Auftrage des Herzogl. Staatsministeriums

von

C. Langerfeldt

Kreisdirektor.

---

Dritte Auflage.



Braunschweig 1906.

Druck und Verlag von Joh. Heinr. Meyer.



## Vorwort zur ersten Auflage.

Kein Sachkundiger wird leugnen, daß der 22. ordentliche Landtag des Herzogtums Braunschweig einem wirklich vorhandenen und vielseitig empfundenen Bedürfnisse Ausdruck gab, indem er an die Herzogl. Landesregierung den Antrag richtete, „ein die wichtigsten Reichs- und Landesgesetze wiedergebendes oder jene doch nachweisendes Handbuch, welches zugleich als Dienstinstruktion für Gemeindevorsteher benutzt werden könne, oder neben einem Handbuche solcher Art eine besondere kurz gefaßte Dienstinstruktion für Gemeindevorsteher auf Staatskosten anfertigen und zum Verkauf zu billigem Preise bereit stellen zu lassen;“ keiner der Beteiligten wird nicht Freude darüber empfinden, daß die Herzogl. Landesregierung diesem Antrage alsbald stattzugeben sich hat bereit finden lassen. Ob sie bei der Wahl des Verfassers des Büchleins das Richtige getroffen hat, dafür hat sie ja zunächst allein die Verantwortung zu tragen, und andere mögen das nach dem Erfolge beurteilen; so viel kann ich aber sagen, daß ich mit Lust und Liebe an die Zusammenstellung des Nachfolgenden herangetreten bin, denn wer hätte mehr Gelegenheit als ein Kreisdirektor, das auch vom Landtage bezeugte Bedürfnis als dringlich zu erkennen, wer könnte lebhafter den Wunsch haben, den Gemeindevorstehern ihr dornen-, sorgen- und arbeitsreiches Amt nach aller Tunlichkeit zu erleichtern? Den behufs der Geschäftsanweisung und Beeidigung vor mir erschienenen neu gewählten Gemeindevorstehern habe ich bisher nie etwas anderes sagen können, als das: „Was Sie als Gemeindevorsteher im einzelnen zu tun haben, das kann ich Ihnen unmöglich in diesen paar Minuten hier auseinandersetzen; Sie müssen es mit der Zeit lernen und herauslesen aus den 80 Jahrgängen Braunschweigischer Gesetz- und Verordnungs-Sammlung, den 27 Jahrgängen Bundes- und Reichsgesetzblatt, den in der Gemeinderegistratur aufbewahrten älteren und neueren leitenden Verfügungen und den als Beispiele zu benutzenden Vorgängen. Beeidigen will ich Sie nur darauf, daß Sie mit **Treue und Gewissenhaftigkeit** alle die Geschäfte wahrnehmen wollen, welche, wie Sie erfahren werden, an Sie, als den Gemeindevorsteher, herantreten.“ Ich muß selbst sagen, es war ein schlechter Trost für mich sowohl wie für den neuen Gemeindevorsteher, ihn so abspießen zu müssen, und ich bin allein schon deshalb mit großer Freude an die Arbeit gegangen, weil sie dasjenige

in der Kürze darstellen soll, was es mit dem Amte eines Gemeindevorstehers auf sich hat und worauf er seinen Dienst leisten soll.

„In der Kürze“ soll die Arbeit dies darstellen; je kürzer desto besser; denn man soll dem Gemeindevorsteher nicht mehr zumuten zu lesen, als zur Erledigung der ihm obliegenden Arbeiten unbedingt nötig. Ein zum praktischen Gebrauche Laien dienliches, leicht zu handhabendes Büchlein sollte geliefert werden, nicht etwa ein für juristisch vorgebildete Beamte bestimmtes, den Gesamtstoffs der Reichs- und Landesgesetzgebung umfassendes Lehrbuch. Der Staatsbeamte muß das Ganze beherrschen und selbst im Dunkeln sich darin zurechtfinden können; der ein Ehrenamt bekleidende Laie bedarf nur eines deutlichen Wegweisers in den ihm vorkommenden Geschäften.

Also auch nur ein Wegweiser ist dies Büchlein. Das schwere Geschöpf der Gesetz- und Verordnungs-Sammlungen wird dadurch nicht ersetzt oder überflüssig gemacht. Dem Gemeindevorsteher kann nicht erspart bleiben, nötigenfalls auch noch die Gesetzbücher selbst zur Hand zu nehmen und sich daraus nähere Unterweisung zu holen. Es hat nicht als richtig angesehen werden können, etwa die wichtigsten Reichs- und Landesgesetze hier nochmals in ihrem Wortlaute abdrucken zu lassen. Das Buch würde dadurch zu umfangreich, zu teuer, zu unhandlich geworden sein. Befinden sich doch auch die Gemeindevorsteher so wie so schon im Besitze der Gesetze und Verordnungen (vergl. Landesherrliche Verordnung vom 5. Januar 1814 Nr. 2 S. 2 und Landesgesetz vom 4. Februar 1868 Nr. 19 Seite 41); wozu ihnen also nochmals einen Abdruck der Gesetze in die Hand geben? Was nötig war, war nur ein zuverlässiger und leicht verständlicher Hinweis darauf, wie und wo nähere Belehrung über die einzelnen Gegenstände zu schöpfen sei; und der Wegweiser erfüllt seine Pflicht, wenn er in dieser Weise wenigstens alle Wege bezeichnet, welche der Gemeindevorsteher zu gehen im gewöhnlichen Laufe der Dinge einmal in die Lage kommen kann.

Dazu kommt auch noch, daß viele der am meisten zur Anwendung zu bringenden Reichsgesetze pp. in handlichen Sonderausgaben durch den Buchhandel zu beziehen sind und deren Beschaffung manchem Gemeindevorsteher zu empfehlen ist. An einigen Stellen des Wegweisers ist hierauf ausdrücklich hingewiesen. —

Bei Abfassung des Wegweisers ist mir von vielen Seiten auf Bitten freundliche und zum Teil umfangreiche Hülfe zuteil geworden, besonders bezüglich derjenigen Amtsgeschäfte des Gemeindevorstehers, welche nicht unter der unmittelbaren Aufsicht der Kreisdirektion zu erledigen sind. Allen, welche mir in dieser Beziehung hilfreich gewesen sind, sage ich auch noch auf diesem Wege meinen herzlichsten Dank.

Mit solchem Danke verbinde ich aber endlich auch noch die Bitte, daß alle, welche den Wegweiser in Gebrauch nehmen, sich die Mühe nicht verdrießen lassen möchten, denselben immer mit recht kritischen Blicken zu benutzen und mir keine, auch noch so geringfügig erscheinende Bemerkung vorzuenthalten, welche Fehler oder Lücken betreffen, wie sie das Buch ohne Zweifel mannigfach aufweisen wird. Bewährt es sich überhaupt als brauchbar, so wird sich doch unvermeidlich schon nach Verlaufe weniger

Jahre das Bedürfnis nach einer neuen Ausgabe herausstellen, denn die Maschine der Gesetzgebung arbeitet heutzutage raslos und schnell, und der Wegweiser muß, soll er ein zuverlässiges Hilfsmittel sein, stets auf dem Laufenden erhalten werden. Nichts aber könnte mir willkommener sein, als bei Bearbeitung einer neuen Auflage zahlreiche Winke praktischer Geschäftsmänner dankbar verwerten zu können.

Helmstedt, Oktober 1895.

**Der Verfasser.**

## **Vorwort zur zweiten Auflage.**

Schneller, als ich bei Abfassung der ersten Auflage annehmen zu müssen geglaubt hatte, schon nach vier Jahren hat sich das Bedürfnis nach einer zweiten geltend gemacht. Das mit dem 1. Januar 1900 in Kraft getretene Bürgerliche Gesetzbuch mit seinen vielen Begleitgesetzen und die grundsätzlichen Änderungen in Beziehung auf das Staats- und Gemeindesteuerverwesen, die Neuordnung der Invalidenversicherung und viele Einzelheiten auf dem Gebiete der Landes-Polizei und Verwaltung verlangten Berücksichtigung. Daß das Verlangen nach einer demgemäß zu gestaltenden zweiten Auflage sich hier und da geltend machte und ausgesprochen wurde, erschien als der beste Beweis dafür, daß der Wegweiser sich eingebürgert hat und benutzt wird. Ich bin deshalb auch mit großer Freude an die Bearbeitung der zweiten Auflage herangetreten, denn ich habe keinen größeren Wunsch, als den Gemeindevorstehern ihr schweres Amt in jeder möglichen Weise zu erleichtern.

Die Arbeit hatte sich meines Erachtens im wesentlichen nur auf Nachtragung neuerer Bestimmungen zu erstrecken; diese sind eingefügt, wo sie hingehören. Ganz neu sind nur die kurzen Paragraphen über die Realgenossenschaften (13) und über den Bergbau (32); wesentlich umgestaltet die über die Gemeindeabgaben (7), die Justizsachen (35) und die Staats-Einkommen- und Ergänzungssteuer (40).

Für die Förderung meiner Arbeit, die mir von vielen Seiten freundlichst zuteil geworden ist, habe ich auch an dieser Stelle herzlich zu danken, wie ich schließlich dann auch noch wiederholt bitte, mir behufs späterer Bewertung Bemerkungen über untergelaufene Fehler oder Wünsche in Beziehung auf Änderungen nicht vorenthalten zu wollen.

Braunschweig, Januar 1900.

**Der Verfasser.**

## Vorwort zur dritten Auflage.

In dem älteren Aktenschätze mancher Gemeinde insbesondere der Kreise Braunschweig, Wolfenbüttel und Helmstedt wird sich noch eine aus dem Jahre 1821 stammende „Anweisung für die Orts-Vorsteher“ vorfinden, welche ein Vorjahr des vorliegenden „Wegweisers“ und ein Beweis dafür ist, wie sich das Bedürfnis eines derartigen Hilfsmittels schon früher geltend gemacht hat. Das haben insbesondere auch die „Kreis-  
amt männer“ der damaligen Zeit empfunden, haben es deshalb mit Genugthuung begrüßt, als seitens der Fürstlichen Kammer im Jahre 1818 der Erlaß einer „Instruktion für Ortsvorsteher und Amtsgeschworenen“ in Aussicht gestellt wurde, und sind, als die dadurch erregte Hoffnung sich nicht erfüllte, vielmehr die Überzeugung Raum gewann, daß eine derartige Instruktion von der vorgesetzten Behörde nicht zu erhoffen sei, dieselbe auch nur von den mit dem ganzen Umfange der Geschäfte bekannten Kreisbeamten selbst ausgehen könne, auf eigene Faust vorgegangen. Der damalige Middagshäuser Kreisamtmann — spätere Stadt-Braunschweigische Magistratsdirektor Bode zu Braunschweig ist es denn gewesen, welcher im Jahre 1821 dem Wunsche die Tat hat folgen lassen, und sein Kollege, der damalige Bettmarsche Kreisamtmann, nachherige Landesdirektor Pini hat nicht nur mit Rat und Tat an dem Werke mitgeholfen, sondern hat das Büchlein auch in einem an verschiedene weitere Kollegen erlassenen Rundschreiben warm empfohlen, „da er selbst schon immer die Absicht gehabt habe, einen „Bauermeister-Katechismus“ auszuarbeiten, woran er nur durch Überlastung mit anderen Arbeiten verhindert worden, und da es doch notorisch sei, daß die Bauermeister oder Ortsvorsteher nur deshalb ihren Dienst schlecht versähen und den Beamten den Dienst erschwerten, weil sie ihre Verpflichtungen nicht kannten und überall keinen Leitsaden hätten, wonach sie sich richten könnten.“ — So ist denn die Bode-Pinische Arbeit im Jahre 1821 an die Ortsvorsteher und Geschworenen der Landgemeinden vieler der damaligen Kreisgerichtsbezirke ausgegeben und zwar haben jene dieselbe mit je 5 Gut Groschen für das Exemplar bezahlen müssen, ein Preis, welcher für eine 32 Quart-Seiten umfassende lithographierte Druckschrift nicht absonderlich erheblich gewesen sein mag.

Dies ist alles, was ich über die Entstehungsgeschichte und das Schicksal jener „Anweisung für die Orts-Vorsteher“ habe ermitteln können; genauer zu sagen, wo sie zur Verteilung gelangt ist, wo nicht, — wie sie sich bewährt, ob sie neue Auflagen erlebt hat, das vermag ich nicht. Aber das alles hat auch nur ein geschichtliches Interesse. Die 135 kurzen Paragraphen werden gewiß alles umfaßt haben, was der damalige Orts-Vorsteher wissen und wahrnehmen mußte, und es mag auch ganz sachgemäß gewesen sein, wenn in der Schlußbestimmung dem Orts-Vorsteher zur Pflicht gemacht war, jährlich am Tage nach dem Osterfeste die Anweisung vor versammelter Gemeinde öffentlich zu verlesen, damit auch die Untertanen über ihre und ihrer Vorsteher Rechte und Pflichten aufgeklärt würden; aber für die heutigen Verhältnisse paßt das allermeiste nicht mehr,

und wie vieles erst ist neu aufgekomen, wovon vor bald hundert Jahren noch gar keine Rede war.

Je umfangreicher, verwickelter und verantwortungsvoller die Amtstätigkeit des Gemeindevorstehers von heute geworden ist und weiter wird, mit um so größerer Freude ist dankbar anzuerkennen, daß die Herzogl. Landesregierung von heute anders wie die Fürstl. Kammer von 1818 den Gemeindevorstehern mit Herstellung eines Wegweisers beispringt, und auch mir ist es eine große Freude gewesen, meine schwachen Kräfte zum dritten Male in den Dienst dieser Arbeit stellen zu dürfen, welche den viel geplagten Gemeindevorstehern ihr Amt erleichtern soll.

Mein Wunsch wäre es wohl gewesen, mich kürzer zu fassen; auch der Verfasser der „Anweisung“ von 1821 hielt mit Recht Kürze für einen Vorzug; aber ich habe immer wieder vergeblich nach Stellen gesucht, wo ich kürzen könnte; es gab vielmehr sehr viel nachzutragen und insbesondere die einer völligen Umarbeitung bedürftigen Abschnitte, betr. das Dampfkesselfwesen (§ 19), das Medizinalwesen und die ansteckenden Krankheiten (§ 21), die Schlachtvieh-, Fleisch- und Trichinenschau (§ 22), das Gewerbewesen (§ 31), die Stempelsteuer (§ 40), — habe ich nicht kürzer als bisher abfassen mögen.

Dank sage ich auch an dieser Stelle wiederum allen denjenigen, welche mir bei der Arbeit geholfen haben, und es sind ihrer nicht wenige, die ich mit Zuschriften habe behelligen müssen; Dank insbesondere denjenigen, welche mir ohne besonderes Ersuchen schätzbare Winke erteilten. Möchten sich namentlich solche — auch aus dem Kreise der Gemeindevorsteher — auch in Zukunft recht viele finden.

Bad Harzburg, September 1905.

Der Verfasser.

# Inhalts-Verzeichnis.

## Erster Teil.

### I. Verfassung und Verwaltung der Landgemeinden.

	Seite
§ 1. Gemeinde und Gemeindegossen. . . . .	2
§ 2. Gemeinderat	
I. Amtliche Verhältnisse des Gemeinderats . . . . .	5
II. Zusammensetzung und Wahl des Gemeinderats. . . . .	6
III. Geschäftskreis des Gemeinderats. . . . .	7
IV. Geschäftsordnung . . . . .	8
§ 3. Gemeindevorsteher	
I. Dessen Anstellung . . . . .	9
II. Die Geschäfte des Gemeindevorstehers . . . . .	10
III. Die Art der Geschäftsführung. . . . .	11
§ 4. Hilfsbeamte und Gemeinbediener . . . . .	14
§ 5. Gemeinderechnung und Gemeindefasse	
I. Gemeinderechnung. . . . .	15
II. Kassen- und Buchführung. . . . .	18
§ 6. Gemeindevermögen und Schulden . . . . .	21
§ 7. Gemeindeabgaben	
I. Allgemeines . . . . .	24
II. Gemeinde-Einkommensteuer . . . . .	28
III. Realsteuern . . . . .	32
IV. Feststellung, Erhebung und Beitreibung. . . . .	32
V. Indirekte Gemeindesteuern . . . . .	33
§ 8. Armenpflege . . . . .	34
§ 9. Schulwesen	
I. Die Gemeindeschule . . . . .	42
II. Die Ausbildung nicht vollsinniger Kinder . . . . .	47
III. Die Fürsorge für verwahrloste Kinder . . . . .	48
IV. Fortbildungsschulen . . . . .	50
§ 10. Wegebau (Staatsstraßen, Kommunikationswege, Dorfstraßen, Feld- und Wannenwege) . . . . .	51
§ 11. Feuerhilfswesen (Feuerwehr-Ehrenzeichen) . . . . .	56
§ 12. Kirchliche Angelegenheiten	
1. Kirchenvorstand, Parochiallasten . . . . .	58
2. Ablösung der auf dem Kirchen- pp. Verbande beruhenden Abgaben und Dienste. . . . .	61
3. Verhältnisse der Katholiken . . . . .	61
§ 13. Realgenossenschaften . . . . .	61
§ 14. Verhältnis zur Kreis-Kommunal-Verwaltung. . . . .	62
§ 15. Staatsaufsicht und Disziplin. . . . .	64

## II. Orts- und landespolizeiliche Angelegenheiten.

	Seite
§ 16. Ortspolizei, Landespolizei, Gerichtspolizei . . . . .	67
§ 17. Fremdenpolizei und Paßwesen	
I. Aufenthalts-Anmeldung . . . . .	69
II. Bettler und Landstreicher (Zigeuner). . . . .	71
III. Paßwesen . . . . .	71
§ 18. Vereine und Versammlungen. . . . .	72
§ 19. Sicherheitspolizei	
I. Dampffesselwesen . . . . .	73
II. Aufzüge (Fahrstühle) . . . . .	75
III. Sprengstoffe und Mineralöle . . . . .	77
IV. Azetylen . . . . .	80
V. Handfeuerwaffen-Prüfung . . . . .	80
VI. Fahrräder. . . . .	80
VII. Fuhrwerksbezeichnung . . . . .	81
VIII. Hundefuhrwerke . . . . .	81
IX. Kraftfahrzeuge . . . . .	82
X. Schießstände . . . . .	82
§ 20. Ordnungs- und Sittenpolizei	
1. Sonntagsfeier . . . . .	83
2. Polizeistunde . . . . .	85
3. Öffentliche Tanzmusiken . . . . .	86
4. Kontubinat . . . . .	86
5. Unzüchtiges Umhertreiben . . . . .	86
6. Bekämpfung der Trunksucht . . . . .	87
7. Lotterien . . . . .	87
8. Glückspiele . . . . .	87
9. Kollekten . . . . .	87
§ 21. Gesundheitspolizei	
I. Medizinalwesen (Gebammen) . . . . .	87
II. Ansteckende Krankheiten . . . . .	89
III. Schutzpocken-Impfung . . . . .	92
IV. Geistesranke und Idioten . . . . .	94
V. Blinde und Taubstumme . . . . .	95
VI. Schlafgängerwesen und Arbeiterkasernen . . . . .	96
VII. Gifthandel. . . . .	97
VIII. Schlachthäuser . . . . .	99
IX. Begräbnis und Begräbnisplätze . . . . .	99
§ 22. Nahrungsmittelpolizei	
I. Schlachtvieh- und Fleischschau . . . . .	100
II. Trichinenschau . . . . .	104
III. Verkehr mit Nahrungs- und Genußmitteln und Gebrauchsgegen- ständen . . . . .	106
§ 23. Viehseuchen . . . . .	108
§ 24. Baupolizei. . . . .	118
§ 25. Feuerpolizei. . . . .	121
§ 26. Straßen- und Wegepolizei . . . . .	123
§ 27. Wasser- und Flußpolizei . . . . .	124
§ 28. Feld- und Forstpolizei	
I. Feldpolizei. . . . .	127
II. Forstpolizei . . . . .	130

§ 29. Jagd und Fischerei	Seite
I. Jagdrecht	131
II. Jagdschutz	133
III. Vogelschutz	134
IV. Fischerei	135
§ 30. Gesindewesen	136
§ 31. Gewerbewesen	138
I. Im Allgemeinen	141
II. Gewerbe-Anmeldung	144
III. Konzessions-Gewerbe	144
IV. Gewerbebetrieb im Umherziehen	146
V. Zünften	147
VI. Sonntagsruhe im Gewerbebetriebe	148
VII. Sonntagsruhe im Handelsgewerbe	149
VIII. Beschäftigung Minderjähriger	149
IX. Einrichtung der Arbeitsräume und Regelung des Betriebs	162
X. Beschäftigung von jugendlichen Arbeitern und Arbeiterinnen in Fabriken	165
XI. Gewerbebetrieb in offenen Verkaufsstellen	166
XII. Gewerbliche Streitigkeiten	167
§ 32. Bergbau	168
§ 33. Münzen, Maße und Gewichte	
I. Münzwesen	169
II. Maße und Gewichte	170
III. Schanfgesäße	172
§ 34. Versicherungsweisen	
I. Landes-Brandversicherungs-Anstalt	172
II. Mobiliar-Brandversicherung	178
III. Hagelschaden-Versicherung	179
IV. Sonstige örtliche Versicherungen	179
V. Schulspargassen und Konfirmanden-Sparvereine	179

### III. Sonstige Staats- und Verwaltungs-Angelegenheiten.

§ 35. Justizsachen	
1. Schiedsmannsordnung	180
2. Entmündigung Volljähriger	181
3. Gefundene Sachen	181
4. Gemeindewaisenrat	182
5. Testaments-Errichtung	182
6. Sicherung des Nachlasses	183
7. Handelsregister	183
8. Schuldverschreibungen auf den Inhaber	183
9. Armenrecht zur Prozeßführung	184
10. Auswahl der Schöffen und Geschworenen	184
11. Strafregister (Veumundszzeugnisse)	184
12. Ableben vorbestrafter Personen	185
13. Vorläufig entlassene Gefangene	185
14. Unter Polizeiaufsicht gestellte Personen	186
15. Verhältnis zum Gerichtsvollzieher	186
§ 36. Beurkundung des Personenstandes (Standesämter)	187
A. Im Allgemeinen	190
B. Beurkundung der Geburten	194
C. Eheschließungen	195
D. Todesfälle	198



	Seite
§ 37. Staatsangehörigkeit, Auswanderung . . . . .	201
§ 38. Militär-Angelegenheiten	
A. Heeres-Erjaß (Stammrolle, Freiwilliger Dienst, Reklamationen) . .	203
B. Marschgebühren . . . . .	206
C. Unterstützung der Familien Einberufener (im Falle der Mobil- machung und im Frieden) . . . . .	207
D. Naturalleistungen für die bewaffnete Macht . . . . .	209
I. Im Frieden (Quartierleistung, Manöver-Flurschäden) . . . . .	209
II. Im Kriege (Vandlieferungen, Beschaffung der Mobilmachungs- pferde) . . . . .	212
E. Verschiedenes (Brieftauben, Unteroffizierschulen) . . . . .	214
§ 39. Die Kranken-, die Unfall- und die Invalidenversiche- rung . . . . .	216
I. Die Krankenversicherung . . . . .	218
II. Die Unfallversicherung . . . . .	226
III. Die Invalidenversicherung . . . . .	248
§ 40. Staatssteuern . . . . .	289
I. Einkommen- und Ergänzungssteuer . . . . .	291
II. Gewerbesteuer . . . . .	296
III. Grundsteuer . . . . .	298
IV. Stempelsteuer . . . . .	301
§ 41. Wahlen (zum Landtage und zum Reichstage) . . . . .	307
§ 42. Landeskultur und Viehzucht	
1. Ablösungen, Separationen, Verkoppelungen . . . . .	312
2. Bäuerlicher Grundbesitz . . . . .	313
3. Gemeinde- und Interessenten-Försten . . . . .	313
4. Obstbaumzucht . . . . .	314
5. Zuchtstierhaltung . . . . .	315
6. Hengsthalterei . . . . .	315
§ 43. Verschiedenes	
1. Begehung der Landesgrenze . . . . .	315
2. Orden und Ehrenzeichen . . . . .	316
3. Rettungsmedaille, Rettungsprämie, Bergungsprämie . . . . .	317
4. Dienstboten-Prämiiierung . . . . .	317
5. Bauprämien . . . . .	318
6. Sparlassen . . . . .	318
7. Vermessung und Kartierung von Grundstücken . . . . .	319
8. Marksteine (trigonometrische Punkte) . . . . .	319
9. Statistische Erhebungen . . . . .	320
10. Altertumsfunde . . . . .	320
11. Darlehen der Landes-Versicherungs-Anstalt für Arbeiter-Wohlfahrts- Einrichtungen . . . . .	321

## Zweiter Teil.

Geschäftska'ender . . . . .	325
Formulare und Muster . . . . .	329
Alphabetisches Sachregister . . . . .	434

# Erklärung

## der vorkommenden Abkürzungen.



- a. a. D. = am angeführten Orte.  
Abs. = Absatz.  
a. E. = am Ende.  
A. B. = Ausführungs-Vorschriften.  
B. = Bekanntmachung. B. B. = Bekanntmachungen.  
betr. = betreffend.  
B. G. B. = Bürgerliches Gesetzbuch vom 18. August 1896.  
B. O. = Bauordnung vom 13. März 1899.  
E. = Erlass.  
Einf. St. G. = Einkommensteuergesetz vom 16. April 1896.  
Erg. St. G. = Ergänzungsteuergesetz vom 11. März 1899.  
F. G. = Fischereigesetz vom 1. Juli 1879.  
G. = Gesetz.  
G. A. G. = Gemeindeabgabengesetz vom 11. März 1899.  
G. D. = Reichs-Gewerbeordnung vom 26. Juli 1900.  
G. u. B. S. = Braunschweigische Gesetz- und Verordnungs-Sammlung.  
J. B. G. = Reichsgesetz, betr. die Invalidenversicherung, v. 19. Juli 1899.  
Kr. O. = Kreisordnung vom 5. Juni 1871.  
Kr. B. G. = Krankenversicherungs-Reichsgesetz vom 10. April 1892.  
L. G. = Braunschweigisches Landesgesetz.  
L. G. D. = Landgemeindeordnung vom 18. Juni 1892.  
M. G. = Medizinalgesetz vom 9. März 1903.  
N. L. O. = Neue Landschaftsordnung vom 12. Oktober 1832.  
P. Str. G. B. = Gesetz, betreffend die Bestrafung der Polizeiübertretungen, vom 23. März 1899.  
R. G. = Bundes- oder Reichsgesetz.  
R. G. Bl. = Bundes- oder Reichsgesetzblatt.  
R. Str. G. B. = Reichs-Strafgesetzbuch vom 26. Februar 1876.  
S. = Seite.  
sog. = sogenannt.  
U. B. G. = Unfallversicherungsgesetz vom 5. Juli 1900.  
B. = Verordnung.  
vergl. = vergleiche, siehe.  
W. G. = Wassergesetz vom 20. Juni 1876.  
W. O. = Wegeordnung vom 29. Juni 1899.



# Erster Theil.



## Erster Abschnitt.

# Verfassung und Verwaltung der Landgemeinden.

Als in den ersten Jahren der Regierung des hochseligen Herzogs Wilhelm zu einer gesetzlichen Neuordnung der staatsrechtlichen Verhältnisse des Herzogthums Braunschweig geschritten und für dasselbe eine neue Verfassung mit den Ständen vereinbart wurde (die sog. „neue Landschaftsordnung für das Herzogthum Braunschweig“ vom 12. Oktober 1832 — G. u. B. S. Nr. 22 S. 191 —), wurde in § 55 Abs. 2 dieser Verfassung (S. 205) vorgesehen, „daß die Verhältnisse der Landgemeinden durch eine Gemeindeordnung festgestellt werden sollten“, und zwar unter Berücksichtigung einer Reihe von Grundsätzen, welche in den §§ 41—56 der Verfassung Ausdruck gefunden hatten. Der Erlass einer solchen „Landgemeindeordnung“ erfolgte zunächst unterm 19. März 1850 (G. u. B. S. Nr. 24 S. 349). Die stets schneller vorschreitende Entwicklung der Neuzeit aber und insbesondere einige grundsätzliche Neuschaffungen durch die Gesetzgebung des Norddeutschen Bundes und des Deutschen Reichs machten mannigfache Abänderungen der Landgemeindeordnung bald nötig, und da sich so das Bedürfnis nach einer Neuherausgabe allmählich immer fühlbarer machte, wurde in jüngerer Zeit hierzu geschritten. So bildet denn heute

### die Landgemeindeordnung vom 18. Juni 1892

(G. u. B. S. Nr. 35 S. 357) mit Ergänzungen in § 45 des Gesetzes über die Verwaltungsrechtspflege vom 5. März 1895 (G. u. B. S. Nr. 26 S. 91), im Gemeindeabgabengesetze vom 11. März 1899 (G. u. B. S. Nr. 12 S. 77) und in § 118 Ziff. 101 des Ausführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuche vom 12. Juni 1899 (G. u. B. S. Nr. 36 S. 376) das Haupt- und Grundgesetz über die Verfassung und die Verwaltung der Landgemeinden, und jeder Gemeindevorsteher muß es sich vor allen Dingen angelegen sein lassen, dieses umfangreiche Gesetz so oft und so genau und sorgfältig zu lesen, daß er mit dessen einzelnen Bestimmungen völlig vertraut ist und sich in denselben mit Leichtigkeit zurechtzufinden vermag.

In den nachfolgenden Paragraphen dieses Abschnitts werden die Einzelbestimmungen der Landgemeindeordnung keineswegs ihrem vollen Umfange nach wiedergegeben; es werden aber die im praktischen Leben hauptsächlich wichtigen Bestimmungen ungefähr in der systematischen Reihenfolge der L. G. O. selbst hervorgehoben, und es wird auch aus anderen Gesetzen, Verordnungen usw. hinzugefügt, was sich in diesen Abschnitt des Wegweisers ungezwungen einfügt.

Ein eifriges und wiederholtes Studium der Landgemeindeordnung selbst — das wird wiederholt betont und hervorgehoben — kann keinem Gemeindevorsteher erspart werden.

## § 1.

### Gemeinde und Gemeindegengenossen.

I. Die Gemeinde ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts mit einer durch die Gesetzgebung geordneten Vertretung, welche berufen ist, die der Gemeinde zustehenden Rechte namens dieser wahrzunehmen, und verpflichtet, die ihr obliegenden Pflichten zu erfüllen. Zu den **Grunderchten** der **Gemeinde** gehört es:

1. innerhalb der durch das Gesetz festgestellten Schranken alle ihre Gemeindeangelegenheiten, insbesondere ihr Gemeindevermögen, sowie auch die Ortspolizei im Umfange des Gemeindebezirks selbständig zu verwalten und ihre Vorsteher und Vertreter frei zu wählen, was im allgemeinen mit dem Worte „**Selbstverwaltung**“ bezeichnet wird (L. G. O. § 3),  
und

2. behuf Ordnung und Verwaltung ihres Gemeinwesens, insbesondere auch der Ortspolizei, **Statute** zu erlassen, welche, nachdem sie durch den Gemeindevorsteher unter ausdrücklicher Bezugnahme auf die erfolgte Genehmigung Herzogl. Staatsministeriums in ortsüblicher Weise bekannt gemacht sind, Gesetzeskraft erlangen: „**Selbstverordnungsrecht**“ (L. G. O. § 4).

II. Diese durch Verfassung und Gesetz mit den Rechten einer juristischen Person ausgestattete sog. politische Gemeinde ist wohl zu unterscheiden von der alten sog. Realgemeinde, an deren Stelle heute zumeist die sog. **Feldmarksgenossenschaft** getreten ist. Während diese im wesentlichen nur durch die sog. **Reihewohner** d. h. die Besitzer der eigentlichen Bauerschöfe und etwa der Altanbauernwesen gebildet wird und sich nur mit den Angelegenheiten ihrer gemeinschaftlichen Interessen des Feldmarkverbandes pp. zu befassen hat (von ihren Rechtsverhältnissen handelt das die Realgenossenschaften betreffende Gesetz vom 26. Mai 1896, worüber näheres unten in § 13), umfaßt die durch die L. G. O. geordnete politische Gemeinde alle im Gemeindebezirke belegenen Grundstücke und alle in demselben wohnenden Personen, und hat sich deren Vertretung, „die Gemeindebehörde“, mit allen Angelegenheiten zu befassen, welche zu den „Gemeindeangelegenheiten“ im weitesten Sinne gehören.

Dabei ist zu beachten, daß die „Gemeindebezirke“ (L. G. L. §§ 6—11) — welchen die abgeforderten „Gemarkungen“ (L. G. L. §§ 152—155) in dieser Beziehung gleich stehen — feststehende Landesteile sind, welche nicht willkürlich, sondern nur im Wege der Gesetzgebung geändert und anderweit festgesetzt werden können. Liegt zu einer solchen Maßregel eine Veranlassung vor, so ist bezüglichlicher Antrag bei der Kreisdirektion anzubringen.

Bei den im Laufe der letzten 70 Jahre in fast allen Gemeinden des Herzogtums vollzogenen Verkoppelungen und Gemeinheitsteilungen (Separationen) ist auf die genaue Feststellung des Gemeindebezirks durchweg sorgsam Bedacht genommen, und es geben deshalb die Separationskarten und Rezeßse hierüber genaue Auskunft. Außerlich treten die Gemeindebezirke nicht weiter in die Erscheinung, als etwa durch die Feldmarksgrenzgräben oder Grenzsteine (nicht selten mit der Hoheitsgrenze des Herzogtums zusammenfallend!); im Verwaltungswege ist aber angeordnet, daß in jeder Ortschaft wenigstens eine „Orts tafel“ vorhanden sein soll, worauf, zur Zurechtweisung insbesondere der Fremden, die betreffende Ortschaft ihrem Namen und ihrer politischen Zugehörigkeit nach genau bezeichnet wird.\*

III. Mit dem Begriffe der „Gemeinde“ unmittelbar zusammenhängend ist der der „Gemeindengenossenschaft“ und wichtig ist dieser letztere Begriff insbesondere deshalb, weil die Gemeindengenossenschaft die Grundlage bildet für die Rechte und Pflichten des Einzelnen in Beziehung auf die Gemeindeverwaltung.

„Gemeindegenosse“ ist jeder Deutsche, welcher in der betreffenden Gemeinde seinen dauernden Aufenthalt hat (L. G. L. § 12); wer sich nur vorübergehend in der Gemeinde aufhält oder wer sich zwar dauernd da aufhält, aber die Deutsche Reichsangehörigkeit nicht besitzt, ist „Fremder“ im Sinne der L. G. L.; und wer im Gemeindebezirke zwar Grundbesitz hat, aber nicht wohnt, ist „Markgenosse“ (L. G. L. § 13).

Nur „Gemeindegenossen“ sind in der Gemeinde voll berechtigt und voll verpflichtet. Wegen der einzelnen Rechte und Pflichten gilt folgendes:

1. Um im Besitze der Wahlberechtigung d. h. des Rechtes zu sein, bei den vorkommenden Gemeinderats-, Gemeindevorsteher- u. a. Wahlen eine Stimme abgeben zu können, genügt die Gemeindengenossenschaft allein noch nicht. Wählen können im allgemeinen überhaupt nur Männer; die Männer müssen aber, um wählen zu können, am Tage der

\* Für die sog. Orts tafeln gelten folgende Vorschriften:

1. Die aus Holz oder Metall anzufertigenden Tafeln sollen eine Größe von 60 cm in der Höhe und 45 cm in der Breite haben.

2. Dieselben tragen eine fünfzeilige Inschrift von schwarzen Buchstaben auf weißem Grunde, wodurch angegeben wird: der Name des Ortes, des Amtsgerichtsbezirks, des Kreises, des Landwehrbezirks und des Haupt-Meldeamts.

3. In jedem Orte muß wenigstens eine Orts tafel angebracht sein und zwar an einer für durchreisende Fremde besonders deutlich in die Augen fallenden Stelle, am besten an den Haupteingängen in die Ortschaft.

4. Wird die Tafel an einem hölzernen oder eisernen Pfahle befestigt, so ist dieser mit einem Lackfarbstrich in den Landesfarben (blau und gelb) zu versehen.

Auslegung der Wählerliste nicht nur schon Gemeindegensossen sein, sondern müssen auch denjenigen sechs weiteren Anforderungen genügen, welche der § 15 der L. G. L. aufzählt. Hierher gehört insbesondere der Besitz der Braunschweigischen Staatsangehörigkeit.

Außer dem sind nach § 16 wahlberechtigt: die Herzogl. Kammer wegen der im Gemeindebezirke belegenen Güter, Höfe und Häuser des Kammerguts und Klosterfonds und alle Besitzer von Gütern, Gehöften, Wohnhäusern, Fabriken, Hütten, Salinen, Gruben und anderen für sich bestehenden größeren gewerblichen oder landwirtschaftlichen Betrieben, auch wenn sie nur Markgenossen oder nicht im Besitze der Braunschweigischen Staatsangehörigkeit oder unter 25 Jahre alt, auch wenn es Frauenzimmer sind, auch wenn sie unter Vormundschaft stehen — wenn sie sich nur im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte befinden und im letztverflossenen Rechnungsjahre ihre schuldige Gemeindesteuer gezahlt haben. Hierher gehören auch Interimswirte und Männer, welchen ihre Ehefrau einen Hof nach Bauernrecht zugeheiratet hat. — Aktiengesellschaften dagegen und andere derartige nicht „natürliche“ Personen sind niemals wahlberechtigt.)

2. Wählbar zu den Gemeindeämtern sind im allgemeinen alle männlichen Wahlberechtigten, jedoch müssen sie die Braunschweigische Staatsangehörigkeit besitzen, mindestens 25 Jahre alt sein, nicht unter Vormundschaft stehen und sich regelmäßig in der Gemeinde aufhalten (L. G. L. § 18). Körperliche Gebrechen wie z. B. Blindheit machen zur Verwaltung eines Gemeindeamts nicht ohne weiteres unfähig und schließen daher die Wählbarkeit nicht ohne weiteres aus. Ist es versäumt, einen Wahlberechtigten in die Wählerliste einzutragen, so kann derselbe zwar für das Mal sein Wahlrecht nicht ausüben, auf seine Wählbarkeit aber hat es keinen Einfluß.

3. Die Wählbarkeit schließt auch die Verpflichtung zur Annahme einer Wahl in sich, insofern es sich um die Wahl zum Mitgliede des Gemeinderats, zum Gemeindevorsteher oder zum Mitgliede einer besondern Kommission (z. B. der Armendeputation) handelt (L. G. L. §§ 36—38, 54, 58, 59 u. 136 und § 47 des Gesetzes über die Verwaltungsrechtspflege vom 5. März 1895, G. u. V. S. Nr. 26 S. 93). Von dieser Verpflichtung entbinden nur: ein Lebensalter von mehr als 65 Jahren, — anhaltende, die Erfüllung der zu übernehmenden Obliegenheiten hindernde Krankheit oder Körperschwäche, — solche häusliche oder Geschäftsverhältnisse, bei welchen durch Annahme der Wahl ein erheblicher Nachteil herbeigeführt werden würde, — endlich der Umstand, daß Jemand soeben erst das gleiche Amt die vorschriftsmäßige Zeit hindurch bekleidet hat. Wer ohne einen derartigen gesetzlichen und vom Gemeinderate als solchen anerkannten Grund eine Wahl ablehnt oder ein Amt niederlegt, hat Strafe zu gewärtigen (L. G. L. § 38).

4. Mit der Gemeindegensossenschaft ist untrennbar auch die Gemeindesteuerpflichtigkeit verbunden, indem — abgesehen von anderen Steuerpflichtigen — jeder „Gemeindegensosse“ der Gemeinde-Einkommensteuer unterliegt; bei „Markgenossen“ ist dies zwar im

allgemeinen auch der Fall, jedoch nur im beschränkten Umfange; und „Fremde“ können dazu erst herangezogen werden, wenn sie sich länger als drei Monate im Gemeindebezirke aufhalten (§ 27 des Gemeindeabgabengesetzes vom 11. März 1899 (G. u. B. S. Nr. 12 S. 86). Das Nähere hierüber siehe in dem von der Gemeindesteuer insbesondere handelnden § 7 S. 24.

5. Jeder großjährige männliche Gemeindegensosse ist bis zum vollendeten 50. Lebensjahre zum Waffendienste behuf des Gemeindefchutzes verpflichtet (L. G. D. § 128), jedoch tritt diese Verpflichtung erst dann ein, wenn die Errichtung einer „Bürgerwehr“ beschlossen oder angeordnet ist. Das Nähere hierüber enthält das Gesetz über den Waffendienst behuf des Gemeindefchutzes vom 19. März 1850 (G. u. B. S. Nr. 25 S. 413).

6. Die männlichen Gemeindegensossen vom zurückgelegten 18. bis zum vollendeten 55. Lebensjahre sind auch zum Dienste in der Feuerwehr verpflichtet, soweit ihnen nicht die in § 4 des Gesetzes über das Feuerhülfswesen vom 2. April 1874 (G. u. B. S. Nr. 16 S. 67) aufgeführten Befreiungsgründe zur Seite stehen. Näheres darüber vergl. unten in § 11.

7. Sonstige persönliche Leistungen der Gemeindegensossen sind nur da in Anspruch zu nehmen, wo entweder eine besondere gesetzliche Verpflichtung dazu vorliegt (z. B. bei der sog. „Landfolge“ und bei Hand- und Spanndiensten zu Gemeinde-Wegebauten nach W. D. § 25 Abs. 2) oder wo den Bedürfnissen nicht zweckmäßig auf andere Weise genügt werden kann; jedoch können wissenschaftliche, kunst- und handwerksmäßige Leistungen als Gemeindegensossendienste nicht verlangt werden (L. G. D. § 128).

## § 2.

# Gemeinderat.

## I. Amtliche Verhältnisse des Gemeinderats.

Die Gemeinden werden in allen Beziehungen von dem Gemeinderate und dem Gemeindevorsteher, welcher auch seinerseits dem Gemeinderate mit vollem Stimmrecht angehört, vertreten; keinen Gemeinderat haben nur einige wenige Gemeinden, welchen durch besondere Gesetze abweichende Verfassungen gegeben sind (L. G. D. § 19).

Der Gemeinderat besteht — abgesehen vom Gemeindevorsteher — in den Gemeinden von weniger als 250 Einwohnern aus 6, in den größeren Gemeinden aus 9 Personen (L. G. D. § 20), welche auf je 6 Jahre — von dem auf die Wahl folgenden 1. April an gerechnet — von den Wahlberechtigten nach dem Dreiklassenwahlssysteme gewählt werden (L. G. D. §§ 33 u. 34).

Das Amt eines Gemeinderatsmitgliedes ist ein unbefoldetes Ehrenamt und darf nur aus den im vorigen Paragraphen angegebenen Gründen abgelehnt werden (L. G. D. § 35—38). Ähnlich wie mit der Ablehnung



verhält es sich mit der freiwilligen oder erzwungenen Niederlegung des Amtes (L. G. Z. § 39).

Der Landesfürst kann den Gemeinderat auflösen (L. G. Z. § 40).

## II. Zusammenfügung und Wahl des Gemeinderats.

Die Wahl der Gemeinderatsmitglieder nach dem Dreiklassenwahlsysteme geschieht in der Weise, daß die sämtlichen Wahlberechtigten der Gemeinde nach Maßgabe der von ihnen zu entrichtenden Gemeindesteuer in drei Klassen so eingeteilt werden, daß auf jede Klasse ein Drittel der von den gesamten Wahlberechtigten zu zahlenden Gemeindesteuer entfällt; jede Klasse der Wahlberechtigten wählt dann ein Drittel der zu wählenden Gemeinderatsmitglieder (L. G. Z. § 21). Ist in der Gemeinde ein Wahlberechtigter vorhanden, welcher allein ein Drittel oder einen größeren Bruchteil der gesamten Gemeindesteuer bezahlt, so wählt dieser allein drei Gemeinderatsmitglieder und alle übrigen Wahlberechtigten in zwei Klassen je drei. Zahlt Jemand wenigstens ein Zehntel, aber weniger als ein Drittel der gesamten Steuer, so hat er allein von den von seiner Klasse zu wählenden Mitgliedern des Gemeinderats ein Mitglied vorweg zu wählen, dann aber bei den übrigen Wahlen seiner Klasse seine Stimme auch mit abzugeben (L. G. Z. § 22).

Muster  
Nr. 1.

Die Wählerliste ist nach beiliegendem Muster Nr. 1 vom Gemeindevorsteher anzufertigen (L. G. Z. § 24). Zu diesem Zwecke hat der Gemeindevorsteher die Gemeindesteuer-Liste zur Hand zu nehmen, daraus zunächst alle diejenigen Steuerzahler zu streichen, welche die Wahlberechtigung nicht besitzen, und sodann die übrig bleibenden wahlberechtigten Steuerzahler nach näherer Vorschrift von L. G. Z. § 21 in drei gleiche d. h. den gleichen Gemeindesteuer-Betrag zahlende Klassen einzuteilen und so in die Wählerliste zu übertragen.

Muster  
Nr. 2

Ist die Liste fertiggestellt (was im gewöhnlichen Laufe der Dinge im Monat Dezember zu geschehen hat, wenn zum künftigen 1. April Mitglieder aus dem Gemeinderate ausscheiden, L. G. Z. § 33 Abs. 1), so ist sie eine Woche lang an einem geeigneten Orte zu Jedermanns Einsicht öffentlich auszulegen und darüber, daß dies geschehen, eine öffentliche Bekanntmachung nach anliegendem Muster Nr. 2 zu erlassen (L. G. Z. § 24).

Muster  
Nr. 3.

Sodann hat der Gemeindevorsteher (und zwar auf einen Tag des Monats Januar, aber auch nicht früher als den 22. Tag nach dem Tage der öffentlichen Auslegung der Wählerlisten) den Wahltermin anzuuberäumen, zu welchem Zwecke er mindestens eine Woche zuvor eine öffentliche Bekanntmachung nach Muster Nr. 3 zu erlassen hat. Sind Beschwerden in Beziehung auf die Wählerliste eingegangen, so hat der Gemeindevorsteher diese, wenn er sie nicht gleich als zutreffend anerkennen und die Liste demgemäß berichtigen muß, umgehend dem Gemeinderate zur Entscheidung vorzulegen. Gegen eine bezügliche Entscheidung des Gemeinderats ist binnen 10 Tagen Rekurs an den Kreis-ausschuß zulässig. (L. G. Z. § 24).

Die Wahl selbst ist vom Gemeindevorsteher und zwei von ihm zugezogenen Wahlgehilfen zu leiten und darüber ein Protokoll aufzunehmen, welches, wenn alles glatt verläuft, den Wortlaut des Modells Nr. 4 haben kann. Bei dem Wahlgeschäfte sind die §§ 23, 25—30 der L. G. L. genau zu beachten. Das Wahlprotokoll ist in der Gemeinde-Aktenammlung sorgfältig aufzubewahren und auf Verlangen der Kreisdirection einzusenden (L. G. L. §§ 30 u. 55).

Modell  
Nr. 4.

Eine außerordentliche Ergänzungswahl findet statt, sobald ein Mitglied außer der Zeit aus dem Gemeinderate ausscheidet, dann jedoch nur für die Zeit, für welche das ausscheidende Mitglied noch im Amte geblieben sein würde (L. G. L. § 33 Abs. 2), und ohne daß es der Aufstellung neuer Wählerlisten zu solcher Wahl bedürfte (§ 24 Abs. 3).

Von Aufsechtung und Aufhebung der Wahl handeln §§ 31 und 32 der L. G. L. und der § 47 des Gesetzes über die Verwaltungspflege vom 5. März 1895 (G. u. V. Z. Nr. 26 Z. 93).

### III. Geschäftskreis des Gemeinderats.

Wenn im Eingange dieses Paragraphen gesagt ist, daß — wie § 19 der L. G. L. sich ausdrückt — „die Gemeinden in bezug auf ihre Rechte und Pflichten von dem Gemeinderate und Gemeindevorsteher vertreten werden“, so ist doch zu beachten, daß der Gemeindevorsteher bei der Verwaltung der Gemeindeangelegenheiten an eine Mitwirkung des Gemeinderats nur insofern gebunden ist, als die Landgemeindeordnung oder andere Gesetze dem Gemeinderate eine solche Mitwirkung ausdrücklich einräumen. Wegen der Angelegenheiten der Ortspolizei insbesondere vergl. was darüber weiter unten in § 16 gesagt wird. Aber auch in den eigentlichen Gemeindeangelegenheiten gehören z. B. die Vertretung der Gemeinde gegenüber den Behörden und Privatpersonen, die Führung des Schriftwechsels, die Ausfertigung von Gemeinde-Urkunden, die Aufbewahrung der Akten, Urkunden und Gemeindefiegel ausschließlich dem Gemeindevorsteher (L. G. L. § 69). Der Gemeinderat hat also nach außen nicht hervorzutreten.

Dagegen hat der Gemeinderat andererseits das Recht und die Pflicht, „in allen wichtigen Angelegenheiten des Gemeindefehens“ gehört zu werden und zu beschließen, und diejenigen Beschlüsse, die er seiner Zuständigkeit gemäß gefaßt hat, muß der Gemeindevorsteher, auch wenn er damit selbst nicht einverstanden ist, unweigerlich und genau ausführen, — es sei denn, daß er Grund zu haben glaubt, einen Gemeinderatsbeschuß als ungesetzlich oder das Gemeindefwohl erheblich gefährdend zu beanstanden (L. G. L. §§ 71 u. 72).

Diejenigen Angelegenheiten, welche in § 52 der L. G. L. als solche einzeln aufgeführt sind, in welchen der Gemeinderat zu beschließen hat, hat der Gemeindevorsteher demselben jeden Falls vorzulegen; bei anderen Angelegenheiten hängt dies zunächst mehr oder weniger von seinem Ermessen ab; zweckmäßig wird er es in zweifelhaften Fällen tun, schon um sich die eigene Verantwortung zu erleichtern.

Mit kirchlichen Angelegenheiten hat sich der Gemeinderat im allgemeinen nicht zu befassen; diese zu behandeln, ist der Kirchenvorstand berufen.

Dagegen hat der Gemeinderat das Recht, sich vorkommenden Falls über den Gemeindevorsteher bei der Kreisdirection zu beschweren (L. G. L. § 53).

#### IV. Geschäftsordnung.

Der Gemeindevorsteher ist als solcher nicht nur Mitglied, sondern zugleich auch Vorsitzender des Gemeinderats, welchen er zu berufen und zu leiten hat. Sitzungen sind abzuhalten, so oft das Bedürfnis es erheischt oder sobald drei Mitglieder darauf antragen. Regelmäßig soll spätestens am Tage vor der Versammlung jedes Mitglied unter Mitteilung der Tagesordnung eingeladen werden. Der Gemeindevorsteher kann sich hierzu eines Formulars nach beiliegendem Muster Nr. 5 bedienen, welches er jedem einzelnen Gemeinderatsmitgliede entweder zusendet oder durch den Gemeinbediener zur Einsichtnahme vorlegen läßt. Den Ort der Versammlung bestimmt in Ermangelung eines bezüglichen Gemeinderatsbeschlusses der Gemeindevorsteher (L. G. L. §§ 41–43). Außer in Nothfällen sollen Gemeinderatsitzungen an Sonn- und Festtagen nicht abgehalten werden.

Die Gemeinderatsmitglieder müssen bei Vermeidung von Strafe der Einladung Folge leisten und dürfen sich nur wegen Sonderinteresses der Teilnahme an den Verhandlungen und der Abstimmung enthalten (L. G. L. §§ 44 u. 45).

Beschlußfähig ist der Gemeinderat, wenn wenigstens zwei Drittel seiner Mitglieder erschienen sind. Zur Fassung eines gültigen Beschlusses ist nicht etwa Stimmeneinhelligkeit erforderlich, sondern es genügt die Mehrheit der Erschienenen. Bei Stimmengleichheit tritt nochmalige Beratung in der nächsten Sitzung ein; bei wiederholter Stimmengleichheit entscheidet dann die Stimme des Gemeindevorstehers (L. G. L. §§ 46 u. 47).

Die Sitzungen des Gemeinderats sind beschränkt öffentlich, wie in §§ 50 u. 51 näher ausgeführt.

Über die Verhandlungen ist ein Protokoll zu führen, welches am Schlusse der Sitzung zu verlesen und, nachdem es seinem Wortlaute nach von den Anwesenden gebilligt, vom Vorsitzenden und vom Protokollführer zu unterschreiben ist (L. G. L. § 48).

Das Protokoll wird von einem Protokollführer angefertigt, welchen der Gemeinderat jährlich wählt, welcher aber nicht Gemeinderatsmitglied zu sein braucht (L. G. L. § 41 Abs. 2 u. 3).

Die Protokolle werden zweckmäßig fortlaufend hintereinander in ein Protokollbuch eingetragen. Jedes Protokoll muß folgenden Inhalt haben: das Datum der Sitzung, am Rande die Namen der in der Sitzung gegenwärtig gewesenen Gemeinderatsmitglieder, den genauen Wortlaut der zu den einzelnen Punkten der Tagesordnung (oder auch außerhalb der Tagesordnung) gefaßten Beschlüsse.

§ 3.

# Gemeindevorsteher.

## I. Dessen Anstellung.

Der Gemeindevorsteher wird von den Wahlberechtigten der Gemeinde aus drei vom Gemeinderate vorgeschlagenen Kandidaten auf die Dauer von sechs Jahren gewählt. Bei dieser Wahl werden jedoch die Wahlberechtigten nicht, wie bei der Gemeinderatswahl, in drei (Steuer-) Klassen eingeteilt, sondern bilden ein einheitliches Wahlkollegium Gleichberechtigter; im übrigen gelten wegen dieser Wahl dieselben Bestimmungen, wie bei der Wahl von Gemeinderatsmitgliedern (L. G. D. §§ 55 und 56), nur darf ein (etwa wegen Stimmenungleichheit) erforderlicher zweiter Wahlgang nicht sofort vorgenommen, sondern es muß dazu ein neuer, nicht über 14 Tage hinaus liegender Termin angelegt werden, zu welchem die Wahlberechtigten von neuem zu laden sind. — Vorzubereiten ist die Gemeindevorsteher-Wahl vom Gemeindevorsteher, abgesehen von der Aufstellung und Auslegung der Wählerliste, dadurch, daß er den Gemeinderat zeitig vor der regelmäßig im Dezember abzuhaltenden Wahl zur Aufstellung von drei Gemeindevorsteher-Kandidaten veranlaßt. Diese Kandidaten-Aufstellung ist eine „Wahl“ im Sinne des § 46 Abs. 2 der L. G. D. Der Gemeinderat ist dabei an irgend eine Klasseneinteilung nicht gebunden; die aufzustellenden Kandidaten dürfen alle drei derselben Steuerklasse angehören, wenn sie nur „wählbar“ im Sinne des § 18 der L. G. D. sind. Übrigens brauchen, wenn gleichzeitig Gemeinderats- und Gemeindevorsteher-Wahlen vorgenommen werden müssen, nicht etwa für jede dieser Wahlen besondere Wählerlisten aufgestellt zu werden; die für die Gemeinderats-Wahlen nach dem Dreiklassensystem aufgestellten Listen können auch der Gemeindevorsteher-Wahl zugrunde gelegt werden. Für die Bekanntmachung über die Ansetzung des Wahltermins wird beiliegendes Muster Nr. 6; für das über die Gemeindevorsteherwahl aufzunehmende Wahlprotokoll beiliegendes Muster Nr. 7 empfohlen, welches letztere natürlich entsprechend abzuändern ist, wenn die Wahl nicht ganz so glatt verläuft, wie der Vordruck voraussetzt.

Die regelmäßige Wahl des Gemeindevorstehers hat im Monat Dezember stattzufinden und zwar auf die Dauer von sechs Jahren, vom nächsten 1. April an gerechnet; wird die Stelle im Laufe der Wahlperiode erledigt, so findet — gleichfalls auf die Dauer von sechs Jahren, vom nächstfolgenden 1. April an gerechnet — eine Neuwahl sofort und zu jeder beliebigen Zeit statt (L. G. D. §§ 61 u. 62). Wegen der Verpflichtung zur Annahme der Wahl und der Gründe der Ablehnung gelten die allgemeinen Bestimmungen (L. G. D. §§ 58 u. 59); wegen freiwilliger oder erzwungener Niederlegung des Amtes vergl. § 64.

Die Wahl des Gemeindevorstehers bedarf der Bestätigung der Kreisdirektion (L. G. D. § 60); wird sie versagt, so kann dagegen Beschwerde bei Herzogl. Staatsministerium (nicht Klage beim Verwal-

Muster  
Nr. 6.  
Muster  
Nr. 7.

tungsgerichtshofe) verfolgt werden; ist sie erfolgt, so wird der Gewählte von der Kreisdirection beeidigt, und zwar hat der Gemeindevorsteher nicht nur den Gemeindebeamten-Dienst ( § 2 der B. v. 20. Dezember 1832 — G. u. R. Z. Nr. 44 Z. 547 —), sondern auch den in § 26 der neuen Landschaftsordnung (G. u. R. Z. 1832 Z. 197) vorgeschriebenen „Erbhuldigungseid“ bezw., während der Dauer einer Regentschaft, denjenigen Eid zu leisten, welcher in § 1 des Gesetzes vom 12. Februar 1886 (G. u. R. Z. Nr. 9 Z. 75) vorgeschrieben ist.

Der Gemeindevorsteher erhält, neben dem Erlaße seiner baren Auslagen (wie z. B. für Porto, Transport und Zehrung bei auswärtigen Terminen etc.), eine angemessene Besoldung, welche vom Gemeinderate zu bewilligen (L. G. Z. § 52,) und nötigenfalls vom Kreisausschusse festzustellen ist (L. G. Z. § 58 Abs. 2 u. 3), ohne dessen Genehmigung sie auch nicht verändert werden kann (L. G. Z. § 157,). Diese Besoldung erfolgt aus der Gemeindefasse. Wegen der dem Gemeindevorsteher obliegenden Geschäfte in Reichs- und Landesangelegenheiten besteht ein Anspruch auf Besoldung aus Staatsmitteln nicht.

## II. Die Geschäfte des Gemeindevorstehers.

Vom Geschäftskreise des Gemeindevorstehers handeln die §§ 69 bis 75 der L. G. Z. Die Geschäfte beziehen sich entweder auf die Verwaltung der Gemeindeangelegenheiten im engeren Sinne oder auf die Orts- und Landespolizei oder auf die Mitwirkung in sonstigen Reichs- und Landesangelegenheiten.

Daß und in wie weit der Gemeindevorsteher bei der Verwaltung der Gemeindeangelegenheiten im engeren Sinne an die Beschlußfassung des Gemeinderats gebunden ist, ist bereits oben im dritten Abschnitte des § 2 erörtert; näheres über die Verwaltung der Orts- und Landespolizei findet sich unten in § 16; über seine sonstige Mitwirkung in Reichs- und Landesangelegenheiten findet sich das erforderliche Nähere bei den einzelnen in diesem Wegweiser behandelten Gegenständen. Hier ist nur im allgemeinen zu bemerken, daß der Gemeindevorsteher die an ihn ergehenden Aufträge und Anweisungen der Reichs- und Staatsbehörden zu besorgen und deren Ersuchen Genüge zu leisten hat. Namentlich hat er auch den Ersuchen auswärtiger Behörden (insbesondere der benachbarten preussischen Landratsämter und Amtsvorsteher), welche auf Behändigung polizeilicher Strafverfügungen gerichtet sind, stets ungesäumt Folge zu geben, solche Ersuchen jedoch, welche sich auf Vollstreckung einer Strafe beziehen, an die Kreisdirection abzugeben.

Zunächst hat sich der Gemeindevorsteher gegenwärtig zu halten, daß er zunächst allein dazu berufen ist, die Gemeinde nach außen zu vertreten, daß hauptsächlich von ihm erwartet wird, daß er den ersten Schritt thue, um die Angelegenheiten der Gemeinde sorgfältig wahrzunehmen und in jeder Beziehung dafür einzutreten, daß es in seiner Gemeinde allerwege gesetz- und ordnungsmäßig zugehe.

Außerlich tritt alles dies am meisten dadurch in die Erscheinung, daß es eben der Gemeindevorsteher ist, welcher *Urkunden*, die für die Gemeinde verbindlich sein sollen, auszufertigen (L. G. L. § 75), und welcher die Akten und Urkunden der Gemeinde und das *Gemeindefiegel*\* aufzubewahren hat. In letzterer Beziehung bedarf es einer ganz besonderen Sorgfalt, damit mißbräuchlicher Benutzung vorgebeugt wird.

Wünschenswert ist, daß das Haus, in welchem der jeweilige Gemeindevorsteher wohnt, durch ein auf Gemeindefkosten daran anzubringendes *Gemeindevorsteher-Schild* kenntlich gemacht wird, wie es z. B. der Dekorationsmaler Klemmer in Braunschweig, Etschlägern 35, für 12 M. liefert.

### III. Die Art der Geschäftsführung.

Der Gemeindevorsteher hat grundsätzlich die Geschäfte allein zu führen. Lediglich von seinem Ermessen hängt es ab, ob und in welchen Fällen er sich des Beirats und der Unterstützung des Gehülfen bedienen will (L. G. L. § 65).

[Zur Unterstützung und Vertretung des Gemeindevorstehers wählt der Gemeinderat aus seiner Mitte einen *Gemeindevorsteher-Gehülfen* (§ 57), welcher die gewissenhafte Erfüllung seiner Obliegenheiten vor versammeltem Gemeinderate an Eides Statt zu geloben (§ 63) und das Amt, welches ihm Sitz und Stimme im Gemeinderate nicht entzieht, so lange zu verwalten hat, wie er Gemeinderatsmitglied ist (§ 62). Eine Befoldung bezieht er dafür nur, wenn — was nach § 65, Abj. 3 möglich — ihm mit Zustimmung des Gemeinderats und der Kreisdirection die dauernde Verwaltung einzelner Geschäftszweige widerruflich übertragen ist (§ 58).]

Ist der Gemeindevorsteher bei einer dienstlich zu behandelnden Angelegenheit persönlich beteiligt, so muß er sich vertreten lassen (§ 66).

Gegen alle Verfügungen des Gemeindevorstehers kann sich ein Beteiligter bei der Kreisdirection beschweren (§ 67), die ihn in jedem Falle zuvor hören wird.

Jegende andere als durch ein Gesetz vorgeschriebene Gebühren zu erheben ist der Gemeindevorsteher nicht befugt (§ 68).

Je größer und mannigfacher der Umfang der dem Gemeindevorsteher obliegenden Dienstgeschäfte ist, desto mehr ist es erforderlich, auf eine gute *Ordnung in der Gemeinde-Registratur* (Aktensammlung) zu halten; dieselbe wird ihm die Erledigung seiner Geschäfte wesentlich erleichtern, unter Umständen eine ordnungsmäßige Erledigung überhaupt erst ermöglichen.

Zu solchem Zwecke ist zunächst erwünscht, daß der Gemeindevorsteher ein *Tagebuch* („*Journal*“, „*Produktenbuch*“) führt, in welches

\* Für das *Gemeindefiegel* ist von Herzogl. Staatsministerium eine genaue übereinstimmende Form vorgeschrieben: runde Umschrift: „Herzogtum Braunschweig“ — wagerechte Inschrift in der Mitte: „Gemeinde . . . . .“ Andere Siegel dürfen ohne höhere Genehmigung nicht angewendet werden. Druckstempel und Siegelmarken müssen dieselbe Form und Inschrift haben.

alle auf schriftlichem oder mündlichem Wege bei ihm anhängig werdenden Geschäftssachen unter fortlaufenden Nummern eingetragen werden und welches über die Art der Erledigung derselben Auskunft gibt. Ein Muster zu einem solchen Tagebuche ist unter Nr. 8 beigelegt. Zu den in dasselbe einzutragenden Eingängen gehören nicht nur die eingehenden dienstlichen Schreiben, sondern auch etwaige mündliche Aufträge von Behörden, Anträge aus der Gemeinde, weitere Verfügung erfordernde Beschlüsse des Gemeinderats u. ähnl. Die Eintragung in die mit „verausgabtes Porto“ überschriebene Spalte setzt den Gemeindevorsteher in den Stand, den Gesamtbetrag dieser seiner Auslagen am Schlusse des Rechnungsjahres für die Gemeindefasse zusammenzustellen, und überhebt ihn der Notwendigkeit, darüber eine besondere Liste zu führen.

Muster  
Nr. 8.

Sodann müssen die dem Gemeindevorsteher zugehenden amtlichen Schriftstücke, sofern sie nicht von vornherein eine nur ganz vorübergehende Bedeutung haben, übersichtlich geordnet und so aufbewahrt werden, daß jedes derselben jeder Zeit mit Sicherheit und ohne Zeitverlust aufgefunden werden kann. Zu diesem Zwecke empfiehlt es sich, das Geschäftsgebiet des Gemeindevorstehers in gewisse Haupt- und Unterabteilungen etwa so zu zerlegen, wie dies die unter Muster Nr. 9 beiliegende „Registratur-Ordnung für Landgemeinden“ näher erschen läßt oder auch wie die Stoffeinteilung im vorliegenden Wegweiser erfolgt ist, — die Aktenstücke in dementsprechend bezeichnete Mappen einzuordnen und diese Registratur-Mappen, nach der Reihenfolge der Registratur-Ordnung geordnet, in den Fächern eines zur Aufnahme der Mappen eingerichteten und zu deren Aufbewahrung bestimmten Aktenschranks aufzubewahren, in welchem gleichzeitig die Gesetzsammlungen aufgestellt, der Separationsrezeß, das Lagerbuch, das Protokollbuch des Gemeinderats, die Grundsteuerverzeichnisse, die Brandversicherungssammelmappe u. ähnl. verwahrt werden; auch der Kasten mit dem Gemeindefiegel kann darin — aber unter besonderem Verschlusse — niedergelegt werden.

Muster  
Nr. 9.

Der ordnungsmäßigen Aufbewahrung der Akten dient auch die für die Staatsbehörden des Deutschen Reichs verbindliche Vorschrift (G. u. V. G. 1877 Nr. 30 S. 109), wonach im Dienstgebrauche kein anderes Aktenpapier zu verwenden ist, als solches von 33 cm Höhe und 21 cm Breite; der Gemeindevorsteher wird darauf Acht geben, daß auch ihm kein anderes Papier verkauft wird.

Im übrigen ist ratsam, daß der Gemeindevorsteher sich bei Erledigung des ihm obliegenden Schriftwechsels jeder möglichen Vereinfachung und Erleichterung befleißigt. Hierher gehört z. B. die Benutzung von „Postkarten“ oder von „Mitteilungen“ in der Form des anliegenden Musters Nr. 10, wenn es sich um Schriftstücke von ganz kurzem Inhalte und vorübergehender Wichtigkeit handelt; die Benutzung von Briefumschlägen, auf welchen die am häufigsten vorkommenden Adressen (Kreisdirektion, Steuerkollegium usw.) in Buchdruck hergestellt sind; auch z. B. die Benutzung von vorgedruckten Formularen zu öffentlichen Bekanntmachungen aller Art nach Muster Nr. 11, wie solche dann öffentlich ausgehängt werden können. Solche und andere Erleichterungsmittel sind in

Muster  
Nr. 10.

Muster  
Nr. 11.

den meisten Formularhandlungen käuflich zu haben, und die zur Anschaffung erforderlichen Mittel muß die Gemeindefasse bestreiten.

Die Verwendung von Siegellack ist im gewöhnlichen Laufe der Dinge zur Verschließung von Briefumschlägen unnötig, unpraktisch und kostspielig; gummierte Siegelmarken tun denselben Dienst; jeder Graveur fertigt solche an. Es genügt auch, den Briefumschlag vermittelt des darauf angebrachten Gummi zu schließen und den Gemeinde-Druckstempel auf die Schlußstelle zu drucken.

Aber die bei Postsendungen zu beobachtenden Vorschriften gibt „die Postordnung für das Deutsche Reich“ vom 20. März 1900 (G. u. V. Z. Nr. 13 Z. 37) mit den Abänderungen vom

7. August	1900	(G. u. V. Z. Nr. 37 Z. 285),
16. November	1900	( „ „ „ „ „ 58 „ 379),
12. April	1901	( „ „ „ „ „ 24 „ 119),
18. Dezember	1901	( „ „ „ „ „ 59 „ 347),
23. April	1903	( „ „ „ „ „ 24 „ 129),
27. Juli	1903	( „ „ „ „ „ 41 „ 309),
21. März	1904	( „ „ „ „ „ 18 „ 49),
27. Juni	1904	( „ „ „ „ „ 41 „ 193)

nähere Auskunft.

Bei Handhabung derselben erfordert die Beantwortung der Frage einige Sorgfalt, für welche Postsendungen der Gemeindevorsteher das Porto aus Gemeinemitteln bezahlen, für welche er es auf andere Schultern abwälzen soll. Handelt es sich in einem Briefe um eine Gemeindeangelegenheit der eigenen Gemeinde des Gemeindevorstehers, so hat er den Brief zu frankieren und erhält die Rückantwort (z. B. von der Kreisdirektion) unfrankiert. Handelt es sich um eine landespolizeiliche oder sonstige Staatsdienst-Angelegenheit, so braucht der Gemeindevorsteher das Porto nicht zu entrichten; er erhält die Zuschriften frankiert und kann die seinerseits abzufertigenden Postsendungen unfrankiert lassen, muß sie dann aber auf der Vorderseite des Briefumschlages mit der Bezeichnung „Portopflichtige Dienstsache“ und an der Verschlusstelle mit dem Gemeindefiegel versehen. — Handelt es sich um die Angelegenheiten einer Privatperson, so hat sich der Gemeindevorsteher, wenn jene in der Gemeinde wohnt, das Porto zahlen zu lassen und damit den abzufertigenden Brief zu frankieren; Briefe an auswärtige Privatpersonen aber sind als „portopflichtige Dienstsache“ unfrankiert aufzugeben. — In militärischen Angelegenheiten wird Porto nicht erhoben, wenn die Postsendung als „Militaria“ bezeichnet und mit dem Dienstfiegel geschlossen ist. — Im Verhältnis zu auswärtigen d. h. anderen als Braunschweigischen Behörden gilt allgemein der Grundsatz, daß alle Postsendungen gegenseitig frankiert werden. — Schreiben an die Landes-Versicherungs-Anstalt und an Organe von Berufsgenossenschaften sind zu frankieren, solange auch von jenen ihre Schreiben an die Gemeindebehörde frankiert werden; handelt



jedoch die Gemeindebehörde nur als Vermittler zwischen der Berufsgenossenschaft und deren Mitgliedern (z. B. zwecks Aushändigung des Mitgliedscheines), so kann Rückerstattung verausgabten Portos gefordert werden.

## § 4.

### Hülfsbeamte und Gemeindediener.

Ob und welche Hülfsbeamte und Gemeindediener angestellt werden sollen, bestimmt im allgemeinen der Gemeinderat; doch steht die Entscheidung dem Kreisausschusse zu, wenn Gemeinderat und Gemeindevorsteher über jene Frage nicht einer Meinung sind; zur Anstellung eines besonderen Gemeindecinnehmers muß in Gemeinden mit mehr als 250 Einwohnern stets geschritten werden, während in kleineren Gemeinden der Cinnehmerdienst mit dem des Gemeindevorstehers verbunden werden darf (L. G. O. § 76).

Bei der Wahl der Hülfsbeamten und Gemeindediener, insbesondere des Gemeindecinnehmers, hat der Gemeinderat mit pflichtmäßiger Sorgfalt darauf zu sehen, daß durchaus tüchtige und zuverlässige Personen gewählt werden; Gemeindeämter ohne Rücksicht hierauf an den Mindestfordernden zu vergeben, ist aufs schärfste zu mißbilligen.

Die vom Gemeinderate gewählten Hülfsbeamten und Gemeindediener werden von der Kreisdirektion eidlich verpflichtet, und zwar müssen sie schwören, „daß sie das ihnen übertragene Amt nach Maßgabe der Gezehe gewissenhaft verwalten wollen“; sie sind, soweit ihre Dienstverhältnisse nicht durch Statut oder Dienstvertrag geregelt sind, an die Anweisungen des Gemeindevorstehers gebunden, und ihre Bezüge werden im Streitfalle auf Anrufen vom Kreisausschusse festgesetzt (L. G. O. § 77).

Vom Gemeindecinnehmer insbesondere handelt die L. G. O. in § 78. Zur Sicherheitsleistung gegenüber der Gemeinde (welche nach § 79 für die vom Gemeindecinnehmer zu hebenden öffentlichen Abgaben haftet) ist derselbe auf Verlangen des Gemeinderats verpflichtet; es ist in keinem Falle ratsam, von solcher Sicherheitsbestellung abzu-  
sehen. — Stellt es sich als wünschenswert heraus, daß der Gemeindecinnehmer ein eigenes d. h. von dem in den Händen des Gemeindevorstehers befindlichen Gemeindefiegel verschiedenes Dienstsiegel (Stempel) führt, so ist dazu die Genehmigung der Kreisdirektion einzuholen. Für dieses Siegel ist vom Herzogl. Staatsministerium eine bestimmte Form vorgeschrieben: Kreis von 3 cm Durchmesser; am oberen Halbmesser die Worte: „Herzogtum Braunschweig“, am unteren: „Gemeinde . . . .“, in der Mitte quer durch: „Gemeinde-Kasse“. — Über die Obliegenheiten des Gemeindecinnehmers findet sich das Nähere im folgenden Paragraphen über das Kassen- und Rechnungswesen S. 15 u. fgg. —

Als sonstige „Gemeindediener“ kommen meistens noch der Gemeinde- oder Polizeidiener, der Nachtwächter und der Feldhüter vor. Nur mißbräuchlich werden mit diesen Posten zuweilen alte, halbinvalide Leute betraut, welche der Gemeinde sonst mit

Armenunterstützungen zur Last liegen würden; sachlich richtiger ist es auf alle Fälle, dazu Leute auszusuchen, welche, wenn sie auch teurer, doch körperlich und geistig normal beanlagt und fähig sind, den ihnen anzuvertrauenden Dienst energisch auszuüben. Bürgerliche Unbescholtenheit ist bei allen diesen Personen eine Hauptbedingung. —

Für größere Gemeindeverwaltungen, deren stets wachsende Geschäftslast von einer Einzelperson im Ehrenamte, wie es der Gemeindevorsteher ist, nur äußerst schwierig zu bewältigen steht, empfiehlt sich unter Umständen die Anstellung eines eigenen „Gemeindefchreibers“ d. h. eines Hilfsbeamten, welcher zwar nur unter der Verantwortung des Gemeindevorstehers, als seines unmittelbaren Vorgesetzten, arbeitet, aber durch seine Vorbildung instande ist, den größten Teil des nach den bestehenden Einrichtungen dem Gemeindevorsteher-Amt zuzufallenden umfangreichen Schreibwerks mehr oder weniger selbständig bis zur Unterschrift des Gemeindevorstehers fertig zu stellen und die mannigfach erforderlichen Listen und Tabellen zu führen, und welcher gewisse Geschäftsstunden hindurch regelmäßig in einem Geschäftszimmer anzutreffen ist, um die Anliegen der Ortsbewohner, wenn nicht unmittelbar gleich zu erledigen, doch für den Gemeindevorsteher entgegenzunehmen. Ist der betreffende Mann zugleich geeignet, etwa den Posten des Gemeindecasseneinnehmers, den des Rechnungsführers der Gemeinde-Krankenversicherung oder Orts-Krankenkasse und den des Standesbeamten oder stellvertretenden Standesbeamten zu übernehmen, so vereinfacht sich die Gemeindeverwaltung dadurch nur um so mehr, und es verringern sich dadurch unter Umständen sogar die sonst dafür aufzuwendenden Kosten.\*

Inwieweit Hilfsbeamte und Gemeindediener der Landgemeinden aus der Zahl der „Militäranwärter“ genommen werden müssen — was jedoch nur in Landgemeinden mit 3000 oder mehr Einwohnern der Fall ist —, bestimmt die B. des Herzogl. Staatsministeriums vom 25. März 1901 (G. u. B. S. Nr. 23 S. 107).

## § 5.

# Gemeinderechnung und Gemeindecasse.

## I. Gemeinderechnung.

Das Rechnungsjahr für den Gemeinde-Haushalt läuft vom 1. April bis 31. März (L. G. D. § 90). Für die verschiedenen Gemeindecassen in weitem Sinne, nämlich: die Gemeindecasse im engeren Sinne, die Armenkasse, die Parochialkasse und die Wegebaukasse, hat der Gemeindevorsteher jährlich im Monate Januar die voraussichtlichen Ein-

\* Ein derartiger „Gemeindefchreiber“ ist in Thiede, Wittmar, Pabstorf, Jerxheim, Söllingen, Timmenrode und Braunlage angestellt. Die Gemeindevorsteher dieser Gemeinden werden auf Anfrage gewiß bereit sein, über die mit dieser Einrichtung gemachten Erfahrungen nähere Auskunft zu geben.

nahmen und Ausgaben des bevorstehenden Rechnungsjahrs in Voranschlägen zusammenzustellen und mit solchen zu verfahren, wie L. G. D. § 91 näher vorgeschrieben ist. Behuf Berücksichtigung bei Aufstellung des Voranschlags für die Gemeindefasse hat der Schulvorstand den Voranschlag der Schulkasse im Monate November dem Gemeindevorsteher zu übergeben. Für die über die öffentliche Auslegung der Voranschläge zu erlassende öffentliche Bekanntmachung wird die Fassung des Musters Nr. 12 empfohlen.

Muster  
Nr. 12.

Die von der Kreisdirection genehmigten Voranschläge sind der Verwaltung der Gemeindeangelegenheiten während des betreffenden Rechnungsjahrs vom Gemeindevorsteher und Gemeindecinnehmer zugrunde zu legen. Die auf den Voranschlägen beruhenden Einnahmen und Ausgaben hat der Gemeindevorsteher ohne weiteres anzuweisen; bei Ausgaben, welche in den Voranschlägen nicht vorgesehen sind, ist der Gemeindevorsteher dazu ohne vorherigen Gemeinderatsbeschluß nur befugt, wenn der Betrag im Einzelfalle 20 M. nicht übersteigt und aus den dem Gemeindevorsteher durch die Voranschläge zur Verfügung gestellten Summen entnommen werden kann (L. G. D. § 70 Nr. 5 u. 9); andernfalls ist zunächst besonderer Gemeinderatsbeschluß vom Gemeindevorsteher herbeizuführen.

Die Rechnungen über die verschiedenen Gemeindefassen, insoweit die Führung einzelner derselben nicht etwa ausdrücklich anderen Personen übertragen ist, hat der Gemeindecinnehmer nach der ihm dieserhalb von der Kreisdirection bezw. dem Gemeindevorsteher erteilten Anweisung zu führen und aufzustellen und dagegen erhobene Erinnerungen zu beantworten (L. G. D. § 78 Abs. 5). Dem Gemeindevorsteher einzuliefern sind die Rechnungen in Gemeinden bis zu 2000 Seelen spätestens bis zum Schlusse des Monats Juli, in größeren Monats September. Vom Gemeindevorsteher ist sodann damit weiter zu verfahren, wie die L. G. D. in den §§ 92—95 bestimmt. Vom Gemeindevorsteher ist besonders darauf zu halten, daß der Gemeinderat der ihm durch L. G. D. §§ 52, 15 und 92 auferlegten Verpflichtung zur Prüfung der Gemeinderrechnungen entweder in einer hierzu anberaumten Sitzung oder durch eine zu diesem Zwecke aus seiner Mitte gewählten Rechnungs-Kommission gewissenhaft nachkommt, die Beläge mit der Rechnung genau vergleicht und die Rechnungen in allen ihren Theilen genau nachrechnet, nicht außer Acht lassend, daß sich die Nachprüfung durch die Kreisdirection wesentlich darauf beschränkt, die aus der Rechnung sich ergebenden Verwaltungsmaßregeln auf ihre Gefeglichkeit hin zu prüfen.

Muster  
Nr. 13.

Für die über die öffentliche Auslegung der Rechnungen zu erlassende öffentliche Bekanntmachung wird eine dem Muster Nr. 13 entsprechende Fassung empfohlen.

Muster  
Nr. 14  
bis 18.

Die Voranschläge sowohl als auch die Rechnungen der verschiedenen Gemeindefassen dürfen nach keinem anderen als den unter Nr. 14—18 liegenden Mustern aufgestellt werden. Das Formular für die Rechnung der Gemeindefasse, wie es in Muster Nr. 14 vollständig ausgeführt ist, ist auch bei den Rechnungen der übrigen Fassen gleichmäßig zur Anwendung zu bringen, insoweit es sich um die fentrechte

Einteilung in Spalten und deren Überschriften handelt; dagegen sind für die Einteilung der Rechnungen in Kapitel diejenigen Vorschriften bindend, welche den Mustern Nr. 15—18 zu entnehmen sind. Bei Aufstellung der Voranschläge sowohl, als auch bei der der Rechnungen haben sich der Gemeindevorsteher und der Gemeindeeinnahmer an diese Kapitel-Einteilungen streng zu halten und einerseits keine dieser Kapitel-Überschriften fortzulassen (selbst wenn nichts Entsprechendes zu buchen ist), andererseits aber auch nicht irgend ein weiteres Kapitel hinzuzufügen, vielmehr alle Einnahmen und Ausgaben, welche in den Überschriften ausdrücklich nicht vorgesehen sind, unter „sonstigen Einnahmen“ bzw. „sonstigen Ausgaben“ zu verrechnen.

Die aus den Voranschlägen sich ergebenden Kapitelsummen sind in die Rechnungen und zwar an diejenige Stelle zu übertragen, welche hierzu mit „Voranschlag . . . . M.“ bezeichnet ist; in derjenigen Spalte des Rechnungsformulars für Einnahmen dagegen, welche mit „Es soll einkommen“ überschrieben ist, sind die Einzelsummen einzutragen, welche nach dem Voranschlage oder besonderen sonstigen Verfügungen zur Vereinnahmung gelangen sollen.

Bei der Verrechnung von Pacht- und Mietgeldern, Zinsen, Zuschüssen u. dergl. ist stets ausdrücklich anzugeben, für welchen Zeitraum die Beträge gezahlt sind.

Bei allen Ausgaben muß der Gegenstand, für welchen sie erfolgt, genau bezeichnet sein; es genügt also nicht z. B. zu schreiben: „an Heinrich Meyer laut Rechnung“, sondern es muß heißen: „an Heinrich Meyer für Bautischlerarbeit im Gemeindehause“.

Die Einnahmen und Ausgaben sind auf Grund der Beläge einzeln aufzuführen; nicht statthaft ist, die Beträge mehrerer Beläge zusammenzuzählen und nur die so gewonnene Gesamtsumme in die Rechnung einzustellen.

Über jede der verschiedenen Gemeindefassen im weiteren Sinne ist eine besondere Rechnung aufzustellen, und ist auch das Zusammenheften verschiedener Rechnungen nicht statthaft.

Einnahmen und Ausgaben, welche durch eine der genannten Kassen nur durchlaufen (wie z. B. die Marschgebühren an einberufene Rekruten an diese vorschußweise aus der Gemeindefasse bezahlt, die betreffenden Beträge aber demnächst der Gemeindefasse zurückerstattet werden), können entweder in den Rechnungen selbst wirklich verrechnet oder in einem besondern „Vorschuß-Register“ gebucht werden. Zieht der Kassen- und Rechnungsführer letzteres vor, so wird ihm dazu ein Formular nach Muster Nr. 19 empfohlen.

Muster  
Nr. 19.

Der Gemeindefassen-Rechnung eine „Vermögens-Übersicht (Activa und Passiva) beizufügen, ist nicht erforderlich, wenn das „Lagerbuch“ (vergl. unten § 6) genau in Ordnung gehalten und bei eingetragenen Änderungsvermerken auf die betreffenden Stellen der Rechnung hingewiesen wird.

Bei der Kreisdirektion sind sämtliche Rechnungen in doppelter Ausfertigung zur Nachprüfung einzureichen.

## II. Kassen- und Buchführung.

Der Gemeindecasseneinnehmer hat die Gemeindecassen im engern und weitern Sinne zu verwalten, die Einnahmen derselben zu erheben, sich auch der Erhebung und Ablieferung der öffentlichen Abgaben \* und Brandkassengelder zu unterziehen, die Zahlungen aus den Gemeindecassen auf die Anweisungen des Gemeindevorstehers zu leisten \*\*, die Rechnungsbeläge zu sammeln und demnächst die Rechnungen aufzustellen (L. G. L. § 78).

A. Bei der Kassen- und Buchführung bezüglich der eigentlichen Gemeindecasse und deren Nebenkassen hat sich der Gemeindecasseneinnehmer zweier „Cassabücher“ (je eins für die Einnahmen und für die Ausgaben) nach den beiliegenden Mustern Nr. 20 und 20 a zu bedienen, bei deren Benutzung folgende Punkte zu beachten sind:

Muster  
Nr. 20  
und 20 a.

a. In die Kassabücher ist vom Gemeindecasseneinnehmer jede Einnahme vor Erteilung der Quittung und jede Ausgabe vor Auszahlung des betreffenden Geldbetrages einzutragen und zwar in diejenige der Spalten 5—11, welche je nach den Umständen die zutreffende ist. (Spalte 10 hat die Bestimmung, die handschriftliche Bezeichnung einer etwaigen weiteren, in den Spalten 6—9 nicht genannten Nebencasse — z. B. „Interessenten-Casse“ — aufzunehmen.)

b. Nicht einzutragen in das Einnahme-Kassabuch sind die eingehenden Steuern aller Art, auch nicht Brandkassengelder, Schulgeld, Hundesteuer, Viehseuchenabgabe, Kranken-, Invaliditäts- und Altersversicherungs-Beiträge u. dergl. Diese Einnahmen sind, soweit erforderlich, in den besonderen Heberollen zu buchen.

c. Bei Übertragung der Seitensummen ist die erste Zeile der folgenden Seite in Spalte 4 mit der Bezeichnung: „Übertrag“ zu versehen und sind auf derselben in den Spalten 5—11 die Endsummen der vorigen Seite zu wiederholen.

d. Mit jedem neuen Rechnungsjahre ist in den Kassabüchern ein neuer Abschnitt zu beginnen, der vorhergehende jedoch so lange noch nicht abzuschließen, als noch Einnahmen oder Ausgaben für das vorhergehende Rechnungsjahr zu erwarten und die Rechnungen darüber noch nicht aufgestellt sind.

\* Dazu gehören nach § 22 Abs. 4 des Gesetzes, die Errichtung einer Handelskammer betr., vom 19. März 1890 (G. u. B. L. Nr. 6 S. 17) auch die Handelskammer-Beiträge, welche die zu einer Gewerbesteuer von mindestens 36 M. veranlagten Kaufleute pp. zu entrichten haben. Der Betrag derselben wird dem Gemeindecasseneinnehmer direkt vom Steuerkollegium mitgeteilt; die Ablieferung erfolgt an die Kreis-Casse in dem für die Staatssteuern vorgeschriebenen Verfahren.

\*\* Der Gemeindecasseneinnehmer darf nur auf schriftliche Anweisung des Gemeindevorstehers Zahlung leisten. Ist der Gemeindevorsteher zugleich Gemeindecasseneinnehmer, so sind die Zahlungsanweisungen vom Gemeindevorstehergehilfen aufzustellen. — Wegen der Zahlungsanweisungen für die Schul-Casse vergl. § 9 I. 6. L. 46.

c. Bei Anfertigung der Rechnungen ist in den Kassabüchern an geeigneter Stelle durch ein Zeichen kenntlich zu machen, ob die Übertragung in die entsprechende Rechnung erfolgt ist.

B. Bei Erhebung der Staats-Einkommen-, Ergänzungs-, Grund- und Gewerbesteuer, der Gemeindesteuer, der Parochialsteuer und der Wegebausteuer hat der Gemeindevorsteher alljährlich dem Gemeindecinnehmer eine „Heberolle“ mit Klappen nach beiliegendem Muster Nr. 21 zuzustellen.

Muster  
Nr. 21.

Für jede der vorgenannten Steuern, insoweit dieselbe zu erheben ist, ist der „Heberolle“ eine besondere Klappe nach dem vorgeschriebenen Formular einzufügen, und es brauchen, wenn dies geschehen, die betreffenden Spalten der den Gemeinden vom Steuerkollegium zugehenden Staats-Einkommensteuer- und Ergänzungssteuerrollen und Gewerbesteuerrollen nicht anzufüllen zu werden.

(Nicht bestimmt ist die „Heberolle“ für Brandkassengeld, Schulgeld, Hundesteuer, Viehseuchenabgabe, Handelskammerbeiträge, Kranken-, Invaliditäts- und Altersversicherungsbeiträge u. a. Bezüglich dieser und ähnlicher Hebungen bestehen teils besondere Vorschriften und Einrichtungen, teils bleibt es dem Gemeindecinnehmer überlassen, der „Heberolle“ noch entsprechende weitere Klappen einzufügen.)

Alle Zahlungen von Steuern der betreffenden Art sind sofort beim Eingange in der Heberolle zu buchen, indem zutreffenden Orts der Tag der Zahlung und der Betrag der gezahlten Steuer eingetragen wird. Wenn die Zahlungen für einen längeren als einmonatigen Zeitraum geschehen, sind sie für den letzten Monat dieses Zeitraums zu buchen und die Spalten für die vorangehenden Monate dann durch Striche auszufüllen.

Die Heberollen sind im allgemeinen monatlich aufzurechnen und abzuschließen. Bezüglich der Staatssteuern erfolgt der Abschluß zu dem für die Ablieferung an die Kreiskasse festgesetzten Tage; die aus dem Abschlusse sich ergebenden Summen sind an die Kreiskasse abzuliefern; später eingehende Beträge sind in die Heberolle für den folgenden Monat einzutragen. Bezüglich der Gemeindesteuern im weiteren Sinne erfolgt der Abschluß am letzten Tage jeden Monats, und sind die dabei sich ergebenden Summen in das „Kassabuch“ für Einnahmen zu übertragen. Am Jahresschlusse etwa verbleibende Reste werden in der für das neue Rechnungsjahr bestimmten Heberolle vorweg als „Soll“ mit gebucht.

C. Die Kassabücher, die Heberollen und sämtliche übrigen auf die Kassen- und Rechnungsführung bezüglichen Schriftstücke sind als „öffentliche Urkunden“ anzusehen, als Beläge zu den Gemeinderechnungen (L. G. D. §§ 78 Abs. 4 u. 92 Abs. 1) vom Gemeindecinnehmer sorgfältig aufzubewahren, den Berechtigten — also in erster Linie dem Gemeindevorsteher — auf Verlangen vorzulegen und von dem amtlichen Aufbewahrungsorte nicht zu entfernen. (Es ist vorgekommen, daß ein früherer Gemeindecinnehmer wegen vorsätzlicher Beiseiteschaffung solcher Schriftstücke auf Grund des R. Str. G. B. § 133 zu Gefängnisstrafe verurteilt ist!)

D. Je sorgfältiger der Gemeindecinnehmer unter Beobachtung vorstehender Vorschriften seine Bücher führt, desto sicherer behütet er seine Ge-

meidegenossen, die Gemeinde und sich selbst vor Schaden. Immerhin bleibt aber sein Geschäft ein verwickeltes und schwieriges, und er wird gut tun, sich dasselbe in jeder statthaften Weise zu erleichtern und zu sichern. Hierher gehört z. B. die thunlichst umfangreiche Benutzung von Formularen, wie sie in Formularhandlungen (Druckereien) meistens zu haben sind. Wird dem Gemeindeeinnnehmer z. B. die Erhebung von Kauf- oder Pachtgeld für Gemeinde-Gräberei, Obst, Erde u. dergl. übertragen, so sollte das nicht geschehen ohne Anwendung einer „Liste“ nach beifolgendem Formular-Muster Nr. 22. Irgend welche Zahlungen aus den Gemeindefassen ohne Quittung des Empfängers zu leisten, ist durchaus unstatthaft; je häufiger aber solche Zahlungen vorkommen, desto wünschenswerter ist es, daß der Gemeindeeinnnehmer vorgedruckte „Quittungen“ nach beiliegendem Muster Nr. 23 stets bereit liegen hat. Die Ablieferung der herrschaftlichen Steuern pp. an die Kreiskasse wird ihm vereinfacht und erleichtert, wenn sich der Gemeindeeinnnehmer dabei eines vorgedruckten „Lieferzettels“ nach beiliegendem Muster Nr. 24 bedient usw.

Muster  
Nr. 22.

Muster  
Nr. 23.

Muster  
Nr. 24.

Sachlich aber hat der Gemeindeeinnnehmer stets zu bedenken, daß die Gelder, die ihm durch die Hand gehen, fremde Gelder sind, und daß sich derjenige strafrechtlich schwer verantwortlich macht, welcher sich an solchen vergreift. Pflicht des Gemeindeeinnnehmers ist es deshalb namentlich, die ihm in seiner Eigenschaft als Gemeindebeamter durch die Hand gehenden Gelder von seinen eigenen stets streng gesondert zu halten, sie mit ganz besonderer Sorgfalt sicher aufzubewahren (größere Gemeinden sollten nicht veräumen, dem Gemeindeeinnnehmer einen feuer- und diebes sichern Geldschrank zur Verfügung zu stellen!) und seine Buchführung so einzurichten, daß er sich jeden Augenblick leicht über die Richtigkeit des bei ihm vorgefundenen Kassenbestandes auszuweisen vermag. Niemals kann vom Gemeindeeinnnehmer insbesondere verlangt werden, daß er etwa aus eigenen Mitteln der Gemeindefasse Vor schuß lei ste; desto mehr ist es aber andererseits seine Pflicht, stets Obacht darauf zu geben, daß der erforderliche Kassenvorrat vorhanden ist; und um in dieser Beziehung seiner Pflicht zu genügen, hat er nicht nur etwa säumige Zahler zur Erfüllung ihrer verzögerten Zahlungen durch die verordneten Mittel (Verwaltungs zwangsverfahren — Exekution — oder gerichtliche Klage, L. G. D. § 78 Abs. 3) rechtzeitig anzuhalten, sondern auch den Gemeindevorsteher von einer etwa zu befürchtenden Kassennebbe zeitig in Kenntnis zu setzen, damit dieser die sachdienlichen Mittel dagegen mit dem Gemeinderate in Überlegung nimmt und in die Wege leitet.

Ist dem Gemeindeeinnnehmer ein besonderes Dienst siegel (vergl. oben S. 14) zugestanden, so hat er dieses besonders sorgfältig und so zu behüten, daß eine mißbräuchliche Benutzung desselben ausgeschlossen ist.

Dieses Dienst siegel oder, in Ermangelung eines solchen, das in der Verwahrung des Gemeindevorstehers befindliche Gemein desiegel ist der Unterschrift des Gemeindeeinnnehmers unter solchen Quittungen stets beizufügen, gegen welche er aus irgend welchen s a a t l i c h e n Kassen Gelder für die Gemeinde zu erheben hat.

## § 6.

# Gemeindevermögen und Schulden.

1. Das zur Erreichung der Gemeindezwecke bestimmte *Gemeindevermögen* darf anders als zu jener Zweckbestimmung nicht verwendet, muß, soviel als thunlich, erhalten und auf die möglichst vorteilhafte Weise benutzt werden (L. G. D. §§ 96 u. 98); deshalb sind Veräußerungen von Gemeindegut, wenn dessen Wert 100 *M.* übersteigt, nur mit Genehmigung der Gemeinde-Aufsichtsbehörden statthaft (L. G. D. § 157<sub>„a“</sub>), und muß die Verpachtung der Gemeinde-Grundstücke und Gerechtsame und der Verkauf der Erzeugnisse derselben in der Regel öffentlich auf Meistgebot erfolgen (§ 98).

Zum Vermögen der Gemeinde gehören regelmäßig die sog. „*gemeinschaftlichen Anlagen*“ d. h. die Sand-, Grand- und Lehmgruben, Zimmerplätze, Vergnügungsplätze u. ähnl., welche gelegentlich der Separation als solche ausgewiesen und der Gemeindefasse mit der Maßgabe zu Eigentum überwiesen sind, daß sie der gemeinschaftlichen Benutzung der Eingefessenen (Gemeindengenossen im Sinne L. G. D. § 12) überlassen sein, Nebenbenutzungen davon aber in die Gemeindefasse fließen sollen. Findet sich eine derartige Bestimmung im Separationsrezeß, so sind die „gemeinschaftlichen Anlagen“ zwar jedem Gemeindengenossen zugänglich und kann ihre bestimmungsmäßige Benutzung keinem Gemeindengenossen verweigert werden; es ist aber dem Gemeinderate unbenommen, zu beschließen, daß solche Gemeindengenossen, welche bei der Separation mit einem Sollhaben nicht beteiligt gewesen sind, mithin zu den „gemeinschaftlichen Anlagen“ einen Beitrag nicht geleistet haben, für deren Benutzung einen näher zu bestimmenden Beitrag an die Gemeindefasse zahlen sollen.

Zum Vermögen der Gemeinde gehört häufig auch ein *Gemeinde-Bachhaus*. Durch die landesherrliche Verordnung vom 21. Dezember 1772 ist jeder Gemeinde die Verpflichtung auferlegt, ein Gemeinde-Bachhaus zu errichten und zu unterhalten und in demselben einen Gemeindebäcker mit der Verpflichtung anzusetzen, gegen einen festgesetzten Backlohn zu backen. Nach § 49 des Gewerbegesetzes vom 3. August 1864 (G. u. B. G. Nr. 40 S. 174) dauert diese Verpflichtung fort, sofern nicht dem Bedürfnisse in anderer Weise Genüge geleistet ist.

Über alle Teile des Gemeindevermögens hat der Gemeindevorsteher ein sog. „*Lagerbuch*“ zu führen und stets auf dem Laufenden zu erhalten (L. G. D. § 97), also stets durch die erforderlichen Nachträge so zu ergänzen, daß es zu jeder Zeit über das wirklich vorhandene Gemeindevermögen genaue Auskunft gibt. Für dieses Lagerbuch ist dasjenige bestimmte Formular vorgeschrieben, welches in dem durch beispielsweise Eintragungen erläuterten Muster Nr. 25 anliegt. Mit den vom Gemeinderate abgenommenen Gemeinderechnungen ist alljährlich zugleich dieses Lagerbuch der Kreisdirection zur Einsichtnahme und Nachprüfung vorzulegen. Selbstverständlich ist dasselbe mit der gewissenhaftesten Sorgfalt aufzubewahren.



Letzteres gilt auch von dem Separations=Rezepte und der Separations=Karte der Gemeinde, zumal auch diese Urkunden für den Nachweis des Gemeindevermögens belangreich zu sein pflegen und seiner Zeit für die Gemeinde=Registrierung mit erheblichen Kosten beschafft sind.

Bei der Verwaltung etwaigen Kapital=Vermögens der Gemeinde sind neben den Bestimmungen der L. G. Z. § 157 Nr. 3 u. § 118 Ziff. 101<sub>2</sub> des Ausführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuche vom 12. Juni 1899 (G. u. B. Z. Nr. 36 S. 376), insbesondere die §§ 1806 bis 1808, 1814—1820 des B. G. B. (R. G. Bl. 1896 S. 503), die §§ 101 bis 110 des Ausführungsgesetzes zum B. G. B. vom 12. Juni 1899 (G. u. B. Z. Nr. 36 S. 363) und die B. d. Reichskanzlers vom 7. Juli 1901 (R. G. Bl. Nr. 2785 S. 263) zu beachten. Einer Genehmigung der Gemeinde=Aufsichtsbehörden bedarf es nicht, wenn Kapitalien der Gemeinde angelegt werden in Braunschweigischen Landes=, Leihhaus= oder Kammere=Schuldverschreibungen, in Schuldverschreibungen des Deutschen Reiches oder Deutscher Bundesstaaten, in Schuldverschreibungen des Kreis=Kommunalverbandes Braunschweig und in solchen des ritterschaftlichen Kreditvereins für das Herzogtum Braunschweig.

Alle auf den Inhaber lautenden Schuldverschreibungen, welche der Gemeinde gehören, müssen unter Beobachtung der Vorschriften in §§ 41—44 des Gesetzes über das Hinterlegungs=wesen vom 12. Juni 1899 (G. u. B. Z. Nr. 40 S. 409) und der Ausführung=Bekanntmachung vom 19. Dezember 1899 (G. u. B. Z. Nr. 108 S. 983) nebst den Erneuerungsscheinen (Zinsleihen, Talons) beim Herzogl. Leihhause hinterlegt werden. Die Zinsabschnitte (Coupons) werden nicht mit hinterlegt, sondern verbleiben in der Verwahrung des Gemeindevorstehers. Das Leihhaus fertigt einen Hinterlegungschein aus und hat eine bestimmt vorgeschriebene Hinterlegungsgebühr zu erheben, die durch die Bekanntmachung Herzogl. Staatsministeriums vom 3. Juli 1899 (G. u. B. Z. Nr. 53 S. 513) im einzelnen festgesetzt ist. Einmal hinterlegte Wertpapiere werden nur mit Genehmigung der Kreisdirektion herausgegeben. (Die früher statt der Hinterlegung auch zulässig gewesene Außerkurs=setzung von Schuldverschreibungen auf den Inhaber findet seit 1. Januar 1900 nicht mehr statt und verliert eine vorher erfolgte Außerkurssetzung mit jenem Tage ihre Wirkung: Artif. 176 des Einführungsgesetzes zum B. G. B. in R. G. Bl. 1896 S. 641.)

Werden auf Beschluß des Gemeinderats Grundstücke oder Gebäude der Gemeinde verpachtet oder vermietet, so ist zu beachten, daß die betreffenden Schriftstücke (bei deren Abfassung übrigens die Zuziehung des Amtsgerichts oder eines Notars nicht nötig ist) mit dem gesetzlichen Stempel zu versehen sind, sofern der Pacht= bzw. Mietzins mehr als jährlich 300 M. beträgt. Der Stempel beträgt  $\frac{1}{10}$  vom Hundert des Jahrespachtzinses. Beläuft sich der Pacht= bzw. Mietzins auf weniger als jährlich 300 M., so ist der bezügliche Vertrag stempelfrei. Stempelfrei sind auch Protokolle, welche der Gemeindevorsteher über die Versteigerung von Gras, Lößt, Erde und

anderen Gemeindefachen aufnimmt. Vergl. das Nähere in § 40 bei „Stempelsteuer“.

2. Aus der Gemeindekasse dürfen nur solche Ausgaben bestritten werden, welche zur Erreichung von Gemeindezwecken erforderlich sind, und gibt die L. G. Z. in § 99 nähere Richtschnur darüber, in Beziehung auf welche Ausgaben dies der Fall ist. Abgesehen von denjenigen Ausgaben, welche den Gemeinden durch ausdrückliche gesetzliche Vorschriften auferlegt sind, ist im allgemeinen davon auszugehen, daß Ausgaben, um aus der Gemeindekasse bestritten werden zu dürfen, zum Besten der ganzen Gemeinde gereichen müssen; gleichwohl ist aber nicht ausgeschlossen, auf Kosten der Gemeindekasse auch Einrichtungen zu treffen, welche nur von einem Teile der Gemeindegemeinschaft zu benutzen sind; dann aber ist es naheliegend, gleichzeitig von derjenigen Befugnis Gebrauch zu machen, welche den Gemeinden durch L. G. Z. § 126 und die §§ 4—11 des Gemeindeabgabengesetzes vom 11. März 1899 (G. u. B. Z. Nr. 12 S. 77) eingeräumt ist, nämlich die Benutzung jener Einrichtung von der Entrichtung besonderer „Gebühren“ oder „Beiträge“ abhängig zu machen.

Reichen die Erträge des Gemeindevermögens pp. nicht hin, um die durch die Verpflichtungen und das vom Gemeinderate anerkannte Bedürfnis der Gemeinde erforderlichen Geldmittel zu decken, so ist das Fehlende durch eine Gemeindesteuer aufzubringen, von welcher der folgende Paragraph handelt (L. G. Z. § 100; §§ 1 u. 2 des Gemeindeabgabengesetzes vom 11. März 1899 (G. u. B. Z. Nr. 12 S. 77)). Befinden sich unter den zu befriedigenden Bedürfnissen einmalige und außerordentliche, so ist es — mit Genehmigung der Gemeinde-Aufsichtsbehörden — auch erlaubt, den erforderlichen Geldbetrag im Wege einer Gemeinde-Anleihe flüssig zu machen; und in manchen derartigen Fällen ist es auch voraussichtlich von Erfolg gekrönt, wenn sich die Gemeinde bei der Kreisdirektion um Bewilligung einer Beihilfe aus Kreis- bzw. Staatsmitteln bewirbt. Ob überhaupt und bei welchen einzelnen Arten von derartigen Angelegenheiten Beihilfen aus Kreismitteln bewilligt werden, ist in den Kreisen verschieden und richtet sich nach den Beschlüssen der betreffenden Kreis-Kommunal-Organen. Der Herzogl. Landesregierung aber stehen seit einer längeren Reihe von Jahren regelmäßig Mittel zur Verfügung zur Unterstützung der Gemeinden bei Kirchen- und Schulbauten, zur Förderung gemeinnütziger Zwecke im allgemeinen, zur Förderung des gewerblichen Fortbildungsschulwesens, zur Förderung des Feuerhilfswesens usw. Bezügliche Beihilfe-Gesuche sind stets an die Kreisdirektion zu richten.

3. Anleihen, deren Betrag 100 M. übersteigt, darf eine Gemeinde nur unter Genehmigung der Gemeinde-Aufsichtsbehörden machen (L. G. Z. §§ 157<sub>3</sub> u. 165<sub>II. 3.</sub>). Auf die baldmögliche Tilgung aufgenommener Anleihen ist stets Bedacht zu nehmen; das Mindestmaß der jährlichen Abträge auf die Schuld pflegt von der Gemeinde-Aufsichtsbehörde bei Erteilung der Genehmigung zur Anleiheaufnahme vorgeschrieben und auf Befolgung

solcher Vorschrift von der Kreisdirektion gelegentlich der Nachprüfung der Gemeinderechnung gehalten zu werden.

Da die jährlichen Kapital-Rückzahlungen regelmäßig nur in verhältnismäßig kleinen Summen erfolgen, wird sich häufig ein Privatmann zur Herleiherung nicht finden, da er die kleinen Abtragssummen nur selten gleich wieder verzinslich anlegen kann; für die Gemeinderverwaltung aber ist es zumeist mit unverhältnismäßigen Weitläufigkeiten und Kosten verknüpft, die kleinen Jahresabträge etwa ihrerseits zu größeren Summen anzusammeln. Deshalb wird es sich meistens empfehlen, etwaige Anleihen bei solchen Geldinstituten zu machen, welche jeder Zeit jede beliebige Kapital-Rückzahlung annehmen, und das sind jedenfalls: die Herzogl. Leihhausanstalt und die Kreisfonds. Beide geben die Darlehen unter den gleichen Bedingungen, beide insonderheit auch ohne besondere Sicherheitsbestellung (vergl. Art. 7 des Landtagsabschieds vom 5. September 1855 — G. u. B. S. Nr. 47 S. 535 — und § 20 des Gesetzes, die Reform der Herzogl. Leihhausanstalt betr., vom 20. August 1867 — G. u. B. S. Nr. 72 S. 545 —). Auch die Landes-Versicherungs-Anstalt Braunschweig gibt ohne Bestellung besonderer Sicherheit Darlehen an Gemeinden, und Anleihen zur Befreiung der Kosten von kirchlichen oder Schulbauten werden unter günstigen Bedingungen, ohne Hypothekbestellung, auch aus dem Vermögen der Landes-Pfarrwitwen-Versorgungs-Anstalt gewährt. Anträge auf Bewilligung von Darlehen der letztbezeichneten Art sind an das Konsistorium zu richten (vergl. § 4 Abs. 6 des Gesetzes, Errichtung einer Landes-Pfarrwitwen-Versorgungs-Anstalt betr., vom 15. April 1889 — G. u. B. S. Nr. 22 S. 141).

## § 7.

# Gemeindeabgaben.

## I. Allgemeines.

Soweit das Einkommen der Gemeindekasse aus dem Gemeinde-Grundvermögen nicht hinreicht, um die durch die Verpflichtungen und Bedürfnisse der Gemeinde erforderten Geldmittel zu beschaffen, hat deren Aufbringung durch Gemeindeabgaben zu erfolgen und zwar nach den Vorschriften des mit dem 1. April 1899 in Kraft getretenen Gemeindeabgabengesetzes vom 11. März 1899 (G. u. B. S. Nr. 12 S. 77), durch welches die von den Gemeindeabgaben handelnden Vorschriften der Landgemeindeordnung vom 18. Juni 1892, insbesondere deren §§ 100 bis 134 aufgehoben und ersetzt sind.

Dieses neue Gemeindeabgabengesetz, welches durch das Gesetz vom 10. Dezember 1900 (G. u. B. S. Nr. 64 S. 395) in seinem § 19 abgeändert und durch die Gesetze vom 17. Dezember 1900 (G. u. B. S. 1901 Nr. 1 S. 1) und vom 28. März 1904 (G. u. B. S. Nr. 24 S. 79) ergänzt worden ist, war eine notwendige Folge der Einführung der staatlichen Einkommensteuer und der gleichzeitigen Ermäßigung des bisherigen Betrages der staatlichen Grundsteuer und Gewerbesteuer (vergl. darüber unten in

§ 40 E. 298 u. 300): indem sich die Regierung entschloß, unter Ermäßigung des bisherigen Betrages der Staats-Grundsteuer und Staats-Gewerbesteuer den Hauptteil des staatlichen Steuerbedarfs durch Erhebung einer Staats-Einkommensteuer zu decken, mußte sie zugleich Vorsorge treffen, daß die von ihr für die staatliche Besteuerung in dem Einkommen der Steuerpflichtigen in Anspruch genommene Steuerquelle vor Überlastung durch gleichzeitige Erhebung von Gemeinde-Einkommensteuer geschützt werde, mußte also eine bestimmte Grenze festsetzen, bis zu welcher die Belastung der Steuerpflichtigen mit Gemeinde-Einkommensteuer zulässig sei. Das G. A. G. tut dies in seinen §§ 18 u. 46, indem es den Gemeinden zur Pflicht macht, zur Deckung ihres Steuerbedarfs die steuerpflichtigen Gemeindegengenossen niemals etwa nur zur Gemeinde-Einkommensteuer heranzuziehen, sondern gleichzeitig immer auch einen entsprechenden Teil der vom Staate nicht mehr gehobenen Staats-Grundsteuer und Staats-Gewerbesteuer für ihre Zwecke zur Hebung zu bringen.

Indem das G. A. G. diesen Grundsatz aufstellt, enthält es eine einschneidende Neuerung gegenüber der L. G. D., welche (§§ 100 ff.) vorschrieb, daß die Gemeindesteuer regelmäßig zur einen Hälfte von sämtlichen steuerpflichtigen Gemeindegengenossen nach Maßgabe des Einkommens, zur andern Hälfte allein von den Grundbesitzern nach dem Maßstabe ihrer Grundsteuerkapitale aufzubringen sei. Das G. A. G. beschränkt sich aber nicht darauf, diesen neuen Grundsatz aufzustellen und, soweit erforderlich, weiter auszuführen, sondern es enthält in systematischem Zusammenhange alle Bestimmungen, welche in Zukunft für die Aufbringung von Gemeindeabgaben maßgebend sein sollen, ohne Rücksicht darauf, ob solche Bestimmungen gegenüber den bisherigen Bestimmungen der L. G. D. neues enthalten oder nicht. Solche Abweichungen kommen, wie wir weiter unten sehen werden, noch in verschiedenen, wenn auch unwesentlicheren Punkten vor; jedenfalls sind aber alle Fragen der Gemeindebesteuerung jetzt nicht mehr nach den Vorschriften der L. G. D., sondern in erster Linie nach denen des G. A. G.'s zu entscheiden.

Viele Bestimmungen des G. A. G.'s brauchen hier nicht näher erörtert zu werden, weil sie teils nur längst eingelebte Grundsätze wiedergeben, teils, zugleich für die Verhältnisse der Stadtgemeinden berechnet, Vorschriften enthalten, welche in Landgemeinden nur selten zur praktischen Anwendung kommen. Hierher gehören z. B. die §§ 1—3, welche aussprechen, daß und unter welchen Voraussetzungen die Gemeinden berechtigt sind, zur Deckung ihrer Ausgaben und Bedürfnisse Gebühren, Beiträge, indirekte und direkte Steuern zu erheben, und wie etwaige gewerbliche Unternehmungen der Gemeinde zu verwalten sind; hierher gehören ferner die Vorschriften der §§ 4—11 über die Erhebung von Gebühren und Beiträgen und die der §§ 12—16 über die Einführung indirekter Gemeindesteuern (z. B. Biersteuer, Lustbarkeitssteuer, Hundesteuer).

Von größerer Bedeutung aber sind diejenigen Bestimmungen des G. A. G.'s, welche in dessen §§ 17—59 über die „direkten Gemeindesteuern“ und insbesondere zunächst in den §§ 46—52 über die „Verteilung des Steuerbedarfs auf die verschiedenen

Steuerarten“ gegeben sind. Hier liegt der Schwerpunkt des ganzen Gesetzes. Nach § 100 der V. G. D. sollte der Steuerbedarf durch eine Gemeindesteuer gedeckt werden, deren Gesamtbetrag zur Hälfte von sämtlichen Gemeindesteuerpflichtigen nach ihrem Einkommen, zur Hälfte von den Grundbesitzern nach ihrem Grundsteuerkapitale aufzubringen war; nach den neuen Bestimmungen dagegen heißt es: die erforderliche direkte Gemeindesteuer wird so erhoben, daß dazu stets gleichzeitig und nach einem bestimmten Verhältnisse beizutragen haben:

1. sämtliche Gemeinde=Einkommensteuer=Pflichtige nach dem Fuße der Staats=Einkommensteuer;
2. die Gemeinde=Grundsteuer=Pflichtigen nach dem Verhältnisse ihrer Grundsteuerkapitale und
3. die Gewerbetreibenden der Gemeinde nach Maßgabe der Staats=Gewerbsteuer, zu welcher sie veranlagt sind.

Dabei ist zunächst folgendes zu beachten: Es ist nicht erlaubt, zur Deckung des Steuerbedarfs etwa nur eine Gemeinde=Einkommensteuer oder nur eine Gemeinde=Grundsteuer oder dergl. zu erheben; der Steuerbedarf ist vielmehr immer auf die soeben genannten drei Arten der Steuerpflichtigen oder Steuerquellen zu verteilen. Daraus folgt: ein Rentner, der lediglich von seinen Zinsen, ein Beamter, der lediglich von seinem Diensteinkommen lebt, hat nur Gemeinde=Einkommensteuer zu bezahlen; ein Grundbesitzer dagegen hat immer nicht nur Gemeinde=Einkommensteuer, sondern auch Grundsteuer und, wenn er etwa ein Gewerbe treibt, auch noch Gewerbesteuer; ein Gewerbetreibender, der nicht zugleich Grundbesitzer ist, hat immer Gemeinde=Einkommensteuer und Gewerbesteuer zu zahlen usw.

Nun fragt es sich aber, in welcher Höhe denn der Einzelne zur Gemeinde=Einkommensteuer, zur Grundsteuer und zur Gewerbesteuer heranzuziehen ist. Um diese Frage zu beantworten, muß etwas weiter ausgeholt und der § 46 Abs. 1 des V. G. D. näher erörtert werden. Derselbe lautet:

„Die Gemeinden haben zur Deckung des Bedarfs direkter Steuern, so oft sie einen der Einheit der Staats=Einkommensteuer entsprechenden Zuschlag zu dieser erheben, 3<sup>⁄</sup> vom Hundert des gemeindesteuerpflichtigen Grundsteuerkapitals und 35 vom Hundert des vollen Betrags der auf die gemeindesteuerpflichtigen Gewerbebetriebe entfallenden Staatsgewerbsteuer zu erheben. Bei Erhebung eines Teils der Staatseinkommensteuer=Einheit ist der entsprechende Teil der vorstehend bestimmten Beträge der Grund- und Gewerbesteuer zu erheben.“

Hiernach ist zunächst alljährlich bei Aufstellung des Voranschlags der Gemeindefasse und zwar nach Feststellung der sämtlichen voraussichtlichen Ausgaben und der auch ohne Steuererhebung verfügbaren Einnahmen zu ermitteln:

1. welche Summe durch direkte Gemeindesteuer aufgebracht werden muß, um sämtliche Ausgaben decken zu können, welche Fehlsomme also der Voranschlag aufweisen würde, wenn direkte Gemeindesteuer nicht erhoben würde, und
2. welche Summe sich ergibt, wenn man zusammenrechnet:

- a) den Betrag der von den Gemeinde=Einkommensteuer=Pflichtigen in Höhe einer Einheit \* zu zahlenden Staats=Einkommensteuer,
- b) den Ertrag einer von den Gemeinde=Grundsteuer=Pflichtigen in der Höhe von  $3\frac{1}{2}$  vom Hundert der Grundsteuer=Kapitale (=  $3\frac{1}{2}$  Pfennige auf jede Mark Grundsteuerkapital) zu zahlende Grundsteuer und
- c)  $\frac{35}{100}$  der auf die gemeindesteuerpflichtigen Gewerbetreibenden veranlagten Staats=Gewerbesteuer.

Wenn sich, was allerdings selten vorkommen wird, diese beiden unter 1 und 2 bezeichneten Summen wenigstens annähernd miteinander decken, so ist eine direkte Gemeindesteuer zu erheben, welche sich zusammensetzt aus

- a) einer Gemeinde=Einkommensteuer in Höhe einer Einheit der Staatseinkommensteuer,
- b) einer Gemeinde=Grundsteuer in Höhe von  $3\frac{1}{2}$  ‰ der Grundsteuerkapitale und
- c) einer Gemeinde=Gewerbesteuer in Höhe von  $\frac{35}{100}$  der Staatsgewerbesteuer.

Ist die durch direkte Gemeindesteuer zu deckende Summe dagegen z. B. nur halb so hoch, wie die oben unter 2 bezeichnete Summe, so ist eine direkte Gemeindesteuer zu heben, welche sich zusammensetzt aus

- a) einer Gemeinde=Einkommensteuer in Höhe einer halben Einheit der Staatseinkommensteuer,
- b) einer Gemeinde=Grundsteuer in Höhe von  $1\frac{3}{4}$  ‰ der Grundsteuerkapitale und
- c) einer Gemeinde=Gewerbesteuer in Höhe von  $\frac{35}{200}$  der Staatsgewerbesteuer.

Ist die durch direkte Gemeindesteuer zu deckende Summe z. B.  $1\frac{1}{2}$  mal so hoch, wie die oben unter 2 bezeichnete Summe, so ist eine direkte Gemeindesteuer zu heben, welche sich zusammensetzt aus

- a) einer Gemeinde=Einkommensteuer in Höhe einer  $1\frac{1}{2}$  fachen Einheit der Staatseinkommensteuer,
- b) einer Gemeinde=Grundsteuer in Höhe von  $5\frac{1}{4}$  ‰ der Grundsteuerkapitale und
- c) einer Gemeinde=Gewerbesteuer in Höhe von  $\frac{105}{200}$  der Staatsgewerbesteuer.

(Über einige bei Aufstellung dieser Berechnungen noch besonders zu beachtende Punkte, welche sich daraus ergeben, daß sich die Verpflichtung zur Zahlung der Staats=Einkommen-, Grund- und Gewerbe-Steuern

---

\* Unter „Einheit der Staats=Einkommensteuer“ ist diejenige Summe zu verstehen, welche sich ergibt, wenn die Staats=Einkommensteuer in einer solchen Höhe erhoben wird, daß der einzelne Steuerpflichtige gerade so viel zu bezahlen hat, wie durch die Sätze des Tarifs in § 17 des Einkommensteuergesetzes (G. u. B. S. 1899 Nr. 13 S. 112) vorgesehen ist. — Nach dem Gesetze, die Erhebung der Einkommensteuer betr., vom 11. März 1899 (G. u. B. S. Nr. 14 S. 117) wurde die Staats=Einkommensteuer vom 1. April 1899 an zunächst nur in dieser Höhe erhoben; seit dem 1. April 1904 aber wird die Staats=Einkommensteuer in der Höhe von einem und drei Zehntel Einheitsätzen erhoben: G. vom 20. März 1904 (G. u. B. S. Nr. 16 S. 45).

mit der Verpflichtung zur Zahlung der *Gemeinde-Einkommen-, Grund- und Gewerbe-Steuern* nicht in allen Punkten deckt, vergleiche die weiter unten folgenden Bemerkungen.)

Das *G. A. G.* schreibt nun aber in §§ 46 Abs. 2 und 49 ferner noch vor, daß Zuschläge über den doppelten Satz der Einheit der *Staats-einkommensteuer* und mehr als  $7\frac{1}{2}$  vom Hundert des Grundsteuerkapitals \* bezw. 75 % der Gewerbesteuer nur mit der für den Einzelfall zu erteilenden Genehmigung Herzogl. Staatsministeriums erhoben werden dürfen. Ergibt sich also die Notwendigkeit einer Steuererhebung in dieser Höhe, so ist vorweg die Erteilung dieser Genehmigung bei der Kreisdirection zu beantragen.

Hat der Gemeindevorsteher in dieser Weise ermittelt, wie im allgemeinen der durch direkte Gemeindesteuer aufzubringende Betrag auf die mehrermähnten drei Steuerarten zu verteilen ist, so ist fernerweit für jeden einzelnen Steuerpflichtigen der Gemeinde rechnungsmäßig festzustellen, ob und in welcher Höhe er zu den einzelnen Steuerarten heranzuziehen ist. Im allgemeinen ist hierzu eine weitere als eine rein rechnerische Arbeit nicht nötig, weil die im allgemeinen maßgebenden Unterlagen (nämlich die *Staats-Einkommensteuerliste*, das *Grundsteuer-Kataster* und die *Heberolle über Gewerbesteuer*) sich bereits im Besitze des Gemeindevorstehers befinden; diese rechnerische Arbeit, welche den Gemeinden nicht erspart werden kann, ist aber allerdings umständlich und zeitraubend, weil für jeden einzelnen Steuerpflichtigen dieselbe Rechnung angestellt werden muß, wie sie vorstehend für die Verteilung des Gesamt-Steuerbedarfs auf die einzelnen Steuerarten angedeutet ist. Liegt also z. B. der oben zuletzt angeführte Fall vor, wonach eine Gemeindesteuer in Höhe einer  $1\frac{1}{2}$  fachen Einheit der *Staats-Einkommensteuer* usw. erhoben werden muß, so muß für jeden einzelnen Gemeindesteuerpflichtigen berechnet werden, wie hoch sich beläuft:

- a) der  $1\frac{1}{2}$  fache Betrag der Einheit der ihm zur Last fallenden *Staats-Einkommensteuer*,
- b) die *Gemeinde-Grundsteuer* in Höhe von  $5\frac{1}{4}$  Pfennig auf jede Mark seines Grundsteuerkapitals und
- c)  $\frac{105}{200}$  der *Staatsgewerbesteuer*, zu welcher er veranlagt ist.

Die auf diese Weise gefundenen Zahlen sind in eine Gemeindesteuer-Heberolle einzutragen, zu welcher das Formular des beiliegenden *Musters Nr. 26* empfohlen wird.

Es sind indessen bei den einzelnen drei Steuerarten noch verschiedene besondere Gesichtspunkte zu beobachten, welche nimmehr noch im einzelnen zu erörtern sind.

## II. Gemeinde-Einkommensteuer.

1. Was zunächst den Kreis der gemeindeeinkommensteuerpflichtigen Personen betrifft, so ist in dieser Beziehung durch das *G. A. G.* eine wesentliche Änderung nur insofern eingetreten, als

\* Vergl. unten § 40. III. a. E. S. 298.

durch § 27, nunmehr auch „der Fiskus, das Kammergut, der Kloster- und Studienfonds bezüglich des Einkommens aus den von ihnen betriebenen Bergbau- oder sonstigen gewerblichen Unternehmungen, sowie aus Domänen, Klostergütern und Forsten“ für gemeindeeinkommensteuerepflichtig erklärt sind. Besonders wichtig ist dies also für diejenigen Gemeinden, in deren Bezirke sich Domänen oder Klostergüter befinden; denn während hier bisher die Kammer zur Gemeindesteuer nur insoweit herangezogen werden konnte, als diese vom Grundbesitz nach Grundsteuerfuß zu tragen war, ist vom 1. April 1899 an von der Kammer auch das aus den Domänen pp. sich ergebende Einkommen zu versteuern, jedoch nur nachdem zuvor von Herzogl. Staatsministerium diejenigen näheren Feststellungen vorgenommen worden sind, welche die §§ 27 Abs. 2 und 37 vorbehalten haben.

Im übrigen bestimmt der § 27 des G. A. G.'s in Verbindung mit dem Gesetze, betr. Beseitigung von Doppelbesteuerungen, vom 17. Dezember 1900 (G. u. R. Z. 1901 Nr. 1 Z. 1) den Kreis der gemeindeeinkommensteuerepflichtigen Personen grundsätzlich fast ebenso, wie früher der § 105 der L. G. O. Es gehören dazu im allgemeinen alle Personen, welche in der Gemeinde einen Wohnsitz haben, mit ihrem Gesamteinkommen (§ 27,); aber auch diejenigen Personen gehören dazu, welche zwar ihren Wohnsitz nicht in der Gemeinde haben, jedoch in dieser Grundvermögen — „Markgenossen“, L. G. O. § 105, — oder eine gewerbliche Anlage besitzen, mit ihrem hieraus sich ergebenden Einkommen (§ 27,); ferner Aktien- und andere Erwerbs-Gesellschaften, welche in der Gemeinde Grundvermögen und gewerbliche Anlagen haben, mit ihrem hieraus sich ergebenden Einkommen (§ 27,); und endlich sind auch Neuanziehende, wenn sie sich länger als drei Monate aufhalten, nach § 27 a. G. ebenso steuerepflichtig, wie es nach L. G. O. § 105 Abs. 4 die „Fremden“ waren.

Auch die Vorschrift in L. G. O. § 105 Abs. 2 und § 112 kehrt in G. A. G. § 45 wieder, wonach Personen und Erwerbsgesellschaften zu einer „Gemeindesteuer“ auch über das Maß ihres Einkommens hinaus und sogar ohne Einkommen dann herangezogen werden können, wenn sie durch die Nutzung ihres Grundvermögens oder den Betrieb ihres Gewerbes der Gemeinde erhebliche Kosten verursachen; und ferner findet sich noch in G. A. G. § 44 eine hierher gehörige Bestimmung, wonach die eine Gemeinde von der andern (von der „Betriebsgemeinde“) einen angemessenen Zuschuß zu ihrer Gemeindefasse verlangen kann, wenn ihr durch einen in der „Betriebsgemeinde“ stattfindenden Gewerbebetrieb erhebliche Mehrausgaben für Schul- und Armenwesen erwachsen. In diesen beiden Fällen erfolgt jedoch keine eigentliche Steuerveranlagung, sondern die Fragen werden auf Anrufen von Kreisdirektion und Staatsministerium geregelt.

2. Was den Umfang des der Besteuerung unterliegenden Einkommens betrifft, so besteht:

a. bei Personen im allgemeinen der Grundsatz, daß sie in derjenigen Gemeinde, in welcher sie ihren Wohnsitz haben, ihr gesamtes innerhalb



und außerhalb des Braunschweigischen Staatsgebietes gewonnenes Einkommen zu versteuern haben (§ 27<sub>1</sub>); jedoch hat die Wohnsitz-Gemeinde denjenigen Teil des Einkommens nicht mit zu besteuern, welchen der Steuerpflichtige aus außerhalb des Gemeindebezirks belegenen Grundvermögen, Handels- oder gewerblichen Anlagen gewinnt: Näheres hierüber in §§ 41 bis 43.

Personen dagegen, welche nach § 27<sub>2</sub> steuerpflichtig sind, ohne einen Wohnsitz in der Gemeinde zu haben, und Erwerbsgesellschaften nach § 27<sub>3</sub> haben nur dasjenige Einkommen zu versteuern, welches ihnen aus ihren im Bezirke der Steuergemeinde belegenen Grundvermögen, Gewerbsanlagen pp. zufließt. Dies trifft auch bei der Herzogl. Kammer zu.

Wie das gemeindesteuerpflichtige Einkommen aus Unternehmungen, die sich über mehrere Gemeinden erstrecken, unter diese behuf der Besteuerung zu teilen ist, besagen die §§ 38—40.

b. Einkommen von nicht mehr als jährlich 50 M. sind steuerfrei; Einkommen von mehr als jährlich 50 M. bis einschließlich 300 M. können zur Gemeinde-Einkommensteuer nur dann herangezogen werden, wenn sie Teile eines Gesamteinkommens von mehr als 300 M. sind und wenn ihre Steuerpflicht durch Ortsstatut begründet ist (G. A. G. § 32 und G. v. 28. März 1904 — G. u. B. S. Nr. 24 S. 79 —). Da Einkommen von nicht mehr als 900 M. der Staats-Einkommensteuer nicht unterliegen, ist für die Einkommen von 50 bis 900 M. der der Staats-Einkommensteuer-Einheit entsprechende Steuersatz in den angeführten gesetzlichen Bestimmungen besonders festgestellt.

Muster  
Nr. 27. Gemeinden, welche Einkommen von 50 bis 300 M. heranziehen wollen, haben zu diesem Zwecke zuvor ein Statut nach beiliegendem Muster Nr. 27 zu erlassen.

3. Die Feststellung des der Gemeinde-Einkommensteuer zu unterwerfenden Einkommens geschieht im allgemeinen nicht erst durch die Gemeindebehörde, sondern es ist vielmehr diejenige Feststellung maßgebend, welche behuf der Staats-Einkommensteuer von den hierfür verordneten Organen vorgenommen und aus der Einkommensteuerliste zu entnehmen ist (§ 30); die Gemeinde-Einkommensteuer wird im allgemeinen nur in der Form von „Zuschlägen“ zur Staats-Einkommensteuer d. h. so erhoben, daß vom Gemeinderate nur zu beschließen ist, ein Wievielfaches der Einheit der Staats-Einkommensteuer als Gemeinde-Einkommensteuer erhoben werden soll (§§ 54 und 58 Abs. 1).

Mit diesem Grundsatz allein wäre aber nicht völlig auszukommen, denn die Staats-Einkommensteuerliste läßt nicht alles ersehen, was behuf der Gemeinde-Einkommensteuer zu wissen nötig ist. Deshalb hat das G. A. G. einerseits vorgeschrieben, daß in den dazu geeigneten Fällen das gemeindesteuerpflichtige Einkommen zunächst noch vom Gemeinderate festzustellen sei (§§ 30 Abs. 2 und 54), und andererseits festgesetzt, daß dem Gemeindevorsteher auf dessen Verlangen von den zuständigen Staats- und Gemeindebehörden die erforderliche Auskunft erteilt werden muß (§ 55) bzw. daß die Gemeinden befugt sind, auf statutarischem Wege die Steuerpflichtigen zur Auskunfterteilung zu verpflichten (§ 56).

Zu dem im betreffenden Falle geeigneten dieser drei Mittel muß insbesondere gegriffen werden in Fällen folgender Art:

a. Da bei der Staats-Einkommensteuer die Steuerpflicht erst mit einem Einkommen von mehr als 900 *M.* beginnt, bei der Gemeinde-Einkommensteuer dagegen nur Einkommen von weniger als 50 *M.* unbesteuert zu lassen sind (vergl. oben), so läßt die Einkommensteuerliste bezüglich aller Personen mit einem Jahreseinkommen von 50 bis 900 *M.* im Stich und es muß deshalb bezüglich ihrer eine Einkommens-Feststellung durch den Gemeinderat erfolgen. Ist dieselbe erfolgt, so werden diese Personen zur Gemeinde-Einkommensteuer nach den näheren Vorschriften in § 32 und dem Gesetze vom 28. März 1904 (G. u. B. S. Nr. 24 S. 79) veranlagt und haben die hier vorgeschriebenen Steuersätze in demselben Maße zu entrichten, wie die zur Staats-Einkommensteuer veranlagten Personen den Einheitsatz der Staats-Einkommensteuer. Wird also z. B. eine  $1\frac{1}{2}$  fache Einheit (ein Zuschlag von 150 %) der Staats-Einkommensteuer als Gemeinde-Einkommensteuer erhoben, so hat der Gemeinde-Einkommensteuerpflichtige, dessen Jahreseinkommen auf 600 bis 700 *M.* festgesetzt worden ist, eine Gemeinde-Einkommensteuer von  $(2,10 \text{ M.} \times 1\frac{1}{2} =) 3,15 \text{ M.}$  zu entrichten.

b. Ein Mensch, welcher in Wolfenbüttel wohnt, wird in Wolfenbüttel zur Staats-Einkommensteuer veranlagt und dabei wird auch das Einkommen berücksichtigt, welches er aus Grundeigentum bezieht, das im Gemeindebezirke von Halchter liegt. Mit seinem Einkommen aus diesem seinem Grundbesitze ist er aber nach G. u. B. § 27,2 in Halchter gemeindeeinkommensteuerpflichtig. Geht nun aus der Wolfenbütteler Einkommensteuerliste hervor, wie hoch sein Einkommen aus den Halchterschen Grundstücken sich beläuft, so muß der Magistrat von Wolfenbüttel dem Gemeindevorsteher von Halchter auf Verlangen darüber Auskunft geben; geht es daraus nicht hervor (etwa weil der Mann bei einem Gesamteinkommen von weniger als 900 *M.* zur Staats-Einkommensteuer überhaupt nicht veranlagt ist), so muß der Gemeinderat von Halchter das Einkommen feststellen.

c. Ebenso wäre zu verfahren, wenn jemand an seinem Wohnorte zur Staats-Einkommensteuer veranlagt ist unter Berücksichtigung des Einkommens aus einer Ziegelei, welche er im Nachbarorte besitzt; zur Gemeinde-Einkommensteuer wäre dieses Einkommen in dem Nachbarorte heranzuziehen; dessen Gemeindevorsteher bzw. Gemeinderat hätten also ebenso zu verfahren, wie in dem vorangegangenen Beispiele Halchter.

d. Nach Vorschrift des Einkommensteuergesetzes ist von der Staats-Besteuerung ausgeschlossen das Einkommen aus den in anderen Deutschen Bundesstaaten (z. B. Preußen) belegenen Grundstücken oder betriebenen Gewerben; in der Einkommensteuerliste ist also auf dieses Einkommen keine Rücksicht genommen. Zur Gemeinde-Einkommensteuer aber ist ein in einer Braunschweigischen Gemeinde Wohnender auch mit seinem Einkommen aus Preussischem Grundbesitze heranzuziehen; dieses Einkommen muß deshalb in der Wohnsitzgemeinde vom Gemeinderate besonders festgestellt werden. —

Die Zahl dieser Beispiele ließe sich noch vermehren.

Bemerkt sei noch, daß alle diejenigen Abweichungen von dem Staatssteuer-Sollbetrage, welche sich für den Gemeindesteuer-Sollbetrag ergeben, bei der Berechnung der Steuereinheit berücksichtigt werden müssen.

### III. Realsteuern.

Als „Realsteuern“ kommen, wie schon vorhin erwähnt, die Steuern vom Grundbesitz und vom Gewerbebetriebe und zwar in demjenigen Umfange in Betracht, welcher gleichfalls schon oben dargelegt ist.

Der Gemeinde-Grundsteuer unterliegen alle im Gemeindebezirke belegenen bebauten und unbebauten Grundstücke mit Ausnahme der wenigen, welche nach § 19 in der Fassung des Gesetzes vom 10. Dezember 1900 (G. u. V. S. Nr. 64 S. 395) davon befreit sind, und zwar nach Maßgabe des aus dem Grundsteuer-Kataster sich ergebenden Grundsteuerkapitals. Die Grundsteuer nach einem andern Maßstabe zu erheben, können zwar die Gemeinden im Wege des Statuts beschließen (§§ 20 u. 22); es ist aber nicht anzunehmen, daß die Landgemeinden von dieser Befugnis viel Gebrauch machen werden.

Der Gemeinde-Gewerbesteuer unterliegen alle nach den Bestimmungen des Gewerbesteuer-Gesetzes der Staats-Gewerbesteuer unterliegenden im Gemeindebezirke betriebenen Gewerbe mit Ausnahme des Gewerbebetriebes im Umherziehen (§§ 23 u. 25). Die Gemeinde-Gewerbesteuer wird nach Prozenten der Staats-Gewerbesteuer, wie diese auf dem vorgeschriebenen Wege festgesetzt ist, erhoben, insofern nicht die Gemeinden auf statutarischem Wege beschließen, diese Steuer nach anderen Merkmalen selbständig zu bemessen (§§ 24 u. 26 Abs. 2). Erstreckt sich ein Gewerbebetrieb über mehrere Gemeinden, so hat das Steuerkollegium und in der Beschwerdeinstanz Herzogl. Staatsministerium darüber zu entscheiden, welcher Betrag der Staats-Gewerbesteuer auf die einzelnen Gemeinden fällt (§§ 26 Abs. 1 und 67).

### IV. Feststellung, Erhebung und Beitreibung.

Sobald die Gemeindesteuer-Rolle vom Gemeinderate festgesetzt ist, erfolgt deren Bekanntgabe an die Steuerpflichtigen und Aufforderung zur Zahlung durch eine vom Gemeindevorsteher in ortsüblicher Weise zu erlassende Bekanntmachung darüber, wieviele Prozente der Staats-Einkommen-, Grund- und Gewerbesteuer als direkte Gemeindesteuer sollen erhoben werden (vergl. Muster Nr. 28). Der Gemeinderat kann auch beschließen, daß an Stelle solcher öffentlicher Bekanntmachung besondere Mitteilung an die einzelnen Steuerpflichtigen durch Steuerzetteln (vergl. Muster Nr. 29 und 30) treten soll (§ 58). Nach Erlass solcher Bekanntmachung pp. sind die Steuern dann fällig in Monatsraten, zahlbar in den ersten acht Tagen jeden Monats, wenn der Gemeinderat hierüber nicht anderweit bestimmt (§ 59), und die Fälligkeit wird auch dadurch nicht etwa ausgeschlossen, daß Rechtsmittel gegen die Veranlagung eingelegt werden (§ 66).

Muster  
Nr. 28.

Muster  
Nr. 29.  
und 30.

Als solche Rechtsmittel, welche jedoch in diesem Verfahren gegen den der Veranlagung zugrunde liegenden Staatssteuerjah nicht zulässig sind, bezeichnet das G. A. G.:

1. Einspruch beim Gemeinderate, welcher binnen einer Ausschlussfrist von vier Wochen, von der oben erwähnten Bekanntmachung des Gemeindevorstehers an gerechnet, beim Gemeindevorsteher einzulegen ist (§ 60);
2. Beschwerde beim Kreisausschusse über den vom Gemeinderate auf den Einspruch gefassten Beschluss, welche binnen einer Ausschlussfrist von zwei Wochen nach Zustellung dieses Beschlusses bei der Kreisdirektion zu erheben ist (§ 61), und
3. Klage beim Verwaltungsgerichtshofe, welche bei diesem binnen einer zweiwöchigen Ausschlussfrist nach Zustellung der Entscheidung des Kreisausschusses anzustellen ist (§ 61).

Über die Verteilung gemeindesteuerpflichtiger Einkommen auf mehrere Gemeinden (§§ 38—44) entscheidet auf Antrag des Steuerpflichtigen der Kreisaussschuß und in der Beschwerdeinstanz endgültig Herzogl. Staatsministerium (§§ 62—65).

Ausgeschriebene Steuern, welche nach Fälligkeit nicht bezahlt sind, unterliegen der Beitreibung im Verwaltungszwangsverfahren (§ 79) und verjähren in vier Jahren nach Ablauf des Jahres, in welchem sie fällig geworden (§ 77). — Vom Verwaltungszwangsverfahren ist eingehender weiter unten (§ 40. C. S. 290 dieses Wegweisers) die Rede.

## V. Indirekte Gemeindesteuern.

Von den sog. indirekten Gemeindesteuern handelt das G. A. G. in den §§ 12—16. Hier (§ 14 Abs. 2) ist ausdrücklich hervorgehoben, daß die sog. Tanzsteuer, wie sie durch das Landesgesetz vom 31. Mai 1882 geregelt ist, bestehen bleibt, so lange eine Gemeinde nicht durch Statut eine anderweitige Regelung vornimmt.

Von den übrigen hierher gehörigen Steuern ist für die ländlichen Verhältnisse besonders wichtig die Hundesteuer (§ 15), über welche deshalb hier noch folgende Bemerkungen:

Für das Halten von Hunden kann durch Statut eine Abgabe eingeführt werden; alles nähere, insbesondere auch ob die Abgabe in die Gemeindefasse oder in die Armentasse fließt, oder wie sonst darüber verfügt werden soll, hat das Statut zu bestimmen. Es gibt deren viele Beispiele, weshalb hier nicht näher darauf eingegangen wird. Es kommt auch vor, daß das Statut für alle Gemeinden eines Kreises als Kreisstatut erlassen ist. Wo die Hundesteuer eingeführt ist, muß eine jährliche Anmeldung der Hunde stattfinden und über die geschehene Anmeldung eine Anmeldebescheinigung erteilt werden. Die in den Mustern Nr. 31 u. 32 beiliegenden Formulare werden sich bewähren. — Das Verzeichnis der angemeldeten Hunde muß vom Gemeindevorsteher abgeschlossen und unterschrieben und demnächst der Jahresrechnung über diejenige

Kasse, in welche die Hundesteuer fließt, als Einnahme-Belag beigelegt werden.

Weniger den Charakter einer Gemeindeabgabe, als den einer besonderen Gewerbesteuer, welche aber der Gemeindekasse zufließt, hat die Wanderlager-Steuer, die durch das Gesetz vom 7. Juni 1890 (G. u. B. S. Nr. 23 S. 87) eingeführt ist. Dieselbe beträgt in Gemeinden von 2000 oder weniger Einwohnern wöchentlich 30 M., in solchen mit über 2000 bis 12 000 Einwohnern wöchentlich 40 M. Der Gemeindevorsteher hat dafür zu sorgen, daß derjenige zu dieser Steuer herangezogen wird, welcher die Waren eines Wanderlagers in der Gemeinde zum Verkauf bringen will, und hat, um dies herbeizuführen, nötigenfalls die Hülfe der Kreisdirektion anzurufen. Nach § 55 Ziff. 6 des Gesetzes über die Verwaltungsrechtspflege vom 5. März 1895 (G. u. B. S. Nr. 26 S. 101) ist die Entscheidung der Kreisdirektion ansechtbar im Wege der Klage beim Verwaltungsgerichtshofe. — Durch das Gesetz vom 28. März 1904 (G. u. B. S. Nr. 22 S. 71) ist das Gesetz vom 7. Juni 1890 in einigen Punkten abgeändert, namentlich dahin, daß die Steuerveranlagung, wenn die Gemeinde dies beschließt, nach Maßgabe des Umsatzes (bis zu 5 bzw. 10 % desselben) erfolgen kann. —

Hierher gehört endlich auch noch die durch das Gesetz vom 28. März 1904 (G. u. B. S. Nr. 23 S. 75) eingeführte Gemeindegewerbesteuer (Umsatzsteuer), zu welcher auf besonderen Beschluß des Gemeinderats Warenhäuser, Produktivgenossenschaften, Konsumvereine und ähnliche Unternehmungen herangezogen werden können, wenn sie die in der Gemeinde ansässigen Betriebe des Kleinhandels oder des Kleingewerbes erheblich zu benachteiligen geeignet erscheinen. Darüber, ob und zu welchem Betrage eine Heranziehung zu dieser Steuer stattfinden soll, ist die Entscheidung der Kreisdirektion herbeizuführen. Der Ertrag dieser Steuer fließt aber nur zu  $\frac{2}{3}$  der Gemeindekasse zu und darf nicht anders als zur Förderung des Kleinhandels und des Handwerks verwendet werden.

## § 8.

### Armenpflege.

Einen wichtigen Teil der Verwaltung der Gemeinde-Angelegenheiten bildet die öffentliche Armenpflege, von welcher die §§ 135—142 der L. G. O. handeln. Indem der § 135 besagt, daß „bezüglich der Verpflichtung der Gemeinden zur Unterstützung Hülfsbedürftiger die besonderen reichs- und landesgesetzlichen Vorschriften maßgebend seien“, verweist er auf

- a) das Gesetz über die Freizügigkeit vom 1. November 1867 (R. G. Bl. Nr. 16 S. 55), ergänzt durch Artikel 37 des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuche vom 18. August 1896 (R. G. Bl. Nr. 2322 S. 613),
- b) das Gesetz über den Unterstützungswohnsitz vom 6. Juli 1870 in der Fassung des G.'s vom 12. März 1894 (R. G. Bl. Nr. 2150 S. 262) und

c) das Landes-Ausführungsgesetz zu letzterm vom 5. Juli 1871 (G. u. B. S. Nr. 39 S. 249).

In Betracht kommen auch noch der § 39 Nr. 3 u. 4 der Kreisordnung vom 5. Juni 1871 (G. u. B. S. Nr. 35 S. 184) und der § 2 des Gesetzes über die Dotation der Kreis-Kommunalverbände pp. vom 5. Juni 1871 (G. u. B. S. Nr. 36 S. 205).

1. Auf die Frage, „wer Anspruch auf Armenunterstützung hat“, muß im allgemeinen geantwortet werden: „jeder Hilfsbedürftige ohne Ansehen der Person“.

Das Freizügigkeitsgesetz (übrigens ein Gesetz, welches nicht etwa ausschließlich mit Rücksicht auf die Verhältnisse der öffentlichen Armenpflege erlassen ist, sondern die Bestimmung hatte, nahezu alle bis dahin bestehenden Aufenthaltsbeschränkungen für Deutsche in Deutschland abzuschaffen und die Ortsfremden den Einheimischen in Beziehung auf Aufenthaltsbefugnis, Grundeigentumserwerb, Gewerbebetrieb und Heranziehung zu den Gemeindelaften gleichzustellen) — dieses Freizügigkeitsgesetz bestimmt insbesondere,

daß jeder Deutsche das Recht hat, innerhalb Deutschlands an jedem Orte sich aufzuhalten oder niederzulassen, wo er eine eigene Wohnung oder ein Unterkommen sich zu verschaffen imstande ist, und in der Ausübung dieses Rechts nicht gehindert oder auch nur durch lästige Bedingungen beschränkt werden darf;

daß demnach eine Gemeinde lediglich aus Besorgnis künftiger Verarmung eines Neuanziehenden zu dessen Abweisung nicht befugt ist, sondern nur dann, wenn sie nachweisen kann, daß der Neuanziehende nicht hinreichende Kräfte besitzt, um sich und seinen Angehörigen den nothdürftigen Lebensunterhalt zu verschaffen;

daß andererseits freilich die Fortsetzung des Aufenthalts versagt werden darf, wenn die betreffende Person, bevor sie den Unterstützungswohnsitz erworben hat, der öffentlichen Unterstützung aus anderen als nur vorübergehenden Gründen bedürftig wird;

daß aber die tatsächliche Ausweisung erst erfolgen darf, nachdem eine andere Gemeinde eine Annahme-Erklärung abgegeben hat oder eine Entscheidung über deren Fürsorgepflicht vorliegt.

Die Armenpflege hat sich demgemäß auf alle in der Gemeinde dauernd oder vorübergehend aufhältliche Personen zu erstrecken, nötigenfalls auch auf fremde Bettler, Vagabunden und Landstreicher (vergl. § 17, II S. 71), und derjenige Gemeindevorsteher würde sich eines Disziplinarvergehens schuldig machen, der etwa aus Besorgnis künftiger Verarmung einer Person oder Familie die Hand dazu bieten würde, derselben das Recht des Aufenthalts in der Gemeinde irgendwie zu beschränken oder zu verkümmern.

Die Fürsorgepflicht, welche die Gemeinde-Armenpflege jedem Hilfsbedürftigen zuzuwenden hat, ist entweder eine endgültige oder eine nur vorläufige, je nachdem der Hilfsbedürftige seinen Unterstützungswohnsitz in der Aufenthalts-Gemeinde selbst hat oder nicht: in jenem Falle liegt die Last auf der Aufenthalts-Gemeinde allein, in diesem hat

sie einen Anspruch auf Rückerstattung des Geleisteten, entweder gegen eine andere Gemeinde, in welcher der Unterstützte den Unterstützungswohnsitz hat, oder aber gegen den durch die Kreisdirection vertretenen „Landarmenverband“ (die Staatskasse), wenn der Unterstützte einen Unterstützungswohnsitz überhaupt nicht hat, sondern „landarm“, oder wenn er Reichs-Ausländer ist.

Über diese Fragen sind die näheren Vorschriften in dem Reichsgesetze über den Unterstützungswohnsitz vom 12. März 1894 enthalten.

Dieses Gesetz handelt von:

- der Gleichberechtigung der Bundesangehörigen (§ 1),
- den öffentlichen Unterstützungs-Organen, Orts- und Landarmenverbänden (§§ 2—8),
- der Erwerbung des Unterstützungswohnsitzes durch Aufenthalt, Verheirathung und Abstammung (§ 9—21),
- dem Verluste des Unterstützungswohnsitzes durch Erwerbung eines andern und durch Abwesenheit (§§ 22—27),
- den Pflichten und Rechten der Armenverbände (§§ 28—33),
- dem Verfahren in Streitsachen (§§ 34—59),
- der öffentlichen Unterstützung von Ausländern (§ 60) und
- dem Verhältnis der Armenverbände zu einander, anderweit Verpflichteten und den Behörden (§§ 61—64).

Hiernach teilen im allgemeinen die Ehefrauen den Unterstützungswohnsitz ihres Mannes, Kinder den des Vaters (uneheliche den der Mutter); selbständig in Beziehung auf den Erwerb des Unterstützungswohnsitzes wird aber ein Deutscher mit zurückgelegtem 18. Lebensjahre und zwar so, daß, wer nach diesem Zeitpunkte ununterbrochen zwei Jahre lang in einer Gemeinde seinen gewöhnlichen Aufenthalt gehabt hat, dadurch in dieser den Unterstützungswohnsitz erwirbt. Dabei wird als Unterbrechung solchen zweijährigen Aufenthalts eine freiwillige Entfernung nicht angesehen, wenn aus den Umständen die Absicht erhellt, den Aufenthalt beizubehalten; dagegen ruht der Lauf der zweijährigen Frist während der Dauer einer gewährten öffentlichen Unterstützung.

Andererseits geht der bisherige Unterstützungswohnsitz verloren durch die Erwerbung eines anderweiten Unterstützungswohnsitzes und dadurch, daß jemand nach zurückgelegtem 18. Lebensjahre zwei Jahre lang ununterbrochen freiwillig abwesend gewesen ist. Dabei wird als Unterbrechung der Abwesenheit die Rückkehr nicht angesehen, wenn aus den Umständen die Absicht erhellt, den Aufenthalt nicht dauernd fortzusetzen; dagegen ruht der Lauf der zweijährigen Verlustfrist während der Dauer der von einem Armenverbande gewährten öffentlichen Unterstützung.

Aus diesen Bestimmungen folgt, wie wichtig es unter Umständen für die Gemeinde sein kann, daß das in § 17 dieses Wegweisers erwähnte „Melde-Register“ vom Gemeindevorsteher genau geführt und von ihm auf Befolgung der Vorschriften über die An- und Abmeldung beim Aufenthaltswechsel streng gehalten wird.

2. Die Frage, „was als Armenunterstützung zu gewähren ist,“ wird nicht durch das Reichsgesetz über den Unterstützungswohnsitz, sondern durch das zu dessen Ausführung erlassene Landesgesetz vom 5. Juni 1871 und zwar in § 1 dahin beantwortet, daß nötigenfalls gewährt werden müssen: Obdach (unter Umständen in einem Armenhause), der unentbehrliche Lebensunterhalt, die erforderliche Krankenpflege (geeignetenfalls in einem Krankenhause) und im Falle des Todes ein angemessenes Begräbniß; auch kann einem zu Unterstützenden eine seinen Kräften entsprechende Arbeit, außerhalb oder innerhalb eines Armenhauses pp., angewiesen werden, und zwar macht sich nach R. Str. G. B. § 361, (R. G. Bl. 1876 S. 112) derjenige strafbar, welcher sich aus Arbeitscheu weigert, solche Arbeit zu verrichten.

Von der Entscheidung der zuständigen Stelle (Armendeputation) hängt es ab, ob die Unterstützung durch Geld- oder Naturalbewilligung, oder mittelst Unterbringung in einem Armen- oder Krankenhause, oder mittelst Anweisung von Arbeit gegen Entgelt oder auf sonstige Weise beschafft werden soll (L. G. D. § 137).

Der Erlass des Schulgeldes wegen Armut ist keine Armenunterstützung im Sinne des Gesetzes. Ebenjowenig sind dies z. B. die Kosten der Unterbringung von Blinden, Taubstummen, Blödsinnigen in Anstalten und Kosten, welche durch Vergung und Bewachung einer aufgefundenen Leiche entstehen.

Alle geleisteten Armenunterstützungen sind nur Vorschüsse, welche von den Unterstützten selbst, sowie von deren alimentationspflichtigen Verwandten oder deren Erben geeignetenfalls zurückverlangt werden können, wozu es indessen nötigenfalls der Anstrengung einer gerichtlichen Klage bedarf (L. G. D. § 142).

Grundsätzlich müssen übrigens alle Unterstützungen so reichlich bemessen werden, daß der Arme nicht nötig hat, sich noch an anderen Stellen um Unterstützung zu bewerben oder zu betteln.

3. Über das Verfahren in Angelegenheiten der Armenpflege ist folgendes zu beachten:

a. Die Vorschriften über die Einrichtungen, wie sie behufs der Armenpflege in jeder Gemeinde vorhanden sein müssen, sind in den §§ 136—141 der L. G. D. enthalten. Regelmäßig soll in jeder Gemeinde eine aus dem Gemeindevorsteher und mindestens zwei vom Gemeinderate gewählten Deputierten bestehende, dem Gemeinderate untergeordnete „Armendeputation“ vorhanden sein. Daß derselben der Ortsgeistliche als Mitglied angehöre, ist in mehrfacher Beziehung erwünscht. Wenn wegen Mangels hilfsbedürftiger Personen ein genügendes Arbeitsfeld für eine Armendeputation nicht vorhanden ist, kann die Kreisdirektion auf Antrag gestatten, daß von der Bildung einer solchen Abstand genommen wird, und daß die auf das Armenwesen sich beziehenden Geschäfte unmittelbar vom Gemeinderate besorgt werden.

Sonst hat dies von der Armendeputation zu geschehen, welche also über die zu bewilligenden Unterstützungen zu beschließen, etwaiges Sonder-



vermögen der Armenkasse zu verwalten und dem Gemeinderate im Januar den Voranschlag der Armenkasse nach deren mutmaßlichen nächstjährigen Bedarfe nach vorgeschriebenem Muster (vergl. § 5) zur Beschlußfassung zu unterbreiten hat.

Der Bewilligung notwendiger Unterstützungen kann sich die Armen-deputation auch nicht unter dem Vorwande entziehen, daß die Armen-kasse nicht die genügenden Mittel besitze; denn, wenn deren regelmäßige Einnahmen zur Bestreitung der ihr obliegenden Ausgaben nicht zureichen, muß der fehlende Bedarf aus der Gemeindefasse entnommen werden (L. G. D. § 139), und wenn etwa auch diese zur Erfüllung solcher Verpflichtungen unermöglich sein sollte — worüber erforderlichenfalls im Verwaltungswege entschieden wird — so ist ihr die erforderliche Beihülfe aus der Kreisfommunal-Kasse zu leisten (§ 9 des Gesetzes vom 5. Juni 1871 — G. u. B. S. Nr. 39 S. 253 —).

Die notwendige Unterstützung ist auch dann zu gewähren, wenn die Unterstützungsbedürftigkeit in einer schuldhaften Vernachlässigung seitens desjenigen ihren Grund hat, welchem eigentlich die Unterhaltungspflicht obliegt. Wenn sich z. B. ein Ehemann dem Spiele, dem Trunke oder dem Müßiggange ergibt und sich infolge davon oder auch aus anderm Grunde der Unterhaltungspflicht gegenüber seiner Ehefrau und seinen Kindern entzieht, so darf die Armen-deputation gleichwohl den Angehörigen die etwa nötige Fürsorge nicht vorenthalten, hat dann aber gleichzeitig die Pflicht, gegen den Säumigen mit der ganzen Strenge des Gesetzes vorzugehen, denselben nicht nur zu verwarnen und ihn zu Arbeiten anzuhalten (siehe oben), sondern auch mit denjenigen Strafanträgen gegen ihn vorzugehen, welche an die Hand gegeben werden durch R. Str. G. B. § 361 Nr. 5, 8 u. 10 (R. G. Bl. 1876 S. 112 und 1894 S. 261).

Dem in der Gemeinde etwa vorhandenen Armenhause und den in diesem herrschenden Zuständen hat die Armen-deputation besondere Aufmerksamkeit zu widmen und pflichtmäßig streng darauf zu halten, daß darin alles menschenwürdig und ordnungsmäßig zugeht, daß es insbesondere den darin etwa untergebrachten kränklichen und siechen Leuten an der nötigen Pflege nicht fehle, Unbotmäßigen und Friedensstörern gewehrt, Kinder vor Verwahrlosung beschützt werden.

Verwandte in gerader Linie d. h. solche Personen, deren eine von der anderen abstammt, sind verpflichtet, einander Unterhalt zu gewähren; dieselbe Pflicht haben Ehegatten gegen einander und der Vater eines unehelichen Kindes gegenüber diesem und in gewissem Umfange auch gegenüber der Mutter (B. G. B. §§ 1360, 1601—1615, 1708—1716 — R. G. Bl. 1896 S. 427 pp.). Kommen diese Personen ihrer Unterhaltungspflicht nicht nach, obwohl sie dazu imstande wären, und muß deshalb die Gemeinde-Armenpflege eingreifen, so können die Unterhaltungspflichtigen auf Antrag der Gemeinde durch die Kreisdirektion im Verwaltungswege zur Erfüllung ihrer Pflicht angehalten werden: vergl. §§ 31—33 des Gesetzes vom 5. Juni 1871 (G. u. B. S. Nr. 39 S. 261).

Je größer die Einwohnerzahl einer Gemeinde und je größer infolgedessen der Umfang der Geschäfte der Armendeputation ist, desto wünschenswerter ist es, daß deren Geschäftsgang durch eine Geschäftsordnung (regelmäßige Sitzungen pp.) genau geregelt und über die Verhandlungen und Beschlüsse ein ordnungsmäßiges Sitzungsprotokoll geführt wird.

b. Wie bereits oben angedeutet, hat die Bewilligung einer als notwendig erkannten Armenunterstützung zu erfolgen ohne alle Rücksicht darauf, ob bezw. wo der zu Unterstützte einen Unterstützungswohnsitz hat. Muß aber jemand unterstützt werden, welcher seinen Unterstützungswohnsitz in der Gemeinde nicht hat, so hat der Gemeindevorsteher denselben alsbald über seine Heimats-, Familien- und Aufenthaltsverhältnisse ausführlich zu vernehmen, die Aussagen zu Protokoll zu nehmen und sodann den Anspruch auf Erstattung der aufgewendeten und noch aufzuwendenden Kosten bei dem vermeintlich verpflichteten Armenverbande unter Mittheilung einer Abschrift des Vernehmungs-Protokolls und mit der Anfrage anzumelden, ob der Erstattungsanspruch anerkannt werde. Zur Benutzung bei solcher Vernehmung pp. wird das anliegende Muster Nr. 33 empfohlen.

Muster  
Nr. 33.

Diese Anmeldung muß, bei Vermeidung des Verlustes des Anspruchs, binnen längstens sechs Monaten nach begonnener Unterstützung geschehen und ist binnen gleicher Frist an die Kreisdirektion zu richten, wenn bis zum Ablaufe jener ein erstattungspflichtiger Armenverband nicht zu ermitteln gewesen ist.

Der ersatzpflichtige Armenverband ist zugleich zur Übernahme des Unterstützten in eigene Fürsorge verpflichtet, ja er kann die Überführung in diese verlangen, wenn die Unterstützung aus anderen als nur vorübergehenden Gründen notwendig geworden ist, doch muß auch solche Übernahme zuvor beantragt und darf nicht eher ins Werk gesetzt werden, als die vermeintlich verpflichtete Gemeinde eine zustimmende Übernahme-Erklärung abgegeben hat oder eine Entscheidung über deren Übernahmespflicht vorliegt.

Wie übrigens ein solcher Erstattungsanspruch in Beziehung auf Krankenpflegekosten, aufgewandt für Personen, welche gegen Lohn oder Gehalt in einem Dienst- oder Arbeitsverhältnisse stehen, nur in beschränktem Maße stattfindet, ist das Nähere aus § 29 des Unterstützungswohnsitz-Gesetzes zu entnehmen.

c. Geht von dem vermeintlich erstattungspflichtigen Armenverbande binnen 14 Tagen keine oder eine ablehnende Antwort ein, so erübrigt nur, gegen denselben die Verwaltungsklage zu erheben. Für solche ist, wenn die in Anspruch zu nehmende Gemeinde dem Herzogthume Braunschweig angehört, nach § 50 des Gesetzes über die Verwaltungsrechtspflege vom 5. März 1895 (G. u. B. G. Nr. 26 S. 95) der Verwaltungsgerichtshof zuständig. Für außerbraunschweigische Gemeinden entscheidet über die Zuständigkeit die betreffende Landesgesetzgebung; in Preußen ist es der betreffende Bezirks-Ausschuß, an

welchen die Klage zu richten ist. — Gegen die Entscheidung dieser Verwaltungsgerichte erster Instanz gibt es dann noch eine Berufung an „das Bundesamt für das Heimatwesen“ in Berlin, worüber die §§ 42—52 des Unterstüßungswohnstättengesetzes (R. G. Bl. 1894 S. 271) das Nähere enthalten.\*

4. Über einige Einzelheiten wird hier noch folgendes bemerkt:

a. Soll ein Armer auf Kosten der Armenkasse in einem öffentlichen Krankenhause untergebracht werden, so ist zu beachten, daß die Krankenhäuser die Aufnahme von Kranken davon abhängig zu machen pflegen, daß bei deren Einlieferung zugleich ein Nachweis darüber erbracht wird, von welcher Stelle die Kur- und Verpflegungskosten entrichtet werden. Der Gemeindevorsteher hat deshalb zutreffendenfalls demjenigen, welcher den Kranken dem Krankenhause zuführt, zugleich einen Haftschein etwa in der Form der anliegenden Muster Nr. 34 oder 34a mitzugeben.

Muster  
Nr. 34  
u. 34a

Übrigens ist von verschiedenen Kreisausschüssen, um die Unterbringung armer Kranker in Krankenhäusern, so oft diese nötig oder erwünscht, tunlichst zu fördern, die Einrichtung getroffen, daß denjenigen Gemeinden, welche auf Kosten der Armenkasse Arme in Krankenhäusern verpflegen und behandeln lassen, ein Teil der dadurch erwachsenden Kosten aus Kreismitteln zurückvergütet wird. Wo dies der Fall, haben die Gemeindevorsteher hierüber durch die Kreisdirection besondere Nachricht erhalten und haben das dabei Vorgeschriebene genau zu beachten.

b. Mittellosen Kranken und nötigenfalls je einem Begleiter derselben wird zum Zweck der Aufnahme in eine öffentliche Heilanstalt (Krankenhause) auf den Preussischen Staatsseisenbahnen eine Fahrpreismäßigung gewährt, wenn sie der Fahrkarten-Ausgabestelle nachweisen einerseits ihre Mittellosigkeit durch eine Bescheinigung des Gemeindevorstehers, in welcher zugleich bestätigt wird, daß im vorliegenden Falle eine Fürsorge nach Maßgabe der Reichsgesetze über die Kranken- und Unfallversicherung nicht eintritt (Muster zu solcher Bescheinigung liegt unter Nr. 35 bei), — und andererseits ihre bevorstehende Aufnahme in eine Heilanstalt durch eine Bescheinigung des behandelnden Arztes über die Notwendigkeit solcher Aufnahme. Der Begleiter erhält die Fahrpreismäßigung für Hin- und Rückreise gegen Vorzeigung einer Bescheinigung des behandelnden Arztes über die Notwendigkeit der Begleitung.

Muster  
Nr. 35.

c. Nach § 71 Abs. 3 der Kreisordnung (G. u. V. S. 1871 S. 200) wird der Kreisdirection zur Bewilligung von außer-

\* Die Entscheidung über die Frage des Unterstüßungswohnstättigen ist häufig sehr verwickelt und schwierig. Gemeindevorsteher, welche damit viel zu tun haben, weil in ihrer Gemeinde ein lebhafter Zu- und Abgang Fremder stattfindet, tun gut, sich durch eine Buchhandlung eine mit Anmerkungen versehene besondere Ausgabe des Unterstüßungswohnstättigen-Gesetzes zum Handgebrauch zuzulegen z. B. „das Reichsgesetz über den Unterstüßungswohnstättigen, nach den Entscheidungen des Bundesrats für das Heimatwesen erläutert von Wohlers-Rech. 9. Aufl. Berlin, Bahlen, 1901.“

ordentlichen Unterstüzungen jährlich eine gewisse Summe aus Kreismitteln zur Verfügung gestellt. Bei verschiedenen Kreisdirektionen hat sich im Laufe der Zeit eine verschiedene Gepflogenheit darüber ausgebildet, wie von ihnen über solchen „Dispositionsfonds“ verfügt wird. Hiervon muß der Gemeindevorsteher Bescheid wissen und sein Augenmerk darauf richten, daß geeignetenfalls bei der Kreisdirektion die Anregung dazu gegeben wird, entsprechende Zuwendungen auch Angehörigen seiner Gemeinde zu machen.

d. In wenigstens mittelbarem Zusammenhange mit dem Kapitel von der öffentlichen Armenpflege steht es, wenn die Aufmerksamkeit des Gemeindevorstehers an dieser Stelle noch auf einige Wohltätigkeitsanstalten gerichtet wird, welche den verschiedensten Zwecken dienen, und über welche nötigenfalls Näheres bei der Kreisdirektion zu erfahren ist. Ein größeres Siechenhaus ist das mit der Diaconissenanstalt Marienstift zu Braunschweig verbundene „Bethanien“, in welchem Pflinglinge, für welche eine Gemeinde-Armenkasse aufkommt, zum Verpflegungssatze von jährlich 450 M. Aufnahme finden. — Die „Arbeiter-Kolonie Kästorf“ bei Gifhorn will Männern, die durch Arbeitslosigkeit auf den Weg des Stromertums geraten sind, helfen, zu einem geordneten Leben zurückzukehren. — Das „Arbeiterinnen-Asyl Frauenheim“ vor Hilbesheim will sittlich gesunkenen Frauenzimmern in gleichem Sinne dienen. — Waisenhäuser gibt es hier und da im Lande umher mehrere; namentlich pflegt auch das sog. große Waisenhaus B. M. V. zu Braunschweig einzelne Zöglinge aus dem Lande aufzunehmen. — Das „Rettungshaus bei St. Leonhard“ in Braunschweig nimmt aus dem ganzen Lande Kinder auf, denen es an der nötigen strengen Zucht und liebevollen Pflege fehlt. — Die „Kinderheilanstalt“ in Harzburg öffnet während fünf Sommermonaten ihre Pforten, um namentlich an Skrofulose kranken Kindern Aufnahme zu gewähren. — Kinder im Alter von 6 bis 14 Jahren, welche lungenkrank oder von der Tuberkulose bedroht und nicht mit einer andern ansteckenden, einer ekelerregenden oder den Erfolg beeinträchtigenden Krankheit befaßt sind, finden Aufnahme und sorgfältige fachverständige Behandlung in der Viktoria-Luise-Kinderheilstätte vom Roten Kreuz in Hohenlychen (Uckermark) gegen ein Pflegegeld von täglich 2 M.

e. Ob einer Gemeinde, welche ein neues Armenhaus baut, zu den dadurch entstehenden Kosten eine Beihilfe aus Staatsmitteln zufließen kann, hängt lediglich von der Entscheidung Herzogl. Staatsministeriums ab. Entschließt sich aber eine Gemeinde zum Bau eines sog. Häuslingshauses d. h. eines zum Vermieten an dem Arbeiterstande angehörige Personen bestimmten Hauses, und führt solchen Bau nach einem von der Kreisdirektion gebilligten Plane aus, so erhält sie ein Fünftel der Bau-  
summe aus Staatsmitteln zugehossen. Bezüglicher Antrag ist an die Kreisdirektion zu richten. (Artik. 10 des Landtags-Abschieds vom 15. Oktober 1861 — G. u. B. S. Nr. 60 S. 306.)

## § 9.

# Schulwesen.

## I. Die Gemeindeschule.

1. Die Verhältnisse der Gemeindeschule müssen wenigstens in ihren hauptsächlichsten Punkten hier erörtert werden; denn die Gemeindeschule steht zwar nicht unmittelbar unter der Gemeindebehörde, sondern unter dem Schulvorstande und dem Konsistorium; aber der Gemeindevorsteher ist als solcher, wenn er dem evangelisch-lutherischen Bekenntnisse angehört, Mitglied des Schulvorstandes und an den Schulangelegenheiten auch insofern wesentlich beteiligt, als in den §§ 143 u. 144 der L. G. O. ausdrücklich vorgeschrieben ist, daß die durch den Gemeinderat und Gemeindevorsteher vertretenen Gemeinden das Recht und die Verpflichtung haben, bei der Einrichtung, Verwaltung und Erhaltung der Schulanstalten nach Maßgabe der Gesetze mitzuwirken.

Das Grund- und Hauptgesetz über die Gemeindeschulen vom 8. Dezember 1851 (G. u. B. S. Nr. 53 S. 359) hat durch spätere Gesetze wiederholte Abänderungen erlitten und ist deshalb unter dem 27. Oktober 1898 (G. u. B. S. Nr. 54 S. 313) in einer neuen Fassung veröffentlicht, wodurch zugleich diejenigen gesetzlichen Bestimmungen, welche die in der neuen Fassung behandelten Angelegenheiten inzwischen geregelt hatten, aufgehoben sind.

Abgeändert und ergänzt ist dies Gesetz durch:

- a) die landes- und kirchengesetzlichen Bestimmungen, die kirchlichen Geschäfte der Opferleute und Lehrer betr., vom 17. Februar 1902 (G. u. B. S. Nr. 9, 10 u. 11 S. 23—31),
- b) das Gesetz vom 28. Juni 1902 (G. u. B. S. Nr. 30 S. 157) insbesondere in Beziehung auf die Gehaltsverhältnisse der Schullehrer und
- c) das Gesetz vom 26. Mai 1904 (G. u. B. S. Nr. 33 S. 143), welches sich im wesentlichen nur mit der Mietentschädigung der Lehrer an städtischen Bürgerschulen beschäftigt.

Neben dem Hauptgesetze vom 27. Oktober 1898 kommen als wesentlich noch in Betracht:

- a) das Gesetz, betr. die Schulpflichtigkeit und das Schulgeld in den Landgemeinden, vom 23. April 1840 (G. u. B. S. Nr. 11 S. 70), dessen Bestimmungen über das Schulgeld aber nicht mehr gelten;
- b) das dazu erlassene Ausschreiben des Konsistoriums vom 12. November 1840 (G. u. B. S. Nr. 41 S. 423);
- c) das Ausschreiben derselben Behörde, die Schulferien betr., vom 10. Juni 1846 (G. u. B. S. Nr. 22 S. 179);
- d) das Gesetz, betr. Abänderung des § 2 des Gesetzes vom 27. März 1861 Nr. 18, vom 26. August 1896 (G. u. B. S. Nr. 49 S. 301);
- e) das Gesetz, betr. die Oberaufsicht über die Lehrer an den nicht staatlichen Schulen und die Disziplinarmaßregeln gegen dieselben,

vom 13. Juni 1890 (G. u. B. S. Nr. 28 S. 111);

- f) das Gesetz, betr. die Einführung des Handarbeitsunterrichts in den Landgemeindeschulen, vom 19. Mai 1892 (G. u. B. S. Nr. 20 S. 95).\*

2. Die Schulpflichtigkeit. Schulpflichtig d. h. dem Zwange unterliegend, ordnungsmäßigen Schulunterricht zu empfangen, ist jedes im Bereiche des Herzogtums sich aufhaltende Kind. Obwohl die Braunschweigische Volksschule eine konfessionelle, nämlich eine evangelisch-lutherische ist, so haben doch auch andere Glaubensgenossen das Recht, ihre Kinder in die Gemeindeschule ihres Wohnortes zu schicken (G. v. 1898 § 3 S. 316). Die Verpflichtung zum Besuche der Gemeindeschule beginnt mit demjenigen Schulhalbjahre, bei dessen Anfange die Kinder das fünfte Lebensjahr zurückgelegt haben, und endet mit dem auf die Vollendung ihres 14. Lebensjahres folgenden Wintersemestereschluß (G. v. 1840 §§ 2 u. 8 S. 71 und G. v. 25. März 1873 § 14 Abs. 3 — G. u. B. S. Nr. 62 S. 295). Ausnahmen von dieser Regel sind in §§ 3—5 des 1840er Gesetzes aufgeführt. Sie treten insbesondere ein, wenn Kinder, auch ohne die Gemeindeschule ihres Wohnortes zu besuchen, ordnungsmäßigen Unterricht erhalten \*\* oder wegen körperlicher oder geistiger Gebrechen den Unterricht zu benutzen außerstande sind. Letzternfalls ist aber zu beachten, wie durch das Gesetz, die Ausbildung nicht vollsinniger, schwach- oder blödsinniger Kinder betr., vom 30. März 1894 (G. u. B. S. Nr. 13 S. 27) für die darin bezeichneten Kinder eine besondere Art der Ausbildung vorgeschrieben ist.

Bei Kindern, welche einem andern Religionsbekenntnisse als dem evangelisch-lutherischen angehören, dauert die Schulpflichtigkeit gleichfalls bis zu dem auf die Vollendung ihres 14. Lebensjahres folgenden Schluß des Winter-Schulhalbjahrs. Von der Teilnahme am Religionsunterrichte in der Gemeindeschule sind solche Kinder entbunden, wenn nachgewiesen wird, daß für deren religiöse Heranbildung durch zureichenden Unterricht anderweitig gesorgt wird. (§ 7 Abs. 4 des Gs. v. 23. April 1840 — G. u. B. S. Nr. 11 S. 75 — § 7 des Gs., die Ordnung der kirchlichen Verhältnisse der Katholiken betr. vom 29. Dezember 1902 — G. u. B. S. 1903 Nr. 2 S. 3 — und § 14 des Gs., die Verhältnisse der Dissidenten betr., vom 25. März 1873 — G. u. B. S. Nr. 62 S. 294. —)

Daß die schulpflichtigen Kinder auch wirklich der Schule übergeben werden, darüber muß der Gemeindevorsteher ein wachsamcs Auge haben.

---

\* Wer sich über die das Volksschulwesen betreffenden Einrichtungen näher unterrichten will, wird hiermit auf das im April 1899 in zweiter Auflage bei Appelhaus & Co. in Braunschweig erschienene Buch verweisen: „Die das Volksschulwesen des Herzogtums Braunschweig betreffenden Gesetze und Verordnungen pp., zusammengestellt von Adolf Fricke.“

\*\* „Katholisch zu erziehende Kinder genügen ihrer Schulpflicht auch durch den Besuch einer staatlich anerkannten katholischen Schule und sind, wenn sie solche besuchen, von der Entrichtung des Schulgeldes an die Gemeindeschule befreit“: § 3 des Gesetzes, betr. die Ordnung der kirchlichen Verhältnisse der Katholiken, vom 29. Dezember 1902 (G. u. B. S. 1903 Nr. 2 S. 4).

Muster  
Nr. 36.

Wie weiter unten in § 36 Nr. 5, d. angegeben, erhält der Gemeindevorsteher vom Standesbeamten jedesmal in der ersten Woche der Monate März und September eine Liste der schulpflichtig werdenden Kinder (vergl. Muster Nr. 36). In dieser Liste hat der Gemeindevorsteher diejenigen Kinder nachzutragen, welche nicht in der Gemeinde geboren, aber jetzt darin wohnhaft sind und das schulpflichtige Alter erreichen. So vervollständigt, ist die Liste dann an den Vorsitzenden des Schulvorstandes weiter zu geben. Auch wenn schulpflichtige Kinder nicht zu melden sind, ist gleichwohl eine „Liste“ einzureichen, in welcher dann das Nichtvorhandensein schulpflichtiger Kinder durch ein eingetragenes „nicht vorhanden“ bezeugt wird. Die Arbeit hat für den Gemeindevorsteher keine große Schwierigkeit, wenn von ihm auf genaue Befolgung des Gesetzes über die An- und Abmeldung beim Aufenthalts- und Wohnungswechsel vom 13. April 1894 streng gehalten und das „Melderegister“ gewissenhaft und genau geführt wird (vergl. unten § 17 Nr. 1).

3. Die willkürliche Versäumnis des Schulunterrichts (wozu nach höchstgerichtlichen Entscheidungen neben dem Konfirmandenunterrichte auch die sog. Kinderlehre zu rechnen ist) ist strafbar, und zwar haften dafür zunächst die Eltern der Schulkinder bzw. deren Stellvertreter, wenn die Versäumnis nicht etwa wider deren Wissen und Willen stattgefunden hat und wenn sie es unterlassen, ihre Kinder zum Schulbesuche anzuhalten; dann aber auch diejenigen, welche ein zur Teilnahme am Schul- pp. Unterrichte verpflichtetes Kind in Arbeit nehmen und dadurch der Teilnahme am Unterrichte entziehen, ohne daß eine ordnungsmäßige Beurlaubung stattgefunden hat.

Unter welchen Voraussetzungen der Schulunterricht versäumt werden darf, eine eingetretene Schulversäumnis sich also nicht als „willkürlich“ darstellt und deshalb straffrei bleibt, besagt näher das zu § 7 des Gesetzes vom 23. April 1840 erlassene Konsistorial-Ausschreiben vom 12. November 1840 (G. u. B. S. Nr. 41 S. 437).

Neben der auf Antrag des Ortsgeistlichen durch den Amtsanwalt herbeizuführenden gerichtlichen Bestrafung der Eltern laufen noch zwei weitere Maßregeln zur Erzwingung regelmäßigen Schulbesuchs: teils nämlich kann das säumige Kind auf Antrag des Geistlichen durch den Gemeindevorsteher der Schule zwangsweise zugeführt werden; teils kann auch der Geistliche gegen die Eltern Ordnungsstrafen im Betrage von 25  $\mathcal{L}$  für jeden versäumten Schultag festsetzen, welche durch Vermittelung des Gemeindevorstehers im Wege des Verwaltungszwangsverfahrens (vergl. unten § 40 IV C.) eingezogen werden und in die Schulkasse fließen (§ 13 des B. Str. G. B.'s — G. u. B. S. 1899 S. 246).

4. Das Schulgeld. Für jedes die Gemeindeschule besuchende Kind ist ein Schulgeld von jährlich 4  $\mathcal{M}$  zu entrichten; doch ist dies nicht in allen Gemeinden übereinstimmend, und überall gelten von diesem Grundsätze zwei Ausnahmen: Eltern, welche gleichzeitig mehrere Kinder zur Schule schicken, brauchen doch immer nur für ein Kind Schulgeld zu bezahlen — und: wegen des Betrages des Schulgeldes für solche Kinder,

welche einen Rechtsanspruch auf Aufnahme in die Gemeindeschule nicht haben, wird vom Schulvorstande besondere Bestimmung getroffen.

Die Feststellung des Schulgeldsatzes auf jährlich 4 *M.* ist durch das später wieder aufgehobene Gesetz vom 10. April 1890 (G. u. B. S. Nr. 12 S. 43) erfolgt. Es lag darin eine Herabsetzung des Schulgeldes, das bis dahin meistens im Betrage von jährlich 5 *M.* erhoben wurde. Der Einnahme-Ausfall, welcher auf diese Weise den Gemeindeschul-Kassen entstanden sein würde, sollte aber nicht etwa den Gemeinden zur Last fallen; es wurde vielmehr bei Feststellung jenes Gesetzes gleichzeitig zwischen der Herzogl. Landesregierung und dem Landtage vereinbart, daß zur Deckung jenes Ausfalls den Gemeindeschul-Kassen entsprechende Zuschüsse aus Staatsmitteln gewährt werden sollten. Das Nähere hierüber befindet sich in der G. u. B. S. 1890 S. 271 abgedruckten „Ver-einbarung“.

Schulgeldfrei sind die Kinder der (lebenden und verstorbenen) Prediger und Schullehrer der Schulgemeinde und solche Kinder, welche krankheitshalber drei volle Monate hindurch den Schulbesuch haben aussetzen müssen, während dieses Zeitraums. Auch ist vorgeschrieben, daß Kinder armer Eltern ganz oder teilweise vom Schulgelde zu befreien sind \*, und daß der der Schulkasse hierdurch entstehende Ausfall ihr aus der Armenkasse zu ersetzen ist. Zu beschließen hat darüber die Armen-Deputation (G. v. 1898 §§ 46 u. 47 S. 340). Von der Entrichtung des Schulgeldes an die Gemeindeschule befreit sind auch diejenigen katholisch zu erziehenden Kinder, welche eine staatlich anerkannte katholische Schule besuchen: § 3 des G.'s, betr. die Ordnung der kirchlichen Verhältnisse der Katholiken, vom 29. Dezember 1902 — G. u. B. S. 1903 Nr. 2 S. 3 —.

Die Erhebung des Schulgeldes liegt der Gemeindebehörde (dem Gemeindecinnehmer) ob und erfolgt auf Grund von Schulgeld-Erhebelisten, welche vom Lehrer aufzustellen und nötigenfalls zu berichtigen sind. Das Schulgeld fließt in die Schulkasse (G. v. 1898 § 48 S. 341). — Zur Schulgelderhebliste werden zur Auswahl die beiliegenden Muster Nr. 37 und 38 empfohlen, ersteres für kleinere, letzteres für größere Schulen. Die Schulgeld-Erhebelisten sind vom Lehrer abzuschließen und zu unterschreiben.

Muster  
Nr. 37  
und 38.

5. Die in Schulanangelegenheiten zuständigen Behörden werden in den §§ 9—25 des Gesetzes über die Gemeindeschulen vom 27. Oktober 1898 abgehandelt, und zwar handeln die §§ 9—18 vom Schulvorstande, der § 19 von dem Geistlichen als nächsten Vorgesetzten jeder Landschule, die §§ 22 u. 23 vom Schulinspektor (regelmäßig Superintendent), die §§ 24 u. 25 vom Konsistorium als der Schul-Aufsichtsbehörde. Für den vorliegenden Wegweiser ist insbesondere der Schulvorstand von Wichtigkeit.

Den Vorsitz im Schulvorstande führt der Ortsgeistliche; der Gemeindevorsteher, wenn er nur der evangelisch-lutherischen Landeskirche

\* Ein derartiger Schulgelderlaß gilt nicht als „Unterstützung“ im Sinne der Gesetze über das Armenwesen und den Unterstützungswohnsitz.



angehört, ist als solcher stets zugleich Mitglied des Schulvorstandes. Welche auf die Schule sich beziehenden Geschäfte vom Schulvorstande wahrzunehmen sind, besagen die §§ 12—18 des Gesetzes. Für die Gemeindeverwaltung besonders wesentlich ist dabei die Geldfrage, insofern auch der Gemeinderat ein Wort mit zu reden hat, wenn der Schulvorstand Einrichtungen oder Anschaffungen für die Schule beschließt, deren Kosten durch die regelmäßigen Einkünfte der Schulkasse nicht gedeckt werden können. Meinungsverschiedenheiten, welche hierüber zwischen dem Schulvorstande und dem Gemeinderate entstehen, werden auf einem vorgeschriebenen Verwaltungswege (§§ 13 u. 25) entschieden. Werden in Frage kommende Ausgaben als notwendig zur Einrichtung, Verwaltung und Erhaltung der Schule anerkannt, so kann sich die Gemeinde der Pflicht, die dazu erforderlichen Gelder zur Verfügung zu stellen, nicht entziehen.

6. Kassen- und Rechnungswesen. Zur Bestreitung der Schulbedürfnisse besteht eine besondere Schulkasse, deren Rechnungsführung der Gemeindecinnehmer mit zu besorgen hat, wenn sie nicht durch übereinstimmenden Beschluß des Schulvorstandes und Gemeinderats einem besondern Rechnungsführer übertragen wird. Wegen des Voranschlages und der Rechnung der Schulkasse, insbesondere auch der Formulare dafür, findet sich Näheres in diesem Wegweiser in § 5 bei Nr. I C. 15, wo von der „Gemeinderrechnung“ gehandelt wird; dabei sind aber ferner auch die Vorschriften in § 16 des Gemeindeschulgesetzes vom 27. Oktober 1898 zu beachten. Zahlungsanweisungen für die Schulkasse hat nicht der Gemeindevorsteher, sondern der Vorsitzende des Schulvorstandes zu vollziehen; diesem ist auch die Schulkassen-Rechnung zur Prüfung zunächst vorzulegen und ist er bei Abnahme der Rechnung durch den Gemeinderat zuzuziehen (vergl. § 13 Abs. 4 u. 5 des Gemeindeschulgesetzes v. 1898).

In die Schulkasse fließen alle Einnahmen der Schule, insbesondere auch das Schulgeld und die Zuschüsse der Herzogl. Landesregierung, welche teils im allgemeinen zum Einkommen der Schulstelle, teils aus Anlaß der Ermäßigung des Schulgeldes aus der Kloster-Reinertrags-Kasse verwilligt werden. Aus der Schulkasse sind andererseits alle Ausgaben der Schule zu bestreiten, insbesondere auch die Bau- und Besserungskosten der Schulgebäude und die den Lehrern zukommenden Besoldungen und Pensionen. Der Bedarf der Schulkasse, welcher durch die sonst verfügbaren Einnahmen derselben nicht gedeckt wird, ist aus der Gemeindekasse zuzuschießen.

Behufs Berechnung desjenigen Barzuschusses, welcher dem Lehrer bezw. den Lehrern zur Erreichung des ihnen gesetzlich zustehenden Normal Einkommens aus der Schulkasse zu zahlen und also in deren Voranschlag aufzunehmen ist, hat der Schulvorstand die sonstigen Einkünfte der Schulstellen jährlich dem Werte nach festzustellen und im „Schulanschlagsbuche“ zu vermerken. Über diese Wertfeststellung sind der Lehrer selbst und der Gemeinderat zu hören. Bei nicht zu begleichenden Meinungsverschiedenheiten darüber erfolgt eine Entscheidung im Verwaltungswege. Gemeindeschulgesetz von 1898 § 15 C. 324.

7. Die Einkommensverhältnisse der Lehrer an den Landgemeindeschulen sind durch die §§ 36—44 des Gemeindeschulgesetzes von 1898 (G. u. B. S. 336 und das Gesetz vom 28. Juni 1902 (G. u. B. S. Nr. 30 S. 157) geregelt.

Von der Anrechnung desjenigen Einkommens, welches ein Lehrer anlässlich eines gleichzeitig bekleideten Kirchenamts (als Opfermann pp.) bezieht, handeln der § 39 des Gemeindeschulgesetzes von 1898 S. 337 und die landes- und kirchengesetzlichen Bestimmungen über die kirchlichen Geschäfte der Opferleute und Lehrer vom 17. Februar 1902 (G. u. B. S. Nr. 9, 10 u. 11 S. 23 fgg.).

Hervorzuheben wäre hier noch insbesondere, daß nach §§ 13 und 14 des Gemeindeschulgesetzes von 1898 S. 321 und 339 der einem Lehrer zustehende bare Einkommenszuschuß aus der Schulkasse in Monats-Teilbeträgen im voraus voll ausbezahlen und zu diesem Zwecke nötigenfalls die Gemeindekasse in Anspruch zu nehmen ist.

8. Aus den Bestimmungen über die Feststellung der Lehrpläne, wie sie in den §§ 14 Ziff. 6 und 7, 19 und 25 Ziff. 1 des Gemeindeschulgesetzes von 1898 enthalten sind, wird für den Gemeindevorsteher hier darauf hingewiesen, daß die Genehmigung des Gemeinderats erforderlich ist, wenn neue Unterrichtsgegenstände eingeführt werden sollen, wodurch für die Schulkasse vermehrte Kosten entstehen. Nicht erforderlich ist jedoch solche zuvorige Genehmigung des Gemeinderats, wenn die Einführung durch Gesetz erfolgt, wie dies z. B. wegen des Handarbeitsunterrichts durch das Gesetz vom 19. Mai 1892 (G. u. B. S. Nr. 20 S. 95) geschehen ist.

## II. Die Ausbildung nicht vollsinniger Kinder.

Blinde, taubstumme, hochgradig schwerhörige, schwach- oder blödsinnige Kinder sind nach § 4 lit. a des Gesetzes vom 23. April 1840 (G. u. B. S. Nr. 11 S. 72) von der Verpflichtung, die Ortschule zu besuchen, ausgenommen; durch das Gesetz vom 30. März 1894 (G. u. B. S. Nr. 13 S. 27) ist aber Vor Sorge getroffen, daß auch solchen Kindern die mögliche Ausbildung zuteil werde, und zu dem Zwecke vorgeschrieben, daß dieselben, wenn nicht anderweit für sie gesorgt wird, vom vollendeten 7. Lebensjahre an für die Dauer des schulpflichtigen Alters in den zur Ausbildung solcher Kinder bestimmten Anstalten untergebracht werden. Das Verfahren, in welchem solche Unterbringung zu bewerkstelligen ist, schreibt das angeführte Gesetz genau vor. Diese Vorschriften über das Verfahren brauchen jedoch nur dann genau befolgt zu werden, wenn nicht so wie so schon unter den Beteiligten wegen der zu ergreifenden Maßregeln Übereinstimmung herrscht. Beteiligt sind jedenfalls die Eltern des Kindes und der Vorsitzende des Schulvorstandes; wenn die Eltern nicht einverstanden sind, auch der Schulvorstand als solcher; und die Gemeinde insofern, als die Anstaltskosten aus der Armenkasse zu bestreiten sind, wenn die zunächst Verpflichteten (Eltern pp.) dazu nicht imstande; tatsächlich werden übrigens solche Kosten zumeist ganz oder zum Teil auf

die Kreis-Kommunal-Kasse übernommen, je nach dem die zuständigen Organe dies beschlossen haben.

Das Gesetz vom 30. März 1894 ist zunächst nur wegen der blinden, taubstummen und hochgradig schwerhörigen Kinder, bezüglich der schwach- oder blödsinnigen Kinder dagegen erst zum 1. Oktober 1901 in Kraft gesetzt (vergl. B. v. 2. Mai 1901 G. u. B. S. Nr. 26 S. 127). Letzteres konnte nicht früher erfolgen, weil die zur Aufnahme der schwach- und blödsinnigen Kinder bestimmte Idioten-Anstalt Neu-Grferode in Siedte zuvor in ihrer gesamten Einrichtung so erweitert werden mußte, wie es erforderlich war, damit sie alle jene Kinder aufnehmen konnte.

Sonst bestehen in der Stadt Braunschweig: für blinde Kinder die „Blindenerziehungsanstalt“, für taubstumme und hochgradig schwerhörige Kinder die „Taubstummen-Anstalt“. In allen drei Anstalten findet die Aufnahme regelmäßig nur zu Ostern statt; zweckmäßig ist, die vorbereitenden Schritte so zeitig zu tun, daß die Sache bereits einige Wochen vor Ostern entschieden sein kann. In der Taubstummen-Anstalt insbesondere können Zöglinge bis auf weiteres nur alle zwei Jahre und zwar zu Ostern der Jahre mit ungeraden Jahreszahlen (1907, 1909 usw.) Aufnahme finden; es ist deshalb tunlichst darauf hinzuwirken, daß die Kinder schon einige Zeit vor dem vollendeten 7. Lebensjahre aufgenommen werden.

In der Blindenerziehungsanstalt sind zu zahlen: ein einmaliges Eintrittsgeld von 50 M. und jährlich 150 M., wofür alles, auch die Kleidung geliefert wird; bei Nichtbraunschweigern erhöhen sich die 150 auf 450 M. — In der Taubstummen-Anstalt sind jährlich 325 M. für Verpflegung und Unterricht zu entrichten und außerdem für Kleidung jährlich 100 M. bei Knaben, 80 M. bei Mädchen; jedoch ist es den Angehörigen gestattet, Kleidung und Schuhwerk selbst zu liefern, in welchem Falle dann nur für Reparaturen 50 bezw. 25 M. zu entrichten sind. — In der Idioten-Anstalt Neu-Grferode sind bei der Aufnahme beizubringen: der Geburtschein, der Taufschein, der Impfschein, der Nachweis des Zahlungspflichtigen, ein ärztliches Zeugnis über die körperliche und geistige Beschaffenheit des Kindes und, wenn das Kind schon eine Schule besucht hat, ein Zeugnis über den Erfolg des Unterrichts und das sittliche Verhalten. Die Verpflegungs-, Unterrichts- und Bekleidungskosten betragen jährlich für Knaben 445 M., für Mädchen 430 M. und sind vierteljährlich im voraus an die Anstaltskasse (Post Siedte) zu zahlen. Bei der Aufnahme ist entweder eine vorgeschriebene Ausrüstung mit Bekleidungsstücken und Leibwäsche mitzubringen oder dafür ein einmaliges Bekleidungsgehalt an die Anstalt zu zahlen, welches für Knaben 45 M., für Mädchen 30 M. beträgt.

### III. Die Fürsorge für verwahrloste Kinder.

In engem Zusammenhange mit den Bestimmungen über die Schulpflichtigkeit der Kinder stehen die über die sog. „Zwangserziehung“, sonst auch „Fürsorgeerziehung“ genannt.

Die darüber maßgebenden Vorschriften finden sich in

1. den §§ 1666, 1686 u. 1838 des Bürgerlichen Gesetzbuches vom 18. August 1896 (R. G. Bl. Nr. 2321 S. 480),
2. dem Art. 135 des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuche vom 18. August 1896 (R. G. Bl. Nr. 2322 S. 634),
3. dem Landesgesetze, betr. die Zwangserziehung Minderjähriger, vom 12. Juni 1899 (G. u. B. S. Nr. 46 S. 461) und
4. der Anweisung zur Ausführung dieses Gesetzes vom 10. November 1899 (G. u. B. S. Nr. 98 S. 923).

Die unter Aufsicht des Staates erfolgende **Zwangserziehung** eines **Minderjährigen** (also einer Person, welche das 21. Lebensjahr noch nicht vollendet hat) d. h. dessen Unterbringung in einer geeigneten Familie oder in einer Erziehungs- oder Besserungsanstalt zum Zwecke der Erziehung **kann** angeordnet werden,

wenn das geistige oder leibliche Wohl des Kindes dadurch gefährdet wird, daß der Vater oder die die elterliche Gewalt ausübende Mutter das Recht der Sorge für die Person des Kindes mißbraucht, das Kind vernachlässigt oder sich eines ehrlosen oder unsittlichen Verhaltens schuldig macht, oder

wenn die Zwangserziehung zur Verhütung des völligen sittlichen Verderbens notwendig ist, oder

wenn ein noch nicht 12 Jahre altes Kind eine nach dem Reichsstrafgesetzbuche strafbare Handlung begangen hat, oder

wenn bezüglich einer über 12 aber noch nicht 18 Jahre alten Person, welche eine strafbare Handlung begangen hat, vom Strafrichter die Unterbringung in einer Erziehungs- oder Besserungsanstalt verfügt ist.

Von dem letzten Falle abgesehen, ist zur Anordnung der **Zwangserziehung** das **Vormundschaftsgericht** (Amtsgericht) zuständig. Demselben dazu die erforderliche Anregung zu geben, also die Anordnung der Zwangserziehung beim Amtsgerichte zu beantragen, ist neben dem gesetzlichen Vertreter des Kindes, der Schulbehörde und dem Gemeindevorsteher auch der **Gemeindevorsteher** verpflichtet, sobald Tatsachen zu seiner Kenntnis gelangen, welche die Anordnung der Zwangserziehung rechtfertigen. Er hat hierbei aber folgendes zu berücksichtigen: Die öffentliche Zwangserziehung hat nicht in allen Fällen einzutreten, in welchen eine geistige oder leibliche Gefährdung von Kindern vorliegt, ist vielmehr nur eins von denjenigen Mitteln, welche in derartigen Fällen zur Anwendung gebracht werden können, und soll insbesondere nur da eintreten, wo dies mit besonderer Rücksicht auf die **Erziehung** von Kindern erforderlich erscheint und wo sonstige Mittel nicht genügen, den Erziehungszweck zu erreichen. Die Zwangserziehung hat also nur dann einzutreten, wenn andere Mittel versagen, insbesondere nicht auch schon dann, wenn nach Lage des Falls dem vorliegenden Bedürfnisse durch ein einfaches Eintreten der öffentlichen Armenpflege genügt werden kann. Ob im Einzelfalle das Mittel der öffentlichen Zwangserziehung zur Anwendung zu bringen ist, bedarf genauer

Prüfung aller einschlagenden Umstände und die Entscheidung der Frage ist eine verantwortliche. Um dem Gemeindevorsteher diese Verantwortung zu erleichtern, ist vorgeschrieben:

1. Ein die Anordnung öffentlicher Zwangserziehung bezweckender Antrag ist vom Gemeindevorsteher ans Amtsgericht nicht eher zu richten, als darüber Entscheidung der Kreisdirektion eingeholt ist, und
2. jeder dem Gemeindevorsteher zugestellte, eine öffentliche Zwangserziehung verordnende Gerichtsbeschluß ist umgehend der Kreisdirektion zur Kenntnisaufnahme einzureichen.

Der Vollzug der gerichtlichen Anordnung, insbesondere die Entscheidung darüber, ob der Minderjährige in einer Familie oder in einer Erziehungs- oder Besserungsanstalt unterzubringen sei, erfolgt durch die Kreisdirektion. Meistens werden die betreffenden Kinder in der Herzogl. Erziehungsanstalt Wilhelmsstift in Bebern untergebracht werden, über die die Ausführungsanweisung vom 10. November 1899 Näheres ersehen läßt.

Die Kosten der Zwangserziehung trägt die Staatskasse; jedoch hat diese einen Ersatzanspruch an den Zögling selbst und an die zu dessen Unterhalt Verpflichteten, und in dem — wohl die Regel bildenden Falle, daß diese Personen unvernünftig sind, hat die Unterstützungswohnsitz-Gemeinde einen Kostenzuschuß zu zahlen. Für Zwangszöglinge, welche in der Herzogl. Erziehungsanstalt Wilhelmsstift in Bebern untergebracht sind, beträgt der Verpflegungs- und Erziehungskosten-Zuschuß seit dem 1. April 1904 bis auf weiteres jährlich 60 M. Ist der Zwangszögling in einer anderen Anstalt oder in einer Familie untergebracht, so hat von den jeweiligen Unterhaltungskosten einschließlich der Kosten etwaiger Krankenpflege die Gemeinde ein Drittel, der Staat zwei Drittel zu tragen, während die Kosten der Überführung des Kindes in die Anstalt oder Familie, die der ersten Ausstattung, die einer etwaigen Beerdigung, sowie die der Heimreise im vollen Betrage der Gemeinde zur Last fallen.

Meistens wird den Gemeinden ein Teil dieser Kosten aus der Kreis-Kommunal-Kasse zurückvergütet, jedoch ist das in den verschiedenen Kreisen verschieden.

#### IV. Fortbildungsschulen.

Fortbildungsschulen d. h. Schulen für solche jugendliche Personen, welche dem schulpflichtigen Alter entwachsen sind, müssen durch statutarische Bestimmung im Sinne des § 4 der L. G. O. eingeführt werden, wenn gegen die Schüler, für welche sie bestimmt sind, ein Zwang zum Schulbesuche soll ausgeübt werden können.

Handelt es sich um eine gewerbliche Fortbildungsschule, so sind die Vorschriften im § 120 der Reichs-Gewerbeordnung zu beachten (R. G. Bl. 1891 S. 269).

Zu den Kosten von Fortbildungsschulen Beihilfen zu bewilligen, ist die Herzogl. Landesregierung seit einer Reihe von Jahren in der Lage: vergl. Art. 4 Nr. 8 des Landtags-Abschieds vom 22. November 1886 (G. u. B. S. Nr. 44 S. 271) und lfd. Nr. 3 der Anlage zu Kap. 12 des Staatshaushalts-Etats für 1904/06 (G. u. B. S. 1904 S. 338).

## § 10.

### Wegebau.

Die Bestimmungen über den Wegebau sind enthalten in der Wegeordnung vom 29. Juni 1899 (G. u. B. S. Nr. 56 S. 529) nebst der Verordnung, die Bezeichnung der Staatsstraßen betr. vom 5. Juni 1871 (G. u. B. S. Nr. 38 S. 241) und deren Ergänzungen und Abänderungen vom

17. Oktober	1872	(G. u. B. S. Nr. 53 S. 267),
7. August	1875	(„ „ „ „ „ 66 „ 297),
30. Juni	1888	(„ „ „ „ „ 35 „ 201),
1. Oktober	1890	(„ „ „ „ „ 54 „ 233),
8. Oktober	1892	(„ „ „ „ „ 49 „ 473),
27. Februar	1893	(„ „ „ „ „ 12 „ 117),
11. März	1895	(„ „ „ „ „ 20 „ 65),
14. Juli	1895	(„ „ „ „ „ 42 „ 279),
15. August	1895	(„ „ „ „ „ 50 „ 363),
6. Mai	1902	(„ „ „ „ „ 21 „ 67) und
29. Septemb.	1905	(„ „ „ „ „ 41 „ 219).

Die Wegeordnung handelt in fünf Abschnitten von

1. allgemeinen Bestimmungen, namentlich Einteilung der Straßen und Wege in verschiedene Arten, Veränderung in der Eigenschaft, Aufhebung von Wegen und den in Wegebau-sachen zuständigen Behörden (§ 1—10);
2. der Verbindlichkeit zur Herstellung und Unterhaltung der verschiedenen Arten von Straßen und Wegen und zwar teils davon, wem die Verpflichtung obliegt (§§ 11—16) und welchen Umfang die Verbindlichkeit hat (§§ 17 u. 18), teils davon, wie — bei den Kommunikations- und bei den Gemeindewegen — die erforderlichen Wegebaubeiträge (Wegebau-steuern) aufzubringen sind (§§ 19—28);
3. der Herstellungsart und der äußeren Einrichtung der Straßen und Wege (§ 29—47);
4. der Abtretung der zu Wegebauten zu verwendenden Grundstücke (§§ 48—55) und
5. den Wegebesserungsabgaben und Wegegeldern (§§ 56—58).

Nach § 2 der W. O. zerfallen die unter das Gesetz fallenden Straßen und Wege in Staatsstraßen, Kommunikationswege, Stadt- und Dorf-

straßen, öffentliche Fußwege, Feld- und Wannenwege und Privatwege. Die Rechtsverhältnisse dieser verschiedenen Arten von Wegen sind vielfach von einander abweichend.

## 1. Die Staatsstraßen,

deren Bestand durch die Verordnung vom 5. Juni 1871 Nr. 38 und deren spätere Ergänzungen nachgewiesen wird, werden auf ausschließliche Kosten des Staates durch die Baudirektion mit den Kreis-Bauinspektoren hergestellt und unterhalten (W. D. §§ 2 a, 5 u. 11).

## 2. Kommunikationswege

sind solche Wege, welche zur Verbindung der Ortschaften und Gemarkungen untereinander oder mit den Staatsstraßen und Eisenbahnen bestimmt sind. Zweifel darüber, ob ein Weg ein Kommunikationsweg sei, entscheidet nötigenfalls Herzogl. Staatsministerium (W. D. § 2 a. E.). Soll ein Weg, der bisher nicht Kommunikationsweg war, in einen solchen oder soll ein Kommunikationsweg in eine Staatsstraße, eine Dorfstraße oder einen Feldweg umgewandelt werden, so geschieht das nach vorausgegangenem vorschriftsmäßigen Verfahren durch eine Bestimmung Herzogl. Staatsministeriums (W. D. §§ 3 u. 4).

Die Herstellung und Unterhaltung der Kommunikationswege ist Sache der Kreis-Kommunal-Verwaltung mit der fachmännischen Hilfe des Herzogl. Wegebaubeamten (Kreis-Bauinspektors) (W. D. §§ 6, 12 u. 14). Etwaige Wünsche der Gemeinden in Beziehung auf die Kommunikationswege sind daher beim Kreisausschusse (der Kreisdirektion) zum Vortrage zu bringen.

Die zur Herstellung und Unterhaltung der Kommunikationswege erforderlichen Kosten werden aus der Kreis-Wegebau-Kasse bestritten und dieser, soweit sie nicht eigene Einnahmen hat, teils durch Zuschuß der Kreis-Kommunal-Kasse zugeführt, teils von den zum Kreis-Kommunal-Verbande gehörenden Gemeinden und Gemarkungen nach dem Verhältnisse der Gesamt-Grundsteuer-Kapitale der beitragspflichtigen Grundstücke dieser aufgebracht (W. D. § 19). Der Betrag dieser Wegebaubeiträge der Gemeinden und Gemarkungen wird durch den jährlichen Voranschlag der Kreis-Wegebau-Kasse festgestellt, in welchem auch zum Ausdruck gelangt, inwieweit etwa besondere Neubau- und Instandsetzungskosten den zunächst beteiligten Gemeinden oder Gemarkungen als Vorausleistung auferlegt (W. D. § 20), und in welchem Umfange gewerbliche Unternehmungen wie Ziegeleien, Glashütten, Mühlen, Steinbrüche, Berg- und Hüttenwerke, Zuder- und Zichorienfabriken u. ähnl., durch welche eine stärkere Wegeabnutzung veranlaßt wird, zu außerordentlichen Wegebaubeiträgen herangezogen werden sollen (W. D. § 21).

Der hiernach auf die einzelne Gemeinde oder Gemarkung entfallende Betrag des Kreis-Wegebau-Beitrages wird durch den Kreisausschuß dem Gemeindevorsteher mitgeteilt, und hat sodann dieser dafür Sorge zu tragen, daß der Betrag auf die Grundbesitzer des Gemeindebezirks nach Verhältnis

der Grundsteuerkapitale der Einzelnen verteilt, von den Einzelnen beim Gemeindeeinnahmer rechtzeitig eingezahlt und von diesem an die Kreis-Wegebau-Kasse in den vorgeschriebenen Fristen abgeführt wird (W. D. §§ 24, 26, 27). Verspätete Einzahlung pflegt von der Kreis-Kommunal-Verwaltung mit der Zahlung von Verzugszinsen bedroht zu werden.

Wo besondere Verhältnisse es gerechtfertigt erscheinen lassen, kann von der Gemeinde auf dem in der L. G. D. § 4 vorgesehenen Wege beschlossen werden, nicht nur die Grundbesitzer, sondern auch Mietwöhner und Häuslinge zur Wegebaulast mit heranzuziehen (W. D. § 24 Abs. 4).

Gemeinden, welche durch Wegebaukosten unverhältnismäßig und über ihre Kräfte hinaus belastet werden, sollen aus Kreismitteln Beihilfen bewilligt werden (W. D. § 23).

### 3. Dorfstraßen.

Die Herstellung und Unterhaltung der Dorfstraßen (insoweit diese nicht zugleich Staatsstraßen oder Kommunikationswege sind) hat unter Aufsicht der Kreisdirektion von der Gemeinde zu geschehen (W. D. § 7), und zwar ist vom Gemeinderate alljährlich ein Voranschlag für die Gemeinde-Wegebau-Kasse aufzustellen, mit welchem ebenso wie mit dem Gemeindefassen-Voranschlage zu verfahren ist (W. D. § 9). Etwa gewünschte sachmännische Hülfe wird von dem Herzogl. Wegebaubeamten gewährt (W. D. §§ 9 Abs. 3 u. 14); jedoch hat der Gemeindevorsteher darauf bezüglichen Antrag an den Vorstand, nicht an das Hülfspersonal der zuständigen Herzogl. Straßen- und Wasserbau-Inspektion zu richten. Bei Zweifeln über die Eigenschaft eines Weges oder beabsichtigter Veränderung der Eigenschaft entscheidet Herzogl. Staatsministerium (W. D. § 2 a. E., §§ 3 u. 4); die Genehmigung des Kreisausschusses genügt jedoch zur Umwandlung eines Feldwegs in eine Dorfstraße (W. D. § 13 Abs. 5).

Die Kosten sind von sämtlichen Grundbesitzern nach Verhältnis ihres Gesamt-Grundsteuerkapitals aufzubringen; Fabriken, Ziegeleien, Mühlen, Gruben pp. können zu außerordentlichen Beiträgen herangezogen werden, wenn die Instandsetzung oder Unterhaltung einer Dorfstraße durch außergewöhnliche Abnutzung für solche Anlagen unverhältnismäßig verteuert wird, worüber der Gemeinderat vorbehaltlich einer Beschwerde an den Kreisausschuß zu entscheiden hat; auf dem Wege des Statuts können auch Mietwöhner und Häuslinge herangezogen werden (W. D. § 13).

Wege, welche von der Dorfstraße ab nach einzelnen Häusern und Grundstücken führen, sind von den betreffenden Haus- und Grundbesitzern allein zu erhalten (W. D. § 13 Abs. 4).

Wie das Formular zum Voranschlage und zur Rechnung der Wegebau-Kasse (Muster Nr. 18) ersehen läßt, laufen die Gemeinde-Beisteuer zur Kreis-Wegebau-Kasse und die Kosten der Unterhaltung der Dorfstraßen durch dieselbe Rechnung; die von den Interessenten zu erhebende Wegebausteuer ist daher so zu berechnen, daß der ganze Bedarf dadurch gedeckt wird und ist nicht etwa wegen der Beisteuer zur Kreis-Wegebau-Kasse eine besondere Verteilung auf die einzelnen Wegebau-



Muster  
Nr. 89.

steuerpflichtigen vorzunehmen. Zur Benutzung bei Berechnung der den einzelnen Grundbesitzern zur Last fallenden Wegebausteuer wird eine Tabelle nach beiliegendem Muster Nr. 89 empfohlen. —

Zu dem Abschnitt „Dorfstraßen“ ist auch zu vergleichen, was in § 24 dieses Wegweisers (§. 119 fgg.) über den „Ortsbauplan“ gesagt ist.

#### 4. Feld- und Wannewege.

Wegen der Herstellung, Beaufsichtigung und Unterhaltung der Feld- und Wannewege, sowie der nicht zu den Kommunikationswegen gehörenden über die Feldmark führenden öffentlichen Fußwege entscheidet sich die Frage der Zuständigkeit — vorbehaltlich des Aufsichtsrechts der Kreisdirektion — nach jedes Orts Gewohnheit und Herkommen. Wo ein geordnetes Verwaltungsorgan für die Feldmarks- oder Interessentschafts-Angelegenheiten besteht, ist dieses, sonst der Gemeindevorsteher (mit oder ohne den Gemeinderat) zuständig (W. D. § 7, vergl. auch § 13 dieses Wegweisers). Weiteres gibt der § 16 d. W. D. an die Hand: Die Kosten sind auf sämtliche Grundbesitzer zu verteilen, aber nicht nach dem Verhältnisse ihres Gesamt-Grundsteuerkapitals, sondern nach dem Verhältnisse des für ihre Feld- und etwa zur Feldmark gehörigen Forstgrundstücke festgesetzten Grundsteuerkapitals, also ausschließlich dessen für Häuser, Hausgärten usw. Fabriken, Ziegeleien, Mühlen, Gruben u. dergl. können zu außerordentlichen Beiträgen auch bezüglich der Feldwege herangezogen werden, — nicht aber Mietwohner und Häuslinge. Erhöhte Leistungen können auch gefordert werden von den Anliegern und Benutzern, wenn Feldwege chauffiert werden sollen.

Wegen der Umwandlung eines Feldwegs in eine Dorfstraße vergl. bei „Dorfstraßen“.

Privatwege, zu deren Benutzung nur gewisse Personen berechtigt sind, haben diese allein zu unterhalten (§ 16 Abs. 5).

#### 5. Allgemeines.

Im allgemeinen werden noch folgende Punkte hervorgehoben:

1. Die Wegebaupflicht begreift auch alle Zubehörungen der Wege (Brücken, Kanäle, Gräben pp.). Privatrechtliche Verpflichtungen Dritter bleiben zwar bestehen, können aber von dem nach den Bestimmungen der W. D. Verpflichteten nicht vorgeschützt werden (W. D. §§ 17 u. 18).

2. Was die §§ 29—47 der W. D. wegen der Herstellungsart und der äußern Einrichtung der Wege vorschreiben, findet sinngemäß auf alle Wege Anwendung. Von den seitens der Gemeinden zu unterhaltenden Wegweisern handelt § 47 (meistens haben die Kreis-Kommunalverbände deren Unterhaltung übernommen); von der Anpflanzung von Obst- oder sonstigen Bäumen an den Wegen: § 45. — Wegen Schadens, der durch mangelhafte Beschaffenheit der Wege, Fehlen

von Sicherheitsvorrichtungen u. dergl. entsteht, ist der zur Wegeunterhaltung Verpflichtete dem Publikum haſtbar.

3. Graben-Überfahrten und Durchläſſe, welche im Interesse einzelner Grundstücksbeſitzer erwünſcht ſind, dürfen nur mit Vorwiſſen und Genehmigung deſſenigen angelegt werden, welcher über den Weg, deſſen Zubehör der betreffende Graben iſt, zu verfügen hat, alſo bei Staatsſtraßen deſ Kreis-Bauinſpektors, bei Kommunikationswegen deſ Kreisauſſchuſſes. Daſſelbe gilt von jeder ſonſtigen Benutzung eines Wegegrabens z. B. zur Waſſerabführung.

4. Zur Anlegung neuer, ſowie zur Verlegung oder Verbreiterung ſchon vorhandener Wege und zur Gewinnung notwendigen Wegebeſſerungsmaterials muß jeder Grundbeſitzer den erforderlichen Grund und Boden gegen Entſchädigung abtreten (W. D. §§ 48—54); muß ſich auch gefallen laſſen, daß eingeräumte Wege in ihrer urſprünglichen Breite wiederhergeſtellt werden (§ 52).

5. Alle Wegebaubeiträge, ſowohl die wegen der Kommunikationswege, alſ auch die wegen der Dorfſtraßen und Feldwege ausgeſchriebenen, werden, wenn ſie rückſtändig bleiben, wie andere öffentliche Abgaben, im Wege deſ Verwaltungszwangsverfahrens eingezogen (W. D. § 28). Der Gemeindecinnehmer hat alſo die Rückſtände in ſog. Reſtverzeichniſſen bei der Kreiſdirektion einzureichen.

6. Der § 7 Nr. 1 deſ P. Str. G. Bz. (G. u. B. E. E. 1899 E. 238) bedroht denjenigen mit Strafe, welcher die aufgebotene Landſolge nicht leiſtet. Wird bei außergewöhnlich ſtarken Schneefällen oder Schneevermehrungen, Wolkenbruchſchäden u. dergl. im Intereſſe einer ſchleunigen Wiederfahrbarmachung einer Staatsſtraße die Landſolge von der Kreiſdirektion aufgeboten, ſo hat der Gemeindevorſteher — nach Einvernehmen mit dem Gemeinderate — daſür Sorge zu tragen, daß die Einwohnerschaft dazu beſtellt wird.

7. Durch § 51 deſ Geſetzes über die Verwaltungsrechtſpflege vom 5. März 1895 (G. u. B. E. Nr. 26 E. 95, zu vergleichen mit W. D. § 21 Abſ. 3 und § 24 Abſ. 6), iſt beſtimmt, daß gegen die Entſcheidungen deſ Kreisauſſchuſſes über Beſchwerden wegen Heranziehung und Veranlagung zu Wegebau-Koſten die Klage beim Verwaltungsgerichtshofe ſtattfindet.

8. Die in § 56 der W. D. erwähnten Abgaben zur Wegebeſſerung aus Teſtamenten, Kontrakten, Schenkungen pp. ſind diejenigen, von welchen ausführlicher in dem Geſetze vom 28. Juni 1879 (G. u. B. E. Nr. 39 E. 387) gehandelt wird. — Wegegeld (Chauſſee-, Pflaſter-, Brückengeld) wird ſeit Erlaß deſ G. v. 10. November 1873 (G. u. B. E. Nr. 60 E. 285) auf Staatsſtraßen und nach W. D. § 57 auf Kommunikationswegen nirgends mehr erhoben; für Rechnung von Städten, Dörfern und Privatperſonen nur hier und da mit Genehmigung Herzogl. Staatsminiſteriums (W. D. § 58).

9. Wegen der ſtraßen- und wegepolizeilichen Vorſchriften vergl. § 26.

10. Durch das Reichs-Telegraphenwege-Gesetz vom 18. Dezember 1899 (R. G. Bl. Nr. 2634 S. 705) und die dazu erlassenen Ausführungsbestimmungen vom 6. Januar 1900 (G. u. B. S. Nr. 1 S. 1) und vom 26. Januar 1900 (R. G. Bl. Nr. 2646 S. 7) sind der Reichs-Telegraphen- und der Militär-Verwaltung weitgehende Rechte in Beziehung auf die Benutzung der Verkehrswege für ihre zu öffentlichen Zwecken dienenden Telegraphen- und Fernsprechklinien eingeräumt. Danach kann eine erforderliche Mitbenutzung öffentlicher Wege für die Zwecke der Telegraphenleitungen im allgemeinen nicht verweigert werden; die Telegraphenverwaltung ist aber verpflichtet, auf die Interessen der Wege alle erforderliche Rücksicht zu nehmen und diejenigen Kosten zu erstatten, welche dem zur Unterhaltung der Wege Verpflichteten durch eine infolge der Telegraphenleitung entstehende Erschwerung der Wegeunterhaltung erwachsen.

## § 11.

### Feuerhülfswesen.

Das Gesetz, das Feuerhülfswesen betr., vom 2. April 1874 (G. u. B. S. Nr. 16 S. 67) mit einer Ergänzung in § 48 f—h des Gesetzes über die Verwaltungsrechtspflege vom 5. März 1895 (G. u. B. S. Nr. 26 S. 94) regelt das hierher Gehörige für Stadt und Land, indem es in acht Abschnitten handelt von

1. der Leitung und Beaufsichtigung des Feuerhülfswesens (§§ 1—3),
2. der Feuerwehr (§§ 4—26),
3. den Verpflichtungen der Gemeinde (§§ 27—32),
4. den Verpflichtungen dritter Personen (§§ 33—38),
5. den Strafbestimmungen (§ 39),
6. der Sorge für zu Schaden gekommene Feuerwehrmänner und deren Familien (§ 40),
7. den Prämien für geleistete Feuerhülfe (§ 41) und
8. den Übergangs-Bestimmungen (§§ 42—46).

Das Feuerhülfswesen überhaupt und die Ausrüstung der Feuerwehr, sowie die Anschaffung und Unterhaltung der Feuerlöschgeräte insbesondere ist eine Gemeindelaft (§ 27 Abs. 1); zugleich ist es jedoch auch eine Kreis-Kommunal-Angelegenheit (§ 1 Abs. 2) und zwar mit der Wirkung, daß von der Kreisversammlung der Kreis-Brand-Direktor gewählt wird, welcher das gesamte Feuerlöschwesen im Kreise zu überwachen hat (§§ 2 u. 3). Zu den Kosten der erstmaligen Einrichtung des Feuerhülfswesens nach Maßgabe der gesetzlichen Bestimmungen war den Gemeinden Staatsbeihilfe ausdrücklich zugesichert (§ 27 Abs. 2); es wird solche jedoch auch noch fortdauernd bewilligt, da zu solchem Zwecke durch das Gesetz vom 19. Mai 1894 (G. u. B. S. Nr. 20 S. 49) Mittel der Landes-Brandversicherungs-Anstalt dauernd zur Verfügung gestellt werden. Beihilfe-Anträge etwa an einzelne Privat-Feuerversicherungs-Gesellschaften zu richten, hat erfahrungsmäßig keinen Erfolg.

Die aus dem Gesetze über das Feuerhülfswesen dem Gemeindevorsteher erwachsenden Obliegenheiten sind im wesentlichen folgende:

1. die jährlich im Monat November zu bewerkstelligende Aufstellung und öffentliche Auslegung der Listen der zum Eintritt in die Feuerwehr verpflichteten Personen (§ 5, Muster Nr. 40), eine Maßregel, welche jedoch dann unterbleiben kann, wenn durch eine freiwillige Feuerwehr für das Vorhandensein der gesetzlich vorgeschriebenen Löschmannschaft gesorgt ist;
2. Mithülfe bei Errichtung einer freiwilligen Feuerwehr, sobald sich die dazu erforderliche Mindestzahl von Personen findet (§ 11);
3. jährlich im Dezember Herbeiführung eines Beschlusses des Gemeinderats darüber, welche von den dienstpflichtigen Personen in die Pflicht-Feuerwehr, welche in die Ordnungsmannschaft eingestellt werden sollen (§ 12);
4. ständige Aufsicht darüber, daß das Spritzenhaus, die Feuerlöschgerätschaften und Feuerwehr-Ausrüstungsgegenstände in Ordnung gehalten, auch die Feuerwehr-Übungen mindestens in der vorgeschriebenen Anzahl abgehalten werden, genügender Wasservorrat für den Fall eines Brandes vorhanden ist und fortwauernde Fürsorge für Stellung von Transportmitteln getroffen wird (§§ 12, 22, 28—31). Was die Feuerwehr-Übungen insbesondere anbetrifft, so sollen dieselben nach einer Ministerialverfügung im Interesse der Sonntagsfeier in den Morgenstunden der Sonn- und Festtage im allgemeinen vermieden, jedenfalls aber spätestens eine Stunde vor Beginn des öffentlichen Gottesdienstes beendet bzw. frühestens eine Stunde nach Schluß desselben begonnen werden;
5. Führung des Oberbefehls über die Ordnungsmannschaft (§§ 15 u. 19) und Listenführung bezüglich derselben (§ 25);
6. Mitentscheidung darüber, ob ein bei einem Brande vom Feuer noch nicht ergriffenes Gebäude niederzureißen ist (§ 19 Abs. 3), — eine Entscheidung, welche deshalb von um so größerem Belange ist, weil nach § 17 des Gesetzes über die Landes-Brandversicherungsanstalt vom 5. April 1886 (G. u. B. G. Nr. 20 S. 121) von dieser auch derjenige Schaden vergütet wird, welcher durch das Niederreißen eines von Brand bedrohten Gebäudes veranlaßt ist;
7. Absendung von Feuerhülfe nach auswärts (§ 24);
8. Herbeiführung der Bestrafung der Mitglieder der Feuerwehr wegen Pflichtwidrigkeiten (§§ 25 a u. 39);
9. Benachrichtigung des Bezirks-Hauptmanns und der Bezirks-Nachbargemeinden vom Ausbruche eines Schadenfeuers (§ 32 a. G.);
10. Vermittelung der Bewilligungen aus Kreismitteln an zu Schaden gekommene Feuerwehrmänner (§ 40).

Muster  
Nr. 40.

## Feuerwehr-Ehrenzeichen

werden verliehen bei 25 jähriger Dienstzeit vom Herzogl. Staatsministerium (vergl. die Verordnung vom 28. November 1887 — G. u. B. S. Nr. 34 S. 123), bei 10-, 15- und 20 jähriger Dienstzeit vom Kreisausschusse. Bevorzugt dabei werden die Mitglieder freiwilliger Feuerwehren, indem diese die entsprechende Zeit hindurch nur „treue und nützliche Dienste geleistet“ zu haben brauchen; während von Feuerwehrmännern, welche eine entsprechende Zeit hindurch entweder nur in der einengerzienten Abteilung einer Pflichtfeuerwehr oder theils in einer solchen, theils in einer freiwilligen Feuerwehr gedient haben, verlangt wird, daß sie „mit besonderer Auszeichnung gedient haben“. In allen Fällen muß die Dienstzeit eine ununterbrochene sein.

Bezügliche Anträge sind durch Vermittelung des Gemeindevorstehers an die Kreisdirektion zu richten.

## § 12.

### Kirchliche Angelegenheiten.

1. Die kirchlichen Angelegenheiten gehören im allgemeinen nicht zu denjenigen, mit welchen sich die Vertretung der „politischen Gemeinde“, Gemeinderat und Gemeindevorsteher, zu befassen hätte; ihre Wahrnehmung gehört vielmehr zur Zuständigkeit der Vertretung der „Kirchengemeinde“, des Kirchenvorstandes: dieser ist an erster Stelle dazu berufen, sich die Förderung des christlich-religiösen und sittlichen Lebens in der Gemeinde angelegen sein zu lassen, die kirchlichen Baulichkeiten und die Begräbnisplätze zu beaufsichtigen, bei Besetzung der Kirchenämter mitzuwirken, das Kirchenvermögen und das kirchliche Armenwesen zu verwalten, den kirchlichen Gemeindevorstand zu wahren usw., — und zwar alles dieses unter dem Vorfize des Geistlichen und unter der Oberaufsicht des Konsistoriums.

Das Nähere hierüber findet sich in dem Gesetze, die Errichtung von Kirchenvorständen in den evangelisch-lutherischen Kirchengemeinden betr., vom 30. November 1851 (G. u. B. S. Nr. 52 S. 329) mit den Abänderungen und Ergänzungen vom

10. Mai 1862 (G. u. B. S. Nr. 25 S. 125),

10. Oktober 1873 („ „ „ „ „ 51 „ 251),

24. Juli 1879 („ „ „ „ „ 34 „ 309) und

8. Mai 1882 („ „ „ „ „ 21 „ 117),

und mit dem Konsistorial-Ausschreiben, die Verwaltung des kirchlichen Armenwesens durch die Kirchenvorstände betr., vom 5. Januar 1853 (G. u. B. S. Nr. 3 S. 5) und das Verfahren bei Vakation der Prediger betr., vom 22. Mai 1880 (G. u. B. S. Nr. 18 S. 121). —

Für die Vertretung der politischen Gemeinde besonders wichtig sind aus dem vorstehend angeführten Hauptgesetze die §§ 27—32 (G. u. B. S. 1851 S. 345), welche den Fall behandeln, daß vom Gemeinderate Geld-

mittel zur Bestreitung kirchlicher Bedürfnisse zur Verfügung gestellt werden sollen. Es handelt sich hierbei um die sog. Parochiallasten.

Als solche Parochiallasten kommen überhaupt folgende vor: die Erbauung, Erneuerung, Vergrößerung und bauliche Unterhaltung der Kirchen-, Pfarr- und Opfereigebäude; die bei solchen Bauten zu leistenden Fuhrn und Handarbeiten, auch wenn die eigentlichen Baukosten aus anderen Mitteln erfolgen; Herstellung und Unterhaltung der gottesdienstlichen Einrichtungen an und in der Kirche; die Filiationen der Geistlichen; die Reisekosten der stellvertretenden Prediger bei einer erledigten Pfarrstelle während des Gnadenhalbjahrs der Hinterbliebenen; die Kosten des Umzuges eines neu ernannten Geistlichen von seinem bisherigen nach seinem neuen Amtssitze; der Beitrag zu den Kosten des bei Einführung eines Geistlichen zu veranstaltenden Einführungsmahls; die Kosten des Transports der Kirchenvisitatoren zu einer Prediger-Einführung, des Superintendenten zur Kirchenvisitation, des Geistlichen zu den Predigersynoden.

Die Verhältnisse in Beziehung auf die Parochiallasten sind außerordentlich verschieden; es lassen sich nur wenige Regeln aufstellen, welche unbedingt in allen Fällen und bei allen Gemeinden zutreffen. Vielsach ist zur Tragung der Parochiallasten nur eine Gemeinde allein, vielfach sind mehrere zu derselben Kirche oder Pfarre gehörige Gemeinden dazu verpflichtet; oft muß die Gemeinde allein dafür aufkommen, oft ist ein Teil der Last von einem Geistlichen oder einer Kirchenkasse zu übernehmen; bald besteht die Verpflichtung der Gemeinde ein für alle Male, bald nur für den Fall oder in soweit die Mittel der Kirchenkasse nicht zureichen. Keinen Unterschied macht es aber, ob etwa nach Ansicht der Gemeinde ein dritter Verpflichteter vorhanden ist: sie kann diesen zwar mittelst eines Prozesses in Anspruch nehmen, kann damit jedoch die vorläufige Aufbringung der Leistung nicht hinausschieben; keinen Unterschied macht es auch, ob es sich handelt um von Alters her bestehende Einrichtungen und Bauten oder um solche, welche auf vorschritzmäßigem Wege neu beschossen und angeordnet sind, wenn sich solcher Beschluß nur innerhalb derjenigen Grenzen hält, welche sich aus der obigen Aufzählung der Parochiallasten ergeben.

Aus den bereits oben angeführten §§ 27—32 des Kirchenvorstandes-Gesetzes ergibt sich folgendes: Wenn vom Kirchenvorstande oder Konsistorium kirchliche Einrichtungen oder Bauten \* beschossen sind, zu deren Ausführung von der Gemeinde Geldbeiträge aufgebracht werden müssen, so ist der Antrag wegen deren Bewilligung unter Beifügung der erforderlichen Voranschläge beim Gemeindevorsteher anzubringen, welcher darüber mit dem Gemeinderate in Beratung zu treten hat. Ist der Gemeinderat in Beziehung auf die Notwendigkeit, den Umfang und die Art der Ausführung des Geplanten nicht einverstanden, so hat der Gemeindevorsteher dies unter näherer Darlegung dem Konsistorium mitzuteilen und wird dieses, falls eine Vereinigung der abweichenden Ansichten nicht zu erreichen steht, die

\* Was unter „kirchlichen Einrichtungen und Bauten“ zu verstehen ist, erklärt § 2 des Gesetzes über die Aufbringung der Parochiallasten in den Landgemeinden vom 18. Juni 1864 (G. u. B. S. Nr. 30 S. 100).

Sache der Kreisdirektion vorlegen, welche damit weiter verfährt, wie dies der § 13 des Gesetzes über die Organisation der Landes-Verwaltungs-Behörden vom 19. März 1850 (G. u. B. S. Nr. 26 S. 447) vorschreibt; die endgültige Entscheidung erfolgt dann nötigenfalls Höchsten Orts.

Steht auf diese Weise fest, welcher Geldbetrag von der verpflichteten Gemeinde aufzubringen ist, so ist weiter zu beachten, was das Gesetz, die Aufbringung der Parochiallasten in den Landgemeinden betr., vom 18. Juni 1864 (G. u. B. S. Nr. 30 S. 97) mit dem Zusatzgesetze vom 28. Mai 1894 (G. u. B. S. Nr. 23 S. 67) vorschreibt. Hiernach hat die Aufbringung der Parochiallasten (Kirchensteuer) innerhalb der Gemeinde in derselben Weise zu erfolgen, wie die der gewöhnlichen Gemeindesteuer, nur daß damit zu verschonen sind: die Kirchen- und Scholdiener in betreff ihrer Dienstgrundstücke und ihres Dienst Einkommens, sowie deren Witwen in betreff ihres Wittums, im bisherigen Umfange d. h. insoweit diese Personen schon vor dem Jahre 1864 als befreit von den kirchlichen Lasten behandelt sind; und ferner die der evangelisch-lutherischen Landeskirche nicht angehörigen Reformierten, Katholiken, Dissidenten\* und Juden in betreff ihres Einkommens, nicht aber wegen ihres Grundbesizes oder Gewerbebetriebes. Sonstige Befreiungen einzelner auf Grund von Privatrechtstiteln müssen nötigenfalls im Prozeßwege durchgefochten werden. Daß auch Aktiengesellschaften u. dergl., wie alle nicht durch das Gesetz vom 18. Juni 1864 ausdrücklich befreite Gemeindesteuerpflichtige, zu den Parochiallasten in demselben Verhältnisse wie zu den sonst aufzubringenden direkten Gemeindesteuern beizutragen haben, ist vom Verwaltungsgerichtshofe in einem streitig gewordenen Falle rechtskräftig entschieden. Die Parochiallast ohne Erhebung einer besonderen Kirchensteuer auf die Gemeindefasse zu übernehmen ist nur dann zulässig, wenn dies bereits vor dem Jahre 1864 üblich gewesen, Kommunalsteuer überhaupt nicht erhoben und der darauf abzielende Gemeinderatsbeschluß vom Herzogl. Staatsministerium genehmigt ist. Die bei Bauten erforderlichen Fuhrn, Handarbeiten und Botendienste sollen — vorbehaltlich etwaiger auf Privatrechtstiteln beruhender Rechte und Pflichten — nicht mehr in natura geleistet, sondern in Gelde geschätzt und durch Kirchensteuer gedeckt werden. Ebenso verhält es sich mit der Aufbringung der Kosten der von der Gemeinde zu leistenden Filialfuhrn. — Die Erhebung und Verrechnung der Kirchensteuer und der Gemeinde- (Kommunal-) Steuer sind von einander getrennt zu halten; es ist eine besondere Parochialkasse zu führen.

Zu kirchlichen Bauten pflegt den Gemeinden vom Herzogl. Staatsministerium eine Beihilfe aus Staatsmitteln bewilligt zu werden und zwar aus dem „Fonds zur Unterstützung der Gemeinden bei Kirchen- und Schulbauten“, welcher seit längeren Jahren durch Verein-

\* In § 4 des Gesetzes vom 18. Juni 1864, Nr. 30, werden „Dissidenten“ (keiner Religionsgemeinschaft angehörige Personen) als von der Kirchensteuer befreit noch nicht bezeichnet; ihre Befreiung ist aber in § 13 des Gesetzes, de Verhältnisse der Dissidenten betr., vom 25. März 1873 (G. u. B. S. Nr. 62 S. 294) ausgesprochen.

barung zwischen Regierung und Landtag zur Verfügung gestellt wird. Die Verwilligung wird durch das Konsistorium vermittelt, erfolgt aber nur ein mal im Jahre, nachdem sämtliche Beihilfe-Anträge aus dem Herzogthume gesammelt und mit der zur Verfügung stehenden Summe zusammengestellt sind.

2. Durch das Gesetz, die Ablösung der auf dem Kirchen-, Pfarr- und Schulverbände beruhenden Abgaben und Dienste betr., vom 23. April 1867 (G. u. B. S. Nr. 19 S. 89) sind diese Abgaben und Dienste für ablösbar erklärt. Dabei ist bestimmt, daß Abgaben, zu welchen die Mitglieder einer Kirchengemeinde als solche, mithin die Inquilinen ebensowohl als die Hausbesitzer verpflichtet sind (z. B. das an vielen Orten übliche „Vierzeitegeld“), in eine der Gemeindefasse aufzulegende jährliche Geldrente umgewandelt (§ 5 Nr. 1) und diese Geldrenten gegen Zahlung eines fünfundzwanzigfachen Betrages in Kapital abgelöst werden können (§§ 11—13). Eintretendenfalls hat der Gemeindevorsteher hierbei das Erforderliche wahrzunehmen.

3. Aus dem Gesetze, betr. die Ordnung der kirchlichen Verhältnisse der Katholiken, vom 29. Dezember 1902 — G. u. B. S. 1903 Nr. 2 S. 3 — ist hier zu erwähnen, daß die aus einer gemischten Ehe hervorgehenden Kinder in dem Bekenntnis des Vaters zu erziehen sind, wenn der Vater nicht etwa nach der Geburt, aber vor der Taufe des ersten aus der gemischten Ehe hervorgegangenen Kindes vor der Kreisdirektion eine abweichende Erklärung dahin abgegeben hat, daß sämtliche Kinder im Bekenntnis der Mutter erzogen werden sollen (§ 1), — und daß, wenn in einer Mischehe lebende Eheleute in das Herzogtum einwandern, die Kreisdirektion festzustellen hat, wie es mit der religiösen Erziehung der Kinder der Einwandernden zu halten ist (§ 5). Der Gemeindevorsteher ist nach einer im Verwaltungswege ergangenen Verfügung verpflichtet, der Kreisdirektion Anzeige davon zu erstatten, wenn Eheleute verschiedenen Bekenntnisses oder aus einer gemischten Ehe nachgebliebene Wittwer oder Wittven mit Kindern unter 14 Jahren von außerhalb des Herzogthums zuziehen; auch wird der Gemeindevorsteher unter Umständen Gelegenheit finden, Angehörige seiner Gemeinde, welche eine Mischehe eingehen wollen, und in gemischter Ehe lebende Leute, welche von auswärts zuziehen, auf jene gesetzlichen Bestimmungen, welche auch für die demnächstige Schulpflichtigkeit der Kinder von Bedeutung sind, aufmerksam zu machen.

## § 13.

### Realgenossenschaften.

Wie bereits oben in § 1 bei II angedeutet worden, ist von der politischen Gemeinde streng zu unterscheiden die überall daneben bestehende Realgenossenschaft. Die Rechtsverhältnisse derselben sind zu beurteilen nach dem Gesetze, die Realgenossenschaften betr., vom 26. Mai 1896 (G. u. B. S. Nr. 32 S. 185). Nicht unter dieses Gesetz fallen die landesgesetzlich be-



sonders geregelten, auf dem Wasser-, Berg-, Forst-, Jagd- und Fischereirecht beruhenden Genossenschaften (§ 18); und nicht überall gibt es eigentliche Realgemeinden, Markgenossenschaften, Gemeinheiten und sonstige Interessenschaften, deren Mitgliedschaft darin ihre Bedeutung hat, daß die Mitglieder zur Nutzung gewisser Grundstücke oder Berechtigungen befugt sind. Mehr oder weniger überall besteht aber auch noch nach ausgeführter Gemeinheits-Teilung und Verkoppelung (Separation) die sog. *Feldmarksgenossenschaft*, als die Gesamtheit derjenigen Personen, welche zur Nutzung gewisser durch den Separationsrezeß ausgewiesenen „gemeinschaftlichen Anlagen“ oder ungeteilt gebliebener Grundstücke pp. berechtigt und zur Unterhaltung der Feld- und Wannenwege (nach §§ 7 u. 8 der Wegeordnung 1899 S. 533) verpflichtet sind.

Diese Realgenossenschaften sind selbständige, neben der politischen Gemeinde bestehende juristische Personen, mit deren Verwaltung der Gemeinderat nichts zu schaffen hat, der Gemeindevorsteher sich aber regelmäßig zu beschäftigen haben wird.

Das Gesetz zeichnet (§§ 4—10) den Weg vor, auf welchem und die Art und Weise wie der Realgenossenschaft eine geregelte Verfassung durch Statut gegeben werden kann; gibt aber gleichzeitig auch Vorschriften für den Fall, daß ein derartiges Statut nicht besteht, und schreibt in dieser Beziehung insbesondere vor, daß es mangels einer Statutar-Verfassung hinsichtlich der Vertretung und Verwaltung der Realgenossenschaft bei dem Herkommen sein Bewenden behält und daß, wenn auch ein solches nicht besteht, der Gemeindevorsteher die Vertretung und Verwaltung wahrzunehmen hat. Der Gemeindevorsteher kann jedoch hierbei nicht etwa selbständig und nach eigenem Gutdünken verfahren, sondern ist vielmehr nur das ausführende Organ der Genossenschaftsversammlung, an deren Beschlüsse er gebunden ist und welche er zu berufen hat (§ 11).

Bei der Verwaltung ist dann noch zu beachten, daß die Realgenossenschaften der Beaufsichtigung durch die Staatsbehörde bzw. den Kreisausschuß in ungefähr derselben Weise unterliegen, wie die politischen Gemeinden (§§ 12 fgg.).

## § 14.

### Verhältnis zur Kreis-Kommunal-Verwaltung.

#### 1. Einschlagende Gesetze:

- a) Kreisordnung für das Herzogtum Braunschweig vom 5. Juni 1871 (G. u. B. S. Nr. 35 S. 165) mit Abänderungen und Zusätzen vom 6. April 1892 (G. u. B. S. Nr. 15 S. 73), in § 48 des Gesetzes über die Verwaltungsrechtspflege vom 5. März 1895 (G. u. B. S. Nr. 26 S. 94) und vom 10. Dezember 1900 (G. u. B. S. Nr. 66 S. 445).
- b) G., die Dotationssummen für die Kreis-Kommunal-Verbände und deren Zweckbestimmung betr., vom 5. Juni 1871 (G. u. B. S. Nr. 36 S. 203).

- c) G., die Abgaben an die Kreis-Kommunalkassen von lehtwilligen Verfügungen pp. und die Jagdscheingebühren betr., vom 17. Dezember 1873 (G. u. B. S. Nr. 80 S. 363).
- d) G., die Abgaben an die Armen- und Wegebesserungs-Kassen betr., vom 28. Juni 1879 (G. u. B. S. Nr. 39 S. 387).
- e) § 9 des Gesetzes, die Jagdpolizeiübertretungen betr., vom 1. April 1879 (G. u. B. S. Nr. 19 S. 240).
- f) § 15 des Gesetzes, betr. die Ausführung der deutschen Prozeßordnungen, vom 1. April 1879 (G. u. B. S. Nr. 12 S. 165).

2. Zur Fortbildung der Selbstverwaltung, als deren Organe durch die ältere Landgemeindeordnung vom 19. März 1850 die „Amtsräte“ eingesetzt waren, und um gewisse Zweige der Verwaltung, insbesondere die Herstellung und Instandhaltung der Kommunikationswege, auf breitere und leistungsfähigere Schultern legen zu können, wurden durch die oben angegebene Gesetzgebung von 1871 die Kreis-Kommunal-Verbände ins Leben gerufen und teils sofort, teils in den nächsten Jahren mit sog. Kreisfonds als Grundvermögen und mit feststehenden laufenden Einnahmen ausgestattet.\* Die Kreis-Kommunal-Verbände sind Körperschaften des öffentlichen Rechts, welche durch ihre geordneten Organe (nämlich durch die auf dem Kreistage versammelten Abgeordneten und durch die den Kreisausschuß bildenden Kreisdeputierten) teils gewisse Zwecke der Selbstverwaltung zu erfüllen, teils in gewissen Angelegenheiten der Landesverwaltung mitzuwirken haben; inwieweit dies zu geschehen hat, ergibt sich einerseits aus den Vorschriften der Kr. O. selbst (§§ 6, 38, 39 u. 58), andererseits können auch noch andere, umfänglichere Interessen berührende Angelegenheiten vom Kreistage mit Genehmigung Herzogl. Staatsministeriums für Kreis-Kommunal-Angelegenheiten erklärt werden (§ 6). Mit gleicher Genehmigung können von den Kreis-Kommunal-Organen auch Kreis-Statute und polizeiliche Reglements mit Gesetzeskraft erlassen werden (§ 7); und wenn die Einkünfte des Kreisfonds pp. zur Erfüllung der den Kreis-Kommunal-Verbänden obliegenden Leistungen und zur Erreichung der Kreis-Kommunalzwecke nicht ausreichen, so kann der Kreistag die Erhebung von Kreisabgaben beschließen, welche auf die einzelnen Gemeinden und Gemarkungen nach Verhältnis der an den Staat zu entrichtenden Einkommen-, Grund- und Gewerbe-Steuer zu verteilen, innerhalb der Gemeinden aber unter Heranziehung aller Gemeindesteuerpflichtigen nach Maßgabe der Bestimmungen

---

\* Aus Überschüssen der Haupt-Finanz-Kasse, aus dem Erlöse des Verkaufs der Braunschweigischen Staats-Eisenbahnen und aus dem Teile des Herzogtums an der von Frankreich geleisteten Kriegsschadigung sind in den Jahren 1871 bis 1876 insgesamt 15 Millionen Mark zur Ausstattung der Kreis-Kommunal-Verbände zur Verfügung gestellt und als Grundvermögen unter diese nach der Größe der staatsangehörigen Bevölkerung verteilt.

An gesetzlich feststehenden und wiederkehrenden Einnahmen der Kreis-Kommunal-Verbände kommen die von lehtwilligen Verfügungen und Kontrakten zu zahlenden Abgaben, die Jagdscheingebühren und gewisse Anteile an den von den Gerichten vereinnahmten Geldstrafen in Betracht.

des Gemeindeabgabengesetzes und innerhalb der Gemarkungen nach Maßgabe des Grundsteuerkapitals aufzubringen sind (§§ 10—16 u. G. v. 10. Dezember 1900).

Eingehendere Bestimmungen enthält die Kr. D. sodann noch über die Zusammensetzung der Kreisversammlungen (§§ 17—19), die Wahl der Kreistags-Abgeordneten (§§ 20—32), die Geschäfte und die Geschäftsordnung der Kreistage (§§ 33—55), die Zusammensetzung, die Geschäfte und die Geschäftsordnung des Kreisausschusses (§§ 56—57), den Kreishaushalt und die Kreis-Kommunalkasse (§§ 68—71) und die staatliche Oberaufsicht über die Kreis-Kommunal-Angelegenheiten (§§ 72 u. 73).

Über die sehr wichtige Zuständigkeit des Kreistages und des Kreisausschusses in Kreis-Wegebauangelegenheiten sind die näheren Vorschriften in der W. D. enthalten (vergl. oben § 10).

3. Die Mitwirkung des Gemeindevorstehers, welche in den Kreis-Wegebauangelegenheiten erforderlich ist, ist oben in § 10 angedeutet. Je nach den Beschlüssen, welche auf den Kreistagen in Kreis-Kommunal-Angelegenheiten gefaßt werden, können die Gemeinden in Mitleidenschaft gezogen, die Gemeindevorsteher weiter in Tätigkeit gesetzt werden; jedenfalls aber haben die Gemeindevorsteher in folgenden beiden Beziehungen für den Kreis-Kommunal-Verband tätig zu werden:

a. Ein Teil der Mitglieder der Kreisversammlung wird amtsgerichtsbezirksweise von den Landgemeinden gewählt (Kr. D. §§ 17—19). Zu diesem Zwecke hat jeder Gemeinderat drei, von den drei verschiedenen Steuer- und Wahlklassen gewählte seiner Mitglieder zu Wahlmännern zu bestimmen, und haben sich diese Wahlmänner als solche durch eine bezügliche Bescheinigung des Gemeindevorstehers (Muster Nr. 41) im Wahltermine auszuweisen (§ 20). In dieser Beziehung hat also der Gemeindevorsteher das Nötige zu veranlassen. Ist er selbst mit zum Wahlmann gewählt, so ist die Bescheinigung vom Gemeindevorsteher-Gehülfen zu vollziehen.

b. Ist vom Kreistage die Erhebung einer Kreisabgabe beschlossen und vom Kreisausschusse Nachricht darüber eingegangen, wie hoch sich die von der Gemeinde dieserhalb aufzubringende Summe beläuft, so hat der Gemeindevorsteher diese auf die Abgabepflichtigen nach dem Gemeindesteuerfuße zu verteilen, durch den Gemeindeeinknehmer erheben und an die Kreis-Kommunalkasse abführen zu lassen (§ 14).

## § 15.

### Staatsaufsicht und Disziplin.

Die das gesamte Gebiet des öffentlichen Lebens umfassende Staatshoheit äußert sich in Beziehung auf die Verwaltung der Gemeindeangelegenheiten in einer dreifachen Richtung, indem sie nämlich

1. die Gemeindebeamten der Disziplinargewalt einer Staatsbehörde unterstellt,

2. in Beziehung auf die Verwaltung der eigentlichen Gemeindeangelegenheiten sich gewisse Aufsichtsrechte vorbehält und
3. eine Reihe von Staatsangelegenheiten für Gemeindefachen erklärt und die Gemeindeverwaltung mit deren Wahrnehmung beauftragt.

Inwieweit letzteres der Fall ist, ergibt sich im einzelnen aus dem Inhalte der 2. und 3. Abschnitte dieses Wegweisers; hier soll nur darauf hingewiesen werden, wie nach L. G. D. § 167 in diesen Angelegenheiten der Staatsbehörde teils die Entscheidung auf erhobene Beschwerde gegen Verfügungen des Gemeindevorstehers, teils die Befugnis zum Erlass leitender Verfügungen zusteht, hiergegen dann aber weiter entweder eine Beschwerde an das Herzogl. Staatsministerium, Abteilung des Innern, oder aber — wo dies nach dem Gesetze, betreffend die Verwaltungsrechtspflege, vom 5. März 1895 (G. u. B. S. Nr. 26 S. 79) angängig — die Klage beim Verwaltungsgerichtshofe gegeben ist.

1. Beamte begehen ein Verbrechen oder Vergehen im Amte und sind deswegen den ordentlichen Gerichten verantwortlich, wenn sie eine der Handlungen begehen, welche in den §§ 331—359 des Reichsstrafgesetzbuchs (R. G. Bl. 1876 S. 104 ff.) mit Strafe bedroht sind; sie begehen ein Dienstvergehen und haben Disziplinarbestrafung zu gewärtigen, wenn sie die ihnen obliegenden Pflichten verletzen, d. h. wenn sie versäumen, das ihnen übertragene Amt der Verfassung, den Gesetzen, sowie den Dienstvorschriften und Anweisungen entsprechend gewissenhaft wahrzunehmen und durch ihr Verhalten in und außer dem Amte der Achtung sich würdig zu zeigen, welche ihr Beruf erfordert (§§ 18 und 34 des Gesetzes über den Zivilstaatsdienst vom 4. April 1889 — G. u. B. S. Nr. 17 S. 88 u. 95).

Diese zunächst für die eigentlichen Staatsbeamten erlassenen Vorschriften finden auch Anwendung auf den Gemeindevorsteher, den Gemeindevorsteher-Gehülfen und sonstige Gemeindebeamte, weil sie zugleich sog. „mittelbare Staatsbeamte“ sind (R. Str. G. B. § 359), nicht aber auf die Mitglieder des Gemeinderats als solche (L. G. D. §§ 80 u. 81). Das Nähere über die hiernach sich ergebende staatliche Oberaufsicht über die genannten Gemeindebeamten und die gegen sie eventuell zu ergreifenden Disziplinarmaßnahmen findet sich in den §§ 80—89 der L. G. D. und den §§ 33—42 und 89—108 des Gesetzes über den Zivilstaatsdienst vom 4. April 1889 (G. u. B. S. Nr. 17 S. 94). In der Kürze wird daraus hier nur folgendes hervorgehoben:

Disziplinäre Ordnungsstrafen sind Warnung, Verweis und Geldstrafen. Diese können ohne förmliches Disziplinarverfahren verhängt werden, und zwar gegen den Gemeindevorsteher und dessen Gehülfen vom Minister des Innern und vom Kreisdirektor, gegen die sonstigen Gemeindebeamten aber außer von den eben genannten Staatsbeamten auch vom Gemeindevorsteher. Auf Dienstentlassung als Disziplinarstrafe dagegen kann nur nach zuvorigem förmlichen Disziplinarverfahren und nur von den eigentlichen Disziplinarbehörden (in erster Instanz der „Disziplinkammer“, in zweiter und letzter Instanz dem „Disziplinarhofe“) erkannt werden. Die Suspension (vorläufige Ent-

hebung vom Amte) kann vom Herzogl. Staatsministerium nach Anhörung des Kreis Ausschusses verfügt werden, wenn die Voraussetzungen des § 81 des Gesetzes über den Zivilstaatsdienst vorliegen.

2. Die dem Staate zustehende Aufsicht über die Verwaltung der Gemeindeangelegenheiten liegt zunächst der Kreisdirection ob und umfaßt im allgemeinen das Recht und die Pflicht, darauf zu achten, daß die Beschlüsse und Verfügungen der Gemeindebehörden und des Kreis Ausschusses den Vorschriften des öffentlichen Rechts und dem Gemeinwohl entsprechen und nicht über die gesetzlichen Befugnisse der Gemeindebehörden hinausgehen, die Gemeinde zur gehörigen Erfüllung ihrer Obliegenheiten anzuhalten und nötigenfalls einstweilige Anordnungen selbständig zu treffen (L. G. D. §§ 162—164 und § 45 Ziff. 2 des Gesetzes über die Verwaltungsrechtspflege vom 5. März 1895 — G. u. B. G. Nr. 26 S. 92). In gewissen Beziehungen ist bei Ausübung des staatlichen Aufsichtsrechts dem Kreis ausschusse, als einem Organe der Selbstverwaltung, eine Mitwirkung eingeräumt, bezw. sind ihm gewisse Angelegenheiten zur selbständigen Erledigung überwiesen, und zwar handelt es sich hierbei teils um die Bestätigung gewisser Gemeinderatsbeschlüsse (L. G. D. § 157 und § 118 Ziff. 101, 2 des Ausführungsgesetzes zum Bürgerl. Gesetzbuche vom 12. Juni 1899 — G. u. B. G. Nr. 36 S. 376), teils um die fast immer endgültige Entscheidung gewisser Streitigkeiten und Beschwerden (L. G. D. § 158), teils um zuvorige Abgabe eines Gutachtens in Angelegenheiten, deren endgültige Entscheidung der Staatsbehörde vorbehalten ist (L. G. D. § 159). Inwieweit endlich in Gemeindeangelegenheiten eine Genehmigung des Herzogl. Staatsministeriums, bezw. der Abteilung des Innern vorbehalten ist, besagen L. G. D. § 165 und § 118 Ziff. 101, 3 des Ausführungsgesetzes zum Bürgerl. Gesetzbuche vom 12. Juni 1899 — G. u. B. G. Nr. 36 S. 377.\*

---

\* Abgesehen von diesen in der L. G. D. vorgesehenen Fällen der Gemeindeangelegenheiten im engeren Sinne sind im Laufe der Zeit noch viele andere Sachen dem Kreis ausschusse überwiesen bezw. dem Herzogl. Staatsministerium vorbehalten; es erscheint aber nicht nötig, dieselben hier zusammenzustellen. Zutreffenden Orts ist darauf, wenn nötig, verwiesen.

## Zweiter Abschnitt.

# Orts- und landespolizeiliche Angelegenheiten.

### § 16.

#### Ortspolizei, Landespolizei, Gerichtspolizei.

Der Gemeindevorsteher ist in seiner Gemeinde der Ortspolizeibeamte (L. G. D. § 69) und hat als solcher die Geschäfte der Ortspolizei nach den bestehenden Gesetzen pp. selbständig zu verwalten, insofern er dabei nicht an die Mitwirkung des Gemeinderats oder an die für ihn maßgebenden Bestimmungen der vorgesetzten Kreisdirektion gebunden ist. An die Mitwirkung des Gemeinderats ist der Gemeindevorsteher nur dann gebunden, wenn es sich um polizeiliche Maßnahmen und Anordnungen handelt, welche in bestimmten gesetzlichen Vorschriften nicht ein für allemal vorgesehen, aber mit Kosten für die Gemeindefasse verbunden sind (L. G. D. § 73 Abs. 4), — oder wenn es sich um *a l l g e m e i n e* und auf die Dauer berechnete Gebote und Verbote zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung handelt, welche nur auf statutarischem Wege erlassen werden können (L. G. D. § 74 Abs. 1, § 52 Nr. 1 u. § 4).

Seine, als des Ortspolizeibeamten, vorgesetzte Dienstbehörde ist die Kreisdirektion, an deren leitende Verfügungen und Entscheidungen auf erhobene Beschwerden er — vorbehaltlich einer bei Herzogl. Staatsministerium, Abteilung des Innern, zu verfolgenden Beschwerde bezw. vorbehaltlich einer nach § 49 des Gesetzes vom 5. März 1895 beim Verwaltungsgerichtshofe anzubringenden Klage — gebunden ist (L. G. D. § 167 und Gesetz über die Organisation der Landes-Verwaltungs-Behörden vom 19. März 1850 — G. u. B. S. Nr. 26 S. 443 —). Bei der Kreisdirektion wird der Gemeindevorsteher auch gut tun, sich in allen denjenigen Fällen Rat zu holen, in welchen er über seine Zuständigkeit oder über den Inhalt einer abzugebenden polizeilichen Verfügung zweifelhaft sein sollte.

Wegen der polizeilichen Befugnisse des Gemeindevorstehers sind im übrigen die §§ 73, 74 u. 167 der L. G. D. und § 49 des Gesetzes über die

Verwaltungsrechtspflege vom 5. März 1895 (G. u. V. S. Nr. 26 S. 94) zu vergleichen.

Insbefondere ist aus denselben zu entnehmen, daß der Gemeindevorsteher zwar befugt ist, zur Aufrechterhaltung der Ordnung und zur Ausführung der im gesetzlichen Wege von ihm getroffenen Anordnungen Zwangsmittel in Anwendung zu bringen; **dagegen ist er nicht befugt, Strafen zu verhängen**, denn das Recht, polizeiliche Strafverfügungen zu erlassen, ist ihm ausdrücklich nicht beigelegt: vergl. § 453 der Strafprozeßordnung (R. G. Bl. 1877 S. 334) und § 12 des Landesgesetzes vom 1. April 1879 (G. u. V. S. Nr. 12 S. 164). (Die Vollstreckung der als Zwangsmittel verhängten Ordnungsstrafen geschieht nötigenfalls durch Vermittelung der Kreisdirektion im Wege des Verwaltungszwangsverfahrens, wovon eingehender weiter unten — § 40. C. S. 290 dieses Wegweisers — die Rede ist.)

Den auf Behändigung polizeilicher Strafverfügungen gerichteten Ersuchen auswärtiger Behörden, insbesondere benachbarter Königl. Preussischer Landratsämter und Amtsvorsteher, ist stets ungehäumt Folge zu geben. Sollten sich derartige Ersuchen aber auf Strafvollstreckung beziehen, so sind sie an die Kreisdirektion abzugeben. —

Durch die Verordnung vom 21. April 1879 (G. u. V. S. Nr. 22 S. 259) ist der Gemeindevorsteher ausdrücklich zum „Hilfsbeamten der Staatsanwaltschaft“ im Sinne des § 153 des Gerichtsverfassungsgesetzes (R. G. Bl. 1877 S. 69) erklärt und hat als solcher verschiedene wichtige gerichtspolizeiliche Verpflichtungen. Zwar wird tatsächlich von der Staatsanwaltschaft in gerichtspolizeilichen Angelegenheiten weniger die Mithilfe des Gemeindevorstehers in Anspruch genommen, als vielmehr das Erforderliche durch die Gendarmerie \* besorgt; gleichwohl bleibt aber die gesetzliche Verpflichtung bestehen, wonach der Gemeindevorsteher als Hilfsbeamter der Staatsanwaltschaft tätig zu werden hat, wo immer sich die Gelegenheit dazu bietet. In dieser Hinsicht kommen in Betracht namentlich die §§ 94, 98, 102—105, 127, 128 u. 161 der Deutschen Strafprozeßordnung (R. G. Bl. 1877 S. 269 ff.). Hiernach hat der Gemeindevorsteher die Pflicht, vorkommende strafbare Handlungen zu erforschen, alle keinen Aufschub gestattenden Anord-

---

\* Am Sitze eines jeden Amtsgerichts besteht eine Gendarmerie-Hauptstelle unter unmittelbarer Leitung eines „Oberwachtmasters“, welchem die der Hauptstelle selbst und die etwaigen Nebenstellen des Amtsgerichtsbezirks zugewiesenen Gendarmen unterstellt sind. Die Gendarmerie hat die Bestimmung, die Behörden bei Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung, Ruhe und Sicherheit zu unterstützen, geplante Straftaten zu verhüten, bei begangenen den Tatbestand festzustellen und die Schuldigen zu ermitteln, die zur Erhaltung der allgemeinen Sicherheit und der gesetzlichen Ordnung bestehenden Vorschriften zu handhaben und auf Ersuchen auch den Gemeindevorstehern in ihren polizeilichen Obliegenheiten Hilfe zu leisten. Andererseits besteht auch für die Gendarmen die Vorschrift, daß sie sich zur Vollziehung ihrer Geschäfte wegen etwa erforderlicher Beihilfe und Unterstützung an die Gemeindevorsteher zu wenden haben, welche ihrerseits verpflichtet sind, solchen Ersuchen Folge zu leisten.

nungen zu treffen, um die Verdunkelung der Sache zu verhüten, und ohne Verzug der Staatsanwaltschaft \* Anzeige zu erstatten.

Gegenstände, welche als Beweismittel für die Untersuchung von Bedeutung sein können, sind ohne weiteres vom Gemeindevorsteher zu beschlagnahmen und einstweilen in Verwahrung zu nehmen, wenn Gefahr im Verzuge ist (§§ 94 u. 98). Unter derselben Voraussetzung darf und muß der Gemeindevorsteher auch Haus- und andere Durchsuchungen (§§ 102—105) vornehmen. Stets ist dann weitere Anweisung der Staatsanwaltschaft zu erbitten.

Wird jemand bei Begehung einer strafbaren Handlung auf frischer Tat betroffen, der zugleich der Flucht verdächtig oder seiner Persönlichkeit nach unbekannt ist, so hat ihn der Gemeindevorsteher vorläufig festzunehmen (Verhaftung). Dasselbe hat zu geschehen, wenn Gefahr im Verzuge und kein Zweifel darüber obwaltet, daß über den Betreffenden die Untersuchungshaft gerichtlich verhängt werden wird. Der Festgenommene ist unverzüglich dem Amtsgerichte vorzuführen (§§ 112, 127, 128). —

Aus der Verpflichtung zur Erforschung strafbarer Handlungen folgt insbesondere auch, daß, wenn Schadenfeuer oder wenn plötzliche Todesfälle vorkommen, die möglicherweise mit einer strafbaren Handlung in Verbindung stehen könnten, oder wenn unbekannte Leichen gefunden werden, — daß hiervon umgehend weitere Anzeige erstattet wird, damit gerichtliche Erhebung des Tatbestandes erfolge. Diese Anzeige hat der Gemeindevorsteher stets sowohl an das Amtsgericht als auch an den nächsten Gendarm zu erstatten.

## § 17.

# Fremdenpolizei und Paßwesen.

## I. Aufenthalt-Anmeldung.

Das Gesetz, die An- und Abmeldung beim Aufenthalts- und Wohnungswechsel betr., vom 13. April 1894 (G. u. B. G. Nr. 15 S. 33) schreibt vor, daß der Hauseigentümer verpflichtet ist, jede durch Anzug oder Auszug veranlaßte Änderung in der

\* Erscheint die schnelle Vornahme einer richterlichen Untersuchungshandlung erforderlich, so kann die Anzeige auch gleich beim Amtsgerichte erstattet werden. In der Praxis wird es regelmäßig überhaupt genügen, den nächsten Gendarm zu benachrichtigen.

Diese Anzeige hat übrigens in allen Fällen zu erfolgen, wo es sich um die Übertretung irgend eines Strafgesetzes handelt. Niemals ist der Gemeindevorsteher befugt, die Strafanzeige zu unterlassen; auch dann nicht, wenn sich etwa der Übertreter zur Zahlung einer Buße an die Ortsarmenklasse bereit finden lassen sollte. Die Annahme und Vereinnahmung solcher Buße ist ungesetzlich. Vergl. auch § 346 des R. Str. G. B. (R. G. Bl. 1876 S. 107).



Bewohnerschaft seines Hauses binnen drei Tagen beim Gemeindevorsteher zu melden und über zugezogene Personen — eventuell unter Beibringung bezüglicher Nachweise — die in § 3 aufgeführten näheren Angaben zu machen; daß aber der Gemeindevorsteher über die erfolgten Meldungen ein fortlaufendes Register („Melderegister“) zu führen und auf Antrag kostenfreie Bescheinigungen zu erteilen hat.

Von einem bloßen Umzuge innerhalb des Orts Meldung zu verlangen, wird in den kleineren Landgemeinden regelmäßig nicht nötig sein; der Gemeindevorsteher hat hierüber ein Einverständnis mit dem Gemeinderate herbeizuführen und das Beschlossene in der Gemeinde bekannt zu machen.

Ob und welche Nachweise über die Persönlichkeit des Anzumeldenden erforderlich sind, hängt vom Ermessen des Gemeindevorstehers ab; derselbe wird sich aber im allgemeinen mit amtlichen Ausweisen jeder Art begnügen können z. B. Geburtscheinen, Quittungskarten, Dienst- und Arbeitsbüchern. Von allen neu anziehenden männlichen Personen jedoch, welche sich im Alter von 20—45 Jahren befinden, ist ein Ausweis über ihr Militärverhältnis zu verlangen, und ist der Kreisdirektion Anzeige zu machen, wenn jene solchen nicht beibringen können: vergl. B. Herzogl. Staatsministeriums vom 7. Oktober 1885 (G. u. B. S. Nr. 34 S. 183). Vergl. unten § 38. A. 4. S. 206.

Soll schriftliche An- und Abmeldung verlangt werden, so muß das vom Gemeinderate beschlossen und von der Kreisdirektion genehmigt werden.

Die Führung des Melderegisters ist wegen der Bestimmungen über die Freizügigkeit und den Unterstützungswohnsitz pp. sehr wichtig (vergl. oben § 8 S. 36).

Wegen zweckmäßiger Form des Melderegisters vergl. Muster Nr. 42; wegen der auf Antrag (stempelfrei!) zu erteilenden Abmeldebescheinigungen vergl. Muster Nr. 43.

Im Verwaltungswege ist angeordnet, daß den Geistlichen, wenn diese es wünschen, die Namen der von auswärts zuziehenden nicht mehr schulpflichtigen Personen evangelischen Religionsbekenntnisses bis zum vollendeten 16. Lebensjahre vom Gemeindevorsteher mitgeteilt, auf Wunsch auch Einsicht in das Melderegister gewährt werden soll.

Gast- und Herbergswirte können da, wo sich ein Bedürfnis dazu herausstellt, durch polizeiliche Anordnung zur Anmeldung auch der bei ihnen übernachtenden Reisenden oder zur Führung von sog. Fremdenbüchern angehalten werden und sind strafbar, wenn sie dem nicht entsprechen (B. Str. G. B. § 12<sub>n</sub> — G. u. B. S. 1899 S. 246).

Polnischen Arbeitern russischer oder österreichischer Staatsangehörigkeit, welche in landwirtschaftlichen Betrieben beschäftigt werden, darf der Aufenthalt im Herzogtume nur in der Zeit vom 1. Februar bis 20. Dezember gestattet werden.

## II. Bettler und Landstreicher.

Bettler, Vagabunden und Landstreicher unterliegen als solche den Strafandrohungen in § 361 Nr. 3 u. 4 des R. Str. G. B. (R. G. Bl. 1876 S. 111); sie sind im Betretungsfalle vom Gemeindevorsteher anzuhalten und behufs Herbeiführung ihrer Bestrafung der nächsten Gendarmerie-Station zuzuführen. Wo sog. Verpflegungsstationen bestehen, sind sie diesen zuzuweisen.

Zigeunern und andern derartigen fahrenden Volke ist eine ganz besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden und ist, sobald sie bei längerem Verweilen lästig fallen, davon sowohl der Kreisdirektion als auch der Gendarmerie auf schnellstem Wege (telegraphisch) Mitteilung zu machen, damit ihrerwegen weiteres verfügt werden kann. Bis solche Verfügung eintrifft, sind sie festzuhalten, geeignetenfalls z. B. durch Beschlagnahme ihrer Pferde. Die in solchen Angelegenheiten entstehenden Kosten für Botenlöhne, telegraphische Depeschen u. ähnl. werden von der Kreisdirektion ersetzt.

Um längerem Verweilen von Zigeunern tunlichst entgegenzuwirken, empfiehlt es sich, die Grundstücke, auf welchen sie gern lagern, mit Warnungstafeln zu versehen, durch deren auf R. Str. G. B. § 368, hinweisende Inschrift das unbefugte Betreten solcher Grundstücke verboten wird.

Übrigens sind alle Personen der hierher gehörigen Art im Falle dringender Unterstützungsbedürftigkeit ebenso zu unterstützen, wie ansässige Arme, und zwar finden alle in § 8 (S. 34) angeführten Vorschriften auch hier Anwendung.

Häufig handelt es sich bei solchen Personen nur um Gewährung vorübergehenden Obdach. In solchen Fällen ist zu beachten, daß Gast- und Schenkwirte als solche nicht ohne weiteres verpflichtet sind, jeden beliebigen Reisenden aufzunehmen. Will sich eine Gemeinde sichern, daß Fremde, denen sie vorübergehend Obdach gewähren muß, von einem bestimmten Gastwirte jederzeit aufgenommen werden, so muß sie diesen durch einen zuvor mit ihm abzuschließenden bezüglichen Vertrag binden.

## III. Paßwesen.

Wenngleich durch das Bundesgesetz über das Paßwesen vom 12. Oktober 1867 (R. G. Bl. Nr. 8 S. 33) die Paßpflichtigkeit innerhalb Deutschlands aufgehoben ist, so ist doch jedermann verpflichtet, sich auf amtliches Erfordern über seine Person genügend auszuweisen. Bei Reisen ins Reichsausland ist ein Paß im allgemeinen zweckmäßig, bei einzelnen Staaten sogar notwendig, z. B. Rußland, Rumänien, Spanien, Türkei. Bei Überschreitung der russischen und türkischen Grenze wird sogar verlangt, daß der Paß zuvor von der betreffenden Wertschaft in Berlin visiert ist.

Ein einfacheres und billigeres Reisepapier als der Paß ist die Paßkarte, die aber nur in beschränkterem Umfange genügt.

Pässe sowohl als Paßkarten werden von der Kreisdirektion ausgestellt, den Mannschaften des Beurlaubtenstandes und der Ersatz-Reserve jedoch so lange vorenthalten, bis der Nachweis der militärischen Abmeldung erbracht ist; vergl. Schlußsatz der B. Herzogl. Staatsministeriums vom 7. Oktober 1885 (G. u. B. S. Nr. 34 S. 184).

## § 18.

### Vereine und Versammlungen.

Gesetz, polizeiliche Maßregeln gegen den Mißbrauch des Vereins- und Versammlungsrechtes und die Bestrafung gesetzwidriger Vereine und Versammlungen betr., vom 4. Juli 1853 (G. u. B. S. Nr. 37 S. 181) und Gesetz, betr. das Vereinswesen, vom 11. Dezember 1899 (R. G. Bl. Nr. 2630 S. 699).

1. Im allgemeinen besteht Freiheit, Vereine zu bilden; beschäftigen dieselben sich aber mit öffentlichen Angelegenheiten — abgesehen von Wahlangelegenheiten —, so müssen sie sich bei der Kreisdirektion anmelden und von dieser eine Anmeldebefcheinigung aufweisen können. Ein Verein kann von der Regierung vorläufig geschlossen oder auch aufgelöst werden, wenn er gesetzwidrige Zwecke verfolgt, bezw. wenn dessen Einrichtung oder Tätigkeit der kirchlichen, gesellschaftlichen oder staatlichen Ordnung gefährlich wird.

Krieger- und Landwehrvereine müssen ihre Statuten der Kreisdirektion zur Genehmigung unterbreiten, wenn mit ihnen eine Kranken-, Sterbe- oder derartige Kasse verbunden ist (vergl. unter § 34 Nr. IV).\*

Spar- und Darlehnskassen Raiffeisen'schen Systems, werden, wenn ihre Mitglieder dessen dringend bedürfen, von der Regierung durch Beihilfen zu den erstmaligen Einrichtungskosten unterstützt, vorausgesetzt, daß sie sich der Raiffeisen'schen Zentralorganisation anschließen und daß die leitenden Persönlichkeiten für einen zuverlässigen und ordnungsmäßigen Geschäftsbetrieb, sowie für eine gedeihliche Fortführung des Unternehmens Gewähr bieten. Bezüglicher Antrag ist an die Kreisdirektion zu richten.

2. Von öffentlichen Versammlungen, sofern sie nicht von Vereinen ausgehen und von vornherein feststehen, muß mindestens 24 Stunden zuvor dem Gemeindevorsteher Anzeige gemacht werden. Bei Vereinen ist diese Anzeige vom Vorstande, bei anderen öffentlichen Ver-

\* Krieger- und Landwehrvereine, welche dem „Braunschweiger Landwehr-Verbande“ angehören, haben nach einer Verfügung Herzogl. Staatsministeriums das Vorrecht, zu feierlichem Grabgeleite ihrer Mitglieder nicht jedesmal erst ortspolizeiliche Erlaubnis einholen zu müssen (P. Str. G. B. § 3 Nr. 14 — G. u. B. S. 1899 S. 231 —), sind aber verpflichtet, das bevorstehende feierliche Grabgeleite in jedem Falle mindestens 12 Stunden vorher dem Gemeindevorsteher anzuzeigen.

sammlungen von wenigstens drei wahlberechtigten Einwohnern der Gemeinde zu machen. Der Gemeindevorsteher hat über die Anmeldung sofort eine Bescheinigung nach Muster Nr. 44 stempelfrei zu erteilen und hat die Versammlung zu überwachen, wozu er sich nötigenfalls bei der Kreisdirektion die Hilfe der Gendarmerie erbitten wird. Muster  
Nr. 44.

Versammlungen religiöser Vereine und öffentliche Versammlungen, welche sich mit religiösen Angelegenheiten beschäftigen, sind ebenso zu behandeln (§ 18 des Gesetzes über die Verhältnisse der Dissidenten vom 25. März 1873 — G. u. B. E. Nr. 62 E. 297).

Versammlungen unter freiem Himmel müssen 48 Stunden vor ihrer Abhaltung und, außer beim Gemeindevorsteher, auch bei der Kreisdirektion angemeldet werden und bedürfen der Genehmigung, wenn sie innerhalb einer Ortschaft oder auf einer Staatsstraße abgehalten werden sollen.

§§ 14—19 enthalten mehrere für alle Arten von Versammlungen gemeinschaftliche Bestimmungen, namentlich auch über die Voraussetzungen und die Folgen der polizeilichen Auflösung einer öffentlichen Versammlung. §§ 20—34 enthalten Strafbestimmungen.

Erscheint ein Raum, in welchem eine öffentliche Versammlung abgehalten werden soll, aus Gründen der Sicherheit bedenklich, so ist dieserhalb die Genehmigung zu versagen: P. Str. G. B. § 16<sub>1</sub> (G. u. B. E. 1899 E. 251).

3. Fackelzüge, Maskenaufzüge, sonstige mit Musik verbundene Aufzüge, dürfen nur mit Genehmigung des Gemeindevorstehers stattfinden: P. Str. G. B. § 3<sub>14</sub> (G. u. B. E. 1899 E. 231).

## § 19.

### Sicherheitspolizei.

#### I. Dampfkesselwesen.

Die §§ 24 u. 25 der Reichs-Gewerbeordnung (R. G. Bl. 1900 E. 879) schreiben im allgemeinen vor, daß zur Anlegung von (feststehenden sowohl als auch beweglichen) Dampfkesseln und daß zu jeder Änderung in der Lage oder Beschaffenheit einer Dampfkessel-Betriebsstätte eine behördliche Genehmigung erforderlich ist, die genehmigende Behörde auch Befolgung insbesondere derjenigen allgemeinen polizeilichen Bestimmungen zu halten hat, welche vom Bundesrate beschlossen und vom Reichskanzler unterm 5. August 1890 (R. G. Bl. Nr. 1914 E. 163) veröffentlicht sind, und daß, bevor ein Dampfkessel in Betrieb genommen werden darf, von der zuständigen Behörde zu untersuchen ist, ob die Ausführung den Bestimmungen der erteilten Genehmigung entspricht.

Nähere landesrechtliche Ausführungs-Vorschriften zu diesen reichsagefälligen Bestimmungen haben bereits früher bestanden; die neuesten und jetzt gültigen sind:

1. das Gesetz, betr. die Anlegung und den Betrieb von Dampfkesseln und Dampffässern, vom 4. April 1902 (G. u. B. S. Nr. 17 S. 49);
2. die dazu gehörigen Ausführungs-Bestimmungen vom 21. Juni 1902 (G. u. B. S. Nr. 26 S. 79) mit einer spätern Ergänzung vom 15. Juni 1904 (G. u. B. S. Nr. 37 S. 153) und
3. die Dienstvorschriften für Dampfkessel- und Dampffäß-Wärter vom 15. April 1903 (G. u. B. S. Nr. 22 S. 117).

Das angeführte Gesetz enthält in möglichster Kürze die notwendigen grundlegenden Sätze über die den Kreisdirektionen (bezw. der Kammer, Direktion der Bergwerke) übertragene Genehmigung zur Anlegung und Inbetriebsetzung von Dampfkesseln und Dampffässern, über deren regelmäßige amtliche Untersuchung auf Betriebssicherheit, sowie über die Verpflichtung der Dampfkessel- bezw. Dampffäß-Besitzer zur Tragung der Kosten des Genehmigungs- und Untersuchungsverfahrens, zur Anzeige von Dampfkessel- und Dampffäß-Explosionen, und zur Befolgung aller gegebenen Vorschriften bei Vermeidung von Strafe.

Erheblich eingehender sind die Ausführungsbestimmungen, welche aus folgenden neun Stücken bestehen:

- A. betr. die Anlegung und den Betrieb von Dampfkesseln (S. 79—105),
- B. Gebührenordnung für Dampfkesseluntersuchungen (S. 106—110),
- C. betr. die Anlegung und den Betrieb von Dampffässern (S. 111 bis 119),
- D. Gebührenordnung für Dampffäßuntersuchungen (S. 120—122),
- E. betr. den Bau und die Ausrüstung von Dampfkesseln und Dampffässern (S. 123—128),
- F. betr. die Abnahme von Dampfkesseln (S. 129—130),
- G. betr. polizeiliche Vorschriften für den Gebrauch beweglicher Kessel (S. 131—134),
- H. betr. die Vorbereitung von Dampfkesseln für Untersuchungen und Wasserdruckproben (S. 135—137) und
- I. Geschäftsanweisung für den Braunschweigischen Dampfkessel-Überwachungsverein (S. 138—142).

Im großen und ganzen spielt sich das Verfahren wegen der Genehmigung der Anlegung und Inbetriebsetzung, sowie wegen der regelmäßigen amtlichen Untersuchung von Dampfkesseln und Dampffässern ohne Beteiligung des Gemeindevorstehers ab zwischen dem Dampfkesselbesitzer einerseits und der Kreisdirektion, dem derselben beigegebenen „technischen Beamten“ und den Ingenieuren des Braunschweigischen Dampfkessel-Überwachungsvereins andererseits; nur in einigen wenigen Beziehungen handelt es sich um eine amtliche Mitwirkung des Gemeindevorstehers.

1. Das wichtigste in dieser Beziehung ergibt sich aus den vorstehend unter G. angeführten „Vorschriften über den Gebrauch beweglicher Kessel“ (G. u. B. S. 1902 S. 131—134), welche dem Gemeindevorsteher zu genauem Studium für den Fall empfohlen werden, daß bewegliche Kessel in seiner Gemeinde zur Verwendung kommen.

Bewegliche Kessel (Lokomobilen, Dampfwalzen, Dampfplüge, Straßenlokomotiven, Dampfpumpen u. dergl.) dürfen im Gemeindebezirke nur nach zuvor erteilter Erlaubnis der Ortspolizeibehörde (des Gemeindevorstehers) in Betrieb gesetzt werden. Bei Beantragung der Erlaubniserteilung hat der Dampfkesselbesitzer die Dampfkessel-Genehmigungsurkunde und das Revisionsbuch mit vorzulegen; die Erlaubnis ist zu versagen, wenn das Revisionsbuch nicht nachweist, daß die im verflossenen Jahre fällig gewesene Revision auch tatsächlich ausgeführt ist. Handelt es sich um die Fortbewegung beweglicher Kessel mittelst eigener Dampfkraft oder um die Benutzung von Staatsstraßen oder Kommunikationswegen, so ist außerdem noch die Genehmigung der Kreisdirektion vorzulegen, welche von dieser in der Form des anliegenden Musters Nr. 45 erteilt wird (§ 2). — Insbesondere verantwortlich für den Gemeindevorsteher ist es, die Bestimmung darüber zu treffen, in welcher Entfernung von Gebäuden Lokomobilen aufgestellt werden dürfen. Was in dieser Beziehung die Regel sein soll, besagt § 8; nach § 10 aber ist der Gemeindevorsteher befugt, in besonderen, nach seinem Ermessen dazu geeigneten Fällen von jener Regel abzuweichen und in dem zu erteilenden Erlaubnisschein wird die Form beiliegenden Musters Nr. 46 empfohlen. Stempelsteuer ist für den Erlaubnisschein nicht zu erheben.

Muster  
Nr. 45.

Muster  
Nr. 46

2. Weniger häufig wird die Mitwirkung des Gemeindevorstehers in Anspruch genommen werden in denjenigen Fällen, wo es sich um Handhabung der Bestimmungen A. „über die Anlegung und den Betrieb von Dampfkesseln“ (G. u. B. S. 1902 S. 79—105) handelt. Er hat aber den Kesselprüfer auf Verlangen zu unterstützen, wenn dieser bei Untersuchung einer Dampfkesselanlage einen gefährvollen Zustand derselben festgestellt hat (§ 34 S. 99), — gegen einen Dampfkesselbesitzer auf Verlangen einzuschreiten, welcher dem Kesselprüfer nicht vorschriftsmäßig entgegenkommt (§§ 35 V. u. 36 S. 100 u. 101), — und die Meldungen des Kesselbesitzers über jede in seinem Kesselbesitzstande eintretende Änderung (§ 42 S. 104) und über eine vorgekommene Dampfkesselexplosion (§ 43 S. 104) entgegenzunehmen.

3. Entsprechende Obliegenheiten hat der Gemeindevorsteher auch bei Handhabung der Bestimmungen C. „über die Anlegung und den Betrieb von Dampfmaschinen“ (G. u. B. S. 1902 S. 111—119). Vergl. deren §§ 8 Abs. 3, 11 u. 13.

## II. Aufzüge (Fahrstühle).

Mit dem 1. April 1905 ist das Gesetz, betr. die Einrichtung und den Betrieb von Aufzügen (Fahrstühlen), vom 26. Mai 1904 (G. u. B. S. Nr. 36 S. 149) mit den dazu erlassenen Ausführungsvorschriften vom 10. Februar 1905 (G. u. B. S. Nr. 7 S. 15) in Kraft getreten.

Die Gemeindevorsteher haben zwar bei Ausführung dieser neuen Vorschriften nicht unmittelbar mitzuwirken, es erscheint aber doch erforderlich, auf die hauptsächlichsten Bestimmungen hier hinzuweisen, schon damit die Gemeindevorsteher in der Lage sind, etwaige Anfragen zutreffend zu beantworten.

1. Aufzugsvorrichtungen (Fahrstühle), welche zur Beförderung von Personen oder Lasten bestimmt sind und deren Fahrkörbe oder Plattformen zwischen festen Führungen bewegt werden, dürfen nur mit Genehmigung der Kreisdirektion in Betrieb gesetzt werden.

Über die Art und Weise, wie diese Genehmigung herbeizuführen ist, ist Näheres in den §§ 22—26 der Ausführungsvorschriften enthalten.

Auf jezt schon bestehende Aufzugsvorrichtungen, wie auf kleine Handaufzüge für Speisen und dergl. von höchstens 25 kg Tragfähigkeit finden diese Bestimmungen keine Anwendung, die Vorschriften über die Einrichtung von Aufzügen (Ausführungsvorschriften §§ 1—16) jedoch dann, wenn dies zur Abwendung von Gefahren geboten ist oder wenn eine wesentliche Änderung, Ausbesserung oder Erneuerung der Aufzugsvorrichtung vorgenommen wird.

2. Aufzüge zur Beförderung von Personen, sowie Lastenaufzüge, auf welchen Führer mitfahren dürfen oder welche zum Be- und Entladen betreten werden müssen, hat der Besitzer in höchstens zweijährigen Zwischenräumen auf ihre Betriebssicherheit untersuchen zu lassen.

Das Nähere in dieser Beziehung besagen die §§ 27—29 der Ausführungsvorschriften.

Von jeder stattgehabten regelmäßigen Untersuchung hat der Besitzer innerhalb acht Tagen der Kreisdirektion Anzeige zu machen.

3. Die Besitzer von Aufzügen, die Betriebsleiter einer gewerblichen Unternehmung, in welcher ein Aufzug in Benutzung ist, und die mit der Bewartung von Aufzügen betrauten Personen sind dafür verantwortlich, daß beim Aufzugsbetriebe die Sicherheitsvorrichtungen ordnungsmäßig vorhanden sind und bestimmungsmäßig benutzt, nötigenfalls aber die Aufzüge außer Betrieb gesetzt werden.

Nähere Betriebsvorschriften finden sich in den §§ 17—21 der Ausführungsbestimmungen.

4. Zu Sachverständigen bei Vornahme der erstmaligen Prüfung und der regelmäßigen Untersuchungen von Aufzügen (Fahrstühlen) sind von den Kreisdirektionen verschiedene Ingenieure bestellt und verpflichtet. Bezügliche öffentliche Bekanntmachung wird überall erfolgt sein. Dem Aufzugbesitzer ist es überlassen, welchen von diesen Sachverständigen er zuziehen will.

Die Gebühren, welche den Sachverständigen für ihre Mühewaltung zustehen, sind in § 31 der Ausführungs Vorschriften ihrem Höchstbetrage nach festgesetzt.

5. Die für den Gebrauch bei Handhabung der neuen Bestimmungen im Vordruck vorgeschriebenen Formulare, nämlich:

- a) „Beschreibung einer Aufzugsanlage“ (20 Pfennig),
- b) „Bescheinigung über die erstmalige Prüfung der maschinellen Anlage eines Aufzuges (Fahrstuhles)“ (10 Pfennig) und
- c) „Prüfungsbuch“ (1,— Mark)

sind in der Hans Deding'schen Buchdruckerei in Braunschweig, Wilhelmstraße 1, hergestellt, werden daselbst auf Lager gehalten und können von da zu den nebenbemerkten Preisen bezogen werden.

Das „Prüfungsbuch“ enthält einen Abdruck des eingangs genannten Gesetzes und der zugehörigen Ausführungsbestimmungen.

### III. Sprengstoffe und Mineralöle.

#### 1. Sprengstoffe.

- a) R. G. gegen den verbrecherischen und gemeingefährlichen Gebrauch von Sprengstoffen vom 9. Juni 1884 (R. G. Bl. Nr. 1547 S. 61) mit der dazu erlassenen Bekanntmachung des Reichskanzlers vom 29. April 1903 (R. G. Bl. Nr. 2958 S. 211) und der Bekanntmachung Herzogl. Staatsministeriums vom 29. August 1884 (G. u. V. S. Nr. 34 S. 115).
- b) L. G., den Verkehr mit Sprengstoffen betr., vom 24. September 1905 (G. u. V. S. Nr. 39 S. 199).
- c) L. G., die Versendung von Sprengstoffen und Munitionsgegenständen der Militär- und Marineverwaltung auf Land- und Wasserwegen betr., vom 9. Oktober 1893 (G. u. V. S. Nr. 49 S. 405) und
- d) L. G., Strafvorschriften zur Verhütung der Gefährdung militärischer Pulvertransporte betr., vom 12. Dezember 1885 (G. u. V. S. Nr. 41 S. 205).

A. Das Reichsgesetz vom 9. Juni 1884 behandelt die Sprengstoffe, soweit sie nicht, wie namentlich Pulver, vorzugsweise als Schießmittel gebraucht werden, macht deren Herstellung, Vertrieb, Besitz und Einföhrung aus dem Auslande von polizeilicher Genehmigung der Kreisdirektion abhängig und bedroht etwaige Übertretungen mit besonders hohen Strafen. Auf gewöhnliches Schießpulver, Patronen und Zündhütchen findet dies Ausnahmgs-Strafgesetz keine Anwendung. Bei der Durchführung desselben hat der Gemeindevorsteher im wesentlichen nur insofern mitzuwirken, als er bei der Kreisdirektion und der Gendarmerie schleunige Anzeige zu erstatten hat, sobald er davon Kunde erhalten sollte, daß jemand ohne Erlaubnis sich mit Sprengstoffen zu tun macht.

B. Umfangreicher kann sich die Tätigkeit des Gemeindevorstehers gestalten, insofern es sich um den Verkehr mit solchen Spreng-



st o f f e n handelt, mit welchen ein Verkehr ohne besondere Erlaubnis überhaupt stattfinden darf. Hiervon handelt das L. G. v. 24. September 1905. Dasselbe umfaßt unter „Verkehr“ die Versendung, den Handel, die Aufbewahrung, die Verausgabung und die Lagerung (§ 1), bezeichnet (§§ 2 u. 3) näher diejenigen Sprengstoffe, welche zu solchem Verkehr zugelassen (z. B. Pulver, Dynamit, Sprenggelatine usw.) oder nicht zugelassen sind (z. B. Nitroglyzerin, Knallgold usw.) und gibt einige allgemeine Vorschriften über die Versendung von Sprengstoffen in Mengen von mehr als 35 Kilogramm Bruttogewicht (§§ 4—6). Es folgen sodann besondere Bestimmungen für den Landverkehr oder die Beförderung auf Fuhrwerken (§§ 7—19), für den Wasserverkehr (§§ 20—23), für den Handel, die Aufbewahrung und Verausgabung (§§ 24—27) und für die Lagerung (§§ 28 bis 34). Endlich folgen Straf- und Schlußbestimmungen (§§ 35—37).

Beim Transport von Sprengstoffen hat der Gemeindevorsteher in folgenden Beziehungen tätig zu werden: wer Sprengstoffe in Mengen von mehr als 35 Kilogramm Bruttogewicht versenden will, muß den Frachtschein dem Gemeindevorsteher des Versendungsorts vorlegen, damit dieser sein „gesehen“ darauf setzt, muß auch auf Verlangen demnächst den mit Empfangsbcheinigung versehenen Lieferschein dem Gemeindevorsteher vorlegen (§ 4). Soll das Verladen oder Abladen von Sprengstoffen (in Mengen auch von weniger als 35 kg) nicht vor der Fabrik oder dem Lager- raume oder innerhalb dieser Räume geschehen, so darf dies nur mit Genehmigung des Gemeindevorstehers geschehen (§§ 8 u. 19). Vom Aufenthalte eines Sprengstoff-Transports in der Nähe von Ortschaften und von der Durchfahrt durch Ortschaften ist der Gemeindevorsteher zu benachrichtigen, und hat dieser die notwendig erscheinenden Vorsichtsmaßregeln anzuordnen (§§ 14 u. 16), insbesondere dann, wenn sich ein Transport länger als  $\frac{1}{2}$  Stunde im Gemeindebezirke aufhält, auf Innehaltung der vorschriftsmäßigen Entfernung (300 m) von Gebäuden zu halten und anzuordnen, was sonst nötig ist, z. B. Anweisung eines bestimmten Halteplatzes, vorübergehende Sperrung von Wegen, besondere Bewachung u. ähnl. — Über eine Sprengstoffsendung, welche unterwegs in einen Zustand gerät, welcher den weiteren Versand bedenklich erscheinen läßt, hat der Gemeindevorsteher zu verfügen (§ 18).

H a n d e l mit Sprengstoffen aller Art muß beim Gemeindevorsteher angemeldet werden (§ 24); zum Handel mit den unter das Reichsgefeß vom 9. Juni 1884 fallenden Sprengstoffen bedarf es der Genehmigung der Kreisdirektion. Die Leiter von Bergwerken, Steinbrüchen, Bauten und gewerblichen Anlagen haben Maßregeln zu treffen, welche eine Verwendung der zum Verbrauch im Betriebe verausgabten Sprengstoffe durch die Bergleute, Arbeiter usw. zu anderen Zwecken tunlichst ausschließen (§ 27 Abs. 2); der Gemeindevorsteher hat sich nötigenfalls davon zu überzeugen, daß solche Maßregeln hinlänglich getroffen sind.

Über die A u f b e w a h r u n g (L a g e r u n g) von Sprengstoffen schreiben die §§ 28—34 vor, daß Händler und Privatpersonen, ohne die nur in Notfällen zu erteilende Genehmigung des Gemeindevorstehers (§§ 29 u. 30), nicht mehr als  $2\frac{1}{2}$  bzw. 10 kg lagern dürfen, wie bei

Händlern der Lagerraum beschaffen sein muß, und daß größere Mengen nur außerhalb der Ortschaften und in besonderen Magazinen aufzubewahren sind, von deren Sicherheit der Gemeindevorsteher sich überzeugt hat (§ 31).

C. Bei der Versendung von Sprengstoffen und Munitionsgegenständen seitens der Militär- und Marineverwaltung finden gegenüber den sonst gültigen Vorschriften diejenigen Erleichterungen statt, welche das Gesetz vom 9. Oktober 1893 Nr. 49 auführt. Hervorgehoben daraus wird hier insbesondere die Bestimmung, daß bei militärischen Sprengstoff-Sendungen von mindestens 250 kg von der Kreisdirektion und dem Führer des Begleitkommandos dem Gemeindevorsteher eine zuvorige Benachrichtigung zugeht, worauf dieser die für die Sicherung und ungehinderte Durchführung der Sendung erforderlichen Maßnahmen zu treffen hat. — Besonders unter Strafe gestellt sind durch das G. v. 12. Dezember 1885 Nr. 41 diejenigen, welche den Anordnungen zur Sicherung solcher Transporte nicht ungefäumt Folge leisten.

D. Wegen weiterer Strafbestimmungen, welche hierher gehören, vergl. noch R. Str. G. B. § 367,5 u. 6 und 368,5 (R. G. Bl. 1876 S. 115) und B. Str. G. B. § 5,4-6 und § 9,2 u. 9 (G. u. B. S. 1899 S. 235 u. 242). Das Sprengschießen in Steinbrüchen u. dergl. ist an sich erlaubt; der Gemeindevorsteher hat aber nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht, die nach Lage des Einzelfalles etwa erforderlichen Sicherheits-Maßregeln anzuordnen.

Besondere Vorschriften bestehen noch für den Bergbau: vergl. unter Nr. VI der bergpolizeilichen Vorschriften vom 24. Mai 1894 (G. u. B. S. Nr. 25 S. 78).

## 2. Mineralöle.

Nach der Kaiserl. Verordnung über das gewerbsmäßige Verkaufen und Feilhalten von Petroleum vom 24. Februar 1882 (R. G. Bl. Nr. 1464 S. 40) darf besonders leicht entzündliches (rohes) Petroleum nur unter bestimmten Vorsichtsmaßregeln in den Handel gebracht werden; ob das Petroleum diese Eigenschaften besitzt, ist durch eine sachmännische Untersuchung festzustellen, über welche die B. Herzogl. Staatsministeriums vom 31. Januar 1883 (G. u. B. S. Nr. 6 S. 17) Näheres enthält.

Für die Ortspolizei praktisch wichtiger sind die Bestimmungen, welche in § 5 Nr. 7 des Polizeistrafgesetzbuchs vom 23. März 1899 (G. u. B. S. Nr. 27 S. 235) über die Aufbewahrung von Mineralölen getroffen sind. Hiernach darf rohes Petroleum innerhalb der Ortschaften überhaupt nicht, außerhalb nur mit besonderer Genehmigung der Kreisdirektion gelagert werden; und auch für die Aufbewahrung von gereinigtem, zum gewöhnlichen Gebrauche fertigem Petroleum in den Verkaufsstellen und Haushaltungen bestehen der Vorsicht wegen Vorschriften, auf deren Befolgung der Gemeindevorsteher zu halten hat. Handelt es sich um Lagerung von mehr als 25 kg, so ist die Genehmigung der Kreisdirektion erforderlich.

Äther, Schwefelkohlenstoff, Benzin, Ligroin, Terpentinöl, Solaröl u. a. m. gelten dem Petroleum gleich.

#### IV. Äzetylen.

Nach § 9 Ziff. 11 P. Str. G. B. (G. u. B. S. 1899 S. 242) ist strafbar, wer den vom Herzogl. Staatsministerium über Herstellung und Verwendung von Äzetylen oder ähnlichen explosiblen Stoffen getroffenen Anordnungen zuwiderhandelt. Die hiernach über die Herstellung, Aufbewahrung und Verwendung von Äzetylen, sowie die Lagerung von Carbid erlassenen Bestimmungen finden sich in der Bekanntmachung Herzogl. Staatsministeriums vom 27. Mai 1905 (G. u. B. S. Nr. 30 S. 151).

Hiernach hat jeder, der Äzetylen in anderm als fabrikmäßigen Umfange herstellen oder Äzetylen zu Beleuchtungszwecken verwenden will, dies vor der ersten Inbetriebsetzung der Gasentwickelungsapparate der Ortspolizeibehörde unter Vorlegung einer genauen Beschreibung und Schnittzeichnung der Apparate und einer Anweisung über ihre Behandlung anzuzeigen. Einer gleichen Anzeige bedarf es bei jeder wesentlichen Veränderung der Apparate und ihrer Behandlung. Der Gemeindevorsteher hat darauf zu achten, daß solche Anzeige vorkommendenfalls auch wirklich erstattet wird, und die bei ihm eingehenden Anzeigen an die Kreisdirektion weiter zu befördern, damit von dieser geprüft werde, ob die in der angeführten Bekanntmachung gegebenen Sicherheitsvorschriften genügend beachtet sind.

#### V. Handfeuerwaffen-Prüfung.

Durch das R. G., betr. die Prüfung der Läufe und Verschlüsse der Handfeuerwaffen, vom 19. Mai 1891 (R. G. Bl. Nr. 1951 S. 109) mit den bundesrätlichen Ausführungs-Vorschriften vom 22. Juli 1892 (Nr. 2039 S. 674), 23. Juli 1893 (Nr. 2119 S. 227), 8. Mai 1895 (Nr. 2228 S. 232), 26. April 1899 (Nr. 2573 S. 275) und 15. Juli 1904 (R. G. Bl. Nr. 3066 S. 309) ist eingeführt, daß Handfeuerwaffen jeder Art nur dann feilgehalten oder in den Verkehr gebracht werden dürfen, wenn ihre Läufe und Verschlüsse vermittelt einer Beschußprobe mit verstärkter Ladung in einer amtlichen Prüfungsanstalt geprüft und mit Prüfungszeichen versehen sind.

#### VI. Fahrräder.

Das R. Gesetz, die Ordnung des Radfahrverkehrs betr., vom 22. Oktober 1898 (G. u. B. S. Nr. 52 S. 303) mit den Ausführungsvorschriften vom 13. Juni 1903 (G. u. B. S. Nr. 36 S. 269) erlegt den Radfahrern in dem Gebrauche ihrer Maschine einige durch die Rücksichten auf die Sicherheit des öffentlichen Verkehrs gebotene Beschränkungen auf und bedroht Übertretungen mit Strafe. Auf solche etwaige Übertretungen hat der Gemeindevorsteher zu achten und dieselben vorkommendenfalls zur Bestrafung zu bringen. Seine Mitwirkung bei Aus-

Führung des Gesetzes wird insbesondere insofern in Anspruch genommen, als darin vorgeschrieben ist, daß jedes auf öffentlichen Wegen benutzte Fahrrad mit einem doppelten Nummernschilde versehen sein muß (§ 7), und daß jeder Radfahrer verpflichtet ist, beim Radfahren einen genügenden Ausweis über seine Person bei sich zu führen (§ 8). Über beides enthalten auch die Ausführungsvorschriften Näheres.

Die Nummernschilder hat der Gemeindevorsteher bei der Kreisdirektion zu kaufen und zum Selbstkostenpreise an die Radfahrer, die sich dieserhalb bei ihm melden, wieder abzugeben. Über die ausgegebenen Nummern ist ein genaues Verzeichnis nach beiliegendem Muster Nr. 47 zu führen, dessen Spalte 6 nur auszufüllen ist, wenn es sich um einen Abgang handelt, und Spalte 7 desgleichen nur, wenn es sich um einen von auswärts Zuziehenden handelt. Damit dieses Verzeichnis stets auf dem Laufenden gehalten werden kann, ist vorgeschrieben, daß, wer von einem Andern eine Fahrradnummer in der Absicht, dieselbe an seinem Fahrrad anzubringen, oder wer ein Fahrrad mit einer Nummer erwirbt, davon der Ortspolizeibehörde seines Wohnortes Anzeige zu machen hat, — und daß Radfahrer, welche ihren Wohnort wechseln, die Nummer ihres Fahrrades bei der Ortspolizeibehörde ihres bisherigen Wohnortes ab- und bei der des neuen Wohnortes anzumelden haben.

Muster  
Nr. 47.

Behuf des oben erwähnten Ausweises hat der Gemeindevorsteher auf Verlangen dem Radfahrer eine Radfahrkarte nach vorgeschriebenem Muster unentgeltlich und stempelfrei auszustellen oder auch dessen Mitgliedskarte des Deutschen Radfahrerbundes, des Kartells Deutscher und Österreichischer Rad- und Motorfahrer-Verbände bezw. des Radfahrerschutzbundes Braunschweig unentgeltlich mit dem Gemeindefiegel zu versehen. Formulare zu Radfahrkarten werden von der Kreisdirektion unentgeltlich ausgegeben.

Auf Motor- oder Kraftfahräder finden nicht nur die vorstehenden, sondern auch die Bestimmungen über „Kraftfahrzeuge“ Anwendung: vergl. unten bei IX.

## VII. Fuhrwerksbezeichnung.

Das Landesgesetz, die äußere Bezeichnung der Fuhrwerke betr., vom 19. Februar 1884 (G. u. B. S. Nr. 7 S. 15) schreibt unter Androhung von Strafe vor, daß und wie jedes nicht vorzugsweise zum Personentransport dienende Fuhrwerk während der Benutzung mit dem Namen — der Firma — und dem Wohnorte des Besitzers bezeichnet sein muß. Die Vorschrift bezweckt Sicherung der Strafverfolgung bei vorkommenden Übertretungen von straßen- und wegepolizeilichen Vorschriften. Der Gemeindevorsteher wird gut tun, bei den Fuhrwerksbesitzern seiner Gemeinde, um dieselben vor Strafe zu bewahren, auf Befolgung der Vorschrift zu halten.

## VIII. Hundefuhrwerke.

Die Vorschriften über Hundefuhrwerke finden sich im Polizei-Strafgesetzbuche § 20 I 2 a a. G. und § 3, 8-12 (G. u. B. S. 1899 S. 231) und

in dem Gesetze vom 26. Juni 1889 (G. u. B. S. Nr. 31 S. 189). Hiervon für den Gemeindevorsteher besonders wichtig ist das Gesetz vom 26. Juni 1889, weil die Benutzung eines Hundes als Zuchtier von der Erlaubnis des Gemeindevorstehers abhängig ist.

Muster  
Nr. 48.

Diese Erlaubnis hat der Gemeindevorsteher schriftlich nach einem Formular beiliegenden Musters Nr. 48 stempelfrei und immer nur auf ein Jahr zu erteilen, nachdem er sich von der Tauglichkeit des betreffenden Hundes zum Ziehen überzeugt hat.

Im allgemeinen ist der Gemeindevorsteher zur Ausstellung eines solchen Erlaubnisscheines nur gegenüber solchen Personen befugt, welche ihren Wohnsitz in seiner Gemeinde haben; außerhalb des Herzogtums wohnenden Personen aber kann den Erlaubnisschein jeder Gemeindevorsteher erteilen, welcher darum angegangen wird.

Muster  
Nr. 49.

Über die erteilten Erlaubnisscheine ist vom Gemeindevorsteher ein gesondertes Verzeichnis zu führen nach beiliegendem Muster Nr. 49.

## IX. Kraftfahrzeuge.

Über den Verkehr mit Kraftfahrzeugen (Automobilen, Motormagen, Kraftfahrrädern) gibt das Gesetz vom 5. März 1903 (G. u. B. S. Nr. 10 S. 51) mit den Ausführungsbestimmungen vom 15. Juni 1903 (G. u. B. S. Nr. 35 S. 265) nähere Vorschriften.

Bei der Handhabung dieser Vorschriften mitzuwirken, sind die Ortspolizeibehörden im übrigen nicht berufen; die Gemeindevorsteher haben sich aber gleichwohl damit bekannt zu machen, damit sie wissen, um was es sich handelt, und damit sie ihren Gemeindegossen gewünschtenfalls an die Hand gehen können.

Insbsondere hat der Gemeindevorsteher:

Einwohner seiner Gemeinde, welche sich ein Kraftfahrzeug anschaffen, darauf aufmerksam zu machen, daß das Fahrzeug mit einem bei der Kreisdirektion zu beantragenden polizeilichen Kennzeichen versehen sein muß (§ 9);

die Nachprüfung eines Kraftfahrzeugs auf seine Betriebssicherheit bei der Kreisdirektion in Anregung zu bringen, sofern dies nach seinem pflichtmäßigen Ermessen erforderlich erscheint (§ 16);

sich von den Kraftfahrzeug-Führern seiner Gemeinde den Befähigungsausweis vorlegen zu lassen und mit einem Vermerke darüber zu versehen, daß die Vorlegung erfolgt ist (§ 21);

bei der Kreisdirektion die Anregung dazu zu geben, daß bestimmte Straßen des Gemeindebezirks für Kraftfahrzeuge gesperrt werden, wenn sich diese Maßregel als notwendig herausstellen sollte (§ 26).

## X. Schießstände.

Im Interesse der öffentlichen Sicherheit hat der Gemeindevorsteher besondere Aufmerksamkeit zu widmen den Schieß- oder Scheibenständen,

welche bei Schützenfesten und ähnlichen Gelegenheiten benutzt werden. Werden dieselben auch vielleicht nur selten benutzt, so müssen sie doch so eingerichtet sein, daß bei ihrer bestimmungsgemäßen Benutzung eine Gefährdung des Publikums tunlichst ausgeschlossen ist.

Nach § 9 Ziff. 7 des P. Str. G. B. (G. u. B. S. 1899 S. 242) dürfen Schießstände ohne Erlaubnis der Kreisdirektion nicht angelegt werden; diese Behörde ist auch befugt, hinsichtlich der Benutzung eines Schießstandes besondere Anordnungen zu treffen. Die hiernach mit der Kreisdirektion erforderlichen Verhandlungen werden sich einfach und glatt erledigen, wenn der Gemeindevorsteher von vornherein darauf Bedacht nimmt, daß bei der Einrichtung und Benutzung des Schießstandes folgende Vorschriften genau befolgt werden:

1. Die Scheiben müssen zum Heraus- und Herunterziehen eingerichtet sein.
2. Die Deckung für die Scheibenanzeiger muß vor den einzelnen Scheiben in der Erde und zwar so angebracht werden, daß die Anzeiger stets in gedeckter Stellung bleiben und von da aus die Treffer auf der Scheibe anzeigen.
3. Auf jedem Schießstande ist je nach den örtlichen Verhältnissen mindestens eine Blende in einer Entfernung von 3—10 m vom Schützenstande aufzustellen.
4. Hinter jeder Scheibe muß ein mindestens 2,5 m hoher Kugelfang angelegt werden.
5. Die Außenseiten des Schießstandes sind in dessen Längsrichtung auf eine im Einzelfalle näher festzusetzende Entfernung wirksam abzusperren.
6. In dem hinter dem Schießstande oder seitwärts desselben belegenen Gelände sind je nach Bedürfnis für die Dauer des Schießens Posten und Warnungstafeln aufzustellen.
7. Die Schützen dürfen zum Scheibenschießen weder Mantelgeschosse noch rauchfreies Pulver verwenden.
8. Mit der Überwachung des Schießens und dem Laden der Gewehre ist regelmäßig eine zuverlässige und mit der Handhabung von Gewehren vertraute Person zu beauftragen.
9. Zur Abhaltung von Scheibenschießen ist in jedem einzelnen Falle die Erlaubnis der Kreisdirektion einzuholen.

## § 20.

### Ordnungs- und Sittenpolizei.

1. Sonntagsfeier. Hierüber ist das Nähere in § 1 des P. Str. G. B. (G. u. B. S. 1899 S. 219 und in dem Zusatz-Gesetze vom 6. März 1905 (G. u. B. S. Nr. 9 S. 43) enthalten, indem diejenigen Beschäftigungen und Lustbarkeiten im einzelnen näher angegeben werden, welche unter Strafanandrohung verboten sind. Der Gemeindevorsteher als

Ortspolizeibeamter hat die Pflicht, darauf zu achten und zu halten, daß diese eine ungestörte Sonntagsfeier bezweckenden Vorschriften von der Einwohnerschaft befolgt und etwaige Übertretungen zur Bestrafung gebracht werden. Insbesondere ist hervorzuheben, daß im allgemeinen zwar die gewöhnlichen Arbeiten der Feldbestellung, der Saat, der Ernte und des Einfahrens (mit Ausnahme jedoch des Einfahrens und der Saat- und Erntearbeiten, wenn schädliche oder sehr ungünstige Witterung die Sonntagsarbeit dringend erforderlich macht), des Ausdreschens, Düngerfahrens, sowie alle Erd-, Kultur- oder sonstigen Arbeiten in Feldern, Gärten, Wiesen, Forsten und Anpflanzungen während des ganzen Sonn- und Festtages verboten sind, daß jedoch dieses Verbot keine Anwendung findet: auf Arbeiten, welche in der Landwirtschaft zur Fortsetzung des Betriebes täglich vorgenommen werden müssen — wie Mähen von Grünfutter, Futterholen, Füttern, Beschlagen der Pferde, Aus- und Eintreiben, sowie Hüten des Weideviehs, Treiben von Vieh zur Tränke, Begießen von Pflanzen und dergl. —; auf Arbeiten an Spargelpflanzungen, welche zur Wiederherstellung durch Witterungseinflüsse beschädigter Beete ohne Aufschub vorgenommen werden müssen; auf das Einern von frischen dem Verderben ausgesetzten Baum-, Feld- und Gartenfrüchten (z. B. Spargel); auf Arbeiten, welche in Zier- und Hausgärten oder von Lohnarbeitern und sog. kleinen Leuten\* oder deren Angehörigen zur Bestellung, Abwartung oder Aberntung ihrer Gärten und Felder vor 8 Uhr vormittags oder nach 2 Uhr nachmittags vorgenommen werden. Nur dürfen jene Arbeiten nie während der Zeit des Haupt- und Nachmittags Gottesdienstes vorgenommen werden, eine Zeit, welche für jede einzelne Gemeinde vom Gemeindevorsteher nach Benehmen mit dem Kirchenvorstande festzustellen ist, jedoch nicht über 3 Uhr nachmittags ausgedehnt werden darf (I a. u. II, 3, 4, 5). Auch ist der Gemeindevorsteher befugt, einzelnen Personen zu landwirtschaftlichen Arbeiten — jedoch in der Regel mit Ausnahme der Zeit während des Hauptgottesdienstes — Ausnahmegewilligung zu erteilen, wenn diese Arbeiten zur Verhütung eines unverhältnismäßigen Schadens notwendig sind, und die Notwendigkeit nicht absichtlich herbeigeführt oder durch Außerachtlassung der gehörigen Sorgfalt verschuldet ist (III); daselbe zu tun zu anderen Zwecken als zu landwirtschaftlichen Arbeiten, namentlich also zu Lustbarkeiten, ist Sache der Kreisdirection, an welche also der Gemeindevorsteher in diesem Falle den Antragsteller zu verweisen hat (XVI). Dampfdreschmaschinen in Tätigkeit zu setzen, ist Sonn- und Festtags selbst in Gebäuden, Höfen und befriedigten Gärten nicht gestattet.

\* Unter „kleinen Leuten“ sind solche Personen zu verstehen, welche gleich den Lohnarbeitern insolge ihrer für die Erwerbung des Lebensunterhaltes notwendigen regelmäßigen Beschäftigung außer Stande sind, die für ihre eigenen oder erpachteten Grundstücke erforderlichen Bestellungs- und Erntearbeiten an Wochentagen zu verrichten.

Öffentliche Barsteigerungen, Verdingungen und Verpachtungen dürfen an Sonn- und Festtagen nicht abgehalten werden (VI a. E.), und während der Zeit des Haupt- und des Nachmittagsgottesdienstes ist unter anderm auch die Erhebung von Kauf- und Pachtgeldern verboten (IX). Öffentliche Tanzlustbarkeiten und auch Tanzmusiken in geschlossenen Gesellschaften dürfen Sonn- und Festtags nicht vor 3 Uhr nachmittags beginnen (XI a. E.); überhaupt nicht stattfinden dürfen sie während der Charwoche, am ersten Weihnachts-, Oster- und Pfingst-Festtage, am Totensonntage, am Bußtage und am Vorabend dieser Festtage (XII); öffentliche Tanzmusiken, welche Sonnabends stattfinden, müssen spätestens nachts 12 Uhr geschlossen werden (XII).

2. Die Polizeistunde oder Feierabendstunde d. h. diejenige Stunde, bis zu welcher Schenktuben und öffentliche Vergnügungsorte geöffnet sein dürfen, ist durch die in § 20 des P. Str. G. B. (G. u. B. G. 1899 S. 263) gegebene Ausführungsvorschrift zu § 365 des R. Str. G. B. (R. G. Bl. 1876 S. 113) für die Dörfer an Sonn- und Festtagen auf 11 Uhr, an den Wochentagen auf 10 Uhr abends festgestellt. Für einen einzelnen außerordentlichen Fall kann der Gemeindevorsteher diese Stunde auf Antrag hinausrücken; er muß aber, wenn er dies tut, dem Wirt darüber eine schriftliche (stempelfreie!) Bescheinigung eingehändigen. Solche Ausnahmegewilligung ein für alle Male zu erteilen, ist der Kreisdirection vorbehalten.

3. Über öffentliche Tanzmusiken handelt das besondere Gesetz vom 31. Mai 1882 (G. u. B. G. Nr. 26 S. 127). Öffentliche Tanzmusiken dürfen ohne jedesmalige schriftliche Erlaubnis des Gemeindevorstehers nicht stattfinden. Muster zu einem (stempelpflichtigen!) Erlaubnis-scheine liegt unter Nr. 50 bei. Der Gemeindevorsteher hat hiernach die Befugnis und die Pflicht, dem Überhandnehmen öffentlicher Tanzmusiken zu steuern, und er wird sich diese Pflicht um so mehr stets vor Augen zu halten und zur Richtschnur dienen zu lassen haben, als bekanntermaßen durch ein Übermaß öffentlicher Tanzmusiken die Sittlichkeit und Ehrbarkeit der Jugend gefährdet und ihre Arbeitslust und Arbeitsfähigkeit beeinträchtigt wird.

Muster  
Nr. 50.

Tanzmusiken gelten nur dann nicht als öffentliche im Sinne des Gesetzes, wenn sie entweder auf alleinige Kosten eines Privat-Gastgebers stattfinden und nur besonders eingeladene Personen daran teilnehmen, oder wenn sie von einer geschlossenen Gesellschaft gelegentlich (ohne zuvor darauf gerichtete Absicht) abgehalten werden (§ 1).

In der Regel ist die Erlaubnis nur an den in § 2 genannten Tagen zu erteilen. Der Bedeutung der „Konfirmation“ und der Totenfeier entspricht es, am „weißen Sonntage“ oder an welchem Tage sonst im Orte die Konfirmation stattfindet, und am letzten Sonntage des Kirchenjahres (dem Sonntage vor dem 1. Advent) Tanzerlaubnis nicht zu erteilen. Die wegen der Sonntagsfeier und der Polizeistunde bestehenden Vorschriften sind auch hierbei zu beachten.



Für jede öffentliche Tanzmusik ist vom Gemeindevorsteher zugunsten der Ortsarmenkasse eine Abgabe festzusetzen und gegen Ausständigung des Erlaubnischeins zu erheben. Ihrem Betrage nach ist diese Abgabe in der Grenze zwischen 3 und 20 Mark nach denjenigen Grundsätzen zu bemessen, welche von der Kreisdirektion nach Anhörung des Kreisausschusses für jeden Kreis festgestellt und dem Gemeindevorsteher mitgeteilt sind (§§ 4 u. 5). Die durch Gesetz vorgeschriebene Abgabe zu erlassen, ist der Gemeindevorsteher in keinem Falle befugt, auch dann nicht, wenn die öffentliche Tanzmusik von gemeinnützigen Vereinen (Kriegerverein, Feuerwehr usw.) und bei Begehung patriotischer Feste veranstaltet wird.

Über die im Laufe eines Jahres stattfindenden öffentlichen Tanzmusiken ist vom Gemeindevorsteher ein besonderes Verzeichnis nach beiliegendem Muster Nr. 51 zu führen, nach Jahreschluß mit Abschlußvermerk und Namensunterschrift zu versehen und an den Rechnungsführer der Orts-Armenkasse abzugeben, welcher dasselbe der Orts-Armenkassen-Rechnung als Einnahme-Belag beizufügen hat.

Muster  
Nr. 51.

Kindern im schulpflichtigen Alter ist die Anwesenheit bei öffentlichen Tanzmusiken nur ganz ausnahmsweise zu gestatten (§ 7).

Hält der Gemeindevorsteher die polizeiliche Überwachung einer öffentlichen Tanzmusik für geboten, so kann er diese selbst ausüben, durch den Gemeinde- oder Ortspolizeidiener ausüben lassen oder sich dazu beim Oberwachtmeister die Hülfe eines entweder nur patrouillierenden oder dauernd überwachenden Gendarmen erbitten. Letzternfalls ist der Gendarm dafür nach § 2 Nr. 8 der Bestimmungen vom 1. September 1905 (G. u. V. S. Nr. 38 S. 193) mit 0,75 bis 2,50 Mark zu entschädigen und solche Entschädigung von der erhobenen Tanzsteuer in Abzug zu bringen (§§ 5 u. 8).

In § 9 enthält das Gesetz die nötigen Strafbestimmungen.

4. Konkubinät. Personen, welche in außerehelicher Geschlechtsverbindung, in wilder Ehe, in einer Wohnung zusammenleben, hat der Gemeindevorsteher dieserhalb zunächst zu verwarnen. Er kann die betreffenden Personen zu solchem Zwecke vor sich laden und der Ladung durch Anwendung der vom Gesetze dargebotenen Zwangsmittel (R. G. O. § 78: Geldstrafe bis zu 5 M. oder Haft bis zu 24 Stunden) Nachdruck geben, sich nötigenfalls auch die betr. Personen zwangsweise vorführen lassen. Bleibt die Warnung fruchtlos, so hat er die gerichtliche Bestrafung nach § 19<sub>1</sub> des P. Str. G. B. (G. u. V. S. 1899 S. 262) durch den Amtsanwalt und demnächst, wenn die Verurteilung erfolgt ist, die zwangsweise Trennung der Betreffenden herbeizuführen.

5. Wegen unzüchtigen Umhertreibens an öffentlichen Orten sind Frauenzimmer nach § 19<sub>2</sub> des P. Str. G. B. (G. u. V. S. 1899 S. 262), wegen gewerbmäßiger Unzucht nach § 361<sub>8</sub> des R. Str. G. B. (R. G. Bl. 1876 S. 112) zu gerichtlicher Bestrafung zu bringen. Wegen Unfugs in trunkenem Zustande ist nicht nur Strafe nach § 360<sub>11</sub> des R. Str. G. B. (R. G. Bl. 1876 S. 111) herbeizuführen, sondern der Gemeindevorsteher hat auch das Recht und die Pflicht, den

Trunkenbold aus der Öffentlichkeit zu entfernen und bis zu 24 Stunden in polizeilichen Gewahrsam zu nehmen (P. Str. G. B. § 20 zu § 360<sub>11</sub>).

6. Zur Bekämpfung der Trunksucht gibt das P. Str. G. B. in § 15<sub>10</sub> (G. u. B. E. 1899 S. 251) ein Mittel an die Hand, von welchem, wo es angezeigt erscheint, ausgiebig Gebrauch gemacht werden sollte. Strafbar sind diejenigen Gast- und Schenkwirte und diejenigen Branntwein-Kleinhändler, welche an solche Personen geistige Getränke verabfolgen, die ihnen von der Kreisdirektion als Trunkenbolde bezeichnet sind. Der Gemeindevorsteher hat die Pflicht, bei der Kreisdirektion die nötige Anregung zu geben, wenn in seiner Gemeinde Personen vorhanden sind, deren Bezeichnung als Trunkenbolde hiernach erwünscht erscheint. (Über die Entmündigung wegen Trunksucht vergl. unten § 35 Ziff. 2 S. 181).

7. Lotterien oder Auspielungen öffentlich zu veranstalten, ist ohne behördliche Erlaubnis nicht statthaft und strafbar. Die Erlaubnis ist bei der Kreisdirektion nachzusuchen (V. v. 10. Dezember 1883 — G. u. B. E. Nr. 43 S. 125 und R. Str. G. B. § 286 — R. G. Bl. 1876 S. 95). Lotterie-Kollekteure, welche Lose zu erlaubten Lotterien vertreiben, unterliegen den Bestimmungen in § 15 Nr. 3 des P. Str. G. B. (G. u. B. E. 1899 S. 250.) — Lose zu auswärtigen, im Herzogtume nicht zugelassenen Lotterien zu vertreiben, ist durch das besondere Gesetz vom 24. August 1896 (G. u. B. E. Nr. 44 S. 255) bei Strafe untersagt.

8. Glücksspiele (Hazardspiele) gewerbsmäßig d. h. in gewinnstüchtiger Absicht zu betreiben, ist verboten und strafbar (R. Str. G. B. §§ 284 u. 285 — R. G. Bl. 1876 S. 95). Von Wetten bei Pferderennen handelt das Reichsgesetz v. 4. Juli 1905 (R. G. Bl. Nr. 3150 S. 595).

9. Sammlungen von Beiträgen zu Wohltätigkeits- oder anderen Zwecken (sog. Kollekten oder Hauskollekten) zu veranstalten, ist nur mit polizeilicher Genehmigung gestattet: § 10<sub>10</sub> des P. Str. G. B. (G. u. B. E. 1899 S. 243), und zwar ist diese Genehmigung, wenn sich die Sammlung nur auf einen einzelnen Ort erstrecken soll, vom Gemeindevorsteher, sonst von der Kreisdirektion bzw. vom Herzogl. Staatsministerium zu erteilen.

## § 21.

# Gesundheitspolizei.

## I. Medizinalwesen.

Das Medizinalwesen des Herzogtums ist neu geregelt durch das Medizinalgesetz vom 9. März 1903 (G. u. B. E. Nr. 19 S. 81). Dasselbe handelt in sechs verschiedenen Abschnitten von den Medizinal-Behörden und -Beamten (Landes-Medizinal-Kollegium, Physici und Kreistierärzten) (§§ 1—19),

den die Heilkunde ausübenden Personen (Ärzten, Tierärzten, Hebammen und Heilgehülfen) (§§ 20—40),  
den Apotheken und Apothekern (§§ 41—60),  
der Kammer der Ärzte und Apotheker und dem Disziplinarhofe (§§ 61—75),  
den Privat-Kranken- pp. Anstalten und der Sorge für Geistes-  
kranke (§§ 76 u. 77) und  
Straf- und Schlußbestimmungen (§§ 78—80).  
Von den zahlreichen zu diesem grundlegenden Gesetze zugehörigen Ausführungs- pp. Bestimmungen sind hier zu erwähnen:

- B., betr. den Erlaß einer Gebührenordnung für die approbierten Ärzte und Zahnärzte, die Tierärzte, die Heilgehülfen und die Hebammen, vom 5. April 1897 (G. u. B. E. Nr. 14 S. 49) und  
B., betr. die Zulassung der in der Nähe der Grenze eines Bundesstaates wohnenden Hebammen zur Ausübung ihres Berufes in den Nachbargebieten, vom 24. August 1887 (G. u. B. E. Nr. 28 S. 111).

Für die amtliche Tätigkeit des Gemeindevorstehers von Belang sind insbesondere folgende Vorschriften:

1. Zu den Amtsobliegenheiten des Gemeindevorstehers gehört auch die Handhabung der Medizinalpolizei. Was im einzelnen dazu gehört, wird an anderen Stellen dieses Wegweisers erörtert; der Gemeindevorsteher ist aber selbstverständlich auch in dieser Beziehung an die Anweisungen seiner vorgesetzten Behörde, der Kreisdirektion, gebunden und hat sich bei seiner bezüglichlichen Tätigkeit der Mitwirkung der beamteten Ärzte (Physici) und Tierärzte (Kreistierärzte) zu bedienen (M. G. § 6); auch die privaten Ärzte und Tierärzte sind verpflichtet, ihm in den ihm obliegenden Geschäften auf Erfordern Hülfe zu leisten (M. G. §§ 23 u. 26).

Zur Unterstützung des Gemeindevorstehers bei Handhabung der Medizinalpolizei kann, wenn sich ein bezügliches Bedürfnis herausstellt, und muß, wenn die Kreisdirektion es anordnet, zur Bildung einer Gesundheitskommission geschritten werden, über deren Zusammensetzung und Geschäftsbereich M. G. §§ 7 u. 8 Näheres enthalten.

2. Eine weitergehende Mitwirkung hat der Gemeindevorsteher bei der Anstellung der Hebamme. Die Bestellung der Hebammen erfolgt zwar vom Landes-Medizinal-Kollegium; der Vorschlag zur Besetzung der Stelle hat aber vom Gemeindevorsteher auszugehen und ist durch den Physikus an das Landes-Medizinal-Kollegium zu richten.\* Die Kosten der Ausbildung, Ausrüstung und etwaigen Nachprüfung der Hebamme hat mangels anderweiter Vereinbarung die Gemeinde — mehrere Gemeinden, welche eine gemeinschaftliche Hebamme haben, gemeinschaftlich nach Maßgabe der Bevölkerungsziffer — zu tragen (M. G. §§ 30 u. 32). — Bei der Beaufsichtigung der Hebamme hat der Gemeindevorsteher dem Physikus

\* An dem hier und da bestehenden Verkommen, die zur Hebamme vorzuschlagende Person durch die Frauen der Gemeinde wählen zu lassen, hat das Medizinalgesetz nichts geändert.

zur Seite zu stehen, insbesondere nötigenfalls die Entlassung der Hebamme in Anregung zu bringen (M. G. § 33). — Eine wohl zu beobachtende Besonderheit beim Hebammendienste ist die, daß die Feststellung und zwangsweise Einziehung der den Hebammen zustehenden Gebühren durch die Kreisdirektion erfolgt, und daß die Orts-Hebamme regelmäßig für jeden vorkommenden Entbindungsfall Anspruch auf Zahlung einer Gebühr auch dann hat, wenn an ihrer Stelle ohne besonderen Grund eine andere Hebamme zugezogen ist (M. G. § 34). — Die der Hebamme zustehende Gebühr ist aus der Gemeinde-Armenkasse zu zahlen, wenn sie sonst nicht beizutreiben ist (M. G. § 34 Abs. 2).

3. Meldung an den Physikus hat der Gemeindevorsteher zu erstatten, wenn nach seinem pflichtmäßigen Ermessen Grund vorliegt, daß einem in seiner Gemeinde ansässigen Heilgehülfen das Prüfungszeugnis entzogen werde (M. G. § 39).

4. Die Gebühren, welche Ärzte, Wundärzte, Geburtshelfer, Zahnärzte, Tierärzte, Heilgehülfen und Hebammen für ihre Dienstleistungen zu beanspruchen haben, sind, meistens ihrem Mindest- und Höchstbetrage nach, durch die Bekanntmachung Herzogl. Staatsministeriums vom 5. April 1897 festgestellt. Über diese Bestimmungen, namentlich so weit sie die Dienstleistungen der Hebammen betreffen (G. u. B. S. 1897 S. 67), wird der Gemeindevorsteher häufiger in die Lage kommen, um Auskunft angegangen zu werden. Zu beachten ist, daß für die aus öffentlichen Kassen — also auch aus der Orts-Armenkasse — zu vergütenden Dienstleistungen stets der niedrigste Satz in Anwendung kommt.

5. Um dem Landes-Medizinal-Kollegium die ihm obliegende Aufsicht über die Medizinalpersonen (Ärzte, Zahnärzte, Heilgehülfen, Hebammen, Tierärzte und Apotheker) zu ermöglichen, hat der Gemeindevorsteher, sobald innerhalb seines Orts eine Medizinalperson verstirbt, davon unverzüglich dem Physikus schriftlich Anzeige zu machen. Dies ist insbesondere bei der Orts-Hebamme zu beachten.

## II. Unsteckende Krankheiten.

Von den gegen ansteckende Krankheiten zu ergreifenden Maßregeln handeln das R. G., betr. die Bekämpfung gemeingefährlicher Krankheiten, vom 30. Juni 1900 (R. G. Bl. Nr. 2686 S. 306) und das L. G., betr. die Ausführung des Reichsgesetzes und die Bekämpfung anderer übertragbarer Krankheiten, vom 26. Juni 1904 (G. u. B. S. Nr. 43 S. 201).

Von den dazu erlassenen Ausführungsbestimmungen sind hier diejenigen zu erwähnen, welche vom Bundesrate zur Bekämpfung der Pest, der Cholera, der Pocken, des Fleckfiebers und des Auszuges beschlossen und vom Reichskanzler mit den B. B. vom 6. Oktober 1900 (R. G. Bl. Nr. 2720 S. 849) und 21. Februar 1904 (R. G. Bl. Nr. 3020 S. 67) veröffentlicht sind.

Das Reichsgesetz und das Landesgesetz, gleichmäßig aufgebaut, handeln zunächst (R. G. §§ 1—5, L. G. §§ 1—4) von der Anzeigepflicht,

indem sie theils diejenigen, vom L. G. wesentlich vermehrten ansteckenden Krankheiten aufführen, von deren Ausbruch Anzeige an die Polizeibehörde erstattet werden soll, theils nähere Vorschriften darüber geben, wer zu der Anzeige verpflichtet ist, an welche Stelle sie erstattet werden soll und wie sie zu geschehen hat. Dabei ist gleich hier zu erwähnen, daß das R. G. die unverzügliche Anzeige vorschreibt für jeden Todesfall, jede Erkrankung und jeden Erkrankungsverdacht an Ausfall (Lepra), Cholera (asiatische), Fleckfieber (Flecktyphus), Gelbfieber, Pest (orientalischer Beulenpest) und Pocken (Blattern) — und das L. G. für jeden Todesfall an Lungen- und Kehlkopf tuberkulose, für jeden Erkrankungs- und Todesfall an Diphtherie (Rachenbräune), Genickstarre (übertragbarer), Kindbettfieber (Wochenbett-, Puerperalfieber), Rötterkrankheit (Granulose, Trachom), Rückfallfieber (febris recurrens), Ruhr, übertragbarer (Dysenterie), Scharlach (Scharlachfieber), Typhus (Unterleibstyphus), Milzbrand, Rogz, Tollwut (Lyssa), sowie Bißverletzungen durch tolle oder der Tollwut verdächtige Tiere, Fleisch-, Fisch- und Wurstvergiftung, Trichinose, weiter für jeden Fall eines Erkrankungs-Verdachts an Kindbettfieber, Rückfallfieber, Typhus (Unterleibstyphus) und Rogz und endlich für den Fall, daß ein an vorgeschrittener Lungen- oder Kehlkopf tuberkulose Erkrankter die Wohnung wechselt.

Weiter folgen dann in den Gesezen Vorschriften über die Ermittlung der Krankheit, insbesondere über dasjenige, was der Physikus zu tun hat, sobald ihm Kenntnis von dem Ausbruche pp. einer der genannten Krankheiten geworden ist (R. G. §§ 6—10, L. G. § 5), sowie über die Schutzmaßregeln, welche bei allen oder bei einzelnen der in Frage kommenden Krankheiten angeordnet werden können (R. G. §§ 11 bis 27, L. G. §§ 6 u. 7).

Über das hierbei zu beobachtende Verfahren und die Behörden-Zuständigkeit sind die vom R. G. (§ 35 Abs. 3 und § 37 Abs. 2) offen gelassenen Vorschriften im L. G. (§§ 9 u. 10) gegeben, wie denn dieses auch über die Entschädigungen und die Kosten in den §§ 11—18 und 19—25 diejenigen näheren Bestimmungen enthält, welche das R. G. (§§ 28—34 u. § 37 Abs. 2 u. 3) der Landesgesetzgebung vorbehalten hatte.

Schließlich folgen noch Strafvorschriften (R. G. §§ 44—46, L. G. §§ 26—28). —

Die Geschäfte, welche aus diesen gesetzlichen Bestimmungen dem Gemeindevorsteher erwachsen, sind im wesentlichen die folgenden:

1. Diejenige Stelle, an welche die vorgeschriebene Erkrankungs- pp. Anzeige zu erstatten ist, ist nach dem L. G. § 1 Abs. 1 a. E. der Gemeindevorsteher. Der zu dieser Anzeige in erster Linie verpflichtete zugezogene Arzt wird sich zu solcher Anzeige in der Regel einer vorgebrachten Meldedarte bedienen, wie sie von der Kreisdirektion auf Verlangen unentgeltlich verabfolgt und zweckmäßig auch vom Gemeindevorsteher zur Verabfolgung an Ärzte pp. auf Lager gehalten wird. Sobald dem Gemeindevorsteher eine Erkrankungs- pp. Anzeige in dieser oder in anderer Form

zugeht, hat er dieselbe umgehend im Originale an den Physikus und in Abschrift an die Kreisdirektion weiterzugeben.

2. Auf diese Benachrichtigung hin wird dann der Physikus behufs Ermittlung der Krankheit alsbald im Orte erscheinen, und gehört es nun zu den Amtspflichten des Gemeindevorstehers, diesem Beamten sowohl bei den Ermittlungs-Arbeiten als auch bei der Durchführung der Schutzmaßregeln, welche er sei es ohne weiteres, sei es nach eingeholter Genehmigung der Kreisdirektion anordnet, hilfreich zur Seite zu stehen.

3. Eine weitere Mitwirkung liegt dem Gemeindevorsteher ob bei der Feststellung pp. der Entschädigungen, welche nach R. G. §§ 28—34 und L. G. §§ 11—18 von den durch die angeordneten Schutzmaßregeln betroffenen Personen sei es für entgangenen Arbeitsverdienst, sei es für Gegenstände, welche infolge einer Desinfektion beschädigt bzw. welche vernichtet sind, gefordert werden können.

Bezüglich dieser Entschädigungen ist zu beachten, daß, wenn es sich um eine der im R. G. behandelten sechs gemeingefährlichen Krankheiten handelt, alle Personen, welche der Invalidenversicherung unterliegen, einen Anspruch auf Entschädigung für entgangenen Arbeitsverdienst (R. G. § 28), und alle Personen, welchen Sachen durch Desinfektion beschädigt oder vernichtet sind, einen diesbezüglichen Entschädigungsanspruch (R. G. § 29) haben, — daß dagegen, wenn es sich um eine der im L. G. behandelten weiteren übertragbaren Krankheiten handelt, der letztgedachte Entschädigungsanspruch wegfällt, wenn der Betroffene den Verlust ohne Beeinträchtigung seines und seiner Familie notwendigen Unterhalts zu ertragen vermag (L. G. § 11 Ziff. 2), — und daß, was bei allen etwaigen Entschädigungen zutrifft, der Entschädigungsanspruch verloren geht, wenn er nicht binnen einer Frist von zwei Wochen beim Gemeindevorsteher angemeldet ist (R. G. § 34 Ziff. 2, L. G. § 18).

Bezüglich aller derartigen Entschädigungsansprüche hat also der Gemeindevorsteher die Anmeldung entgegenzunehmen (L. G. § 18), die etwa erforderlichen Schätzungssachverständigen zu bestellen (L. G. § 16) und die Festsetzung der Entschädigung für beschädigte oder vernichtete Gegenstände herbeizuführen (L. G. § 12 Abs. 1 u. § 14).

4. Wegen der Kosten, welche durch die Bekämpfung ansteckender Krankheiten entstehen, bestimmt das R. G. § 37 Abs. 3, daß sie, insoweit sie durch die Ermittlung der Krankheiten (§ 6), die Beobachtung kranker und krankheits- oder ansteckungsverdächtiger Personen (§ 12), eine polizeilich angeordnete und überwachte Desinfektion (§ 19) und angeordnete besondere Vorsichtsmaßregeln bei der Aufbewahrung, Einsargung, Beförderung und Bestattung von Leichen (§ 21) entstehen, „aus öffentlichen Mitteln“ bestritten werden sollen. Diese Bestimmung ist dann durch L. G. § 19 einerseits nicht nur auf die nur landesgesetzlich behandelten Krankheiten, sondern auch noch auf die Schutzmaßregel der Darbietung anderweiter Unterkunft (R. G. § 18) ausgedehnt, andererseits aber, insoweit es sich um die Bekämpfung der nur landesgesetzlich behandelten Krankheiten handelt

und soweit hierbei Kosten von Desinfektionen, besonderer Vorsichtsmaßregeln für die Aufbewahrung pp. von Leichen und der Räumung von Wohnungen und Gebäuden in Frage kommen, durch den Grundsatz eingeschränkt, daß die Kosten nur auf Antrag und nur dann „aus öffentlichen Mitteln“ bestritten werden sollen, wenn der davon Betroffene sie nicht ohne Beeinträchtigung seines und seiner Familie notwendigen Unterhalts tragen könnte.

Die weiter erforderliche Bestimmung darüber, welches die „öffentlichen Mittel“ seien, aus welchen die Kosten bestritten werden sollen, hat dann das L. G. § 20 dahin getroffen, daß die durch die Mitwirkung des Physikus entstehenden Kosten ganz der Staatskasse, die übrigen Kosten und die Entschädigungen aber zu höchstens  $\frac{1}{2}$  der Gemeinde, zu mindestens  $\frac{1}{2}$  aber wiederum der Staatskasse zur Last fallen.

Der Gemeindevorsteher hat hiernach die Pflicht, über die erwachsenden und zunächst in ihrer Gesamtheit aus der Gemeindefasse vorzuschießenden Kosten genaue Nachweise zu sammeln und diese demnächst der Kreisdirektion vorzulegen, damit Entscheidung darüber herbeigeführt werden kann, welcher Teil der Kosten der Gemeindefasse von der Staatskasse zurückvergütet werden soll.

### III. Schutzpocken-Impfung.

Als vorbeugendes Schutzmittel gegen den Ausbruch der Pocken- oder Blatternkrankheit ist die Impfung eingeführt, welche teils bei Kindern, teils bei Erwachsenen zur Anwendung gebracht wird.

#### 1. Die Impfung der Kinder.

Reichs-Impfgesetz vom 8. April 1874 (R. G. Bl. Nr. 996 S. 31) mit den dazu im Wege der Landes-Gesetzgebung erlassenen Ausführungs-Vorschriften, nämlich vom:

10. April	1875	(G. u. V. S. Nr. 32 S. 191),
16. Juli	1879	(„ „ „ „ „ 45 „ 443),
26. März	1888	(„ „ „ „ „ 13 „ 37),
11. März	1895	(„ „ „ „ „ 24 „ 75),
4. Dezember	1899	(„ „ „ „ „ 101 „ 945) und
30. Mai	1905	(„ „ „ „ „ 32 „ 161).

Das Reichs-Impfgesetz bestimmt, welche Kinder und wann sie der Impfung zu unterwerfen sind (§§ 1—5), von wem und wie die Impfung vorzunehmen ist (§§ 6—11), welche Verpflichtungen in Beziehung auf das Impfwesen den Eltern, Pflegeeltern, Vormündern und Schulvorstehern obliegen (§§ 12 u. 13), an wem und wie Übertretungen gestraft werden (§§ 14—17).

Die Ausführungs-Vorschriften gehen teils das Landes-Medizinal-Kollegium, als die für das Impfwesen bestellte leitende und Aufsichtsbehörde, und die Impfärzte (Physici), teils die Landesbeamten, Schulvorsteher und Gemeindevorsteher an; auch enthalten sie in Abschn. III der B. v. 4. Dezember 1899 „Verhaltensvorschriften für die Angehörigen der Impflinge“.

Bemerkt wird, daß es sich um eine zweifache Impfung handelt. Der Impfung nämlich soll unterzogen werden:

1. jedes Kind erstmalig vor Ablauf des auf sein Geburtsjahr folgenden Kalenderjahres und
2. jedes Schulkind nochmals innerhalb des Jahres, in welchem es das zwölfte Lebensjahr zurücklegt.

Was insbesondere der Gemeindevorsteher in Beziehung auf das Impfwesen wahrzunehmen hat, besteht in Folgendem:

1. Im Januar jeden Jahres hat der Gemeindevorsteher nach den vom Standesbeamten ihm gelieferten Unterlagen usw. die Liste der Erstimpflinge aufzustellen und bis spätestens 15. März der Kreisdirection einzureichen (§ 4 der V. v. 1875). Das Formular zu der Liste erhält der Gemeindevorsteher von der Kreisdirection (§ 3 der V. v. 1879). Die Liste der Wiederimpflinge soll nach § 5 der V. v. 1875 vom Schulvorsteher aufgestellt und bei der Kreisdirection eingereicht werden; jedoch empfiehlt es sich aus praktischen Rücksichten, daß der Gemeindevorsteher mit dem Schulvorsteher hierbei Hand in Hand geht und die Liste der Wiederimpflinge zugleich mit der der Erstimpflinge einsendet.
2. Die in der Zeit von Mai bis September vom Physikus abzuhalten- den Impfungs- und Impfrevisions-Termine hat der Gemeindevorsteher auf vorangegangene Benachrichtigung seitens des Physikus in der Gemeinde in ortsüblicher Weise bekannt zu machen und die Angehörigen zur pünktlichen Bestellung der impfpflichtigen Kinder aufzufordern (§ 7 der V. v. 1875).
3. Der Gemeindevorsteher hat für die Beschaffung eines geeigneten Lokals zur Vornahme der Impf- und Revisionstermine (womöglich in der Schule) Sorge zu tragen und behufs Aufrechterhaltung der Ordnung in den Terminen selbst oder in der Person eines Vertreters gegenwärtig zu sein (§ 6 der V. v. 1875 und Abschn. IV der V. v. 1899).
4. Treten um die Zeit, wo die Impftermine abgehalten werden sollen, ansteckende Krankheiten (Scharlach, Masern, Diphtheritis, Group, Keuchhusten, Flecktyphus, rosenartige Entzündungen) in größerer Verbreitung auf, so hat der Gemeindevorsteher den Physikus davon schleunigst in Kenntnis zu setzen, damit die Impftermine ausgesetzt werden (Abschn. IV § 2 der V. v. 1899).
5. Es ist Sorge zu tragen, daß die „Verhaltensvorschriften für die Angehörigen der Impflinge“ (Abschn. III § 1 der V. v. 1899) den Beteiligten bekannt werden.

## 2. Die Impfung Erwachsener.

Das Landesgesetz, die allgemeine Einführung der Kuhpocken-Impfung betr., vom 30. März 1833 (G. u. V. S. Nr. 9 S. 35) ist, soweit die Impfung der Kinder in Frage kommt, durch



das Reichs-Impfgesetz vom 8. April 1874 aufgehoben, besteht aber fort, insoweit es die Impfung Erwachsener behandelt (§§ 2, 5, 11, 16 usw.). Es ist zwar außer Übung gekommen, die „eingewanderten Fremden“, welche noch nicht geimpft sind oder nicht etwa nachweislich die echten Menschenblattern überstanden haben, in einer besondern Impfliste zusammenzustellen, und das ist seit Erlass des Reichs-Impfgesetzes deshalb um so unbedenklicher, weil durch dieses die Gewähr wenigstens dafür geboten ist, daß alle deutsche Reichsangehörige vorschriftsmäßig geimpft sind. Auf Personen aber, welche aus außerdeutschen und zwar solchen Ländern einwandern, in welchen allgemeiner Impfwang nicht besteht (wie Rußland, Italien, Oesterreich), sind die Vorschriften noch jetzt zur Anwendung zu bringen. Dies ist durch eine Verfügung Herzogl. Staatsministeriums aus dem März 1896 eingeschärft und dabei angeordnet,

daß solche anziehende Reichs-Ausländer binnen drei Tagen nach dem Anzuge der Ortspolizeibehörde (dem Gemeindevorsteher) eine ärztliche Bescheinigung darüber beizubringen haben, daß sie von ansteckenden Krankheiten frei sind und daß die Schutzpockenimpfung bei ihnen mit Erfolg vorgenommen ist; daß, wenn eine solche Bescheinigung nicht beigebracht werden kann, die Vornahme der Impfung binnen längstens 14 Tagen nach dem Anzuge zu veranlassen und an die Kreisdirektion zu berichten ist, wenn der entsprechenden Auflage nicht nachgekommen werden sollte.

Da in der Landwirtschaft sowohl, als auch in der Industrie vielfach z. B. russische Staatsangehörige als Arbeiter Verwendung finden, und da die Erfahrung lehrt, daß von solchen fremdländischen Arbeitern nicht selten ansteckende Krankheiten eingeschleppt werden, so hat der Gemeindevorsteher die vorstehende Bestimmung streng durchzuführen und vorkommendenfalls Bestrafung der Übertretung dieser Vorschrift nach R. Str. G. B. § 8, (G. u. B. E. 1899 S. 240) herbeizuführen. Die Kosten solcher Impfungen fallen den Geimpften selbst bzw. deren Arbeitgebern zur Last.

Inwieweit erwachsene deutsche Reichsangehörige sich, etwa bei dem Ausbruch einer Pocken-Epidemie, nochmals impfen lassen wollen, steht nach hiesiger Gesetzgebung in deren Ermessen.

#### IV. Geistesranke und Idioten.\*

„Die Sorge für Geistesranke ist zunächst Sache der Angehörigen bzw. des Vormundes. Sind Angehörige oder ein Vormund, welche für den Kranken sorgen können, nicht vorhanden, oder versäumen dieselben hierin ihre Pflicht, oder erwächst aus dem Verbleiben der Geisteskranken in ihren häuslichen Verhältnissen für sie selbst oder für andere Gefahr, oder sind die Kranken für die öffentliche Schicklichkeit anstößig, so geht die Fürsorgspflicht auf die Landespolizeibehörde über.“ (M. G. § 77 Abs. 1.) Der Kreisdirektion zu einem hiernach etwa gebotenen Einschreiten die erforderliche Anregung zu geben, ist vorkommendenfalls Aufgabe des Gemeinde-

\* Wegen der Entmündigung Geisteskranker vergl. unten § 35 Nr. 2.

vorstehers. „Die Behandlung wegen Geisteskrankheit, Geisteschwäche und Epilepsie ist außer in dazu bestimmten staatlichen nur in solchen Privatanstalten gestattet, denen die Behandlung und Pflege derartiger Erkrankter ausdrücklich genehmigt ist.“ (M. G. § 77 Abs. 3.) Als solche Anstalten kommen für das Herzogtum Braunschweig hauptsächlich in Betracht: die Herzogl. Heil- und Pfllegeanstalt zu Königs-Lutter und die Idiotenanstalt Neu-Grkerode in Sidte.

1. Die der Heilung heilbarer und der Pflege unheilbarer Geisteskranker gewidmete, zu Königs-Lutter bestehende Staats-Anstalt wird verwaltet nach den für dieselbe erlassenen Satzungen vom 6. Dezember 1904 (G. u. B. S. Nr. 70 S. 379). Im allgemeinen erfolgt die Aufnahme der Kranken in die Anstalt auf Ansuchen der Angehörigen (§ 11); sind aber Angehörige, welche für den Kranken sorgen können, nicht vorhanden pp. (vergl. oben), so ist es Sache des Gemeindevorstehers, die Aufnahme des Kranken in die Anstalt bei der Kreisdirektion zu betreiben (§ 12). Polizeibeamte (Gemeindebediener) dürfen zur Begleitung und zum Transport von Kranken in die Anstalt nur verwendet werden, wenn sie nicht mit Uniform bekleidet sind (§ 22 Abs. 2). Wegen der Aufnahmepapiere, deren Vorbringung verlangt wird, sind die §§ 11—13 der Satzungen (G. u. B. S. 1904 S. 382) zu vergleichen; wegen der Verpflegungs- und Bekleidungskosten die §§ 33 fgg. (S. 390). Die Verpflegungskosten für Kranke, welche, weil arm, auf Kosten einer Gemeinde in die Anstalt aufgenommen werden, betragen bis auf weiteres jährlich 250 M. (§ 37 Abs. 1), pflegen jedoch — in den verschiedenen Kreisen in verschiedenem Umfange — den Gemeinden aus der Kreis-Kommunal-Kasse zurückerstattet zu werden. Verpflichtet ist der Gemeindevorsteher noch, die an ihn gelangende Nachricht von dem Ableben eines Kranken an die Angehörigen weiter zu geben (§ 56).

2. Die Idioten-Anstalt Neu-Grkerode in Obersidte bei Braunschweig, früher in Grkerode, ist keine Staatsanstalt, sondern eine unter Staatsaufsicht stehende Privatanstalt, welcher von der Regierung die Rechte milder Stiftungen verliehen sind (vergl. B. in der G. u. B. S. 1871 Nr. 28 S. 95). Ob eine geisteskranke Person sich zur Aufnahme mehr in der Heil- und Pfllegeanstalt Königs-Lutter oder der Idioten-Anstalt Neu-Grkerode eignet, muß nach dem Gutachten des zuzuziehenden Arztes bezw. von den Vorstehern der Anstalten entschieden werden. Soweit es sich um arme Kranke handelt, hat der Gemeindevorsteher behufs Anbringung des Aufnahme-Antrages zweckmäßig die Vermittelung der Kreisdirektion in Anspruch zu nehmen, zumal auch die hier zu zahlenden Verpflegungskosten (jährlich 300 M.) ganz oder zum Teil auf die Kreis-Kommunal-Kasse übernommen zu werden pflegen. (Über die mit der Idiotenanstalt verbundene Schul- und Erziehungsanstalt für schwach- oder blödsinnige Kinder vergl. oben § 9. II. S. 47 u. 48.)

## V. Blinde und Taubstumme.

1. Zur Versorgung und Beschäftigung erwachsener, erwerbsunfähiger, armer Blinder besteht in Braunschweig das Herzog-Wilhelm-

Ußl, dessen Statuten mit der landesherrlichen Bestätigungs-Urkunde vom 28. Juni 1882 (G. u. B. S. Nr. 27 S. 133) veröffentlicht sind. Behufs des an das Direktorium zu richtenden Aufnahme-Antrages nimmt der Gemeindevorsteher zweckmäßig die Vermittelung der Kreisdirektion in Anspruch, da der zu zahlende Unterhaltungskosten-Zuschuß (jährlich 120 M.) ganz oder zum Teil auf die Kreis-Kommunal-Kasse übernommen zu werden pflegt.

2. Das Lachmannsche Blinden-Legat in Braunschweig (vergl. die B. in der G. u. B. S. 1861 Nr. 57 S. 277) bezweckt die Unterstützung hilfssbedürftiger Blinder. Unterstützungsanträge sind an den jeweiligen Provisor des Legats zu richten.

3. Die Blinden-Erziehungsanstalt zu Braunschweig und die Taubstummen-Anstalt daselbst, beide keine Staatsanstalten, aber anerkannte milde Stiftungen (G. u. B. S. 1835 S. 786 und 1856 S. 111), sind zur Kindererziehung bestimmt; das Nötige darüber ist oben in § 9 S. 47 u. 48 bereits mitgeteilt. Hier bleibt nur noch zu erwähnen, daß Herzogl. Staatsministerium auf besonderen Antrag solchen Lehrmeistern, welche sich taubstummer Lehrlinge mit besonderem Eifer, mit treuer Fürsorge und mit Geschick annehmen, eine Geldbelohnung aus Staatsmitteln bewilligt. Bezüglicher Antrag ist bei der Kreisdirektion anzubringen.

## VI. Schlafgängerwesen und Arbeiterkasernen.

Teils aus gesundheits-, teils aus sittenpolizeilichen Gründen sind im Jahre 1892 hierüber neue Gesetze erlassen:

1. Das Gesetz, das Schlafgängerwesen betr., vom 9. April 1892 (G. u. B. S. Nr. 12 S. 65) macht die Befugnis, Schlafgänger zu halten, abhängig von einer zuvorigen Anzeige bei der Ortspolizeibehörde (dem Gemeindevorsteher) und davon, daß diejenigen näheren Bedingungen erfüllt werden, welche teils in dem Gesetze selbst, teils in den dazu von der Kreisdirektion erlassenen landespolizeilichen Vorschriften aufgestellt sind. Letztere werden überall den Gemeindevorstehern von ihrer Kreisdirektion zugänglich gemacht sein oder sind doch bei denselben zu erfahren.

Der Gemeindevorsteher hat darauf zu achten, daß ihm von denjenigen, welche Schlafgänger halten, die vorschriftsmäßige Anzeige über die Zahl der zu haltenden Schlafgänger und über die für dieselben bestimmten Räumlichkeiten gemacht wird (§ 1), — daß die in dem Gesetze (§§ 2—4) und den dazu erlassenen landespolizeilichen Vorschriften enthaltenen näheren Bestimmungen beobachtet werden, wovon durch Augenscheineinnahme sich zu überzeugen der Gemeindevorsteher das Recht hat (§ 7 Abs. 3), — daß nötigenfalls ein Verbot, Schlafgänger zu halten, bei der Kreisdirektion herbeigeführt wird (§§ 5 u. 6), — und daß Übertretungen zur Strafe gezogen werden (§ 7). — Verbote der Kreisdirektion im Sinne des § 5 sind mit der Klage beim Verwaltungsgerichtshofe anfechtbar: § 56 des Gesetzes über die Verwaltungsrechtspflege vom 5. März 1895 (G. u. B. S. Nr. 26 S. 102).

2. Das Gesetz, die Unterbringung von Arbeitern in Arbeiter-Kasernen und sonstigen, zur Aufnahme einer größeren Anzahl von Arbeitern bestimmten Räumlichkeiten betr., vom 8. April 1892 (G. u. B. S. Nr. 14 S. 69) macht die Befugnis, Arbeitern in Arbeiterkasernen pp. Unterkommen zu gewähren, abhängig von einer zuvorigen Anzeige bei der Ortspolizeibehörde (dem Gemeindevorsteher) und davon, daß diejenigen näheren Bedingungen erfüllt werden, welche teils in dem Gesetze selbst, teils in den dazu von der Kreisdirektion erlassenen landespolizeilichen Vorschriften aufgestellt sind. Letztere werden überall den Gemeindevorstehern von ihrer Kreisdirektion zugänglich gemacht sein oder sind doch bei denselben zu erfahren.

Der Gemeindevorsteher hat darauf zu achten, daß ihm von denjenigen, welche landwirtschaftlichen oder gewerblichen Arbeitern in Arbeiterkasernen pp. Unterkommen gewähren wollen, die vorschriftsmäßige Anzeige über die Zahl solcher Arbeiter und über die für dieselben bestimmten Räumlichkeiten gemacht wird (§ 1), — daß die in dem Gesetze (§§ 2—5) und den dazu erlassenen landespolizeilichen Vorschriften enthaltenen näheren Bestimmungen beobachtet werden, wovon durch Augenscheineinnahme sich zu überzeugen der Gemeindevorsteher das Recht hat (§ 6), — und daß etwaige Zuwiderhandlungen gegen die gesetzlichen und landespolizeilichen Vorschriften zur Strafe gezogen werden (§ 7).

## VII. Gifthandel.

Das Landesgesetz, den Handel mit Giften betr., vom 9. Juni 1895 (G. u. B. S. Nr. 35 S. 201), in gewissen Beziehungen abgeändert durch das Gesetz vom 23. August 1901 (G. u. B. S. Nr. 45 S. 269), gibt Vorschriften über Aufbewahrung der Gifte (§§ 2—9), Abgabe der Gifte (§§ 10—16), Farben und Ungeziefermittel (§§ 17 u. 18), Genehmigung zum Handel mit Giften (§ 19), das Kammerjägergewerbe (§ 20)\* und Schlußbestimmungen (§§ 21—25). — Zur Ausführung des § 19 dieses Gesetzes ist unterm 18. Februar 1897 (G. u. B. S. Nr. 7 S. 13) eine Verordnung erlassen, welche von den Voraussetzungen der Genehmigung pp. handelt; und zu § 21 unterm 30. Mai 1897 (G. u. B. S. Nr. 17 S. 79) eine Bekanntmachung, welche die näheren Bestimmungen über die Ausführung der vorgeschriebenen Besichtigungen der Gift- und Drogenhandlungen enthält.

\* Der Kammerjäger bedarf zur Ausübung seines Gewerbes, der gewerbsmäßigen Vertilgung von Ungeziefer, einer behördlichen Erlaubnis nicht, ist aber nach § 20 des Giftgesetzes bei Vermeidung von Bestrafung verpflichtet, bei der Aufbewahrung von Gift und gifthaligen Ungeziefermitteln nach den Bestimmungen des Giftgesetzes zu verfahren, insbesondere also Gifte nur getrennt von anderen Waren in festgeschlossenen Gefäßen bezw. Umhüllungen mit der Aufschrift „Gift“ und unter Angabe des Inhalts und des Namens der Bezugsquelle aufzubewahren, — und Gifte und gifthalige Ungeziefermittel an Andere nicht zu überlassen. Handel mit Giften ist ihm also nicht gestattet; unbefugter derartiger Handel strafbar.

Langerfeldt, Gemeindevorsteher.

Die Hauptsache ist, daß, wer, ohne Apotheker zu sein, Handel mit Giften treiben will, dazu der Genehmigung der Kreisdirektion bedarf und bestimmte Vorschriften über die Aufbewahrung und die Verabfolgung von Giften beobachten muß, wenn er nicht in Strafe verfallen will. Was unter „Gift“ zu verstehen ist, besagt ein dem Gesetze beigegebenes Verzeichnis.

Für den Gemeindevorsteher erwachsen aus dem Gesetze folgende Verpflichtungen:

1. Gifthändler können bzw. müssen von denjenigen Personen, welche Gift zu kaufen wünschen (auch von Kammerjägern), verlangen, daß sie einen polizeilichen Erlaubnißschein zum Erwerb von Gift beibringen (§ 12 und Anlage III). Stellt jemand (auch z. B. ein Kammerjäger) den Antrag auf Ausstellung eines solchen Scheines, so hat der Gemeindevorsteher dem nur zu entsprechen, wenn er bei gewissenhafter Erwägung die Überzeugung gewinnt, daß die antragstellende Person zuverlässig ist und das Gift zu keinem andern, als zu einem erlaubten gewerblichen, wirtschaftlichen, wissenschaftlichen oder künstlerischen Zwecke benutzen wird. Der Schein ist genau nach dem Muster der Anlage III des Gesetzes (§. 219) auszustellen und neben der Unterschrift mit dem Gemeindesiegel zu versehen. Stempelsteuer ist dafür nicht zu erheben. Gedruckte Formulare zu solchen „Erlaubnißscheinen zum Erwerb von Gift“ sind zum Preise von 1 M. für 100 Stück von der Expedition der Braunschweigischen Anzeigen in Braunschweig — hintern lieben Frauen 1 — zu beziehen.
2. Personen, welche nur mit den in der dritten Abteilung des Gift-Verzeichnisses (§. 214) aufgeführten Giften handeln wollen, bedürfen hierzu keiner ausdrücklichen Erlaubnis der Kreisdirektion, müssen den Handel aber beim Gemeindevorsteher anzeigen. Dieser hat über die erfolgte Anzeige eine Bescheinigung zu erteilen und der Kreisdirektion — behufs der Einschätzung zur Gewerbesteuer — Bericht zu erstatten (§ 19).
3. Der Gifthandel unterliegt der Beaufsichtigung durch die Polizeibehörden und die Physici. Der Gemeindevorsteher hat daher in Gemeinschaft mit dem Physikus die Lagerräume und Verkaufsstätten der Gifthändler von Zeit zu Zeit unermutet daraufhin zu untersuchen, ob sie vorschriftsmäßig eingerichtet und ausgerüstet sind (§ 21).
4. Vom Hausierhandel sind Gifte ausgeschlossen (G. D. § 56 Nr. 9).

Außerdem mag an dieser Stelle hingewiesen werden auf das Verbot der Ankündigung von Geheimmitteln, welches in § 5 Ziff. 8 P. Str. G. B. (G. u. B. G. 1899 S. 236) und im Gesetze vom 10. Januar 1901 (G. u. B. G. Nr. 8 S. 65) ausgesprochen ist, und auf das Gesetz, betr. die Besichtigung der Drogen- und ähnlichen Handlungen, vom 26. November 1896 (G. u. B. G. Nr. 63 S. 411) mit den Ausführungsvorschriften vom 20. Mai 1897 (G. u. B. G. Nr. 17 S. 79) und 20. August 1903 (G. u. B. G. Nr. 52 S. 437).

## VIII. Schlachthäuser.

Das Landesgesetz, die Einrichtung öffentlicher Schlachthäuser betr., vom 12. April 1876 (G. u. B. S. Nr. 40 S. 181) erteilt den Gemeinden das Recht, eine Gemeinbeanstalt zum Schlachten von Vieh, ein öffentliches Schlachthaus, einzurichten und dessen Benutzung und die damit zusammenhängenden Verhältnisse durch Erlaß eines Statuts im Sinne des § 4 der L. G. O. zu regeln. Es werden hiermit in doppelter Richtung gesundheitspolizeiliche Zwecke verfolgt: Ausschließung der gesundheitswidrigen Einflüsse von Privatschlachtereien auf die Nachbarschaft und Schaffung von Gewähr dafür, daß nur nicht zu beanstandendes Fleisch in den öffentlichen Verkehr gebracht wird. Wo aus diesen oder einer dieser auch nach Erlaß der neueren Bestimmungen über die Schlachtvieh- und Fleischschau fortbestehenden Rücksichten die Errichtung eines öffentlichen Schlachthauses in Frage kommen sollte, sind die Vorschriften des Gesetzes zu beachten.

## IX. Begräbnis und Begräbnisplätze.

Das Begräbniswesen und alles, was damit zusammenhängt, ist nach Braunschweigischem Rechte in erster Linie nicht sowohl eine polizeiliche, als vielmehr eine kirchliche Angelegenheit. Der Begräbnisplatz (Kirchhof, Friedhof) ist zwar von der politischen Gemeinde zu beschaffen, aber der Kirche zu überweisen, tritt mit solcher Überweisung aus dem Verkehr und untersteht der Verwaltung der kirchlichen Organe, in erster Linie des Kirchenvorstandes (§ 24 Abs. 1 des Gesetzes, die Errichtung von Kirchenvorständen betr., vom 30. November 1851 — G. u. B. S. Nr. 52 S. 339). Deshalb werden denn auch der Totengräber und die Leichen- oder Totenfrauen vom Kirchenvorstande angenommen (§ 25 Abs. 9 a. a. O.) und deshalb ist es das Konsistorium, welches mehrere auf das Begräbniswesen bezügliche, durch die G. u. B. S. veröffentlichte Ausschreiben erlassen hat, nämlich:

unterm 25. November 1840 (G. u. B. S. Nr. 47 S. 465), betr. die Verhütung unzeitiger Beerdigungen und Abstellung vorgekommener Mißbräuche;

unterm 28. Oktober 1859 (G. u. B. S. Nr. 44 S. 247), betr. das Halten von Grabreden, und

unterm 28. Dezember 1862 (G. u. B. S. 1863 Nr. 4 S. 9), betr. die Einrichtung und die Benutzung der Kirchhöfe.

Durch ein Kirchengesetz vom 3. Juni 1897 (G. u. B. S. Nr. 19 S. 85) ist das Verhalten der Kirche beim Begräbnis von Selbstmördern geordnet.

Das Begräbniswesen hat aber auch eine polizeiliche Seite, welche in denjenigen Strafbestimmungen zum Ausdruck kommt, welche das Reichs-Strafgesetzbuch in § 367, 1 u. 2 (R. G. Bl. 1876 S. 114) und das Braunschweigische Polizei-Strafgesetzbuch in § 4 (G. u.

B. G. 1899 S. 233) enthalten. Der Gemeindevorsteher als Polizeibeamter hat daher darauf zu achten, daß nicht Übertretungen dieser Vorschriften vorkommen, also: heimliche, zu frühzeitige oder zu späte Beerdigungen, ferner Beerdigungen ohne Erlaubnis des Gerichts, wenn es sich um Personen handelt, deren Tod durch eine strafbare Handlung herbeigeführt ist, Beerdigungen außerhalb des eigentlichen Friedhofs u. dergl.

Zu beachten hat der Gemeindevorsteher auch, daß im allgemeinen jede Beerdigung eines Leichnams auf dem öffentlichen Friedhofe derjenigen Gemeinde zu erfolgen hat, in deren Bezirke der Tod erfolgt ist. Soll aus besonderen Gründen die Beerdigung andernwärts stattfinden, so bedarf es dazu nicht nur der Zustimmung der betreffenden auswärtigen Kirchhofsverwaltung, sondern auch der Genehmigung der Kreisdirektion und eines von dieser ausgestellten *Leichenpasse*s. Über die Ausstellung des Leichenpassees für den Fall, daß der Transport der Leiche mittelst der Eisenbahn erfolgen soll, enthält die Bekanntmachung des Herzogl. Staatsministeriums vom 5. März 1888 (G. u. B. G. Nr. 10 S. 23) nähere Vorschriften.

Hierher gehört auch die Ausnahms-Vorschrift aus L. G. D. § 153: Sind fremde Personen innerhalb einer „Gemarkung“ (L. G. D. § 7) verstorben, so hat deren Beerdigung auf dem Begräbnisplatze einer benachbarten Gemeinde zu erfolgen, nötigenfalls nach Entscheidung der Kreisdirektion.

In § 13 des Gs., betr. die Ordnung der kirchlichen Verhältnisse der Katholiken, vom 29. Dezember 1902 — G. u. B. G. 1903 Nr. 2 S. 3 — findet sich noch die besondere Vorschrift, daß ein sog. „stille Beerdigung“ nachts von katholischen Geistlichen nicht vorgenommen werden darf, ohne daß die Erlaubnis der Ortspolizeibehörde dazu erteilt worden ist.

## § 22.

### Nahrungsmittelpolizei.

#### I. Schlachtvieh- und Fleischbeschau.

Die Schlachtvieh- und Fleischbeschau ist eingeführt durch das Reichsgesetz vom 3. Juni 1900 (R. G. Bl. Nr. 2692 S. 547) und das dazu erlassene Landes-Ausführungs-Gesetz vom 8. Dezember 1902 (G. u. B. G. Nr. 51 S. 269).\*

Als weitere Ausführungsbestimmungen dazu kommen in Betracht

1. folgende Bekanntmachungen des Reichsfanzlers:

- a) betr. gesundheitschädliche und täuschende Zusätze zu Fleisch und dessen Zubereitungen, vom 18. Februar 1902 (R. G. Bl. Nr. 2841 S. 48) zu § 21 des Reichsgesetzes,

---

\* Einen ähnlichen Zweck verfolgte das Landesgesetz, betr. die Untersuchung des Schlachtviehs, vom 29. Mai 1898 (G. u. B. G. Nr. 24 S. 131); dasselbe ist aber überhaupt nicht in Kraft gesetzt, weil sich bald, nachdem es veröffentlicht war, die Gewißheit herausstellte, daß es zu einem bezüglichen Reichsgesetze kommen werde.

b) betr. das Gesetz über die Schlachtvieh- und Fleischschau, vom 10. Juli 1902 (R. G. Bl. Nr. 2889 S. 242) zu verschiedenen Paragraphen des R. G.,

c) enthaltend die Ausführungsvorschriften des Bundesrats, vom 30. Mai 1902 (Beilage zu Nr. 22 des Zentralblattes für das Deutsche Reich 1902 S. 115) und zwar:

- A. Untersuchung und gesundheitspolizeiliche Behandlung des Schlachtviehs und Fleisches bei Schlachtungen im Inlande;
- B. Prüfungsvorschriften für die Fleischbeschauer;
- C. Gemeinfaßliche Belehrung für Beschauer, welche nicht als Tierarzt approbiert sind;
- D. Untersuchung und gesundheitspolizeiliche Behandlung des in das Zollinland eingehenden Fleisches;
- E. Prüfungsvorschriften für die Trichinenbeschauer;
- F. Verzeichnis der Einlaß- und Untersuchungsstellen für das in das Zollinland eingehende Fleisch.

2. folgende Bekanntmachungen Herzogl. Staatsministeriums:

- a) betr. die Schlachtvieh- und Fleischschau bei Schlachtungen im Inlande, vom 13. Mai 1903 (G. u. B. S. Nr. 27 S. 139) und
- b) betr. die Untersuchung und gesundheitspolizeiliche Behandlung des in das Zollinland eingehenden Fleisches, vom 19. August 1903 (G. u. B. S. Nr. 53 S. 441).\*

Der hauptsächlich wichtige Inhalt der vorstehend aufgeführten Bestimmungen ist folgender: Rindvieh, Schweine, Schafe, Ziegen, Pferde, Esel, Maultiere, Maulesel und Hunde, deren Fleisch zum Genuße für Menschen verwendet werden soll, unterliegen vor und nach der Schlachtung einer amtlichen Untersuchung (R. G. § 1 Abs. 1 und B. d. Reichskanzlers vom 10. Juli 1902). Wenn zu befürchten steht, daß das Tier bis zur Ankunft des zuständigen Beschauers verenden oder das Fleisch durch Verschlimmerung des krankhaften Zustandes wesentlich an Wert verlieren werde oder wenn das Tier infolge eines Unglücksfalls sofort getötet werden muß (Motschlachtung), darf die Untersuchung vor der Schlachtung unterbleiben (R. G. § 1 Abs. 2 u. 3). Wegen der Hauschlachtungen hat das Reichsgesetz (§ 2) bestimmt: „Bei Schlachtieren, deren Fleisch ausschließlich im eigenen Haushalte des Besitzers verwendet werden soll, darf, sofern keine Merkmale einer die Genußtauglichkeit des Fleisches ausschließenden Erkrankung zeigen, die Unter-

\* 1. Ein auf Staatskosten angefertigtes Handbuch, welches die sämtlichen die Schlachtvieh- und Fleischschau betreffenden Bestimmungen, soweit sie für die Ortsbehörden von Belang sind, enthält, ist den Gemeindevorstehern im Auftrage Herzogl. Staatsministeriums durch die Kreisdirektionen zugestellt.

2. Bei der Bezeichnung der einzelnen Gesetze und Ausführungsvorschriften werden im Folgenden nachstehende Abkürzungen gebraucht: R. G. = Reichsgesetz; L. G. = Landesgesetz; B. B. (A. B.) = Ausführungsvorschriften des Bundesrats vom 30. Mai 1902, vergl. oben bei Ziff. 1 c; A. B. = Bekanntmachung des Staatsministeriums vom 13. Mai 1903, vergl. oben bei Ziff. 2 a.



suchung vor der Schlachtung und, sofern sich solche Merkmale auch bei der Schlachtung nicht ergeben, auch die Untersuchung nach der Schlachtung unterbleiben.“ Das Landesgesetz (§ 1) ist jedoch in dieser Beziehung weiter gegangen, indem es bestimmt: „Der Untersuchung nach der Schlachtung unterliegen Rindvieh, Schweine, Schafe und Kälber, deren Fleisch ausschließlich im eigenen Haushalte des Besitzers verwendet werden soll, auch sofern sich bei der Schlachtung keine Merkmale einer die Genußtauglichkeit des Fleisches ausschließenden Erkrankung ergeben haben.“ Als „eigener Haushalt“ im Sinne dieser Vorschriften ist jedoch ein Anstalts-Haushalt und der Haushalt der Schlachter, Fleischhändler, Gast-, Schenk- und Speisewirte nicht anzusehen (R. G. § 2 Abs. 3).

Zur Vornahme der Untersuchungen werden von der Kreisdirektion *Beschaubezirke* gebildet und für jeden Bezirk die erforderlichen *Beschauer* und stellvertretenden *Beschauer* widerruflich bestellt, nämlich *Orts-Fleischbeschauer* und — wenn zu *Orts-Fleischbeschauern* nicht approbierte Tierärzte bestellt sind — auch tierärztliche *Ergänzungs-Fleischbeschauer* und zwar letzteres deshalb, weil nach den weiteren *Beschauvorschriften* *Laien-Fleischbeschauer* in vielen Fällen nicht befugt sind, ein endgültiges Urteil über ein Schlachtthier abzugeben, die Entscheidung vielmehr einem Tierarzte überlassen müssen (R. G. § 5, A. G. § 8, B. B. A. § 3, A. B. §§ 1—8, 33—35, 37—51).

Die Kosten der Schlachtvieh- und Fleischbeschau, insbesondere auch die Kosten der Ausrüstung der Fleischbeschauer mit den vorgeschriebenen Gerätschaften, Drucksachen und Farbensiegeln fallen den Gemeinden zur Last (A. G. § 9, A. B. §§ 31 u. 32), jedoch können von den Gemeinden *Beschau-Gebühren* erhoben werden, deren Festsetzung, wenn nicht im Wege des Ortsstatuts, durch die Kreisdirektion nach Anhörung des Kreis Ausschusses erfolgt (A. G. § 9).

Damit die Beschau auch wirklich vorgenommen werde, ist vorgeschrieben, daß derjenige, welcher eins der in Frage kommenden Schlachtthiere schlachten oder schlachten lassen will, dies bei dem zuständigen *Beschauer* frühzeitig anmelden muß (B. B. A. §§ 1 u. 2, A. B. §§ 9 u. 10).

Sehr eingehende Vorschriften sind erlassen über die Ausführung der Beschau selbst und dasjenige, was mit dem untersuchten Schlachtthiere bzw. Fleische je nach dem Ausfalle der Beschau zu geschehen hat (R. G. §§ 6—11, B. B. A. §§ 6—45, A. B. §§ 11—23). Diese Vorschriften nebst der „gemeinsamen Belehrung“ für *Laien-Fleischbeschauer* (B. B. C.) sind für die Fleischbeschauer bei Ausübung ihres Berufs das wichtigste. Von der Untersuchung vor der Schlachtung, der Schlachtviehbeschau, und von der Untersuchung nach der Schlachtung, der Fleischbeschau, wird in gesonderten Abschnitten gehandelt und insbesondere ist die Anweisung über das in verschiedenen Einzelfällen weiter zu beobachtende Verfahren zu entnehmen aus folgenden Bestimmungen, nämlich

für den Fall, daß die Fleischbeschau zur Beanstandung nicht führt, aus R. G. § 8, B. B. A. § 11 und A. B. § 14;

für den Fall, daß die Fleischbeschau die Genußuntauglichkeit von Fleisch ergibt, aus R. G. § 9, B. B. A. §§ 33, 36 u. 45 und M. B. §§ 17—23;

für den Fall, daß die Fleischbeschau bedingte Tauglichkeit von Fleisch ergibt, aus R. G. §§ 10 u. 11, B. B. A. §§ 37 bis 39 u. 41, M. G. §§ 5—7).

Besonders erwähnt werden muß hierbei noch, daß die Gemeinden berechtigt sind und unter Umständen von der Kreisdirection dazu angehalten werden können, für Fleisch, welches zwar zum Genuße für Menschen tauglich, jedoch in seinem Nahrungs- und Genußwerte erheblich herabgesetzt (minderwertig) oder welches zum menschlichen Genuße nur bedingt tauglich ist, besondere Verkaufsstellen (Freibänke) einzurichten (M. G. §§ 4—7).

„Der Beschauer hat das Ergebnis der Untersuchung an dem Fleische kenntlich zu machen“ (R. G. § 19); er führt zu diesem Zwecke eine Reihe von Farbestempeln, welche in der Form von einander verschieden sind, je nachdem damit das untersuchte Fleisch als tauglich, im Nahrungs- und Genußwerte erheblich herabgesetzt, bedingt tauglich oder untauglich bezeichnet werden soll. Für das Fleisch von geschlachteten Einhufern und Hunden sind noch besondere Stempel eingeführt (B. B. A. §§ 42—44, M. B. §§ 19—21). —

Weiter handelt dann das R. G. noch von der Einfuhr von Fleisch in das Zollinland (§§ 12—17 mit B. B. D. und den Landes-Ausführungs-Bestimmungen vom 19. August 1903), von der Beschau und der Verwendung des Fleisches von Einhufern (R. G. § 18), von dem Verfahren mit Fleisch von auswärts, aber innerhalb des Reichs geschlachteten Tieren (R. G. § 20), von der gewerbmäßigen Zubereitung von Fleisch (R. G. § 21 und Reichskanzler-B. v. 18. Februar 1902) und von Strafbestimmungen (R. G. §§ 26—29). —

Es wird im gewöhnlichen Laufe der Dinge nicht nötig sein, daß der Gemeindevorsteher sich in alle diese, zum Teil sehr weitläufigen Bestimmungen einarbeitet und vertieft, sie sind in erster Linie für den Fleischbeschauer wichtig, und daß dieser sie, soweit sie ihn angehen, beachtet und befolgt, dafür ist nicht der Gemeindevorsteher verantwortlich, denn die allgemeine und die fachmännische Beaufsichtigung des Fleischbeschauers liegt nicht ihm ob, sondern vielmehr der Kreisdirection und dem Kreistierarzte (B. B. A. § 48, M. B. §§ 33—35). In manchen Dingen zwar wird der Gemeindevorsteher von der Kreisdirection zu Rate gezogen und in Tätigkeit gesetzt werden z. B. wenn es sich um Bildung der Beschaubezirke, um Bestellung eines neuen Fleischbeschauers, um Aufbringung der Kosten der Schlachtvieh- und Fleischbeschau handelt; auch kann der Gemeindevorsteher in die Lage kommen, selbständige Erwägungen z. B. darüber anzustellen, ob es geraten ist, für seine Gemeinde eine Freibank einzurichten. Jedenfalls aber hat der Gemeindevorsteher als Ortspolizeibeamter in einer Reihe von Angelegenheiten selbständig tätig zu werden,

welche wichtig genug sind und häufig genug vorkommen werden, um hier noch besonders erwähnt zu werden.

1. Ist der Fleischbeschauer und auch dessen Stellvertreter verhindert, eine beantragte Beschau vorzunehmen, so ist der Gemeindevorsteher befugt, den Fleischbeschauer eines benachbarten Beschaubezirks für den Einzelfall als stellvertretenden Beschauer zuzulassen (A. B. § 3).

2. Findet der Fleischbeschauer nötig, eine beabsichtigte Schlachtung zu verbieten oder nur unter Vorbehalt zu gestatten (B. B. A. §§ 9 u. 11 Abs. 3), so hat er hiervon nicht nur den Besitzer des Schlachttiers — unter Verweisung an den tierärztlichen Beschauer — zu benachrichtigen, sondern auch dem Gemeindevorsteher Meldung zu machen, und dieser hat dann von Amts wegen darauf zu achten, daß die Zuziehung des tierärztlichen Beschauers erfolgt (A. B. § 15). Ubrigens kann sich der Schlacht tierbesitzer über eine derartige Entscheidung des Fleischbeschauers auch beim Gemeindevorsteher beschweren, in welchem Falle der Gemeindevorsteher die diesbezüglich erlassenen besonderen Vorschriften (A. B. §§ 25 bis 30) sich hat zur Richtschnur dienen zu lassen.

3. Tätig zu werden hat der Gemeindevorsteher jedesmal auch dann, wenn Fleisch vom Fleischbeschauer beanstandet d. h. entweder geradezu für untauglich zum Genuß für Menschen oder doch nur für bedingt tauglich erklärt wird. Sobald dies geschieht, hat der Fleischbeschauer das Fleisch vorläufig zu beschlagnahmen und dem Gemeindevorsteher darüber, daß dies geschehen, Anzeige zu erstatten, worauf dann der Gemeindevorsteher nach Maßgabe der einschlägigen Vorschriften Bestimmung darüber zu treffen hat, wie mit dem Fleische weiter zu verfahren ist (R. G. §§ 9—11 — B. B. A. §§ 41 u. 45 — A. B. §§ 17 u. 22).

4. Gegen alle Entscheidungen und Verfügungen des Gemeindevorstehers steht der Weg der Beschwerde an die Kreisdirection und weiter an das Herzogl. Staatsministerium offen; Klage beim Verwaltungsgerichtshofe ist aber ausgeschlossen. Die durch eine unbegründete Beschwerde entstehenden Kosten hat der Beschwerdeführer, die einer begründeten die Gemeinde zu tragen (A. G. § 12 — B. B. A. § 46 — A. B. §§ 25—30).

## II. Trichinenschau.

Das Reichs-Fleischbeschaugesetz vom 3. Juni 1900 schreibt eine allgemeine Trichinenschau nicht vor; nur für vom Reichsauslande in das Zollinland eingehende Schweinefleisch ist die Untersuchung auf Trichinen vorgeschrieben und eine besondere Anweisung für diese Untersuchung festgelegt (B. B. D. §§ 13 u. 14 und Anlage b); im übrigen erklärt das R. G. (§ 24) landesrechtliche Vorschriften über die Trichinenschau nur für zulässig. Hierauf sich stützend und um die für das Herzogtum im Jahre 1866 über die Trichinenschau erlassenen Bestimmungen mit denen über die Schlachtvieh- und Fleischbeschau in tunlichste Übereinstimmung zu bringen, die Fleischbeschau und die Trichinenschau baldmöglichst in eine Hand zu bringen und diejenigen Erfahrungen zu

verwerten, welche im Laufe von nahezu 40 Jahren mit der ältern Gesetzgebung gemacht sind, — ist Herzogl. Landesregierung an eine Neuabfassung der Vorschriften herangetreten. Solche liegen vor in

dem Gesetze, betr. die Trichinenschau, vom 1. Mai 1905 (G. u. V. S. Nr. 26 S. 119) und

den zugehörigen Ausführungs-Vorschriften vom 10. Mai 1905 (G. u. V. S. Nr. 27 S. 127).

Nach diesem Gesetze unterliegen einer amtlichen Untersuchung auf Trichinen: Schweine, Wildschweine und Hunde, deren Fleisch zum Genuße von Menschen verwendet werden soll (Wildschweine und hausgeschlachtete Hunde zugleich einer solchen auf Finnen), sowie rohes oder zubereitetes Fleisch der genannten Tiere, das aus einem andern deutschen Bundesstaate \* eingeführt wird, sofern es zum Genuße für Menschen verwendet werden soll und nicht bereits einer amtlichen Trichinen- und Finnenschau unterlegen hat (G. § 1).

Zur Vornahme der Untersuchung werden von der Kreisdirektion nach Anhörung der Gemeinden Trichinenschaubezirke gebildet und für jeden derselben mindestens ein Trichinenschauer sowie ein Stellvertreter widerruflich bestellt (G. § 2 — U. V. §§ 1—7). Die Trichinenschauer unterstehen der Aufsicht der Kreisdirektion und des Kreistierarztes (U. V. § 27).

Ist der Trichinenschauer nicht zugleich Fleischbeschauer, so bedarf es zur Herbeiführung der Trichinen- (und Finnen-) Schau einer besonderen Anmeldung beim Trichinenschauer (U. G. § 8) und darf vor der Untersuchung eine Zerlegung des Tieres nicht stattfinden (G. § 4).

Ergibt die Untersuchung, daß das Tier bezw. Fleisch frei von Trichinen bezw. Finnen ist, so hat der Trichinenschauer das Fleisch insoweit für tauglich zum menschlichen Genuße zu erklären und mit dem „Trichinenfrei“-Stempel zu versehen (G. §§ 5 Abs. 1 u. 6 — U. V. § 18).

Wird dagegen durch die Untersuchung das Vorhandensein von Trichinen bezw. Finnen oder auch nur der bloße Verdacht auf Trichinen bezw. Finnen festgestellt, so hat der Trichinenschauer, der nicht approbierter Arzt oder Tierarzt ist, sich zwar wegen des Weiteren für unzuständig zu erklären und den Besitzer an den dazu im voraus bestimmten Tierarzt zu verweisen, zugleich aber das beanstandete Tier bezw. Fleisch vorläufig zu beschlagnahmen und dem Gemeindevorsteher davon Meldung zu machen. Bestätigt sich sodann bei der tierärztlichen Nachuntersuchung das Vorhandensein von Trichinen pp., so ist das Tier bezw. Fleisch mit dem allgemeinen Fleischschau-Untauglichkeitsstempel zu bezeichnen und dem Gemeindevorsteher erneut Meldung zu machen, damit von diesem über das Beschlagnahme der Vorschrift gemäß verfügt werden kann (G. § 5 Abs. 2—4 — U. V. §§ 16, 18 Abs. 3, 22).

---

\* Fleisch, welches aus dem Reichs-Auslande eingeführt wird, unterliegt der durch B. V. D. § 13 angeordneten Trichinenschau.

Die Kosten der Trichinenschau, insbesondere auch die Kosten der Ausrüstung der Trichinenschauer mit Mikroskop, Gerätschaften, Farbenstempeln und Drucksachen fallen den Gemeinden zur Last (G. § 7 Abs. 1 u. 3 — M. B. § 25), jedoch können von den Gemeinden Gebühren erhoben werden, welche, wenn ihre Festsetzung nicht im Wege des Statuts erfolgt, durch die Kreisdirection nach Anhörung des Kreisauausschusses festgesetzt werden (G. § 7 Abs. 2).

Das Gesetz enthält dann schließlich noch Bestimmungen über die in Trichinenschau-Angelegenheiten vorkommenden polizeilichen Verfügungen und dagegen anwendbaren Rechtsmittel (§§ 8—10), über das Verfahren, welches mit dem aus anderen deutschen Staatsgebieten in das Herzogtum eingeführten Fleisch von Schweinen, Wildschweinen und Hunden zu beobachten ist (§ 12) und eine Strafbestimmung (§ 13). —

Da die Trichinenschauer (deren Amt übrigens mit dem der Fleischbeschauer demnächst überall verbunden sein soll: M. B. § 2 Abs. 3), wie die Fleischbeschauer, direkt unter der Aufsicht der Kreisdirection und des Kreis-tierarztes stehen, so beschränkt sich die Tätigkeit des Gemeindevorstehers — abgesehen davon, daß er in der Beaufsichtigung des Trichinenschauers der Aufsichtsbehörde zur Hand zu gehen und ihr etwaige belangreiche Mitteilungen über dessen Geschäftsführung zu machen hat — auf folgende Punkte:

1. Ist der Trichinenschauer und dessen Stellvertreter gleichzeitig an der Ausübung seiner Berufstätigkeit behindert, so kann der Gemeindevorsteher den Trichinenschauer eines Nachbarbezirks für den Einzelfall als stellvertretenden Beschauer zulassen (M. B. § 3).
2. Wenn vom Trichinenschauer bezw. (falls jener ein Laie) vom nachuntersuchenden Tierarzte das Vorhandensein von Trichinen bezw. Finnen festgestellt und das Fleisch deshalb für untauglich zum menschlichen Genuß erklärt ist, so hat der Gemeindevorsteher auf ergangene Anzeige insofern tätig zu werden, als er die unschädliche Beseitigung des beschlagnahmten Fleisches ins Werk zu setzen bezw. zu überwachen hat (G. § 5 — M. B. §§ 16 u. 22).
3. Wird vom Tier- bezw. Fleischbesitzer gegen die die Trichinen- bezw. Finnenhaltigkeit des Fleisches aussprechende Entscheidung des Beschauers Beschwerde an die Kreisdirection verfolgt (G. § 8 Abs. 3), so hat der Gemeindevorsteher dafür zu sorgen, daß das beanstandete Tier bezw. Fleisch bis zur zweiten Untersuchung in tunlichst sicherem Gewahrsam verbleibt (M. B. § 23 Abs. 3).

### III. Verkehr mit Nahrungs- und Genußmitteln und Gebrauchsgegenständen.

Über diesen Verkehr sind folgende reichsgesetzliche Bestimmungen erlassen:

1. G., den Verkehr mit Nahrungsmitteln, Genußmitteln und Gebrauchsgegenständen betr., vom 14. Mai 1879 (R. G. Bl. Nr. 1298 S. 145) mit einem Zusatz vom 29. Juni 1887 (R. G. Bl. Nr. 1730 S. 276),
2. G., den Verkehr mit blei- und zinkhaltigen Gegenständen betr., vom 25. Juni 1887 (R. G. Bl. Nr. 1728 S. 273) mit einem Zusatz vom 22. März 1888 (R. G. Bl. Nr. 1785 S. 114),
3. G., die Verwendung gesundheitschädlicher Farben bei der Herstellung von Nahrungsmitteln, Genußmitteln und Gebrauchsgegenständen betr., vom 5. Juli 1887 (R. G. Bl. Nr. 1731 S. 277) und
4. das Süßstoffgesetz vom 7. Juli 1902 (R. G. Bl. Nr. 2891 S. 253).

Nach dem erstgenannten Gesetze unterliegt der Verkehr mit Nahrungs- und Genußmitteln, sowie mit Spielwaren, Tapeten, Farben, Ess-, Trink- und Kochgeschirr und mit Petroleum einer weitgehenden polizeilichen Aufsicht und ist eine Reihe von empfindlichen Strafen für solche Personen festgesetzt, welche sich einer Übertretung der gegebenen Vorschriften schuldig machen. In den weiteren Gesetzen ist die Verwendung von Blei und Zink, sowie von gesundheitschädlichen Farben in allen möglichen Formen und Arten gleichfalls bei schweren Strafen untersagt.

Zur chemisch-technischen Beurteilung von Nahrungsmitteln, Genußmitteln und Gebrauchsgegenständen sind geprüfte Nahrungsmittel-Chemiker vorhanden, deren Namen und Wohnort vom Herzogl. Staatsministerium bekannt gemacht wird. Über die Prüfung derselben handelt die Bekanntmachung Herzogl. Staatsministeriums vom 20. August 1894 (G. u. V. S. Nr. 34 S. 133). —

Der Gemeindevorsteher wird zwar nur selten in die Lage kommen, diese gesetzlichen Bestimmungen zur Anwendung bringen zu müssen; er hat aber alle den „Beamten der Polizei“ im Nahrungsmittelgesetze vom 14. Mai 1879 eingeräumten weitgehenden Befugnisse, wird deshalb für allen Fall darauf hier wenigstens verwiesen.

Ferner gehört hierher:

5. Das Reichsgesetz, betr. den Verkehr mit Butter, Käse, Schmalz und deren Ersatzmitteln, vom 15. Juni 1897 (R. G. Bl. Nr. 2395 S. 475) mit den dazu erlassenen Ausführungsvorschriften vom 4. Juli 1897 (R. G. Bl. Nr. 2400 S. 591) und 1. März 1902 (R. G. Bl. Nr. 2845 S. 64). Der Milchbutter ähnliche Zubereitungen (Kunstbutter), deren Fettgehalt nicht ausschließlich der Milch entstammt, unterliegen gewissen Verkehrsbeschränkungen, indem teils die Verkaufsstellen, in welchen Kunstbutter feilgehalten wird, mit „Verkauf von Margarine“, teils die Ware bezw. deren Umhüllungen selbst mit „Margarine“ bezeichnet sein müssen. Für die Naturbutter, welche gewerbsmäßig verkauft oder feilgehalten wird, ist in der Ausführungsverordnung von 1902 ein bestimmter Fett- und Wassergehalt vorgeschrieben.

6. Das Reichsgesetz, betr. den Verkehr mit Wein, weinhaltigen und weinähnlichen Getränken, vom

24. Mai 1901 (R. G. Bl. 2763 S. 175) mit seiner bundesrätlichen Ausführungsvorschrift vom 2. Juli 1901 (R. G. Bl. Nr. 2781 S. 257) und der landesgesetzlichen Ausführungsvorschrift vom 9. September 1901 (G. u. B. S. Nr. 46 S. 273) enthalten Bestimmungen darüber, was als erlaubte Behandlung oder Mischung des Weins, was als strafbare Weinverfälschung anzusehen, und wie diese zu bestrafen ist. Zu amtlicher Tätigkeit des Gemeindevorstehers werden diese Vorschriften kaum Anlaß bieten.

## § 23.

### Viehseuchen.

1. Das Reichsgesetz, betr. die Abwehr und Unterdrückung von Viehseuchen, vom 23. Juni 1880 in der Fassung des Reichsgesetzes vom 1. Mai 1894 (R. G. Bl. Nr. 2170 S. 410) mit der zur Ausführung der §§ 19—29 dieses Gesetzes vom Bundesrate erlassenen Ausführungs-Instruktion vom 27. Juni 1895 (R. G. Bl. Nr. 2253 S. 357) und 1. Juli 1897 (R. G. Bl. Nr. 2399 S. 590.)

Dazu aus der Landesgesetzgebung:

- a) die Ausführungs-Verordnung vom 30. März 1881 (G. u. B. S. Nr. 20 S. 75);
- b) die Gesetze, betr. die Entschädigung für getötete Tiere vom 28. März 1881 (G. u. B. S. Nr. 18 S. 63) und vom 29. November 1888 (G. u. B. S. Nr. 56 S. 309);
- c) die Gesetze, betr. die Entschädigung für an Milzbrand oder Rauschbrand gefallene Tiere, vom 28. Mai 1894 (G. u. B. S. Nr. 22 S. 63) und vom 27. Februar 1899 (G. u. B. S. Nr. 11 S. 73).

2. Das Reichsgesetz handelt nach einigen allgemeinen Vorschriften (§§ 1—5) teils von der Abwehr der Einschleppung von Viehseuchen aus dem Auslande (§§ 6—8), teils von der Unterdrückung der Viehseuchen im Inlande (§§ 9—64). Die Vorschriften der letztern Art zerfallen wiederum in „allgemeine“ über Anzeigepflicht, Ermittlung der Seuchenausbrüche und Schutzmaßregeln gegen Seuchengefahr (§§ 9—29), „besondere“ für einzelne Seuchen (Milzbrand, Tollwut, Rost, Maul- und Klauenseuche, Lungenseuche, Pockenseuche, Vesiculäre Seuche und Räude) (§§ 30—52), ferner besondere Vorschriften für Schlachtviehhöfe und öffentliche Schlachthäuser (§§ 53—56) und endlich die Bestimmungen über die Entschädigung für getötete oder nach Vornahme einer polizeilich angeordneten Impfung eingegangene Tiere (§§ 57—64). Schließlich sind noch Strafvorschriften angefügt (§§ 65—67).

Welche der in §§ 19—29 des Gesetzes aufgezählten Schutzmaßregeln gegen Seuchengefahr und wie dieselben bei den verschiedenen einzelnen Seuchen zur Anwendung zu bringen sind, bestimmt die Ausführungs-Instruktion des Bundesrats vom 27. Juni 1895. Dieselbe enthält zugleich als Anlagen je eine „Anweisung für das Desinfektions- und

für das Obduktionsverfahren bei ansteckenden Krankheiten der Haustiere.“ —

Um das Reichs-Viehseuchen-Gesetz im Herzogtume zur Durchführung zu bringen, bedurfte es zunächst der Ausführungs-Verordnung vom 30. März 1881, wodurch die Zuständigkeit der Behörden in Viehseuchen-Angelegenheiten geregelt wurde. Aus derselben ist hier namentlich hervorzuheben, daß es in den Landgemeinden der Gemeindevorsteher („die Orts-Polizeibehörde“) ist, welcher die Anzeige über Seuchenverdacht und Seuchenausbrüche entgegenzunehmen, dieselbe an die Kreisdirection bezw. den Kreis-Tierarzt weiter zu befördern (§ 2 Abs. 3) und die von der Kreisdirection angeordneten Maßregeln zur Ausführung zu bringen hat (§ 2 Abs. 4).

Einer Ergänzung durch die Landesgesetzgebung bedurften die reichsgesetzlichen Bestimmungen ferner insofern, als solche vorbehalten war einerseits in Beziehung auf das in Viehseuchen-Angelegenheiten zu beobachtende Verfahren und über die Bestreitung der durch das Verfahren entstehenden Kosten (R. G. § 2 Abs. 4) und andererseits in Beziehung darauf, wie die für getötete und gefallene Tiere zu zahlende Entschädigung zu ermitteln und festzustellen bezw. von wem sie zu gewähren und wie sie aufzubringen ist (R. G. § 58). Diese Bestimmungen sind durch die Landesgesetze vom 28. März 1881 und 29. November 1888 getroffen und zwar in folgender Weise: :

- A. In welcher Weise der Krankheitszustand eines seuchenverdächtigen Stückes Vieh festzustellen, die dafür zu zahlende Entschädigung zu ermitteln ist, und von wem die Kosten des gesamten Seuche-Verfahrens zu tragen sind, das bestimmen die §§ 4—7 des L. Gs. vom 28. März 1881. Für den Gemeindevorsteher besonders wesentlich hieraus sind die Vorschriften, daß er unter Huziehung des Kreistierarztes und von zwei von den Schiedsmännern, welche vom Kreisausschusse hierzu bestimmt sind, die Ermittlung des Krankheitszustandes und des Wertes des betreffenden Stückes Vieh vorzunehmen, über die betreffende Verhandlung eine Protokoll aufzunehmen und dies an die Kreisdirection einzusenden hat, und daß gewisse Kosten des Verfahrens (§ 6) auf die Gemeindefasse zu übernehmen sind. Wegen des aufzunehmenden Protokolls vergl. Muster Nr. 52 und 53.

Muster  
Nr. 52  
und 53.

Was die am Schlusse dieser Protokoll-Muster erwähnte Entschädigung der Schiedsmänner betrifft, so ist darüber vom Herzogl. Staatsministerium das Folgende bestimmt: Die Schiedsmänner erhalten, wenn die Abschätzung an ihrem Wohnorte oder in einer Entfernung von nicht mehr als 2 km von demselben stattfindet, für ihre Leistungen nach Maßgabe der erforderlichen Zeitversäumnis eine Vergütung von 2 Mark für jede angefangene Stunde, im Höchstfalle jedoch 9 Mark für den einzelnen Tag. Als versäumt gilt für den Schiedsmann auch die Zeit, während welcher er seine gewöhnliche Beschäftigung nicht wieder aufnehmen kann. Findet die Abschätzung in einer Entfernung von



mehr als 2 km vom Wohnorte des Schiedsmanns statt, so erhält der Schiedsmann für die von ihm zu unternehmende Reise, mag solche zu Fuß oder unter Benützung eines Fuhrwerks gemacht werden, neben der Vergütung für Zeitversäumnis auf Verlangen eine *Reisekosten-Entschädigung*, welche im allgemeinen für jedes Kilometer Entfernung des Reiseziels vom Wohnorte — und zwar unter nur einmaliger Berechnung der Entfernung, nicht etwa doppelter wegen Hin- und Rückreise — 40 Pfennig, mindestens aber, auch bei einer Entfernung von weniger als 7,5 km, 3 Mark beträgt. Ist nachweisbar ein größerer Transportkostenaufwand erforderlich gewesen, so ist die Kreisdirektion ermächtigt, auch eine darüber hinausgehende Liquidation nach Maßgabe der ortsüblichen Preise festzustellen. Bei alleiniger Benützung der Eisenbahn ist der Fahrpreis derjenigen Wagenklasse zu vergüten, welche benutzt worden, mit Ausschluß jedoch der I. Wagenklasse. Bei teilweiser Benützung der Eisenbahn sind für die auf andere Weise zurückgelegte Strecke die zuerst gedachten Bestimmungen zur Anwendung zu bringen. Für die Reise nach einem Orte, welcher weniger als 2 km vom Wohnorte des Schiedsmannes entfernt liegt, wird keine Reisekosten-Entschädigung gewährt.

- B. Entschädigung für getötetes oder gefallenes Vieh wird — abgesehen von den in §§ 61—63 des Reichsgesetzes aufgeführten Fällen — überhaupt nur dann gezahlt, wenn ein Stück Vieh auf Anordnung der Kreisdirektion getötet oder nach solcher Anordnung gefallen bzw. wenn Rindvieh unter Genehmigung der Kreisdirektion zum Schutze gegen Lungenseuche geimpft, infolge der Impfung aber gefallen ist. Bestimmte Voraussetzungen für die Entschädigungsleistung im letzten Falle enthält § 3 des Gesetzes vom 29. November 1888. Jede Entschädigung ist aber davon abhängig, daß die *Ab-schä-ung* des getöteten bzw. gefallenen Stückes Vieh *a n O r t u n d S t e l l e* (auf dem betr. Gehöft) vorgenommen und nicht etwa schon vorher der Kadaver beseitigt ist.
- C. Für den Gemeindevorsteher und die von ihm zu entwickelnde Tätigkeit ist es von keinem Belang, daß die Entschädigung, wenn sie überhaupt zu zahlen ist, unter gewissen Umständen ausschließlich aus der Staatskasse, in anderen Fällen aus Mitteln geleistet wird, welche teils durch Zuschüsse aus der Staatskasse, teils durch Beiträge der Pferde- und Rindvieh-Besitzer zusammengebracht werden; dies zu ordnen ist ausschließlich Sache der Kreisdirektion und des Finanzkollegiums. Der Gemeindevorsteher hat aber behufs der für roß-, lungenseuche- und milzbrandkrankes Vieh zu zahlenden Entschädigungen auf jedesmalige ausdrückliche Anordnung der Kreisdirektion den am 1. Oktober jeden Jahres vorhandenen abgabepflichtigen Pferde-, Rindvieh- und Schafbestand nach einem bestimmt vorgeschriebenen Formular aufzunehmen und damit zu verfahren, wie des Nähern in § 2 Abs. 6—9 des Gesetzes vom 28. März 1881, § 2 des Gesetzes vom 29. November 1888 und den Gesetzen vom

28. Mai 1894 Nr. 22 und 27. Februar 1899 Nr. 11 vorgeschrieben ist, hat auch demnächst auf weitere Anordnung der Kreisdirection die auf die einzelnen Pferde-, Rindvieh- und Schaf-Besitzer seiner Gemeinde umgelegten Geldbeiträge einziehen und an die Kreis-kasse abführen zu lassen (§ 2 Abs. 10 u. 11).\*

Eine wesentliche Erweiterung haben die oben angeführten Grund-sätze über die Entschädigungsfälle durch die Landesgesetze vom 28. Mai 1894 (G. u. B. S. Nr. 22 S. 63) und vom 27. Februar 1899 (G. u. B. S. Nr. 11 S. 73) erfahren. Hiernach wird Entschädigung auch gezahlt für Pferde, Rindvieh und Schafe, welche an Milzbrand oder Rausch-brand gefallen sind oder sich nach Tötung als mit solcher Krankheit behaftet erweisen; bei Impf-Milzbrand oder Rauschbrand jedoch nur, wenn die Impfung mit Genehmigung der Kreisdirection und von dem Kreistierarzte bezw. unter dessen Aufsicht von einem anderen approbierten Tierarzte aus-geführt ist. Im übrigen gelten bei den Milzbrandfällen in betreff des Er-mittelungsverfahrens, der Entschädigung pp. dieselben Grundsätze, wie bei den übrigen Viehseuchen; nur erfolgt bei Milzbrand-Schafen sowohl die Feststellung des Krankheitszustandes als auch die Bemessung der zu zahlenden Entschädigung allein durch den Kreistierarzt bezw. durch einen sonstigen approbierten Tierarzt, der von der Kreisdirection zu solchem Ge-schäfte ermächtigt und beeidigt ist.

3. Zur Verhütung der Verbreitung von Seuchen unter den Schweinen ist vom Herzogl. Staatsministerium über den Hausierhandel mit Schweinen auf Grund des § 56 b Abs. 3 R. G. O. und der §§ 20, 27 des Reichs-Viehseuchengesetzes folgendes unterm 6. Januar 1897 ange-ordnet:

#### § 1.

Personen, welche den Handel mit Schweinen im Umherziehen betreiben (Hausierhändler), sind verpflichtet, die in den Verkehr zu bringenden Schweine auf eigene Kosten durch einen beamteten Tierarzt oder einen derjenigen nicht beamteten Tierärzte, welche von den Landespolizeibehörden mit den nach dieser Bekanntmachung erforderlichen Untersuchun-gen betraut worden sind, untersuchen zu lassen.

#### § 2.

Werden die Schweine bei der Untersuchung frei von ansteckenden Krankheiten oder dem Verdachte derselben befunden, so hat der Tierarzt dem Händler hierüber eine Bescheinigung nach dem anliegenden Muster auszustellen.

Die Bescheinigung hat eine Gültigkeitsdauer von fünf Tagen ein-schließlich des Tages der Ausstellung der Bescheinigung. Der Tag, mit welchem die Gültigkeit der Bescheinigung erlischt, ist in derselben aus-drücklich zu vermerken.

---

\* Bei der alljährlich zum 1. Oktober stattfindenden Aufnahme des Pferde- und Rindviehbestandes ist zu beachten, daß sämtliche Tiere bei ihrem Be-such gezählt werden müssen. Es ist also durch ausdrückliche Nachfrage festzu-stellen, ob außer dem zur Zeit eingestellten Vieh noch anderes etwa unterwegs, auf Reisen, auf einer Weide, auf einem Markte oder dergl. vorhanden ist; und auch solches Vieh ist mitzuzählen. Vieh dagegen, welches nicht zu einer im Ge-meindebezirke belegenen Wirtschaft gehört und nur vorübergehend dort anwesend ist, ist nicht mitzuzählen.

§ 3.

Stellt der Tierarzt bei den zur Untersuchung gebrachten Schweinen Erscheinungen des Rotlaufs, der Schweinepeste (Schweinepest), der Maul- und Klauenseuche oder einer anderen Seuche oder den Verdacht einer Seuche fest, so hat derselbe von dem Ergebnisse seiner Untersuchung der zuständigen Orts- und Landespolizeibehörde sofort Anzeige zu erstatten und die vorläufige Absperrung der kranken oder verdächtigen Schweine zu veranlassen. (Vergl. auch § 11 der Bekanntmachung des Herzoglichen Staatsministeriums vom 14. November 1895; Nr. 324 der Braunschweigischen Anzeigen vom 23. November 1895.)

§ 4.

Die im § 1 bezeichneten Händler haben auf ihren Geschäftsreisen ein nach Muster der Anlage 2 eingerichtetes Kontrollbuch bei sich zu führen, in welchem genaue Angaben über die Zahl, die Herkunft und den Verbleib der von ihnen in den Handel gebrachten Schweine zu machen sind.

§ 5.

Der Verkauf von Schweinen in einer Ortschaft darf erst dann erfolgen, wenn der Händler das Kontrollbuch nebst der tierärztlichen Gesundheitsbescheinigung (§ 2) der Ortspolizeibehörde vorgelegt und diese im Kontrollbuche vermerkt hat, daß die Angabe der Anzahl der eingeführten Schweine geprüft und für richtig befunden ist.

§ 6.

Auf Verlangen der Polizeibehörden, der Gendarmen und der mit der Untersuchung (§ 1) betrauten Tierärzte hat der Händler oder dessen Vertreter das Kontrollbuch jederzeit vorzuzeigen.

§ 7.

Das Treiben von Schweinen zum Zwecke des Hausierhandels ist untersagt. Der Transport der Schweine darf nur zu Wagen stattfinden. Die Landespolizeibehörden sind befugt, auf Antrag ausnahmsweise das Treiben von Schweinen unter den von ihnen für erforderlich erachteten Bedingungen zu gestatten.

§ 8.

Das gewerbmäßig zur Beförderung von Schweinen benutzte Fuhrwerk ist nach jedesmaligem Gebrauche, d. h. nach beendeter Ausladung eines Schweinetransports gründlich zu reinigen und mit Kalkmilch zu desinfizieren. Das auf dem Fuhrwerk befindliche Streumaterial ist zu verbrennen.

§ 9.

Die Inhaber von Stallungen oder sonstigen Räumlichkeiten, in welche die in § 1 bezeichneten Händler ihre Schweine einstellen, haben den Beamten oder amtlich beauftragten Tierärzten den Zutritt zu den Ställen zum Zweck der Untersuchung der eingestellten Schweine, der Stallräume und Stallgerätschaften jederzeit zu gestatten und, wenn an einer Seuche erkrankte oder derselben verdächtige Schweine eingestellt gewesen sind, nach deren Abtriebe eine gründliche Desinfektion der Stallräume und Stallgerätschaften nach Anordnung des Beamten oder amtlich beauftragten Tierarztes herbeizuführen.

§ 10.

Zuwiderhandlungen gegen vorstehende Bestimmungen werden, sofern nicht nach den bestehenden Gesetzen, insbesondere nach § 328 des Reichsstraf-Gesetzbuches eine höhere Strafe vermerkt ist, nach § 66 Ziffer 4 des Reichs-Viehseuchengesetzes und § 148 Ziffer 7a der Reichsgewerbeordnung mit Geldstrafe bis zu 150 M. und im Unvermögensfalle mit Haft bestraft.

§ 11.

Diese Bestimmungen treten am 1. März d. J. in Kraft.

Der Gemeindevorsteher hat sich also von jedem Schweinehändler, der in den Ort kommt, dessen Kontrollbuch nebst Gesundheitsbescheinigung vor dem Verkaufe von Schweinen vorlegen zu lassen und zutreffendenfalls in die mit „Revisionsvermerk“ bezeichnete Spalte des Kontrollbuchs die Worte „geprüft und richtig befunden“ einzutragen und durch Beifügung des Gemeindefiegels zu beglaubigen.

4. Es ist bereits in vorstehendem zutreffendenorts auf Einiges hingewiesen, was der Gemeindevorsteher in Viehseuchenangelegenheiten zu besorgen hat. Weiter sei noch folgendes bemerkt:

A. Die Verpflichtung der Viehbesitzer zur Anzeige beim Gemeindevorsteher und die des letzteren zur Weitergabe der Anzeige an die Kreisdirektion und den Kreistierarzt bezieht sich in erster Linie und unbedingt auf die im Reichs-Viehseuchengesetze besonders behandelten Seuchen, nämlich: Milzbrand, Tollwut, Ross, Maul- und Klauenseuche, Lungenseuche, Pockenseuche, Geschälseuche und Räude; ist aber durch Anordnung Herzogl. Staatsministeriums auch auf die unter dem Namen Influenza begriffenen Pferdekrankheiten (Brustseuche, Pferdepest und Salma) ausgedehnt und erstreckt sich seit Erlaß der Bekanntmachung des Reichskanzlers vom 23. Oktober 1895 (R. G. Bl. Nr. 2269 S. 447) auch auf die Schweineseuche, die Schweinepest und den Rotlauf der Schweine und seit Erlaß der Bekanntmachungen vom 16. und 17. Mai 1903 (R. G. Bl. Nr. 2966 u. 2967 S. 223 u. 224) auch auf die Hühnerpest und die Geflügelcholera. In Beziehung hierauf sind vom Herzogl. Staatsministerium weitere Ausführungs-Vorschriften erlassen und zwar

a) wegen der Schweineseuche pp.\* unterm 14. November 1895: durch die Braunschweigischen Anzeigen die folgende:

#### § 1.

Der Besitzer von Schweinen ist verpflichtet, von dem Ausbruch der Schweineseuche (Schweinepest) und des Rotlaufs unter seinem Schweinebestande und von allen Erscheinungen bei demselben, welche den Ausbruch einer solchen Krankheit befürchten lassen \*\*, der Ortspolizeibehörde sofort Anzeige zu erstatten und die erkrankten und verdächtigen Tiere derart abzusondern, daß die Gefahr der Ansteckung fremder Tiere fern gehalten wird.

Die gleichen Pflichten liegen demjenigen ob, welcher in Vertretung des Besitzers der Wirtschaft vorsteht, ferner bezüglich der auf dem Transporte befindlichen Tiere den Begleitern derselben und bezüglich

\* Entschädigung wird für Schweine, welche an Schweineseuche, Schweinepest oder Rotlauf eingehen oder infolge von Schutzimpfung verenden, nicht gezahlt. Die Schutzimpfung gegen Rotlauf mit Impfstoff aus dem „Laboratorium Pasteur“ in Stuttgart gilt für gefährlich.

\*\* Zu den Erscheinungen, welche den Ausbruch der Seuche befürchten lassen, ist es zu rechnen, wenn aus einem Schweinebestande innerhalb 14 Tagen mehr als ein Schwein stirbt oder nützlichlos gemacht werden muß.

der in fremdem Gewahrsam befindlichen Tiere dem Besitzer der betreffenden Gehöfte, Stallungen, Koppeln oder Weiden.

Zur sofortigen Anzeige sind auch die Tierärzte und alle diejenigen Personen verpflichtet, welche sich gewerbmäßig mit der Ausübung der Tierheilkunde beschäftigen, desgleichen die Fleischbeschauer und Abbeder, wenn sie, bevor die in Absatz 1 vorgeschriebene Anzeige erstattet ist, beziehentlich ein polizeiliches Einschreiten stattgefunden hat, von dem Ausbruch der Schweinepeste (Schweinepest) oder des Rotlaufs der Schweine oder von Erscheinungen, welche den Verdacht eines solchen Seuchenausbruches begründen, Kenntnis erhalten.

### § 2.

Die Ortspolizeibehörde hat von der erfolgten Anzeige oder, wenn sie auf einem anderen Wege von dem Ausbruch einer der in Rede stehenden Seuchen oder dem Verdachte eines Seuchenausbruches Kenntnis erhalten hat, sofort der Landespolizeibehörde Mitteilung zu machen, welche alsbald den Kreis- tierarzt behufs Feststellung des Tatbestandes an Ort und Stelle entsendet. Eine wiederholte Abordnung des Kreistierarztes an einen und denselben Seuchenort zwecks Feststellung weiterer Seuchenfälle ist nicht erforderlich.

### § 3.

Ist nach der Erklärung des Kreistierarztes der Ausbruch der Schweinepeste (Schweinepest) oder des Rotlaufs festgestellt oder begründeter Verdacht eines Seuchenausbruches vorhanden, so hat für den ersten Fall der Kreistierarzt und bei dem Auftreten weiterer Seuchenausbrüche in dem Seuchenorte die Ortspolizeibehörde die Anstedsungsquelle, sowie ferner zu ermitteln, ob und wohin in den letzten 14 Tagen Schweine aus dem verseuchten Gehöfte ausgeführt worden sind, und das Ergebnis der Landespolizeibehörde zu berichten. Ebenfalls hat die Ortspolizeibehörde für die Anbringung einer den Seuchenausbruch bezeichnenden deutlichen Inschrift am Haupteingangstore des Seuchengehöftes Sorge zu tragen.

### § 4.

Der erstmalige Seuchenausbruch in einer bis dahin seuchenfreien Ortschaft ist von der Ortspolizeibehörde auf ortsübliche Weise in der Gemeinde und von der Landespolizeibehörde in den Braunschw. Anzeigen zur öffentlichen Kenntnis zu bringen.

### § 5.

Die kranken und verdächtigen Tiere unterliegen der Gehöft- bzw. Stallsperrre. Personen, welche nicht mit der Pflege und Wartung betraut sind, ist der Zutritt zu den abgesperrten Tieren zu verbieten. Desgleichen ist der Besitzer oder dessen Vertreter gehalten, dafür zu sorgen, daß fremde Schweine nicht auf das Seuchengehöft kommen. Als verdächtig gelten alle Schweine, welche mit einem kranken Tiere in demselben Gehöft oder derselben Herde sich befinden oder in den letzten 14 Tagen, wenn es sich um Rotlauf, bzw. 4 Wochen, wenn es sich um Schweinepeste (Schweinepest) handelt, befunden haben.

### § 6.

Die Ausfuhr verdächtiger Tiere zum Zweck sofortiger Abschachtung kann durch die Landespolizeibehörde gestattet werden: nach benachbarten Ortschaften mittelst Wagen, welche dicht schließen und ein Herausfallen tierischer Auswurfstoffe nicht gestatten, sowie unter der gleichen Bedingung nach in der Nähe liegenden Eisenbahnstationen behufs Weiterbeförderung nach

öffentlichen Schlachthäusern, vorausgesetzt, daß die Tiere diesen Anstalten direkt mit der Eisenbahn oder doch von der Abladestation aus mittelst Wagen von obengedachter Beschaffenheit zugeführt werden.

Eine Berührung mit anderen Schweinen darf auf dem Transporte nicht stattfinden.

Der Polizeibehörde des Schlachtortes ist rechtzeitig von der Zufuhr verdächtiger Schweine Kenntnis zu geben. Das Abschachten hat unter polizeilicher Aufsicht zu erfolgen.\*

#### § 7.

Kranke Tiere dürfen nur in dem betreffenden Seuchengehöfte geschlachtet werden, wobei alle diejenigen Vorkehrungen zu treffen sind, welche die Verschleppung der Seuche zu verhindern geeignet sind. Das Fleisch geschlachteter kranker Tiere darf nur in vollständig gekochtem, gepökeltem oder geräuchertem Zustande aus dem Gehöfte abgegeben werden.

#### § 8.

Die Kadaver der an der Seuche verendeten Tiere müssen, soweit nicht eine Auskochung stattfindet, mindestens 1 Meter tief vergraben werden. Das Gleiche hat nach erfolgter Desinfektion mittelst Kaltmilch oder anderer geeigneter Desinfektionsmittel zu geschehen mit den Eingeweiden der geschlachteten Tiere, den Excrementen, dem Blut und anderen Abfällen, sowie dem Dünger und der Streu aus den Seuchestallungen.

#### § 9.

Die Ställe und Standorte der seuchenkranken Tiere, die Stallgeräte, sowie die beim Schlachten und Verscharren der seuchenkranken Tiere benutzten Gegenstände müssen unter polizeilicher Aufsicht nach Angabe des Kreisierarztes desinfiziert werden.

#### § 10.

Gewinnt eine der Seuchen in einer Ortschaft eine größere Verbreitung, so ist durch die Landespolizeibehörde der Seuchenort gegen die Ausfuhr, das Durchtreiben und jede andere Durchführung von Schweinen zu sperren und das gemeinschaftliche Ausstreuen der Schweine zur Weide, sowie die Abhaltung von Schweinemärkten in der verseuchten Ortschaft und deren näheren Umgebung zu verbieten. Die Ausfuhr von gesunden Schweinen aus der gesperrten Ortschaft zum Zwecke sofortiger Abschachtung kann nach den im § 6 getroffenen Bestimmungen gestattet werden.

Eine Entsendung des Kreisierarztes in die verseuchten Orte behufs Überwachung des Vollzugs der angeordneten Schutzmaßregeln erfolgt nach dem pflichtmäßigen Ermessen der Landespolizeibehörde.

#### § 11.

Wird eine der Seuchen in Treibherden oder bei Schweinen festgestellt, die sich auf dem Transporte befinden, so ist von der Ortspolizeibehörde die Weiterbeförderung zu verbieten und die Absperrung der erkrankten und verdächtigen Tiere anzuordnen, sofern nicht der Besitzer die Schlachtung derselben vorzieht. Auf Antrag des Besitzers kann die Weiterbeförderung der verdächtigen Tiere nach den im § 6 getroffenen Bestimmungen gestattet werden.

---

\* Auch Vorstände von Schweineversicherungs-Kassen, welchen statutenmäßig nicht selten das Verfügungsrecht über seucheverdächtige Schweine der Kassenmitglieder zusteht, machen sich strafbar, wenn sie ohne Genehmigung der Kreisdirektion verdächtige Tiere — etwa behufs Abschachtens in einem öffentlichen Schlachthause — ausführen.

Gelangt die Seuche auf einem Schlachthofe zum Ausbruch, so sind die erkrankten und verdächtigen Tiere abzuschlachten. Das Fleisch kranker Tiere darf nur in vollständig durchgekochtem, gepökeltem oder geräuchertem Zustande in den Verkehr gebracht werden.

§ 12.

Die Seuche gilt als erloschen, wenn der ganze verseuchte Bestand geschlachtet oder verendet ist, oder wenn die Tiere vollständig genesen, nach der Genesung des letzten Tieres bei Rotlauf 14 Tage und bei der Schweineseuche (Schweinepest) 4 Wochen verflossen und die erforderlichen Desinfektionsarbeiten vorschriftsmäßig durchgeführt sind. Aber die Ausführung der Desinfektion hat der Kreistierarzt eine Bescheinigung auszustellen.

§ 13.

Das Erlöschen der Seuche ist in der gleichen Weise wie der Ausbruch öffentlich bekannt zu machen.

§ 14.

Zumiderhandlungen gegen die vorstehenden Bestimmungen und die auf Grund derselben erlassenen polizeilichen Anordnungen werden, soweit nicht nach den bestehenden gesetzlichen Bestimmungen eine höhere Strafe verwirkt ist, gemäß § 65, Ziffer 2, §§ 66, Ziffer 3 und 4, sowie § 67 des Reichs-Viehseuchengesetzes vom <sup>23. Juni 1880</sup><sub>1. Mai 1894</sub> bestraft.

b) wegen der Geflügelcholera und der Hühnerpest unterm 3. September 1903 (G. u. V. S. Nr. 56 S. 457).

Durch diese Vorschriften, mit welchen sich der Gemeindevorsteher deshalb besonders genau vertraut machen muß, weil sie von ihm ein selbständigeres Vorgehen verlangen, als dies bei Viehseuchen-Angelegenheiten sonst verlangt wird, ist bedingt, daß der Gemeindevorsteher

1. nachdem ihm der Ausbruch oder der Verdacht der Geflügelcholera oder der Hühnerpest durch Anzeige des Geflügelbesizers oder sonst bekannt geworden, Sorge dafür trägt, daß
  - a) das Geflügel von öffentlichen Wegen und Wasserläufen und für fremdes Geflügel zugänglichen Orten entfernt gehalten,
  - b) verendetes Geflügel unschädlich beseitigt, jedoch
  - c) bei erstmaligem Seuchenausbruch einige Kadaver bis zum Eintreffen des Kreistierarztes behufs Feststellung der Todesursache in einem verschlossenen Behälter aufbewahrt werden (§ 1);
2. sofort den Kreistierarzt zur Feststellung der Seuche zuzieht (§ 2);
3. auf die gutachtliche Erklärung des Kreistierarztes, daß der Ausbruch der Seuche festgestellt sei, die vorgeschriebenen Schutzmaßregeln anordnet und für die Dauer der Gefahr wirksam durchführt (§ 3);

(Diese Schutzmaßregeln sind in den §§ 6—8 beschrieben. Bei Anordnung und demnächstiger Wiederaufhebung derselben hat der Gemeindevorsteher Verfügungen nach den anliegenden Mustern Nr. 54, 55 u. 56 ergehen zu lassen.)

4. die Kreisdirektion von dem Ausbruche der Seuche sofort benachrichtigt und

5. falls die Seuche auf andere Bestände des Ortes übergreift, auch dafür die Schutzmaßregeln ohne weiteres anordnet und davon, daß dies geschieht, den Kreistierarzt benachrichtigt.

Von der Desinfektion und der Wiederaufhebung der Schutzmaßregeln handeln die §§ 12 u. 13; vom Geflügel-Transport die §§ 10—12. Am Schlusse unter B. sind endlich noch Bestimmungen zusammengestellt, welche bei Geflügelausstellungen zu beachten sind.

- B. Die schnelle und möglichst weite Verbreitung der Nachricht vom Ausbruche einer Viehseuche ist eins der wirksamsten Gegenmittel gegen die Weiterverbreitung. Der Gemeindevorsteher soll daher

- a) den in seinem Orte selbst oder in dessen Nachbarschaft erfolgten Ausbruch einer Seuche unverzüglich auf ortszübliche Weise zur Kenntniß der Ortseinswohner bringen;
- b) von jedem ersten Ausbruche von Roß (Wurm), Maul- und Klauenseuche, Lungenseuche und Schweineseuche den Polizeibehörden aller zunächst benachbarten, braunschweigischen sowohl als auch außerbraunschweigischen Ortschaften Mitteilung machen;
- c) eine gleiche Anzeige umgehend auch an die Kreisdirektion und den Kreistierarzt gelangen lassen, und zwar selbst auf telegraphischem Wege, wenn es sich um erstmaligen Ausbruch von Roß, Maul- und Klauenseuche und Lungenseuche, sowie um den Ausbruch von Milzbrand handelt (die Gebühren für derartige telegraphische Depeschen werden auf Antrag von der Kreisdirektion erstattet);
- d) dem Kreistierarzte auch dann sofort Mitteilung machen, wenn sich die Maul- und Klauenseuche auf weitere Gehöfte des Ortes ausdehnt;
- e) bei dem Ausbruche der Maul- und Klauenseuche auf einem in seinem Orte stattfindenden Viehmarke diesen Ausbruch mit größter Beschleunigung den Polizeibehörden derjenigen Orte mitteilen, nach denen von jenem Viehmarke Viehsendungen bereits abgegangen sind.

Im allgemeinen empfiehlt es sich, zu den schriftlichen Benachrichtigungen der vorstehend bezeichneten Art Postkarten zu verwenden, welche in der Art des beiliegenden Musters Nr. 57 mit entsprechendem Bordruck versehen sind und von der Kreisdirektion ausgegeben werden.

Muster  
Nr. 57.

- C. Bekannt machen muß sich der Gemeindevorsteher auch mit den die Viehseuchenanangelegenheiten betreffenden Bestimmungen, denn er muß nicht nur überhaupt wissen, was in dieser Beziehung mit Strafe bedroht ist, sondern er hat auch pflichtmäßig dafür zu sorgen, daß wegen vorkommender Übertretungen dieser Bestimmungen die Schuldigen wirklich zur Strafe gebracht werden (vergl. § 16 S. 67 dieses Wegweisers). Die hier in Frage kommenden Strafbestimmungen finden sich in den §§ 65—67 des



Reichs-Viehseuchengesetzes (R. G. Bl. 1894 S. 425), § 328 des Reichs-Strafgesetzbuchs (R. G. Bl. 1876 S. 103) und § 8 Nr. 8—10 des Braunschw. Polizei-Strafgesetzbuchs (G. u. V. S. 1899 S. 241).

5. Auf „Rinderpest“ findet das Reichs-Viehseuchengesetz vom 1. Mai 1894 keine Anwendung. Diese furchtbarste aller Rindviehkrankheiten ist vielmehr von Reich wegen unter besondere Gesetze gestellt, welche, der größern Gefährlichkeit dieser Seuche entsprechend, gegen dieselbe mit ungleich rücksichtsloseren Mitteln vorzugehen gebieten, die zu leistenden Entschädigungen auf die Reichskasse legen und Übertretungen mit besonders harten Strafen bedrohen.

Vergl. die Reichsgesetze vom

7. April 1869, Maßregeln gegen die Rinderpest betr. (R. G. Bl. Nr. 263 S. 105) und

21. Mai 1878, Zuwiderhandlungen gegen die zur Abwehr der Rinderpest erlassenen Vieh-Einfuhrverbote (R. G. Bl. Nr. 1238 S. 95)

und die dazu erlassene Ausführungs-Instruktion vom

26. Mai 1869 (R. G. Bl. Nr. 298 S. 149) und

9. Juni 1873 („ „ „ „ 938 „ 147).

Vergl. auch die Bekanntmachung Herzogl. Staatsministeriums vom

16. September 1870 (G. u. V. S. Nr. 87 S. 519).

6. Durch § 68 des Gesetzes über die Verwaltungsrechtspflege vom 5. März 1895 (G. u. V. S. Nr. 26 S. 108) ist die Klage beim Verwaltungsgerichtshofe — statt der Beschwerde beim Herzogl. Staatsministerium — für zulässig erklärt bei Meinungsverschiedenheiten über die Aufnahme eines Viehbesizers in das Verzeichnis des abgabepflichtigen Pferde- und Rindviehbestandes und über die Heranziehung einer Privatperson zu den durch angeordnete Schutzmaßregeln verursachten Kosten; letzterenfalls ist die Beschwerde bei Herzogl. Staatsministerium wahlweise zulässig.

## § 24.

### Baupolizei.

1. Die Bauordnung für das Herzogtum Braunschweig vom 13. März 1899 (G. u. V. S. Nr. 25 S. 165) mit zufälligen und abändernden Bestimmungen vom 27. Oktober 1899 (G. u. V. S. Nr. 96 S. 915) und mit den dazu erlassenen Ausführungsbestimmungen vom 7. September 1899 (G. u. V. S. Nr. 77 S. 739), 19. April 1900 (G. u. V. S. Nr. 15 S. 143) und 7. Dezember 1904 (G. u. V. S. Nr. 69 S. 377) handelt in fünf Abschnitten von

- a) der Bauberechtigung und den Bauvorschriften im allgemeinen (§§ 1 u. 2),
- b) dem Baugrunde, den Ortsbauplänen, Straßen und Plätzen (§§ 3 bis 17),
- c) den für die einzelnen Bauten maßgebenden polizeilichen Bestimmungen (§§ 18—70),

- d) den nachbarrechtlichen Bestimmungen (§§ 71—80) und
- e) der baupolizeilichen Genehmigung, der Zuständigkeit der Behörden und dem Verfahren in Bausachen (§§ 81—99).

Besonders einschneidend und wichtig sind von diesen Bestimmungen diejenigen des zweiten Abschnitts, welche den Gemeindebehörden das Recht einräumen, mit Genehmigung der Kreisdirektion einen „Ortsbauplan“ oder „Teil-Ortsbauplan“ festzustellen, durch welche entweder für den ganzen Ort die Straßen und Plätze nach Richtung, Breite und Höhenlage oder auch nur für einzelne Straßen die Straßen- und Baulinien rechtsverbindlich im voraus bestimmt werden. Die Verpflichtung zu solcher Festsetzung ist (§ 5) für den Fall ausgesprochen, daß es infolge von umfassenden Zerstörungen durch Brand pp. um die Wiederbebauung zusammenhängender Grundflächen sich handelt oder die Anlage neuer Straßen und Plätze sonst im öffentlichen Interesse erforderlich wird. Namentlich wo sich eine lebhaftere Bautätigkeit entfaltet, sollten die Gemeinden dies wohl beachten, damit nicht aus der Willkür der Einzelnen später Nachteile für die Gesamtheit erwachsen. Bedenken, welche gegen ein solches Vorgehen etwa deshalb erhoben werden, weil eine Belastung der Gemeindefasse gefürchtet wird, sind um so weniger belangreich, als durch § 13 gleichzeitig das Mittel an die Hand gegeben wird, die Kosten der Ausführung des Ortsbauplanes (d. h. die Kosten des Erwerbs des für die Straßen zu verwendenden Grund und Bodens und des ersten Ausbaues der Straßen) im Wege des Statuts ganz oder teilweise denjenigen aufzuerlegen, deren Grundstücke und Neubauten an den betreffenden neuen Straßenzügen liegen.

Bei der Entwerfung von Ortsbauplänen ebenso wie bei der Entwerfung und Ausführung von Gemeindebauten überhaupt leisten die Herzogl. Baubeamten gewünschtenfalls Hülfe, jedoch hat der Gemeindevorsteher darauf bezüglichen Antrag an den Vorstand, nicht an das Hülfspersonal der zuständigen Herzogl. Bau-Inspektion zu richten.

Was im übrigen bei Bauausführungen polizeilicherseits zu beobachten ist, findet sich insbesondere im dritten Abschnitte der B. O., und hierzu enthält nähere Vorschriften die Ausführungs-Anweisung mit ihren zum Teil sehr eingehenden Bestimmungen über „feuerfichere“ oder „Brandmauern“, Feuerungsanlagen der verschiedensten Art, Schornsteine usw.

Über die zuständigen Behörden und das Verfahren in Bausachen handelt der 5. Abschnitt der B. O., aus welchem hier insbesondere hervorzuheben ist, daß in jeder Gemeinde eine aus dem Gemeindevorsteher als Vorsitzenden und zwei vom Gemeinderate bestehende „Baukommission“ vorzuhanden sein muß, welcher in dem in der B. O. angegebenen Umfange die Handhabung der Baupolizei obliegt (B. O. §§ 82 b, 83, II, 89).

Wichtig nicht sowohl für die Baupolizeibehörde, als vielmehr in erster Linie für den einzelnen Privatmann sind die „nachbarrechtlichen Bestimmungen“ des 4. Abschnitts der B. O. Für die Entscheidung von Streitigkeiten, welche diese Bestimmungen betreffen, sind nicht die Polizeibehörden, sondern die Gerichte zuständig (§ 86); und ist die baupolizeiliche Genehmi-

gung eines Bauwerks von der zuvorigen Erledigung solcher Streitigkeiten nicht abhängig (§ 92 Abs. 2).

Zu den „Bauwerken“, deren Errichtung von der Genehmigung der Kreisdirection abhängig ist, gehören nicht nur die eigentlichen „Gebäude“, sondern auch z. B. Brunnen, Abtritt-, Fauche- und ähnliche Gruben (B. D. §§ 18, 38, 40, 75, 81). Daß auch bezüglich dieser „Bauwerke“ das vorgeschriebene Genehmigungsverfahren streng innegehalten wird, ist insbesondere deshalb nötig, weil erfahrungsmäßig auf dem Lande die Brunnen durch Fauchegruben pp. oft höchst ungünstig beeinflusst werden.

2. Was der Gemeindevorsteher (bezw. die Baukommission) im gewöhnlichen Laufe der Dinge insbesondere zu beobachten hat, besteht in folgendem:

- a) Stets ist Acht darauf zu geben, ob nicht Anlaß zur Feststellung eines Ortsbauplanes oder wenigstens einer Baulinie (B. D. §§ 4 u. 5) vorliegt, wodurch die Straßenverhältnisse des Orts im Interesse des Verkehrs, der Gesundheit pp. verbessert werden könnten.
- b) Desgleichen ist vorkommendenfalls zu prüfen und nötigenfalls der Entscheidung der Kreisdirection zu unterbreiten, ob nicht wegen Auffälligkeit von Gebäuden einzuschreiten sei (B. D. § 21 und P. Str. G. B. § 20 a. E.).
- c) Soll im Orte ein neues Bauwerk aufgeführt oder sollen von einem Hausbesitzer andere bauliche Maßnahmen ins Werk gesetzt werden, zu denen es nach B. D. § 81 einer baupolizeilichen Genehmigung bedarf, so ist nach B. D. § 89 zu verfahren. Außerlich ist darauf zu achten, daß die doppelt einzureichendenaurisse und Lagepläne den Ausführungs-Vorschriften zu § 89 der B. D. (G. u. B. G. 1899 S. 768) vollständig und genau entsprechen, und daß insbesondere die Lagepläne, wenn nicht von einem beeidigten Feldmesser, so doch wenigstens von einem von der Kreisdirection zur Anfertigung von Baulageplänen durch öffentliche Bekanntmachung ausdrücklich zugelassenen beeidigten Werkmeister angefertigt oder beglaubigt, und alle Zeichnungen sowohl vom Werkmeister, als auch vom Bauherrn unterschrieben sind.

Bei Prüfung der Baupläne ist insbesondere zu achten auf die mit dem Bauwerke gegen öffentliche Straßen und Plätze innezuhaltende Baulinie und auf die gegenüber von Nachbargebäuden nach § 31 einzuhaltende Entfernung. Zu diesem Zwecke ist nötigenfalls eine örtliche Besichtigung der Baustelle vorzunehmen und den beteiligten Nachbarn Gelegenheit zu geben, sich über den Bauplan zu äußern. Hat eine Anhörung der beteiligten Nachbarn stattgefunden, so ist das auf der Bauzeichnung oder in dem Schreiben, mit welchem der Bauplan der Kreisdirection zur Genehmigung eingesandt wird, zu erwähnen.

- d) Wenn die der Kreisdirection eingereichten Bauzeichnungen von dieser mit der Genehmigung zurückkommen und dem Bauherrn ausge-

händigt sind, hat der Gemeindevorsteher bezw. die Baukommission darauf zu achten und zu halten, daß bei der Bauausführung die nötigen Vorkehrungen gegen Unglücksfälle getroffen (§ 22) und nicht nur die allgemeinen baupolizeilichen Bestimmungen (§§ 18—70) sondern auch die von der Kreisdirektion bei Genehmigung des Bauplans gestellten besonderen Bedingungen innegehalten werden.

- e) Insbesondere hat der Gemeindevorsteher bezw. die Baukommission nach § 96 vor dem Beginn des innern und äußern Verputzens der Wände mindestens eine Revision des Baues vorzunehmen und demnächst dafür Sorge zu tragen, daß die Vollendung des Baues behufs der Abnahme-Revision vor Inbenutzungnahme desselben der Kreisdirektion vom Bauherrn gemeldet wird. Unter Umständen wird es sich empfehlen, zu den Revisionen den Schornsteinfegermeister oder auch einen Führer oder ein geeignetes sonstiges Mitglied der Feuerwehr zuzuziehen.
- f) Der Bauherr sowohl als auch die ausführenden Werkmeister und Bauhandwerker sind strafrechtlich dafür verantwortlich, daß die baupolizeilichen Vorschriften und Baugenehmigungs-Bedingungen eingehalten werden. Behufs der strafrechtlichen Verfolgung (B. O. § 99 und R. Str. G. B. § 367 Nr. 13—15) hat der Gemeindevorsteher bei der Kreisdirektion Anzeige zu erstatten, sobald Abweichungen von ihm festgestellt werden.

## § 25.

### Feuerpolizei.

Zum Kapitel „Feuerpolizei“ gehört einiges, was bereits an anderen Stellen dieses Wegweisers z. B. in § 11 „Feuerhülfswesen“ und § 19 „Sicherheitspolizei“ erörtert ist. Im übrigen sind hier besonders die Vorschriften in § 16 des Gesetzes, die Bestrafung der Polizeiübertretungen betr., vom 23. März 1899 (G. u. B. S. Nr. 27 S. 251—255) zu beachten, und von diesen sind für den Gemeindevorsteher als Ortspolizeibeamten besonders wichtig die Bestimmungen, wonach

Strohdiemen u. dergl. regelmäßig mindestens 9 Meter von Gebäuden entfernt bleiben müssen (Nr. 6);

Öffnungen in den Außenwänden von Gebäuden nicht mit Stroh u. dergl. verstopft werden dürfen (Nr. 9);

die Schornsteine im Dachraume ringsum wenigstens 1 Meter breit frei und zugänglich erhalten werden sollen (Nr. 10);

in Ställen und Scheunen nicht mit offenem Lichte verkehrt und nicht Tabak geraucht werden darf (Nr. 12);

das Trocknen von Brennholz in den Ofenröhren verboten ist (Nr. 13).

Um Gewißheit zu erhalten, daß die bestehenden feuerpolizeilichen Vorschriften genau befolgt werden, sollen von Zeit zu Zeit auf Veranlassung des Gemeindevorstehers „Feuerrevisionen“ vorgenom-

men werden, worüber das Nähere in § 2 des Gesetzes vom 22. Dezember 1876 (G. u. B. S. 1877 Nr. 3 S. 37) und in § 16<sub>11</sub> des P. Str. G. B. (G. u. B. S. 1899 Nr. 27 S. 254) nachzulesen ist. Die dabei als „Feuer-geschworene“ zuzuziehenden Gemeindeglieder werden vom Gemeinderate nach § 54 L. G. O. gewählt. Der Feuervisitation sein Haus pp. zu öffnen, ist jedermann bei Vermeidung der gesetzlichen Strafe verpflichtet.

Übrigens haben die Kreisdirectionen die Befugnis, die Feuervisitationen in den Landgemeinden auch durch die Gendarmerie oder durch die Amtsbögte vornehmen zu lassen; machen sie von dieser Befugnis Gebrauch, so kommt die bezügliche Obliegenheit des Gemeindevorstehers in Wegfall. —

Hierher gehören auch die das Schornsteinfegen betreffenden Bestimmungen. Jeder Schornsteinfegermeister hat einen von der Kreisdirection festgestellten Rehrbezirk. (Vergl. Ausführungsvorschrift zu R. G. O. § 39: G. u. B. S. 1896 S. 56.) Nach einer vom Herzogl. Staatsministerium unterm 5. September 1899 in den Braunschweigischen Anzeigen erlassenen öffentlichen Bekanntmachung hat das Reinigen der Schornsteine nach den nachstehenden Vorschriften (Rehrordnung) zu erfolgen:

1. Schornsteine, russische Röhren und Rauchfesseln, in welche nur Stubenöfen oder nur eine Küchenherdfeuerung münden, sind zweimal im Jahre zu reinigen.

Die eine Reinigung ist um die Mitte des Winterhalbjahres, die andere im Sommer vorzunehmen.

2. Küchen-schornsteine jeder Art, in welche mehr als eine Küchenherdfeuerung oder neben einer Küchenherdfeuerung noch ein Stubenofen geleitet wird, sind dreimal im Jahre zu reinigen.

Die Reinigungen sind in Zwischenräumen von mehreren Monaten, jedoch so, daß auf das Winterhalbjahr zwei Reinigungen entfallen, vorzunehmen.

3. Schornsteine gewerblicher Anlagen, welche dauernd benutzt werden, sind viermal im Jahre zu reinigen. Die Reinigungen sind gleichmäßig auf das Jahr zu verteilen.
4. In Zweifelsfällen wird die Zahl der vorzunehmenden Reinigungen von der Kreisdirection festgesetzt.

Dieselbe Behörde ist auch befugt, die Zahl der vorzunehmenden Reinigungen erforderlichenfalls über das im Vorstehenden festgesetzte Maß hinaus zu erhöhen.

5. Dampf-schornsteine und diejenigen hohen Schornsteine sonstiger Feuerungsanlagen, deren Reinigung wegen des starken Zugess nicht erforderlich ist, können von der Kreisdirection von der Reinigung befreit werden.
6. Schornsteinreinigungen über das festgesetzte Maß hinaus sind gestattet; die Schornsteinfeger haben bezüglichen Ersuchen Folge zu leisten.

Schornsteinfeger, welche diese Vorschriften nicht befolgen, verfallen nach P. Str. G. B. § 16<sub>4</sub> (G. u. B. S. 1899 S. 252) in Strafe.

Um beurteilen zu können, ob und welchen Einfluß die Vorschriften auf die Häufigkeit von Schornsteinbränden haben, hat der Gemeindevorsteher in jedem Falle eines Schornsteinbrandes, gleichviel ob er schädlich oder unschädlich verlaufen ist, die Entstehungsursache solchen Brandes tunlichst genau zu ermitteln, und über das Ergebnis der Untersuchung an die Kreisdirection zu berichten.

Welche Gebühren die Schornsteinfeger für das Reinigen der Schornsteine zu erheben haben, darüber hat jede einzelne Kreisdirection besondere Bestimmungen (Rehrtaxe) erlassen.

§ 26.

## Straßen- und Wegepolizei.

Straßen- und wegepolizeiliche Vorschriften und Straßandrohungen sind in großer Zahl im R. Str. G. B. § 366 (R. G. Bl. 1876 S. 113) und in §§ 2 und 3 des P. Str. G. Bz. (G. u. B. S. 1899 S. 226) enthalten. Der § 2 des Polizeistraßengesetzbuchs hat durch das Gesetz vom 5. November 1904 (G. u. B. S. Nr. 65 S. 365) eine Abänderung erfahren. Hauptsächlich von Bedeutung sind diese Vorschriften für alle diejenigen, welche mit Fuhrwerk auf öffentlichen Wegen zu verkehren pflegen. Für die Tätigkeit des Gemeindevorstehers kommt aus den Bestimmungen des P. Str. G. Bz. namentlich in Betracht:

daß das Stehenlassen ausgespannter Fuhrwerke auf den Straßen nur statthast ist, wenn der freie Verkehr dadurch nicht gehindert wird, und zur Nachtzeit nur mit Erlaubnis des Gemeindevorstehers (§ 2 A. 6) \*;

daß es nicht statthast ist, von den Einzelgrundstücken auf die Straßen und in die hier befindlichen Gassen, Gräben und Mulden Jauche und Schmutzwasser abfließen zu lassen (§ 2 A. 4 u. § 3<sub>10</sub> — vergl. auch §§ 37 u. 40 der Bauordnung: G. u. B. S. 1899 S. 185);

daß die zulässige höchste Breite einer Wagenladung, welche über gepflasterte oder chaussierte öffentliche Wege geht, 3,50 Meter beträgt (§ 2 B. 9);

daß Fuhrwerke — abgesehen von solchen, welche zu Bestellungs- und Erntezwecken verwandt werden — mit mindestens einer hell leuchtenden Laterne versehen sein müssen, wenn sie sich nach eingetretener Dunkelheit auf öffentlichen Straßen und Wegen bewegen (§ 3<sub>10</sub>);

daß jedes innerhalb des Orts belegene, an die Straße stoßende Grundstück gehörig befriedigt sein und die Befriedigung in gehörigem Stande erhalten werden muß (§ 3<sub>17</sub> — vergl. auch §§ 42 u. 78 der Bauordnung 1899 S. 187);

daß Anschlagzettel und Plakate nur mit Genehmigung des Eigentümers und des Gemeindevorstehers an Privatgebäuden befestigt werden dürfen (§ 3<sub>22</sub>). —

Besondere Vorschriften gibt noch das G., die Breite der Radfelgen und das Gewicht der Wagenladungen bei dem

\* Im Winter 1903/04 ist in X. ein älterer Dorfbewohner dadurch tödlich verunglückt, daß er abends beim Gehen auf der Ortsstraße mit dem Leibe gegen einen dort ohne Beleuchtung stehen gelassenen Aderswagen rannte und dadurch eine seinen baldigen Tod hervorruhende Darmzerreißung erlitt. Der Eigentümer des Wagens ist der fahrlässigen Tötung angeklagt, jedoch wegen besonderer Umstände nur wegen „Übertretung“ bestraft. Der Fall mahnt aber eindringlich zur Anwendung der größesten Sorgfalt beim Stehenlassen ausgespannter Fuhrwerke, da Nachlässigkeit in dieser Beziehung für den Schuldigen (und unter Umständen auch für den Gemeindevorsteher) nicht nur schwere Strafe, sondern auch zivilrechtliche Nachteile (Zahlung einer Invaliditätsrente an den Verletzten pp.) nach sich ziehen kann.

Gebrauche der Kunststraßen betr., vom 7. April 1892 (G. u. B. S. Nr. 16 S. 77). Dasselbe gibt allgemeine Vorschriften über die Radfelgen und deren Breite (mindestens 5 cm), stellt das Ladungsgewicht, welches überhaupt höchstens 7500 kg = 150 Zentner betragen darf, auf höchstens 500 kg = 10 Zentner auf je ein Zentimeter Radfelgenbreite fest, läßt aber Ausnahmehewilligungen zu und gibt bestimmte Vorschriften über die Ermittlung des Ladungsgewichtes; Straf- und andere Bestimmungen machen den Schluß. — Der Gemeindevorsteher tut gut, die Fuhrwerksbesitzer seiner Gemeinde, um sie vor Schaden und Strafen zu bewahren, mit diesen Vorschriften bekannt zu machen.

Über das Befahren öffentlicher Wege mit Lokomobilen vergl. was oben in § 19 bei I. 1. S. 75 angeführt ist.

Wegen der Sicherung von Eisenbahnübergängen in Schienenhöhe gegen die Folgen der Überführung von Dampfpflügen und anderen ungewöhnlich schweren Fuhrwerken vergl. die B. des Eisenbahn-Kommissariats vom 24. August 1894 (G. u. B. S. 36 S. 153).

Vergl. auch, was in § 19 bei VI, VII u. VIII S. 80 u. 81 über Fahrräder, Fuhrwerksbezeichnung und Hundefuhrwerke gesagt ist.

Hier und da ist durch Orts- bzw. Kreis-Statut auch noch eine straßenpolizeiliche Vorschrift des Inhalts erlassen, daß bei Strafe verboten ist, auf öffentlichen Wegen Pflüge anders als auf Wagen oder auf einem mit Rädern versehenen Gestelle (Pflugkarre) fortzuschaffen.

## § 27.

### Wasser- und Flußpolizei.

Wasser- und flußpolizeiliche Bestimmungen enthalten:

- a) Wassergesetz vom 20. Juni 1876 (G. u. B. S. Nr. 64 S. 285);
- b) Polizei-Strafgesetzbuch § 17 (G. u. B. S. 1899 S. 255);
- c) G., flußpolizeiliche Bestimmungen für die Weser und die Eider betr., vom 15. Februar 1884 (G. u. B. S. Nr. 5 S. 9);
- d) Fischereigesetz vom 1. Juli 1879 (G. u. B. S. Nr. 38 S. 363) §§ 39, 40 u. 49, —

Das Wassergesetz enthält zunächst

allgemeine Bestimmungen, die Unterscheidung verschiedener Arten von Gewässern und die Zuständigkeit der Behörden in Wasserangelegenheiten betr. (§§ 1—12); sodann spricht es in einem ersten Abschnitte von

der Erhaltung der öffentlichen Gewässer (§§ 13 bis 37), von

der Veränderung der öffentlichen Gewässer (§§ 38 bis 48) und von

der Erhaltung und Veränderung der Privatgewässer (§ 49). Im zweiten Abschnitte über die Benutzung der Gewässer folgen nach

allgemeinen Bestimmungen (§ 50) solche über Rechts- und Nutzungsverhältnisse in betreff der Ufer, Flußbetten, Anlandungen usw. (§§ 51 bis 55), über

Benutzung des Wassers und Verleihung von Nutzungsrechten (§§ 56—84), über Ableitung des Wassers (Entwässerungsunternehmungen) (§§ 85 u. 86) und über

Benutzung der Privatgewässer (§§ 87—90). Den Schluß bilden endlich nochmals allgemeine Bestimmungen über das Aufsichtsrrecht der Behörden, Straf- und Übergangsvorschriften (§§ 91—95).

Einen grundlegenden Unterschied macht das Wassergesetz zwischen öffentlichen und Privatgewässern. Als „öffentliches Gewässer“ gilt jeder Wasserzug, welcher sich durch mehrere Feldmarken erstreckt und zwar von da an, wo er die zusammenhängenden Besitzungen desjenigen verläßt, auf dessen Grundstücke er entspringt; andere Gewässer sind „Privatgewässer“ (§§ 1—3). Den Orts- und Landespolizeibehörden steht zwar ein Aufsichtsrrecht über sämtliche Wasserzüge, auch die Privatgewässer, zu (§ 91); die Privatgewässer unterliegen aber nach §§ 49 u. 87—90 nicht denjenigen weitgehenden Beschränkungen, wie die öffentlichen. Die „öffentlichen Gewässer“ sind ein der allgemeinen Benutzung unterliegendes Gemeingut (§ 2 Abs. 4 u. § 56) und unterstehen eben deshalb der in der Staatshoheit begründeten Aufsicht (§ 2 Abs. 4, § 4 und § 91). Diese wird von der Kreisdirektion mit Hülfe des Gemeindevorstehers ausgeübt und erstreckt sich theils darauf, daß die Wasserzüge ordnungsmäßig unterhalten bezw. hergestellt werden, theils darauf, daß, wo nicht besondere Nutzungsrechte verliehen sind, kein über den allgemein gestatteten hinausgehender Gebrauch des Wassers stattfindet. Die Unterhaltung der öffentlichen Gewässer erstreckt sich darauf, diese in einem solchen Zustande zu erhalten, daß ein regelmäßiger ungehinderter Abzug des Wassers stattfinden kann, insofern und insoweit sich solches durch Auskauten und Reinigen des Flußbetts, Abböschten und Befestigen der Ufer erreichen läßt (§ 13). Die Verpflichtung zu solcher Unterhaltung — soweit sie nicht den Anliegern obliegt (§ 27) — ruht auf der Gemeinde, deren Bezirk von dem öffentlichen Gewässer berührt wird (§§ 14 u. 15), und die Gemeinde kann sich dieser Verpflichtung auch nicht durch den Einwand entziehen, daß eine andere Gemeinde oder Privatperson statt ihrer die Erfüllung übernommen habe; ihr bleibt nur der Rückgriff auf solche vorbehalten (§ 24). Die durch die Erfüllung der Unterhaltungspflicht erwachsenden Kosten sind aber nicht etwa aus der Gemeindefasse zu bestreiten, sondern ausschließlich von den Grundbesitzern nach Verhältnis ihres Grundsteuerkapitals aufzubringen (§ 20), wenn nicht ein



anderer Verteilungsmaßstab durch ein Gemeinde-Statut (L. G. L. § 4) eingeführt ist (§ 22).

Veränderungen an öffentlichen Gewässern begreifen alles, was über die Arbeiten der gewöhnlichen Unterhaltung hinausgeht, wie Vertiefungen, Erweiterungen, Einengungen, Geradelegungen, Kanalisierungen u. dergl. Solche Veränderungen werden von der Kreisdirektion entweder im öffentlichen Interesse angeordnet oder aber auf Antrag gestattet (§§ 38 u. 48). Bevor zu solchen Veränderungen geschritten werden kann, findet darüber ein genau geordnetes Verfahren vor der Kreisdirektion statt (§§ 39—47), in welchem, wenn die Veränderung angeordnet ist, auch darüber Bestimmung erfolgt, von wem die Kosten zu tragen sind. Bei beantragten Veränderungen fallen die Kosten dem Antragsteller zur Last (§ 48 Abs. 3).

Benutzung der öffentlichen Gewässer und ihrer Ufer ist nur insoweit zulässig, als dieselbe mit der öffentlichen Wohlfahrt übereinstimmt (§ 50 Abs. 1). Ohne weiteres freigegeben ist derjenige ohne besondere Vorrichtungen vorgenommene Gebrauch des fließenden Wassers, durch welchen weder die Beschaffenheit, noch der Lauf des Wassers verändert, noch irgend jemand in seinen Benutzungsrechten gestört wird (§ 56 Abs. 1). Der Erlaubnis des Gemeindevorstehers bedarf es zur Haltung von Booten, Herrichtung von Durchtritten und Durchfahrten, von Viehtränken, Schafwäshen, Badeanlagen und Waschanstalten, sowie zum Einlegen von Fischbehältern (§ 56 Abs. 2). Alle weiter gehenden Benutzungsrechte, mag es dabei auf Ableitung von Wasser aus dem öffentlichen Gewässer oder auf Zuleitung von Wasser zu einem solchen oder auf sonstige dauernde Einrichtung an solchen abgesehen sein, — können nur auf Antrag durch Verleihung seitens der Kreisdirektion erworben werden (§ 50 Abs. 3, § 56 Abs. 3). Auch über solche Anträge findet ein genau geordnetes Verfahren vor der Kreisdirektion statt (§§ 57—86), in welchem die Interessen der Gemeinde durch den Gemeindevorsteher wahrzunehmen sind.

Die Strafbestimmungen fluß- und wasserpolizeilichen Inhalts finden sich — abgesehen von § 92 des Wassergesetzes — in den übrigen im Eingange dieses Paragraphen angeführten Gesetzesstellen.

Was der Gemeindevorsteher in Beziehung auf die Wasser- und Flußpolizei insbesondere zu beobachten hat, besteht in folgendem:

- a) Er hat innerhalb seines Gemeindebezirks darauf zu halten, daß die Grundbesitzer und Inhaber von Stauwerken den ihnen obliegenden Verpflichtungen gehörig nachkommen (§§ 17 u. 27), ihre Befugnisse aber auch nicht überschreiten (§ 91).
- b) Er hat die behufs Erhaltung der öffentlichen Gewässer erforderlichen und der Gemeinde obliegenden Arbeiten (§ 14 Abs. 1) rechtzeitig ins Werk zu setzen (§ 18).
- c) Er hat darauf zu halten, daß ihm von beabsichtigten Erneuerungs- und Umbauten, sowie wesentlichen Ausbesserungen an Stauanlagen, Triebwerken, Brücken pp., desgl. von jeder beabsichtigten dauernden Vorrichtung in fließenden Gewässern oder

an deren Ufern Anzeige gemacht wird, den Empfang solcher Anzeige schriftlich zu bescheinigen und dann sofort der Kreisdirektion weitere Meldung zu machen (§ 26).

- d) Er hat die Interessen der Gemeinde wahrzunehmen, wenn es sich handelt um Feststellung der Befugnisse eines Staubberechtigten durch Setzung eines Markpfahles (§ 30), um eine anzuordnende oder zu gestattende Veränderung an einem öffentlichen Gewässer (§§ 39, 41, 48), oder um die beantragte Verleihung eines Nutzungsrechtes (§§ 60 u. 77).
- e) Er hat zu erwägen und zu entscheiden, ob dem Antrage auf Erteilung von Erlaubnis im Sinne des § 56 Abs. 2 stattzugeben ist, und die hier gedachten Vorrichtungen in öffentlichen Gewässern zu beaufsichtigen.
- f) Auf unbefugte Fluß-Verunreinigungen hat er ein besonderes Augenmerk zu richten (P. Str. G. B. § 17 Nr. 1 u. F. G. § 39), auch das Rotten von Flachs in nicht geschlossenen Gewässern zu verhindern bezw. zur Bestrafung zu bringen (F. G. § 40).

Nach § 52 des Gesetzes über die Verwaltungsrechtspflege vom 5. März 1895 (G. u. B. G. Nr. 26 S. 96) findet Klage beim Verwaltungsgerichtshofe statt gegen die von den Polizeibehörden vermöge ihres Aufsichtsrechts erlassenen Verfügungen und Entscheidungen, auch soweit diese die Aufbringung von Kosten innerhalb der einzelnen Gemeinden betreffen.

## § 28.

# Feld- und Forstpolizei.

## I. Feldpolizei.

Bei dem vorwiegend landwirtschaftlichen Charakter der Landgemeinden ist die Wahrnehmung der Feldpolizei ein wichtiger Teil der polizeilichen Obliegenheiten des Gemeindevorstehers. Er wird dabei zumeist durch sog. „Feldgeschworene“ und wohl überall durch den „Feldhüter“ unterstützt. Feldgeschworene sowohl, als auch Feldhüter werden (wo nicht etwa zur Verwaltung der Interessentenschaftsangelegenheiten eine besondere Einrichtung besteht) vom Gemeinderate gewählt und von der Kreisdirektion beeidigt. Die Feldgeschworenen bekleiden ein Ehrenamt nach § 54 L. G. D.; die Feldhüter sind „Gemeinbediener“ im Sinne der §§ 76 u. 77 L. G. D. Die Feldgeschworenen haben den Gemeindevorsteher bei Ausübung der Feldpolizei mit Rat und Tat zu unterstützen, die Schlichtung von Feldstreitigkeiten sich angelegen sein zu lassen, Gutachten und Schätzungen abzugeben. Der Feldhüter ist Untergebener des Gemeindevorstehers, hat dessen Aufträge auszuführen und die unmittelbare Aufsicht über die Feldangelegenheiten zu führen. Durch § 6 Nr. 1 u. 3 des P. Str. G. B. (G. u. B. G. 1899 S. 237) genießt der Feldhüter einen besonderen Schutz, ist aber auch besonders verantwortlich gemacht.

1. In Ausübung der Feldpolizei hat der Gemeindevorsteher insbesondere auf die ordnungsmäßige Herstellung und Unterhaltung der Feldwege und Feldgräben zu halten (§ 7 der Wegeordnung — G. u. B. G. 1899 S. 533) und ferner darauf zu achten, daß die feldpolizeilichen Vorschriften beobachtet werden, welche in

§ 18 P. Str. G. Bz. (G. u. B. G. 1899 S. 257),

§ 368 2. u. 9, § 370 1 u. 2 R. Str. G. Bz. (R. G. Bl. 1876 S. 116)

enthalten sind, sowie darauf, daß vorkommende Übertretungen solcher Vorschriften zu gerichtlicher Bestrafung gebracht werden. Diese Vorschriften beziehen sich namentlich auf Baumsfrevel, Felddiebstähle, unberechtigtes Weiden mit Vieh (Hütungsfrevel), unbefugtes Betreten fruchttragender Grundstücke, Grenzverletzungen, Raupen u. a. m.

Für den Gemeindevorsteher nicht unwesentlich ist es, Kenntnis zu nehmen von denjenigen Vorschriften, welche über einen etwa erforderlichen Notweg, über Wiederherstellung und Benutzung der Grenzzeichen und über die auf Grenzen stehenden Bäume und Sträucher in §§ 917—924 B. G. B. (R. G. Bl. 1896 S. 353) gegeben sind.

2. Besondere Vorschriften bestehen über das Halten von Feldtauben in den Gesetzen vom 4. Januar 1845 (G. u. B. G. Nr. 4 S. 7) und vom 26. März 1870 (G. u. B. G. Nr. 33 S. 251), sowie im P. Str. G. B. § 18 Nr. 18 (G. u. B. G. 1899 S. 262). Nach dem Gesetze von 1845 ist das Halten von Feldtauben nur demjenigen gestattet, welcher mindestens 25 Mrg. Acker auf der Feldmark seines Wohnorts besitzt, und darf niemand mehr als auf je 5 Mrg. Acker ein Paar und als überhaupt 100 Paar Feldtauben halten; nach dem Gesetze von 1870 aber kann auf dem Wege des Statuts (R. D. § 7 u. L. G. D. § 4) einerseits eine Änderung der 1845 er Bestimmungen herbeigeführt, andererseits auch eine zeitweilige Einsperrung der Feldtauben während der Saat- und Erntezeit angeordnet werden.\*

3. Zum Schutze des Weinbaus ist von Reichs wegen das Gesetz, betr. die Bekämpfung der Reblaus, vom 6. Juli 1904 (R. G. Bl. Nr. 3058 S. 261) und die Verordnung, betr. das Verbot der Einfuhr und der Ausfuhr von Pflanzen und sonstigen Gegenständen des Wein- und Gartenbaus, vom 4. Juli 1883 (R. G. Bl. Nr. 1502 S. 153), hierzu aber vom Herzogl. Staatsministerium eine Ausführungs-Bekanntmachung vom 23. August 1883 (G. u. B. G. Nr. 30 S. 89) erlassen. Hervorzuheben ist aus diesen Bestimmungen, daß Pflänzlinge und Sträucher aller Art, welche aus Pflanzschulen, Gärten oder Gewächshäusern stammen, über die Grenzen des Deutschen Reichs nur unter bestimmten Voraussetzungen ein- und ausgeführt werden dürfen.

Zur Verhütung der Einschleppung der Schildlaus ist die Einfuhr lebender Pflanzen aus Amerika durch Kaiserl. Verordnung

---

\* Wegen der Militär-Brieftauben vergl. § 38 bei E. II. S. 214.

vom 5. Februar 1898 (R. G. Bl. Nr. 2443 S. 5) bis auf weiteres verboten, desgleichen auch die Einfuhr frischen Obstes daher, sofern dasselbe mit Schildlaus befaßt ist.

4. Zum Schutze des Kartoffelbaus gegen die Verbreitung des *Rhododäfers* ist das Gesetz vom 28. März 1878 (G. u. B. S. Nr. 18 S. 99) erlassen, welches jedermann bei Vermeidung von Strafe verpflichtet, von dem Vorkommen jenes Käfers sofort dem Gemeindevorsteher Anzeige zu machen, etwa aufgefundenen Käfer pp. sofort zu töten und die etwaigen näheren polizeilichen Anordnungen zu befolgen. Nähere Anweisungen erteilt vorkommendenfalls die Kreisdirektion.

5. Sehr eingehende Vorschriften gibt die landesherrliche Verordnung, die Vertilgung und Abwendung der *Wucherblume* betr., vom 26. Oktober 1829 (G. u. B. S. Nr. 10 S. 23), welcher in einem Anhange eine Anweisung über die Vertilgung dieses Unkrauts beigelegt, und auf welche im P. Str. G. B. § 18 Nr. 17 (G. u. B. S. 1899 S. 262) verwiesen ist.

6. Das Gesetz, die Vertilgung der Seidenpflanze (*Klee-seide, cuscuta*) betr., vom 25. Juni 1879 (G. u. B. S. Nr. 36 S. 313) ordnet an, daß zur Vertilgung dieses Unkrauts in jeder Gemeinde eine aus dem Gemeindevorsteher und zwei vom Gemeinderate zu wählenden Mitgliedern bestehende Kommission gebildet werden soll, welche wegen Vertilgung dieses Unkrauts das Erforderliche vorzunehmen hat.

7. Derselben Kommission weist das Gesetz, betr. die Vertilgung der *Ackerdistel*, vom 29. November 1888 (G. u. B. S. Nr. 54 S. 305) die Überwachung der Vertilgung auch dieses Unkrauts zu. Der Gemeindevorsteher hat pflichtmäßig darüber zu wachen, daß diese Kommission zusammentritt und die vorschriftsmäßige Tätigkeit entfaltet.

8. Das Gesetz vom 30. Mai 1902 (G. u. B. S. Nr. 23 S. 71) beschäftigt sich mit der Bekämpfung der *Spargelfliege* und des *Spargelrostes* und schreibt vor, daß

- a) junge (bis einschl. 3 jährige) Spargel-Pflanzungen in den Monaten Mai bis August allwöchentlich auf das Vorhandensein von Spargelfliege zu untersuchen, davon befallene Spargelpflanzen bis an die Krone abzuschneiden und sogleich an Ort und Stelle zu verbrennen sind;
- b) das Spargelkraut sämtlicher Spargel-Pflanzungen im Herbst bis spätestens 1. Dezember abzuschneiden und an Ort und Stelle zu verbrennen ist.

Behufs näheren Unterrichts über die genannten beiden Spargelschädlinge ist den Gemeindevorstehern ein darüber vom Kaiserl. Gesundheitsamte herausgegebenes Flugblatt und eine Tafel mit farbigen Darstellungen zur weitem Verbreitung zugefertigt.

Die Durchführung auch dieser gesetzlichen Bestimmungen gehört zu den Amtspflichten des Gemeindevorstehers mit der Seidenpflanze- und Ackerdistel-Kommission. Daneben sind von der Regierung noch sachverständige Personen mit der Überwachung der Ausführung dieses Gesetzes besonders beauftragt.

## II. Forstpolizei.

Weniger von Belang sind für die amtliche Tätigkeit des Gemeindevorstehers die forstpolizeilichen Vorschriften. Mit der Handhabung der Forstpolizei in den herrschaftlichen Forsten hat der Gemeindevorsteher überhaupt nichts zu tun, da die herrschaftlichen Forsten überall besondere Gemarkungen bilden, für welche zumeist die Oberförster als Lokalpolizeibeamte bestellt sind (vergl. §§ 7 u. 152—155 L. G. O.). Dasselbe ist vielfach auch mit Privat-, Gemeinde- und Genossenschaftsforsten der Fall, von welchen weiter unten (§ 42 Nr. 3) die Rede sein wird. Nur insoweit eine Forst zu einem Gemeindebezirke gehört, hat der Gemeindevorsteher darin auch die Forstpolizei zu handhaben.

Die unmittelbare Ausübung der Forstpolizei ist einem Forstaufseher zu übertragen, welcher vom Forsteigentümer, jedoch nur mit Zustimmung des Oberforstamts bezw. Forstamts (G. u. B. S. Nr. 12 S. 65), angenommen werden darf und vor der Kreisdirektion auf die von der Kammer erlassene Dienstinstruktion zu beeidigen ist (vergl. § 31 des Gesetzes, die Ausübung der Forsthoheit und Forstaufsicht über Privatforsten betr., vom 30. April 1861 — G. u. B. S. Nr. 26 S. 121). Der Forstaufseher hat bei Ausübung seines Dienstes als Dienstabzeichen den vor der Kopfbedeckung zu befestigenden Wolfsangel zu tragen (G. u. B. S. 1899 Nr. 79 S. 773), welcher zum Preise von 75 Pfg. von der Firma G. E. Roehll in Braunschweig, Wohlweg 11, bezogen werden kann.

Von der Forstpolizei handeln:

1. das Forststrafgesetz vom 1. April 1879 (G. u. B. S. Nr. 18 S. 207) mit den Ergänzungen vom 25. Juni 1890, das Einsammeln von Waldfrüchten in den Forsten betr. (G. u. B. S. Nr. 29 S. 123) und vom 25. Februar 1895 (G. u. B. S. Nr. 17 S. 49);
2. die Bekanntmachungen der Landes-Justiz-Verwaltung, das Strafverfahren in Forstfrevel-Sachen betr., vom 30. August 1879 (G. u. B. S. Nr. 55 S. 513) und vom 6. September 1890 (G. u. B. S. Nr. 51 S. 227);
3. die Bekanntmachungen Herzogl. Staatsministeriums, die Dienstkleidung für die Beamten und Bediensteten der Herzogl. Forstverwaltung betr., vom 3. September 1896 (G. u. B. S. Nr. 47 S. 289) und 7. Juni 1898 (G. u. B. S. Nr. 26 S. 141).

Alle diese Vorschriften sind von Wichtigkeit weniger für den Gemeindevorsteher, als für den Forstaufseher, für den zugleich als Amtsanwalt in Forstfrevel-Sachen dienenden Oberförster und für das Gericht.

Im zweiten Abschnitte handelt das Forststrafgesetz insbesondere von Forstdiebstahl (§§ 14—19), Beschädigungen am stehenden Holze (§§ 20 u. 21), Weidestrevel (§§ 22—24), Vereitelung von Pfändungen (§ 25), widerrechtlichem Betreten von Forstgrundstücken (§§ 26 u. 27 mit dem Zusatz vom 25. Februar 1895), sonstiger Ungebühr an Forstgrundstücken (§§ 28 bis 30), Ungebühr bei Abfuhr von Holz oder sonstigen Forstprodukten und

bei Ausübung von Nutzungsrechten (§§ 31—38 mit dem Zufaze vom 25. Februar 1895), feuergefährlichen Handlungen in Forsten (§§ 39—40) und den — jedoch nur für die Amtsbezirke Hasselfelde und Walkenried gültigen — besonderen Bestimmungen in betreff der Fabrikation von Bündhölzern (§§ 41—46).

Aus diesen Bestimmungen wird folgendes hier besonders hervorgehoben: § 26 stellt unter Strafe „das Anlegen von Fußwegen auf Forstgrundstücken, sowie jede Art der Benutzung eines durch Warnungszeichen geschlossenen Forstweges, und das Reiten und Fahren in Forsten da, wo überall kein Weg ist.“ Hiernach ist es zwar zulässig, Wege innerhalb der Forsten, die nicht dem freien Verkehr, sondern im wesentlichen den Zwecken der Holzabfuhr zu dienen bestimmt sind, für jede oder eine bestimmte einzelne Benutzungsweise zu schließen; auch kann das Betreten von „Schonungen“ für die Zeit, wo eine Forstkultur nach forsttechnischen Grundsätzen in der Tat gesichert werden muß, rechtswirksam verboten werden; dagegen steht ein allgemeines Verbot, den Wald zu betreten, mit dem Gesetze nicht im Einklang und macht denjenigen nicht straffällig, welcher trotzdem den Wald betritt. Nur durch einen nicht rechtmäßig als „Schonung“ bezeichneten Wald darf jedermann zwar nicht reiten und fahren, aber gehen, wenn es nur nicht in dem Umfange geschieht, daß damit „ein Fußweg angelegt“ wird.

## § 29.

# Jagd und Fischerei.

## I. Jagdrecht.\*

Das Gesetz über die Aufhebung des Jagdrechts auf fremden Grundstücken und die Ausübung der Jagd durch die Grundbesitzer vom 8. September 1848 (G. u. V. S. Nr. 39 S. 147) hebt das Jagdrecht auf fremden Grundstücken auf und macht das Jagdrecht zu einem Ausflusse des Eigentums am Grund und Boden (§ 1). Was in diesem Gesetze weiter vorgeschrieben wird über die Zwangs-Ablösung des Jagdrechts auf fremden Grundstücken (§§ 2—12), war nur vorübergehend von Wichtigkeit; noch heute von praktischer Wichtigkeit sind aber die Grundsätze:

daß eine gesetzliche Verpflichtung zum Er satze von Wildschaden denjenigen Forstbesitzern obliegt, welche Schwarz-, Rot- und Damwild in eingegatterten Forsten hegen (§§ 13 u. 14); \*\*

\* Das vom Staatsanwalt Pöfeler herausgegebene Buch: „Das Jagdrecht und die Jagdgesetze des Herzogtums Braunschweig“ wird allen denjenigen zur Anschaffung empfohlen, welche sich über die auf die Jagd bezüglichen Rechtsfragen näher unterrichten wollen.

\*\* Durch Vereinbarung mit dem Landtage ist die Herzogl. Landesregierung ermächtigt, diejenigen herrschaftlichen Forsten, in denen Rot- und Schwarzwild angetroffen wird, welches erfahrungsmäßig in den angrenzenden Feldern einen derartigen Schaden anrichtet, daß eine Abwendung desselben geboten erscheint,

daß überall das Schwarz-, Rot- und Damwild ausgerottet werden soll, nötigenfalls durch Maßregeln, welche von der Kreisdirektion anzuordnen sind (§§ 14—16);

daß die Ausrottung der Kaninchen eine Pflicht der Jagdinteressenten und ein Recht jedes einzelnen Grundbesizers ist (§ 17);

daß jeder Grundbesizer sein Grundstück einfriedigen und damit der Jagd entziehen darf (§ 19).

Was in den §§ 18 u. 20 des 1848er Gesetzes außerdem noch enthalten war, ist aufgehoben und ersetzt durch

das Gesetz über die Ausübung des Jagdrechts vom 16. April 1852 (G. u. B. S. Nr. 23 S. 237), dessen §§ 7—13 jedoch wiederum durch das Jagdstrafgesetz vom 1. April 1879 Nr. 19 aufgehoben und ersetzt sind und dessen § 5 durch das Gesetz vom 30. März 1896 (G. u. B. S. Nr. 16 S. 97) einen Zusatz erhalten hat. Dieses 1852er Gesetz besagt: Ist auch das Jagdrecht ein Ausfluß des Grundeigentums, so darf doch nur derjenige einzelne Grundbesizer das Jagdrecht auf dem eigenen Grund und Boden selbständig ausüben, welcher eine zusammenhängende Fläche von mindestens 300 Morgen (75 Hektar) besitzt (§ 1); die übrigen Grundbesizer dürfen ihr Jagdrecht nur gemeinschaftlich durch Verpachtung oder Verwaltung (Administration) benutzen (§§ 2—4). Über solche Ausübung oder Vornahme des Jagdrechts haben die sämtlichen beteiligten Grundbesizer (mit Stimmgewicht nach der Größe des Grundbesizes) in einer Versammlung zu entscheiden, zu welcher alle auf ortsübliche Weise geladen sein müssen (§ 5). Gegen einen diesbezüglichen Beschluß steht nach dem Gesetze vom 30. März 1896 unter Umständen eine Beschwerde beim Kreisausschusse offen, welcher dann endgültig entscheidet. An dem Ertrage der Jagdnutzung nehmen sämtliche Grundbesizer der Feldmark nach Maßgabe der Größe ihres Grundbesizes teil (§ 6).

Die im Vorstehenden ange deuteten gesetzlichen Bestimmungen, inso weit sie sich auf den Ersatz von Wildschaden beziehen, sind neuerlich wesentlich geändert durch B. G. B. § 835 (R. G. Bl. 1896 S. 338), das Einführungs Gesetz zum B. G. B. Art. 69—72 (R. G. Bl. 1896 S. 623) und das Landes-Ausführungs Gesetz zum B. G. B. §§ 32—37 (G. u. B. S. 1899 S. 339). Bis dahin war schadenersatzpflichtig nur der Eigentümer von eingegatterten Forsten, jetzt aber jeder Jagdberechtigte; bis dahin wurde nur der Schaden ersetzt, der durch Schwarz-, Rot- oder Damwild verursacht war; jetzt auch der durch Rehe oder Fasane verursacht; und als besonders wichtig für die Verhältnisse der Landgemeinden ist zu beachten, daß nach den angeführten landesgesetzlichen Vorschriften in den verpachteten gemeinschaftlichen Jagdbezirken der Jagdpächter den Wildschaden zu ersetzen hat, und daß Administration eines gemeinschaftlichen

---

auf Staatskosten gegen die Felder mit einem Schutzgatter versehen zu lassen; unter der Voraussetzung, daß die beteiligten Gemeinden den Schutz und die Unterhaltung der angelegten Gatter für einen entsprechenden, mit denselben zu vereinbarenden Zeitraum auf ihre Kosten zu übernehmen sich bereit erklären (Art. 11 des Landtags-Abschlusses des 21. ordentlichen Landtags vom 7. Dezember 1892 G. u. B. S. Nr. 61 S. 527).

selbständigen Jagdbezirks fernerhin nur dann zulässig ist, wenn der Administrator die Verpflichtung zum Erfasse des Wildschadens übernimmt.

Gegen Entscheidungen der Kreisdirektion, betreffend die Bildung und Feststellung der Jagdbezirke, die Verwertung und Ausübung des Jagdrechts und die Qualifikation zu dem Amte eines Jagdadministrators ist Klage beim Verwaltungsgerichtshofe zulässig nach § 54 des Gesetzes über die Verwaltungsrechtspflege vom 5. März 1895 (G. u. B. S. Nr. 26 S. 96).

Der Gemeindevorsteher hat die Versammlungen der Jagdinteressenten zu berufen und zu leiten und überhaupt auf die Innehaltung der gesetzlichen Vorschriften zu halten.

## II. Jagdschutz.

Das Gesetz, die Jagdpolizei-Übertretungen betr. (das Jagdstrafgesetz), vom 1. April 1879 (G. u. B. S. Nr. 19 S. 237) mit der Abänderung vom 16. August 1895 (G. u. B. S. Nr. 51 S. 365) und der zugehörigen Bekanntmachung Herzogl. Staatsministeriums vom 28. April 1879 (G. u. B. S. Nr. 24 S. 269) und das Gesetz über die Kontrolle des Wildtransportes und des Wildhandels vom 7. August 1854 (G. u. B. S. Nr. 43 S. 185) bezwecken den Jagdschutz.

A. Das Jagdstrafgesetz enthält, nach einleitenden allgemeinen strafrechtlichen Bestimmungen (§§ 1—4), im zweiten Abschnitte (§§ 15—17) solche

1. über die Erteilung der Jagdscheine und die Ausübung der Jagd ohne einen solchen (§§ 5—9). Daraus ist hier zu erwähnen, daß die Jagdscheine von der Kreisdirektion ausgestellt (und nötigenfalls wieder entzogen) werden,\* daß die Erteilung kostenfrei erfolgt an die Forstbeamten, die Pächter oder Administratoren von Privat- oder Interessentenjagden, die zur selbständigen Jagdausübung berechtigten Grundeigentümer und eventuell statt dieser an deren Privatförster oder Privatjäger, sofern für solche als Jagdadministratoren Freijagdscheine in Anspruch genommen werden, — daß zur vorschriftsmäßigen Kaninchen-Vertilgung die Lösung eines Jagdscheines nicht erforderlich ist;\*\*
2. über Jagdausübung auf ungesetzliche Weise, an Sonn- und Festtagen, ohne schriftliche Erlaubnis des Jagdberechtigten, während der vorgeschriebenen Schonzeiten, mittels Schlingen, über das Ausnehmen der Eier von jagdbarem

---

\* Gegen eine Entscheidung der Kreisdirektion, durch welche ein beantragter Jagdschein versagt oder ein erteilter Jagdschein wieder entzogen wird, findet nach § 54 des G. über die Verwaltungsrechtspflege vom 5. März 1895 (G. u. B. S. Nr. 26 S. 96) Klage beim Verwaltungsgerichtshofe statt.

\*\* Wilde Kaninchen darf jeder Grundbesitzer auf seinen Grundstücken fangen, töten und behalten, dabei aber Schießgewehre nicht anwenden. Zu solchem Zwecke Gift auszulegen, ist nur mit Genehmigung der Kreisdirektion gestattet (P. Str. G. B. § 5 Nr. 2, G. u. B. S. 1899 S. 234).



Federwild und Rebhühner, über das Umherlaufenlassen von Hund<sup>n</sup> (SS 10—17), Dabei werden in § 14 die Schonzeiten für die einzelnen Wildarten (mit Ausnahme von Schwarz-, Rot- und Damwild, welches überhaupt keine Schonzeit hat) festgestellt, und wird in § 13 auch jedes Feilbieten pp. von Wild während der Schonzeit verboten.

3. im dritten Abschnitte (SS 18—21) über den Jagdschutz und die zu solchem berufenen Personen, insbesondere die von der Kreisdirektion zu beeidigenden Jagdaufseher.\*

Von der eigentlichen Wilddieberei handelt das R. Str. G. B. in SS 292—295 (R. G. Bl. 1876 S. 96); auch kommt § 368<sup>10</sup> u. <sup>11</sup> dieses Gesetzes hier in Betracht. Ebenso wie Wilddieberei wird es bestraft, wenn sich jemand Hirschgeweihe oder Rehbocksgehörne aneignet, welche er in einem fremden Jagdgebiete findet.

B. Das Gesetz über den Wildtransport vom 7. August 1854 schreibt vor, daß, wer Rot-, Schwarz-, Dam- und Rehwild in ganzen Stücken oder zerlegt, sowie Fasanen und Auergeflügel transportiert und daß Wildhändler jederzeit verpflichtet sind, den rechtlichen Besitz des bei ihnen vorgefundenen Wildes nachzuweisen. Dieser Nachweis ist durch eine Bescheinigung zu erbringen, deren Inhalt vorgeschrieben ist (§ 2), und bei deren Ausstellung der Gemeindevorsteher unter Umständen in Tätigkeit treten muß, sei es durch Beglaubigung der Unterschrift des Pächters oder Verwalters der Jagd, in welcher das Wild geschossen ist (§ 1<sup>11</sup>, b), sei es durch Ausstellung einer eigenen Bescheinigung (§ 1 Nr. 3 u. § 4). Ein beispielsweise ausgefülltes Legitimations-Attest dieser Art liegt als Muster Nr. 58 bei; dasselbe ist nicht stempelsteuerpflichtig.

Muster  
Nr. 58.

### III. Vogelschutz.

Reichsgesetz, betr. den Schutz von Vögeln, vom 22. März 1888 (R. G. Bl. Nr. 1784 S. 111) und Landesgesetz, betr. den Schutz nicht jagdbarer Vögel vom 8. Juli 1894 (G. u. B. S. Nr. 29 S. 105).

Das Landesgesetz macht von der Ermächtigung des Reichsgesetzes Gebrauch, zum Schutze der nicht jagdbaren Vögel weitergehende Verbote zu erlassen.

Verboten ist allgemein: das Nest- und Eierausnehmen (R. G. § 1), mit Ausnahme jedoch u. a: der Rebhühner, welche bis 30. April gesammelt werden dürfen (§ 16 des Jagdstrafgesetzes von 1879, G. u. B. S. S. 243); ferner verboten gewisse Arten des Vogelfangs (R. G. § 2) und das Fangen und Erlegen von Vögeln, Feilbieten und Verkaufen von gegen dieses

\* Die Jagdaufseher haben bei Ausübung des Jagdschutzes als Dienstabzeichen eine grüne Tuchmütze nach Art der Militärmütze, vor derselben den Wolfsangel und am linken Oberarm ein Blechschild mit der Bezeichnung „Beeidigter Jagdaufseher“ zu tragen (G. u. B. S. 1899 Nr. 79 S. 773). Diese Dienstabzeichen können zum Preise von 0,75 und 1,50 Mk. von der Firma G. E. Roehl in Braunschweig, Bohlweg 11, bezogen werden.

Verbot erlangten lebenden oder toten Vögeln, während des ganzen Jahres (R. G. §§ 3 u. 4, L. G. § 1). R. G. §§ 6 u. 7 enthalten die Strafbestimmungen.

Ausnahmen hiervon bilden jedoch:

1. das im Privateigentum befindliche Federvieh (R. G. § 8 a);
2. das jagdbare Federwild, auf welches die Jagdgesetze Anwendung finden (R. G. § 8 b);
3. einzelne namentlich aufgeführte Vogelarten (R. G. § 8 c), unter welchen sich auch die in der Zeit vom 21. September bis 31. Dezember dem Fange freigegebenen Kramtsvögel befinden;
4. diejenigen Vögel, welche dem jagdbaren Feder- und Haarwilde und den Fischen nachstellen (R. G. § 5 Abs. 1) und
5. sonstige schädliche Vögel, deren Töten unter bestimmten Umständen von der Kreisdirektion — in den Forsten von der Kammer — gestattet ist (R. G. § 5 Abs. 2, L. G. § 4 Abs. 2). Hierher gehören namentlich auch die Krähen und die Sperlinge. Maßregeln wie die, daß ein Gemeinderat beschließt, zur Verminderung der in übermäßig großer Zahl vorhandenen Sperlinge Geldprämien für die Lieferung von Sperlingsköpfen oder von Sperlingsnestern mit Einer öffentlich auszugeloben und die dazu erforderlichen Mittel der Gemeindefasse zu entnehmen (richtiger noch der Jagdpachtasse, wenn die Jagdinteressenten damit einverstanden), — sind mit Genehmigung der Kreisdirektion zulässig.

#### IV. Fischerei.

Fischereigesetz vom 1. Juli 1879 (G. u. B. S. Nr. 38 S. 363) mit einigen Abänderungen vom 19. Dezember 1889 (G. u. B. S. Nr. 51 S. 309) und der Ausführungsverordnung vom 4. November 1889 (G. u. B. S. Nr. 49 S. 295). Strafbestimmung im R. Str. G. B. § 296 (R. G. Bl. 18767 S. 97). Vergl. auch § 53 des Gesetzes über die Verwaltungsrechtspflege vom 5. März 1895 (G. u. B. S. Nr. 26 S. 96).

Das Fischereigesetz behandelt seinen Geltungsbereich (§§ 1—3), die Einschränkung der Fischereiberechtigung (§§ 4—8), die Fischerei-Genossenschaften (§§ 9—11), die Fischarten (§§ 12—16), die Bezeichnung der zum Fischfang ausliegenden Fischerzeuge (§ 17), die Beseitigung der Hindernisse für den Wechsel der Fische (§ 18), das Verbot schädlicher Fangmittel (§ 19), fischereipolizeiliche Vorschriften (§§ 20—25), Schonreviere (§§ 26 bis 30), Fischpässe (§§ 31—38), Verunreinigung der Fischwasser (§§ 39 u. 40) Abwehr schädlicher Tiere (§§ 41 u. 42), Wasserabschläge und Bewässerungsgräben (§§ 43 u. 44), Beaufsichtigung der Fischerei (§§ 45—47) und Strafbestimmungen (§§ 48—51).

Nach § 45 hat der Gemeindevorsteher bei der Beaufsichtigung der Fischerei mitzuwirken und sich zu solchem Zwecke mit den Bestimmungen des Fischereigesetzes und der dazu erlassenen Ausführungs-Verordnung bekannt zu machen, wenn überhaupt im Gemeindebezirke Fischerei betrieben wird. Zu beachten hat er insbesondere, daß das Recht zur Aus-

übung der Fischerei der politischen G e m e i n d e als solcher überall da zusteht, wo früher jedermann oder wenigstens jedes Gemeindemitglied fischen durfte (§§ 5 u. 6), und daß der Fischfang nicht etwa wiederum für jedermann freigegeben werden darf, sondern von der Gemeinde entweder verpachtet oder selbst verwaltet werden muß (§ 7).

Auf Antrag des Fischereiberechtigten ist im Aufsichtswege darauf zu halten, daß die in den Fischwassern etwa vorhandenen Hindernisse für den Wechsel der Fische beseitigt (§ 18), Fischpässe angelegt (§ 31), schädliche Verunreinigungen des Fischwassers vermieden werden. Dem Fischenden gegenüber ist zu beachten, daß Fischen in dem Reviere eines andern Berechtigten nur mit dessen schriftlicher Erlaubnis (Fischkarte § 12) zulässig ist, ausgelegtes Fischerzeug gekennzeichnet sein muß (§ 17), schädliche Fangmittel verboten sind (§ 19), und daß für alle Fische gewisse Größenvorschriften und Schonzeiten bestehen (§ 20 und Ausführungsverordnung).

Den Fischen sind die Krebse gleich zu achten (§ 2).

Auf sog. geschlossene Gewässer — namentlich künstlich angelegte Fischteiche — finden die meisten Bestimmungen des F. Gs. keine Anwendung.

## § 30.

### Gesindewesen.

Die Gesindeordnung vom 15. Oktober 1832 hat im Laufe der Zeit mehrfache Abänderungen erfahren; insbesondere mußte sie wegen des Bürgerlichen Gesetzbuches vom 18. August 1896 (R. G. Bl. Nr. 2321 S. 195) geändert werden, was mit dem Gesetze vom 12. Juni 1899 (G. u. V. S. Nr. 45 S. 451) geschehen ist. Hiernächst ist die Gesindeordnung in der nunmehr gültigen Fassung unterm 16. August 1899 (G. u. V. S. Nr. 69 S. 695) veröffentlicht.

Die Gesindeordnung handelt in acht Abschnitten von

1. dem Begriffe des Dienstvertrages und den dabei vorkommenden Personen (§§ 1—3),
2. der Eingehung des Dienstvertrages (§§ 4—10),
3. der Aufhebung des Dienstvertrages vor Antretung des Dienstes (§§ 11—14),
4. den Pflichten des Gesindes (§§ 15—19),
5. den Pflichten der Herrschaft (§§ 20—22),
6. der Aufhebung des Dienstverhältnisses nach Antretung des Dienstes (§§ 23—35),
7. allgemeinen Bestimmungen (§§ 36 u. 37) und
8. dem Verfahren in Gesindesachen (§§ 38—40).

Zu beachten ist im allgemeinen, daß unter den Begriff von „Gesinde“ (Dienstboten) nicht etwa alle bei anderen gegen Lohn in Arbeit stehende Personen, sondern nur solche Personen fallen, welche behufs häuslicher oder landwirtschaftlicher Arbeit angenommen sind (Haus- und Landgesinde), mit der Dienstherrschaft die häusliche Gemeinschaft teilen und zu jener überhaupt in einem familienhaften Verhältnisse stehen. Auf dem

Vande sind es also insbesondere nur die eigentlichen Knechte und Mägde, nicht aber die Tagelöhner und sonstigen in einfachem Arbeitsverhältnis stehenden Personen.

Wegen der Krankenversicherung des Gesindes ist durch das Gesetz vom 26. Mai 1896 (G. u. B. S. Nr. 28 S. 173) die Krankenversicherungspflicht jeder Art von Gesinde (Dienstboten) eingeführt, nachdem eine gleiche Verfügung bezüglich des „Landgesindes“ d. h. des vorwiegend oder ausschließlich landwirtschaftlich beschäftigten Gesindes bereits mit dem Gesetz vom 29. Mai 1890 Nr. 20 ergangen war. Der Pflicht der Versicherung gegen Invalidität unterliegt alles Gesinde. Gegen Unfall ist das „Hausgesinde“ nicht versichert, wohl aber das „landwirtschaftliche Gesinde“.

Für den Fall, daß erkranktes Gesinde gegen Krankheit nicht versichert ist, ist von der Gemeindeverwaltung als wichtig zu beachten, was in § 22 der Gesindeordnung über die Verpflichtung der Dienstherrschaft und in § 29 des Unterstützungswohnsitzgesetzes vom 12. März 1894 (R. G. Bl. Nr. 2150 S. 267) über die in zweiter Linie eintretende Verpflichtung des Ortsarmenverbandes, also der Gemeinde, vorgeschrieben ist. Nach der letzteren Bestimmung ist nötigenfalls 13 Wochen lang die erforderliche Kur und Verpflegung vom Ortsarmenverband desjenigen Orts zu leisten, an welchem das Gesinde im Dienste steht; ein etwa sonst verpflichteter Armenverband kann nur für die länger als 13 Wochen zu gewährende Verpflegung in Anspruch genommen werden.

Die Gesinde-Dienstbücher sind auf Kosten der Orts-Armenkasse von der Geschäftsstelle der „Braunschweigischen Anzeigen“ in Braunschweig, hintern lieben Frauen 1, zu beziehen und zum Preise von je 50 Pfennig abzugeben; diese Gebühr fließt in die Orts-Armenkasse (vergl. Landtagsabschied vom 25. Mai 1835, Art. 18; G. u. B. S. Nr. 42 S. 626). Von der Stempelsteuer sind die Dienstbücher frei.

Weiblichen Dienstboten, welche guten Leumund besitzen, bei ein und derselben Herrschaft oder Familie wenigstens 40 Jahre lang treu gedient und das 60. Lebensjahr erreicht haben, wird auf Antrag Höchsten Orts ein goldenes Erinnerungskreuz verliehen. Die Kreisdirektion vermittelt die Verleihung.\*

Inwieweit auf den Gesindedienst sich beziehende Handlungen und Unterlassungen der Dienstherrschaft und des Gesindes mit Strafe bedroht sind, besagt § 14 P. Str. G. B. (G. u. B. S. 1899 S. 247). —

Die Dienstobliegenheiten in Gesindesachen, welche durch die Gesindeordnung dem Gemeindevorsteher zugewiesen worden, sind insbesondere folgende:

- a) Ausstellung und nötigenfalls Vervollständigung des Dienstbuchs durch Zeugnisse pp. (§ 4).
- b) Herbeiführung der Anwendung von Zwangsmitteln gegen widerpenftiges Gesinde zur Antretung bezw. Fortsetzung des Dien-

\* Wegen möglicher Verleihung des „Verdienstkreuzes“ an altgediente männliche Dienstboten und wegen der Prämierung von Dienstboten und Arbeitern durch den landwirtschaftlichen Zentralverein vergl. § 43 Nr. 1 u. 3.

stes (§§ 14 u. 33). Entsprechender Antrag ist an die Kreisdirektion zu richten (§ 38 Absf. 2).\*

- c) Schutz des Gesindes gegen Mißhandlung seitens der Herrschaft (§ 20 a. E.), wobei zu bemerken ist, daß nach Artikel 95 Absf. 3 des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuche vom 18. August 1896 (R. G. Bl. Nr. 2322 S. 627) der Dienstherrschaft gegenüber dem Gesinde ein Züchtigungsrecht nicht zusteht.
- d) Fürsorge für erkranktes, gegen Krankheit nicht versichertes Gesinde, wenn die Herrschaft dazu außer Stande ist oder sich dem entzieht (§ 22).
- e) Entgegennahme der Anzeige von der Aufhebung des Dienstverhältnisses vor Ablauf der Dienstzeit ohne vorhergegangene Aufkündigung (§§ 31 u. 32 a. E.).
- f) Schlichtung von Streitigkeiten zwischen Herrschaft und Gesinde vorbehaltlich endgültiger Entscheidung im Rechtswege (§ 38).

## § 31.

### Gewerbewesen.

Das hier in erster Linie in Betracht kommende Gesetz ist die Reichs-Gewerbeordnung, welche zunächst als „Gewerbeordnung für den Norddeutschen Bund“ am 21. Juni 1869 (R. G. Bl. Nr. 312 S. 245) erlassen, demnächst mannigfach abgeändert und ergänzt, in ihrer heute gültigen Fassung vom Reichskanzler mit der Bekanntmachung vom 26. Juli 1900 (R. G. Bl. Nr. 2722 S. 871) veröffentlicht, jedoch wiederum durch eine zusätzliche Bestimmung vom 14. Oktober 1905 (R. G. Bl. Nr. 3171 S. 759) ergänzt ist. Auf den Inhalt dieses umfangreichen Gesetzes ausführlich einzugehen, gestattet weder der Raum noch erfordert es der Zweck dieses Wegweisers; die zunächst hier folgende summarische Inhaltsübersicht (in welcher einige den Gemeindevorsteher näher berührende Gegenstände besonders hervorgehoben werden) wird aber ein Zurechtfinden erleichtern.

#### Tit. I. Allgemeine Bestimmungen (§§ 1—13. — Gewerbe-freiheit.).

---

\* Solche Zwangsmittel und die in § 14 des Polizei-Strafgesetzes angegebenen Strafen sind nur anwendbar gegen das Gesinde im engeren Sinne (Knechte und Mägde), nicht etwa auch gegen sonstige in einem Arbeitsverhältnisse stehende Personen, wie landwirtschaftliche Arbeiter (Tagelöhner oder Akkordarbeiter), Arbeiterinnen, Fabrikarbeiter u. dergl. Gegen solche gibt es im übrigen nur den Weg der gerichtlichen Klage; jedoch sind wegen des Vertragsbruchs in landwirtschaftlichen Arbeitsverhältnissen in dem besondern Gesetze vom 10. Dezember 1900 (G. u. B. S. Nr. 67 S. 449) Strafen angedroht, welche zutreffendenfalls sowohl den Arbeiter als auch den Arbeitgeber treffen und sich auch gegen die Verleitung zum Vertragsbruch richten.

**Tit. II. Stehender Gewerbebetrieb (§§ 14—54).**

I. Allgemeine Erfordernisse (§§ 14—15 a. — Gewerbe-Anmeldung §§ 14 u. 15. — Verpflichtung der Kaufleute und Gastwirte zur Anbringung von Geschäftsschildern § 15 a.).

**II. Erfordernis besonderer Genehmigung.**

1. Anlagen, welche einer besonderen Genehmigung bedürfen (§§ 16—28).

2. Gewerbetreibende, welche einer besonderen Genehmigung bedürfen (§§ 29—40. — Hufschmiede § 30 a. — Gastwirte, Schenkwirte, Branntweinkleinhändler § 33. — Gesindevermieter §§ 34 u. 38. — Rechtskonsulenten § 35.).

**III. Umfang, Ausübung und Verlust der Gewerbebefugnisse (§§ 41—54. — Vorübergehende Gestaltung des Teilbetriebs geistiger Getränke durch die Ortspolizeibehörde §§ 42 a Abs. 3 und 56 Ziff. 1. — Erfordernis ortspolizeilicher Genehmigung zur Verteilung von Druckschriften pp. § 43.).**

**Tit. III. Gewerbebetrieb im Umherziehen (§§ 55—63. — Erfordernis ortspolizeilicher Erlaubnis für herumziehende Musikanten, Schausteller u. dergl. § 60 a. — Verpflichtung des Hausierers zur Vorzeigung seines Wandergewerbescheins § 60 c. — Verbot der Mitführung von Kindern § 62.).**

**Tit. IV. Marktverkehr (§§ 64—71).**

**Tit. V. Taxen (§§ 72—80).**

**Tit. VI. Innungen, Innungsausschüsse, Handwerkskammern, Innungsverbände (§§ 81—104).**

I. Innungen (§§ 81—100 u.).

II. Innungsausschüsse (§§ 101 u. 102).

III. Handwerkskammern (§§ 103—103 q. — Verpflichtung der Gemeinden zur Tragung der Handwerkskammer-Kosten § 103 l.).

IV. Innungsverbände (§§ 104—104 n.).

**Tit. VII. Gewerbliche Arbeiter (Gesellen, Gehülfen, Lehrlinge, Betriebsbeamte, Werkmeister, Techniker, Fabrikarbeiter) (§§ 105—139 m).**

I. Allgemeine Verhältnisse (§§ 105—120 e. — Sonntagsruhe im Gewerbe- und im Handelsbetriebe §§ 105 b.—i. — Arbeitsbücher minderjähriger Arbeiter §§ 107—114. — Einrichtung der Arbeitsräume und Regelung des Betriebes §§ 120 a.—e.).

II. Verhältnisse der Gesellen und Gehülfen (§§ 121—125. — Kündigung pp. des Arbeitsverhältnisses.).

III. Lehrlingsverhältnisse (§§ 126—133 a. — Zwangsmaßregeln gegen Lehrlinge, welche die Lehre grundlos verlassen § 127 d.—e.).

Meistertitel (§ 133).

Verhältnisse der Betriebsbeamten, Werkmeister, Techniker (§§ 133 a—f).

IV. Verhältnisse der Fabrikarbeiter (§§ 134—139 a. — Kündigung des Arbeitsverhältnisses § 134. — Arbeitsordnungen §§ 134 a—g. — Beschäftigung von Kindern, Jugendlichen und Arbeiterinnen §§ 135—139 a.).

V. Aufsicht (§ 139 b. — Gewerbeaufsichtsbeamte.).

VI. Gehülfen, Lehrlinge und Arbeiter in offenen Verkaufsstellen (§§ 139 c—m. — Ruhezeit, Ladenschluß, Einrichtung der Geschäftsräume pp.).

Tit. VIII. Gewerbliche Hilfsklassen (§ 140).

Tit. IX. Statutarische Bestimmungen (§ 142).

Tit. X. Strafbestimmungen (§§ 143—153).

Schlußbestimmungen (§§ 154, 155).

Eine neuere Ergänzung hat die R. G. D. noch erfahren durch das G., betr. Kinderarbeit in gewerblichen Betrieben, vom 30. März 1903 (R. G. Bl. Nr. 2943 S. 113 mit den dazu gehörigen Bekanntmachungen des Reichskanzlers vom 17. Dezember 1903 (R. G. Bl. Nr. 3004 S. 312) und 11. Juli 1904 (R. G. Bl. Nr. 3063 S. 305) und der B. Herzogl. Staatsministeriums vom 17. Dezember 1903 (G. u. B. S. Nr. 74 S. 525).

In einzelnen Fällen muß zwecks Entscheidung von Fragen, welche auf das Gewerbewesen bezug haben, noch zurückgegriffen werden auf das durch die R. G. D. im allgemeinen aufgehobene Gewerbegesetz für das Herzogtum Braunschweig vom 3. August 1864 (G. u. B. S. Nr. 40 S. 145).

Die Zuständigkeit der Behörden in Gewerbesachen ist geregelt durch § 55 des Gesetzes über die Verwaltungsrechtspflege vom 5. März 1895 (G. u. B. S. Nr. 26 S. 97) und die folgenden von Herzogl. Staatsministerium erlassenen Ausführungsvorschriften, nämlich vom

3. Mai 1892 (G. u. B. S. Nr. 18 S. 89) betr. die staatlichen Hütten- und die unter Aufsicht der Bergbehörde stehenden Betriebe;

10. Oktober 1892 (G. u. B. S. Nr. 48 S. 471) betr. die Betriebe der Königl. Preuß. Staatsverwaltung;

14. März 1896 (G. u. B. S. Nr. 12 S. 39) mit Nachträgen vom 15. Dezember 1896 (G. u. B. S. Nr. 67 S. 433), 9. Dezember 1898 (G. u. B. S. Nr. 56 S. 351) und 29. Oktober 1900 (G. u. B. S. Nr. 54 S. 363), enthaltend eine ausführliche, die ganze Gewerbeordnung umfassende Ausführung-Anweisung;

22. September 1900 (G. u. B. S. Nr. 43 S. 307), Zuständigkeitsbestimmung enthaltend;

29. Februar 1904 (G. u. B. S. Nr. 11 S. 33), betr. Zuständigkeit insbesondere bezüglich des Gewerbebetriebes von Pfandvermittlern, Gefindevermietern und Stellenvermittlern.

Wegen der Tätigkeit, welche der Gemeindevorsteher kraft seines Amtes in gewerblichen Angelegenheiten zu entfalten hat, wird als das wichtigste hier folgendes hervorgehoben:

## I. Im allgemeinen.

Nach der Natur seines Amtes hat der Gemeindevorsteher im allgemeinen sein Augenmerk darauf zu richten, daß bei der Ausübung der Gewerbe von den Gewerbetreibenden die bestehenden gesetzlichen Vorschriften beobachtet und die öffentlichen Interessen nicht verletzt werden. Insbesondere hat er darauf zu halten, daß ihm von jedem zu betreibenden Gewerbe Anmeldung gemacht wird; daß niemand ein Gewerbe auszuüben beginnt, ohne daß ihm dazu die etwa erforderliche Genehmigung erteilt ist; daß von den Gewerbetreibenden die durch allgemeine Vorschriften oder bei Genehmigung ihrer Gewerbsanlage ihnen auferlegten Bedingungen erfüllt werden; und daß das Verfahren wegen Entziehung solcher Genehmigung eingeleitet wird, wenn dies im öffentlichen Interesse wegen pflichtwidriger oder mangelhafter Gewerbsausübung des Betreffenden angezeigt erscheint.

Eine besondere Aufmerksamkeit und Tätigkeit erfordern die Bestimmungen über die Sonntagsruhe im Handel und im Gewerbe (G. D. §§ 105a bis 105 i), über die in den Werkstätten und Fabriken zu treffenden Einrichtungen gegen die Gefahren für Leben und Gesundheit der Arbeiter und zur Aufrechterhaltung der guten Sitten und des Anstandes (G. D. §§ 120 a bis 120 q), über den Erlass von Arbeitsordnungen in den mindestens 20 Arbeiter beschäftigenden Fabriken (G. D. §§ 134—134 h) und über die Beschäftigung von Kindern, jugendlichen Arbeitern und Arbeiterinnen (G. D. §§ 135—139 a). In diesen Beziehungen begegnet sich der Gemeindevorsteher in seiner Tätigkeit zum Teil mit der der Gewerbeaufsichtsbeamten (Fabriken-Inspektoren, Gewerbeberäte), welche auf Grund der G. D. § 139 b und des Landesgesetzes vom 14. April 1894 (G. u. V. S. Nr. 17 S. 39) angestellt sind, und für welche das Herzogl. Staatsministerium unterm 21. März 1893 eine Dienstanweisung folgenden Wortlauts erlassen hat:

### § 1.

Der Wirkungskreis der Gewerbe-Aufsichtsbeamten umfaßt innerhalb der durch die §§ 139 b und 154 der Gewerbeordnung bezeichneten Grenzen die Aufsicht über die Ausführung namentlich

1. der Vorschriften über die Sonntagsruhe mit Ausnahme der die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe betreffenden Bestimmungen (§§ 105 a bis 105 h a. a. D.);
  2. der Vorschriften über die den Gewerbeunternehmern auf Grund der §§ 120 a bis 120 e obliegenden Pflichten;
  3. der die Arbeitsordnungen betreffenden Bestimmungen (§§ 134 a bis 134 h);
  4. der die Beschäftigung der Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeiter betreffenden Bestimmungen (§§ 135 bis 139 a).
- Außerdem wird denselben übertragen
5. die Beaufsichtigung derjenigen Anlagen, welche den Bestimmungen des § 16 der Gewerbeordnung und seiner Ergänzungen unterliegen;



6. in den ihrer Zuständigkeit unterstehenden Betrieben die Aufsicht über die Ausführung der die Arbeitsbücher und Zeugnisse (§§ 107 bis 113), sowie die Lohnzahlung (§§ 115 bis 119 a) betreffenden Vorschriften.

Ausgenommen von ihrem Wirkungskreise sind diejenigen Anlagen, welche unter der polizeilichen Aufsicht der Bergbehörde stehen, also Bergwerke, Salinen, Aufbereitungsanstalten und unterirdisch betriebene Brüche und Gruben.

### § 2.

Der Gewerbeerrat steht unmittelbar unter dem Herzoglichen Staats-Ministerium; die Gewerbe-Inspektoren und Assistenten sind Organe des Gewerbe-rats und haben dessen Weisungen zu folgen.

Dem Staats-Ministerium bleibt vorbehalten, über die Verteilung der Geschäfte besondere Anordnungen zu treffen.

### § 3.

Die Gewerbe-Aufsichtsbeamten haben alle amtlichen Befugnisse der Ortspolizeibehörden, insbesondere das Recht zu jederzeitiger Revision der gewerblichen Anlagen.

Sie treten jedoch nicht an die Stelle der ordentlichen Polizeibehörden, sondern sollen in Ergänzung der den ordentlichen Polizeibehörden obliegenden Tätigkeit für eine möglichst vollständige und gleichmäßige Durchführung der Bestimmungen der Gewerbeordnung und der auf Grund derselben erlassenen Vorschriften Sorge tragen. Dabei sollen sie ihre Aufgabe vornehmlich darin suchen, gestützt auf ihre Vertrautheit mit den gesetzlichen Bestimmungen, ihre technischen Kenntnisse und amtlichen Erfahrungen durch sachverständige Beratung und wohlwollende Vermittlung eine Regelung der Betriebs- und Arbeitsverhältnisse herbeizuführen, welche, ohne dem Gewerbeunternehmer unnötige Opfer oder zwecklose Beschränkungen aufzuerlegen, den Arbeitern den vollen durch das Gesetz ihnen zugeordneten Schutz gewährt und das Publikum gegen gefährdende und belästigende Einwirkungen sicherstellt.

Arbeitgebern und Arbeitern sollen die Gewerbe-Aufsichtsbeamten die gleiche Bereitwilligkeit zur Vertretung ihrer berechtigten Interessen entgegenbringen und dadurch, wie durch die ganze Art ihrer amtlichen Tätigkeit eine Vertrauensstellung zu gewinnen suchen, welche sie zur Erhaltung und Förderung guter Beziehungen zwischen beiden mitzuwirken in den Stand setzt.

Die Arbeitgeber sollen sie bei Geltendmachung der Anforderungen des Gesetzes in deren Erfüllung bereitwillig unterstützen und auf Wunsch auch in der Ausführung von Einrichtungen, welche auf die Verbesserung der Lage der Arbeiter innerhalb und außerhalb des Betriebes abzielen, zu fördern suchen.

Wünsche und Beschwerden der Arbeiter sollen sie bereitwillig entgegennehmen und, falls sie sich von ihrer Berechtigung überzeugt haben, ihnen soweit sie es nach ihrer amtlichen Stellung vermögen, Erfüllung und Abhilfe zu schaffen suchen. Die durch ihre amtliche Tätigkeit sich ihnen bietende Gelegenheit, sich über die Verhältnisse der Arbeiterbevölkerung zu unterrichten, sollen sie sorgfältig benutzen und sich über die in diesen Verhältnissen eintretenden Veränderungen in fortlaufender Kenntnis erhalten.

### § 4.

Zur Erfüllung ihrer Aufgaben haben sich die Gewerbe-Aufsichtsbeamten durch fortlaufende Besichtigungen der ihrer Aufsicht unterstellten Anlagen von dem Zustande und Betriebe derselben eingehende Kenntnis zu verschaffen und sich ein Urteil darüber zu bilden, ob und inwiefern die Durchführung bestehender Vorschriften auf Hindernisse stößt, die ihre Abänderung erforderlich erscheinen lassen, und ob und inwiefern allgemeine Mißstände

hervortreten, zu deren Beseitigung es des Erlasses neuer Vorschriften bedarf.

Eine besondere Aufmerksamkeit haben sie zuzuwenden:

1. den Anlagen, deren wirksame Beaufsichtigung durch technische, bei den Organen der ordentlichen Polizeibehörden nicht vorauszusetzende Kenntnisse und Erfahrungen bedingt ist;
2. den Anlagen, deren Betrieb mit besonderen Gefahren für Leben und Gesundheit der Arbeiter oder mit schädigenden oder belästigenden Einwirkungen auf die Nachbarschaft verbunden ist;
3. den Anlagen, deren Betrieb auf Grund der §§ 138 a, 139 und 139 a der Gewerbeordnung eine besondere Regelung erfahren hat.

Bei den den Bestimmungen des § 16 der Gewerbeordnung unterworfenen Anlagen haben sie darauf zu achten, ob für sie die erforderliche Genehmigung erteilt ist und ob ihr Bestand und ihr Betrieb mit dem Inhalte der Genehmigung und mit den vorgeschriebenen Bedingungen übereinstimmt.

#### § 5.

Die Gewerbe-Aufsichtsbeamten sollen, wenn sie bei ihren Besichtigungen einzelne Gesetzwidrigkeiten und Uebstände vorfinden, deren Abstellung zunächst durch gütliche Vorstellungen und geeignete Ratschläge herbeizuführen suchen. Ist auf diesem Wege die Erfüllung der gesetzlichen Anordnungen nicht zu erreichen, so haben die Gewerbe-Aufsichtsbeamten sich an die ordentlichen Polizeibehörden zu wenden, damit diese, falls es sich um gesetzwidrig mit Strafe bedrohte Verstöße handelt, die Bestrafung des Arbeitgebers herbeiführen, falls es sich aber um die Herstellung von Einrichtungen gemäß § 120 a ff. der Gewerbeordnung handelt, die zur Durchführung dieser Einrichtungen erforderlichen Verfügungen treffen (§ 120 d a. a. O.).

Strafmandate oder polizeiliche, eventuell im Wege administrativen Zwanges durchzuführende Verfügungen haben die Gewerbe-Aufsichtsbeamten nicht zu erlassen.

#### § 6.

Die Inhaber und Leiter der der Gewerbe-Aufsicht unterliegenden gewerblichen Anlagen sind verpflichtet, den Gewerbe-Aufsichtsbeamten den Zutritt zu diesen Anlagen zu jeder Zeit, namentlich auch in der Nacht, während die Anlagen im Betriebe sind, zu gestatten und, soweit es sich um die unter § 16 der Gewerbeordnung fallenden Anlagen handelt, auf Erfordern die Genehmigungs-Urkunde nebst Zubehör vorzulegen.

#### § 7.

Die Gewerbe-Aufsichtsbeamten sind vorbehaltlich der Anzeige von Gesetzwidrigkeiten zur Geheimhaltung der amtlich zu ihrer Kenntnis gelangenden Geschäfts- und Betriebsverhältnisse der ihrer Aufsicht unterstehenden Anlagen verpflichtet.

#### § 8.

Die ordentlichen Polizeibehörden haben den Gewerbe-Aufsichtsbeamten bei Ausübung ihrer Amtstätigkeit die innerhalb ihrer Zuständigkeit liegenden Unterstützung zuteil werden zu lassen, insbesondere auf Ersuchen derselben

1. die für die Ausübung der Gewerbe-Aufsicht wichtigen Verhandlungen, Verzeichnisse und Schriftstücke vorzulegen;
2. bei der Besichtigung gewerblicher Anlagen Unterstützung zu leisten;
3. Besichtigungen und Nachbesichtigungen bestimmter gewerblicher Anlagen vorzunehmen und über das Ergebnis Mitteilung zu machen;
4. ihnen von der Erlebigung der auf Grund des § 120 d der Gewerbeordnung erlassenen Verfügungen, sowie von dem Ergebnisse der Strafverfahren wegen Zuwiderhandlungen gegen solche Vor-

schriften der Gewerbeordnung Kenntnis zu geben, deren Ausführung durch die Gewerbe-Aufsichtsbeamten zu überwachen ist (§ 1, 1—6).

§ 9.

Die Gewerbe-Aufsichtsbeamten sind verpflichtet, den Ersuchen der Landespolizeibehörde und den Anweisungen des Staatsministeriums zur Vornahme von Revisionen, Abgabe von Gutachten über Angelegenheiten ihres Wirkungsbereiches usw. Folge zu geben und insbesondere auch deren Einladungen und Berufungen zu mündlicher Beratung über solche Angelegenheiten zu entsprechen.

§ 10.

Alljährlich und zwar bis zum 1. März hat der Gewerbe-Rat nach Maßgabe der darüber erlassenen besonderen Vorschriften einen das abgelaufene Kalenderjahr umfassenden Jahresbericht über die amtliche Tätigkeit der Gewerbe-Aufsichtsbeamten zu erstatten.

## II. Gewerbe-Anmeldung.

Wegen der „Gewerbe-Anmeldung“ und des darauf zu erteilenden „Anmeldungscheines“ sind die näheren Vorschriften in §§ 14 u. 15 G. D. und in den dazu gehörigen Bestimmungen der Anweisung zur Ausführung der Gewerbeordnung vom 14. März 1896 (G. u. B. S. Nr. 12 S. 42) enthalten; vergl. was darüber weiter bei Behandlung der Gewerbesteuer § 40 Nr. II S. 296 dieses Wegweisers gesagt ist.

## III. Konzessions-Gewerbe.

Der Anmeldungschein ist nicht ohne weiteres zu erteilen, wenn es sich um ein Gewerbe handelt, zu dessen Betriebe nach §§ 16—40 G. D. eine zu v o r i g e G e n e h m i g u n g der Kreisdirektion (oder einer sonstigen Behörde) erforderlich ist.

Dies ist nach § 33 G. D. insbesondere der Fall bei Gastwirtschaft, Schankwirtschaft und Kleinhandel mit Branntwein,\* deren Betrieb nach den Verordnungen vom 8. Dezember 1879 (G. u. B. S. 1880 Nr. 6 S. 13) und 14. Dezember 1896 (G. u. B. S. Nr. 66 S. 431) nur zu gestatten ist, wenn der Nachweis eines vorhandenen Bedürfnisses geführt wird. Ob dieser Nachweis im Einzelfalle erbracht ist, darüber hat sich jedesmal auch der Gemeindevorsteher gutachtlich zu äußern und zwar nach Anhörung des Gemeinderats. Dabei müssen für ihn selbstverständlich nicht die persönlichen Interessen und Bedürfnisse des Antragstellers, sondern die der gesamten Einwohnerschaft und der Öffentlichkeit maßgebend sein. Bloße Speisewirtschaften und Flaschenbierhandlungen gehören nicht hierher; sie brauchen nur angemeldet zu werden. Jedoch ist G. D. § 35 Abs. 4 vorgeschrieben, daß der Klein-

---

\* „Kleinhandel“ mit Branntwein betreibt, wer Branntwein in Mengen von weniger als 4 Quartier oder 3,75 Liter verkauft: Ministerial-Ausführungs-Vorschrift zu G. D. § 33 Abs. 4 (G. u. B. S. 1896 S. 53).

Kleinhandel mit denaturiertem Spiritus ist nicht konzessionspflichtig, wohl aber der Handel mit Likören, Rognat und dergl., auch wenn diese Spirituosen nur in versiegelten oder verkapselten Flaschen feilgeboten werden.

Handel mit Bier untersagt werden kann, wenn der Bierhändler wegen unbefugter Ausübung des Schankwirtschaftsgewerbes wiederholt bestraft ist. Da dieser Fall nicht selten vorkommt, aus der unbefugten Ausübung des Schankwirtschaftsgewerbes aber allerrhand Unzuträglichkeiten hervorgehen, so hat der Gemeindevorsteher darauf ein wachsames Auge zu haben und an die Kreisdirection zu berichten, wenn Flaschenbierhändler ihre Befugnisse in jener Weise überschreiten.

Das Feilbieten geistiger Getränke im Falle besondern Bedürfnisses vorübergehend zu gestatten, ist der Gemeindevorsteher durch G. D. § 42 a Abs. 3 ermächtigt; dies kann z. B. bei größeren öffentlichen Festen oder sonstigem starken Zusammenflusse von Menschen zutreffen.

Ubrigens mag hier noch bemerkt werden, daß nach §§ 15 a und 148, 14 G. D. Gewerbetreibende, die einen offenen Laden haben oder Gast- oder Schenkwirtschaft betreiben, bei Vermeidung von Strafe verpflichtet sind, ihren Familiennamen mit mindestens einem ausgeschriebenen Vornamen an der Außenseite oder am Eingange des Ladens oder der Wirtschaft in deutlich lesbarer Schrift anzubringen.

Von den sonstigen konzessionspflichtigen gewerblichen Anlagen und Gewerbetreibenden mögen hier die folgenden im Geschäftsbereiche des Gemeindevorstehers häufiger vorkommenden wenigstens erwähnt werden: Ziegel- und Gipsöfen, Schlächtereien, Stauanlagen für Wassertriebe (G. D. § 16), Dampfkesselanlagen (G. D. § 24), Hufbeschlagschmiede (§ 30 a), Gesindevermieter und Stellenvermittler (§ 34 Abs. 1), Gisthändler (§ 34 Abs. 3) und Rechtskonsulenten (§ 35). Handelt es sich um die Ertheilung der Erlaubnis zu einem dieser oder anderer konzessionspflichtiger Gewerbe, so wird die Kreisdirection den Gemeindevorsteher über den Antrag hören und hat derselbe das von ihm geforderte Gutachten nach pflichtmäßiger Würdigung der einschlagenden Verhältnisse abzugeben.

Über einzelne dieser Gewerbe ist noch folgendes zu vermerken:

1. Wegen der Dampfkesselanlagen vergl. § 19 dieses Wegweisers unter I. C. 73.

2. Von dem Betriebe des Hufbeschlaggewerbes handelt das Gesetz vom 29. November 1888 (G. u. V. S. Nr. 55 S. 307) mit der Prüfungsordnung für Hufschmiede vom 18. März 1889 (G. u. V. S. Nr. 12 S. 61). „Geprüfter Hufbeschlagschmied“ darf sich nur nennen und das Gewerbe als Hufbeschlagschmied darf nur ausüben, wer ein bezügliches Prüfungszeugnis aufweisen kann. Ein solches Zeugnis kann erworben werden durch Ablegung einer Prüfung vor der dieserhalb eingesetzten Prüfungs-Kommission, deren Vorsitzender der Kreisdirector zu Braunschweig ist. Zur Erlangung der erforderlichen theoretischen und praktischen Kenntnisse ist den Prüflingen Gelegenheit sowohl in Braunschweig, als auch anderwärts (z. B. in der „Provinzial-Lehrschmiede“ in Hannover) geboten. Zur Auffrischung ihrer Kenntnisse im Hufbeschlage bietet der landwirtschaftliche Zentral-Verein den Hufbeschlagschmieden des Herzogthums Gelegenheit durch die von ihm veranstalteten Wiederholungskurse, über welche zur be-

treffenden Zeit eine öffentliche Bekanntmachung in der Braunschweigischen landwirtschaftlichen Zeitung zu ergehen pflegt.

3. Über den Geschäftsbetrieb der Gesindevermieter und Stellenvermittler, welche zu ihrem Geschäftsbetriebe einer Erlaubnis der Kreisdirektion bedürfen (G. D. § 34), sich aber, auch wenn sie diese Erlaubnis erhalten haben, als „konzessioniert“ nicht bezeichnen dürfen (A. B. § 4), sind unterm 7. März 1904 (G. u. B. S. Nr. 21 S. 59) eingehende Vorschriften erlassen, welche in mehrfacher Beziehung ein Tätigwerden des Gemeindevorstehers bedingen. Der Gemeindevorsteher hat in den Geschäftsbüchern des Gesindevermieters, wenn sie in Benutzung genommen werden, deren Seitenzahl und, wenn sie außer Benutzung gesetzt werden, deren Abschluß zu beglaubigen (§§ 1 u. 3); das vom Gesindevermieter aufzustellende und in seinem Geschäftsraume anzuhängende Verzeichnis der Preise für an stellensuchende Personen zu gewährende Unterkunft und Verpflegung hat er zu genehmigen und dem Gesindevermieter die Berechtigung zur Beherbergung und Verpflegung stellensuchender Personen, wenn sich daraus Unzuträglichkeiten ergeben, zu entziehen (§§ 15 u. 16); die von dem Gesindevermieter aufgestellte Geschäfts-Gebührentaxe entgegenzunehmen (G. D. § 75 a — A. B. § 18); das Recht, jederzeit in die Geschäftsbücher des Gesindevermieters Einsicht zu nehmen (A. B. § 19). — Zuwiderhandlungen gegen die die Gesindevermieter angehenden Geschäftsvorschriften bedroht § 15. 1 d. des P. Str. G. B. (G. u. B. S. 1899 S. 250) mit Strafe.

4. Vom Handel mit Giften, welcher nach G. D. § 34 Abs. 3 landesgesetzlich für konzessionspflichtig erklärt ist, ist das Erforderliche bereits in § 21 dieses Wegweisers bei VII. S. 97 abgehandelt.

5. Personen welche gewerbsmäßig fremde Rechtsangelegenheiten und bei Behörden wahrzunehmende Geschäfte, insbesondere die Abfassung der darauf bezüglichen schriftlichen Aufträge besorgen (Rechtskonsulenten), bedürfen zu ihrem Geschäftsbetriebe zwar keiner Erlaubnis; der Geschäftsbetrieb kann ihnen aber von der Kreisdirektion untersagt werden, wenn Tatsachen vorliegen, welche ihre Unzuverlässigkeit in bezug auf diesen Gewerbebetrieb dartun (G. D. § 35 Abs. 3). Ist in seiner Gemeinde eine derartige Person vorhanden, so soll der Gemeindevorsteher auf dieselbe ein wachsames Auge haben, teils um nötigenfalls der Kreisdirektion Anregung zur Untersagung des Geschäftsbetriebes geben zu können, teils um diejenigen Obliegenheiten wahrzunehmen, welche ihm durch die Geschäftsvorschriften für Rechtskonsulenten vom 21. März 1902 (G. u. B. S. Nr. 14 S. 37) übertragen sind: Abstempelung der Geschäftsbücher bei deren Inbrennungnahme (§ 2) und Abschlüsse (§ 6); Entgegennahme der Anzeige über Wohnungswechsel pp. (§ 8); Einsichtnahme in den Geschäftsbetrieb (§ 9).

#### IV. Gewerbebetrieb im Umherziehen.

Von den Hausiergewerben und den zur Ausübung derselben erforderlichen Wandergewerbescheinen handeln die §§ 55—63 G. D. und die dazu in den Bekanntmachungen des Herzogl. Staatsmini-

steriums vom 14. März 1896 (G. u. B. S. Nr. 12 S. 61) und 25. Februar 1898 (G. u. B. S. Nr. 10 S. 73) gegebenen Ausführungsvorschriften. Da der Wandergewerbeschein immer nur für die Dauer eines Kalenderjahres erteilt wird, so sind die Anträge auf Ausstellung desselben alljährlich zu wiederholen und zwar gegen Mitte des Monats November für das bevorstehende Neujahr durch Vermittelung des Gemeindevorstehers bei der Kreisdirektion anzubringen. Der Gemeindevorsteher hat die Anträge entgegenzunehmen und, wenn es sich um erstmalige Ausstellung eines Wandergewerbescheins handelt, unter Beifügung eines von ihm ausgefüllten Fragebogens an die Kreisdirektion weiterzusenden. Dieser Fragebogen ist in der Anlage der ministeriellen Bekanntmachung vom 25. Februar 1898 enthalten und wird von der Kreisdirektion nach Bedarf geliefert. Auf die genau vorschriftsmäßige und gewissenhafte Beantwortung des Fragebogens hat der Gemeindevorsteher besondere Sorgfalt zu verwenden.

Handelt es sich um Wiederausstellung eines bereits früher erteilt gewesenen Wandergewerbescheins, so bedarf es einer Beifügung des erwähnten Fragebogens in der Regel nicht; es genügt vielmehr die Versicherung, daß seit der Ausstellung des letzten Wandergewerbescheins keine Veränderungen in den Verhältnissen eingetreten sind, namentlich keine Bestrafung wegen Verletzung der auf den Gewerbebetrieb im Umherziehen bezüglichen Vorschriften und keine Verurteilung zu einer Freiheitsstrafe von mindestens einer Woche erfolgt ist. Die dem Gemeindevorsteher vom Steuerkollegium zur Aushändigung zugehenden Wandergewerbescheine hat er vor der Aushändigung von dem Hausierer (zutreffendenfalls auch von dessen Begleitern) an der durch entsprechenden Vordruck auf Seite 2 durch Namensunterschrift vollziehen zu lassen und nur gegen Vorausbezahlung der festgesetzten Gewerbesteuer auszuhandigen. Ältere Wandergewerbescheine sind den Inhabern gegen Aushändigung der neuen abzunehmen und zu vernichten. — Das vorstehend angedeutete Verfahren ist nur bei denjenigen Personen in Anwendung zu bringen, welche im Gemeindebezirke wohnen; Personen, bei welchen dies nicht zutrifft, hat der Gemeindevorsteher an die Gemeindebehörde ihres Wohnorts bzw. an die Kreisdirektion zu verweisen.

Das in § 56 G. D. enthaltene Verbot, geistige Getränke im Umherziehen feilzubieten, ist für den Bereich des Herzogtums insoweit außer Kraft gesetzt, daß nach der B. des Reichskanzlers vom 29. Februar 1904 (R. G. Bl. Nr. 3024 S. 138) bzw. des Herzogl. Staatsministeriums vom 5. März 1904 (G. u. B. S. Nr. 12 S. 35) das Feilbieten im Umherziehen für Biere mit einem Alkoholgehalte bis zu 2 Prozent gestattet ist.

## V. Innungen.

Von den die Förderung der gemeinsamen gewerblichen Interessen selbständiger Gewerbetreibender bezweckenden Innungen, den freien sowohl als auch den Zwangsinnungen, handeln die G. D. in ihren §§ 81 bis 100 u und die B. Herzogl. Staatsministeriums vom 1. Mai 1898 (G. u. B. S. Nr. 22 S. 107). Da das Innungswesen im allgemeinen für die Land-

gemeinden nur von untergeordneter Bedeutung ist und die Gemeindevorsteher derjenigen Gemeinden, für welche es größere Bedeutung gewinnen sollte, von ihrer Kreisdirektion mit näherer bezüglichlicher Anweisung werden versehen werden, so beschränkt sich der Wegweiser auf obige Hinweisung und auf Hervorhebung der in G. D. § 103 l enthaltenen Vorschrift, nach welcher die aus der Errichtung und Tätigkeit der *Handwerkskammer* erwachsenden Kosten, soweit sie nicht anderweit Deckung finden, von den Gemeinden aufzubringen sind. Der Gemeindevorsteher erhält durch die Kreisdirektion Nachricht darüber, wie hoch sich die von der Gemeinde aufzubringende Summe beläuft, und hat diese jährlich bis Ausgang Monats August an die Kreisdirektion einzusenden. Will die Gemeinde, wozu sie berechtigt, diese Kosten von den Handwerkern ihres Bezirks wieder einziehen, so hat dies nach dem Verhältnis der von den einzelnen Handwerkern aufzubringende Gewerbesteuer zu gehen, über welche die in den Händen des Gemeindevorstehers befindliche Gewerbesteuerrolle die erforderliche Auskunft gibt. Eine bezüglichliche Verteilungsrolle ist zur Einsicht der Beteiligten eine Woche lang auszulegen; die Tatsache der Auslegung und die achttägige Beschwerdefrist ist in ortsüblicher Weise bekannt zu machen; über eingehende Beschwerden ist an die Kreisdirektion zu berichten.

## VI. Sonntagsruhe im Gewerbebetriebe.

Von der Sonntagsruhe im Gewerbebetriebe überhaupt, abgesehen vom Handelsgewerbe, handeln die §§ 105 b bis 105 i G. D., die Bekanntmachg. des Reichskanzlers, betr. Ausnahmen von dem Verbote der Sonntagsarbeit im Gewerbebetriebe, vom

5. Februar	1895	(R. G. Bl. Nr. 2211	§. 12),
25. Oktober	1895	( „ „ „ „	2270 „ 448),
20. April	1896	( „ „ „ „	2299 „ 104),
26. Juni	1896	( „ „ „ „	2312 „ 177),
14. Juli	1896	( „ „ „ „	2318 „ 191),
27. November	1896	( „ „ „ „	2349 „ 744),
16. Oktober	1897	( „ „ „ „	2426 „ 773),
3. November	1898	( „ „ „ „	2528 „ 1185),
26. April	1899	( „ „ „ „	2571 „ 272),
15. Juli	1899	( „ „ „ „	2603 „ 373),
3. April	1901	( „ „ „ „	2755 „ 117),

und die B. Herzogl. Staatsministeriums vom 20. März 1895 (G. u. B. S. Nr. 28 S. 119). Diese die Sonn- und Festtags-Arbeit einschränkenden Bestimmungen betreffen nicht die Landwirtschaft, den Gartenbau, die Viehzucht, das Gast- und Schankwirtschaftsgewerbe, öffentliche Musikaufführungen und Schaustellungen und die Verkehrsgewerbe, wohl aber Bauten aller Art und Erdarbeiten; sie treffen ferner nicht die eigene Arbeit der Arbeitgeber und selbständigen Gewerbetreibenden, jedoch behält es bei den Bestimmungen des R. Str. G. B. über die Sonntagsfeier (G. u. B. S. 1899 S. 219) sein Bewenden. Der Gemeindevorsteher hat sich mit den einschlagenden Bestimmungen vertraut zu machen, die Befolgung derselben

neben den staatlichen Gewerbe-Aufsichtsbeamten zu überwachen und, wo die Verhältnisse danach liegen, von Zeit zu Zeit entsprechende Revisionen der Gewerbsanlagen vorzunehmen und darüber vorschriftsmäßigen Vermerk zu machen.

## VII. Sonntagsruhe im Handelsgewerbe.

Von der Sonntagsruhe im Handelsgewerbe handeln die §§ 41 a und 105 b Abs. 2 der G. D. und die Bekanntmchg. Herzogl. Staatsministeriums vom 18. Juni 1892 (G. u. B. S. Nr. 24 S. 153), vom 20. Oktober 1897 (G. u. B. S. Nr. 40 S. 217) und vom 28. Oktober 1905 (G. u. B. S. Nr. 46 S. 248). Diese Vorschriften verbieten über ein gewisses Maß hinaus nicht nur die Sonn- und Festtags-Beschäftigung von Gehülfen, Lehrlingen und Arbeitern im Handelsgewerbe, sondern auch einen Gewerbebetrieb in offenen Verkaufsstellen überhaupt, auch solchen der Arbeitgeber selbst. Der Gemeindevorsteher hat nicht nur im allgemeinen auf die Befolgung dieser Vorschriften zu achten, sondern bei deren Durchführung insbesondere auch noch insofern mitzuwirken, als durch ihn nach Vernehmen mit dem Kirchenvorstande diejenige regelmäßige zweistündige Pause für den Hauptgottesdienst festzusetzen und bekannt zu machen ist, durch welche die sonntägliche fünfstündige Beschäftigungszeit der Gehülfen zc. unterbrochen werden soll.

Ferner ist hier noch zu beachten: Durch die B. Herzogl. Staatsministeriums vom 29. Oktober 1900 (G. u. B. S. Nr. 54 S. 363) sind die Kreisdirektionen ermächtigt, bei öffentlichen Festen, Truppenzusammenziehungen und sonstigen außergewöhnlichen Gelegenheiten das sonn- und festtägliche Feilbieten von Blumen, Backwaren, geringwertigen Gebrauchsgegenständen, Erinnerungszeichen und ähnlichen Gegenständen außerhalb der Zeit des Gottesdienstes zu gestatten. Inwieweit dies von den einzelnen Kreisdirektionen geschehen, ist bei diesen in Erfahrung zu bringen; insofern es geschehen, bedarf es einer besonderen landes- oder ortspolizeilichen Erlaubnis nicht weiter.

## VIII. Beschäftigung Minderjähriger.

Nach §§ 107—112 G. D., Abschnitt B der B. Herzogl. Staatsministeriums vom 24. März 1892 (G. u. B. S. Nr. 8 S. 23), der B. vom 17. Juni 1901 (G. u. B. S. Nr. 34 S. 203) und der B. vom 6. Juni 1900 (G. u. B. S. Nr. 6 S. 11), dürfen „minderjährige“ (also weniger als 21 Jahre alte) Personen als gewerbliche Arbeiter nur beschäftigt werden, wenn sie mit einem Arbeitsbuche versehen sind. Das Arbeitsbuch ist nach dem Formular im blauen Umschlage für männliche, nach dem im braunen Umschlage für weibliche Personen von dem Gemeindevorsteher desjenigen Orts auszustellen, in welchem die Person zuletzt ihren dauernden Aufenthalt gehabt hat und zwar nur auf Antrag bezw. mit Zustimmung des Vaters oder Vormundes, nur wenn das betreffende Kind nicht mehr schulpflichtig ist, und erstmalig kosten- und stempelfrei. Über die ausgestellten Arbeitsbücher hat der Gemeindevorsteher ein Verzeichnis nach vorgeschriebenem Formular zu führen. Die Formulare zu



den Arbeitsbüchern und den darüber zu führenden Verzeichnissen sind von der Kreisdirektion zu beziehen.

Wird von einem Arbeiter beim Gemeindevorsteher beantragt, eine Eintragung des Arbeitgebers in das Arbeitsbuch oder ein dem Arbeiter vom Arbeitgeber etwa sonst ausgestelltes Zeugnis zu beglaubigen, so ist solchem Antrage zu entsprechen und zwar kosten- und stempelfrei (G. D. § 114).

Eine sehr erhebliche Erweiterung haben diese Vorschriften erfahren durch das bereits oben angeführte Reichsgesetz, betr. Kinderarbeit in gewerblichen Betrieben, vom 30. März 1903 (R. G. Bl. Nr. 2943 S. 113) und die dazu von Herzogl. Staatsministerium unterm 23. Dezember 1903 erlassenen Ausführungsvorschriften, welche nicht veröffentlicht sind und deshalb hier wiedergegeben werden:

### A. Behörden.

1. Höhere Verwaltungsbehörden im Sinne des § 19 des Gesetzes sind die Herzoglichen Kreisdirektionen, in der Stadt Braunschweig die Herzogliche Polizeidirektion, untere Verwaltungsbehörden im Sinne der §§ 6, 8 und 16 des Gesetzes gleichfalls die Herzoglichen Kreisdirektionen, in der Stadt Braunschweig die Herzogliche Polizeidirektion, in den übrigen Städten die Stadtpolizeibehörden.

2. Schulaufsichtsbehörden im Sinne des Gesetzes sind für die Landgemeinschulen die Schulinspektoren, für die Bürgerschulen in den Städten und Flecken die Schuldirigenten und für die den Bürgerschulen gleichartigen Schulen deren Leiter.

3. Gemeindebehörden sind in den Städten die Stadtmagistrate, in den Landgemeinden die Gemeindevorsteher.

4. Polizeibehörden im Sinne des § 20 des Gesetzes sind die Ortspolizeibehörden.

### B. Zulassung von Ausnahmen für die Beschäftigung bei öffentlichen theatralischen Vorstellungen und anderen öffentlichen Schaustellungen.

(§ 6 Abs. 2, § 9 Abs. 2, § 15.)

5. Soweit Ausnahmen von dem in § 6 Abs. 1 des Gesetzes ausgesprochenen Verbote der Kinderbeschäftigung, das nach § 15 auch für die Beschäftigung eigener Kinder gilt, beantragt werden, ist der schriftliche Antrag an die untere Verwaltungsbehörde, und zwar in der Stadt Braunschweig an die Herzogliche Polizeidirektion, in den übrigen Städten an die Stadtpolizeibehörde, in den Landgemeinden durch Vermittelung der Ortspolizeibehörde an die Herzogliche Kreisdirektion zu richten.

In dem Antrage sind die Vorstellung oder Schaustellung, bei der die Kinder beschäftigt werden sollen, ferner nach Möglichkeit die Tageszeit, zu der die Beschäftigung stattfinden soll, sowie die Namen und das Alter der Kinder anzugeben.

Die untere Verwaltungsbehörde hat vor ihrer Entschließung der Schulaufsichtsbehörde Gelegenheit zu einer Äußerung im Hinblick auf die in Frage stehende Vorstellung oder Schaustellung zu geben. Auf die einzelnen in Frage kommenden Kinder hat sich die Äußerung nicht zu erstrecken.

Die untere Verwaltungsbehörde hat vor Gewährung der Ausnahme neben der Frage, ob bei der Vorstellung oder Schaustellung ein höheres Interesse der Kunst oder Wissenschaft obwaltet, namentlich auch zu prüfen, ob der Beschäftigung von Kindern überhaupt und in der in Aussicht genommenen Zahl sowie von Kindern der angegebenen Altersstufe und zu der angegebenen Tageszeit im vorliegenden Falle Bedenken entgegenstehen, und ob die Person des Leiters des Unternehmens genügende Sicherheit dafür bietet, daß die Kinder vor sittlichen Gefahren behütet bleiben. Sie hat ferner zur Vermeidung von Gesundheitschädigungen der Kinder dafür Sorge zu tragen, daß das Auftreten in angemessenen Zwischenräumen stattfindet. Für die Begrenzung des Begriffs der Vorstellungen und Schaustellungen, bei denen ein höheres Interesse der Kunst oder Wissenschaft obwaltet, ist die bei Ausführung des § 33 a der G. O. gewonnene Praxis maßgebend. Die sogenannten Spezialitäten-, Akrobaten- und Artistenvorstellungen, die Zirkusaufführungen und ähnliche Veranstaltungen fallen daher nicht unter die Ausnahmebestimmung des § 6 Abs. 2 des Gesetzes.

Durch die Ausnahmebewilligung wird, sofern fremde Kinder beschäftigt werden sollen, die Verpflichtung des Unternehmers zur Anzeige (§ 10 des Gesetzes; Ziffer 7 dieser Anweisung) und die Verpflichtung zur Beschaffung einer Arbeitskarte (§ 11 des Gesetzes; Ziffer 9 dieser Anweisung) nicht berührt.

### C. Zulassung von Ausnahmen für die Beschäftigung von Kindern beim Austragen von Waren und bei sonstigen Botengängen.

(§ 8 Abs. 2, § 9 Abs. 3, § 17 Abs. 1.)

6. Für die Zeit bis 31. Dezember 1905 können die unteren Verwaltungsbehörden für ihren Bezirk oder Teile desselben allgemein oder für einzelne Gewerbszweige Ausnahmen von der gesetzlichen Vorschrift (§ 8 Abs. 1, § 5 Abs. 2, § 9 Abs. 3, § 17 Abs. 1) zulassen, wonach die Beschäftigung fremder Kinder über zwölf Jahre beim Austragen von Waren und bei sonstigen Botengängen sowie die Beschäftigung eigener Kinder über zwölf Jahre beim Austragen von Zeitungen, Milch und Backwaren, wenn sie für Dritte erfolgt, nicht in die Zeit zwischen 8 Uhr abends und 8 Uhr morgens und nicht vor dem Vormittagsunterrichte stattfinden darf. In Abweichung hiervon kann gestattet werden, daß die Beschäftigung bereits von sechs- oder siebenhalb Uhr morgens an und vor dem Vormittagsunterrichte, jedoch vor diesem nicht länger als eine Stunde, stattfindet (§ 8 Abs. 2). Für die Sonn- und Festtage ist dabei die Vorschrift des § 9 Abs. 2 des Gesetzes zu beachten, wonach an diesen Tagen die Beschäftigung nicht in der letzten halben Stunde vor Beginn des Hauptgottesdienstes und nicht während desselben stattfinden darf.

Die unteren Verwaltungsbehörden haben von der ihnen hiernach zustehenden Befugnis nur für solche Orte und nur für solche Gewerbszweige Gebrauch zu machen, in denen schon bisher die Frühbeschäftigung von Kindern mit dem Austragen von Zeitungen, Backwaren oder Milch üblich war. Sie haben ferner bei der Zulassung von Ausnahmen darauf zu sehen, daß nirgends über das zur Eingewöhnung in die neuen gesetzlichen Vorschriften

unbedingt erforderliche Maß hinausgegangen wird, und daher die Ausnahmen grundsätzlich nicht im voraus für die ganze zulässige Zeit, sondern nur für einen beschränkten Zeitraum zu gewähren. Nur insoweit sich demnächst ergeben sollte, daß sich trotz ernstlicher Bemühungen der beteiligten Gewerbetreibenden ein ausreichender Ersatz für die Frühbeschäftigung der Kinder einstweilen noch nicht hat beschaffen lassen, ist die Ausnahmebewilligung demnächst entsprechend zu verlängern.

Vor der Entschliebung über Ausnahmebewilligungen haben die unteren Verwaltungsbehörden der Schulaufsichtsbehörde Gelegenheit zu einer Äußerung zu geben. Die Anhörung der Schulaufsichtsbehörde erfolgt nur mit Beziehung auf die in Anspruch genommene Erstreckung der Ausnahmen auf den Bezirk oder Teile desselben und auf die in Betracht kommenden Gewerbebezüge.

## D. Anzeige im Falle der Beschäftigung fremder Kinder.

(§ 10.)

7. Die im § 10 des Gesetzes vorgesehene Verpflichtung des Arbeitgebers zur schriftlichen Anzeige an die Ortspolizeibehörde vor dem Beginne der Beschäftigung greift in allen den Fällen Platz, wo Kinder ohne Unterschied des Geschlechts, die als fremde Kinder im Sinne des Gesetzes (§ 3 Abs. 2) gelten, in Betrieben, welche als gewerbliche im Sinne der Gewerbeordnung anzusehen sind, beschäftigt werden sollen. Zu den gewerblichen Betrieben gehören die öffentlichen Erziehungsanstalten nicht. Auf die Landwirtschaft und ihre Nebenbetriebe sowie auf die häuslichen Dienstleistungen (Kinderpflege, Aufwartung und dergl.) erstreckt sich das Gesetz nicht.

Als fremde Kinder gelten insbesondere auch die in den Hausstand aufgenommen nicht zur gesetzlichen Zwangserziehung überwiesenen Waisen-, Zieh- und Pflegekinder, soweit sie nicht mit demjenigen, welcher sie beschäftigt und zu dessen Hausstande sie gehören, oder nicht mit demjenigen, welcher sie beschäftigt und zu dessen Hausstande sie gehören, oder mit dessen Ehegatten bis zum dritten Grade verwandt oder von diesen Personen an Kindesstatt angenommen oder bevormundet sind (§ 3 Abs. 1, Ziffer 1, 2 des Gesetzes), sowie solche zur gesetzlichen Zwangserziehung überwiesenen Kinder, welche nicht zugleich mit eigenen Kindern im Sinne des § 3 Abs. 1, Ziffer 1, 2 des Gesetzes von demjenigen, welchem sie überwiesen sind und zu dessen Hausstande sie gehören, beschäftigt werden. Als Zwangserziehung im Sinne des Gesetzes gilt jede behördlich angeordnete Erziehung, durch welche ein Kind zur Verhütung der Verwahrlosung in einen fremden Hausstand eingewiesen wird. Diese Voraussetzung liegt sowohl im Falle des § 56 des Reichsstrafgesetzbuches, wie in den Fällen des § 1666 des Bürgerlichen Gesetzbuches, des Artikels 135 des Einführungsgesetzes zu diesem und in den Fällen der Unterbringung auf Grund des Gesetzes, betreffend die Zwangserziehung Minderjähriger, vom 12. Juni 1899 Nr. 46, vor. Im Falle des § 1838 des Bürgerlichen Gesetzbuchs trifft sie bei Waisen nur dann zu, wenn die Anordnung zur Verhütung der Verwahrlosung, nicht aber aus sonstigen Gründen erfolgt ist.

Für die Verpflichtung zur Anzeige ist es unerheblich, ob die Beschäftigung der fremden Kinder auf Grund eines gewerblichen Arbeitsvertrages erfolgt oder ob sie nur tatsächlich beschäftigt werden, ebenso ob die Beschäftigung gegen Entgelt stattfindet oder nicht. Auch die Dauer der Beschäftigung ist für die Verpflichtung zur Anzeige im allgemeinen ohne Bedeutung. Nur in solchen Fällen, wo die Beschäftigung der fremden Kinder bloß gelegentlich mit einzelnen Dienstleistungen erfolgt, ist die Anzeige nicht erforderlich. Diese Voraussetzung liegt dann nicht vor, wenn die Beschäftigung in gewisser Folge regelmäßig wiederkehrt.

Zu den fremden Kindern im Sinne des Gesetzes sind nicht zu rechnen und der Anzeigepflicht unterliegen daher ferner nicht:

- a) Kinder, welche in der Wohnung oder Werkstätte einer Person, zu der sie in einem der in § 3 Abs. 1 des Gesetzes bezeichneten Verhältnisse stehen und zu deren Hausstände sie gehören, für Dritte beschäftigt werden (§ 3 Abs. 3 des Gesetzes), auch dann nicht, wenn sie die entweder von ihnen selbst oder durch Vermittelung der Eltern vom Unternehmer angenommenen Arbeiten in der elterlichen Wohnung oder Werkstätte verrichten, während die Eltern anderer Berufsarbeit nachgehen;
- b) solche eigenen Kinder, welche beim Austragen von Zeitungen, Milch und Backwaren für Dritte (§ 17 Abs. 1 des Gesetzes) in der Weise beschäftigt werden, daß sie ihren Eltern und den diesen nach § 1 Abs. 1 des Gesetzes gleichstehenden Personen bei der Ausführung der von diesen für einen fremden Betrieb übernommenen Austragearbeiten helfen, so daß die Beschäftigung nicht unmittelbar durch den fremden Unternehmer, sondern durch die Eltern erfolgt.

8. Die eingehenden Anzeigen sind von der Ortspolizeibehörde darauf zu prüfen, ob sie die Betriebsstätte des Arbeitgebers und die Art des Betriebs angeben. Unvollständige Anzeigen sind zur vervollständigung zurückzugeben.

Auf Grund der Anzeigen, die zu besonderen Aktenheften zu vereinigen sind, ist von der Ortspolizeibehörde nach dem beiliegenden Muster ein Verzeichnis derjenigen Betriebe zu führen, welche fremde Kinder beschäftigen. Das Verzeichnis ist dem zuständigen Gewerbeaufsichtsbeamten auf Ersuchen zur Einsicht vorzulegen. Anzeigen für solche Betriebe, welche der Aufsicht der Bergbehörde unterstehen, sind dem zuständigen Bergrevierbeamten zur Kenntnissnahme mitzuteilen, der über sie ein gleiches Verzeichnis zu führen hat.

Muster  
Nr. 59.

## E. Arbeitskarten.

### (§ 11.)

9. Einer Arbeitskarte bedürfen alle Kinder, die als fremde im Sinne des Gesetzes (vgl. Ziffer 7 dieser Anweisung) beschäftigt werden sollen, soweit die Beschäftigung nicht bloß gelegentlich mit einzelnen Dienstleistungen (vgl. Ziffer 7 Abs. 3) erfolgt.

Für Kinder, welche das zwölfte Lebensjahr noch nicht vollendet haben, dürfen Arbeitskarten in der Regel nicht ausgestellt werden. Sollen jüngere Kinder bei Vorstellungen und Schaustellungen, bei denen ein höheres Interesse der Kunst oder Wissenschaft obwaltet, beschäftigt werden, so ist für sie eine Arbeitskarte dann auszustellen, wenn das Vorliegen einer von der unteren Verwaltungsbehörde erteilten Erlaubnis (Ziffer 5 dieser Anweisung) glaubhaft nachgewiesen wird. Sofern ein solcher Nachweis von dem Antragsteller selbst nicht beigebracht werden kann, hat die ausstellende Behörde in geeigneter Weise vor der Ausstellung der Arbeitskarte festzustellen, daß die Erlaubnis erteilt ist. In die Arbeitskarte ist in diesen Fällen unter „Bemerkungen“ ein Hinweis aufzunehmen, daß die Arbeitskarte nur für Beschäftigung bei öffentlichen Vorstellungen oder Schaustellungen gültig ist.

Muster  
Nr. 60.

10. Die Arbeitskarten werden von den Ortspolizeibehörden ausgestellt. Sie müssen nach Format, Papier und Druck mit dem beigelegten Muster Nr. 60 übereinstimmen.

Muster  
Nr. 61.

11. Über die ausgestellten Arbeitskarten ist nach dem beigelegten Muster Nr. 61 ein für jedes Kalenderjahr abzuschließendes Verzeichnis zu führen.

12. Die Ortspolizeibehörde hat Arbeitskarten nur für solche Kinder auszustellen, welche im Bezirk ihren letzten dauernden Aufenthalt gehabt haben.

13. Wird der Antrag auf Ausstellung einer Arbeitskarte nicht von dem gesetzlichen Vertreter des Kindes gestellt, so hat die Ortspolizeibehörde den Nachweis zu fordern, daß er dem Antrage zustimmt, oder in den Fällen, wo die Erklärung des gesetzlichen Vertreters nicht beschafft werden kann, daß die Gemeindebehörde desjenigen Ortes, wo das Kind seinen letzten dauernden Wohnsitz gehabt hat, die Zustimmung des gesetzlichen Vertreters ergänzt hat (§ 11 Abs. 2 des Gesetzes).

Daß die Erklärung des gesetzlichen Vertreters nicht zu beschaffen sei, wird in der Regel nur anzunehmen sein, wenn er körperlich oder geistig unfähig ist, eine Erklärung abzugeben, oder wenn sein Aufenthalt unbekannt oder derart ist, daß ein mündlicher oder schriftlicher Verkehr mit ihm nicht möglich ist. Die Ergänzung der Zustimmung des gesetzlichen Vertreters ist, wo sie gesetzlich begründet erscheint, schriftlich auszusprechen und mit Unterschrift und Siegel zu versehen.

Der Nachweis der Zustimmung des gesetzlichen Vertreters ist durch Beibringung einer mündlichen oder schriftlichen Erklärung, der Nachweis der Ergänzung der Zustimmung durch die Gemeindebehörde durch die schriftliche Bescheinigung der letzteren (Abs. 2) zu erbringen.

14. Für jedes Kind, für das die Ausstellung einer Arbeitskarte beantragt wird, ist, sofern Jahr und Tag der Geburt nicht anderweit feststehen, die Vorlegung einer Geburtsurkunde (Geburts-, Taufschein) zu fordern.

15. Die Ausstellung der Arbeitskarte erfolgt durch Ausfüllung des Formulars nach dem beigegebenen Muster (Ziffer 10). Die Nummer der

Arbeitskarte muß mit der laufenden Nummer des Verzeichnisses der Arbeitskarten (Ziffer 11) übereinstimmen. Die Aushändigung der Arbeitskarte darf erst erfolgen, wenn alle Spalten des Verzeichnisses der Arbeitskarten ausgefüllt sind.

16. Vor Ausstellung einer Arbeitskarte ist — erforderlichenfalls durch Anfrage bei der Ortspolizeibehörde desjenigen Ortes, wo das Kind früher seinen dauernden Aufenthalt gehabt hat — festzustellen, ob für dasselbe Kind bereits früher eine Arbeitskarte ausgestellt ist. In diesem Falle ist darauf zu halten, daß die bisherige Arbeitskarte vor Aushändigung der neuen abgeliefert wird, es sei denn, daß sie verloren gegangen, vernichtet oder von dem Arbeitgeber nicht wieder ausgehändigt ist. Ferner ist festzustellen, ob etwa der Ausstellung der Arbeitskarte um deswillen Bedenken entgegenstehen, weil für das Kind die Beschäftigung untersagt ist (§ 20 Abs. 1 Ges.; Ziffer 21 Abs. 3 dieser Anweisung).

Die Ausstellung einer neuen Arbeitskarte unterliegt denselben Vorschriften wie diejenige der ersten; jedoch bedarf es der Vorlegung einer Geburtsurkunde nicht, wenn die bisherige Arbeitskarte eingeliefert wird. Daß eine Arbeitskarte an Stelle einer früheren, unbrauchbar gewordenen, verloren gegangenen und dergl. ausgestellt ist, hat die ausstellende Behörde unter „Bemerkungen“ in die Arbeitskarte und in das Verzeichnis der Arbeitskarten (Ziffer 11) einzutragen. Vermerte, wonach die Beschäftigung des Kindes eingeschränkt ist (Ziffer 21 letzter Absatz), sind aus der früheren Arbeitskarte in die neu ausgestellte zu übernehmen.

17. Die Ausstellung der Arbeitskarte muß kosten- und stempelfrei erfolgen.

18. Die Aushändigung der Arbeitskarte erfolgt nicht an das Kind, sondern an den gesetzlichen Vertreter oder an den Arbeitgeber des Kindes.

Von jeder Ausstellung einer Arbeitskarte ist dem Vorsteher der Schule, welche das Kind besucht, Mitteilung zu machen.

19. Die Ortspolizeibehörden haben sich zeitig mit einer hinreichenden Anzahl von Formularen zu Arbeitskarten zu versehen und solche fortlaufend vorrätig zu halten.

## **F. Zulassung von Ausnahmen hinsichtlich der Beschäftigung eigener Kinder im Betriebe von Gast- und Schankwirtschaften.**

(§ 16.)

20. In Orten, die nach der jeweilig letzten Volkszählung weniger als 20 000 Einwohner haben, können die unteren Verwaltungsbehörden für solche Gast- oder Schankwirtschaftsbetriebe, in welchen in der Regel ausschließlich zur Familie des Arbeitgebers gehörige Personen beschäftigt, also in der Regel nicht Kellner oder sonstige andere Personen zur Bedienung herangezogen werden, Ausnahmen von der gesetzlichen Vorschrift zulassen, wonach im Betriebe von Gast- und von Schankwirtschaften eigene Kinder unter zwölf Jahren überhaupt nicht und von den eigenen Kindern über zwölf Jahre Mädchen unter dreizehn Jahren sowie solche Mädchen über dreizehn Jahre, welche noch zum Besuche der Volksschule verpflichtet sind,

nicht bei der Bedienung der Gäste beschäftigt werden dürfen. Die unteren Verwaltungsbehörden sind hinsichtlich der Altersgrenze, bis zu der herab sie Ausnahmen in der Beschäftigung der eigenen Kinder zulassen wollen, durch das Gesetz nicht beschränkt, doch wird grundsätzlich nicht unter das Alter von 10 Jahren herabzugehen sein. Auch wenn hiernach Ausnahmen zugelassen werden, greifen die Bestimmungen des § 13 Abs. 1 des Gesetzes Platz, so daß eine Beschäftigung der Kinder zwischen acht Uhr abends und acht Uhr morgens sowie vor dem Vormittagsunterrichte und am Nachmittage eine Stunde nach beendetem Unterricht in allen Fällen ausgeschlossen bleibt, auch den Kindern stets um Mittag eine mindestens zweistündige Pause zu gewähren ist.

Die unteren Verwaltungsbehörden haben Ausnahmen nur für solche Orte und für solche kleineren Wirtschaftsbetriebe zuzulassen, wo nach Lage der Verhältnisse von der erweiterten Beschäftigung der eigenen Kinder sittliche Gefahren oder sonstige Nachteile für diese nicht zu befürchten sind und durch die angezogene Verbotbestimmung ungerechtfertigte Härten hervorgerufen werden würden.

Die Ausnahmen können auch allgemein für alle Gast- oder Schankwirtschaftsbetriebe der bezeichneten Art zugelassen werden. Sie sind sogleich zurückzunehmen, wenn sich Mißstände infolge der erweiterten Beschäftigung der eigenen Kinder herausstellen.

Vor der Zulassung der Ausnahmen ist die Schulaufsichtsbehörde zu hören.

#### G. Polizeiliche Verfügungen auf Grund des § 20.

21. Auf Grund des § 20 Abs. 1 des Gesetzes können polizeiliche Verfügungen nur hinsichtlich der Beschäftigung einzelner Kinder, und zwar sowohl fremder wie eigener, erlassen werden. Voraussetzung des Erlasses einer solchen Verfügung ist, daß bei einer an sich nach den Bestimmungen des Gesetzes zulässigen Beschäftigung eines Kindes erhebliche Mißstände zutage getreten sind. Diese können sowohl auf gesundheitlichem Gebiete liegen wie hinsichtlich der geistigen oder sittlichen Entwicklung des Kindes hervorgetreten sein. Soweit es sich um gesundheitliche Schädigungen des Kindes handelt, ist über das Vorliegen der Voraussetzung in denjenigen Fällen, wo ein Schularzt angestellt ist, dieser zu hören.

Zum Erlaß der Verfügung ist die Polizeibehörde desjenigen Ortes zuständig, an welchem das Kind seinen letzten dauernden Aufenthalt gehabt hat. Die Verfügung kann von Amts wegen oder auf Antrag der Schulaufsichtsbehörde ergehen. Wenn sie von Amts wegen erlassen werden soll, so ist vorher die Schulaufsichtsbehörde zu hören.

Wird durch die polizeiliche Verfügung die Beschäftigung für ein Kind, für das eine Arbeitskarte erteilt ist (§ 11 des Gesetzes, Ziffer 9 ff. dieser Anweisung), untersagt, so hat die Polizeibehörde in der Verfügung zugleich die Entziehung der Arbeitskarte auszusprechen. Die Entziehung ist unter „Bemerkungen“ in das Verzeichnis der Arbeitskarten (Ziffer 11) einzutragen. Erfolgt die Entziehung der Arbeitskarte nicht durch diejenige Ortspolizeibehörde, welche sie ausgestellt hat, so ist dieser behufs Eintragung in

das Verzeichnis der Arbeitsarten davon Mitteilung zu machen. Ist die Arbeitskarte entzogen, so ist die Erteilung einer neuen Arbeitskarte grundsätzlich zu verweigern.

Ist für ein Kind, für das eine Arbeitskarte erteilt ist, nur eine Einschränkung der Beschäftigung verfügt, so hat die Polizeibehörde umgehend die Arbeitskarte einzufordern und erst nach Eintragung der Einschränkung in diese in der Abteilung „Bemerkungen“ wieder auszuhandigen. Wegen der Eintragung in das Verzeichnis der Arbeitsarten finden die Vorschriften im vorhergehenden Absatz entsprechende Anwendung.

22. Gemäß § 20 Abs. 2 des Gesetzes kann für einzelne Gast- oder Schankwirtschaften die Beschäftigung sowohl fremder wie eigener Kinder über die durch §§ 7, 16 des Gesetzes gezogenen Grenzen im Wege der polizeilichen Verfügung eingeschränkt oder ganz verboten werden. Voraussetzung des Erlasses einer solchen Verfügung ist, daß sich infolge der Beschäftigung der Kinder erhebliche, die Sittlichkeit gefährdende Mißstände ergeben haben.

Zum Erlaß der Verfügung ist die Polizeibehörde desjenigen Ortes zuständig, in welchem die Gast- oder Schankwirtschaft betrieben wird.

23. Gegen die nach § 20 des Gesetzes ergehenden polizeilichen Verfügungen finden die allgemeinen Rechtsmittel gegen polizeiliche Verfügungen statt.

## H. Aufsicht.

24. Die Aufsicht über die Ausführung:

- a) der Vorschriften über die Beschäftigung von Kindern in dem mit dem Expeditionsgeschäfte verbundenen Fuhrwerksbetriebe (§ 4 Abs. 1) sowie im Handelsgewerbe und in Verkehrsgewerben (§§ 5, 9 Abs. 1, 13, 20 Abs. 1),
  - b) der Vorschriften über die Beschäftigung von Kindern bei öffentlichen theatralischen Vorstellungen und anderen öffentlichen Schaustellungen (§§ 6, 9 Abs. 2, 15),
  - c) der Vorschriften über die Beschäftigung von Kindern im Betriebe von Gast- und von Schankwirtschaften (§§ 7, 9 Abs. 1, 16, 20),  
— zu a bis c einschließlich der Beschäftigung beim Austragen von Waren und bei sonstigen Botengängen (§§ 8, 9 Abs. 3, 17) in diesen Betrieben —,
  - d) der die Anzeige betreffenden Bestimmungen (§ 10),
  - e) der die Arbeitskarte betreffenden Bestimmungen (§ 11), soweit es sich um die Beschäftigung im Handelsgewerbe, in Verkehrsgewerben und bei den unter b und c aufgeführten Beschäftigungsarten handelt,
- wird von den Ortspolizeibehörden wahrgenommen.

Im übrigen wird die Aufsicht über die Ausführung der die Beschäftigung von Kindern regelnden Bestimmungen des Gesetzes von den Ortspolizeibehörden und den Gewerbeaufsichtsbeamten, hinsichtlich der unter Aufsicht der Bergbehörde stehenden Betriebe von dem Bergrevierbeamten ausgeübt.



25. Die Befolgung der gesetzlichen Bestimmungen ist bei jeder sich darbietenden Gelegenheit, insbesondere bei den von den Ortspolizeibehörden oder den Gewerbeaufsichtsbeamten aus anderem Anlaß vorzunehmenden Revisionen der Betriebe sorgfältig zu überwachen. Außerordentliche Revisionen sind nach Bedürfnis und insbesondere dann vorzunehmen, wenn der Verdacht einer gegenwärtigen Beschäftigung von Kindern vorliegt.

26. Besondere Aufmerksamkeit ist den für Kinder verbotenen Beschäftigungsarten (§§ 4, 12) zuzuwenden.

Wenn sich aus der vom Arbeitgeber der Ortspolizeibehörde erstatteten Anzeige ergibt, daß Kinder in solchen Betrieben beschäftigt werden sollen, so ist von der Ortspolizeibehörde (dem Bergrevierbeamten) durch besondere bei den Gewerbeunternehmern von Zeit zu Zeit vorzunehmende Revisionen sorgfältig zu überwachen, daß die Beschäftigung nur bei dem gesetzlich gestatteten Austragen von Waren und bei sonstigen Botengängen (§ 8) stattfindet.

In gleicher Weise haben die Ortspolizeibehörden die Befolgung der die Arbeitskarte betreffenden Bestimmungen zu überwachen.

27. An der Hand des nach Ziffer 8 Abs. 2 dieser Anweisung zu führenden Verzeichnisses sind die fremde Kinder beschäftigenden Werkstätten, in denen die Beschäftigung nicht nach § 4 des Gesetzes verboten ist (§ 5), in Zukunft halbjährlich in dem Verzeichnis einer ordentlichen Revision durch die Ortspolizeibehörde (den Bergrevierbeamten) zu unterziehen. Bei jeder ordentlichen Revision hat der revidierende Beamte folgende Punkte festzustellen:

- a) wie groß ist die Zahl der zur Zeit im Betriebe der Werkstätte nicht lediglich mit Austragen von Waren oder bei sonstigen Botengängen beschäftigten Kinder?
- b) stimmen das Alter dieser Kinder, die tägliche Arbeitszeit, die Lage der Arbeitsstunden und die Dauer und Lage der Pause mit den gesetzlichen Vorschriften überein?
- c) sind diese Kinder, soweit die Beschäftigung nicht bloß gelegentlich mit einzelnen Dienstleistungen erfolgt, sämtlich mit Arbeitskarten versehen?

28. Nach jeder Revision, welche in einem fremde Kinder beschäftigenden Betriebe stattgefunden hat, ist von der Ortspolizeibehörde, (dem Bergrevierbeamten) das Datum und die festgestellte Anzahl der beschäftigten Kinder in das nach Ziffer 8 Abs. 2 zu führende Verzeichnis einzutragen. Das Verzeichnis ist dem zuständigen Gewerbeaufsichtsbeamten auf Ersuchen zur Einsicht vorzulegen.

29. Bei der Aufsicht über die Durchführung der für die Beschäftigung eigener Kinder geltenden Vorschriften ist der Bestimmung in § 13 Abs. 2 des Gesetzes besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden, wonach eigene Kinder unter zwölf Jahren in der Wohnung oder Werkstätte einer Person, zu der sie in einem der in § 3 Abs. 1 bezeichneten Verhältnisse stehen, für Dritte nicht beschäftigt werden dürfen. Ferner ist die Bestimmung in § 21 Abs. 2 des Gesetzes zu beachten, wonach in Privatwohnungen, in denen ausschließlich eigene Kinder beschäftigt werden, Revisionen während der

Nachtzeit nur stattfinden dürfen, wenn Tatsachen vorliegen, welche den Verdacht der Nachtbeschäftigung dieser Kinder begründen. —

Die wichtigsten Bestimmungen des gedachten Reichsgesetzes und der erlassenen Ausführungsvorschriften sind folgende:

1. Das Gesetz bezieht sich nur auf Kinderarbeit in gewerblichen — nicht in landwirtschaftlichen — Betrieben und auch nur auf solche Kinder, welche das 13. Lebensjahr noch nicht vollendet haben oder, obwohl älter, doch zum Besuche der Volksschule noch verpflichtet sind.

2. Während Kinderarbeit bisher in gewerblichen Betrieben im allgemeinen erlaubt und nur in Fabriken, in Werkstätten mit Motorbetrieb und beim Gewerbebetriebe im Umherziehen untersagt war, dürfen nunmehr in vielen gewerblichen Betrieben schulpflichtige Kinder überhaupt nicht — § 4 des Gesetzes und dessen Anlage —, in den nicht unter das Verbot des § 4 fallenden gewerblichen Betrieben aber nur in einem bestimmten Umfange beschäftigt werden.

Verboten ist die Beschäftigung aller schulpflichtigen Kinder

- a) in Fabriken und Werkstätten mit Motorbetrieb,
- b) in den im § 4 aufgeführten Betrieben, insbesondere also bei Bauten auf Ziegeleien, in Kalfbrennereien, Fleischereien und Werkstätten der Maler,
- c) bei öffentlichen Schausstellungen (§§ 6 und 15),
- d) in gewissem Umfange im Betriebe von Gast- und Schankwirtschaften (§§ 7 und 16).

3. Soweit eine Beschäftigung von Kindern in Werkstätten sowie im Handels- und Verkehrsgewerbe stattfinden darf, unterscheidet das Gesetz zwischen eigenen und fremden Kindern.

Eigene Kinder sind die im § 13 Ziffer 1—3 aufgeführten Kinder, wenn sie zu dem Hausstande desjenigen gehören, welcher sie beschäftigt — Ausnahme siehe § 3 Absatz 3 —.

Die Beschäftigung von eigenen Kindern darf nur dann stattfinden, wenn sie das 10. Lebensjahr vollendet haben — Ausnahme siehe § 17 —.

Fremde Kinder dürfen in den gedachten Betrieben nur beschäftigt werden, wenn sie über 12 Jahre alt sind.

4. Die Beschäftigung der eigenen und fremden Kinder in den zugelassenen Betrieben darf nicht in der Zeit zwischen 8 Uhr abends und 8 Uhr morgens und nicht vor dem Vormittagsunterrichte stattfinden.

Sie darf täglich nicht länger als 3 Stunden und während der Schulferien nicht länger als 1 Stunde dauern. Um Mittag ist den Kindern eine mindestens zweistündige Pause zu gewähren und am Nachmittage darf die Beschäftigung erst 1 Stunde nach beendigem Unterrichte beginnen.

Eigene Kinder unter 12 Jahren dürfen in der Wohnung oder Werkstätte desjenigen, zu dem sie in einem der im § 3 Absatz 1 bezeichneten Verhältnisse stehen, für dritte nicht beschäftigt werden.

5. An Sonn- und Festtagen dürfen eigene und fremde Kinder überhaupt nicht beschäftigt werden — Ausnahmen sind nur zugelassen für die Beschäftigung beim Austragen von Waren und bei sonstigen Botengängen — siehe Ziffer 6 —.

6. Besonders geregelt ist die Beschäftigung von Kindern im Betriebe von Gast- und Schankwirtschaften sowie beim Austragen von Waren und bei sonstigen Botengängen. Es folgt hier folgendes:

a) In Betrieben von Gast- und Schankwirtschaften dürfen nur Kinder über 12 Jahre und zwar nur an Wochentagen beschäftigt werden. Eine Beschäftigung von Mädchen darf nicht stattfinden bei der Bedienung von Gästen.

Es mag hier auf einen auch in den Landgemeinden besonders häufig vorkommenden Fall, nämlich das Regelaufsetzen durch Kinder, hingewiesen werden. Hierzu dürfen nur Kinder über 12 Jahre und zwar nur an Wochentagen vorbehaltlich der in § 5 Absatz 2 und § 13 vorgesehenen Beschränkungen — siehe oben Ziffer 4 — verwandt werden.

Diese Vorschrift findet auch dann Anwendung, wenn die Regelungen nicht vom Wirte, sondern von einem Dritten angenommen werden.

b) Die Beschäftigung beim Austragen von Waren und bei sonstigen Botengängen ist in der Weise geregelt, daß

1. solche durch eigene Kinder ohne Beschränkung in Beziehung auf das Lebensalter und die Sonntagsarbeit im allgemeinen statthaft ist — siehe jedoch unten Ziffer 3 —,

2. solche durch fremde Kinder über 12 Jahre vorbehaltlich der allgemeinen Beschränkungen des § 5 Absatz 2 — siehe oben Ziffer 4 — auch an Sonn- und Festtagen erlaubt ist, daß jedoch an letzteren die Beschäftigung die Dauer von 2 Stunden nicht überschreiten, sich nicht über 1 Stunde nachmittags erstrecken und auch nicht in der letzten halben Stunde vor Beginn des Hauptgottesdienstes bezw. während desselben stattfinden darf — § 8 Absatz 1 und § 9 Absatz 3 —,

3. die Bestimmungen unter 2 auf die eigenen Kinder, welche beim Austragen von Zeitungen, Milch und Backwaren beschäftigt werden, Anwendung finden sollen, wenn die Beschäftigung für Dritte stattfindet — § 17 Absatz 3 —.

7. Die Beschäftigung von fremden Kindern — nicht auch der eigenen — unterliegt der Anzeigepflicht — § 10 — und zwar hat der Arbeitgeber vor Beginn derselben der Ortspolizeibehörde eine

schriftliche Anzeige zu erstatten, in welcher die Betriebsstätte und die Art des Betriebes anzugeben ist.

Als fremde Kinder sind nicht anzusehen die in den ministeriellen Ausführungsbestimmungen unter D 7a und b aufgeführten Kinder.

8. Auf Grund der eingehenden, von den Ortspolizeibehörden genau zu prüfenden Anzeigen, welche zu besonderen Aktenheften zu vereinigen sind, ist nach dem den Ausführungsbestimmungen beiliegenden Muster I ein Verzeichnis derjenigen Betriebe zu führen, welche fremde Kinder beschäftigen.

Anzeigen für solche Betriebe, welche der Aufsicht der Bergbehörde unterstehen, sind dem Bergrevierbeamten in Braunschweig zu übersenden.

9. Die Ortspolizeibehörden haben auf Antrag des gesetzlichen Vertreters des Kindes bezw. auf Antrage eines Dritten nach beigebrachter Zustimmung des Vertreters eine Arbeitskarte nach dem den Ausführungsbestimmungen anliegendem Muster kosten- und stempelfrei auszustellen und über die ausgestellten Arbeitskarten nach dem der Ausführungs-Anweisung beigelegten Muster II ein für jedes Kalenderjahr abzuschließendes Verzeichnis zu führen.

Die Arbeitskarten sind mit der in dieses Verzeichnis eingetragenen Nummer zu versehen. Die Ortspolizeibehörden haben die Formulare für Arbeitskarten bei der Herzoglichen Waisenhausdruckerei in Braunschweig, hintern lieben Frauen 1, zu beziehen und solche fortlaufend vorrätig zu halten.

Die Arbeitskarte, deren Ausstellung bei bloß gelegentlicher Beschäftigung mit einzelnen Dienstgeschäften nicht erforderlich ist, ist dem gesetzlichen Vertreter oder dem Arbeitgeber des Kindes auszuhandigen.

Von jeder Ausstellung einer Arbeitskarte ist dem zuständigen Geistlichen als Vorsteher der Schule, welche das Kind besucht, Mitteilung zu machen.

Der Arbeitgeber, welcher ein fremdes Kind erst dann beschäftigen darf, wenn die Arbeitskarte ausgestellt ist, hat diese zu verwahren, auf amtliches Verlangen vorzuzeigen und nach rechtmäßiger Auflösung des Arbeitsverhältnisses dem gesetzlichen Vertreter wieder auszuhandigen.

10. Die Ortspolizeibehörden können im Wege der Verfügung eine nach dem Gesetze zulässige Beschäftigung, sofern dabei erhebliche Mißstände zutage getreten sind, auf Antrag oder nach Anhörung des Schulinspektors (Superintendenten) für einzelne Kinder beschränken oder untersagen sowie, wenn für das Kind eine Arbeitskarte erteilt ist, diese einziehen und die Erteilung einer neuen Arbeitskarte verweigern.

Desgleichen sind sie befugt, zur Beseitigung erheblicher der Sittlichkeit gefährdender Mißstände im Wege der Verfügung für einzelne Gast- und Schankwirtschaften die Beschäftigung von Kindern

weiter einzuschränken oder zu untersagen. Im einzelnen wird in dieser Beziehung auf die Ausführungsbestimmungen unter G verwiesen.

11. Die Aufsicht über die Befolgung des Gesetzes ist der Hauptsache nach von den Ortspolizeibehörden wahrzunehmen. Dieselben haben insbesondere die nach Ziffer 27 der Ausführungsanweisung vorgeschriebene halbjährliche ordentliche Revision vorzunehmen und die nach Ziffer 28 vorgeschriebene Eintragung in das Verzeichnis Muster I auszuführen, auch außerordentliche Revisionen insbesondere dann vorzunehmen, wenn der Verdacht einer gesetzwidrigen Beschäftigung vorliegt. Im einzelnen siehe die gedachte Anweisung unter G.

In Privatwohnungen, in denen ausschließlich eigene Kinder beschäftigt werden, dürfen Revisionen während der Nachtzeit nur dann stattfinden, wenn Tatsachen vorliegen, welche den Verdacht der Nachtbeschäftigung von Kindern rechtfertigen.

12. Ausnahmen von den geltenden Vorschriften für die Beschäftigung von Kindern können unter besonderen Umständen — siehe die Ausführungsanweisung unter B, C und F — mit Zustimmung der Kreisdirektion zugelassen werden.

## IX. Einrichtung der Arbeitsräume und Regelung des Betriebs.

Nach §§ 120 a—e G. D. sind die Gewerbeunternehmer verpflichtet, die Arbeitsräume, Betriebsvorrichtungen, Maschinen und Gerätschaften so einzurichten und zu unterhalten und den Betrieb so zu regeln, daß die Arbeiter gegen Gefahren für Leben und Gesundheit soweit geschützt sind, wie es die Natur des Betriebs gestattet, und ferner verpflichtet, diejenigen Einrichtungen zu treffen und zu unterhalten und diejenigen Vorschriften über das Verhalten der Arbeiter im Betriebe zu erlassen, welche erforderlich sind, um die Aufrechterhaltung der guten Sitte und des Anstandes zu sichern. Der Bundesrat und die Landes-Zentralbehörde sind ermächtigt, Vorschriften darüber zu erlassen, welchen Anforderungen in bestimmten Arten von gewerblichen Betrieben zur Durchführung vorstehender Grundsätze zu genügen ist. Die Polizeibehörden in Gemeinschaft mit den Gewerbeaufsichts-Beamten sind befugt und verpflichtet, darüber zu wachen, daß die Gewerbeunternehmer den ihnen obliegenden Verpflichtungen nachkommen, und, wenn nötig, im Wege der Verfügung von einem Gewerbeunternehmer die Ausführung der vorgeschriebenen oder der sonst erforderlichen und ausführbaren Maßnahmen zu verlangen.

Die auf Grund dieser gesetzlichen Bestimmungen für bestimmte einzelne Arten von Gewerbebetrieben erlassenen Vorschriften (die sich zum Teil zugleich auf die Verwendung von Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeitern beziehen) sind in folgenden Bekanntmachungen enthalten:

- 1) 8. Juli 1893 (R. G. Bl. Nr. 2114 S. 209) Zündholzfabriken betr.,\*

\* Vergl. G., betr. Anfertigung und Verzollung von Zündhölzern, vom 13. Mai 1884 (R. G. Bl. Nr. 1541 S. 49) und G., betr. Phosphorzündwaren, vom 10. Mai 1903 (R. G. Bl. Nr. 2963 S. 217).

- 2) 8. Juli 1893 (R. G. Bl. Nr. 2116 S. 218) und 9. April 1905 (R. G. Bl. Nr. 3117 S. 236) Zigarrenfabriken betr.,
- 3) 4. März 1896 (R. G. Bl. Nr. 2292 S. 55) und 17. April 1903 (G. u. B. S. Nr. 23 S. 125) Bäckereien und Konditoreien betr.,
- 4) 2. Februar 1897 (R. G. Bl. Nr. 2359 S. 11) Alkali-Chromaten-Fabriken betr.,
- 5) 31. Juli 1897 (R. G. Bl. Nr. 2410 S. 614) Buchdruckereien und Schriftgießereien betr.,
- 6) 11. Mai 1898 (R. G. Bl. Nr. 2470 S. 176) elektrische Akkumulatoren-Fabriken betr.,
- 7) 23. Januar 1902 (R. G. Bl. Nr. 2831 S. 33) Gast- und Schankwirtschaften betr.,
- 8) 1. März 1902 (R. G. Bl. Nr. 2844 S. 59) Vulkanisierung v. Gummiwaren betr.,
- 9) 5. März 1902 (R. G. Bl. Nr. 2846 S. 65) Glashütten, Glasschleifereien, Sandbläsereien betr.,
- 10) 20. März 1902 (R. G. Bl. Nr. 2851 S. 78) Steinbrüche und Steinhauereien betr.,
- 11) 22. Oktober 1902 (R. G. Bl. Nr. 2900 S. 269) Roßhaarspinnerei betr.,
- 12) 30. Januar 1903 (R. G. Bl. Nr. 2920 S. 3) und 1. April 1903 (R. G. Bl. Nr. 2945 S. 123) Anlagen zur Herstellung von Präservativs, Sicherheitspressarien pp. betr.,
- 13) 26. Mai 1903 (R. G. Bl. Nr. 2969 S. 225) Bleifarben- pp. Fabriken betr.,
- 14) 15. November 1903 (R. G. Bl. Nr. 2998 S. 287) und 26. April 1899 (R. G. Bl. Nr. 2572 S. 273) Getreidemühlen betr.,
- 15) 15. November 1903 (R. G. Bl. Nr. 2999 S. 288) und 25. April 1899 (R. G. Bl. Nr. 2570 S. 267) Thomaschlackenbearbeitung betr.,
- 16) 16. Juni 1905 (R. G. Bl. Nr. 3143 S. 545) Bleihütten betr.,
- 17) 27. Juni 1905 (R. G. Bl. Nr. 3145 S. 555) Maler- und Lackiererbetriebe betr.,
- 18) 22. April 1901 (G. u. B. S. Nr. 25 S. 123) Kreissägen betr.

Was insbesondere die vorstehend unter Ziff. 7 aufgeführten Bestimmungen über die Beschäftigung von Gehülfen und Lehrlingen in Gast- und Schankwirtschaften betrifft, so läßt sich deren Hauptinhalt dahin zusammenfassen:

1. Den beschäftigten Personen ist von den Gast- und Schankwirten zu gewähren:

- a) eine ununterbrochene Ruhezeit von täglich mindestens 8 Stunden (I. 1. Abs. 1),
- b) außerdem eine weitere ununterbrochene Ruhezeit, welche in jeder dritten Woche 24 Stunden, in jeder sonstigen Woche 6 Stunden beträgt (I. 4. Abs. 1 u. 3).

Die Arbeitgeber sind verpflichtet, ein Verzeichnis anzulegen, welches die Namen der einzelnen Gehülfen und Lehrlinge enthalten muß. Für das-

Muster  
Nr. 62.

selbe ist den Wirten das beiliegende Muster Nr. 62 zu empfehlen. In dasselbe ist vom Wirt für jeden einzelnen Gehülfsen und Lehrling fortlaufend einzutragen, wann und für welche Dauer die oben unter b erwähnte weitere Ruhezeit gewährt ist (I. 5. Abs. 1).

2. Der Zeitraum zwischen den regelmäßigen täglichen Ruhezeiten, also die Arbeitsdauer, darf höchstens 16 Stunden betragen (I. 2); jedoch ist 60 Mal im Jahre eine Verlängerung der Arbeitsdauer zulässig (I. 3); und muß der Wirt, wenn er solche Verlängerung eintreten läßt, dies jedesmal in einer von ihm zu führenden weiteren Liste notieren (I. 5. Abs. 2).

Zur Ausführung dieser Bundesratsbestimmungen ist vom Herzoglichen Staatsministerium weiter folgendes angeordnet:

„Der Gemeindevorsteher, hat in jedem Gehülfsen oder Lehrlinge beschäftigenden Gast- oder Schankwirtschaftsbetriebe mindestens einmal im Jahre eine ordentliche und außerdem außerordentliche Revisionen nach Bedürfnis und insbesondere dann vorzunehmen, wenn der Verdacht einer gesetzwidrigen Beschäftigung von Gehülfsen oder Lehrlingen vorliegt.

Alljährlich in der ersten Hälfte Monats Januar ist für das abgelaufene Jahr bei der Kreisdirektion berichtlich anzuzeigen, wieviel Wirtschaften revidiert und wieviel Revisionen vorgenommen sind.

Durch die Revisionen ist festzustellen:

1. ob jedem Gehülfsen oder Lehrling regelmäßige Ruhezeiten siebenmal für die Woche gewährt werden, ob diese Ruhezeiten mindestens die in Ziffer 1 der Bestimmungen vorgeschriebene Stundenzahl in ununterbrochener Folge erreichen und ob der Zeitraum zwischen zwei Ruhezeiten die in Ziffer 2 der Bestimmungen vorgeschriebene Höchstdauer nicht übersteigt;
2. ob seit dem Inkrafttreten der Bestimmungen bzw. seit der letzten Revision die nach Ziffer 4 Absatz 1, 2 zu gewährenden besonderen 24 stündigen Ruhezeiten mindestens in jeder dritten Woche gewährt worden sind und ob in jeder zwischenliegenden Woche außer den regelmäßigen Ruhezeiten (Ziffer 1 der Bekanntmachung) mindestens einmal eine weitere ununterbrochene Ruhezeit von mindestens 6 Stunden gemäß Ziffer 4 Abs. 3 bewilligt worden ist;
3. ob diese letztere Ruhezeit in der Zeit zwischen 8 Uhr morgens und 10 Uhr abends lag;
4. ob die nach Ziffer 5 anzulegenden Verzeichnisse vorhanden und ordnungsmäßig geführt, insbesondere, ob die Eintragungen für alle abgelaufenen Wochen erfolgt sind;
5. ob Überarbeit im Betriebe (Ziffer 3 der Bekanntmachung) während des Kalenderjahres nicht öfter als 60 Mal stattgefunden hat und ob auch in diesen Fällen für die Woche eine Unterbrechung durch 7 Ruhezeiten von der in Ziffer 1 der Bekanntmachung vorgeschriebenen Dauer erfolgt ist;
6. ob Gehülfsen oder Lehrlinge unter 16 Jahren in der Zeit von 10 Uhr abends bis 6 Uhr morgens beschäftigt werden;

7. ob Gehülfen oder Lehrlinge weiblichen Geschlechts zwischen 16 und 18 Jahren, welche nicht zur Familie des Wirtes gehören, während der Zeit von 10 Uhr abends bis 6 Uhr morgens zur Bedienung der Gäste verwendet werden.

Der Gemeindevorsteher hat bei jeder Revision in die gemäß Ziffer 5 der Bestimmungen angelegten Verzeichnisse einen Revisionsvermerk einzutragen.

Der Gemeindevorsteher hat eine Liste zu führen, in die alle revidierten Betriebe und bei jedem Betriebe die Daten der vorgenommenen Revisionen einzutragen sind. Den Gewerbeaufsichtsbeamten ist diese Liste auf Ersuchen zur Einsicht vorzulegen.

Den Gewerbeaufsichtsbeamten steht gemäß § 139 b der Gewerbeordnung neben den ordentlichen Polizeibehörden die Aufsicht über die Ausführung der Bestimmungen des Bundesrates zu. Nehmen die Gewerbeaufsichtsbeamten in der Revisionstätigkeit der Beamten der örtlichen Polizei Mängel wahr, so haben sie hiervon der Kreisdirektion Anzeige zu erstatten."

## X. Beschäftigung von jugendlichen Arbeitern und von Arbeiterinnen in Fabriken.

In Fabriken dürfen junge Leute zwischen 14 und 16 Jahren nicht länger als täglich 10 Stunden und dürfen Arbeiterinnen nicht in der Nachtzeit (8½ Uhr abends bis 5½ Uhr morgens) und Sonnabends, sowie an Vorabenden der Festtage nicht nach 5½ Uhr nachmittags beschäftigt werden (G. D. §§ 135—137, welche noch näher Vorschriften über die Beschäftigungsdauer, die Ruhepausen usw. enthalten). Sollen Arbeiterinnen oder jugendliche Arbeiter in Fabriken beschäftigt werden, so hat der Arbeitgeber vor dem Beginn der Beschäftigung darüber dem Gemeindevorsteher eine ihrem Inhalte nach näher vorgeschriebene schriftliche Anzeige zu machen und in der Fabrik ein Verzeichnis der jugendlichen Arbeiter aufzuhängen, dessen Inhalt gleichfalls näher vorgeschrieben ist (G. D. § 138). Ausnahmen von diesen allgemeinen Vorschriften für Einzelfälle können von der höhern Verwaltungsbehörde (G. D. §§ 138 a u. 139), Ausnahmen für gewisse Fabrikationszweige vom Bundesrate gewährt werden (G. D. § 139 a).

Letzteres ist durch die oben bei IX. Ziff. 2, 4, 6, 9 u. 13 aufgeführten und durch folgende weitere Bekanntmachungen geschehen:

- 1) 31. Mai 1897 (R. G. Bl. Nr. 2391 S. 459), 24. Juni 1897 (G. u. B. S. Nr. 22 S. 157), 9. Dezember 1902 (R. G. Bl. Nr. 2914 S. 295) und 17. Februar 1904 (R. G. Bl. Nr. 3017 S. 62) Kleider- und Wäschefabrikation betr.,
- 2) 11. März 1898 (R. G. Bl. Nr. 2449 S. 35) Konservenfabriken betr.,
- 3) 13. Juli 1900 (R. G. Bl. Nr. 2696 S. 566) und 23. November 1901 (G. u. B. S. Nr. 56 S. 319) Werkstätten mit Motorbetrieb betr.,
- 4) 31. Januar 1902 (R. G. Bl. Nr. 2836 S. 42) Zichorienfabriken betr.,
- 5) 5. März 1902 (R. G. Bl. Nr. 2847 S. 72) Rohzuckerfabriken und Zuckerraffinerien betr.,
- 6) 27. Mai 1902 (R. G. Bl. Nr. 2870 S. 170) Walz- u. Hammerwerke betr.,



- 7) 24. Juni 1902 (R. G. Bl. Nr. 2886 S. 238) Hefelräume betr.,
- 8) 27. Februar 1903 (R. G. Bl. Nr. 2927 S. 39) Bearbeitung von Faserstoffen, Tierhaaren pp. betr.,
- 9) 24. April 1903 (R. G. Bl. Nr. 2953 S. 201) Zigarrenfabriken betr.,
- 10) 15. November 1903 (R. G. Bl. Nr. 2997 S. 286) Ziegeleien betr.,
- 11) 10. Juni 1904 (R. G. Bl. Nr. 3048 S. 217) Meiereien (Molkereien) betr.

Die landesrechtlichen Ausführungsvorschriften hierzu sind gegeben in Abschnitt D. der B. v. 24. März 1892 (G. u. B. S. Nr. 8 S. 21) und den Abschnitten A. und B. der B. v. 9. Juni 1892 (G. u. B. S. Nr. 23 S. 115).

Der Gemeindevorsteher hat die von dem Fabrikanten über die Beschäftigung von Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeitern ihm zugehenden Anzeigen aufzubewahren und darüber ein Verzeichnis zu führen, zu welchem ihm auf Verlangen die Kreisdirektion das Formular liefert. Ferner hat er in Erfüllung der ihm obliegenden Aufsichtspflicht mindestens einmal in jedem Halbjahr durch örtliche Augenscheinnahme sich davon zu überzeugen, daß die auf den fraglichen Fabrikbetrieb bezüglichen Vorschriften wegen der Einrichtung der Arbeitsräume und der Regelung des Betriebes, wegen der Sonntagsruhe, wegen der Beschäftigung von Kindern, Jugendlichen und Arbeiterinnen beachtet und befolgt werden; über das Ergebnis der Revisionen die erforderlichen Bemerkungen in dem oben erwähnten Verzeichnisse zu machen und alljährlich im Monat Dezember der Kreisdirektion eine Übersicht nach einem Formular einzureichen, welches die Kreisdirektion liefert, auch über das gesamte Revisionsgeschäft an die Kreisdirektion einen Bericht zu erstatten, zu welchem denjenigen Gemeindevorstehern, in deren Gemeinden sich bedeutendere Gewerbsunternehmungen befinden, das als Muster Nr. 63 beiliegende Formular zu einem tabellarischen Berichte empfohlen wird.

Muster  
Nr. 63.

## XI. Gewerbebetrieb in offenen Verkaufsstellen.

Über Gehülfen, Lehrlinge und Arbeiter in offenen Verkaufsstellen enthalten die §§ 139 c—m G. O. besondere Vorschriften, welche von der diesen Personen zu gewährenden ununterbrochenen Ruhezeiten, dem Ladenschluß, der Einrichtung und Unterhaltung der Geschäftsräume, dem Schulbesuche, den für größere Betriebe zu erlassenden Arbeitsordnungen usw. handeln. Vom Bundesrate dazu erlassene Ausführungsvorschriften sind enthalten in den Bekanntmachungen vom

28. November 1900 (R. G. Bl. Nr. 2738 S. 1033), Einrichtung von Sitzgelegenheiten betr. und

25. Januar 1902 (R. G. Bl. Nr. 2834 S. 38), Verlängerung der Ladenschlußzeit betr.,

die weiteren landesrechtlichen Ausführungsvorschriften in Abschn. II der B. v. 29. Oktober 1900 (G. u. B. S. Nr. 54 S. 363).

Werden diese Vorschriften in den Landgemeinden auch nicht allzu häufig in Frage kommen, so muß ihrer hier doch Erwähnung geschehen und soll für allen Fall darauf verwiesen werden, daß vorkommendenfalls die Ortspolizeibehörde hier in mehrfacher Beziehung eingzugreifen haben.

## XII. Gewerbliche Streitigkeiten.

Für die Entscheidung von gewerblichen Streitigkeiten zwischen Arbeitern und ihren Arbeitgebern, sowie zwischen Arbeitern desselben Arbeitgebers unter einander können auf statutarischem Wege „Gewerbegerichte“, zur Entscheidung von Streitigkeiten aus dem Dienst- oder Lehrverhältnisse zwischen Kaufleuten und ihren Handlungs-Gehülfeu und Lehrlingen „Kaufmannsgerichte“ errichtet werden. Wo solche Gewerbe- bzw. Kaufmannsgerichte nicht bestehen, kann bei Streitigkeiten über den Antritt, die Fortsetzung oder die Auflösung des Arbeits-, Dienst- oder Lehrverhältnisses, über die Aushändigung oder den Inhalt des Arbeitsbuches oder Zeugnisses und über die Berechnung und Anrechnung der von den Arbeitern, Handlungsgehilfen oder Handelslehrlingen zu leistenden Krankenversicherungsbeiträge und Eintrittsgelder die vorläufige Entscheidung des Gemeindevorstehers nachgesucht werden. Das Nähere hierüber besagt das Reichsgesetz über die Gewerbegerichte vom 29. September 1901 (R. G. Bl. Nr. 2801 S. 353), namentlich in den §§ 76—80 und das Reichsgesetz über die Kaufmannsgerichte vom 6. Juli 1904 (R. G. Bl. Nr. 3059 S. 266) § 19. Macht ein Arbeitgeber oder ein Arbeiter (Handlungsgehilfe, Handlungslehrling) von dem Rechte Gebrauch, eine Streitsache der bezeichneten Art der vorläufigen Entscheidung des Gemeindevorstehers zu unterstellen, so darf sich dieser dem nicht entziehen, und zwar darf er sich nicht etwa darauf beschränken, eine gütliche Beilegung der Streitigkeit zu versuchen, sondern er muß, wenn Güterverhandlungen nicht zum Ziele führen, nach seinem gewissenhaften, aus den Aussagen der Parteien und etwaigen sonstigen Beweismitteln geschöpften Ermessen wirklich eine Entscheidung abgeben und zwar schriftlich. Diese Entscheidung kann zwar nicht im Verwaltungswege (Beschwerde bei der Kreisdirektion) angefochten werden, erhält aber erst nach 10 Tagen dann Rechtskraft, wenn nicht binnen dieser Frist von einer der Parteien Klage beim Amtsgericht erhoben wird. Der Tag, an welchem die Entscheidung erfolgt ist, muß also festzustellen sein. Die Vollstreckung einer rechtskräftig gewordenen Entscheidung liegt auf Anrufen gleichfalls dem Gemeindevorsteher ob, und hat derselbe sich zu diesem Zwecke entweder der in § 73 der L. G. O. verordneten Mittel zu bedienen oder an die Kreisdirektion zu berichten. (Streitigkeiten mit Dienstboten, landwirtschaftlichen Tagelöhnern u. dergl. gehören nicht hierher.) — Zu dem angeführten Reichsgesetze über die „Gewerbegerichte“ gehören die Ausführungsbestimmungen vom 16. November 1901 (G. u. V. S. Nr. 55 S. 317); zu dem über die „Kaufmannsgerichte“ die Ausführungsbestimmungen vom 24. September 1904 (G. u. V. S. Nr. 59 S. 305).

Vom Bundesrate ist angeordnet, daß statistische Nachweisungen über alle vorkommenden Streiks und Aussperrungen aufgenommen werden und hat der Gemeindevorsteher hierbei mitzuwirken. Sobald in seinem Orte eine gemeinsame Arbeitseinstellung

mehrerer gewerblicher Arbeiter (Streik) oder eine gemeinsame Ausschließung mehrerer gewerblicher Arbeiter von der Arbeit (Aussperrung) vorkommt, hat der Gemeindevorsteher hiervon der Kreisdirection Anzeige zu machen; von dieser erhält er sodann ein Nachweisungsformular, in welches er die von ihm zu sammelnden Nachrichten dem Vordruck entsprechend einzutragen und welches er nach Beendigung des Streiks oder der Aussperrung an die Kreisdirection wieder einzusenden hat.

Folgende gesetzliche pp. Bestimmungen, welche mit dem Gewerbewesen mehr oder weniger eng zusammenhängen, sollen hier wenigstens erwähnt werden. Wird der Gemeindevorsteher auch nur selten in die Lage kommen, praktischen Gebrauch davon zu machen, so kann es unter Umständen für ihn doch belangreich sein, Kenntniss davon nehmen zu können.

1. Das Gesetz betr. die Beschlagnahme des Arbeits- oder Dienstlohnese, vom 21. Juni 1869 (R. G. Bl. Nr. 311 S. 242) mit einem Zusatz vom 29. März 1897 (R. G. Bl. Nr. 2375 S. 159) und der § 850 der Zivilprozessordnung (R. G. Bl. 1898 S. 573) bestimmen, daß der Arbeits- und Dienstlohn der Beschlagnahme bezw. Pfändung im allgemeinen nur insoweit unterliegt, als er bereits fällig geworden, aber noch nicht erhoben ist; daß diese Bestimmung durch Vertrag weder ausgeschlossen noch beschränkt werden kann; daß auch Verpfändung noch nicht verdienten Arbeits- oder Dienstlohnese ungültig ist. Ausnahmen hiervon bestehen zu gunsten der Alimentationsansprüche von Familienmitgliedern, der öffentlichen Abgaben usw.

2. Das Gesetz, die Abzahlungsgeäfte betr., vom 16. Mai 1894 (R. G. Bl. Nr. 2176 S. 450) enthält nur Vorschriften des bürgerlichen Rechts.

3. Das Gesetz über das Auswanderungswesen vom 9. Juni 1897 (R. G. Bl. Nr. 2393 S. 463) mit den vom Bundesrate dazu erlassenen Ausführungsvorschriften vom 14. März 1898 (R. G. Bl. Nr. 2451 u. 2452 S. 39 u. 57) und den Bekanntmachungen Herzogl. Staatsministeriums vom 24. März 1898 (G. u. B. S. Nr. 12 S. 83) und 4. Juli 1900 (G. u. B. S. Nr. 34 S. 279).

4. Die Kaiserl. Verordnung, betr. den Verkehr mit Arzneimitteln, vom 22. Oktober 1901 (R. G. Bl. Nr. 2805 S. 380) mit einem Zusatz, enthalten in der B. v. 1. Oktober 1903 (R. G. Bl. Nr. 2993 S. 281), enthaltend Verzeichnisse derjenigen Zubereitungen und Stoffe, welche außerhalb der Apotheken nicht feilgehalten oder verkauft werden dürfen.

## § 32.

### Bergbau.

Vom Bergbau und den damit zusammenhängenden Fragen handeln: das Berggesetz vom 15. April 1867 (G. u. B. S. Nr. 23 S. 109) mit den dasselbe abändernden und ergänzenden gesetzlichen Bestimmungen vom

10. Juni	1893	(G. u. B. S. Nr. 33 S. 235),
19. Mai	1894	(„ „ „ „ „ 19 „ 45),
25. Februar	1899	(„ „ „ „ „ 10 „ 71) und
12. Juni	1899	(„ „ „ „ „ 44 „ 447);

das Gesetz, betr. den unterirdischen Abbau von Mineralien, welche dem Verfügungsrechte des Grundeigentümers unterliegen, vom 16. April 1892 (G. u. B. S. Nr. 17 S. 85),

das Gesetz, betr. die Ausdehnung einiger Bestimmungen des Berggesetzes auf die Auffuchung und Gewinnung von Erdböhl, vom 5. November 1904 (G. u. B. S. Nr. 66 S. 367) und

die bergpolizeilichen Vorschriften, welche von der Herzogl. Kammer, Direktion der Bergwerke, mit der Bekanntmachung vom 24. Mai 1894 (G. u. B. S. Nr. 25 S. 71) erlassen sind.

Der Gemeindevorsteher als solcher hat mit dem Bergbau im allgemeinen wenig zu tun, da die darauf bezüglichen Geschäfte von dem sog. Revierbeamten und der Herzogl. Kammer, Direktion der Bergwerke, unmittelbar wahrzunehmen sind. Indessen kann es immerhin einiges Interesse für ihn haben, sich vorkommendenfalls genauer darüber unterrichten zu können, wie sich das Verhältnis zwischen dem Bergwerkseigentümer und dem Eigentümer der durch den Bergbau in Mitleidenschaft gezogenen Grundstücke gestaltet: hierüber geben die §§ 5, 42, 56—66 u. 138—156 des Berggesetzes nähere Auskunft; und dann sind hier wenigstens zu erwähnen diejenigen Punkte, in welchen der Gemeindevorsteher eventuell auch tätig zu werden hat, nämlich der Beglaubigung und nötigenfalls Ausstellung von Arbeitszeugnissen für abkehrende Bergleute (§§ 86—87 a) und der Ausstellung von Arbeitsbüchern für minderjährige Bergarbeiter (§§ 88 bis 88 f des Berggesetzes in der Fassung des Gesetzes vom 10. Juni 1893 Nr. 33 S. 246). In letzterer Beziehung sind die Vorschriften denen entsprechend, welche schon im vorigen Paragraphen erörtert sind, da sie für minderjährige gewerbliche Arbeiter überhaupt bestehen. Erwähnt wird der Gemeindevorsteher auch noch in § 205 (G. u. B. S. 1893 S. 257) insofern, als ihm von schweren Unglücksfällen in Bergwerken sofortige Anzeige gemacht werden soll.

## § 33.

# Münzen, Maße und Gewichte.

## I. Münzwesen.

Obwohl der Gemeindevorsteher kaum in die Lage kommen wird, in Angelegenheiten des Münzwesens amtlich tätig zu werden, sei hier doch nachrichtlich bemerkt, daß sich das Münzwesen des Deutschen Reiches auf folgende gesetzliche Bestimmungen gründet:

- a) G., die Ausprägung von Reichsgoldmünzen betr., vom 4. Dezember 1871 (R. G. Bl. Nr. 745 S. 404) und

- b) das Münzgesetz vom 9. Juli 1873 (R. G. Bl. Nr. 953 S. 233) mit Abänderungen und Zusätzen vom 20. April 1874 (Nr. 997 S. 35), 6. Januar 1876 (Nr. 1109 S. 3), 1. April 1886 (Nr. 1643 S. 67) und 1. Juni 1900 (R. G. Bl. Nr. 2675 S. 250).

Nach der Kaiserl. Verordnung vom 22. September 1875 (R. G. Bl. Nr. 1084 S. 303) ist die in diesen Gesetzen festgestellte Reichswährung zum 1. Januar 1876 für das gesamte Reichsgebiet in Kraft gesetzt, nachdem sie durch Landesherrliche Verordnung vom 9. Juli 1874 (G. u. B. S. Nr. 32 S. 177) für das Herzogtum Braunschweig bereits zum 1. Januar 1875 eingeführt war.

## II. Maße und Gewichte.

1. Maß- und Gewichtsordnung für das Deutsche Reich vom 17. August 1868 (R. G. Bl. Nr. 156 S. 473) mit Zusätzen und Abänderungen vom

- |             |      |                             |
|-------------|------|-----------------------------|
| 7. Dezember | 1873 | (R. G. Bl. Nr. 976 S. 377), |
| 11. Juli    | 1884 | ( " " " " 1554 " 115) und   |
| 26. April   | 1892 | ( " " " " 2094 " 151),      |

sowie mit den Ausführungsverordnungen vom

- |             |      |                              |
|-------------|------|------------------------------|
| 22. März    | 1876 | (R. G. Bl. Nr. 1126 S. 123), |
| 28. März    | 1876 | ( " " " " 29 " 95),          |
| 30. Oktober | 1884 | ( " " " " 1569 " 215),       |
| 27. Juli    | 1885 | ( " " " " 1621 " 263) und    |
| 7. Januar   | 1897 | ( " " " " 2354 " 2).         |

Dazu die von der Kaiserl. Normal-Eichungs-Kommission erlassene Eichordnung für das Deutsche Reich vom 27. Dezember 1884 (R. G. Bl. 1885 Nr. 1584 S. 14) mit folgenden Abänderungen und Ergänzungen:

- Eichung der Gasmesser betr. v. 21. Januar 1887  
(R. G. Bl. Nr. 1698 S. 8),
- Abänderungen der Eichordnung pp. betr. v. 4. Mai 1888  
(R. G. Bl. Nr. 1804 S. 176),
- Eichung des Getreideprobiers pp. betr. v. 14. Mai 1891  
(R. G. Bl. Nr. 1954 S. 115),
- Eichung von Mineralöl-Meßwerkzeugen pp. betr. v. 23. Dezember 1891  
(R. G. Bl. Nr. 1981 S. 402),
- Abänderungen der Eichordnung pp. betr. v. 6. Mai 1892  
(R. G. Bl. Nr. 2040 S. 686),
- Abänderungen der Eichordnung pp. betr. v. 14. Januar 1893  
(R. G. Bl. Nr. 2069 S. 6),
- Eichung von chemischen Meßgeräten betr. v. 26. Juli 1893  
(R. G. Bl. Nr. 2124 S. 237),
8. April 1896 (R. G. Bl. Nr. 2300 S. 104) und
9. Juli 1903 (R. G. Bl. Nr. 2983 S. 268),
- Abänderungen der Eichordnung betr. v. 8. Mai 1894  
(R. G. Bl. Nr. 2181 S. 461),

bezgl. und Eichung des Getreideprobers betr. v. 6. Mai 1895

(R. G. Bl. Nr. 2230 S. 235),

Eichung der Brückenwagen pp. betr. v. 10. Dezember 1898

(R. G. Bl. Nr. 2539 S. 1317),

Ergänzung der Eichordnung pp. betr. v. 18. August 1900

(R. G. Bl. Nr. 2708 S. 805) und

Abänderung der Eichordnung und der Eichgebührentaxe betr. vom 1. Oktober 1905

(R. G. Bl. Nr. 3173 S. 762).

2. Die mit dem 1. Januar 1872 in völlige Wirksamkeit getretene Maß- und Gewichtsordnung für das Deutsche Reich bestimmt, welche Längen-, Flächen- und Körpermaße und welche Gewichte zur Anwendung zu bringen sind (Artikel 1—9), daß im öffentlichen Verkehr nur geeichte und gestempelte Maße und Meßwerkzeuge, Fässer, Gewichte und Wagen gebraucht werden dürfen (Art. 10—13), daß und wie die Eichung und Stempelung vorzunehmen ist (Art. 14—20).

Wie sich die neuen Maße und Gewichte zu den im Herzogtume vor dem 1. Januar 1872 gebräuchlich gewesenem verhalten, besagt die Bekanntmachung Herzogl. Staatsministeriums vom 5. April 1869 (G. u. B. S. Nr. 25 S. 115), die Umrechnung der bisherigen Landes-Maße und Gewichte auf das metrische System betr.; und welche abgekürzten Maß- und Gewichtsbezeichnungen im amtlichen Verkehre und im Schulunterrichte in Anwendung zu bringen sind, besagt die landesherrliche Verordnung vom 16. November 1877 (G. u. B. S. Nr. 88 S. 293).

Zur Durchführung der Vorschriften über die Maße und Gewichte bestehen in sachmännischer Beziehung: in oberster Instanz die Kaiserl. Normal-Eichungs-Kommission in Berlin; sodann die Herzogl. Eichungs-Kommission in Braunschweig und die Eichämter (Eichmeister) in Braunschweig, Wolfenbüttel, Helmstedt, Holzminden und Blankenburg. (Die Zuständigkeit dieser Stellen im Herzogtume gründet sich auf die Vorschriften der älteren Braunschweigischen Maß- und Gewichtsordnung vom 30. März 1837 Nr. 16 S. 121 und die dazu erlassene Ausführungs-Verordnung vom 28. Oktober 1837 Nr. 45 S. 499). Die oben angeführte „Eichordnung“ enthält eingehende Vorschriften über Material, Gestalt, Bezeichnung und sonstige Beschaffenheit der zur Eichung zuzulassenden Maße und Meßwerkzeuge, Fässer, Gewichte und Wagen, über die bei der Eichung innezuhaltenden Fehlergrenzen, über die Ausführung der Stempelung und die dabei zur Anwendung zu bringenden Stempelzeichen; ist auch mit einer Eichgebühren-Taxe verbunden und stellt Fristen fest, bis zu welchen ältere Maße pp. zur Eichung noch zuzulassen sind.

Alle diese Vorschriften sind insbesondere wichtig für die mit Ausführung der Eichung und Stempelung betrauten Fachleute (Eichmeister), in zweiter Linie aber auch für diejenigen Polizeibeamten (Amtsvögte und Gendarmen), welche von den Kreisdirektionen in regelmäßigen Zwischenräumen mit der Prüfung der im Verkehrs-Gebrauche befindlichen Maße und Gewichte pp. beauftragt werden. Solcher Revision hat jedermann, der Maße und Gewichte pp. im Gewerbe-Verkehre benutzt, gewärtig zu sein, und

insbesondere geht dies auch die Landwirte an, welche sich zum Zumessen oder Zuwägen der von ihnen verkauften Früchte, Tiere usw. eigener Maße, Gewichte, Wagen usw. bedienen. Der Gemeindevorsteher hat sein Augenmerk darauf zu richten, daß in seiner Gemeinde keine Übertretungen des § 369<sub>2</sub> des R. Str. G. B. (R. G. Bl. 1876 S. 117) vorkommen, wodurch die Benutzung ungestempelter und unrichtiger Maße, Gewichte, Wagen pp. mit Strafe bedroht ist. An der periodisch stattfindenden polizeilichen und technischen Revisionen der Maße und Gewichte pp. hat er teilzunehmen.

### III. Schankgefäße.

Das Reichsgesetz, betr. die Bezeichnung des Raumgehalts der Schankgefäße vom 20. Juli 1881 (R. G. Bl. Nr. 1442 S. 249) schreibt vor, daß Gläser und Krüge, welche in Gast- und Schankwirtschaften zur Verabreichung von Wein oder Bier dienen, mit einem den Inhalt bezeichnenden Füllstriche versehen sein müssen, und daß Gast- und Schankwirte, welche andere Schankgefäße benutzen, strafbar sind.

## § 34.

### Versicherungswesen.

#### I. Landes-Brandversicherungs-Anstalt.

Für die Versicherung des Schadens, welcher an Gebäuden durch Brand, Blitzschlag oder Explosion verursacht wird (auf Antrag und gegen eine besondere Zuschlagsprämie auch des durch Explosion von Dampfkesseln oder Dampffässern verursachten Schadens), besteht die auf Gegenseitigkeit der Teilnehmer gegründete, vom Finanzkollegium verwaltete Braunschweigische Landes-Brandversicherungs-Anstalt, deren Verhältnisse durch das Gesetz vom 5. April 1886 (G. u. B. S. Nr. 20 S. 109) — mit Zusätzen vom 19. Mai 1894 (G. u. B. S. Nr. 20 S. 49), vom 12. Juni 1899 § 56 (G. u. B. S. 1899 Nr. 36 S. 349) und vom 25. Juni 1904 (G. u. B. S. Nr. 42 S. 197) — geregelt sind.

Wer seine Gebäude gegen die genannten Gefahren versichern will, darf dies bei keiner anderen als dieser Anstalt tun (§ 3), es sei denn, daß die Gebäude, weil ausnahmsweise feuergefährlich, von der Versicherung gesetzlich ausgeschlossen sind (§ 4), oder daß das Finanzkollegium die Versicherung ablehnt (§ 5) oder die anderweite Versicherung auf Antrag gestattet (§ 6). Die Versicherungs-Beiträge (Prämien) der Teilnehmer werden — nicht alljährlich, sondern stets bis auf weiteres — vom Finanzkollegium festgestellt (§§ 30—34), sind halbjährlich im voraus zu berichtigen (§ 35) und, wie die öffentlichen Abgaben, durch den Gemeindeeinnnehmer zu erheben und nötigenfalls mittelst Einreichung von Restverzeichnissen an das Finanzkollegium zwangsweise beizutreiben (§§ 37 u. 38). Die Rolle der zu erhebenden Beiträge und die zugehörigen Quittungsbücher liefert das Finanzkollegium.

Entscheidungen des Finanzkollegiums über die Klassifikation der Gebäude, die Aufnahme oder Ausschließung einzelner Gebäude von der Ver-

sicherung und die Feststellung der Beiträge können nach vorangegangener Reklamation mit der Klage beim Verwaltungsgerichtshofe angefochten werden: § 69 des Gesetzes über die Verwaltungsrechtspflege vom 5. März 1895 (G. u. B. S. Nr. 26 S. 108).

Herzogl. Staatsministerium kann aus Mitteln der Landes-Brandversicherungs-Anstalt Beihilfen bewilligen: an Gemeinden zu den Kosten des Feuerhilfswesens (vergl. § 11 S. 56) und an Hauseigentümer im Bedürftigkeitsfalle zu den Kosten des Wieder-Aufbaues solcher Gebäude, welche wenigstens 30 Jahre lang ununterbrochen versichert gewesen sind, aber auf polizeiliche Anordnung haben niedergerissen werden müssen (G. vom 19. Mai 1894 und Artikel 6 des Landtags-Abschieds vom 6. Juli 1895 — G. u. B. S. Nr. 41 S. 270 —).

Was der Gemeindevorsteher im Interesse der Landes-Brandversicherungs-Anstalt insbesondere bei der Abschätzung von Gebäuden behufs deren Versicherung und bei der geschäftlichen Abwicklung der Brandschaden-Fälle wahrzunehmen hat, ist vom Finanzkollegium unterm 17. Februar und 11. August 1893 in einer „Anweisung“ zusammengestellt, welche folgenden Wortlaut hat:

#### A. Abschätzung von Gebäuden behufs deren Versicherung.

##### 1. Antragstellung.

Der Antrag auf Abschätzung von Gebäuden behufs deren Versicherung bei der Landes-Brandversicherungs-Anstalt ist seitens des Gebäude-Eigentümers (bzw. des Miteigentümers, des Nießbrauchers des erblich Nutzungsberechtigten oder des Hypothetgläubigers) — §§ 4 und 29 des Gesetzes vom 5. April 1886 Nr. 20 — beim Gemeindevorsteher zu stellen.

##### 2. Erneuerung von Versicherungs-Anträgen.

Der Versicherte kann eine Neuabschätzung beantragen, wenn:

1. seit der letzten Abschätzung mindestens 3 Jahre verstrichen sind,  
oder
2. infolge baulicher Veränderungen ein Wert-Zugang oder Abgang eingetreten ist (§ 16 des ged. Gesetzes).
3. Bescheinigung des Antrages und Auswahl der beeidigten Sachverständigen.

Der Gemeindevorsteher hat, nachdem der Antrag auf Vornahme einer Abschätzung gestellt ist, sofort einen Zimmermeister und einen Maurermeister aus der Zahl der in dem betreffenden Kreise für derartige Abschätzungen durch die Preisdirektion beeidigten, für jedes Jahr vom Finanzkollegium zugelassenen Sachverständigen auszuwählen und denselben den Auftrag zur Abschätzung des fraglichen Gebäude-Komplexes, unter Beifügung der Versicherungs-Antrags-Formulare, welche beim Finanzkollegium nach Bedarf anzufordern und in der Sammelmappe aufzubewahren sind, schriftlich zu erteilen. Zugleich hat der Gemeindevorsteher über den bei ihm eingegangenen Abschätzungs-Antrag sofort Bescheinigungen nach vorgeschriebenem Formular auszustellen und diese teils dem Antragsteller, teils den ausgewählten Sachverständigen in je einem Exemplar zuzustellen.

Bei Versicherungs-Objekten, die voraussichtlich nicht höher als zu 3000 Mark abzuschätzen sein werden, genügt die Zuziehung eines Sachverständigen.

Falls es sich um die Abschätzung von Gebäuden der in dem betreffenden Kreise wohnenden beeidigten Sachverständigen handelt, welche diese Ab-



Schätzung also nicht selbst vornehmen dürfen, hat der Gemeindevorsteher andere Sachverständige event. aus einem andern Kreise zuzuziehen.

#### 4. Frist für die Aufstellung der Versicherungs-Anträge.

Die beauftragten Sachverständigen sind verpflichtet, die Abschätzung binnen 8 Tagen nach der Auftrags-Zustellung vorzunehmen und die Versicherungs-Anträge in doppelter Ausfertigung — unter Beifügung der Gebühren-Liquidation — dem Gemeindevorsteher einzureichen.

Falls die betreffenden Sachverständigen verhindert sind, den ihnen erteilten Auftrag binnen vorgedachter Frist auszuführen, haben dieselben solches dem Gemeindevorsteher anzuzeigen, welcher alsdann entweder andere beeidigte Sachverständige — nötigenfalls aus einem andern Kreise — zuzuziehen oder, mit Genehmigung des Gebäude-Eigentümers, die Auftragserteilung nach Beseitigung der entgegenstehenden Hinderungsgründe zu wiederholen hat.

Etwasige Versäumnisse oder Ungehörigkeiten der Sachverständigen sind zur Kenntnis des Finanzkollegiums zu bringen.

#### 5. Unterschrift des Versicherungs-Antrages.

Der in doppelter Ausfertigung aufgestellte Versicherungs-Antrag ist seitens des Gemeindevorstehers dem Antragsteller zur Unterschrift auf der vorletzten Seite des Antrags zuzustellen. Die Anträge sind alsdann vor der Absendung an das Finanzkollegium auf der vorletzten Seite (s. entsprechenden Vordruck) mit der Unterschrift des Gemeindevorstehers bzw. Gemeindevorsteher-Gehülfen zu versehen.

#### 6. Revisions-Schätzung.

Ist der Versicherte mit dem Ergebnisse der Abschätzung, welches ihm durch Zufertigung eines vom Finanzkollegium aufgestellten Versicherungsscheines eröffnet wird, nicht einverstanden, so ist von ihm innerhalb 14 Tagen vom Tage des Empfanges an gerechnet, bei Vermeidung des Verlustes dieses Revisionsrechtes, eine anderweitige Abschätzung beim Finanzkollegium zu beantragen und tritt alsdann das im § 11 des Gesetzes vom 5. April 1886 Nr. 20 vorgeschriebene Verfahren ein.

Der von den beeidigten Sachverständigen aufgestellte Versicherungs-Antrag muß jedoch, mit den vorschristsmäßigen Unterschriften des Antragstellers und des Gemeindevorstehers versehen, zunächst an das Finanzkollegium eingefandt werden, damit ein Versicherungsschein erteilt werden und die Versicherung überhaupt in Kraft treten kann.

#### 7. Gebühren der Sachverständigen.

Die Gebühren der Sachverständigen für die Abschätzung sind nach einem vom Herzogl. Staatsministerium genehmigten, auf der Rückseite der von den Sachverständigen aufzustellenden Liquidationen gedruckten Tarife in Ansatz zu bringen und von dem Antragsteller zu erheben.

Diese Gebühren sind von den Sachverständigen speziell zu berechnen, damit solche von dem Gebäude-Eigentümer geprüft werden können.

Die Gebühren sind, nötigenfalls nach vorgängiger Festsetzung durch die Preisdirektion, wie die Gemeindesteuern im Verwaltungswege einzuziehen.

Es empfiehlt sich daher die Einziehung dieser liquidierten Gebühren durch den Gemeindevorsteher bei Einforderung

der Unterschrift des Antrages und Auszahlung an die betr. Sachverständigen, falls letztere nicht etwa die Gebühren von dem Antragsteller direkt erheben wollen.

Für die Aufnahme von Gebäuden in den neuen Versicherungs-Antrag, welche wie bisher versichert bleiben sollen, erfolgen die Gebühren aus der Kasse der Landes-Brandversicherungs-Anstalt und dürfen solche von dem Gebäude-Eigentümer nicht erhoben werden.

8. Einsendung der Versicherungs-Anträge unter „Portopflichtige Dienstsache“.

Der mit den vorgeschriebenen Unterschriften versehene Versicherungs-Antrag ist in doppelter Ausfertigung und bei bereits versicherten Gebäuden unter Beifügung des bei der Gemeindebehörde aufbewahrten älteren Versicherungs-Antrages unter der in der linken oberen Ecke des Briefumschlages anzubringenden Bezeichnung: „Portopflichtige Dienstsache“ schleunigst an das Finanzkollegium für die Landes-Brandversicherungs-Anstalt einzusenden.

Der betr. Brief ist, um Strafporto zu vermeiden, mit dem Gemeindefiegel zu verschließen bezw. zu stempeln. Briefumschläge mit Aufdruck der Adresse werden zu derartigen Sendungen vom Finanzkollegium auf Anfordern geliefert.

9. Auslieferung der Versicherungsscheine.

Die dem Gemeindevorsteher vom Finanzkollegium übersandten Versicherungsscheine sind den betr. Gebäude-Eigentümern sofort zuzustellen.

10. Aufbewahrung der zweiten Ausfertigung der Versicherungs-Anträge in der Sammelmappe.

Die zweite Ausfertigung der Versicherungs-Anträge wird dem Gemeindevorsteher, nachdem der Antrag beim Finanzkollegium geprüft und festgestellt ist, mit dem betr. Versicherungsscheine wieder zugesandt und ist solche, nach den Affekurations-Nummern geordnet, in der gelieferten Sammelmappe aufzubewahren.

Die zweiten Ausfertigungen sind den mit den betr. Neuabschätzungen beauftragten Sachverständigen allerdings auszuhändigen, doch ist darauf zu halten, daß solche mit den neuen Versicherungs-Anträgen wieder eingehen und mit den letzteren an das Finanzkollegium abgesandt werden.

11. Inhalts-Verzeichnisse der Sammelmappe.

In jede Sammelmappe ist ein Verzeichnis der Affekurations-Nummern eingeklebt und ist solches bei eintretenden Veränderungen nach Maßgabe der vom Finanzkollegium zu erlassenden Verfügungen zu berichtigen, damit die in der Sammelmappe befindlichen Versicherungs-Anträge danach kontrolliert werden können.

12. Anbringung von Nummern-Schildern.

Der Gemeindevorsteher hat darauf zu halten, daß jeder bei der Landes-Brandversicherungs-Anstalt versicherte Gebäude-Komplex die demselben von dieser Anstalt zugeteilte Affekurations-Nummer auf einem Nummernschild an leicht aufzufindender Stelle führt.

13. Eintragung der Affekurations-Nummern in die Grundbücher, Grundsteuer-Rollen pp.

Dem Amtsgerichte und dem Steuerkollegium dürfen Affekurations-Nummern erst mitgeteilt werden, nachdem dieselben vom Finanzkollegium

festgestellt und die betr. Versicherungsscheine erteilt sind, damit die Eintragungen in die Brandversicherungs-Kataster in Übereinstimmung mit den Grundbüchern und Grundsteuer-Rollen bleiben.

## B. Abbruch von Gebäuden und Anträge auf Löschung der Versicherungssummen.

Der Versicherungs-Vertrag wird selbst in dem Falle nicht aufgehoben, wenn das versicherte Gebäude ganz oder teilweise abgebrochen oder durch Feuer oder auf andere Weise zerstört oder beschädigt wird, vielmehr gilt der Vertrag und zwar mit der Versicherungssumme des ursprünglich versicherten Gebäudes für das an derselben oder mit Genehmigung der zuständigen Kreisdirection und der eingetragenen Hypothekgläubiger pp. an einer andern Stelle zu erbauende oder wiederherzustellende Gebäude als fortbestehend, bis ein neuer Versicherungs-Vertrag auf Grund vorschriftsmäßiger Schätzung abgeschlossen ist.

Im Falle des Abbruchs eines Gebäudes, für das ein Neubau überhaupt nicht beabsichtigt wird, ist die Versicherungssumme dieses Gebäudes auf bezüglichen, von dem Versicherten beim Finanzkollegium anzubringenden Antrag in Absatz zu bringen und die Löschung des Gebäudes im Brandversicherungs-Kataster zu bewirken, ohne daß die Nachweisung der Hypotheken-Freiheit bezw. die Einwilligung der Hypothekengläubiger beizubringen ist. Bis dahin, daß dieses geschehen, bleibt der Versicherungs-Vertrag zum Nachtheile des Versicherten in Kraft. (§ 13 des Gesetzes vom 5. April 1886 Nr. 20.)

Wird ein Antrag auf Löschung durch die Gemeindebehörde beim Finanzkollegium gestellt, so ist dabei zu bemerken, daß solches im Einverständniß mit dem betr. Gebäude-Eigentümer geschieht und ist stets die zweite Ausfertigung des Versicherungs-Antrages beizufügen.

## C. Revision der Gebäude-Schätzungen.

Die vom Finanzkollegium in Gemäßheit § 15 des Gesetzes vom 5. April 1886 Nr. 20 anzuordnenden einzelnen oder allgemeinen Revisions-Schätzungen werden von den durch das Finanzkollegium auszuwählenden Sachverständigen vorgenommen. Den Sachverständigen, welche sich durch schriftliche Aufträge des Finanzkollegiums zu legitimieren haben, sind die in den Sammelmappen aufbewahrten Versicherungs-Anträge auszuliefern.

Die wegen fehlender Affekurations-Nummernschilder oder aus andern Gründen nicht aufzufindenden Gebäude-Komplexe sind den mit der Revisions-Schätzung beauftragten Sachverständigen durch die Gemeinbediener pp. nachzuweisen zu lassen.

Die von den Sachverständigen aufgestellten Versicherungs-Anträge sind von denselben ohne Unterschrift der Gebäude-Eigentümer bezw. des Gemeindevorstehers an das Finanzkollegium einzusenden.

Etwaige Reklamationen gegen die Revisions-Schätzung sind seitens der Gebäude-Eigentümer binnen 14 Tagen nach Empfang des Versicherungs-Scheines beim Finanzkollegium anzubringen.

## D. Brandschaden- pp. Abschätzung.

1. Anmeldung von Brand-, Blitz- und Explosions-Schäden bei der Gemeindebehörde.

Diejenigen Schäden, welche an den bei der Landes-Brandversicherungs-Anstalt versicherten Gebäuden durch Brand, Blitzstrahl

(zündend oder nicht zündend), Explosion oder endlich, falls dagegen versichert worden, durch Dampfkessel-Explosion unmittelbar oder mittelbar (mittelbar durch Zertrümmerung) oder auch durch die zum Zwecke des Löschens und der Verhütung der weiteren Ausbreitung eines Brandes seitens der Löschbehörde angewandten Mittel — einschließlich des Niederreißen eines brennenden oder von dem Brande bedrohten Gebäudes — veranlaßt sind und für welche eine Entschädigung aus der Kasse der Landes-Brandversicherungs-Anstalt beansprucht wird, sind seitens der Gebäude-Eigentümer binnen 24 Stunden nach Ablösung des Brandes bzw. nach dem Blitzschlage pp. beim Gemeindevorsteher anzumelden, da andernfalls den Versicherten die Kosten der Abschätzung, darunter auch Diäten und Reisekosten des Vertreters des Finanzkollegiums, zur Last fallen.

## 2. Anmeldung vorgedachter Schäden durch den Gemeindevorsteher beim Finanzkollegium.

Der Gemeindevorsteher ist bei Vermeidung einer von der Kreisdirektion gegen ihn zu verfügenden Ordnungsstrafe bis zu 15 Mark verpflichtet, von den bei ihm angemeldeten Brand- pp. Schäden binnen fernerer 24 Stunden dem Finanzkollegium Anzeige zu erstatten und hat derselbe dabei zu bemerken, ob der Brandschaden pp. rechtzeitig angemeldet ist oder nicht (s. unter D 1 vortehend).

Die Formulare für diese Anmeldungen sind beim Finanzkollegium anzufordern und in der Sammelmappe aufzubewahren.

## 3. Kosten der Bewachung der Brandstätte.

Die Kosten für die durch die Löschbehörde angeordnete Bewachung der Brandstätte sind seitens des Gemeindevorstehers in dem Abschätzungstermine zu liquidieren und werden, wenn solche als im Interesse der Landes-Brandversicherungs-Anstalt verwandt vom Finanzkollegium anerkannt sind, auf die Anstalts-Kasse angewiesen.

Die Kosten der Ablösung des Brandes sind nicht auf die Kasse der Anstalt zu übernehmen.

## 4. Verwendung und Auszahlung der Brandentschädigungsgelder.

Nach stattgehabter Abschätzung des Brandschadens werden die festgestellten Entschädigungsgelder auf die Kasse der Landes-Brandversicherungs-Anstalt angewiesen.

Der Gemeindevorsteher erhält Abschriften der Zahlungs-Anweisungen unter Beifügung einer erforderlichen Anzahl Quittungsformulare, und sind die Empfänger seitens des Gemeindevorstehers zu benachrichtigen und denselben die Quittungsformulare auszuliefern.

## 5. Attestierung der Quittungen über Brandentschädigungsgelder für versicherte Gebäude.

Sobald die Entschädigungsgelder für abgebrannte oder durch Brand pp. beschädigte versicherte Gebäude ordnungsmäßig verwandt sind, hat der Eigentümer dieser Gebäude die Kreis-Direktion zu benachrichtigen, und ist alsdann von dieser Behörde die vorgeschriebene Besichtigung durch einen der bei der Abschätzung zugegen gewesenen Sachverständigen (welcher dazu vom Finanzkollegium vorher namhaft gemacht ist) anzuordnen.

Nachdem der beeidigte Sachverständige die ordnungsmäßige Ausführung des Baues und die Verwendung der Entschädigungsgelder bis zu dem zu erhebenden Betrage bescheinigt hat, wird die Quittung des Eigentümers vom Gemeindevorsteher und der Kreisdirektion auf Grund vorgedachter Beschei-

gung bestätigt und kann alsdann der Betrag bei der Gemeinde-Kasse bzw. bei der betreffenden Kreis-Kasse (in Braunschweig bei der Haupt-Finanz-Kasse) erhoben werden.

Die letzte Rate der Entschädigungsgelder darf nicht unter  $\frac{1}{5}$  der Gesamt-Entschädigung des einzelnen Versicherten in dem betreffenden Schadensfalle betragen.

(Beispiel:

Gesamt-Entschädigung für N. N. =	5630 Mark ( $\frac{1}{5}$ = 1126 Mark)
1. Abschlagszahlung =	2000 Mark,
2. " =	2504 " )
Rest =	1126 " )

## 6. Quittungen über Entschädigungsgelder für nicht versicherte, der Lösung wegen beschädigte Gebäude, Statuetten pp.

Die Quittungen über Entschädigungsgelder für die auf Anordnung der zuständigen Behörde der Lösung wegen beschädigten unversicherten Gebäude, Brunnen, Torwege, Statuetten, Feld- und Gartenfrüchte u. dergl. bedürfen keines Attestes der Sachverständigen oder der Gemeindebehörden.

## 7. Gebühren für die Bescheinigungen der Sachverständigen.

Die fraglichen Gebühren nebst Reisekosten pp. der Sachverständigen erfolgen aus der Kasse der Landes-Brandversicherungs-Anstalt und wird deren Zahlung durch die Kreisdirektion vermittelt.

# II. Mobiliar-Brandversicherung.

Gebäude, welche von der Landes-Brandversicherungs-Anstalt zur Versicherung nicht angenommen werden, und andere Wertgegenstände (Mobiliar) können bei anderen Brand- oder Feuerversicherungs-Anstalten und Gesellschaften gegen Brandschaden versichert werden, jedoch nur bei solchen, welche zum Geschäftsbetriebe die Erlaubnis der Aufsichtsbehörde erhalten haben. Diese Aufsichtsbehörde ist nach dem die privaten Versicherungsunternehmen betreffenden R. G. vom 12. Mai 1901 (R. G. Bl. Nr. 2761 S. 139) im allgemeinen das „Kaiserl. Aufsichtsamt für Privatversicherung“, dessen Verfahren und Geschäftsgang durch die Kaiserl. Verordnung vom 23. Dezember 1901 (R. G. Bl. Nr. 2824 S. 498) geregelt ist; für kleinere örtliche Versicherungs-Kassen oder -Vereine jedoch die betr. Kreisdirektion: B. v. 16. Februar 1903 (G. u. B. S. Nr. 4 S. 13).

Zur Eingehung eines Versicherungsvertrages mit dem Agenten einer zugelassenen Versicherungsgesellschaft bedarf es einer behördlichen Genehmigung, die früher vorgeschrieben war, nicht; jedoch haben die Kreisdirektionen das Recht und die Pflicht der polizeilichen Nachkontrolle auf Grund der §§ 11, 13 u. 14 des Gesetzes, betr. die Versicherung bei auswärtigen Brandversicherungsgesellschaften, vom 15. Mai 1835 (G. u. B. S. Nr. 40 S. 601) und 15. Juni 1858 (G. u. B. S. Nr. 40 S. 169), ein Geschäft, welches in der Weise erledigt wird, wie es die B. Herzogl. Staatsministeriums vom 10. Juni 1903 (G. u. B. S. Nr. 34 S. 261) vorschreibt.

Zur Auszahlung einer im Brandschadensfalle vereinbarten Entschädigungssumme ist die Genehmigung der Kreisdirektion erforderlich. Vor

Erteilung derselben pflegt der Gemeindevorsteher von der Kreisdirektion mit seinem Gutachten gehört zu werden (vergl. die §§ 12—15 des Gs. vom 15. Mai 1835); wenn dies der Fall, hat der Gemeindevorsteher sich des Einverständnisses des Gemeinderats zu versichern.

### III. Hagelschaden-Versicherung.

Über die Versicherung der Feldfrüchte gegen Hagelschaden sind gesetzliche oder sonstige Vorschriften nicht weiter vorhanden, jedoch darf auch das Geschäft der Hagelversicherung nur von solchen Gesellschaften pp. betrieben werden, welchen dazu die Genehmigung der Aufsichtsbehörde (vergl. das oben bei II. Gesagte) erhalten haben.

Tritt Hagelschaden an manchen Orten auch nur selten auf, so ist den Landwirten gleichwohl die Hagelversicherung angelegentlich zu empfehlen, zumal auch bei erheblicheren Hagelschäden auf eine etwaige Beihilfe aus Staats- oder sonstigen öffentlichen Mitteln nicht zu rechnen ist. Die von den meisten Hagelversicherungs-Gesellschaften eingerichteten „Kollektiv-“, „Sammel-“ oder „Gemeinde-Versicherungen“ ermöglichen es auch den kleinsten Grundbesitzern, wenn sie sich zusammentun, Hagelversicherungs-Verträge unter Aufwendung geringer Kosten abzuschließen.

### IV. Sonstige örtliche Versicherungen.

Die oben angeführten Gesetzesbestimmungen finden Anwendung auch auf alle sonstigen Versicherungs-Kassen, von welchen, als für die Landgemeinden wichtig, neben den Sterbe-, Kranken- und Unterstützungskassen z. B. auch denen der Krieger- und Landwehrvereine, die Schweine- und sonstigen Vieh-Versicherungs-Vereine hervorgehoben werden. Die Statuten aller solchen Kassen bedürfen der Genehmigung der Kreisdirektion.

### V. Schulsparkassen und Konfirmanden-Sparvereine.\*

Über diese Art von Kassen ist unterm 19. Februar 1895 (G. u. B. S. Nr. 13 S. 39) ein besonderes Gesetz erlassen, welches jene der Genehmigung und der Aufsicht der Kreisdirektion unterwirft. Die behördliche Aufsicht erstreckt sich insbesondere darauf, daß eine genaue Vorausbestimmung über Festsetzung der Zinsen der Spareinlagen vorhanden ist, daß wegen sicherer Aufbewahrung verfügbarer Barbestände und wegen mündelsicherer Begabung größerer Kapitalien Vorsee getroffen und die Kreisdirektion über die Ergebnisse der Verwaltung auf dem Laufenden erhalten wird.

Die segensreiche Einrichtung der Schulsparkassen befindet sich in einem leider nur langsamen Fortschreiten, obwohl sie da, wo sie zur Einführung gekommen ist, mit gutem Erfolge arbeitet. Der Gemeindevorsteher macht sich wohl verdient, wenn er seine wirksame Mithilfe eintreten läßt, um die Vergrößerung bestehender oder die Gründung neuer Schulsparkassen herbeizuführen.

\* Über die mit der Herzogl. Leihhausanstalt verbundene „Sparkasse“ vergl. § 43 Nr. 6 S. 319. Über die „Raiffeisen-Vereine“: § 18. 1. S. 72.

### Dritter Abschnitt.

## Sonstige Staats- pp. Verwaltungs- Angelegenheiten.

### § 35.

#### Justizsachen.

1. Die durch die Verfügung der Landes-Justiz-Verwaltung vom 21. August 1879 (G. u. B. S. Nr. 54 S. 509) getroffene Einrichtung, wonach in den Landgemeinden die Gemeindevorsteher zu „Vergleichsbehörden“ im Sinne des § 420 der Strafprozeßordnung bestellt waren, ist, um die Gemeindevorsteher zu entlasten, durch die *Schiedsmannsordnung* vom 2. Juli 1896 (G. u. B. S. Nr. 41 S. 227) außer Kraft gesetzt. Nach dieser ist zu Vergleichsverhandlungen in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten und zu Sühneverhandlungen über Beleidigungen und Körperverletzungen für jede Gemeinde ein vom Gemeinderate zu wählender, vom Landgerichts-Präsidenten zu bestätigender und eidlich zu verpflichtender Schiedsmann zu bestellen, welcher, obwohl er nur ein Ehrenamt bekleidet, die Rechte eines Beamten hat. Der Gemeindevorsteher kann als solcher die Wahl zum Schiedsmann ablehnen. Die sachlichen Kosten des Schiedsmannsamts (für Protokollbücher, Dienstiegel usw.) fallen der Gemeinde zur Last.

Soll jemand vermögensrechtlich in Anspruch genommen werden, so kann der Kläger zunächst eine schiedsmännliche Vergleichsverhandlung vor dem Schiedsmann des Wohnorts des Beklagten beantragen; der Erhebung einer Privatklage wegen Beleidigung und Körperverletzung muß der Antrag auf eine Sühneverhandlung vor dem Schiedsmann des Wohnorts des Beschuldigten vorangehen.

Nähere Vorschriften über das Verfahren pp. enthalten die Schiedsmannsordnung selbst, die dazu erlassenen Ausführungs-Vorschriften vom 19. März 1897 (G. u. B. S. Nr. 11 S. 27) und vom 14. Juni 1905 (G. u. B. S. Nr. 33 S. 165) und die Geschäftsanweisung für die Schiedsmänner nebst Muster-Beispielen, welche im amtlichen Auftrage vom Gerichtsassessor Steinmeier verfaßt und in der Krampeschen Hofbuchdruckerei in Braunschweig gedruckt ist.

Ist der Gemeindevorsteher nicht zugleich selbst Schiedsmann, so hat er nur folgende Obliegenheiten in dieser Sache:

1. Veranlassung einer Schiedsmanns-Neuwahl durch den Gemeinderat und Einsendung des Wahlprotokolls an die Kreisdirection (B. §§ 3 und 4);
2. Zustellung von Strafverfügungen des Schiedsmanns (G. § 22), wenn ihm die Zustellung von der Kreisdirection übertragen ist;
3. Veranlassung des Verwaltungszwangsverfahrens wegen Einziehung etwaiger Gebühren, Kosten und Strafen (Schreibgebühren und etwaige Auslagen erhält der Schiedsmann; Strafen fließen in die Gemeindefasse);
4. die Schlichtung von Streitigkeiten zwischen Herrschaft und Gefinde ist dem Gemeindevorsteher verblieben.

2. Wegen Geisteskrankheit, Geisteschwäche, Verschwendung und Trunksucht ist die Entmündigung eines Volljährigen zulässig (B. G. B. § 6. — R. G. Bl. 1896 S. 196). Dieselbe erfolgt durch Beschluß des Amtsgerichts (Zivil-Prozeß-Ordnung § 645 — R. G. Bl. 1898 S. 533) auf Antrag des Ehegatten, eines Verwandten oder eines gesetzlichen Vertreters; handelt es sich jedoch um Entmündigung wegen Geisteschwäche oder Geisteskrankheit, so ist auch der Staatsanwalt zur Stellung des Antrages befugt, und handelt es sich um Entmündigung wegen Verschwendung oder Trunksucht, so steht das Antragsrecht auch demjenigen Armenverbande (Gemeinde) zu, welchem die Fürsorge für den zu Entmündigenden im Falle seiner Hilfsbedürftigkeit obliegen würde. (Art. 2 des Gesetzes Nr. 42 vom 12. Juni 1899 — G. u. B. S. 439.) Erscheint die Entmündigung einer Person aus einem der vorstehend aufgeführten Gründe nötig, sind sonstige antragsberechtigte Angehörige nicht vorhanden oder versäumen oder weigern sich diese, den Antrag zu stellen, so ist darüber vom Gemeindevorsteher bei Geisteskrankheit oder Geisteschwäche an den Staatsanwalt zu berichten, bei Verschwendung oder Trunksucht aber beim Amtsgerichte Anzeige zu machen. (G. u. B. S. 1899 Nr. 110 S. 989.) Da die Entmündigung eines Trunkenbolds unter Umständen ein geeignetes Mittel ist, ihn selbst und seine Familie vor dem Untergange zu bewahren und die Gemeinde davor zu schützen, daß sie für eine durch Trunksucht heruntergekommene Person und deren Familie vielleicht erhebliche Aufwendungen aus Armenmitteln machen muß, so hat der Gemeindevorsteher vorkommendenfalls ernstlich zu erwägen, ob für ihn nicht Veranlassung vorliegt, einen Entmündigungsantrag beim Amtsgerichte anzubringen.

3. Über das Verfahren, welches mit gefundenen Sachen einzuschlagen ist, geben nähere Auskunft: B. G. B. § 965—984 (R. G. Bl. 1896 S. 361), B. Herzogl. Staatsministeriums vom 9. Oktober 1899 (G. u. B. S. Nr. 90 S. 885) und P. Str. G. B. § 10 Ziff. 11 (G. u. B. S. 1899 S. 245).

Der Gemeindevorsteher hat in bezug auf gefundene Sachen im Werte von mehr als 3 Mk. vom Finder, wenn diesem der Eigentümer unbekannt ist, die Anzeige über den Fund und dessen nähere Um-



stände, sowie die Anzeige über eine beabsichtigte Versteigerung der gefundenen Sache entgegenzunehmen. Wenn die Umstände es ratsam erscheinen lassen, kann der Gemeindevorsteher vom Finder die Ablieferung der gefundenen Sache bezw. des bei deren Versteigerung erzielten Erlöses verlangen und jene in eigene Verwahrung nehmen. Entgegenzunehmen hat der Gemeindevorsteher auch die Anzeige des Eigentümers von dem Verluste einer Sache und die Anmeldung von Ansprüchen, welche Dritte an eine gefundene Sache machen zu können glauben. — Da der Finder mit dem Ablaufe eines Jahres nach der Anzeige des Fundes bei der Polizeibehörde das Eigentum an der gefundenen Sache erwirbt, wenn sich deren Eigentümer nicht findet, so hat sich der Gemeindevorsteher den Tag der Fundanmeldung zu bemerken, umsomehr da das Recht des Finders auf die Gemeinde übergeht, wenn der Finder der Polizeibehörde gegenüber auf sein Recht zum Erwerbe des Eigentums an der gefundenen Sache verzichtet. Gefundene Sachen, welche an ihn abgeliefert sind, hat der Gemeindevorsteher öffentlich versteigern zu lassen, wenn der Verderb der Sachen zu besorgen oder deren Aufbewahrung mit unersparnismäßigen Kosten verbunden ist. Die gefundenen Sachen bezw. deren Versteigerungserlös gehen auch dann in das Eigentum der Gemeinde über, wenn sich der Finder oder der Eigentümer nicht zu deren Empfangnahme meldet.

4. Nach dem B. G. B. §§ 1849—1851 (R. G. Bl. 1896 S. 511) ist zur Mitwirkung bei allen Vormundschaften ein in jeder Gemeinde einzurichtender „Gemeindevater“ berufen, welcher dem Amtsgerichte diejenigen Personen vorzuschlagen hat, die sich im einzelnen Falle zum Vormunde, Gegenvormunde und Familienrat eignen, welchem die Mitüberwachung der Vormünder in deren pflichtmäßiger Sorge für die Person und das Vermögen der Mündel und eventuell Anzeige beim Amtsgerichte obliegt und welcher nach § 1675 a. a. O. (R. G. Bl. 1896 S. 481) dem Vormundschaftsgerichte Anzeige zu machen hat, wenn ein Fall zu seiner Kenntnis gelangt, in welchem ein Einschreiten des Gerichts gegen den Vater oder die die elterliche Gewalt ausübende Mutter wegen Mißbrauchs oder pflichtwidriger Vernachlässigung der elterlichen Gewalt geboten erscheint. Nach dem G. Nr. 36 vom 12. Juni 1899 (G. u. B. S. S. 359) §§ 80—93 ist vom Gemeinderate darüber zu bestimmen, aus wie vielen Personen der Gemeindevater bestehen soll; seine Mitglieder sind vom Gemeinderate auf jedesmal 6 Jahre zu wählen. Über die Art der Wahl und den Ehrenamtscharakter der Väter gelten die den Gemeinderat betreffenden Bestimmungen der L. G. O. Von dem Ergebnisse der Wahl hat der Gemeindevorsteher dem Amtsgerichte Mitteilung zu machen.

5. Nach dem Bürgerlichen Gesetzbuche §§ 2231—2250 (R. G. Bl. 1896 S. 575) hat die Errichtung eines Testaments regelmäßig vor einem Richter oder einem Notar oder in einem eigenhändig geschriebenen Aufsatze des Erblassers zu erfolgen. Ist jedoch zu besorgen, daß der Erblasser früher sterben werde, als die Errichtung eines Testaments vor einem Richter oder einem Notar möglich ist, oder ist der Ort, an welchem sich der Erblasser gerade aufhält, infolge außerordentlicher Umstände zur Zeit dergestalt abgesperrt, daß die Errichtung eines richterlichen oder no-

tariellen Testaments nicht möglich oder erheblich erschwert ist, so kann der Erblasser ein Nottestament vor dem Vorsteher der Gemeinde, in der er sich aufhält, bezw. vor dessen Stellvertreter errichten. Der Gemeindevorsteher muß zwei Zeugen zuziehen und unter Beobachtung der Vorschriften in §§ 2234—2246 a. a. O. ein Protokoll aufnehmen nach Art des als Beispiel beiliegenden Musters Nr. 64.\* Dieses Protokoll hat der Gemeindevorsteher dann mit einer 1 A-Stempelmarke zu bekleben, in einen Briefumschlag mit dem Gemeindefiegel einzufiegeln, den Briefumschlag mit einer den Inhalt bezeichnenden Aufschrift und mit seinem Namen zu versehen und dasselbe so dem Amtsgerichte einzureichen.

Muster  
Nr. 64.

6. Nach § 11 des Ausführungsgesetzes zum Reichsgesetze über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit vom 12. Juni 1899 (G. u. B. G. Nr. 38 S. 392) hat der Gemeindevorsteher, wenn er von einem Todesfälle in seiner Gemeinde Kenntnis erhält, bei welchem Maßregeln zur Sicherung des Nachlasses erforderlich erscheinen, davon dem Amtsgerichte alsbald Nachricht zugehen zu lassen. Bei Gefahr im Verzuge hat er die geeigneten Maßregeln selbst zu treffen und von den Anordnungen dem Amtsgerichte behufs weiterer Verfügung Mitteilung zu machen.

7. Durch § 2 des Ausführungsgesetzes zum Handelsgesetzbuche vom 12. Juni 1899 (G. u. B. G. Nr. 41 S. 434) ist bestimmt, daß in Fällen, in welchen es sich darum handelt, den dazu Verpflichteten zu einer Anmeldung, zu der Zeichnung einer Unterschrift, zu der Einreichung von Schriftstücken zum Handelsregister oder zur Unterlassung der unbefugten Führung einer Firma anzuhalten, der Gemeindevorsteher vom Amtsgerichte in Tätigkeit gesetzt werden kann bezw. auch ohne solches Ersuchen von Amts wegen verpflichtet ist, dem Amtsgerichte von Tatsachen Mitteilung zu machen, welche zu seiner Kenntnis kommen und geeignet erscheinen, ein gerichtliches Einschreiten der vorgedachten Art zu veranlassen.

8. Wenn jemand dem Gemeindevorsteher glaubhaft nachweist, daß ihm auf den Inhaber lautende Schuldverschreibungen (abgegeben von Zinscheinen, Banknoten u. ähnl.) gestohlen, verloren gegangen oder sonst abhanden gekommen sind, so hat der Gemeindevorsteher auf Antrag des Eigentümers und auf dessen Kosten den Verlust der Papiere durch den Deutschen Reichsanzeiger bekannt zu machen: § 9 des Ausführungsgesetzes zum Handelsgesetzbuche vom 12. Juni 1899 (G. u. B. G. Nr. 41 S. 437). Auch ohne Antrag des Eigentümers, also von Amts wegen ist eine solche öffentliche Bekanntmachung zu erlassen, wenn dies im öffentlichen Interesse z. B. zur Verfolgung eines Diebstahls wünschenswert erscheint. Durch solche Bekanntmachung wird verhindert, daß bis zum

\* Dieses Muster ist den Beispielen nachgebildet, welche in dem Buche: „J. Marcus, Privattestament und Nottestament nach dem Bürgerlichen Gesetzbuche; Berlin, L. Marcus, 1899“ gegeben werden. Gemeindevorsteher, welche sich über diese Sache näher unterrichten wollen, mögen sich dieses 2 Mk. kostende Buch anschaffen. Ähnliche Büchlein sind erschienen im Verlage der Norddeutschen Verlagsanstalt D. Goedel in Hannover: „Die Aufnahme eines Testaments durch den Gemeindevorsteher von einem alten Richter.“ (50 Pf.) und im Verlage von Carl Meyer (Gustav Prior) in Berlin: „Das magistratualische oder Dorf-Testament von Amtsgerichtsrat C. Kurb“ (80 Pf.).

Ablauf des auf das Bekanntmachungsjahr folgenden Jahres die in Verlust geratenen Wertpapiere von einem Kaufmann, Bankier oder Geldwechsler gutgläubig erworben werden können: § 367 des Handelsgesetzbuchs (R. G. Bl. 1897 S. 309).

9. Nach §§ 114 fgg. der Zivilprozessordnung (R. G. Bl. 1898 S. 431) hat derjenige auf Bewilligung des Armenrechts zur Prozeßführung Anspruch, welcher außer Stande ist, ohne Beeinträchtigung des für ihn und seine Familie notwendigen Unterhalts die Kosten des Prozesses zu bestreiten. Über das Gesuch um Bewilligung des Armenrechts, welches beim Gerichtsschreiber zu Protokoll gegeben werden kann, entscheidet das Gericht. Mit dem Gesuche ist eine vom Gemeindevorsteher stempelfrei ausgestellte, von der Kreisdirektion bestätigte Bescheinigung nach beiliegendem Muster Nr. 65 zu überreichen.

Muster  
Nr. 65.

Wird der Gemeindevorsteher um Ausstellung einer solchen Bescheinigung von einem Ortszeintwohner angegangen, so hat er dem Antrage ohne weiteres zu entsprechen, wenn er dem Antragsteller in der That nach pflichtmäßiger Überzeugung bescheinigen kann, was der Vordruck des Armenscheins am Ende besagt; vermag der Gemeindevorsteher dies nicht zu bezeugen, so hat er den Antrag abzulehnen. Der Rechtsstreit, welchen der Antragsteller erheben will, geht den Gemeindevorsteher nichts an, und ist insbesondere die Frage, ob der Rechtsstreit etwa mutwillig oder aussichtslos erscheint, von ihm nicht zu prüfen und zu entscheiden: das ist Sache des Gerichts.

10. Bei der Bildung der Schöffen- und Schwurgerichte hat der Gemeindevorsteher durch Aufstellung der Urlisten für die Auswahl der Schöffen und Geschworenen mitzuwirken. Das Nähere hierüber findet sich in den §§ 31—43, 84—87 des Gerichtsverfassungsgesetzes (R. G. Bl. 1898 S. 152) und in den Bekanntmachungen der Landes-Justizverwaltung vom 19. April 1879 (G. u. V. S. Nr. 23 S. 261) und vom 5. April 1880 (G. u. V. S. Nr. 10 S. 31).

Hiernach hat der Gemeindevorsteher im Monat Mai jeden Jahres die Urliste für die Auswahl der Schöffen und Geschworenen aufzustellen, und zwar unter genauer Beobachtung derjenigen Vorschriften, welche über die Befähigung und Verpflichtung zum Schöffen- und Geschworenen-Amte in den §§ 31—38 des Gerichtsverfassungsgesetzes gegeben sind. Die Liste ist zu jedermanns Einsicht eine Woche lang öffentlich auszulegen und, daß dies geschehen, auf ortsübliche Weise in der Gemeinde bekannt zu machen. Etwaige Einsprachen gegen die Liste hat der Gemeindevorsteher entgegenzunehmen und an das Amtsgericht mit einzusenden. Die Ablieferung der Listen und der Einsprachen an das Amtsgericht hat in der ersten Hälfte des Monats Juni, spätestens bis zum 15. Juni zu geschehen. — Das Formular zu den Urlisten geht dem Gemeindevorsteher von der Kreisdirektion zu.

11. Dem Gemeindevorsteher gehen über rechtskräftige Bestrafung solcher Personen, welche in seiner Gemeinde geboren bzw. wohnhaft sind, Nachrichten zu. Mit Rücksicht auf das unter Nr. 12 hierüber folgende und da der Gemeindevorsteher häufig in die Lage kommt, für einen Ortszeintwohner ein (unter Umständen stempelpflichtiges!) Führungs- oder

Leumundszeugnis ausstellen zu müssen (wozu Muster Nr. 66 anliegt), müssen solche Strafnachrichten vom Gemeindevorsteher bis zum Tode des darin Genannten sorgfältig (alphabetisch geordnet) aufbewahrt werden. Je zahlreicher die Einwohnerchaft der Gemeinde ist, und je häufiger infolgedessen solche Strafnachrichten beim Gemeindevorsteher eingehen, desto zweckmäßiger ist es, deren Inhalt in ein Strafregister einzutragen, für welches das anliegende Muster Nr. 67 empfohlen wird. In größeren Gemeinden ist dasselbe in Abschnitte nach dem Alphabet zu zerlegen. In der Spalte „Bemerkungen“ ist auf frühere Bestrafungen zu verweisen.

Muster  
Nr. 66.

Muster  
Nr. 67.

12. Nach B. Herzogl. Staatsministeriums vom 28. September 1896 (G. u. B. S. Nr. 54 S. 317) führt die Staatsanwaltschaft als sog. „Registerbehörden“ ein Strafregister über Verurteilungen der in ihrem Bezirke geborenen Personen wegen Verbrechen, Vergehen und Übertretungen. Damit aus diesem Register diejenigen Personen ausgemerzt werden können, welche mit Tode abgegangen sind, hat der Standesbeamte, wenn er nicht zugleich Gemeindevorsteher ist, dasjenige regelmäßig wahrzunehmen, worauf unter § 36 Abschn. 5 Lit. e S. 200 näher eingegangen wird.

Durch Vergleichung der dort erwähnten standesamtlichen Liste oder — wenn der Gemeindevorsteher zugleich Standesbeamter ist — durch Vergleichung des standesamtlichen Sterberegisters mit dem von ihm geführten Strafregister hat der Gemeindevorsteher halbjährlich in der zweiten Hälfte der Monate Januar und Juli zu ermitteln, ob und welche bestrafte Ortseinkohner während des verflossenen Halbjahres gestorben sind. Sind solche Todesfälle vorgekommen, so hat der Gemeindevorsteher diese in eine „Nachweisung“ einzutragen, zu welcher das Formular von der Kreisdirektion geliefert wird, und dieselbe regelmäßig spätestens bis zum 1. Februar bezw. 1. August jeden Jahres der Kreisdirektion einzusenden. Sind solche Todesfälle nicht vorgekommen, so ist zu denselben Terminen Fehlanzeige zu erstatten.

13. Nach §§ 23—26 des R. Str. G. Bz. (R. G. Bl. 1876 S. 43) können Personen, welche zu einer längeren Zuchthaus- oder Gefängnisstrafe verurteilt sind, nach Ablauf einer gewissen Zeit vorläufig entlassen werden. Über das Weitere gibt die Instruktion Herzogl. Staatsministeriums vom 13. September 1871 (G. u. B. S. Nr. 55 S. 335) nähere Anweisung.

Dem Gemeindevorsteher geht über die erfolgte vorläufige Entlassung Nachricht zu, und muß sich der vorläufig Entlassene persönlich bei ihm melden; geschieht dies nicht binnen 48 Stunden nach der Entlassung, so hat der Gemeindevorsteher das der Kreisdirektion zu melden; trifft dagegen der Entlassene richtig ein, so ist er vom Gemeindevorsteher derjenigen polizeilichen Kontrolle zu unterstellen, welche in den §§ 9—11 der Instruktion näher beschrieben ist. Mit dem dem Gemeindevorsteher übermittelten Guthaben des Entlassenen ist zu verfahren, wie der § 8 Nr. 3 der Instruktion vorschreibt. Schnellig ist an die Kreisdirektion zu berichten (Instruktion §§ 12 u. 13), wenn der Entlassene sich verbotwidrig entfernt oder der vorläufigen Entlassung sich sonst unwürdig zeigt.

14. Ist jemand nach §§ 38 u. 39 des R. Str. G. Bz. (R. G. Bl. 1876 S. 46) von der Kreisdirection unter Polizeiaufsicht gestellt, so erhält der Gemeindevorsteher hiervon Nachricht, und ist sodann die Bekanntmachung Herzogl. Staatsministeriums vom 11. November 1903 (G. u. V. S. Nr. 70 S. 503) maßgebend. Der Gemeindevorsteher hat zu überwachen, daß der unter Polizeiaufsicht Gestellte die ihm auferlegten Beschränkungen innehält (§ 10), und hat der Kreisdirection ungefäumt Meldung zu machen, wenn dies nicht der Fall ist oder der unter Polizeiaufsicht Gestellte sich nach einem anderen Orte entfernt.

15. Der Gemeindevorsteher ist verpflichtet, vorkommendenfalls dem Gerichtsvollzieher bei seinen Geschäften behülflich zu sein. Hierbei kommt insbesondere folgendes in Betracht:

1. Will ein Gerichtsvollzieher behufs einer ihm obliegenden Zwangsvollstreckung zur Pfändung noch nicht abgeernteter Feldfrüchte schreiten, deren Wert den Betrag von 500 Mark übersteigt, so soll er zur Begutachtung der Frage, ob die Pfändung nach den darüber bestehenden besonderen Vorschriften zulässig ist, einen landwirtschaftlichen Sachverständigen zuziehen und sich wegen Bezeichnung eines solchen an den Gemeindevorsteher wenden.

Geschieht dies, so hat der Gemeindevorsteher dem Gerichtsvollzieher einen Feldgeschworenen oder eine andere geeignete Persönlichkeit als Sachverständigen nachzuweisen, dabei jedoch solche Personen außer Betracht zu lassen, welche mit dem Gläubiger oder dem Schuldner nahe verwandt oder verschwägert oder an der Prozeßsache, um welche es sich handelt, sonst beteiligt sind.

2. Wird dem Gerichtsvollzieher bei einer Vollstreckungshandlung Widerstand geleistet oder ist bei einer in der Wohnung des Schuldners erfolgenden Vollstreckungshandlung weder der Schuldner noch ein Familienangehöriger desselben gegenwärtig, so hat der Gerichtsvollzieher zwei großjährige Männer oder einen Gemeinde- oder Polizeibeamten als Zeugen zuzuziehen. Imgleichen soll der Gerichtsvollzieher, wenn es behufs einer Zwangsvollstreckung erforderlich wird, verschlossene Haustüren, Zimmertüren oder Behälter des Schuldners gewaltsam zu öffnen, zur Vermeidung unnötiger Beschädigung einen geeigneten Handwerker zuziehen.

Stößt der Gerichtsvollzieher bei Zuziehung solcher Zeugen und Sachverständigen auf Schwierigkeiten, so hat er sich wegen der Bezeichnung geeigneter Personen an den Gemeindevorsteher zu wenden, und ist es Pflicht des Gemeindevorstehers, dem Gerichtsvollzieher einen Gemeinbediener oder eine andere geeignete Person zur Verfügung zu stellen bezw. nachzuweisen und ihm auf Ansuchen sonstige polizeiliche Hülfe zu leisten.

3. Dasselbe trifft zu, wenn es sich um Hülfeleistung bei Wegnahme, Fortschaffung, Unterbringung und einstweilige Verwahrung von gepfändeten Sachen handelt.

§ 36.

**Beurkundung des Personenstandes (Standesämter).\***

1. Einschlagende Gesetze pp.:
  - a) Reichsgesetz über die Beurkundung des Personenstandes und die Eheschließung vom 6. Februar 1875 (R. G. Bl. Nr. 1040 S. 23) mit denjenigen Abänderungen und Ergänzungen, welche durch Artikel 46 des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuche vom 18. August 1896 (R. G. Bl. Nr. 2322 S. 618) insbesondere wegen der Vorschriften über die Eheschließungen und durch das Gesetz vom 14. April 1905 (R. G. Bl. Nr. 3126 S. 251) eingeführt sind.
  - b) Verordnung, die Beurkundung von Sterbefällen an Bord von Kriegsschiffen pp. betr., vom 4. November 1875 (R. G. Bl. Nr. 1090 S. 313);
  - c) Verordnung, die Einrichtungen der Standesbeamten in bezug auf Militärpersonen, welche ihr Standquartier nach eingetretener Mobilmachung verlassen haben, betr., vom 20. Januar 1879 (R. G. Bl. Nr. 1279 S. 5);
  - d) Bekanntmachung des Reichskanzlers, Vorschriften zur Ausführung des Gesetzes über die Beurkundung des Personenstandes pp. vom 25. März 1899 (R. G. Bl. Nr. 2566 S. 225);
  - e) Verordnungen zur Ausführung des Reichs-Impfgesetzes vom 10. April 1875 (G. u. B. S. Nr. 32 S. 191) § 4 und 4. Dezember 1899 (G. u. B. S. Nr. 101 S. 945);
  - f) B., die von den Standesbeamten für die Zwecke der Bevölkerungsstatistik zu liefernden Nachweise über Geburten, Eheschließungen und Sterbefälle betr., vom 6. November 1875 (G. u. B. S. Nr. 85 S. 469) und vom 16. Mai 1877 (G. u. B. S. Nr. 70 S. 221);
  - g) B., die Einsendung der Totenlisten behufs der Erbschaftsteuer an die Zoll- und Steuereinsamlung betr., vom 30. August 1876 (G. u. B. S. Nr. 81 u. 82 S. 369 u. 373);
  - h) B., Todesfälle betr., über welche eine amtliche Ermittlung stattgefunden hat, vom 15. Juli 1878 (G. u. B. S. Nr. 24 S. 177);

\* Bis zum 31. Dezember 1875 hat im Herzogtume die Beurkundung des Personenstandes (der Geburt, der Verheirathung, des Todes) ausschließlich durch die „Kirchenbücher“ stattgefunden. Die Kirchenbücher werden auch jetzt noch weiter geführt, haben aber für die Zeit nach dem 31. Dezember 1875 nur noch kirchliche Bedeutung; der Standesbeamte hat jedoch dem Kirchenbuchführer (Geistlichen) die gebührenfreie Einsicht in die Standesregister zu gestatten.

Die kirchlichen Verpflichtungen in Beziehung auf Taufe und Trauung werden durch das Reichs-Personenstandsgesetz nicht berührt (§ 82); auf diese Verpflichtungen haben aber die Standesbeamten bei Aufnahme der Verhandlungen über Aufgebote, Eheschließungen und Geburten die Beteiligten hinzuweisen und zwar, was die Trauung anbelangt, in dem Sinne, daß diese möglichst unmittelbar auf die standesamtliche Eheschließung folgen soll.

- i) das vom Deutschen Reich mit Österreich, Belgien, Spanien, Frankreich, Italien, Luxemburg, Niederlande, Portugal, Rumänien, Schweden und der Schweiz unterm 12. Juni 1902 abgeschlossene und durch R. G. Bl. 1904 Nr. 3051 S. 221 veröffentlichte Abkommen, betr. das internationale Privatrecht zur Regelung des Geltungsbereiches der Gesetze auf dem Gebiete der Eheschließung,

und

die mit den Regierungen verschiedener auswärtiger Staaten wegen Wegfalls der sog. Trau-Erlaubnißschein geschlossenen Übereinkommen: Niederlande (G. u. B. S. 4. Januar 1872 Nr. 2 S. 3), Schweden und Norwegen (G. u. B. S. 13. April 1874 Nr. 14 S. 61), Italien (G. u. B. S. 29. Juli 1875 Nr. 65 S. 295), Belgien (G. u. B. S. 19. November 1875 Nr. 86 S. 477), Italien und Belgien (G. u. B. S. 25. Juni 1878 Nr. 25 S. 183) und Schweiz (G. u. B. S. 20. Juli 1886 Nr. 28 S. 187);

- k) B., das Verfahren bei dem Ableben von Ausländern betr., vom 22. Juli 1892 (G. u. B. S. Nr. 38 S. 421);
- l) B., die Einführung von Geburtszeugnissen in abgekürzter Form für Angelegenheiten des Heeresersatzes betr., vom 8. Oktober 1892 (G. u. B. S. Nr. 47 S. 467);
- m) die §§ 65—72, 76 u. 78 des Ausführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuche vom 12. Juni 1899 (G. u. B. S. Nr. 36 S. 355);
- n) § 1 der Verordnung, betr. Ausführung des Bürgerlichen Gesetzbuchs, vom 1. August 1899 (G. u. B. S. Nr. 64 S. 685).
- o) B., betr. die Einführung von Geburtszeugnissen in abgekürzter Form für Schul- und Unterrichtszwecke einschl. des Konfirmandenunterrichts, vom 3. Dezember 1904 (G. u. B. S. Nr. 68 S. 373).

2. Die im allgemeinen wichtigsten unter den vorstehend aufgeführten Stücken der Gesetzsammlungen sind das Reichs-Personenstandsgesetz vom 6. Februar 1875 in der durch das Bürgerliche Gesetzbuch veränderten, mit dem 1. Januar 1900 in Kraft getretenen Fassung und die oben unter d ausgeführten Ausführungs-Vorschriften vom 25. März 1899.

Das Reichsgesetz zerfällt in acht Abschnitte:

- a) Allgemeine Bestimmungen (§§ 1—16), insbesondere über Bildung der Standesamtsbezirke (§ 2), Bestallung, Entschädigung und Beaufichtigung der Standesbeamten (§§ 3—11), Führung der standesamtlichen Haupt- und Nebenregister (§§ 12—15), Register-Auszüge (§ 16).
- b) Beurkundung der Geburten (§§ 17—27), Frist, Verpflichtung und Form für die Anzeige (§§ 17—21), Form der Eintragung (§§ 22 u. 23), Findelkinder (§ 24), Legitimation pp. (§§ 25—27).
- c) Erfordernis der Eheschließung (früher §§ 28—40, welche ersetzt sind durch die §§ 1303—1315, 1322—1335 und 1348—1350 des Bürgerlichen Gesetzbuchs), nämlich: Ehemündigkeit (§ 1303), Erfordernis der Einwilligung der Eltern pp. (§§ 1304—1308), verbotene Ehen

(§§ 1309—1315 u. 1322), nichtige und anfechtbare Ehen (§§ 1323—1335, 1348—1350);

d) Form und Beurkundung der Eheschließung (§§ 41 bis 55, zum Teil ersetzt durch §§ 1316—1322 des Bürgerlichen Gesetzbuchs): Nachweis der Erfordernisse der Eheschließung, Aufgebot, Zuständigkeit des Standesbeamten, Verlautbarung und Beurkundung der Eheschließung, Vermerk über nichtige, aufgelöste pp. Ehen;

e) Beurkundung der Sterbefälle (§§ 56—60), insbesondere über Frist, Verpflichtung und Form für die Anzeige (§§ 56—58), Form der Eintragung (§ 59) und die Beerdigung (§ 60).

f) Beurkundung des Personenstandes der auf ~~Se~~ befindlichen Personen (§§ 61—64).

g) Berichtigung der Standesregister (§§ 65 u. 66).

h) Schlußbestimmungen (§§ 67—84), insbesondere Strafdrohungen für Geistliche, Anzeigeverpflichtete und Standesbeamte (§§ 67 bis 70) usw.\*

Angehängt ist dem Gesetze (§. 40) ein Gebührentarif für die Standesbeamten.

Die Ausführungs-Verordnung des Bundesrats bringt hierzu nähere Vorschriften über die bei Führung der standesamtlichen Geschäfte zu benutzenden Register- und sonstigen Formulare usw.

3. Der Standesbeamte hat sich mit den Vorschriften des Reichsgesetzes vom 6. Februar 1875 in der durch die neuere Gesetzgebung abgeänderten Fassung, der Ausführungs-Verordnung des Bundesrats und aller sonstigen, im Eingange dieses Paragraphen angeführten Stücke der *Gesetzsammlungen* aufs genaueste bekannt zu machen. Wo das Standesamt mit dem Gemeindevorsteheramte nicht vereinigt ist, muß darauf gehalten werden, daß der Standesbeamte gleichwohl alle jene Stücke der *Gesetzsammlungen* jederzeit zur Hand hat, und ist wegen deren Beschaffung nötigenfalls die Hilfe der Kreisdirektion von ihm in Anspruch zu nehmen.\*\*

Sämtliche erforderliche *Formulare* zu den Registern, Bescheinigungen usw. sind von der Kreisdirektion zu beziehen, und hat der Standesbeamte darauf zu halten, daß auch von diesen Formularen stets der nötige Vorrat vorhanden ist. Zu beachten ist, daß an Formularen nicht allein die-

---

\* Hierher gehören auch die §§ 169, 170 und 338 des Reichs-Strafgesetzbuches (R. G. Bl. 1876 S. 73 u. 105), wodurch die vorsätzliche Veränderung oder Unterdrückung des Personenstandes eines Andern, die arglistige Verschweigung eines Ehehindernisses und derjenige Standesbeamte mit Strafe bedroht wird, welcher wissentlich eine Doppelhehe schließt.

\*\* Den Standesbeamten wird empfohlen, sich zum Handgebrauch als stets bereiten Ratgeber folgendes, in jeder Buchhandlung für 5 Mk. erhältliche Buch anzuschaffen: „Das Standesamt. Handbuch für Standesbeamte, von Dr. F. Krufe, 5. Auflage 1900. Berlin, Franz Vahlen.“ Bei Benutzung desselben ist jedoch zu beachten, daß dasselbe zwar die preussischen, nicht aber die braunschweigischen *Ausführungsbestimmungen* enthält; in dieser Beziehung ist es also mit Vorsicht zu benutzen. — Nur halb so teuer ist das in demselben Verlage in 2. Auflage 1900 erschienene Buch: „Das Gesetz über die Beurkundung des Personenstandes pp.“ von D. Philler.



jenigen stets vorrätig sein müssen, von welchen in der bundesrätlichen Ausführungs-Verordnung die Rede ist, sondern auch noch ferner:

- a) für Geburtsbescheinigungen zum Zwecke der Taufe;
- b) für Todesbescheinigungen zum Zwecke der Beerdigung;
- c) für Aufgebotsbescheinigungen;
- d) zu den Meldungen an das Amtsgericht über die Geburt eines unehelichen Kindes;
- e) desgl. über das Ableben eines über 20 Jahre alten verheirateten Mannes;
- f) desgl. über das Ableben einer Ehefrau;
- g) zu den Totenlisten und Fehlanzeigen, welche wegen der Erbschaftsteuer an die Zoll- und Steuerdirektion einzusenden sind;
- h) zu den an das statistische Bureau zu Braunschweig einzusendenden Zählkarten über Geburten, Eheschließungen und Sterbefälle;
- i) die Geburtsurkunden in abgekürzter Form für Heereserfah-Angelegenheiten (Militär-Musterung und Aushebung), und für Schul- und Unterrichtszwecke einschließlich des Konfirmationsunterrichts;
- k) die Geburts-, Heirats- und Sterbeurkunden in abgekürzter Form für Angelegenheiten der Kranken-, Unfall- und Invaliden-Versicherung;
- l) zu den jährlichen Auszügen aus den Geburts- und Sterberegistern für die Behörden behufs des Heereserfahgeschäftes;
- m) zu den jährlichen Geburts- und Sterbenachweisungen behufs Ausführung des Impfgesetzes;
- n) zu den halbjährlichen Verzeichnissen der schulpflichtig gewordenen Kinder;
- o) zu den halbjährlichen Listen der im strafmündigen Alter verstorbenen Personen.

4. Neben den Vorschriften des Gesetzes und der Ausführungs-Verordnung sind bei Führung der Standesamtsgeschäfte auch nachfolgende Punkte zu beachten, welche teils auf Vorschriften der Aufsichtsbehörden beruhen, teils durch die Erfahrungen der Praxis an die Hand gegeben sind.

#### A. Im allgemeinen.

a. Der Standesbeamte ist im allgemeinen nicht verpflichtet, an Sonn- und Festtagen tätig zu werden, da Geburten erst innerhalb einer Woche (§ 17), Totgeburten und Sterbefälle erst „am nächstfolgenden Wochentage“ angezeigt zu werden brauchen (§ 23 in der Fassung des R. G. v. 14. April 1905 u. § 56). In kirchlichem Interesse hat aber der Standesbeamte zur Bornahme von Eheschließungen auch an Sonn- und Festtagen bereit zu sein, zumal wenn die Verlobten im Anschluß an die standesamtliche Eheschließung kirchlich getraut werden sollen.

b) Der Standesbeamte hat sich jeder amtlichen Tätigkeit zu enthalten, wenn es sich um die Beurkundung der eigenen Anzeige, die Entgegennahme der eigenen Erklärung oder die Anordnung des der eigenen Eheschließung vorhergehenden Aufgebots handelt; in solchen Fällen hat der Stellvertreter des Standesbeamten die erforderlichen Beurkundun-

gen vorzunehmen. Dagegen darf er sein Amt in Angelegenheiten ausüben, die seine Ehefrau oder Personen betreffen, mit denen er verwandt oder verschwägert ist. (A. B. § 27.)

c) Der Standesbeamte hat auf die *Innehaltung der Fristen*, welche in den §§ 17, 22 Abs. 3, 23, 27 und 56 des Personenstandsgesetzes für die *Anzeige* der Geburten, Vornamen und Sterbefälle gesetzt sind, streng zu halten, geeignetenfalls die Anzeigepflichtigen durch Geldstrafen im Sinne des § 68 Abs. 3 zur Nachholung der etwa versäumten Anzeige anzuhalten und schlimmstenfalls deren Bestrafung auf Grund des § 68 Abs. 1 beim Amtsanwalt anzuregen.

d) Die Eintragungen in die Standesamtsregister müssen vollständig und zuverlässig sein. Von der Vorschrift in § 59 Abs. 2: „Soweit die Verhältnisse unbekannt sind, ist dies bei der Eintragung zu vermerken“ ist nur in den äußersten Notfällen Gebrauch zu machen. Im allgemeinen kann der Standesbeamte verlangen, daß ihm alles, was er eintragen soll und was ihm nicht aus eigener Wissenschaft zuverlässig bekannt ist, durch pfarr- oder standesamtliche Urkunden nachgewiesen wird. In Beziehung auf Verstorbene, welche verheiratet waren, ist Vorlegung einer Heiratsurkunde zu verlangen.

e) Bei der *Schreibweise der Personennamen*, welche in die Register einzutragen sind, hat sich der Standesbeamte streng nach den vorgelegten pfarr- oder standesamtlichen Urkunden zu richten und die das Protokoll Unterscheidenden auf entsprechende Schreibweise hinzuweisen. Falls diese Personen ihren Namen abweichend schreiben (z. B. Meier statt Meyer), ist vom Standesbeamten darunter zu bemerken, daß die betreffende Person trotz Erinnerung bei dieser abweichenden Schreibweise verharret habe.

f) Hat eine Person, deren Namen in ein Standesamtsregister einzutragen ist, mehrere Vornamen, welche sich aus einer vorgelegten Urkunde ergeben, so sind solche Vornamen *sämtlich* in die Eintragung und die demnächst danach etwa auszustellenden Bescheinigungen aufzunehmen.

g) Bei allen zum Zwecke der Taufe ausgestellten Geburtsurkunden sowie bei sämtlichen Eheschließungs- und Todesbescheinigungen ist das *Religionsbekenntnis* der Eltern des Geborenen, der Eheschließenden und der Gestorbenen anzugeben. Zur Bezeichnung des Religionsbekenntnisses genügt zutreffendenfalls der allgemeine Begriff „evangelisch“ nicht, es ist vielmehr — je nachdem — „lutherisch“, „reformiert“ oder „uniert“ zu sagen.

h) Zur *Bezeichnung der Tageszeit* der Geburts- und Todesfälle sind ausschließlich und allein die Ausdrücke „vormittags“ und „nachmittags“ zu gebrauchen, jener für die Zeit von 12 Uhr nachts bis 12 Uhr mittags, dieser für die Zeit von 12 Uhr mittags bis 12 Uhr nachts.

i) *Durchstreichen und Radieren* hat in den Registern gänzlich zu unterbleiben; etwa bei der Eintragung gemachte Fehler sind durch Randbemerkte zu berichtigen (vergl. unter l).

k) Alle im Vordruck der Register-Protokolle leer bleibenden Zeilen oder Teile von solchen sind durch einen wagerechten Strich auszufüllen, damit nachträglich nichts dazwischen geschrieben werden kann.

l) Berichtigende Randvermerke (abgesehen von Vervollständigungen) darf der Standesbeamte nur vor Schluß der Eintragung machen; es haben dann aber diejenigen Personen, welche das Protokoll selbst zu unterschreiben haben, auch den Randvermerk durch Namensunterschrift mit zu vollziehen. Nachträgliche Berichtigungen der Register-Eintragungen dagegen müssen bei der Kreisdirektion beantragt werden.

Wenn ein Standesbeamter eine Eintragung im Hauptregister richtig vorgenommen, im Nebenregister aber irgend einen Fehler gemacht hat und später aus dem Amte ausgeschieden oder verstorben ist, so kann die Vervollständigung bezw. Einbesserung der Eintragung nur auf Anordnung der Kreisdirektion durch den Stellvertreter des Verstorbenen bezw. durch den neuen Standesbeamten erfolgen.

Alle am Rande vermerkten Zusätze, Löschungen oder Abänderungen sind im Nebenregister wörtlich wiederzugeben; dagegen ist in die Auszüge aus dem Standesregister gleich der berichtigte Wortlaut der Eintragung aufzunehmen.

m) Ist jemandem höheren Orts die Annahme eines abgeänderten Familiennamens gestattet, so kann auf seinen Antrag und auf Grund eines von ihm vorzulegenden glaubhaften Nachweises am Rande ein Vermerk vom Standesbeamten an diejenigen Stellen seiner Register gemacht werden, wo der betreffende Name vorkommt. Behufs entsprechender Vervollständigung der Nebenregister ist davon bei der Kreisdirektion Meldung zu machen.\* — Dieses Verfahren ist auch zu beobachten, wenn der Ehemann einem borehelichen Kinde seiner Ehefrau nach B. G. B. § 1706 seinen Namen erteilt. (§ 78 des Ausführungsgesetzes zum B. G. B. vom 12. Juni 1899 G. u. B. S. Nr. 36 S. 358.)

n) Die Abschlußvermerke im Sinne des § 14 Abs. 2 des Personenstandsgesetzes und der §§ 2 u. 3 der Ausführungs-Verordnung des Bundesrats sind am 1. Januar auf derjenigen Seite der Register, welche der letzten Eintragung folgt, unter Durchstreichung des Vordrucks anzubringen und mit Namensunterschrift und Stempel zu versehen.

o) Nach § 23 der Bundesrats-Ausführungs-Vorschriften (R. G. Bl. 1899 S. 231) hat der Standesbeamte neben den Standesregistern vier verschiedene Verzeichnisse bereit zu halten und gewissenhaft zu führen, nämlich:

---

\* Zur Änderung des rechtmäßigen Familiennamens — sei es, daß jemand einen ganz anderen Namen anzunehmen oder seinen Namen anders zu schreiben wünscht, als derselbe nach den Standesregistern (Kirchenbüchern) zu schreiben ist — ist die höchste Genehmigung erforderlich; bezüglicher Antrag ist von Braunschweigischen Staatsangehörigen bei der Kreisdirektion, von anderen Staatsangehörigen bei der zuständigen Behörde ihres Heimatstaates anzubringen. Wer sich einem zuständigen Beamten gegenüber eines ihm nicht zukommenden Namens bedient, ist nach R. Str. G. B. § 360, a (R. G. Bl. 1876 S. 111) strafbar.

1. ein nach den Anfangsbuchstaben der Namen der Geborenen, der Eheschließenden und der Gestorbenen geordnetes Verzeichnis, welches das Auffinden der einzelnen Eintragung ermöglicht;
2. ein Verzeichnis der Geburtsfälle, in welchen die Anzeige der Vornamen des Kindes noch aussteht (R. G. § 22 Abs. 3);
3. ein Verzeichnis der Aufgebote und
4. ein Verzeichnis der zu erhebenden und der erhobenen Gebühren (R. G. § 16).

Diese Verzeichnisse haben ständig bereit zu liegen, und sind die vorschriftsmäßigen Eintragungen immer sofort darin zu machen, sobald eine Eintragung in eins der Standesregister dazu Veranlassung gibt.

Das unter 2. genannte Verzeichnis ist öfter durchzusehen, und sind nötigenfalls die zur Anmeldung der Vornamen Verpflichteten vor Ablauf der dreimonatigen Frist (R. G. § 22 Abs. 3) an ihre Anmeldepflicht zu erinnern.

Die Gebühren (Verzeichnis 4) sind nach dem Gebührentarife (R. G. Bl. 1875 S. 40) sofort festzustellen und zu erheben. Befcheinigungen, für welche Gebühren nach dem Tarif nicht zu entrichten sind oder welche — weil im amtlichen Interesse ausgestellt oder wegen Unvermögens der Beteiligten oder wegen ihrer Zweckbestimmung (Ausweis in Heer-Ersatz-Angelegenheiten oder in Angelegenheiten der Kranken-, Unfall- oder Invalidenversicherung) — unentgeltlich zu liefern sind, werden in das Verzeichnis nicht aufgenommen.

Da die Gebühren der Gemeinde zufließen (R. G. § 70), hat der Standesbeamte am Ende jeden Rechnungsjahres mit dem Gemeindevorsteher auf Grund des Verzeichnisses abzurechnen und den vereinnahmten Gebührenbetrag an die Gemeindekasse abzuführen.

p) Die Register-Auszüge (Geburts-, Heirats- und Sterbetrakunden) haben eine verschiedene Form, je nachdem es sich um Beurkundungen aus der Zeit vor dem 1. Januar 1900 oder aus der spätern Zeit handelt; der Grund hierfür liegt darin, daß zum 1. Januar 1900 der Vordruck der Standesregister geändert ist. Der Standesbeamte hat, namentlich bei Erteilung von Heiratsurkunden, hierauf Acht zu geben und wenn er zufällig ein Formular des neueren Musters nicht zur Hand haben sollte, das entsprechende ältere handschriftlich einzubessern.

Wenn für den Gebrauch in Angelegenheiten des Heeres-Ersatzes, der Kranken-, Unfall- und Invaliden-Versicherung und des Schulunterrichts Register-Auszüge in abgekürzter Form eingeführt sind, so ist dies im Interesse teils der Standesbeamten, teils des Publikums geschehen; der Standesbeamte hat sich dieser abgekürzten Formulare zwar nur dann zu bedienen, wenn eine der bestimmungsgemäßen Verwendungsarten wahrscheinlich gemacht ist, aber, wenn dies der Fall, auch immer auf ausdrücklichen Antrag eines Beteiligten.

q) Postsendungen der Standesbeamten an Staatsbehörden, welche staatlich angeordnete Mitteilungen enthalten, sind auf dem Briefumschlage oben links als „portopflichtige Dienstsache“ zu bezeichnen und an der Verschlusstelle mit dem Dienststempel zu versehen. Die

Bezeichnung als „portopflichtige Dienstsache“ entfällt, wenn dem Standesbeamten etwa von der empfangenden Behörde Briefumschläge zur Verfügung gestellt sind, welche aufgedruckt den Vermerk enthalten „Frei laut Aversum Nr. 26“.

r) Werden dem Standesbeamten von den Beteiligten sog. Familienstammbücher zur Eintragung von Geburten, Eheschließungen oder Sterbefällen vorgelegt, so sind solche Eintragungen unter Namensunterschrift und Siegel kostenlos zu machen.

### B. Beurkundung der Geburten.

a) Aus der Eintragung in das Geburtsregister muß ersichtlich sein, daß der Anzeigende zu der Anzeige berechtigt war. Machen andere Personen als die Eltern die Anzeige, so ist zu vermerken, „daß der Anzeigende bei der Niederkunft zugegen gewesen sei“ oder worauf etwa sonst die Kunde des Anzeigenden von dem zu beurkundenden Geburtsfälle sich gründet (§§ 18 u. 19 des Gesetzes).

b) Wird die Geburt des Kindes einer Witwe oder einer geschiedenen Ehefrau angezeigt, so ist der Todestag des Ehemannes bezw. der Tag der Rechtskraft des Scheidungsurteils vom Standesbeamten zu ermitteln und in das Register mit einzutragen, da nur auf diese Weise ersichtlich wird, ob das Kind von Rechts wegen als (nachgeborenes) eheliches oder als uneheliches anzusehen ist. (Uneheliche Kinder einer Witwe bezw. geschiedenen Ehefrau führen den Geschlechts- oder Vaternamen nicht des Ehemannes der Witwe, sondern den ursprünglichen Geschlechts- oder Vaternamen ihrer Mutter: Elisabeth, uneheliche Tochter der Witwe Christiane Müller geb. Meier, heißt Elisabeth Meier, nicht Elisabeth Müller.)

c) Die Eintragung unanständiger oder anstößiger Vornamen hat der Standesbeamte abzulehnen.

d) Spätere Änderungen an den in das Geburtsregister einmal eingetragenen Vornamen eines Kindes dürfen vom Standesbeamten, auch auf ausdrücklichen Antrag der Eltern, nicht vorgenommen werden. In § 22 Abs. 3 des Gesetzes ist für die Anmeldung der Vornamen eine zweimonatige Frist gelassen, wodurch den Eltern ermöglicht ist, die Namengebung für das Kind erst bei der Taufe vorzunehmen. Hierauf sind zutreffendenfalls die Anzeigenden mit dem Vermerken zu verweisen, daß nach einmal geschehener Eintragung der Vornamen deren Änderung durch Zusetzen oder Fortlassen einzelner derselben unzulässig ist.

e) Wenn ein Kind, ohne Vornamen erhalten zu haben, wieder verstirbt, so ist darüber im Geburtsregister neben der Beurkundung der Geburt jenes Kindes ein Randvermerk zu machen und von demjenigen zu unterschreiben, welcher den Todesfall anzeigt; als Muster dafür vergl. den Randvermerk auf dem den Bundesrats-Ausführungs-Vorschriften angefügten Formular A. 1.

Ist die Beurkundung der Geburt des Kindes in einem andern Standesamtsbezirke geschehen, so ist der Standesbeamte dieses Bezirks von dem

Tatbestande mit dem Ersuchen in Kenntniß zu setzen, in seinem Geburtsregister das Erforderliche zu vermerken.

### C. Eheschließungen.

Bei der Eheschließung und deren Beurkundung hat der Standesbeamte besonders sorgfältig schon deshalb zu verfahren, weil nach § 69 des Gesetzes mit Geldstrafe bis zu 600 Mk. derjenige Standesbeamte bedroht ist, welcher eine Eheschließung unter Außerachtlassung der gesetzlichen Vorschriften vollzieht.

Im einzelnen ist zu beachten:

a) Nach § 45 des Gesetzes kann der Standesbeamte Verlobten, welche ein Aufgebot beantragen, die Beibringung von Urkunden unter Umständen erlassen. Dies in Beziehung auf die beizubringenden Geburtsurkunden zu tun, wird doch nur in seltenen Fällen zulässig sein, insbesondere jedoch dann, wenn die Verlobten in dem Geburtsregister des selben Standesamts verzeichnet sind.

b) Im allgemeinen ist es Sache des Standesbeamten, den Ausgang des Aufgebots zu bewirken und demnächst den erfolgten Ausgang zu bescheinigen, und zwar sowohl bezüglich der von ihm selbst angeordneten als auch der auf Ersuchen anderer Braunschweigischer Standesbeamten erfolgenden Aufgebote. In denjenigen Gemeinden jedoch, welche mit einer oder mehreren anderen zusammen einen Standesamtsbezirk bilden und in welchen ein Standesbeamter nicht wohnt, haben die Gemeindevorsteher den Ausgang zu vollziehen und zu bescheinigen. Desgleichen sind Aufgebote, welche auf Ersuchen auswärtiger (d. h. anderer als Braunschweigischer) Standesbeamter ausgehängt werden, nach abgelaufener Frist bezüglich der Dauer des Aushangs durch den Gemeindevorsteher zu bescheinigen. Die Gemeindevorsteher haben also dem in dieser Beziehung an sie ergehenden Ersuchen stattzugeben, auch ein Verzeichnis dieser Aufgebote zu führen (M. B. § 26). Ist der Gemeindevorsteher und der Standesbeamte eine Person, so ist die Bescheinigung vom Gemeindevorsteher-Gehülfen zu vollziehen.

c) Witwer und Witwen dürfen eine zweite Ehe erst schließen, wenn sie das Nichtvorhandensein von Kindern aus ihrer früheren Ehe nachgewiesen oder eine amtsgerichtliche Bescheinigung darüber beigebracht haben, daß ihre Auseinandersetzung mit den Kindern aus der früheren Ehe wegen des Vermögens erfolgt ist (vergl. B. G. B. § 1314). — Wegen des „Trauerjahrs“ der Witwe vergl. B. G. B. § 1313.

d) Ist das Religionsbekenntnis der Eheschließenden verschieden, so ist folgendes zu beachten und den Eheschließenden zu eröffnen: Nach § 1 des Gesetzes, die Ordnung der kirchlichen Verhältnisse der Katholiken betr., vom 29. Dezember 1902 (G. u. B. S. 1903 Nr. 2 S. 3) sollen die aus einer gemischten Ehe hervorgehenden Kinder ohne Unterschied des Geschlechts in dem Bekenntnis des Vaters erzogen werden; es sei denn, daß der Vater nach der Geburt, aber vor der Taufe des ersten Kindes, vor der Kreisdirektion die abweichende Erklärung abgegeben hätte, daß sämtliche aus der Ehe hervorgehenden Kinder in dem

Befenntnis der Mutter erzogen werden sollen. Wird durch eine Eheschließung ein schon früher von den Eheschließenden gemeinschaftlich erzeugtes Kind legitimiert, so hat der Vater das Recht, durch eine binnen 4 Wochen nach der Eheschließung vor der Kreisdirection abzugebende Erklärung herbeizuführen, daß das legitimierte Kind weiter in dem Befenntnis der Mutter erzogen werden soll. Auf das Befenntnis der Kinder über 10 Jahren hat deren Legitimation jedoch keinen Einfluß.

e) „Ein uneheliches Kind erlangt dadurch, daß sich der Vater mit der Mutter verheiratet, mit der Eheschließung die rechtliche Stellung eines ehelichen Kindes“ (B. G. B. § 1719 — R. G. Bl. 1896 S. 489). Diese „Legitimation durch nachfolgende Ehe“ erfolgt, indem der außereheliche Erzeuger seine Vaterschaft urkundlich anerkennt, und zwar kann solche Beurkundung vom Standesbeamten vorgenommen werden, wenn die Anerkennung gleichzeitig mit der bei ihm angebrachten Geburtsanzeige oder mit der von ihm vorgenommenen Eheschließung erfolgt. Die Beurkundung hat dann in folgender Weise zu geschehen:

Erfolgt die Anerkennung der Vaterschaft bei der Anzeige des Geburtsfalls, so ist sie in die den Geburtsfall bekundende Eintragung in das Geburtsregister aufzunehmen; erfolgt sie dagegen erst später, aber doch vor dem Standesbeamten, welcher die Geburt selbst beurkundet hat, so ist sie am Rande des Geburtsregisters zu vermerken (A. B. § 14).

Erfolgt die Anerkennung bei der Eheschließung, so ist sie in die Beurkundung über die Eheschließung etwa in der Weise aufzunehmen, daß hinter die Worte des Register-Vordrucks: „daß sie kraft des Bürgerlichen Gesetzbuchs nunmehr rechtmäßig verbundene Eheleute seien“ handschriftlich eingeschoben wird:

„Der . . . . erklärte, daß er das von seiner Ehefrau am . . . . zu . . . . geborene Kind . . . . (Vornamen!) (vergl. Nr. . . . des Geburtsregisters von . . . . vom Jahre . . . .) als das seinige anerkenne.“

Weiter ist dann, und zwar

aa) wenn das zu legitimierende Kind im eignen Geburtsregister des auch die Eheschließung beurkundenden Standesbeamten verzeichnet ist, in diesem Geburtsregister von Amts wegen ein entsprechender Randvermerk etwa nachfolgenden Wortlauts zu machen:

„Der . . . . , wohnhaft zu . . . . , hat bei der im Heiratsregister des Standesamtes . . . . vom Jahre . . . . unter Nr. . . . beurkundeten Eheschließung mit der . . . . das nebenbezeichnete Kind als das seinige anerkannt.

Der Standesbeamte

„(Unterschrift)“

bb) wenn der Geburtsfall in einem andern Standesamtsbezirke beurkundet ist, dem Standesbeamten dieses Bezirks ein durch den Nachtragsvermerk vervollständigten Heiratsregister-Auszug zu übersenden, damit dieser danach eine entsprechende Beischreibung in seinem Geburtsregister vollzieht.

Der Standesbeamte des Geburtsorts des legitimierten Kindes hat in jedem Falle die Eintragung des Randvermerks auch im Nebenregister zu bewirken. Zu diesem Zwecke hat er, wenn das betreffende Nebenregister sich noch in seinem Besitze befindet, die Eintragung in dieses selbst vorzunehmen; andernfalls aber eine beglaubigte Abschrift der gesamten bezüglichlichen Eintragung (des ganzen durch die Beschreibung vervollständigten Registerblatts) behufs des weitem an die Kreisdirektion einzusenden. Eine einfache berichtliche Anzeige von der vorgekommenen Legitimation genügt nicht.

f) Nach B. G. B. § 1706 (R. G. Bl. 1896 S. 486) steht es, wenn weibliche Personen uneheliche Kinder in die Ehe mitbringen, dem Ehemanne der Mutter frei, durch Erklärung vor der zuständigen Behörde den Kindern mit deren bezw. ihres Vormundes und der Mutter Einwilligung seinen Namen zu erteilen, auch wenn die Kinder von anderen Erzeugern herrühren. („Legitimiert“ werden die Kinder dadurch nicht.) Sämtliche bezüglichliche Erklärungen sind in urkundlicher Form zu erteilen.

Nach § 78 des Ausführungs-Gesetzes zum B. G. B. vom 12. Juni 1899 (G. u. B. S. Nr. 36 S. 358) ist zuständig zur Entgegennahme und Beurkundung der betreffenden Erklärungen, wenn die Geburt des Kindes in dem Register eines Braunschweigischen Standesbeamten eingetragen ist, dieser Standesbeamte, andernfalls das Amtsgericht. Erfolgt die Erklärung gelegentlich der Eheschließung, so ist gleichfalls der Standesbeamte zuständig.

Das Verfahren ist ähnlich, wie das für die Legitimation durch nachfolgende Ehe vorgeschriebenen, nur muß ausdrücklich auf die Zustimmung der Kinder bezw. deren Vormundes und der Mutter Bezug genommen werden. —

Nach B. G. B. § 1723 (R. G. Bl. 1896 S. 489) kann ein uneheliches Kind auch auf Antrag seines Vaters durch eine Verfügung Herzogl. Staatsministeriums, Abteilung der Justiz, (§ 2 Abs. 1 der Verordnung vom 1. August 1899 — G. u. B. S. Nr. 64 S. 685) für ehelich erklärt werden und kann, wenn dies geschehen, von dem gesetzlichen Vertreter des Kindes verlangt werden, daß ein entsprechender Vermerk im Geburtsregister gemacht wird. Das hierbei zu beobachtende Verfahren ist das oben beschriebene.

g) Von allen Eintragungen und Nachtragungen der vorstehend unter den Buchstaben e und f erwähnten Art hat der Standesbeamte dem Kirchenbuchführer, in dessen Kirchenbuche die Taufe des betreffenden Kindes registriert ist, ungesäumt und kostenfrei Anzeige zu machen.

h) Reichsausländische Personen im allgemeinen haben, wenn sie vor einem hiesigen Standesbeamten die Ehe schließen wollen, ein Zeugnis der zuständigen Behörde ihres Heimatstaates darüber beizubringen, daß der Behörde ein nach den Gesetzen dieses Staates bestehendes Ehehindernis nicht bekannt geworden ist, und daß sie, sofern Männer, nach den Gesetzen ihres Heimatstaates durch die Eheschließung ihre Staatsangehörigkeit nicht verlieren, sondern auf ihre Ehe-



frau und ihre ehelichen bzw. durch nachfolgende Ehe legitimierten Kinder übertragen. Diese Zeugnisse müssen von einem deutschen Konsul oder Gesandten mit der Bescheinigung versehen sein, daß die das Zeugnis ausstellende Behörde für die Ausstellung zuständig ist.

Vorbehalten bleiben jedoch hierbei die erleichternden Bestimmungen derjenigen Staatsverträge, welche im Eingange dieses Paragraphen bei littr. i. aufgeführt sind. Auch ist zu beachten, was das dort erwähnte Abkommen vom 12. Juni 1902 für bestimmte außerdeutsche Staaten besonders vorsieht. Die ganze Frage der Eheschließung von Reichsausländern ist hiernach etwas verwickelt, weshalb der Standesbeamte gut tut, sich in jedem Falle bei der Kreisdirektion Rat erteilen zu lassen, wenn bei einem beantragten Aufgebote Ausländer in Frage kommen.

Beglaubigte Abschriften der Eheschließungsurkunden sind alljährlich bis zum 15. Januar für das abgelaufene Kalenderjahr bei der Kreisdirektion einzureichen (Art. 5 Abs. 4 des Abkommens v. 12. Juni 1902 R. G. Bl. 1904 S. 227).

Ungehörige des Königreichs Bayern mit Ausnahme der Rheinpfalz müssen behufs der Eheschließung ein vom Bezirksamte ihrer Heimatgemeinde ausgestelltes Zeugnis darüber beibringen, daß gegen die beabsichtigte Eheschließung kein gesetzliches Hindernis besteht; andernfalls hat die abgeschlossene Ehe für die Ehefrau und die aus der Ehe entsprossenen oder durch dieselbe legitimierten Kinder in Bezug auf die Heimatverhältnisse nicht die Wirkung einer gültigen Ehe.

#### D. Todesfälle.

a) Aus der Eintragung in das Sterberegister muß ersichtlich sein, daß der Anzeigende zu der Anzeige berechtigt war. Machen andere Personen als das betreffende Familienhaupt die Anzeige, so ist zu vermerken, daß der Tod in des Anzeigenden Behauptung erfolgt sei, oder worauf etwa sonst die genaue Kunde des Anzeigenden von dem zu beurkundenden Todesfalle sich gründet (§§ 57 u. 58 des Gesetzes).

b) Bei allen Todesfällen von Personen ehemündigen Alters (21 Jahre beim männlichen, 16 Jahre beim weiblichen Geschlechte) ist zu vermerken, ob die Person „ledig“, „verheiratet mit . . . . .“ oder „verwitwet“ verstorben ist.

c) Das Alter Verstorbener ist im Sterberegister, außer durch Angabe des Jahres und Tages der Geburt, auch noch durch berechnete Lebensdauer anzugeben, und zwar so, daß bei über ein Jahr alten Personen nur die Zahl der zurückgelegten vollen Jahre, bei unter einem Jahre alten Personen nur die Zahl der zurückgelegten vollen Monate und bei noch nicht einen vollen Monat alten Kindern nur die Zahl der erlebten Tage angegeben wird.

d) Stirbt ein Reichs-Ausländer, so ist die Vorschrift in der B. Herzogl. Staatsministeriums vom 22. Juli 1892 (G. u. B. S. Nr. 38 S. 421) zu beachten: immer ist eine ordnungsmäßig ausgefertigte Sterbeurkunde dem Amtsgerichte einzusenden; besteht aber mit dem Staate, welchem der Verstorbene angehörte, ein Staatsvertrag über die Nachlaß-

behandlung,\* so ist eine solche Sterbeurkunde außerdem auch dem betreffenden Konsul zu übermitteln. Nach einer besonderen Verfügung Herzogl. Staatsministeriums hat letzteres auch zu geschehen, wenn es sich um einen Dänischen oder Schwedisch-Norwegischen Staatsangehörigen handelt. —

5. Der Standesbeamte hat neben der Führung der Personenstands-Register ohne weitere Aufforderung folgende regelmäßige und stets wiederkehrende Arbeiten zu liefern:

a) Dem Amtsgerichte und dem Gemeindewaisenrate ist jedesmal Anzeige davon zu machen, wenn bei dem Standesbeamten der Tod einer Person, die ein minderjähriges Kind hinterläßt, oder die Geburt eines ehelichen Kindes nach dem Tode des Vaters, oder die Geburt eines unehelichen Kindes oder die Auffindung eines Minderjährigen, dessen Familienstand nicht zu ermitteln ist, angezeigt oder vor ihm von einer Frau, die ein minderjähriges eheliches Kind hat, eine Ehe geschlossen wird. (§ 48 des Gesetzes über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit, R. G. Bl. 1898 S. 779 und § II der B. Herzogl. Staatsministeriums vom 13. Oktober 1899, G. u. B. S. Nr. 88 S. 842.)

b) Nach Ablauf jeden Kalender-Vierteljahres, und zwar in den ersten zehn Tagen jedes der Monate Januar, April, Juli und Oktober, sind behufs Erhebung der Erbschaftsteuer die vorgeschriebenen Totenlisten bezüglich des vorausgegangenen Vierteljahres nach dem vorschriftsmäßigen Formulare aufzustellen und bei der Zoll- und Steuer-Direktion in Braunschweig einzureichen. (Im Falle des Todes von kinderlos und ohne Testament verstorbenen Witvern und Wittwen bedarf es nur der Angabe der Blutsverwandten der verstorbenen Person selbst, nicht auch derjenigen des früher verstorbenen Ehegatten.) Ist im Laufe des Vierteljahres ein Todesfall nicht vorgekommen, so ist doch binnen gleicher Frist „Fehl-Anzeige“ nach Formular zu erstatten.

c) Nach Ablauf jeden Kalender-Vierteljahres, und zwar spätestens bis zum Schlusse jedes der Monate Januar, April, Juli und Oktober, sind zu bevölkerungsstatistischen Zwecken die vorgeschriebenen Zählkarten über die im abgelaufenen Vierteljahre vorgekommenen Geburten, Eheschließungen und Todesfälle an das statistische Bureau zu Braunschweig einzusenden; zutreffendenfalls „Fehl-Anzeigen“. — Greignet es sich, daß jemand an den Pocken (Blattern) stirbt, so ist außerdem eine bezügliche Zählkarte binnen längstens zwei Tagen nach Anmeldung solchen Sterbefalles dem Physikus zu übersenden.

d) Halbjährlich und zwar in der ersten Woche der Monate März und September, hat der Standesbeamte dem Gemeindevorsteher ein Verzeichnis der schulpflichtig werdenden Kinder d. h. aller

\* Solche Nachlaßbehandlungs-Verträge bestehen z. B. mit Italien (R. G. Bl. 1869 S. 113 Art. 11), Spanien (R. G. Bl. 1870 S. 99 Art. 11), den Vereinigten Staaten von Amerika (R. G. Bl. 1872 S. 95 Art. 10), Rußland (R. G. Bl. 1875 S. 136). Im Zweifel ist die Kreisdirektion um nähere Auskunft und Anweisung anzugehen, insbesondere auch darüber, ob und wo ein Konsulat des betreffenden Staates sitzt.

derjenigen in seinem Geburtsregister verzeichneten und noch lebenden Kinder einzureichen, welche vor dem nächsten 1. April bezw. 1. Oktober das fünfte Lebensjahr zurückgelegt haben. Zur Benutzung bei Aufstellung solchen Verzeichnisses wird beiliegendes Muster Nr. 36 empfohlen, welches in einzelnen Kreisen auf Kosten der Kreis-Kommunalkasse gedruckt und von der Kreisdirektion geliefert wird. Fehlt es an schulpflichtig werdenden Kindern, so ist vom Standesbeamten zu besagten Zeiten gleichwohl bezügliche Meldung zu machen.

Muster  
Nr. 36.

e) Gleichfalls halbjährlich, und zwar in der ersten Hälfte der Monate Januar und Juli, hat der Standesbeamte, wenn er nicht zugleich Gemeindevorsteher ist, nach dem von der Kreisdirektion zu beziehenden Formulare eine Liste der im vorangegangenen Halbjahre im strafbündigen Alter verstorbenen Personen aufzustellen und dem Gemeindevorsteher zu übergeben. („Strafmündig“ sind alle über 12 Jahre alten Menschen.) Sind dergleichen Personen im Laufe des betreffenden Halbjahrs nicht verstorben, so ist auch dieses zu melden.

f) In der ersten Hälfte des Monats Januar jeden Jahres hat der Standesbeamte die Geburtsliste zur Militär-Rekrutierungs-Stammmrolle aufzustellen, zum 15. Januar mit nachstehender Beglaubigungsformel abzuschließen:

„Die Richtigkeit und Vollständigkeit des vorstehenden Auszugs aus dem Geburts-Haupt-Register des Standesamts zu . . . . . bescheinigt.

. . . . ., den 15. Januar . . . . .

Der Standesbeamte

(Stempel)

(Unterschrift)“

und an demselben Tage dem Gemeindevorsteher einzureichen. In diese Liste sind sämtliche männliche Geburtsfälle des um 17 Jahre zurückliegenden Kalenderjahres aufzunehmen, so daß z. B. zum 15. Januar 1907 der Jahrgang 1890 des Geburtsregisters auszuziehen ist. Umfaßt der Standesamtsbezirk mehrere Gemeindebezirke, so ist für jeden Gemeindevorsteher solcher Gemeinden eine besondere Geburtsliste anzufertigen. Das Formular zur Geburtsliste geht dem Standesbeamten jährlich von der Kreisdirektion zu.

g) Gleichfalls im Laufe des Monats Januar jeden Jahres hat der Standesbeamte einen Auszug aus dem Sterberegister des Vorjahres, enthaltend die Namen pp. der im Vorjahre vor Vollendung des 25. Lebensjahres verstorbenen männlichen Personen, aufzustellen und der Kreisdirektion behufs Benutzung bei Richtigstellung der Militär-Aushebungslisten einzureichen. Das Formular hierzu liefert die Kreisdirektion. Sind derartige Personen im Vorjahre nicht verstorben, so ist dies zu melden und zwar unter Verwendung eines Titelbogens zum Sterbe-Register-Auszuge.

h) Gleichfalls im Laufe des Monats Januar jeden Jahres hat der Standesbeamte behufs der Pödenimpfung eine Nachweisung aufzustellen und dem Gemeindevorsteher einzureichen über die im Vorjahre in den einzelnen Gemeinden geborenen und noch am Leben befindlichen, sowie

diejenigen im Vorjahre verstorbenen Kinder, welche sich in seinem Geburtsregister nicht verzeichnet finden.

i) Von jeder vorkommenden Legitimierung eines unehelichen Kindes durch nachfolgende Ehe der Eltern hat der Standesbeamte ungekündigt dem Kirchenbuchführer (Geistlichen) des Geburtsorts des Kindes kostenfrei Mitteilung zu machen; besteht der Geburtsort aus mehreren Pfarrbezirken, so ist die Mitteilung an den Superintendenten zu richten.

k) Wird die Geburt eines Kindes angemeldet, welches nach Maßgabe des Religionsbekenntnisses des Vaters (im Falle unehelicher Geburt: der Mutter) dem Dissidententum e d. h. keiner der anerkannten Religionsgemeinschaften angehört, so hat der Standesbeamte davon, sobald die Vornamen des Kindes feststehen, mit Angabe dieser dem Amtsgerichte behufs Eintragung des Kindes in das Dissidentenregister kostenfreie Anzeige zu machen.

l) Die vorschriftsmäßig „abgeschlossenen“ Jahrgänge der standesamtlichen Nebenregister sind halbtunlichst (in der ersten Hälfte des Monats Januar) an die Kreisdirektion zur Prüfung pp. einzusenden.

## § 57.

### Staatsangehörigkeit. Auswanderung.

1. Die die Reichs- und Staatsangehörigkeit betreffenden Verhältnisse sind für den Gemeindevorsteher namentlich insofern von Bedeutung, weil er bei vorkommenden Reichstagswahlen nur Reichsangehörige, bei vorkommenden Gemeinderats- und Gemeindevorsteherwahlen im allgemeinen nur Braunschweigische Staatsangehörige in die betreffenden Wählerlisten aufnehmen darf.

Das Gesetz über die Erwerbung und den Verlust der Bundes- (jetzt Reichs-) und Staatsangehörigkeit vom 1. Juni 1870 (R. G. Bl. Nr. 510 S. 355) mit einer Ergänzung in Artikel 41 des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuche vom 18. August 1896 (R. G. Bl. Nr. 2322 S. 615) bestimmt das Nähere. Die Reichsangehörigkeit ist durch Staatsangehörigkeit in einem der deutschen Bundesstaaten bedingt (§ 1). Die Staatsangehörigkeit wird nie durch bloßen Aufenthalt, sondern nur durch Abstammung, Legitimation, Verheiratung oder ausdrückliche Verleihung mittelst Aufnahme oder Naturalisation (im Herzogtum Braunschweig seitens der Kreisdirektion) erworben (§§ 2—12) und geht verloren durch Entlassung, Aberkennung, zehnjährigen Aufenthalt im Auslande,\* bei unehelichen Kindern durch Legitimation, bei Frauenzimmern durch Verheiratung (§§ 13—21).

\* Nach dem mit den Vereinigten Staaten von Amerika abgeschlossenen Staatsvertrage vom 22. Februar 1868 (R. G. Bl. Nr. 103 S. 228) verlieren Deutsche, welche sich in Amerika naturalisieren lassen, die Deutsche Reichs- und Staatsangehörigkeit schon nach fünfmonatigem Aufenthalte in Amerika



Die Fragen der Reichs- und Staatsangehörigkeit sind häufig verwickelt. Der Gemeindevorsteher wird gut tun, sich darüber vorkommendenfalls Rat bei der Kreisdirektion zu holen. Seine Äußerung wird von dieser verlangt, wenn es sich um die Naturalisation eines Reichsausländers handelt (§ 8).

Anträge auf Erteilung der Braunschweigischen Staatsangehörigkeit sind durch Vermittelung des Gemeindevorstehers an die Kreisdirektion zu richten; mit denselben ist ein urkundlicher Ausweis über die Persönlichkeit des Antragstellers (Geburtschein, Militärpaß oder dergl.) und über dessen bisherige Staatsangehörigkeit beizubringen. Ist Antragsteller verheiratet, so sind auch die Namen der Ehefrau nachzuweisen, sowie auch die Namen und die Geburtstage etwa vorhandener minderjähriger Kinder. Bei Einsendung des Antrages an die Kreisdirektion hat sich der Gemeindevorsteher darüber zu äußern, ob dem Antrage Bedenken entgegenstehen (§ 7).

Wird die Aufnahme in die Braunschweigische Staatsangehörigkeit oder die beantragte Entlassung aus derselben von der Kreisdirektion verweigert, so findet dieserhalb Klage beim Verwaltungsgerichtshofe statt (§ 65 des Gesetzes über die Verwaltungsrechtspflege vom 5. März 1895 — G. u. B. S. Nr. 26 S. 106).

Zum Nachweise der Deutschen Reichs- und Staatsangehörigkeit im Reichslande dienen sog. Heimatscheine, welche auf Antrag von der Kreisdirektion auf eine bestimmte Reihe von Jahren, höchstens fünf Jahre gültig, ausgestellt und nach Ablauf erneuert werden. Solche oder anderweite „Heimatscheine“ auszustellen, ist der Gemeindevorsteher nicht berechtigt.

Zur Benutzung innerhalb des Reichsgebietes dienen die — gleichfalls von der Kreisdirektion auszustellenden — „Staatsangehörigkeits-Ausweise“.

2. Die Auswanderung d. h. die dauernde Verlegung des Wohnsitzes in das Reichsland steht an sich jedermann frei. Will der Auswandernde auch im Auslande die Reichs- und Staatsangehörigkeit behalten, so tut er gut, sich vor der Abreise bei der Kreisdirektion einen Reisepaß\* und einen Heimatschein ausstellen zu lassen; will er dagegen die bisherige Staatsangehörigkeit und die Reichsangehörigkeit aufgeben, so muß er bei der Kreisdirektion seine „Entlassung“ beantragen, welche ihm nur aus den in § 15 des Reichsgesetzes (R. G. Bl. 1870 S. 357) angeführten, aus der Militärdienstpflicht herrührenden Gründen versagt werden kann. Reserve-, land- und seewehrpflichtigen Mannschaften darf in der Zeit, in welcher sie nicht zum aktiven Dienste einberufen sind, die Erlaubnis

---

und ebenso umgekehrt. — Läßt sich ein Deutscher im Auslande in die Matrikel eines kaiserl. Deutschen Konsuls eintragen, so schützt ihn dies vor dem Verluste der Reichs- und Staatsangehörigkeit.

\* Die in der G. u. B. S. 1846 Nr. 10 S. 63 veröffentlichten Bekanntmachung Herzogl. Staatsministeriums, die Erteilung von Pässen behufs der Auswanderung nach Amerika betr., hat keine Gültigkeit mehr.

zur Auswanderung nicht verweigert werden: § 15 Abs. 3 des Reichsgesetzes, betr. die Verpflichtung zum Kriegsdienste, vom 9. November 1867 (R. G. Bl. Nr. 22 S. 135). Wegen verweigerter Entlassung findet die Klage beim Verwaltungsgerichtshofe statt.

In Berlin W. Schellingstr. 4 gibt es eine unter Reichsaufsicht stehende „Central-Ausfunftsstelle für Auswanderer“, welche auswanderungslustigen Personen über in Aussicht genommene Auswanderungsziele unentgeltlich Auskunft erteilt.

Nicht selten kommt der Fall vor, daß junge Leute, namentlich solche, welche in ihrer Laufbahn Schiffbruch gelitten haben, in die holländische Kolonialarmee einzutreten wünschen, sich für diese anwerben lassen und nun um Ausweis-papiere in die Heimat schreiben. Hierzu bedienen sie sich vielfach der Vermittelung von Werbeagenten, und derartige Personen haben die in Besitz erhaltenen Papiere in betrügerischer Weise oft dazu benutzt, um anderen mit genügenden Ausweisen nicht versehenen jungen Leuten unter falschem Namen den Eintritt in die Niederländische Kolonialarmee zu ermöglichen. Um einem derartigen ungesetzlichen Treiben entgegenzuwirken, ist im Verwaltungswege angeordnet, daß der Gemeindevorsteher, wenn an ihn Gesuche um Ausstellung von Ausweis-papieren aus den Niederlanden oder Belgien eingehen, solche Gesuche zur weiteren Verfügung der Kreisdirektion einsenden soll.

## § 38.

### Militär-Angelegenheiten.

#### A. Heeres-Ersatz.

Die grundlegenden Reichsgesetze über das Deutsche Heer und die Wehrpflicht der Deutschen sind: das Reichsgesetz über die Verpflichtung zum Kriegsdienste vom 9. November 1867 (R. G. Bl. Nr. 22 S. 131) und das Reichs-Militär-gesetz vom 2. Mai 1874 (R. G. Bl. Nr. 1002 S. 45) mit den dieselben ergänzenden und abändernden Gesetzen vom

15. Februar	1875	(R. G. Bl. Nr. 1049 S. 65),
6. Mai	1880	( „ „ „ „ 1373 „ 103),
31. März	1885	( „ „ „ „ 1595 „ 81),
11. März	1887	( „ „ „ „ 1703 „ 117),
11. Februar	1888	( „ „ „ „ 1767 „ 11),
27. Januar	1890	( „ „ „ „ 1883 „ 7),
8. Februar	1890	( „ „ „ „ 1887 „ 23),
15. Juli	1890	( „ „ „ „ 1912 „ 140),
26. Mai	1893	( „ „ „ „ 2103 „ 185),
3. August	1893	( „ „ „ „ 2121 „ 233),
28. Juni	1896	( „ „ „ „ 2313 „ 179),
25. März	1899	( „ „ „ „ 2560 „ 213),

25. März 1899 (R. G. Bl. Nr. 2561 S. 215) und

22. Februar 1904 („ „ „ „ 3018 „ 65).\*

Landesrechtliche Ausführungsvorschriften dazu enthalten:

- a) die B., die Militär-Ersatz-Instruktion für den Norddeutschen Bund betr., vom 9. April 1868 (G. u. B. S. Nr. 32 S. 77);
- b) die B., die Anlegung und Führung der Militär-Stammrollen betr., vom 13. Januar 1869 (G. u. B. S. Nr. 6 S. 37);
- c) die B., die Mitwirkung der Polizei- und Gemeindebehörden bei Ausübung der militärischen Kontrolle betr., vom 7. Oktober 1885 (G. u. B. S. Nr. 34 S. 183);
- d) die B., Ausführung des Reichs-Militärgesetzes betr., vom 24. Oktober 1888 (G. u. B. S. Nr. 52 S. 293);
- e) die B., die Einführung von Geburtszeugnissen in abgekürzter Form für Angelegenheiten des Heeresersatzes betr., vom 8. Oktober 1892 (G. u. B. S. Nr. 47 S. 467) und
- f) die B., das Militär-Ersatzwesen im Herzogtume betr., vom 23. Dezember 1895 (G. u. B. S. Nr. 63 S. 399).

Was der Gemeindevorsteher zur Ausführung dieser Bestimmungen amtlich wahrzunehmen hat, besteht hauptsächlich in folgendem:

1. Führung der Rekrutierungsstammrollen. Wie an anderer Stelle erörtert ist, haben die Standesbeamten jährlich in der ersten Hälfte des Monats Januar dem Gemeindevorsteher die Geburtslisten zur Stammrolle einzureichen (vergl. § 36 Nr. 5 f S. 200); ferner ist jeder Wehrpflichtige verbunden, sich nach Beginn der Militärpflicht (also erstmalig in dem Jahre, in welchem er das 20. Lebensjahr vollendet) zur Aufnahme in die Stammrolle beim Gemeindevorsteher anzumelden; endlich hat der Gemeindevorsteher auch von Amts wegen zu ermitteln, ob etwa noch weitere Meldepflichtige in seiner Gemeinde vorhanden sind. Auf Grund des auf diese Weise erlangten Materials hat der Gemeindevorsteher die Stammrollen unter Aufsicht der Kreisdirektion zu führen. Dieselben werden nach vorgeschriebenem Muster \*\* jahrgangsweise so angelegt, daß die Militärpflichtigen darin in alphabetischer Reihenfolge eingetragen werden. In der ersten Hälfte des Monats Januar jeden Jahres hat der Gemeindevorsteher durch eine in seiner Gemeinde in ortsüblicher Weise zu erlassende Bekanntmachung zur Anmeldung zur Stammrolle öffentlich aufzufordern und zum 15. Februar jeden Jahres hat er die Stammrollen des laufenden Jahres und der beiden Vorjahre der Kreisdirektion einzureichen und bei-

\* Eine Zusammenfassung aller dieser reichsgesetzlichen Bestimmungen und nähere Ausführungs-Vorschriften enthält die „Deutsche Wehrrordnung“, welche vom Kaiser unterm 22. November 1888 erlassen, in der Gesetz-Sammlung nicht veröffentlicht, aber in der Königl. Hofbuchhandlung von C. S. Mittler & Sohn in Berlin erschienen und im Buchhandel zu haben ist. Der neueste Abdruck der Wehrrordnung ist vom Jahre 1904.

\*\* Das Formular geht dem Vorsteher durch die Kreisdirektion zu. Das Formular, welches der B. Herzogl. Staatsministeriums vom 13. Januar 1869 beilegt (G. u. B. S. Nr. 6 S. 43) ist inzwischen durch dasjenige ersetzt, welches hinter der „Deutschen Wehrrordnung“ abgedruckt ist.

zufügen: die Geburtsregister-Auszüge, welche die in die Stammrolle des laufenden Jahres aufgenommenen Militärpflichtigen enthalten, die Lösungsscheine der Militärpflichtigen älterer Jahrgänge und die bei ihm etwa eingegangenen Sterbe-Register-Auszüge betreffs Militärpflichtiger. Die Streichung eines Namens in der Rekrutierungs-Stammrolle darf nur mit Genehmigung des Zivilvorsitzenden der Ersatz-Kommission (Kreisdirektors) stattfinden. Die Stammrollen und zugehörigen Beläge sind unter sicherm Verschluss aufzubewahren und bei eintretender Gefahr schleunigst in Sicherheit zu bringen.

2. Junge Leute, welche die nötige moralische und körperliche Befähigung haben, können schon vom vollendeten 17. Lebensjahre an freiwillig in das Heer eintreten, und steht ihnen, wenn sie sich hierzu entschließen, die Wahl des Truppenteils, bei welchem sie dienen wollen, frei. Sie bedürfen aber dazu eines vom Zivilvorsitzenden der Ersatz-Kommission (Kreisdirektor) auszustellenden „Meldescheines zum freiwilligen Eintritt“ und haben behufs Ausfertigung eines solchen beizubringen: die Einwilligung ihres Vaters oder Vormundes und eine obrigkeitliche Bescheinigung, welche ihnen der Gemeindevorsteher ihres Aufenthaltsorts nach Muster Nr. 68 stempelfrei auszustellen hat. Ob er diese Bescheinigung nach Lage der Sache unbedenklich ausstellen kann, hat der Gemeindevorsteher zuvor gewissenhaft zu prüfen. Ist der betreffende junge Mann gerichtlich bestraft, so ist das nicht zu verschweigen, sondern in der Bescheinigung zum Ausdruck zu bringen, und zwar sind sämtliche Verurteilungen in Betracht zu ziehen, auch wenn Aussetzung der Strafvollstreckung und demnächst Begnadigung eingetreten ist.

Muster  
Nr. 68.

Die gleichen Bestimmungen gelten auch beim freiwilligen Eintritt in eine Unteroffizierschule, wozu die Meldung beim Bezirkskommandeur des Aufenthaltsortes oder unmittelbar beim Kommando der Schule zu erfolgen hat. (Vergleiche unten am Schlusse dieses Paragraphen S. 216).

3. Junge Leute, welche die Berechtigung zum einjährig-freiwilligen Militärdienste besitzen, müssen bei der Meldung zum Dienst Eintritt ein obrigkeitliches Zeugnis über ihre sittliche Führung seit Erteilung der Berechtigung vorzeigen, wenn sie nicht etwa direkt von einer Lehranstalt in den Militärdienst übergehen. Der Gemeindevorsteher hat vorkommendenfalls auch ein solches Zeugnis nach Muster Nr. 68 stempelfrei auszustellen.

Muster  
Nr. 68.

3. Zurückstellung in Berücksichtigung bürgerlicher Verhältnisse finden auf Ansuchen (Reklamation) der Militärpflichtigen oder deren Angehörigen statt; wird der Zurückstellungsgrund auch im dritten Militärpflichtjahre des Betreffenden von der verstärkten Ober-Ersatz-Kommission als triftig anerkannt, so wird der Militärpflichtige der Ersatzreserve überwiesen. Das Nähere hierüber findet sich in §§ 19—22 des Reichs-Militär-Gesetzes (R. G. Bl. 1874 S. 50) und in §§ 32, 33 u. 40, 2 a der Deutschen Wehrordnung. Die einschlagenden Verhältnisse werden von den Ersatz-Kommissionen eingehend geprüft, und pflegt dabei auch der Gemeindevorsteher vernommen zu werden; seine Pflicht ist es, hierbei



gewissenhaft zu Werke zu gehen und ohne Günst oder Haß die reine Wahrheit ans Licht zu bringen. Wird jemand auf diesem Wege von der Einreihung ins stehende Heer befreit, so wird statt seiner ein anderer eingestellt, welcher sonst wegen hoher Losnummer als „Überzähliger“ befreit geblieben wäre.

Ähnlich verhält es sich mit der Entlassung im aktiven Dienst befindlicher Mannschaften zur Disposition der Ersatzbehörden (§§ 53—55 des Reichs-Militär-Gesetzes — R. G. Bl. 1874 S. 60 — und § 83 der Deutschen Wehrordnung) und mit der Zurückstellung von Personen des Beurlaubtenstandes (§§ 64 u. 65 des Reichs-Militär-Gesetzes — R. G. Bl. 1874 S. 62 — und §§ 118, 122 bis 124 der Deutschen Wehrordnung).

4. Nach § 70 des Reichs-Militär-Gesetzes (R. G. Bl. 1874 S. 64) und §§ 105 und 106 der Deutschen Wehrordnung sind die Gemeindevorsteher verpflichtet, die Ersatz- und Landwehrbehörden bei der Kontrolle der Militärverhältnisse und allen damit im Zusammenhange stehenden Dingen zu unterstützen und insbesondere dasjenige wahrzunehmen, was in der B. Herzogl. Staatsministeriums vom 7. Oktober 1885 (G. u. B. S. Nr. 34 S. 183) und deren Anlage zusammenge stellt ist. Eine etwas abgeänderte Fassung dieser Anlage („Anweisung“) ist in der deutschen Wehrordnung abgedruckt, welche insbesondere auch berücksichtigt, daß seit Erlass des Reichsgesetzes über Änderungen der Wehrpflicht vom 11. Februar 1888 (R. G. Bl. Nr. 1767 S. 11) die Kontrolle sich nicht nur bis zum vollendeten 42., sondern bis zum vollendeten 45. Lebensjahre zu erstrecken hat. Sobald ein Mann des Beurlaubtenstandes — Reservist, Landwehrmann, Ersatzreservist — oder ein Militärpflichtiger in der Gemeinde anzieht, hat der Gemeindevorsteher die Militärpapiere desselben zu prüfen und, falls die vorgeschriebenen militärischen Meldungen nicht erfolgt sind, den Militärpaß an das Hauptmeldeamt I Braunschweig, den Lösungsschein an die Kreisdirektion einzusenden.

## B. Marschgebührennisse.

Rekruten, Reservisten usw., welche im Frieden zum Dienste einberufen werden, haben Anspruch auf „Marschgebührennisse“ („Meilengelder“), welche gegen Vorzeigung des Gestellungsbefehls und persönliche Quittungsberteilung vorstufweise aus der Gemeindefasse zu zahlen sind. Das Nähere darüber findet sich in dem „Auszuge aus der Dienstvorschrift über Marschgebührennisse“ vom 22. Februar 1887, welcher sämtlichen Gemeinden von der Kreisdirektion zugefertigt und im Buchhandel (Verlag von Mittler & Sohn in Berlin) zu haben ist. Der Betrag der Marschgebühr ist aus der den Gemeinden gleichfalls zugestellten „Marschgeldertabelle“ zu entnehmen, wenn der Gestellungsbefehl auf den Sitz des Bezirkskommandos lautet, sonst aus dem Gestellungsbefehle selbst. Das Formular für die „Nachweisungen“ liefert die Kreisdirektion. Diese vermittelt auch die Rückerstattung des Vorgeschoffenen. Die Nachweisungen sind der-

selben vierteljährlich und zwar bis zum 15. des ersten Monats nach Vierteljahrschluß einzureichen.

### C. Unterstützung der Familien Einberufener.

I. Nach dem Reichsgesetze, betr. die Unterstützung von Familien in den Dienst eingetretener Mannschaften, vom 28. Februar 1888 (R. G. Bl. Nr. 1771 S. 59) erhalten die Familien der Mannschaften der Reserve, Landwehr, Ersatzreserve, Seewehr und des Landsturms, sobald diese Mannschaften bei Mobilmachungen oder notwendigen Verstärkungen des Heeres oder der Flotte in den Dienst eintreten, im Falle der Bedürftigkeit Unterstützungen aus Kreismitteln. Nähere Ausführungsvorschriften sind zu diesem Gesetze nicht ergangen. Da dasselbe nur im Falle einer Mobilmachung in Kraft tritt und, wenn diese erfolgt, vom Kreisausschusse weitere Verfügung ergehen wird, so hat der Gemeindevorsteher solche Verfügung abzuwarten.

II. Nach dem Reichsgesetze, betr. die Unterstützung von Familien der zu Friedensübungen einberufenen Mannschaften, vom 10. Mai 1892 (R. G. Bl. Nr. 2032 S. 661) und den dazu vom Bundesrate erlassenen Ausführungsvorschriften vom 2. Juni 1892 (R. G. Bl. Nr. 2037 S. 663), ergänzt durch die Bekanntmachungen vom 12. Dezember 1898 (R. G. Bl. Nr. 2534 S. 1305) und 15. November 1902 (R. G. Bl. Nr. 2903 S. 278), erhalten die Familien der aus der Reserve, Landwehr oder Seewehr zu Friedensübungen und der aus der Ersatzreserve zur zweiten und dritten Übung einberufenen Mannschaften auf Verlangen Unterstützungen aus Reichsmitteln. Da es sich hierbei um Friedensübungen handelt, die im gewöhnlichen Laufe der Dinge regelmäßig vorkommen, und da der Gemeindevorsteher bei der Ausführung mehrfach mitzuwirken hat, so hat er sich mit diesen Bestimmungen genau vertraut zu machen und bei deren Handhabung folgende Punkte zu beachten:

1. Ist der Einberufene ein Reichs-, Staats- oder Gemeindebeamter, welchem sein Dienst Einkommen auch während der Militärdienstzeit weiter gezahlt wird, so fällt der Unterstützungsanspruch fort. Wenn in jener Beziehung ein Zweifel obwaltet, ist eine amtliche Bescheinigung darüber beizubringen, daß die Zahlung des Dienst Einkommens in der Zeit der Einberufung eingestellt gewesen ist. Es ist daher bei Angabe der Zivilstellung z. B. Hülfschaffner, Postillon, Posthülfsbote, Streckenarbeiter, Bahnarbeiter, Wegewärter, Hüttenarbeiter, Waldarbeiter, Aufseher, Schreiber, Buchhalter, Techniker usw. der Vermerk hinzuzufügen: „hat sein Dienst Einkommen nicht fortbezogen“ oder „nicht Beamter“.
2. Nach § 1 Abs. 3 des Gesetzes ist der Anspruch auf Unterstützung spätestens und bei Verlust des Anspruchs binnen 4 Wochen nach Beendigung der Übung bei dem Gemeindevorsteher desjenigen Orts anzubringen, an welchem der Unterstützungs berechtigte zur Zeit des Beginnes des Unterstützungsanspruchs seinen gewöhnlichen Aufenthalt d. h. sein Unterkommen (Wohnung, Schlafstelle pp.) hat, auch

- wenn er außerhalb dieses Orts beschäftigt ist. Unterstützungsberechtigt ist nicht der zur Übung Einberufene, sondern dessen Familie. Nach dem Aufenthaltsorte der Familie bestimmt sich daher die Zuständigkeit des zur Entgegennahme der Anmeldung des Unterstützungsanspruches berufenen Gemeindevorstehers, ebenso wie die Zuständigkeit des Lieferungs-Verbandes, welcher die Unterstützungen zur Zahlung anzuweisen hat. Indessen ist auch der Aufenthaltsort des Einberufenen selbst von Bedeutung insofern, als der dort ortsübliche Tagelohn die Grundlage für die Bemessung der den Familien-Angehörigen zu gewährenden Unterstützungsbeträge bildet.
3. In der weitaus überwiegenden Zahl der Fälle wird die Familie den Aufenthaltsort des Einberufenen teilen; dann hat der Gemeindevorsteher, welcher die Anmeldung des Anspruches entgegennimmt, bei der ihm obliegenden Ausfüllung des Kopfes in einem Formular nach Muster A (R. G. Bl. 1898 S. 1307) lediglich den für den eigenen Ort von der Kreisdirektion festgesetzten ortsüblichen Tagelohnsatz einzutragen. Weniger leicht wird seine Aufgabe, wenn der Einberufene außerhalb des Aufenthaltsortes seiner Familie sich befindet. Der Gemeindevorsteher wird alsdann in der je nach Lage der Verhältnisse zunächst gegebenen Weise sich zuverlässige Kenntnis von dem am Aufenthaltsorte des Einberufenen geltenden Tagelohnsatz zu verschaffen haben. Nötigenfalls ist die Feststellung im Wege schriftlicher Anfrage bei der Behörde des Aufenthaltsortes des Einberufenen zu bewirken, oder auch die Eintragung des ortsüblichen Tagelohnsatzes der Kreisdirektion zu überlassen und also in den Empfangs-Bescheinigungs-Formularen die Rubrik mit der Überschrift: „Ortsüblicher Tagelohn daselbst“ unausgefüllt zu lassen.
  4. Die Tatsache der Einberufung ist gelegentlich der Anmeldung des Anspruches durch Vorlegung des von dem Bezirks-Kommando ausgefertigten Gestellungs-Befehls nachzuweisen. Wird der Anspruch erst nach beendeter Übung angemeldet, so hat der Militär-Paß als Nachweis zu dienen, aus welchem die Einberufung ersichtlich ist.
  5. Die Ausfüllung der Spalten 1, 2 und 3 der Empfangsbescheinigung nach dem Muster A hat der Gemeindevorsteher nach der ihm innewohnenden Kenntnis der Verhältnisse des Einberufenen oder auf Grund besonderer Ermittlungen zu bewirken. Es ist hierbei zu beachten, daß bei verheirateten Frauen der Vor- und Geburtsname und bei wiederverheirateten Wittwen oder geschiedenen Ehefrauen auch der Name des verstorbenen oder geschiedenen Ehemannes (z. B. Helene geb. Meyer, verwitwet — verehelicht — gewesene Müller), bei Kindern des Einberufenen der Geburtstag und das Geburtsjahr anzugeben ist; letzteres um deswillen, weil das Gesetz nur den Kindern unter 15 Jahren einen unbedingten Anspruch auf Unterstützung beilegt; Kinder über 15 Jahre, sowie Verwandte in aufsteigender Linie und Geschwister des Einberufenen sind nur dann berechtigt, wenn sie von demselben vor dem Dienstantritt schon unterhalten wurden, oder wenn ein Unterhaltungsbedürfnis nach

erfolgt dem Dienstantritt entsteht. Diese Tatsache ist vom Gemeindevorsteher in der von ihm unterhalb der Formular-Spalten einzutragenden Bescheinigung ausdrücklich zu vermerken. Wird für Verwandte der Ehefrau — insoweit das Gesetz dies zuläßt — Unterstützung beantragt, so kann zur Darlegung der Verhältnisse, welche zur Begründung dieses Antrages geltend gemacht sind, die Rückseite des Formulars verwendet werden, falls der für die Bescheinigung auf der Vorderseite vorgesehene Raum dazu nicht ausreicht. — Von dem Anspruche auf Unterstützung sind ausgeschlossen: Stief- bzw. Pflegekinder, sofern dieselben nicht aus einer früheren Ehe der Frau herkommen oder den ehelichen Kindern des Einberufenen gleichgestellt sind; ferner Stiefeltern, Schwäger, Schwägerinnen, Kousinen, Onkel, Tanten, Neffen, Nichten, Enkel und uneheliche Kinder.

6. Wenn die Übung einen kürzeren Zeitraum, als einen Halbmonat in Anspruch nimmt, so ist im Sinne des Gesetzes nur für die wirkliche Übungsdauer, einschließlich der Marschstage, Unterstützung zu bewilligen.
7. Nachdem der Gemeindevorsteher den Kopf und die Spalten 1—3 der „Empfangs-Bescheinigung“ ausgefüllt und die darunter zu setzende Bescheinigung vorschriftsmäßig vollzogen hat, wobei darauf zu achten ist, daß die Anmeldung des Unterstützungsanspruchs nicht früher datiert ist, als die Bescheinigung selbst, sendet er jene an die Kreisdirektion zur Prüfung und Zahlungsanweisung ein.
8. Die angewiesenen Unterstützungsbeträge sind vorschußweise aus der Gemeindefasse zu zahlen. Zu diesem Zwecke werden die „Empfangs-Bescheinigungen“ nach Bewerkstelligung der dem Lieferungsverbande obliegenden Eintragungen von der Kreisdirektion wieder dem Gemeindevorsteher übermittlelt, welcher sie nach Auszahlung der angewiesenen Beträge und mit der quittierenden Unterschrift der Empfänger an die Kreisdirektion zurückzusenden hat. Diese besorgt sodann das Weitere wegen Rückerstattung des Vorgeschoffenen an die Gemeindefasse.
9. Die Unterstützungsanträge erfordern nach der Natur der Sache eine möglichst schleunige Erledigung. Der Gemeindevorsteher hat sich diese seinerseits angelegen sein zu lassen, die beteiligten Personen zu veranlassen, daß sie ihre Ansprüche sofort nach Beendigung der Übung geltend machen, und eine größere Anzahl von Formularen nach Muster A stets bereit zu halten und im Falle des Bedarfs bei der Kreisdirektion anzufordern.

## D. Naturalleistungen für die bewaffnete Macht.

### I. Im Frieden.

1. Über militärische Quartierleistung handelt das R. G., betr. die Quartierleistung für die bewaffnete Macht während des Friedenszustandes, vom 25. Juni 1868 (R. G. Bl.

Nr. 201 S. 523) mit den Abänderungen vom 6. Juli 1904 (R. G. Bl. Nr. 3060 S. 272) und die dazu erlassene Ausführungs-Instruction vom 31. Dezember 1868 (R. G. Bl. 1869 Nr. 216 S. 1) mit den Abänderungen vom

3. September 1870 (R. G. Bl. Nr. 559 S. 514) und  
29. Januar 1885 („ „ „ „ 1582 „ 9).

Das Verfahren in Quartierangelegenheiten verläuft hiernach in folgender Weise: Wird einer Gemeinde von der Kreisdirection Einquartierung angekündigt oder weist ein Truppenteil eine bezügliche „Marschrouten“ vor, so hat der Gemeindevorsteher dafür zu sorgen, daß das erforderliche Quartier gehörig und rechtzeitig bereit gehalten wird, und deshalb baldmöglichst nach denjenigen Grundsätzen, welche dieserhalb vom Gemeinderate zuvor aufgestellt sein müssen,\* die Verteilung der Quartierlast auf die einzelnen Pflichtigen vorzunehmen und denselben das Nähere mitzuteilen, auch die entsprechenden Quartierbillets nach anliegendem Muster Nr. 69 auszufertigen und für die Truppen bereit zu halten. Die Befriedigung der einzelnen Quartiergeber ist Sache der Gemeinde; gegen widerpenstige Quartiergeber hat der Gemeindevorsteher die ihm zustehenden Zwangsmittel anzuwenden, nötigenfalls auf deren Kosten Quartiere zu beschaffen und sie behufs Bestrafung nach § 7<sub>2</sub> des R. Str. G. Bz. (G. u. B. S. 1899 S. 238) zur Anzeige zu bringen. Über die geschehene Quartierleistung empfängt der Gemeindevorsteher vom Kommando des einquartierten Truppenteils entweder vorschriftsmäßige Quartierbescheinigungen, welche er sorgfältig zu verwahren und alsbald an die Kreisdirection einzusenden hat; diese besorgt dann das Weitere; oder aber die Quartierentschädigung (Servis) wird direkt von der einquartierten Truppe an die Gemeindebehörde bezahlt und zwar entweder sogleich an Ort und Stelle oder aber nachträglich durch die Post. Soll letzteres geschehen, so behändigt der Truppenteil der Gemeindebehörde eine Bescheinigung, auf welcher mit roter Tinte angegeben ist, wohin und bis zu welchem Zeitpunkte die Bescheinigung zwecks Erstattung des Servis zu senden ist. Geschieht dies, so hat der Gemeindevorsteher diese Quartierbescheinigungen spätestens bis zu dem auf der Bescheinigung angegebenen Tage an die gleichfalls darauf angegebene Kassenverwaltung einzusenden. Geht demnächst die Quartierentschädigung (Servis) ein, so ist deren Betrag in der Gemeindefasse zu vereinnahmen, wenn die Entschädigung der Quartierwirte aus dieser bereits erfolgt ist, sonst aber den Quartierwirten aus-zuzahlen.

\* Die Einquartierungslast ruht nicht auf dem Grunde-besitze; es ist deshalb grundsätzlich nicht richtig, dieselbe nach dem Grund-steuertapitale zu verteilen; dieselbe ruht vielmehr auf allen benutzbaren und nicht gesetzlich befreiten Baulichkeiten (Quartiergesetz § 4), ist also zu ver-teilen nach der Größe der zweckdienlichen Baulichkeiten. Mit etwaigen Inquilinen (Mietern) hat sich der Eigentümer (Hausherr) auseinanderzusetzen; der Ge-meindevorsteher hat es regelmäßig nur mit dem Leptern zu tun. — Die Ge-meindefußhäuser sollen, damit Störungen des Unterrichts vermieden werden, tunlichst mit Einquartierung verschont bleiben.

Muster  
Nr. 69.

Ist den einquartierten Truppen Verpflegung (Marsch- oder Kantonnements-Verpflegung) zu gewähren gewesen, so wird diese von denselben in der Regel direkt bezahlt.

2. Von den sonstigen Leistungen handelt das R. G., betr. die Naturalleistungen für die bewaffnete Macht im Frieden, vom 24. Mai 1898 (R. G. Bl. Nr. 2489 S. 361), die dazu erlassenen Ausführungs-Verordnungen vom 13. Juli 1898 (R. G. Bl. Nr. 2499 S. 921) und vom 10. Juli 1904 (R. G. Bl. Nr. 3062 S. 301) und aus den landesrechtlichen Vorschriften: die B., Abschätzung pp. der bei Truppenübungen vorkommenden Flurschädigungen betr., vom 16. November 1868 (G. u. B. S. Nr. 83 S. 243) und die B., die zu gewährende Vorspann-Vergütung betr., vom 13. Juli 1875 (G. u. B. S. Nr. 64 S. 291).

Es handelt sich bei diesen sonstigen Leistungen um Vorspann, Naturalverpflegung, Furage, Schiffe und Fahrzeuge und um die Benutzung fruchttragender Grundstücke zu Truppenübungen. Über alle diese einzelnen Leistungen enthalten das Gesetz und die Instruktion eingehendere Bestimmungen bezüglich des Umfangs, in welchem sie gefordert werden können bezw. geleistet werden müssen, bezüglich der Vergütung, welche dafür zu gewähren ist und der Art und Weise, wie diese erfolgt.

Das Verfahren ist ziemlich dasselbe, wie es oben für die Quartierleistung angegeben worden. Auf die von der Kreisdirektion eingehende Benachrichtigung oder die ihm vorgelegte Marschrouten oder auch auf eine unmittelbare Requisition des betr. Truppenkommandos hat der Gemeindevorsteher für pünktliche und vorschriftsmäßige Lieferung des Angeforderten von Seiten derjenigen zu halten, auf welche er im Einzelfalle die Leistung nach den zuvor vom Gemeinderate gebilligten Grundsätzen verteilt hat. Damit die Gemeindefasse vor Schaden bewahrt bleibe, hat er genauestens darauf acht zu geben, daß seitens des betreffenden Truppenteils entweder die empfangene Leistung sogleich bezahlt wird (was bei der Naturalverpflegung die Regel bildet), oder daß ihm darüber vorschriftsmäßige Empfangsbescheinigungen ausgehändigt werden. Diese sind sodann behufs des weiteren alsbald der Kreisdirektion zu übermitteln. Wird Vorspann angefordert, so hat sich der Gemeindevorsteher besonders mit § 3 Abs. 4 des Naturalleistungsgesetzes v. 24. Mai 1898 bekannt zu machen, die Beschaffung möglichst frühzeitig in die Wege zu leiten und namentlich auch den kleineren Fuhrwerksbesitzern Gelegenheit zu geben, sich mit Angeboten zu beteiligen.

Finden auf der Feldmark Truppenübungen statt, so hat sich der Gemeindevorsteher zuvor mit den Vorschriften in § 11 des Naturalleistungsgesetzes (R. G. Bl. 1898 S. 361) genau bekannt zu machen und auf eine sachgemäße Anbringung von Warnungszeichen auf den besonders zu schonenden Ländereien hinzuwirken. Sind gleichwohl demnächst Flurschäden zu vergüten, so hat der Gemeindevorsteher gleich nach der Übung die Eingefessenen zur Anmeldung ihrer Entschädigungsforderungen aufzufordern und mit den eingehenden Anmeldungen weiter zu

verfahren, wie dies in der Anmerkung auf dem Formular zur „Nachweisung der festgestellten Entschädigungen“ (R. G. Bl. 1898 S. 969) näher angegeben ist.

Für die Beschädigung solcher Grundstücke, Anpflanzungen pp., welche nach § 11, des R. G. von jeder Benutzung zu Truppenübungszwecken ausgeschlossen sind, ist die betreffende Truppe ersatzpflichtig. Deshalb liegt es im Interesse des Geschädigten, möglichst an Ort und Stelle festzustellen, welcher Truppenteil den Schaden verursacht hat. Diese Fälle sind sofort den anwesenden Feld-Gendarmerie-Patrouillen zu melden. Kann der Truppenteil nicht ermittelt werden, so ist die geschädigte Ortschaft und der Zeitpunkt der Schädigung in der Liquidation genau zu bezeichnen, damit auf Grund dessen weitere Ermittlungen angestellt werden können.

Beschädigungen, welche nicht durch manövrierende Truppen sondern durch Zuschauer der Zivilbevölkerung entstanden oder durch Unterlassen rechtzeitiger Überntung verursacht sind, sowie Arbeiten und Aufwendungen, von denen die Beteiligten wissen mußten, daß sie durch die Truppenübung der nächsten Tage zerstört werden würden, begründen einen Schadensersatzanspruch nicht.

## II. Im Kriege.

Von dem Tage ab, an welchem die bewaffnete Macht mobil gemacht wird, tritt die Verpflichtung zu Leistungen für Kriegszwecke ein, welche in dem R. G. über die Kriegsleistungen vom 13. Juni 1873 (R. G. Bl. Nr. 931 S. 129) näher behandelt werden. Die dazu von Reich wegen erlassene Ausführungs-Verordnung vom 1. April 1876 (R. G. Bl. Nr. 1130 S. 137) ist ergänzt bzw. abgeändert unterm

- 18. April 1882 (R. G. Bl. Nr. 1468 S. 47),
- 6. Juni 1885 („ „ „ „ 1614 „ 197),
- 14. April 1888 („ „ „ „ 1796 „ 142) und
- 27. Juni 1890 („ „ „ „ 1903 „ 75).

Aus der Gesetz- und Verordnungs-Sammlung gehören dazu: die zur Ausführung des Reichsgesetzes erlassene Ausführungs-Verordnung vom 12. Oktober 1875 (G. u. B. S. Nr. 79 S. 413) und die mit der B. vom 3. Juli 1902 (G. u. B. S. Nr. 31 S. 167) eingeführte „Pferde-Aushebungs-Vorschrift“ mit ihren Ergänzungen und Abänderungen vom 2. Oktober 1904 (G. u. B. S. Nr. 60 S. 307).

Die Verpflichtung zu Kriegsleistungen (§ 3 des R. G.) erstreckt sich erheblich weiter als die zu Naturalleistungen im Frieden; Grundsatz ist aber auch hier, daß die Gemeinde die Verpflichtete ist, weshalb die bezüglichlichen Anforderungen von der Kreisdirektion oder direkt von den Truppen an den Gemeindevorsteher ergehen und dieser für die vorschriftsmäßige Leistung verantwortlich ist. Über die Gesamtleistung hat sich der Gemeindevorsteher vom Truppenteile Lieferungsbescheinigungen ausstellen zu lassen, hat aber andrerseits auf Verlangen auch den einzelnen Gemeindegemeinschaften zu bescheinigen, was sie geleistet haben. Die Vergütung der Leistungen erfolgt zumeist erst nach Wiedereintritt des Friedensstandes einschließlich 4 Proz. Zinsen, vom ersten Tage des auf die Leistung folgen-

den Monats an gerechnet; ist aber erst zu liquidieren, wenn öffentliche Auforderung dazu erfolgt; die Lieferscheine sind also bis dahin sorgfältig aufzubewahren. Die Gemeinde braucht in der Regel ihrerseits nicht eher zu zahlen, als ihr dazu Zahlungsmittel zur Verfügung gestellt werden.

Besondere Vorschriften bestehen über die sog. „Landlieferungen“ d. h. über die Lieferung des Bedarfs an lebendem Vieh, Brotkorn, Mehl, Hafer, Heu und Stroh zur Füllung der Kriegsmagazine, welche durch Beschluß des Bundesrats angeordnet werden kann, falls der Unterhalt für die bewaffnete Macht auf andere Weise nicht sicherzustellen ist.

Von hervorragender Wichtigkeit für die Landbevölkerung ist die Beschaffung der Mobilmachungspferde, und zwar auch für Friedenszeiten, weil schon im Frieden eine sog. „Vormusterung“ der Pferde vorgenommen wird. Das Nähere in dieser Beziehung ordnet die oben angeführte „Pferde-Aushebungsvorschrift“ vom 3. Juli 1902, indem sie teils (§§ 1—9) für die Vormusterung des Pferdebestandes im Frieden, teils (§§ 10—32) für die Beschaffung der Pferde im Falle der Mobilmachung Bestimmungen trifft.

1. Die Vormusterung des Pferdebestandes im Frieden hat den Zweck, der Militärbehörde eine zuverlässige Übersicht über den Bestand an kriegsbrauchbaren Pferden und Fahrzeugen zu verschaffen und die im Falle einer Mobilmachung erforderliche Pferde- und Fahrzeug-Aushebung vorzubereiten und zu beschleunigen. Sie wird — für die Pferde etwa alle 1½ Jahre, für die Fahrzeuge etwa alle 6 Jahre einmal — durch einen militärischen „Pferde-Vormusterungs-Kommissar“ abgehalten, welchem von den Zivilbehörden vorzuarbeiten und Hülfe zu leisten ist. Der Gemeindevorsteher hat

- a) das Vormusterungsgeschäft dadurch vorzubereiten, daß er eine vorchriftsmäßige Pferde-Vorführungsliste aufstellt, in welcher alle gestellungspflichtigen Pferde der Gemeinde (§ 4) Aufnahme finden, und daß er in seiner Gemeinde darauf aufmerksam macht, daß jeder Pferdebesitzer bei Vermeidung von Geldstrafe bis zu 150 M. (R. G. v. 13. Juni 1873 Nr. 931 § 27 S. 136) und Zwangsmaßregeln verpflichtet ist, seine sämtlichen Pferde (Ausnahmen § 4) zur Musterung zu stellen. Vorbereitend ist ferner an dem linken Backenstücke der Halfter jedes Pferdes ein Zettel mit der der Vorführungsliste entsprechenden Nummer zu befestigen und bei Pferden, welche bereits bei einer früheren Musterung als kriegsbrauchbar bezeichnet wurden, eins der Bestimmungs-tafeln anzubringen, welche die Kreisdirektion liefert (§ 5).
- b) Im Musterungstermine selbst hat der Gemeindevorsteher (bei dessen Behinderung der Gemeindevorstehergehilfe) sich einzufinden, dem Kommissar die Vorführungsliste in doppelter Ausfertigung vorzulegen, demselben eine schreibgewandte Person zur Verfügung zu stellen, auch für Gestellung der zum Ordnen und Vorführen der Pferde erforderlichen Leute und ferner dafür zu sorgen, daß das Vorführen genau in der Reihenfolge der Vorführungsliste stattfindet (§ 5).



- c) Nachdem das Ergebnis der Musterung in beiden Ausfertigungen der Vorführungsliste eingetragen und vom Kommissar bescheinigt ist, erhält der Gemeindevorsteher eine Ausfertigung der Vorführungsliste zur Aufbewahrung und zu weiterem Gebrauche zurück (§ 6).
- d) Etwa alle 6 Jahre findet bei Gelegenheit der Pferde-Vormusterung auch eine Prüfung der Fahrzeuge, vierrädrigen Wagen, die ja nach dem Vordruck der Vorführungsliste (Anl. A.) in diese mit einzutragen sind, auf ihre (nach Anl. G. zu beurteilende) Kriegsbrauchbarkeit statt. Hierbei ist ebenso zu verfahren, wie bei der Pferde-Vormusterung (§ 7).
- e) Auf wesentliche Änderungen im Pferdebestande seiner Gemeinde (auch auf umfänglichere ansteckende Krankheiten unter den Pferden) hat der Gemeindevorsteher die Kreisdirection aufmerksam zu machen (§ 9).

## 2. Zweck Pferde-Aushebung im Falle der Mobilmachung

- a) erhält der Gemeindevorsteher jährlich Auszüge aus dem Pferde-Verteilungsplane durch die Kreisdirection zur Kenntnissnahme und behufs der erforderlichen Vorbereitung des Weitem (§ 13).
- b) Sobald im Falle einer Mobilmachung der Gemeindevorsteher die telegraphische Nachricht erhalten hat, „daß die Mobilmachung befohlen und welcher der erste Mobilmachungstag ist“, hat er in seiner Gemeinde darauf aufmerksam zu machen, daß jeder Pferdebesitzer nach erhaltener Aufforderung verpflichtet ist, seine sämtlichen Pferde (Ausnahmen § 4) und Fahrzeuge der Aushebungskommission vorzuführen (§ 11), und die Gestellung der Pferde und Fahrzeuge in der zuvor geordneten Weise zu veranlassen (§ 17), ist für die vollzählige und rechtzeitige Gestellung der Pferde und Fahrzeuge verantwortlich, hat persönlich bei der Aushebung zu erscheinen und der Aushebungskommission die bei der letzten Musterung ausgefüllte Vorführungsliste, in welcher er zuvor die zur Aushebung vorgeführten Pferde durch Unterstreichen kenntlich gemacht hat, sowie ein Verzeichnis der in Zugang gekommenen Pferde vorzulegen (§ 18).
- c) Es ist darauf zu halten, daß die ausgehobenen Pferde bei der Abnahme mit Halfter, Trense, zwei mindestens 2 m langen Stricken und gutem Hufbeschlag versehen sind (§ 21).

## E. Verschiedenes.

I. Da auch der Gemeindevorsteher in die Lage kommt, von Dingen Kenntnis zu erhalten, über welche in militärischem Interesse Stillschweigen zu bewahren ist, so wird hier auf das R. G. gegen den Verrat militärischer Geheimnisse vom 3. Juli 1893 (R. G. Bl. Nr. 2113 S. 205) verwiesen.

II. Das R. G., betr. den Schutz der Briestauben und den Briestaubenverkehr im Kriege, vom 28. Mai 1894

(R. G. Bl. Nr. 2182 S. 463) enthält Vorschriften, wonach Militärbrief-tauben einen besonderen Schutz genießen und die wegen des Haltens von Geldtauben bestehenden einschränkenden Bestimmungen (vergl. oben § 28 I, 2 S. 128) auf sie nicht in vollem Maße Anwendung finden.

III. Durch die mit dem 1. April 1886 in Kraft getretene Militär-Konvention mit Preußen (G. u. B. S. 1886 Nr. 21 S. 137) sind die Truppenteile, welche früher das selbständige Herzogl. Braunschweigische Militär-Kontingent bildeten, nämlich

- das Braunschweigische Infanterie-Regiment Nr. 92,
- das Braunschweigische Husaren-Regiment Nr. 17 und
- die 5. (Braunschweig.) Batterie 1. Hannoverschen Feld-Artillerie-Regiments Nr. 10,

unmittelbare Bestandteile des Königl. Preussischen Heeres geworden. Demzufolge haben die Angehörigen dieser Truppenteile seitdem auch Anteil an den Wohlthaten des „Potsdamer großen Militär-Waisen-hauses“. Für dieses gelten folgende Bestimmungen: :

1. Die Stiftung gewährt den Kindern verstorbener Soldaten (ausnahmsweise auch den Kindern ehemaliger Soldaten, welche völlig erwerbs-unfähig sind) vom Feldwebel abwärts

a) Aufnahme in die Erziehungsanstalten Potsdam (Knaben), Brehlich (Mädchen), Haus Nazareth zu Hörter (katholische Knaben und Mädchen),

b) soweit eine solche Aufnahme nicht stattfinden kann, Pflegegeld von jährlich 90 Mk. oder für Doppelwaisen von 108 Mk.

2. Anspruch auf diese Wohlthaten haben die Waisen im Fall der Bedürftigkeit, wenn der Vater im Preussischen Heere zur Zeit der Geburt des Kindes aktiv diente oder während dieses Militärdienstes oder an den Folgen einer Kriegsbeschädigung gestorben ist.

Dem Dienste im Preussischen Heere ist der in der Kaiserlichen Marine gleichgestellt.

3. Aufnahme in die Erziehungsanstalten kann auch solchen Waisen bewilligt werden, deren Vater einen Feldzug mitgemacht oder nach Erfüllung der gesetzlichen Dienstpflicht längere Zeit weiter gedient hat oder als invalide anerkannt ist.

4. Die Wohlthaten werden bis zum 15. Lebensjahre des Kindes ge-währt, und zwar das Pflegegeld vom Monat der Anmeldung an. Die Auf-nahme in die Anstalten findet zwischen dem 6. bis 12. Lebensjahre des Kindes zu Ostern und Michaelis, in die Anstalt zu Brehlich nur zu Ostern statt.

5. Die Aufnahme in die Anstalten hat am 1. des der Aufnahme folgen-den Monats ab bis zum Ablauf des Entlassungsmonats die Abführung des gesetzlichen Waisen- und des aus dem Reichs-Invalidenfonds und dem Kaiserl. Dispositionsfonds bewilligten Erziehungsgeldes zur Haupt-Militär-Waisenhauskasse zur Folge.

6. Gewährung von Pflegegeld wird durch Waisen- und Erziehungs-geld (5.) ausgeschlossen.

Neben dem auf Grund des Reichsgesetzes vom 13. Juni 1895, betreffend die Fürsorge für die Witwen und Waisen der Personen des Soldatenstandes des Reichsheeres und der Kaiserlichen Marine vom Feldwebel abwärts, zuständigen Waisengeld kann jedoch ein Teil des Pflegegeldes bis zur Erreichung der Beträge von 90 und 108 Mk. (I. 2) bewilligt werden.

7. Die Bemerkung um die Wohltaten ist an das Direktorium des Potsdamschen großen Militär-Waisenhauses in Berlin (Wilhelmstraße 82/85) zu richten.

Dem Gesuche sind beizufügen:

- a) Die Militärzeugnisse des Vaters,
- b) die Sterbeurkunde des Vaters und bei Doppelwaisen auch der Mutter, sowie die Geburtsurkunde des Kindes,
- c) eine amtliche Bescheinigung der Bedürftigkeit,
- d) ein amtlicher Ausweis über das zuständige Waisen- oder Erziehungsgeld.

IV. Um geeignete junge Leute von ausgesprochener Neigung für den Unteroffizierstand in der Zeit zwischen dem Verlassen der Schule nach beendeter Schulpflicht und dem Eintritte in das wehrpflichtige Alter derart fortzubilden, daß sie für den militärischen Beruf und spätere Verwendbarkeit im Zivildienst tüchtig werden, bestehen im Bereiche der Preussischen Heeresverwaltung verschiedene Unteroffiziersvorschulen, in welchen der Lebensunterhalt, einschließlich Kleidung und Lehrmittel unentgeltlich gewährt wird. Die Aufnahme in dieselben begründet die Verpflichtung, aus derselben unmittelbar in eine Unteroffizierschule überzutreten und für jeden Monat des Aufenthalts in der Vorschule zwei Monate über die gesetzliche Dienstpflicht hinaus im aktiven Heere zu dienen. Knaben, welche in eine Unteroffiziersvorschule aufgenommen zu werden wünschen, sind, sobald sie das Alter von 14½ Jahren vollendet, aber das 17. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, vom Vater bezw. Vormund beim Bezirkskommando anzumelden.

Jungen Leuten im Alter vom vollendeten 17. bis noch nicht vollendetem 20. Lebensjahre wird, auch ohne daß sie eine Vorschule besucht haben, geeignetenfalls der unmittelbare Eintritt zu dem in der Regel drei Jahre dauernden Kursus in einer Unteroffizierschule gewährt, wenn sie sich verpflichten, nach erfolgter Überweisung an einen Truppenteil noch vier Jahre im aktiven Heere zu dienen. Bezügliche Meldung hat gleichfalls beim Bezirkskommando stattzufinden, welches gewünschtenfalls jede nähere Auskunft erteilt.

## § 39.

### Die Kranken-, die Unfall- und die Invaliden-Versicherung.

Am 17. November 1881 erließ Kaiser Wilhelm I. an den Deutschen Reichstag eine Kaiserliche Botschaft, worin es hieß:

»Wir halten es für Unsere kaiserliche Pflicht, dem Reichstag die Förderung des Wohles der Arbeiter von neuem ans Herz zu legen, und würden Wir mit um so größerer Befriedigung auf alle Erfolge, mit denen Gott Unsere Regierung sichtlich gesegnet hat, zurückblicken, wenn es Uns gelänge, dereinst das Bewußtsein mitzunehmen, dem Vaterlande neue und dauernde Bürgschaft seines innern Friedens und den Hilfsbedürftigen größere Sicherheit und Ergiebigkeit des Bestandes, auf den sie Anspruch haben, zu hinterlassen. In Unseren darauf gerichteten Bestrebungen sind Wir der Zustimmung aller verbündeten Regierungen gewiß und vertrauen auf die Unterstützung des Reichstags ohne Unterschied der Parteistellungen. In diesem Sinne wird zunächst der Entwurf eines Gesetzes über die Versicherung der Arbeiter gegen Betriebsunfälle vorbereitet. Ergänzend wird ihm eine Vorlage zur Seite treten, welche sich eine gleichmäßige Organisation des gewerblichen Krankenkassenwesens zur Aufgabe stellt. Aber auch diejenigen, welche durch Alter oder Invalidität erwerbsunfähig werden, haben der Gesamtheit gegenüber einen begründeten Anspruch auf ein höheres Maß staatlicher Fürsorge, als ihnen bisher hat zu teil werden können. Für diese Fürsorge die rechten Mittel und Wege zu finden, ist eine schwierige, aber auch eine der höchsten Aufgaben jedes Gemeinwesens, welches auf den sittlichen Fundamenten des christlichen Volkslebens steht. Der engere Anschluß an die realen Kräfte dieses Volkslebens und das Zusammenfassen der letzteren in der Form korporativer Genossenschaften unter staatlichem Schutze und staatlicher Förderung werden, wie Wir hoffen, die Lösung auch von Aufgaben möglich machen, denen die Staatsgewalt allein in gleichem Umfange nicht gewachsen sein würde.«

In diesen denkwürdigen Worten sind die Grundideen enthalten, welchen die sozialpolitische Reichsgesetzgebung ihren Ursprung verdankt. Sie hat ein neues Arbeiterrecht geschaffen, welches einen großen Teil der Hilfsbedürftigen in den unvermeidlichen Notlagen unseres heutigen Erwerbslebens mit seiner schützenden Fürsorge umgibt, ihnen ein Anrecht auf eine, wenn auch nur notdürftige, doch vor dem Anheimsinken an die öffentliche Armenpflege meistens bewahrende Hilfe gewährt und somit nicht ohne wohlthätige Rückwirkung bleiben kann auf die wirtschaftliche und gesellschaftliche Lage nicht nur der Arbeiter, sondern des gesamten Volkes. Inwieweit ihr dies gelungen ist, erhellt schon allein daraus, daß den deutschen Arbeitern bis Ausgang des Jahres 1904 an Unterstützungen direkt zugeflossen sind:

aus der Krankenversicherung	etwa	2304	Millionen	Mark,
„ „ Unfallversicherung	„	1051	„	„
„ „ Invalidenversicherung	„	1005	„	„

---

Summa 4360 Millionen Mark.

und daß im Jahre 1903 nach Maßgabe der Reichsgesetzgebung im Deutschen Reiche versichert waren: gegen Krankheit 10 914 933, gegen Unfall 19 465 422 und gegen Invalidität 13 567 200 Personen.

Zu den Kosten der Invalidenversicherung ist im Laufe der Jahre ein Zuschuß aus Reichsmitteln im Betrage von etwa 444 Millionen Mark erfolgt. —

Der Gemeindevorsteher muß es als seine Pflicht betrachten, muß es sich zur Ehre anrechnen, an diesem großen Werke an seinem Teile eifrig und gewissenhaft mitzuwirken und die gegebenen Vorschriften im Sinne des Gesetzes zur Durchführung zu bringen.

Die gesetzliche Verpflichtung der Gemeinden, jeden Hülfssbedürftigen schnell und auskömmlich aus Armenmitteln zu unterstützen, ist durch die sozialpolitische Gesetzgebung nicht aufgehoben. Letztere muß aber mit der Zeit nicht nur die Anzahl der Hülfssbedürftigen erheblich vermindern und den Grad der Hülfssbedürftigkeit herabdrücken, sondern sie räumt auch den Armenverbänden geeignetenfalls einen Ersatzanspruch gegen die verpflichtete Krankenkasse pp. ein, welcher doch nur durchführbar ist, wenn die sozialpolitischen Gesetze überall ordnungsmäßig gehandhabt werden. Der Gemeindevorsteher hat also auch von diesem Standpunkte aus dringenden Anlaß, im wohlverstandenen Interesse der Gemeinde nach Kräften das Seinige dazu zu tun, daß sowohl die Arbeitgeber als auch die Arbeitnehmer den ihnen auferlegten Verpflichtungen nachkommen, insbesondere also die vorschriftsmäßigen An- und Abmeldungen vornehmen, die Beiträge vollständig und rechtzeitig leisten usw.

## I. Die Krankenversicherung.

1. Das Reichsgesetz, betr. die Krankenversicherung der Arbeiter, ursprünglich erlassen unterm 15. Juni 1883, ist nach einigen Abänderungen neu veröffentlicht unterm 10. April 1892 (R. G. Bl. Nr. 2014 S. 417) und später in einigen Punkten abgeändert durch die Gesetze vom 30. Juni 1900 (R. G. Bl. Nr. 2689 S. 332) und 25. Mai 1903: (R. G. Bl. Nr. 2970 S. 233). Ergänzungen dazu bilden: das Landesgesetz, betr. die Krankenversicherung der in der Land- und Forstwirtschaft beschäftigten Personen, vom 29. Mai 1890 (G. u. B. S. Nr. 20 S. 75), das Landesgesetz, betr. die Fürsorge für erkrankte Diensthboten, vom 26. Mai 1896 (G. u. B. S. Nr. 28 S. 173) und die Ausführungs-Verordnung vom 14. März 1904 (G. u. B. S. Nr. 14 S. 39) Abschnitt I.

Das Reichsgesetz behandelt in neun Abschnitten

- a) den Versicherungszwang oder die versicherungspflichtigen Personen in §§ 1—3 b,
- b) die Gemeinde-Krankenversicherung in §§ 4—15,
- c) die Orts-Krankenkassen in §§ 16—48 b,
- d) die für die Gemeinde-Krankenversicherung und die Orts-Krankenkassen gemeinsamen Bestimmungen in §§ 49—58,
- e) die Betriebs- (Fabrik-) Krankenkassen in §§ 59—68,
- f) die Bau-Krankenkassen in §§ 69—72,
- g) die Innungs-Krankenkassen in § 73,

- h) das Verhältnis der Knappschafts-Kassen und der eingeschriebenen und anderen Hülfskassen zur Krankenversicherung in §§ 74—76 und  
i) Schluß-, Straf- und Übergangs-Bestimmungen in §§ 76a—87.

2. Das Reichsgesetz schafft für einen bestimmt begrenzten Kreis von Personen einen Zwang zur Krankenversicherung, läßt aber für die Art und Weise der Ausführung einen weiten Spielraum, indem es nicht nur die freiwilligen Hülfskassen bestehen läßt, denen jeder Versicherungspflichtige wahlweise beitreten kann,\* sondern auch eine ganze Reihe verschiedener Zwangskassen zuläßt, nämlich:

Orts-Krankenkassen, welche von den Gemeinden für die am Orte vertretenen Gewerbezweige zu errichten sind,

Betriebs-(Fabrik-)Krankenkassen, welche die Unternehmer größerer Betriebe, und

Bau-Krankenkassen, welche die Bauherren vorübergehender Baubetriebe für die darin Beschäftigten zu errichten haben,

Innungs-Krankenkassen, welche auf Grund der Vorschriften der Reichs-Gewerbeordnung errichtet sind, und

Knappschafts-Kassen, wie sie auf Grund berggesetzlicher Vorschriften bestehen.

Für alle Krankenversicherungspflichtigen Personen aber, welche weder einer freien Hülfskasse, noch auch einer der vorgenannten Zwangskassen angehören, schuf das Reichsgesetz auszählungsweise die sog. „Gemeinde-Krankenversicherung“, welche zwar keine eigentliche Krankenkasse, sondern eine kommunale Einrichtung ist, aber dem übrig bleibenden Reste der Versicherungspflichtigen ähnlich wie eine Krankenkasse zu dienen hat.

Obwohl es die Absicht des Gesetzgebers war, daß tunlichst alle Versicherungspflichtigen, soweit sie nicht einer freiwilligen Hülfskasse beizutreten vorziehen, einer Zwangskasse der oben bezeichneten fünf Arten angehören sollen, hat man es im Herzogtume doch vielfach dabei bewenden lassen, nur die auszählungsweise zugelassene „Gemeinde-Krankenversicherung“ einzurichten. Zu beklagen ist dies zunächst deshalb, weil die Gemeinde-Krankenversicherung, indem sie weder Sterbegeld noch Wöchnerinnenunterstützung gewährt, in ihren Leistungen hinter den Zwangskassen zurückbleibt, dann aber auch weil sie als kommunale Einrichtung von der Gemeindebehörde verwaltet werden muß, also diese mit umfangreichen Geschäften und mit Verantwortung belastet und der Gemeindekasse Kosten aufbürdet, und endlich deshalb, weil sie den Versicherten sowohl als auch den Arbeitgebern das Recht der Selbstverwaltung verkümmert, das ihnen bei den eigentlichen Krankenkassen zusteht, und die Kassenmitglieder nicht anregt zu derjenigen gegenseitigen Krankenkontrolle, welche erfahrungsmäßig erforderlich ist, um Zahlung von

\* Wegen der eingeschriebenen Hülfskassen sind zu vergleichen die Reichsgesetze vom 7. April 1876 (R. G. Bl. Nr. 1128 S. 125) und 1. Juni 1884 (R. G. Bl. Nr. 1546 S. 54) und die Verordnung vom 14. März 1904 (G. u. B. S. Nr. 14 S. 39) Abschnitt II.

Krankengeld an Erwerbsfähige zu vermeiden, und welche die Mitglieder organisierter Krankenkassen in ihrem eignen Interesse ausüben.

Übrigens hat sich im Laufe der Jahre, seit welchen die Reichs-Krankenversicherung ins Leben getreten ist, in den einzelnen Kreisen des Herzogtums die Sache außerordentlich verschieden entwickelt. Während Knappschafts-Kassen überall, wo dies möglich, und Betriebs- (Fabrik-) Krankenkassen meistens da, wo es möglich, eingerichtet sein mögen, ist dies mit den Orts-Krankenkassen nicht überall der Fall; man hat sich vielmehr vielfach auf Einrichtung der „Gemeinde-Krankenversicherung“ beschränkt und ist höchstens unter Mithilfe des Kreis-Kommunal-Verbandes zu einer „gemeinamen Gemeinde-Krankenversicherung“ geschritten, wie sie in den §§ 12 und 13 des Reichsgesetzes vorgesehen ist.\* Unter diesen Umständen ist es nicht tunlich, in vorliegendem Wegweiser Winke zu geben, welche für alle Gemeindevorsteher sachdienlich erscheinen; der Wegweiser beschränkt sich daher und auch deshalb auf die Hervorhebung einiger Hauptpunkte, weil er hofft, daß mit der Zeit doch noch überall Zwangskassen werden eingerichtet werden, und weil, wenn dies der Fall, der Gemeindevorsteher mit dem Krankenkassenwesen nur sehr wenig zu tun hat. Solange dagegen nur die „Gemeinde-Krankenversicherung“ in der Einzelgemeinde besteht, kann es dem Gemeindevorsteher nicht erspart werden, sich mit dem Krankenversicherungsgesetze namentlich in seinen §§ 1—15 und 49—58 durch wiederholtes Studium genauer vertraut zu machen.

3. Die hauptsächlich wichtigen und deshalb hier hervorzuhebenden Punkte bei der Krankenversicherung sind folgende:

a) Die Versicherungspflicht (Kr. V. G. §§ 1—3 b).

Krankenversicherungspflichtig sind in erster Linie die vom Reichsgesetze als solche bezeichneten Personen, insbesondere die im Handwerk und Gewerbe arbeitenden; es ist aber zu beachten, daß ferner durch das Landesgesetz vom 29. Mai 1890 (G. u. V. S. Nr. 20 S. 75) auch die in der Land- und Forstwirtschaft gegen Lohn oder Gehalt beschäftigten Personen und durch das Landesgesetz vom 26. Mai 1896 (G. u. V. S. Nr. 28 S. 173) auch die Dienstboten für krankenversicherungspflichtig erklärt worden sind. Nachdem dies geschehen, sind so ziemlich alle Personen versicherungspflichtig, deren Beschäftigung eine unselbständige ist, sofern nur

\* Im Jahre 1902 waren in den 457 Gemeinden des Herzogtums für die Krankenversicherung tätig:

215 Gemeindekrankenversicherungen . . . . .	mit	32 731	Mitgliedern
130 Ortskrankenkassen . . . . .	»	52 855	»
153 Betriebs- (Fabrik-) Krankenkassen . . . . .	»	19 794	»
1 Bau-Krankenkasse . . . . .	»	49	»
14 Innungs-Krankenkassen . . . . .	»	3 794	»
3 Knappschaftskassen . . . . .	»	3 767	»
34 eingetriebene und sonstig. Hilfskassen »	»	36 397	»

Summe 550 verschiedene Kassen . . . . . mit 149 387 Mitgliedern

Von je 1000 Einwohnern des Herzogtums waren also etwa 307 gegen Krankheit versichert.

diese Beschäftigung sich nicht als eine ihrer Natur nach nur vorübergehende darstellt oder der Jahresarbeitsverdienst 2000 Mk. übersteigt.

Insbessondere sind auch solche landwirtschaftliche Arbeiter und Arbeiterinnen, welche, ohne zu einem bestimmten Arbeitgeber in einem dauernden Arbeitsverhältnisse zu stehen, doch vorwiegend von landwirtschaftlicher Lohnarbeit leben, auch für diejenige Zeit versicherungspflichtig, in welcher sie solche Lohnarbeit nicht haben. Die Versicherungspflicht solcher Personen beginnt mit dem Tage, an welchem sie vom Gemeindevorsteher für versicherungspflichtig erklärt, hiervon benachrichtigt und der betreffenden Krankenkasse überwiesen d. h. behufs Aufnahme in die Krankenversicherung namhaft gemacht sind. Pflichtmäßige Sorge des Gemeindevorstehers muß es sein, in dieser Beziehung nichts zu versäumen und unaufgefordert den ersten Schritt zu tun.

Unbeschränkt versicherungspflichtig sind auch Handlungs-Gehülfen und Lehrlinge, gleichviel ob die ihnen nach § 63 des Handelsgesetzbuchs (R. G. Bl. 1897 S. 219) zustehenden Rechte durch Vertrag aufgehoben bezw. beschränkt sind; befreit sind sie nur dann, wenn ihr Arbeitsverdienst  $6\frac{2}{3}$  M. für den Arbeitstag oder 2000 M. für das Jahr übersteigt.

Auf ihren Antrag können versicherungspflichtige Personen von der Versicherungspflicht befreit werden, wenn ihnen gegen ihre Arbeitgeber für den Fall ihrer Erkrankung ein vertragsmäßiges Recht auf eine der Bestimmungen R. V. G. § 6 entsprechende oder gleichwertige Unterstützung (ärztliche Behandlung und Krankengeld) zusteht, sofern die Leistungsfähigkeit des Arbeitgebers zur Erfüllung des Anspruchs gesichert ist. Bezüglicher Antrag ist gemeinschaftlich vom Arbeitgeber und Arbeitnehmer an den Krankenkassen-Vorstand (bei „Gemeindefrankenversicherung“ an den Gemeindevorsteher) zu richten.

Bisherige Zwangsglieder einer Gemeindefrankenversicherung sind berechtigt beim Aufhören der versicherungspflichtigen Beschäftigung als freiwillige Mitglieder der Gemeindefrankenversicherung weiter anzugehören. (R. V. G. § 11.)

Solche freiwillige Fortsetzung der Mitgliedschaft hat folgende Voraussetzungen:

1. Bisherige Zwangsgliedschaft bei einer Gemeindefrankenversicherung;
2. Ausscheiden aus der versicherungspflichtigen Beschäftigung, welche die Zwangsgliedschaft begründete;
3. Nichtübernahme einer Beschäftigung, vermöge welcher Mitgliedschaft bei einer Krankenkasse eintritt;
4. Fortzahlung der Versicherungsbeiträge;
5. Verbleiben im Gemeindebezirke des bisherigen Aufenthaltes, oder Aufenthaltnahme im Gemeindebezirke des letzten Beschäftigungs-ortes.

Dazu wird bemerkt, und zwar:

Zu 3. Es darf keine Beschäftigung übernommen werden, vermöge welcher Mitgliedschaft bei einer Krankenkasse (d. h. einer Orts-, Be-



triebs-, Bau-, Innungs-, Knappschaftskasse), nicht aber einer Gemeindefrankenversicherung eintritt. z. B. Wenn Jemand im Orte A Mitglied einer Gemeindefrankenversicherung ist und versicherungspflichtige Arbeit im Orte B annimmt, in diesem Orte B aber eine Ortskrankenkasse besteht, so hat er bei dieser einzutreten, und es ist ihm nicht möglich, durch Fortzahlen der Beiträge in A der dortigen Kasse weiter anzugehören. Besteht in B hingegen nur eine Gemeindefrankenversicherung, so kann er durch Fortzahlen der Beiträge in A freiwilliges Mitglied der dortigen Kasse bleiben; anderenfalls tritt für ihn Mitgliedschaft der Gemeindefrankenversicherung in B ein. Interesse kann die Fortsetzung der Versicherung in A beispielsweise dann haben, wenn der ortsübliche Tagelohn, also auch das Krankengeld, in A höher ist, als in B, oder wenn in A ein niedrigerer Prozentsatz als Beitrag zu zahlen ist; zu bemerken ist andererseits, daß bei freiwilliger Fortsetzung der Versicherung der Versicherungsbeitrag allein vom Arbeitnehmer, anderenfalls von ihm nur anteilig zu tragen ist.

Zu 4. Die freiwillige Mitgliedschaft besteht nur so lange fort, als die Beiträge — und zwar die vollen — pünktlich eingezahlt werden; ist auch nur einmal der Zahlungstermin unbenuzt verstrichen, so hat die freiwillige Mitgliedschaft ihr Ende erreicht. Bezüglich des Zahlungstermines bestimmt Rr. V. G. § 52, daß die Beiträge, sofern nicht durch Gemeindebeschluß andere Zahlungstermine festgestellt sind, wöchentlich im voraus einzuzahlen sind. Hieraus ergibt sich, daß die Beiträge am ersten Werktag jeder Woche fällig werden, wenn nicht vom Gemeinderat andere Zahlungstermine festgestellt sind. Auch ohne ausdrücklichen Beschluß wird eine solche Feststellung anzunehmen sein, wenn seitens des Gemeinderates die Innehaltung anderer Termine längere Zeit hindurch stillschweigend geduldet ist.

Da zur Fortsetzung der Mitgliedschaft nur das Fortzahlen der Beiträge, nicht aber ausdrückliche Anmeldung nötig ist, hat die Gemeindefrankenversicherung auch in den Krankheits-Fällen einzutreten, welche nach dem Ausscheiden des Mitgliedes aus der Beschäftigung bis zum nächsten Zahlungstermine entstehen, woraus sich ergibt, daß es zur Schaffung möglichster Klarheit im Interesse beider Teile wünschenswert ist, durch Gemeinderatsbeschluß die Zahlungstermine festzulegen; auch ist ausdrücklich zu bestimmen, ob die Beiträge im voraus oder nachträglich zu zahlen sind.

#### b) Die Anmeldepflicht (Rr. V. G. §§ 49—50).

Die Regel ist, daß der Arbeitgeber die Anmeldung und Abmeldung der von ihm beschäftigten versicherungspflichtigen Personen bei der Krankenkasse zu besorgen hat und der in § 81 angedrohten Strafe verfällt, wenn er diese Pflicht verabsäumt. Eine Ausnahme hiervon besteht nur bezüglich derjenigen Versicherungspflichtigen,

mit welchen von einem bestimmten Arbeitgeber ein Arbeitsvertrag im voraus ausdrücklich nur auf einen Zeitraum von weniger als eine Woche abgeschlossen ist, und

bezüglich derjenigen, welche, weil vorwiegend in landwirtschaftlicher Lohnarbeit beschäftigt, auch für diejenige Zeit krankenversicherungspflichtig sind, in der sie nicht in landwirtschaftlicher Lohnarbeit stehen, und zwar während letztbezeichneter Zeit.

Diese Personen haben die An- und Abmeldungen bei der Krankenkasse selbst zu besorgen.

Ubrigens hat die Krankenkasse die vorschriftsmäßige Krankenunterstützung jeder in ihrem Bereiche beschäftigten krankenversicherungspflichtigen Person zu verabreichen, auch wenn etwa deren vorschriftsmäßige Anmeldung versäumt ist. In solchem Falle hat der Arbeitgeber ihr nicht nur alle in dem betreffenden Unterstützungsfall gemachten Aufwendungen zu ersetzen, wenn der Unterstützungsfall vor der Anmeldung eingetreten ist, sondern außerdem auch noch die Rassenbeiträge, mit welchen er bei versäumter Anmeldung im Rückstande geblieben ist, nachzuzahlen, soweit sie nicht etwa schon nach § 55 verjährt sind.

Selbstverständlich hat die Anmeldung mit Rechtswirkung bei derjenigen Kasse zu geschehen, bei welcher der betreffende Krankenversicherungspflichtige vorschriftsmäßig gegen Krankheit zu versichern ist, von Innungsmitgliedern also z. B. bei der betr. Innungskrankenkasse.

#### c) Die Krankenversicherungs-Beiträge (Kr. V. G. §§ 9, 10, 31, 51—55)

werden bei der „Gemeindesrankenversicherung“ nach dem von der Kreisdirektion festgestellten „ortsüblichen Tagelohne gewöhnlicher Tagearbeiter“, bei Orts-Krankenkassen nach dem im Rassenstatut festgestellten „durchschnittlichen Tagelohne“ der Rassenmitglieder berechnet und betragen bei jener  $\frac{1}{2}$  bis höchstens 3%, bei diesen in der Regel mehr. Sie entfallen mit  $\frac{2}{3}$  auf die versicherten Rassenmitglieder, mit  $\frac{1}{3}$  auf die Arbeitgeber; doch haften der Kasse gegenüber die Arbeitgeber für die Zahlung des Ganzen (welche bei der Gemeindesrankenversicherung wöchentlich im voraus bis zur Abmeldung zu erfolgen hat) und sind nur berechtigt, den Versicherten bei der Lohnzahlung das für sie Vorauslagte abzugiehen. Die Beiträge müssen so hoch bemessen werden, daß ein vorschriftsmäßiger *R e s e r v e f o n d s* angesammelt wird (§§ 10 und 32). Bei der Gemeindesrankenversicherung, deren Verwaltungskosten die Gemeinde zu übernehmen hat, muß die *G e m e i n d e k a s s e* im Bedarfsfalle die nötigen *V o r s c h ü s s e* leisten.

Wo nur „Gemeinde-Krankenversicherung“ besteht, ist die *E r h e b u n g* und *V e r r e c h n u n g* der Krankenversicherungs-Beiträge, wenn nichts anderes bestimmt wird, Sache des Gemeinde-Einnehmers, weil die Kasse der Gemeinde-Krankenversicherung nur eine Nebenkasse der Gemeindekasse ist und solche Nebenkassen nach L. G. D. § 76 Abs. 3 vom Gemeindeeinknehmer zu verwalten sind. Liegen jedoch besondere Gründe vor, welche die Bestellung eines *b e s o n d e r n E r h e b e r s* der Kranken- (und Invaliden-) Versicherungsbeiträge, wünschenswert erscheinen lassen, so ist auch dieser Weg gangbar; nur darf die Gemeinde dazu nicht ohne weiteres schreiten, vielmehr muß der Gemeindevorsteher einen dahin zielenden Beschluß des Gemeinderats zunächst der Kreisdirektion unter-

breiten, denn auf den besondern Erheber finden die den Gemeindeeinnnehmer betreffenden Vorschriften L. G. D. §§ 18 (Wählbarkeit), 17 Abs. 1 (Beeidigung) und 158<sub>1</sub> (Befolgung) Anwendung.

Insofern der Gemeindeeinnnehmer bezw. der besondere Erheber als Krankenkassen-Rechnungsführer gleichzeitig auch die Invalidenversicherungs-Beiträge einzuziehen und zu verrechnen hat, kommen die Aufsichtsbefugnisse der Landesversicherungsanstalt in Betracht, welche dieser durch die Anweisung Herzogl. Staatsministeriums vom 28. April 1905 (G. u. V. S. Nr. 25 S. 105) verliehen sind und von welchen das Nähere weiter unten die Rede sein wird. (Vergl. den von der Invalidenversicherung handelnden Abschnitt bei 3. D. S. 285.)

#### d) Die Krankenunterstützung

ist ihrem Mindest- und Höchstbetrage nach für die Gemeindekrankenversicherung in §§ 6—7, für Orts-Krankenkassen in §§ 20 und 21 festgesetzt. Gemeinden, in welchen „Gemeinde-Krankenversicherung“ besteht, ist in ihrem eigenen Interesse dringend zu raten, wenigstens diejenigen Vorschriften zu erlassen, welche der § 6 a an die Hand gibt. Bezüglicher Beschluß ist vom Gemeinderate zu fassen, der Kreisdirektion zur Genehmigung vorzulegen, wenn er sich auch auf die im letzten Absätze des § 6 a erwähnten Punkte bezieht, und demnächst zur Kenntnis der Beteiligten zu bringen, indem er auf ortsübliche Weise bekannt gemacht wird. Ein Muster zu einer derartigen öffentlichen Bekanntmachung liegt unter Nr. 70 bei.

Muster Nr. 70.

Die mit Ärzten, Apotheken und Krankenhäusern etwa abgeschlossenen Verträge wegen Leistung der ärztlichen Hilfe pp. hat der Gemeindevorsteher der Kreisdirektion mitzuteilen. „Ärztliche Behandlung“ kann regelmäßig nur von wirklichen „Ärzten“ gewährt werden.

Ist die Krankheit durch einen Betriebsunfall herbeigeführt, so haben gewerbliche (nicht aber land- oder forstwirtschaftliche) Arbeiter Anspruch auf ein erhöhtes Krankengeld vom Beginne der fünften Woche nach Eintritt des Unfalls (§ 5 Abs. 9 des U. V. G. — R. G. Bl. 1884 S. 72); der Mehrbetrag ist jedoch der Krankenkasse vom Betriebsunternehmer zu erstatten.

Nach § 57 a R. V. G. ist auf Erfordern einer auswärtigen Krankenkasse den bei ihr versicherten Personen, welche außerhalb des Bezirks derselben wohnen, im Falle der Erkrankung von der Krankenkasse des Wohnorts dieselbe Unterstützung zu gewähren, welche der Erkrankte von seiner Krankenkasse zu beanspruchen hat. Geschieht dies, so hat die eigentlich verpflichtete der tatsächlich unterstützenden Krankenkasse die der letzteren hieraus erwachsenden Kosten zu erstatten, hierbei aber die aufgewandten Arzt- und Apothekerkosten nicht in ihrem tatsächlichen Betrage, sondern in der Höhe der Hälfte des Krankengeldes zu vergüten, wenn nicht etwa höhere Aufwendungen nachzuweisen sind.

Soll ein Krankenkassen-Mitglied auf Kosten der Krankenkasse in einem öffentlichen Krankenhause verpflegt werden, so ist dem letztern ein Zahlungsverpflichtungsschein einzuliefern, welcher, wenn es sich um Gemeindekrankenversicherung handelt, vom Gemeindevorsteher, sonst vom Vorstände der

Krankenkasse auszustellen ist. (Muster 34 u. 34 a.) Wichtig ist, daß darin, wenn er für Krankenkassen-Mitglieder ausgestellt wird, genau angegeben wird, bis zu welchem Zeitpunkt die Zahlungspflicht übernommen wird.

Muster  
Nr. 34  
u. 34 a.

#### e) Streitigkeiten (Kr. V. G. § 53 a).

Während, wie oben bereits erwähnt, die „Gemeinde-Krankenversicherung“ als eine kommunale Einrichtung gänzlich von der Gemeinde zu verwalten ist, also dem Gemeindevorsteher und bezw. Gemeindecinehmer einen großen Zuwachs an Arbeit bringt, hat der Gemeindevorsteher als solcher bei der Verwaltung aller übrigen Krankenkassen nur sehr wenig zu tun; nur ist er bezüglich aller Krankenkassen durch § 53 a berufen, vorkommende Streitigkeiten zwischen einem Arbeitgeber und von ihm beschäftigten Personen über die Berechnung und Unrechnung von Eintrittsgeld und Rassenbeiträgen zu entscheiden, und zwar sind bei solchen Entscheidungen die Vorschriften des Reichsgesetzes über Gewerbegerichte vom 29. September 1891 maßgebend, über welches oben in § 31 unter XII. S. 167 Näheres gesagt ist.

Im übrigen gehört sowohl die Aufsicht über die Krankenkassen im allgemeinen, als auch die Entscheidung sonstiger Streitigkeiten zur Zuständigkeit der Kreisdirektion.

#### f) Anwendung von Formularen.

Bei allen Krankenkassen wird die Geschäftsführung durch ausgiebigste Anwendung von Formularen sehr vereinfacht und erleichtert werden; namentlich werden solche Formulare in Anwendung zu bringen sein für die An- und Abmeldungen der Mitglieder, das Anmeldebücher, die Beitrags-Hebeliste, das Quittungsbuch und den Krankenschein. Je nach der Natur der Krankenkasse sind diese Formulare in etwas verschieden; teils deshalb, teils weil die meisten Formularhandlungen (Druckereien) sie auf Lager haben, werden sie hier nicht beigelegt.

g) Die Kasse der Gemeindefrankenversicherung erhält, wenn deren sonst verordneten Mittel nicht ausreichen, die erforderlichen Mittel aus der Gemeindefasse vorgeschossen. Schon deshalb hat der Gemeinderat ein wesentliches Interesse daran und ist mit dafür verantwortlich, daß die Verwaltung und Rechnungsführung eine ordnungsmäßige ist; hieraus erwächst ihm das Recht und die Pflicht, die Jahresrechnung über die Kasse der Gemeindefrankenversicherung genau zu prüfen. Bei Einsendung der Rechnung an die Kreisdirektion behufs Nachprüfung hat der Gemeindevorsteher zu berichten, ob und mit welchem Ergebnis die Prüfung durch den Gemeinderat stattgefunden hat.

Wie alle Krankenkassen, so hat auch die Gemeindefrankenversicherung zu statistischen Zwecken jährlich einen Rechnungsabschluß und sonstige Nachweisungen aufzustellen und der Kreisdirektion einzu liefern, welche in dieser Beziehung jedesmal besondere Anweisung ergehen läßt.

## II. Die Unfallversicherung.\*

1. Von der Unfallversicherung handeln die Reichs-Unfallversicherungs-Gesetze, wie sie nach mehrfachen Abänderungen in ihrer nunmehr gültigen Fassung vom Reichskanzler mit B. vom 5. Juli 1900) (R. G. Bl. Nr. 2697 S. 573) veröffentlicht sind, nämlich:

das Gesetz, betr. die Abänderung der Unfallversicherungsgesetze (S. 573),

das Gewerbe-Unfallversicherungsgesetz (S. 585),

das Unfallversicherungsgesetz für Land- und Forstwirtschaft (S. 641),

das Bau-Unfallversicherungsgesetz (S. 698) und

das See-Unfallversicherungsgesetz (S. 716).

Zur Ausführung dieser Gesetze sind erlassen, und zwar:

1. zu dem allgemeinen Gesetze, betr. die Abänderung der Unfallversicherungsgesetze, die Verordnungen, betr. den Geschäftsgang und das Verfahren des Reichs-Versicherungsamts, vom 19. Oktober 1900 (R. G. Bl. Nr. 2724 S. 983) und betr. das Verfahren vor den Schiedsgerichten für Arbeiterversicherung, vom 22. November 1900 (R. G. Bl. Nr. 2735 S. 1017) bezw. betr. die Rechtsanwaltsgebühren im Verfahren vor den Schiedsgerichten und dem Reichs-Versicherungsamte, vom 22. Dezember 1901 (R. G. Bl. Nr. 2823 S. 497), — sowie die Bekanntmachungen Herzogl. Staatsministeriums, betr. Einrichtung eines Schiedsgerichts für Arbeiterversicherung, vom 14. Dezember 1900 (G. u. B. S. Nr. 68 S. 453) und vom 6. April 1903 (G. u. B. S. Nr. 20 S. 113);
2. zum Unfallversicherungsgesetze für Land- und Forstwirtschaft das Landes-Ausführungs-Gesetz vom 8. Dezember 1902 (G. u. B. S. Nr. 52 S. 277) und die Ausführungsvorschriften für den staatlichen Forstbetrieb vom 14. Dezember 1900 (G. u. B. S. Nr. 69 S. 455);
3. zum Bau-Unfallversicherungsgesetze die Ausführungsvorschriften für den Baubetrieb des Staates und der Kom-

---

\* Einige, die Unfallfürsorge betreffende Gesetze sind, weil sie für die Geschäftstätigkeit des Gemeindevorstehers unmittelbare Bedeutung nicht haben, in der folgenden Darstellung nicht weiter berücksichtigt, sollen hier aber wenigstens erwähnt werden:

1. das Unfallfürsorgegesetz für Beamte und für Personen des Soldatenstandes vom 18. Juni 1901 (R. G. Bl. Nr. 2776 S. 211);
2. das Gesetz, betr. die Unfallfürsorge für Gefangene, vom 30. Juni 1900 (R. G. Bl. Nr. 2691 S. 536) mit der Verordnung vom 24. November 1902 (R. G. Bl. Nr. 2907 S. 280) und dem Landes-Ausführungs-gesetze vom 23. März 1903 (G. u. B. S. Nr. 15 S. 73) bezw. der B. vom 24. März 1903 (G. u. B. S. Nr. 16 S. 75);
3. das Gesetz, betr. die Fürsorge für Beamte infolge von Betriebsumfällen, vom 8. Dezember 1902 (G. u. B. S. Nr. 53 S. 285).

munal-Verbände vom 14. Dezember 1900 (G. u. B. S. Nr. 70 S. 459);

4. zu sämtlichen Unfallversicherungsgesetzen endlich die Ausführungs-Berordnung vom 26. Mai 1904 (G. u. B. S. Nr. 32 S. 139).

2. Die vorstehend angeführten Reichsgesetze haben für die eigentliche Industrie, für die Transportgewerbe, für die Land- und Forstwirtschaft, für die Baugewerbe und für die Seeschifffahrt eine auf öffentlich-rechtlicher Gegenseitigkeits-Versicherung beruhende Fürsorge der Betriebsunternehmer für ihre durch Betriebsunfälle verletzten Arbeiter und deren Hinterbliebenen eingeführt und den Entschädigungsgrund so weitherzig gefaßt, daß auch für solche im Betriebe vorgekommenen Verletzungen Entschädigung gewährt wird, welche durch eigene Unvorsichtigkeit des Arbeiters, durch Vorfall oder Nachlässigkeit anderer oder durch Zufall verursacht sind. Sie haben zu diesem Zwecke den betreffenden Betriebsunternehmern einen Versicherungszwang auferlegt und dieselben zu sich selbst verwaltenden „Berufsgenossenschaften“ vereinigt, welche nach dem Grundsatz der Gegenseitigkeit und unter Garantie des Deutschen Reichs die Unfallversicherung wahrzunehmen haben. Diese Berufsgenossenschaften haben den Arbeitern vom Beginne der 14. Woche nach Eintritt des Unfalls ab denjenigen Schaden zu ersetzen, welcher infolge eines nicht von ihnen selbst vorsätzlich herbeigeführten Betriebsunfalls durch Körperverletzung oder Tötung entstanden ist; und zwar begreift solcher Schadenersatz teils die Kosten eines etwa nötigen Heilverfahrens, teils eine dem Beschädigten selbst bzw. dessen Hinterbliebenen zu gewährende Geldrente, welche im Höchstfalle sich auf  $\frac{2}{3}$  des Jahresarbeitsverdienstes des Beschädigten beläuft. Um Betriebsunfälle tunlichst hintanzuhalten, haben die Berufsgenossenschaften „Unfallverhütungsvorschriften“ zu erlassen, welche bei Vermeidung von Nachteilen sowohl von den Betriebsunternehmern als auch von den Arbeitern zu beobachten sind.\* Kommt ein Unfall vor, so sind die näheren Umstände desselben zunächst durch eine „polizeiliche Unfalluntersuchung“ festzustellen; daraufhin erfolgt seitens der betreffenden Berufsgenossenschaft die Feststellung der zu zahlenden Entschädigung; und wenn der Betroffene sich bei dieser erstinstanzlichen Entscheidung nicht beruhigen will, steht es ihm frei, weiter die Entscheidung des „Schiedsgerichts“ und noch weiter die des „Reichs-Versicherungsamts“ anzurufen. Die endgültig festgestellte Ent-

\* Nach §§ 112, 116, 154 des Gewerbe-Unfallversicherungsgesetzes (R. G. Bl. 1900 S. 627), welche auch bei den übrigen Unfallversicherungen maßgebend sind, können die Berufsgenossenschaften Zuwiderhandelnden der Versicherten mit Geldstrafen bis zu 6 Mk. bedrohen, und erfolgt vorkommendenfalls die Festsetzung der Strafe durch den Gemeindevorsteher (im Beschwerdewege durch die Kreisdirektion), wenn der betreffende Arbeiter nicht etwa einer Betriebskrankenkasse angehört. Die Geldstrafe fließt in die Kasse, bei welcher der Betreffende gegen Krankheit versichert ist, eventuell also in die der Gemeinde-Krankenversicherung. Ob ein Verstoß gegen jene Vorschriften so schwer ist, daß deshalb Strafe zu verhängen, hängt von dem pflichtmäßigen Ermessen des Gemeindevorstehers ab. — Im Bergbau ist in dieser Beziehung nicht der Gemeindevorsteher, sondern der Bergrevierbeamte zuständig.

schädigung wird durch die Kaiserl. Post vorschußweise gezahlt, und haben die der Berufsgenossenschaft angehörigen Betriebsunternehmer — ohne Zutritt der versicherten Arbeiter — schließlich die Kosten aufzubringen, welche auf diese Weise erwachsen. —

Es steht zu erwarten, daß die Reichsgesetzgebung allmählich auch noch dazu vorschreiten wird, die Angehörigen des Handwerks und Kleingewerbes, des Handelsgewerbes, der Hausindustrie und des Gesindedienstes in ähnlicher Weise gegen Unfälle sicher zu stellen.

3. Bereits aus dieser in ihren Grundzügen dargelegten Gestaltung des Unfallversicherungswesens ergibt sich, daß die Gemeindeverwaltung dabei erheblich weniger mittätig zu werden braucht, als bei der Gemeinde-Krankenversicherung; immerhin erwachsen aber auch ihr einige Aufgaben, von welchen hier noch die Rede sein muß.

A. Wegen der Betriebsanmeldungen besteht nach §§ 56 u. 57 des Gewerbe U. V. G. (R. G. Bl. 1900 S. 606) und § 17 des Bau U. V. G. (R. G. Bl. 1900 S. 703) die Vorschrift, daß der Betriebsunternehmer binnen einer Woche nach der Betriebseröffnung eine bezügliche Anzeige an die Kreisdirektion zu erstatten hat, und zwar hat derselbe sich dabei zweckmäßig eines Formulars zu bedienen, welches in allen Formularhandlungen (Druckereien) zu haben und in zweifacher Ausfertigung einzureichen ist. Für Betriebe, über welche eine derartige Anzeige nicht erstattet ist, hat die Kreisdirektion entsprechende Auskunft einzufordern und danach den Betrieb der zuständigen Berufsgenossenschaft zu überweisen. Um die Kreisdirektion hierzu rechtzeitig in den Stand zu setzen, hat der Gemeindevorsteher von der Eröffnung eines jeden neuen Gewerbebetriebes in seiner Gemeinde, auf welchen die Unfallversicherungsgesetze Anwendung finden, alsbald der Kreisdirektion Anzeige zu erstatten.

Bei der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft fällt die Verpflichtung zur Betriebsanmeldung fort (vergl. jedoch Anmerkung \* auf S. 246), und auch bei der Bauunfallversicherung treten besondere Vorschriften ein. Hiervon ist weiter unten die Rede.

B. Von jedem in einem versicherten Betriebe vorkommenden Unfälle, durch welche eine in demselben beschäftigte Person getötet wird oder eine Körperverletzung erleidet, welche eine Arbeitsunfähigkeit von mehr als drei Tagen oder den Tod zur Folge hat, ist binnen drei Tagen vom Betriebsunternehmer beim Gemeindevorsteher desjenigen Ortes, in dessen Bezirke sich der Unfall ereignet, bezw. beim Gemarkungs-Polizeibeamten und in Beziehung auf bergbauliche Betriebe beim Revierbeamten eine schriftliche Anzeige nach vorgeschriebenem Formular zu erstatten (Gewerbe U. V. G. § 63, landwirtschaftl. U. V. G. § 70, Bau U. V. G. § 37). Die Formulare zu solchen „Unfallanzeigen“, welche zum Preise von 2 Pfg. pro Stück bei der Kreisdirektion zu haben sind, auch von manchen Berufsgenossenschaften z. B. der landwirtschaftlichen auf Anfordern unentgeltlich verabsolgt werden, sind vom Gemeindevorsteher stets vorrätig zu halten und an die Betriebsunternehmer, die deren bedürfen (eventuell gegen Kostenersatz), abzugeben. — Von jeder bei ihm eingehenden Unfallanzeige hat der Gemeindevorsteher bezw. Ge-

markungs-Polizeibeamte eine Abschrift sofort dem staatlichen Gewerbe-Aufsichtsbeamten (Gewerberat) mitzuteilen.

Über jeden zur Anzeige oder auf anderm Wege zu seiner Kenntniz gelangten Unfall, durch welchen eine versicherte Person getötet ist oder eine Körperverletzung erlitten hat, die voraussichtlich den Tod oder eine Erwerbsunfähigkeit von mehr als 13 Wochen zur Folge haben wird, ist vom Gemeindevorsteher bezw. Gemarkungs-Polizeibeamten desjenigen Bezirks, in welchem sich der Unfall ereignet hat, sobald wie möglich eine „Unfall-Untersuchung“ nach den näheren Vorschriften der §§ 64—66 Gewerbe U. B. G., 71—73 landwirtschaftl. U. B. G. und 37 Bau U. B. G. vorzunehmen, und sind von dem dieserhalb anzuberaumenden Termine die in Gewerbe U. B. G. § 65 und landwirtschaftl. U. B. G. § 72 genannten Personen, nämlich: der Gewerbeaufsichtsbeamte, die Berufsgenossenschaft, der Krankenkassenvorstand, der Betriebsunternehmer und etwaige Zeugen und Sachverständige so zeitig zu benachrichtigen, daß ihnen die Möglichkeit gewährt wird, der Untersuchungsverhandlung beizuwohnen. Als Formulare für das über die Untersuchungsverhandlung aufzunehmende Protokoll werden wahlweise die anliegenden beiden Muster Nr. 71 u. 72 empfohlen. In einzelnen Kreisen werden diese Protokoll-Formulare für die Gemeindevorsteher auf Kosten der Kreis-Kommunal-Kasse beschafft, sind also bei der Kreisdirektion anzufordern. — Das Untersuchungs-Protokoll ist vom Gemeindevorsteher bezw. Gemarkungs-Polizeibeamten demnächst dem Vorstände der betreffenden Berufsgenossenschaft bezw. Sektion in der Urschrift einzusenden. — Die Kosten der Unfalluntersuchung fallen der Gemeinde zur Last, insoweit sie nicht von der Berufsgenossenschaft zu übernehmen sind. — Hat sich der Unfall in einem bergbaulichen Betriebe ereignet, so ist die Unfalluntersuchung Sache des Bergrevierbeamten.

Muster  
Nr. 71  
und 72.

C. In gewissen Beziehungen werden zur Erfüllung der Aufgaben der Unfallversicherung auch die behufs der Krankenversicherung geschaffenen Einrichtungen herangezogen. Sämtliche Berufsgenossenschaften sind befugt, der Krankenkasse (auch Gemeindefrankenversicherung), welcher ein Unfallverletzter angehört oder zuletzt angehört hat, die Fürsorge für den Verletzten über den Beginn der 14. Woche hinaus bis zur Beendigung des Heilverfahrens in demjenigen Umfange zu übertragen, welchen die Berufsgenossenschaft für geboten erachtet. Die dafür von der Krankenkasse zu machenden Aufwendungen werden ihr von der Berufsgenossenschaft nach einem bestimmten Satze vergütet, sofern nicht höhere Aufwendungen nachgewiesen werden. Dies Verfahren kann auch noch eintreten, nachdem bereits eine Unfallrente bewilligt ist, nämlich wenn die Berufsgenossenschaft, um jetzt noch eine Erhöhung der Erwerbsfähigkeit des Rentenempfängers herbeizuführen, ein Heilverfahren eintreten zu lassen beschließt. (Gewerbe U. B. G. §§ 11 n. 23, landwirtschaftl. U. B. G. §§ 14 u. 24, Bau U. B. G. § 9.)

Bezüglich der nach Vorschrift des Gewerbe- und des Bau- (nicht auch des landwirtschaftlichen) Unfallversicherungsgesetzes gegen Unfall Versicherten ist ferner zu beachten, daß das einem Unfallverletzten von der Kranken-



kasse (auch Gemeindefrankenversicherung) zu gewährende Krankengeld vom Beginne der 5. Woche nach Eintritt des Unfalls bis zum Ablaufe der 13. Woche auf mindestens  $\frac{2}{3}$  desjenigen Arbeitslohnes zu bemessen ist, welcher für die Berechnung des Krankengeldes bei der betreffenden Krankenkasse maßgebend ist, und daß der hiernach von der Krankenkasse zu gewährende Mehrbetrag ihr von dem Unternehmer desjenigen Gewerbebetriebes zu ersetzen ist, in welchem der Unfall sich ereignet hat. (Gewerbe u. B. G. § 12, Bau u. B. G. § 9.)

Endlich kommt hier noch in Betracht: Hat eine Krankenkasse (auch Gemeindefrankenversicherung) Krankenunterstützung für einen Zeitraum geleistet, für welchen dem Unterstützten ein Entschädigungsanspruch gegen eine Berufsgenossenschaft zusteht, so ist ihr dafür von dieser durch Überweisung von Rentenbeträgen Ersatz zu leisten. Bezüglicher Ersatzanspruch ist aber bei Vermeidung des Ausschlusses binnen spätestens drei Monaten seit Beginn der Unterstützung bei der Berufsgenossenschaft anzumelden. (Gewerbe u. B. G. §§ 25 u. 26, landwirtschaftl. u. B. G. §§ 30 u. 31, Bau u. B. G. § 9.)

In allen diesen Beziehungen werden Streitigkeiten, welche unter den Beteiligten (einschl. der Krankenkassen, Gemeindefrankenversicherungen) entstehen, in erster Instanz von der Kreisdirektion, in zweiter vom Verwaltungsgerichtshofe entschieden. (Gewerbe u. B. G. §§ 14 u. 26, landwirtschaftl. u. B. G. §§ 14 u. 31, Bau u. B. G. § 9.)

D. Bezüglich der Unfallversicherung der in land- und forstwirtschaftlichen Betrieben beschäftigten Personen kommt neben dem u. B. G. für Land- und Forstwirtschaft (R. G. Bl. 1900 S. 641) das Landesgesetz vom 8. Dezember 1902 (G. u. B. S. Nr. 52 S. 277) in Betracht. Dasselbe hat durch die der „Braunschweigischen landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft“ gegebene Verfassung dem Gemeindevorsteher eine umfangreiche Mitwirkung auferlegt.

Die Rechtsverhältnisse dieser Berufsgenossenschaft sind durch ein mit Genehmigung des Reichs-Versicherungsamts erlassenes Statut geregelt, welches — unter Berücksichtigung einiger späterer Änderungen — jetzt folgenden Wortlaut hat:

## I. Name, Sitz und Umfang der Berufsgenossenschaft.

### § 1.

#### Name und Sitz.

Die Berufsgenossenschaft der Unternehmer land- und forstwirtschaftlicher Betriebe im Herzogtum Braunschweig führt den Namen:

„Braunschweigische landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft“

und hat ihren Sitz in Braunschweig.

Anmerkung: Zu vergl. § 38 Abs. 2 Ziffer 1, § 41 des Gesetzes.

### § 2.

#### Umfang.

Der Bezirk der Genossenschaft erstreckt sich über das Herzogtum Braunschweig und umfaßt alle unter § 1 des Gesetzes fallenden Betriebe, deren Sitz

sich in dem Genossenschaftsbezirke befindet, soweit sie nicht als Nebenbetriebe gewerblicher Betriebe auf Grund des § 28 Abs. 2, Satz 2, 3 des Gewerbe-Unfallversicherungsgesetzes bei einer gewerblichen Berufsgenossenschaft versichert sind, und, soweit nicht für sie das Reich beziehungsweise der Staat gemäß §§ 134, 140 des Gesetzes an die Stelle der Berufsgenossenschaft tritt oder getreten ist.

Anmerkung: Zu vergl. § 33 Abs. 1 des Gesetzes.

## II. Organisation der Berufsgenossenschaft.

### § 3.

#### Allgemeine Bestimmung.

Die Angelegenheiten der Berufsgenossenschaft werden nach Maßgabe des Gesetzes und dieses Statuts durch die Genossenschaftsversammlung (§§ 4 ff.), den Genossenschaftsvorstand (§§ 11 ff.), den Genossenschaftsausschuß (§ 21) und die Vertrauensmänner (§§ 22 ff.) verwaltet.

Anmerkung: Zu vergl. §§ 39, 42 ff., 55 Abs. 3, § 111 Abs. 2 des Gesetzes.

### § 4.

#### Genossenschaftsversammlung.

##### Zusammensetzung.

Die Genossenschaftsversammlung besteht aus 21 Mitgliedern (Vertretern), von denen die Kreis-Kommunalverbände:

Wolfenbüttel und Helmstedt . . . . . je 4 = 8,

Gandersheim, Holzminden und Riddagshausen-Wechelde je 3 = 9,

Blankenburg . . . . . 2,

Thedinghausen und Braunschweig . . . . . je 1 = 2

stellen.

Durch Beschluß der Genossenschaftsversammlung können diese Zahlen mit Genehmigung des Herzoglichen Staatsministeriums geändert werden.

### § 5.

#### Wahl der Delegierten.

Die Mitglieder der Genossenschaftsversammlung und für jedes derselben ein zu dessen Vertretung bei Behinderung bestimmter Stellvertreter werden in jedem Kreis-Kommunalverbände von der Kreis-Versammlung, in Braunschweig von der vereinigten Versammlung des Stadtmagistrats und der Stadtverordneten aus der Zahl der dem betreffenden Kreis-Kommunalverbände angehörenden, unter § 1 des Reichsgesetzes vom 30. Juni 1900 fallenden Unternehmer oder bevollmächtigten Betriebsleiter gewählt.

Alle drei Jahre finden Neuwahlen statt. Wiederwahlen sind statthaft. Scheidet während der drei Jahre ein Mitglied oder dessen Stellvertreter aus, so hat für den Rest der Zeit der Kreisausschuß, in Braunschweig der Stadtmagistrat eine Ersatzwahl vorzunehmen.

### § 6.

#### Obliegenheiten.

Der Genossenschaftsversammlung liegt insbesondere ob:

1. die Wahl der Mitglieder des Genossenschaftsvorstandes und ihrer Ersatzmänner; <sup>1)</sup>
2. die Beschlußfassung über Abänderungen des Statuts; <sup>2)</sup>
3. die Prüfung und die Abnahme der Jahresrechnung; <sup>3)</sup>
4. die Vereinbarung mit anderen Genossenschaften zur gemeinsamen Tragung des Risikos nach § 61 des Gesetzes;
5. die Beschlußfassung über die Abänderung des Bestandes der Genossenschaft und deren vermögensrechtliche Folgen nach §§ 62, 63 des Gesetzes;
6. die Beschlußfassung über die Aufstellung und über die Abstandnahme von der Aufstellung eines Gefahrentarifs für Nebenbetriebe, sowie über die Beibehaltung oder Änderung desselben;

7. die Beschlußfassung über die Dienstordnung für die Genossenschaftsbeamten gemäß § 50 Abs. 1 des Gesetzes;
8. die Festsetzung von Pauschätzen für die den Mitgliedern der Vorstände und den Vertrauensmännern an Stelle der ihnen nach § 39 zustehenden Vergütungen zu gewährenden Entschädigungen für Reise- und Zehrungs-
9. die Beschlußfassung über die zu erlassenden Unfallverhütungsvorschriften; <sup>1)</sup>
10. die Wahl der Mitglieder des Genossenschaftsausschusses zur Entscheidung über Beschwerden (§ 21) und ihrer Ersatzmänner; <sup>2)</sup>
11. die Beschlußfassung über Anträge von Mitgliedern der Genossenschaftsversammlung, sofern sie in den Geschäftskreis der Berufs-genossenschaft gehören und gemäß § 7 letzter Absatz Buchstabe a rechtzeitig zur Aufnahme in die Tagesordnung angemeldet oder gemäß § 9 vorletzter Absatz zur Beschlußfassung zugelassen sind;
12. die Beratung und Beschlußfassung über alle Angelegenheiten, welche der Genossenschaftsversammlung zu diesem Zwecke von dem Vorstande oder dem Reichs-Versicherungsamte vorgelegt werden;
13. die Beschlußfassung über die Befreiung von Beiträgen.<sup>3)</sup> kosten; <sup>4)</sup>

#### Anmerkungen:

<sup>1)</sup> Zu vergl. § 38 Abs. 2 Ziffer 2, § 42 Abs. 2 Ziffer 1 des Gesetzes, sowie § 11 des Statuts.

<sup>2)</sup> Zu vergl. § 38 Abs. 2 Ziffer 13, § 42 Abs. 2 Ziffer 2 des Gesetzes, sowie § 52 des Statuts.

<sup>3)</sup> Zu vergl. § 38 Abs. 2 Ziffer 10, § 42 Abs. 2 Ziffer 3 des Gesetzes, sowie § 10 des Statuts.

<sup>4)</sup> Zu vergl. § 46 Satz 3 des Gesetzes; zu vergl. auch Satz 1 und 2 a. a. O. hinsichtlich einer Entschädigung für Zeitverlust.

<sup>5)</sup> Zu vergl. §§ 120 ff. des Gesetzes.

<sup>6)</sup> Zu vergl. § 55 Abs. 3, § 111 Abs. 2 des Gesetzes, sowie § 21 des Statuts.

<sup>7)</sup> Zu vergl. § 36 des Gesetzes bezw. § 30 des Statuts.

#### § 7.

#### Verufung. Tagesordnung.

Die Genossenschaftsversammlung wird von dem Genossenschaftsvorstande (§ 11) unter Angabe der Gegenstände der Verhandlungen durch eine wenigstens zwei Wochen vor dem Versammlungstage in dem für die Bekanntmachungen der Genossenschaft bestimmten Blatte zu veröfentlichende Einladung berufen. Außerdem werden die Delegierten durch eingeschriebene Briefe 14 Tage vor dem Termine unter Angabe der Tagesordnung einzeln eingeladen.

Jede auf solche Weise einberufene Genossenschaftsversammlung ist ohne Rücksicht auf die Zahl der erschienenen Mitglieder beschlußfähig.

Diejenigen Delegierten, welche am Erscheinen behindert sind, haben dies dem Vorstande sofort mitzuteilen. Für die Behinderten sind die Ersatzmänner einzuladen, sofern sie der Ladung noch rechtzeitig Folge leisten können.

Die Verufung der Genossenschaftsversammlung erfolgt alljährlich, spätestens im Monat September, durch den Genossenschaftsvorstand.

Die Verufung der Genossenschaftsversammlung muß binnen drei Wochen erfolgen, wenn das Reichs-Versicherungsamt, oder wenn zehn Delegierte es schriftlich verlangen.

Im gleichen ist der Vorstand verpflichtet, diejenigen Gegenstände auf die Tagesordnung der Genossenschaftsversammlung zu setzen, und wenn tunlich, den Delegierten vor dem Versammlungstage mitzuteilen, welche

- a) von den im vorhergehenden Absätze genannten Personen spätestens eine Woche vor dem angeetzten Versammlungstage zur Beratung angemeldet werden, sofern sie in den Geschäftskreis der Berufs-genossenschaft gehören,
- b) vom Reichs-Versicherungsamt ihm bezeichnet werden.

Anmerkung: Zu vergl. § 38 Abs. 2 Ziffer 4 des Gesetzes.

§ 8.

**Geschäftsordnung.**

Der Vorsitzende des Genossenschaftsvorstandes eröffnet, leitet und schließt die Verhandlungen der Genossenschaftsversammlung; der Vorsitzende kann sich durch seinen Stellvertreter oder in dessen Behinderung durch ein sonstiges Vorstandsmitglied vertreten lassen. Befinden sich unter den Gegenständen der Verhandlungen Erinnerungen gegen die Geschäftsführung des Vorstandes, so hat der Vorsitzende zur Verhandlung über diese Gegenstände der Tagesordnung die Wahl eines anderen Leiters der Versammlung herbeizuführen.

Jedes Mitglied des Vorstandes ist befugt, den Genossenschaftsversammlungen beizuwohnen und sich an den Beratungen zu beteiligen. Der Vorsitzende des Genossenschaftsvorstandes kann Beamte der Genossenschaft und andere Personen in den Genossenschaftsversammlungen zum Zwecke der Auskunftserteilung oder Berichterstattung zuziehen, auch mit der Protokollführung beauftragen.

Der Leiter der Versammlung hat das Recht, den Delegierten, sowie den zugezogenen anderen Personen, welche seinen zur Leitung der Versammlung oder zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung getroffenen Anordnungen nicht Folge leisten, das Wort zu entziehen oder sie aus dem Versammlungsraume zu verweisen.

Die Vertreter des Reichs-Versicherungsamts müssen in den Genossenschaftsversammlungen auf ihren Antrag jederzeit gehört werden.

§ 9.

**(Fortsetzung.)**

Jeder anwesende Delegierte hat eine Stimme.

Die Beschlüsse werden mit absoluter Mehrheit der abgegebenen Stimmen gefaßt.

Die Abstimmungen erfolgen mittels verdeckter Stimmzettel. Die Abstimmung kann auch auf andere Weise (durch Zuruf, Handerheben usw.) erfolgen, wenn nicht mehr als der vierte Teil der Anwesenden widerspricht. Im Falle der Stimmengleichheit entscheidet bei Wahlen das von dem Vorsitzenden zu ziehende Loß, bei Abstimmungen über zu fassende Beschlüsse gilt der Antrag als abgelehnt.

Zum Ausweise der Delegierten dient die Einladung zur Genossenschaftsversammlung.

Angelegenheiten, welche nicht bei Berufung der Genossenschaftsversammlung oder in Gemäßheit des § 7 letzter Absatz als Gegenstände der Verhandlung bezeichnet worden sind, dürfen zur Beschlußfassung nur zugelassen werden, wenn aus der Mitte der Versammlung kein Widerspruch erfolgt, oder, wenn es sich um einen Antrag auf Berufung einer außerordentlichen Genossenschaftsversammlung handelt.

Die gefaßten Beschlüsse sind unter Angabe des Tages der Sitzung in ein Protokollbuch einzutragen sowie von dem Vorsitzenden und dessen Stellvertreter zu unterschreiben.

§ 10.

**Prüfung und Abnahme der Jahresrechnung.**

Die Vorprüfung und Abnahme der Jahresrechnung erfolgt alljährlich durch einen Ausschuß der Genossenschaftsversammlung.

Der Ausschuß besteht aus drei Genossenschaftsmitgliedern. Er wird jedesmal in der ordentlichen Genossenschaftsversammlung für das folgende Jahr gemäß § 12 gewählt. Für jedes Mitglied des Ausschusses ist ein Ersatzmann zu wählen.

Die Mitglieder des Ausschusses sind befugt, die Bücher, Rechnungsbelege und Akten der Genossenschaft einzusehen, sowie ihren Kassenbestand und ihre sonstigen Bestände an Wertpapieren und anderen Vermögensstücken zu prüfen.

**Anmerkung:** Zu vergl. § 38 Abs. 2 Ziffer 10, § 42 Abs. 2 Ziffer 3 des Gesetzes.

§ 11.

**Genossenschaftsvorstand.**

**Zusammensetzung.**

Der Vorstand besteht aus fünf Mitgliedern.

Gleichzeitig ist für jedes Mitglied des Vorstandes ein Ersatzmann zu wählen, welcher zugleich als Stellvertreter für den Behinderungsfall gilt.

**Anmerkungen:**

1. Zu vergl. §§ 42 ff. des Gesetzes.
2. Wegen der Vertretung des Vorsitzenden ist im § 16 besondere Bestimmung getroffen.

§ 12.

**Wahl.**

Die Wahl wird durch Stimmzettel in der Weise vorgenommen, daß jeder Stimmberechtigte auf einen Stimmzettel so viel Namen schreibt, wie Mitglieder oder Ersatzmänner zu wählen sind.

Die Wahl kann auch auf andere Weise (durch Zurs, Handerheben usw.) erfolgen, wenn nicht mehr als der vierte Teil der Anwesenden widerspricht.

Gewählt sind diejenigen, welche die meisten Stimmen erhalten haben. Stimmen, welche auf Nichtwählbare<sup>1)</sup> fallen oder den Gewählten nicht deutlich bezeichnen, werden nicht mitgezählt. Bei Stimmengleichheit entscheidet das Loß, welches von dem Leiter der Wahl gezogen wird. Die Wahl wird von dem Vorsitzenden des Vorstandes geleitet.

Über die Wahl ist ein Protokoll aufzunehmen.

Anmerkung: <sup>1)</sup> Zu vergl. § 45 Abs. 1 des Gesetzes.

§ 13.

**Amtsdauer. Ausscheiden der Mitglieder.**

Die Mitglieder des Vorstandes und ihre Ersatzmänner werden auf sechs Jahre gewählt, bleiben aber nach Ablauf dieser Zeit solange im Amt, bis ihre Nachfolger in den Vorstand eingetreten sind.

Scheidet ein Vorstandsmitglied vor Ablauf seiner Dienstzeit aus, so tritt sein Ersatzmann in den Vorstand ein. Ist auch dieser ausgeschieden, so hat die nächste Genossenschaftsversammlung eine Ergänzungswahl vorzunehmen. Bis dahin bleibt der Vorstand auch in seiner geringeren Mitgliederzahl zu Recht bestehen, so lange diese Zahl nicht unter drei heruntergeht. Im letzteren Falle ist behufs Vornahme einer Ergänzungswahl sofort eine Genossenschaftsversammlung einzuberufen. Der Ersatzmann sowie der Neugewählte bleiben nur solange im Amt, als die Amtszeit des ausgeschiedenen Mitglieds gedauert haben würde.

§ 14.

**Obliegenheiten.**

Dem Genossenschaftsvorstande liegt die gesamte Verwaltung der Genossenschaft ob, soweit nicht einzelne Angelegenheiten durch Gesetz oder Statut der Genossenschaftsversammlung vorbehalten oder anderen Organen der Genossenschaft übertragen sind.

Auf den Vorstand wird die Befugnis übertragen, von der Verfolgung des Ersatzanspruchs aus § 147 Abs. 1 Satz 3 des Gesetzes abzusehen.

Der Vorstand hat alljährlich über die Verwaltung des letzten Jahres einen schriftlichen Bericht zu erstatten, welcher der nächsten Genossenschaftsversammlung zur Kenntnisnahme vorzulegen ist.

Anmerkung: Zu vergl. § 42 Abs. 1 des Gesetzes.

§ 15.

**Rechnungslegung.**

Über die gesamte Vermögensverwaltung eines jeden Rechnungsjahres hat der Vorstand innerhalb der ersten sieben Monate nach Ablauf desselben eine Rech-

nung, sowie über das am Schlusse des Rechnungsjahrs vorhandene Vermögen einschließlich des Reservefonds eine Übersicht aufzustellen.

Bei Aufstellung der Vermögensübersicht sind Wertpapiere, sowie alle anderen Vermögensgegenstände einschließlich der Grundstücke mit ihrem Anschaffungs- (Ankaufs-)preis anzusetzen. Außerdem ist für Wertpapiere, welche einen Börsenpreis haben, dessen Höhe zur Zeit der Aufstellung anzugeben.

Anmerkung: Zu vergl. § 38 Abs. 2 Ziffer 10, §§ 115 bis 119 des Gesetzes.

#### § 16.

##### Vorsitz. Vertretung.

Der Vorstand wählt aus seiner Mitte auf die Dauer von sechs Jahren einen Vorsitzenden und einen Stellvertreter desselben.<sup>1)</sup>

Die Genossenschaft wird nach außen durch den Vorsitzenden vertreten; es bedürfen jedoch Verfügungen, welche die Abhebung oder Überweisung hinterlegter Gelder, oder die Abhebung, die Überweisung, den Verkauf oder sonstige Veräußerungen von Wertpapieren und anderen Vermögensgegenständen zum Inhalt haben, zu ihrer Rechtsgültigkeit der Mitunterschrift eines zweiten Mitgliedes des Genossenschaftsvorstandes.

Den Vorsitzenden hat im Falle seiner Behinderung oder in seinem Auftrage sein Stellvertreter und bei dessen Behinderung das älteste der übrigen Mitglieder, bei Sitzungen das älteste anwesende Mitglied des Vorstandes zu vertreten.

Anmerkung: <sup>1)</sup> Zu vergl. jedoch § 6 Ziffer 1.

#### § 17.

##### Beschlußfassung.

Der Vorstand ist beschlußfähig, wenn mindestens drei seiner Mitglieder anwesend sind.

Bei Beschlußunfähigkeit ist eine zweite Sitzung anzuberaumen, die ohne Rücksicht auf die Zahl der Erschienenen beschlußfähig ist. Der Vorstand faßt seine Beschlüsse mit absoluter Stimmenmehrheit der in der Sitzung Anwesenden. Bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden.

#### § 18.

##### Sitzungen.

Der Vorsitzende ruft den Vorstand nach Bedürfnis zu Sitzungen zusammen. Er ist verpflichtet, innerhalb zweier Wochen eine solche abzuhalten, wenn dies von drei Vorstandsmitgliedern unter Angabe der Verhandlungsgegenstände beantragt wird. Zu allen Sitzungen hat der Vorsitzende die Mitglieder mindestens eine Woche vorher unter Bezeichnung der vorliegenden wichtigeren Beratungsgegenstände schriftlich einzuladen.

Ob ein eiliger Fall vorliegt und deshalb gemäß § 43 Abs. 1 des Gesetzes die Abstimmung eine schriftliche sein kann, entscheidet der Vorsitzende.

Die Vorstandssitzungen werden von dem Vorsitzenden eröffnet, geleitet und geschlossen. Die gefaßten Beschlüsse sind unter Angabe des Tages der Sitzung und der in derselben Anwesenden in ein Protokollbuch einzutragen und von dem Vorsitzenden und einem zweiten Vorstandsmitgliede zu unterschreiben.

Den Vorstandssitzungen können diejenigen Beamten der Genossenschaft beiwohnen, welche der Vorsitzende hierzu bestimmt; dieselben haben kein Stimmrecht, können jedoch mit der Protokollführung betraut werden.

#### § 19.

##### Bürcan.

Den inneren Geschäftsgang des Genossenschaftsbureaus regelt der Vorstand.

#### § 20.

##### Siegel.

Der Vorstand führt ein Siegel, durch dessen Aufschrift die Genossenschaft bezeichnet wird.

§ 21.

**Genossenschaftsausschuß zur Entscheidung über Beschwerden.**

(Beschwerdeauschuß.)

Der Genossenschaftsausschuß (§ 55 Abs. 3, § 111 Abs. 2 des Gesetzes) besteht aus fünf Mitgliedern.

Derselbe ist beschlußfähig, wenn mindestens drei seiner Mitglieder anwesend sind. Für jedes Mitglied ist ein Ersatzmann zu wählen.

Die Vorschriften der §§ 12, 13 finden auf den Beschwerdeauschuß entsprechende Anwendung.

Seine Geschäftsordnung regelt der Ausschuß selbst.

Anmerkung: Zu vergl. § 38 Abs. 2 Ziffer 3 des Gesetzes.

§ 22.

**Vertrauensmänner.**

Einsetzung. Amtsdauer. Bezirke.

Als örtliche Genossenschaftsorgane werden Vertrauensmänner und Stellvertreter derselben eingesetzt.

Die Vertrauensmänner und ihre Stellvertreter werden auf sechs Jahre gewählt.

Die Bestimmung der Zahl der Vertrauensmänner und ihre Stellvertreter, die Abgrenzung und Veränderung ihrer Bezirke, sowie ihre Wahl wird dem Genossenschaftsvorstande übertragen.

Anmerkung: Zu vergl. § 39 Abs. 2, 3, §§ 45 bis 47 des Gesetzes.

§ 23.

**Obliegenheiten.**

Den Vertrauensmännern liegt insbesondere ob:

1. Die Entgegennahme der Anzeige von Unfällen;
2. die Vertretung der Genossenschaft bei der Untersuchung aller Unfälle, welche sich in ihrem Bezirke ereignen, sofern nicht der Genossenschaftsvorstand in einzelnen Fällen anders bestimmt (§ 35 des Statuts, sowie §§ 71, 72 des Gesetzes);
3. die Begutachtung der festzustellenden Entschädigungen gemäß § 36;
4. die Vermittelung von Anzeigen über Betriebs-Eröffnungen, -Veränderungen und -Einstellungen an den Genossenschaftsvorstand;
5. die Mitwirkung bei den in den §§ 29 a, b, 31, 33, 34, 35, 43 und 47 vorgesehenen Anmeldungen und Anzeigen der Betriebsunternehmer;
6. die Überwachung der in ärztlicher Behandlung befindlichen Kranken- und der Rentenempfänger;
7. die Anzeige über etwaige Veränderungen in der Erwerbsunfähigkeit der Rentenempfänger und über die ihnen bekannt gewordenen Fälle von Simulation, unbeschadet der Mitwirkung der beteiligten Betriebsunternehmer;
8. die Einsichtnahme von den Büchern und Listen der Krankenkassen nach § 76 a Abs. 2 des Krankenversicherungsgesetzes, wenn ihnen hierzu von dem Genossenschaftsvorstande Auftrag erteilt wird;
9. die Aushändigung der Quittungsbogen an die Rentenempfänger.

Außerdem haben die Vertrauensmänner die Rechte und Interessen der Genossenschaft in allen Beziehungen zu wahren und, wo sie dieselben verletzt glauben, eine entsprechende Anzeige an den Genossenschaftsvorstand zu erstatten. Ferner sollen sie, wenn ihnen bekannt wird, daß in einem Betriebe die Unfallverhütungsvorschriften nicht beachtet werden, dem Genossenschaftsvorstande sofort Anzeige machen und überhaupt die technischen Aufsichtsbeamten durch Mitteilungen auf Grund ihrer Kenntnis der örtlichen Verhältnisse unterstützen.

Die Geschäftsführung der Vertrauensmänner wird durch den Genossenschaftsvorstand geregelt.

## Gemeinsame Bestimmungen.

### § 24.

#### Bevollmächtigte Betriebsleiter.

Die von den Unternehmern bevollmächtigten Leiter ihrer Betriebe können zu Mitgliedern des Genossenschaftsvorstandes und zu Vertrauensmännern gewählt werden.

Anmerkung: Zu vergl. § 45 Abs. 1 des Gesetzes.

### § 25.

#### Wechsel in der Besetzung der Ämter.

Der Genossenschaftsvorstand hat über seine Wahl sowie über jede eingetretene Änderung in seiner Zusammensetzung dem Reichs-Versicherungsamte und der höheren Verwaltungsbehörde, in deren Bezirk sich der Sitz der Genossenschaft befindet, binnen einer Woche Anzeige zu erstatten.

Anmerkung: Zu vergl. § 44 Abs. 3 des Gesetzes.

## III. Verwaltung der Berufs-Genossenschaft.

### § 26.

#### Betriebsfonds.

Die Genossenschaftsversammlung kann die Ansammlung eines Betriebsfonds beschließen. Der Beschluß hat auch über die Höhe und die Art des Betriebsfonds — entweder eiserner oder auf die Umlagebeiträge zu verrechnender Betriebsfonds — Bestimmung zu treffen.

### § 27.

#### Reservefonds.

Zur Bildung eines Reservefonds sind bei der Umlage des Jahresbedarfs jährlich 2 Prozent desselben zuzuschlagen, solange der Reservefonds nicht das Doppelte des jeweiligen Jahresbedarfs erreicht.

Anmerkung: Zu vergl. § 37 Abs. 1 des Gesetzes.

#### Umlage der Beiträge.

### § 28.

#### Grundsteuerfuß.

Die für Zwecke der Berufs-Genossenschaft von deren Mitgliedern aufzubringenden Beiträge werden auf dieselben nach dem Maßstabe des Grundsteuerkapitals in der im Artikel IV des Landesgesetzes vom 8. Dezember 1902 Nr. 52 (Gesetz- und Verordnungssammlung S. 277) bezeichneten Weise verteilt.

Für einen Teil eines einheitlich zur Grundsteuer veranlagten Grundstückes wird der auf den Teil entfallende Grundsteuerbetrag nach Verhältnis der bewirtschafteten Fläche festgesetzt.

Sind Grundstücke, auf welche sich der Betrieb erstreckt, von Entrichtung der Grundsteuer befreit, jedoch zu derselben veranlagt, so ist diese Veranlagung der Erhebung der Beiträge zugrunde zu legen.

Liegt eine Veranlagung nicht vor, so ist eine angenommene Grundsteuer von drei Mark für das Hektar maßgebend.

### § 29 a.

#### Nebenbetriebe.

Sind mit einem land- oder forstwirtschaftlichen Betriebe Nebenbetriebe (§ 1 Abs. 2, 3 des Gesetzes) verbunden, so sind von den Unternehmern dieser Betriebe zur Deckung der Unfallgefahr Zuschläge zu den Beiträgen zu entrichten.

Der Zuschlag bemißt sich nach der Zahl der durchschnittlich in dem Nebenbetriebe von versicherten Personen geleisteten Arbeitstage und beträgt für jeden Arbeitstag:



in einer Ziegelei, Stärkfabrik, Kalkbrennerei . . . . .	ein Prozent,
in einer Brauerei, Brennerei, Gräberei, einem Steinbruch oder einer Mahlmühle . . . . .	zwei "
in einer Sägmühle oder einem Fuhrwerksbetriebe . . . . .	drei "
in einer Lohn-Dampfdrescherei oder -pflügerei und in jedem anderen Nebenbetriebe . . . . .	vier "

des dreihundertsten Teiles des durch die höhere Verwaltungsbehörde festgesetzten durchschnittlichen Jahresarbeitsverdienstes land- und forstwirtschaftlicher Arbeiter (§ 10 des Gesetzes). Die Genossenschaftsversammlung kann vorbehaltlich der Genehmigung des Reichsversicherungsamts in Zwischenräumen von fünf Jahren diese Sätze entsprechend dem Anwachsen der Umlage abändern.

Ein Zuschlag wird nicht erhoben, wenn der Nebenbetrieb nicht wenigstens zwanzig Arbeitstage in Anspruch nimmt.

Der zu erhebende Zuschlag beträgt mindestens eine Mark.

Soweit hiernach Nebenbetriebe zu Zuschlägen heranzuziehen sind, sind sie binnen zwei Wochen nach Inkrafttreten des Statuts oder nach ihrer Eröffnung anzumelden.

Die zum Zwecke der Berechnung der Zuschläge erforderliche Ermittlung der durchschnittlich von versicherten Personen geleisteten Arbeitstage erfolgt durch den Genossenschaftsvorstand, in hierzu geeigneten Fällen unter Mitwirkung des Vertrauensmannes. Auf Anfordern des Genossenschaftsvorstandes hat der Betriebsunternehmer die hierfür notwendigen Unterlagen dem Genossenschaftsvorstande bzw. dem Vertrauensmanne einzureichen.

**Anmerkung:** Zu vergl. § 57 Abs. 3 des Gesetzes und für den Fall der Eröffnung oder wesentlichen Änderung eines anmeldspflichtigen Nebenbetriebs bei Strafbestimmung des § 157 Abs. 1 in Verbindung mit § 69 des Gesetzes.

#### § 29 b.

#### **Betriebe ohne Bodenbewirtschaftung oder mit nebensächlicher Bodenbewirtschaftung. Gärtnereien.**

Nach denselben Grundsätzen sind land- und forstwirtschaftliche Betriebe, die mit einer Bodenbewirtschaftung nicht verbunden sind, zu den Beiträgen heranzuziehen, mit der Maßgabe, daß für jeden Arbeitstag ein Zuschlag von zwei Prozent des dreihundertsten Teiles des durch die höhere Verwaltungsbehörde festgesetzten durchschnittlichen Jahresarbeitsverdienstes land- und forstwirtschaftlicher Arbeiter in Ansatz gebracht wird.

Für land- oder forstwirtschaftliche Betriebe, in denen die Bodenbewirtschaftung nur nebensächliche Bedeutung hat, sind außer den für diese nach dem Steuerfuße geschuldeten Beiträgen besondere Beiträge für den Hauptteil des Betriebs, wie für Betriebe ohne Bodenbewirtschaftung zu entrichten.

Wenn der Betrieb einer Gärtnerei nicht nur in eigener Bodenbewirtschaftung besteht, sondern sich auch auf die Herrichtung und Unterhaltung fremder Gartenanlagen erstreckt, so sind für die letztere Betriebsstätigkeit besondere Beiträge wie für Betriebe ohne Bodenbewirtschaftung zu entrichten.

In den Fällen der Absätze 1 bis 3 finden die Vorschriften des § 29 a hinsichtlich der Befreiung von Beiträgen bei geringem Umfange des Unternehmens, des Mindestbeitrags, und der Verpflichtung der Unternehmer zur Anmeldung und Auskunfterteilung entsprechende Anwendung.

#### § 30.

#### **Befreiung von Beiträgen.**

Durch Beschluß der Genossenschaftsversammlung, welcher der Genehmigung der Landeszentralbehörde bedarf, kann bestimmt werden, daß Unternehmer solcher Betriebe, welche mit erheblicher Unfallgebühr nicht verbunden sind, und in welchen ihres geringen Umfanges wegen Lohnarbeiter nur ausnahmsweise beschäftigt werden, von Beiträgen ganz oder teilweise befreit sein sollen, und in welcher Weise bei der Ermittlung der zu befreienden Unternehmer verfahren werden soll.

Streitigkeiten, welche wegen einer solchen Befreiung zwischen der Berufsgenossenschaft oder ihren Organen einerseits und den Unternehmern andererseits entstehen, werden von der höheren Verwaltungsbehörde endgültig entschieden.

§ 31.

**Betriebsveränderungen.**

**Anmeldung.**

Die Genossenschaftsmitglieder sind verpflichtet, Änderungen ihrer Betriebe einschließlich der mitversicherten Nebenbetriebe, welche für deren Zugehörigkeit zu der Genossenschaft oder für die Umlegung der Beiträge von Bedeutung sind, dem Genossenschaftsvorstande binnen zwei Wochen nach Eintritt der Änderung schriftlich anzuzeigen; sie können sich hierbei der Vermittelung des Vertrauensmannes bedienen.

Die Zugehörigkeit zur Genossenschaft bemißt sich nach § 2.

Gelangt auf andere Weise eine Betriebsänderung, welche für die Umlegung der Beiträge von Bedeutung ist, zur Kenntnis des Genossenschaftsvorstandes oder Vertrauensmannes, so hat derselbe den Betriebsunternehmer unter Hinweis auf die in den §§ 156, 157 des Gesetzes angedrohten Strafen zur vorschriftsmäßigen Anmeldung zu veranlassen und diese nötigenfalls selbst zu bewirken. Das weitere Verfahren richtet sich, was die Umlegung der Beiträge anlangt, nach §§ 28, 29 a, 29 b und 30 des Statuts.

Tritt infolge der Betriebsänderung eine Ermäßigung des Beitrags oder der Fortfall der Beitragspflicht ein, so hat der Unternehmer, falls er die Betriebsänderung zu spät angezeigt hat, keinen Anspruch auf deren Berücksichtigung für die Zeit vor Erstattung der Anzeige.

**Anmerkung:** Zu vergl. §§ 69, 38 Abs. 2 Ziffer 7, §§ 156, 157 Abs. 1 des Gesetzes.

§ 32.

**Betriebsüberweisungen.**

Erachtet der Genossenschaftsvorstand infolge der Anzeige des Betriebsunternehmers oder ohne den Empfang einer solchen von Amts wegen die Überweisung des Betriebs an eine andere Genossenschaft für geboten, so teilt er dies unter Angabe der Gründe dem Betriebsunternehmer und dem beteiligten anderen Genossenschaftsvorstände mit. Sowohl der letztere, als auch der Betriebsunternehmer können innerhalb zweier Wochen gegen die Überweisung bei dem überweisenden Genossenschaftsvorstande Widerspruch erheben.

Wird innerhalb dieser Frist kein Widerspruch erhoben, so behält es bei der Überweisung sein Bewenden.

Wird gegen die Überweisung Widerspruch erhoben, oder beansprucht der Vorstand einer dritten Genossenschaft unter dem Widerspruch des Betriebsunternehmers oder des Vorstandes der Genossenschaft, welcher der Betrieb bisher angehörte, die Überweisung des letzteren, so hat der Vorstand der Genossenschaft, welcher der Betrieb bisher angehört hat, die Entscheidung des Reichs-Versicherungsamtes zu beantragen. Dieses entscheidet nach Anhörung des beteiligten Betriebsunternehmers, sowie der Vorstände der beteiligten Genossenschaften.

Wird dem Überweisungsantrage stattgegeben, so tritt die Änderung in der Zugehörigkeit zur Genossenschaft von dem Tage ab in Wirksamkeit, an welchem der Antrag dem beteiligten Genossenschaftsvorstande zugestellt ist.

**Anmerkung:** Zu vergl. §§ 65, 69, 38 Abs. 2 Ziffer 7, §§ 156, 157 Abs. 1 des Gesetzes.

§ 33.

**Wechsel des Unternehmers.**

**Anzeige. Sicherheitsleistung.**

Jeder Wechsel in der Person desjenigen, für dessen Rechnung der Betrieb erfolgt, ist von dem neuen Unternehmer oder seinem gesetzlichen Vertreter binnen zwei Wochen dem Genossenschaftsvorstande durch Vermittelung des Vertrauensmannes schriftlich anzuzeigen.

Als bald nach erfolgtem Wechsel hat der frühere Unternehmer für die Zeit vom Ablauf desjenigen Kalenderjahres, für welches der Beitrag zuletzt entrichtet worden ist, bis zum Eintritt des Wechsels den anteiligen Betrag des letzten für den Betrieb entrichteten Jahresbeitrags bei dem Genossenschaftsvorstande zur Sicherheit zu hinterlegen. Tritt der Wechsel in der Person des Betriebsunternehmers vor der erstmaligen Umlegung der Beiträge auf den Betrieb ein, so ist die Sicherheit in Höhe des wahrscheinlichen Beitrags für das laufende Jahr zu leisten.

Wird die Sicherheit nicht rechtzeitig geleistet, so hat der Genossenschaftsvorstand dieselbe sofort nach § 113 Abs. 1 des Gesetzes beizureiben.

Der Genossenschaftsvorstand kann die Sicherheitsleistung erlassen, wenn der Eingang des von dem früheren Unternehmer geschuldeten Beitrags anderweit gesichert erscheint, insbesondere, eine schriftliche Erklärung des neuen Unternehmers beigebracht wird, daß er die Beitragsschuld des früheren Unternehmers übernimmt.

Von der zur Sicherheit eingezahlten Summe wird später der zu berechnende Beitrag bestritten; der überschießende Betrag wird zurückgezahlt, ein etwaiger Fehlbetrag eingezogen.

Anmerkung: Zu vergl. § 38 Abs. 2 Ziffer 8, §§ 68, 69, 156, 157 Abs. 1 des Gesetzes

### § 34.

#### Einstellung und Ausscheiden des Betriebes.

Ist der Betrieb eingestellt worden, oder auf Grund des § 28 Abs. 2 Satz 2 des Gewerbe-Unfallversicherungsgesetzes infolge statutarischer Vorschrift einer gewerblichen Berufsgenossenschaft als Nebenbetrieb eines gewerblichen Betriebs ausgeschieden, so ist hiervon durch den Unternehmer binnen zwei Wochen dem Genossenschaftsvorstande schriftlich Nachricht zu geben; der Unternehmer kann sich hierbei der Vermittelung des Vertrauensmannes bedienen. Die Frist beginnt mit dem Zeitpunkt, zu welchem der Unternehmer die Einstellung oder die das Ausscheiden des Betriebes begründende Tatsache kannte oder den Umständen nach kennen mußte.

Die Bestimmungen des § 33 finden entsprechende Anwendung.

#### Anmerkungen:

1. Zu vergl. § 38 Abs. 2 Ziffer 8 und 37 und die Strafbestimmung im § 157 Abs. 1 des Gesetzes.
2. Als Betriebseinstellung im Sinne dieses Paragraphen können vorübergehende oder periodisch wiederkehrende Betriebsunterbrechungen nicht angesehen werden.

### § 35.

#### Anzeige und Untersuchung der Unfälle.

Von jedem in seinem Betriebe sich ereignenden Unfälle, durch welchen eine versicherte Person getötet wird oder eine Körperverletzung erleidet, welche eine völlige oder teilweise Arbeitsunfähigkeit von mehr als drei Tagen oder den Tod zur Folge hat, hat der Betriebsunternehmer außer bei der Ortspolizeibehörde bei dem Vertrauensmann eine Anzeige zu erstatten.<sup>1)</sup>

Bei Unfällen, welche den versicherten Unternehmer oder seine versicherte Ehefrau betroffen haben, findet diese Vorschrift gleichfalls Anwendung.

Der Vertrauensmann hat dem Genossenschaftsvorstande sofort Anzeige zu erstatten.

An den Untersuchungsverhandlungen soll in der Regel als Vertreter der Genossenschaft der Vertrauensmann teilnehmen.

Dem Genossenschaftsvorstande steht es frei, sich neben dem Vertrauensmann, oder statt desselben, durch einen oder mehrere seiner Mitglieder oder durch andere Bevollmächtigte bei diesen Verhandlungen vertreten zu lassen.

Die Vertrauensmänner bedürfen zur Vertretung der Berufsgenossenschaft bei diesen Untersuchungen keiner besonderen Vollmacht außer ihrer Legitimationskarte.

Der Betriebsunternehmer hat dem Vertrauensmanne sofort Anzeige zu erstatten, wenn er erfährt, daß der Verletzte durch den Arzt wieder für erwerbsfähig erklärt worden sei.

**Anmerkungen:** <sup>1)</sup> Zu vergl. § 70 des Gesetzes. Die Anzeige muß binnen drei Tagen nach dem Tage erfolgen, an welchem der Betriebsunternehmer von dem Unfall Kenntnis erlangt hat. Zu vergl. die Strafbestimmung des § 157 Abs. 2 des Gesetzes.

### § 36.

#### Feststellung der Entschädigungen.

Die Beschlußfassung über die Feststellung der Entschädigungen gemäß §§ 75 ff. des Gesetzes erfolgt in allen Fällen durch einen Ausschuß des Genossenschaftsvorstandes, welcher in der Zahl von zwei Mitgliedern von der Genossenschaftsversammlung gemäß § 12 zu wählen und beim Ausscheiden eines Mitglieds zu ergänzen ist.

Der Ausschuß des Genossenschaftsvorstandes ist auch befugt:

1. von der Rückforderung der gemäß §§ 82, 84, 87 Abs. 2 des Gesetzes vor rechtskräftiger Entscheidung gezahlten Entschädigungen abzuweichen (vergl. § 92 a. a. D.), ferner auf die Rückforderung gemäß § 99 Abs. 4 a. a. D. zu verzichten;
  2. in Fällen des § 17 Abs. 3 des Gesetzes eine Witwenrente zu gewähren;
  3. in Fällen des § 18 Abs. 2 des Gesetzes die Kinderrente zu gewähren;
  4. zu Feststellung einer vor Ablauf der dreizehnten Woche nach dem Unfälle zu gewährenden Rente (§ 15 Abs. 1 des Gesetzes);
  5. zur Erhöhung der Rente oder Gewährung einer Rente wegen Pfühllosigkeit (§ 8 Abs. 3, 4 des Gesetzes);
  6. im Falle der Bedürftigkeit dem in einer Heilanstalt untergebrachten Verletzten sowie seinen Angehörigen eine besondere Unterstützung zu gewähren (§ 23 Abs. 3 des Gesetzes);
  7. in einzelnen Fällen die Vertretung vor dem Schiedsgerichte einem Bevollmächtigten zu übertragen;
  8. das Heilverfahren gemäß § 27 Abs. 3 des Gesetzes und § 76 c des Krankenversicherungsgesetzes auf Kosten der Genossenschaft zu übernehmen.
- Bei Meinungsverschiedenheiten entscheidet der Genossenschaftsvorstand.

### § 37.

#### Unfallverhütungsvorschriften.

Die in den §§ 120 ff. des Gesetzes den Berufsgenossenschaften übertragene Beschlußfassung über den Erlaß von Unfallverhütungsvorschriften wird durch die Genossenschaftsversammlung ausgeübt. Jedes Mitglied der Genossenschaft ist befugt, den Erlaß solcher Vorschriften bei dem Genossenschaftsvorstande anzuregen. Der Genossenschaftsvorstand hat in seiner nächsten Sitzung darüber zu beschließen, ob der Anregung weitere Folge zu geben sei. Von solchen Anregungen ist der nächsten Genossenschaftsversammlung Kenntnis zu geben.

Die vom Reichsversicherungsamte genehmigten Vorschriften sind von dem Genossenschaftsvorstande zu veröffentlichen.

**Anmerkung:** Zu vergl. § 38 Abs. 2 Ziffer 11, §§ 120 bis 123 des Gesetzes und § 6 Ziffer 9 des Statuts.

### § 38.

#### Überwachung der Betriebe.

Der Genossenschaftsvorstand ist befugt, für den Bezirk der Genossenschaft technische Aufsichtsbeamte zur Überwachung der Betriebe gemäß §§ 126 bis 130 des Gesetzes zu ernennen.

Die technischen Aufsichtsbeamten erhalten zum Ausweis eine vom Vorstande auszustellende Bescheinigung. Ihre Namen und Bezirke sind öffentlich bekannt zu machen.

Der Genossenschaftsvorstand ist befugt, Beamte der Genossenschaft als Rechnungsbeamte gemäß §§ 126 bis 130 des Gesetzes zu bezeichnen und mit der

Einsicht und Prüfung der Geschäftsbücher und Listen der Unternehmer zu betrauen. Die Rechnungsbeamten erhalten zum Ausweis eine vom Vorstand ausstellende Bescheinigung.

Der Genossenschaftsvorstand hat für die technischen Aufsichtsbeamten und die Rechnungsbeamten eine Dienstanweisung zu erlassen.

Anmerkung: Zu vergl. §§ 126 bis 130 des Gesetzes.

### § 39.

#### Reisekosten und Tagegelder.

##### Genossenschaftsorgane.

Den Mitgliedern des Genossenschaftsvorstandes und des Genossenschafts- (Beschwerde-) Ausschusses (§ 21), den Delegierten zur Genossenschaftsversammlung, den Vertrauensmännern, den Mitgliedern des Rechnungsprüfungsausschusses (§ 10) und des Ausschusses für Feststellung der Entschädigungen (§ 36) werden bei auswärtigen Geschäften die Kosten der zweiten Eisenbahnklasse oder der ersten Dampfschiffsklasse (Rückfahrkarte), sowie der etwa benutzten Fuhrwerke, soweit nicht an der Eisenbahn liegende Orte in Betracht kommen, ersetzt. Außerdem erhalten sie zum Ersatz der ihnen weiter erwachsenen baren Auslagen für jeden Tag, an welchem sie außerhalb ihres Wohnorts tätig sind, eine Vergütung von sechs Mark und für jede notwendige Übernachtung außerdem sechs Mark.

Bei Geschäften außerhalb der Landesgrenze werden die Tagegelder auf das eineinhalbfache erhöht.

Dem geschäftsführenden Vorstandsmitgliede wird eine Entschädigung für den durch Wahrnehmung der Genossenschaftsgeschäfte ihm erwachsenen Zeitverlust gewährt. Deren Höhe wird von der Genossenschaftsversammlung bestimmt und unterliegt der Genehmigung des Reichs-Versicherungsamts.

### § 40.

#### Vertreter der Arbeiter.

Die Vertreter der Arbeiter erhalten:

1. wenn ihnen Arbeitsverdienst entgangen ist, als Ersatz für denselben den vollen entgangenen Betrag, mindestens aber in der Höhe von täglich zwei Mark;
2. als Ersatz für Reisekosten,
  - a) bei Reisen, welche auf Eisenbahnen oder Dampfschiffen gemacht werden können, für jedes Kilometer der Hinreise und der Rückreise fünf Pfg.,
  - b) bei Reisen, welche nicht auf Dampfschiffen oder Eisenbahnen zurückgelegt werden können, zwanzig Pf. für jedes Kilometer der Hinreise und der Rückreise auf der nächsten fahrbaren Straßenverbindung, sofern nicht höhere Aufwendungen nötig geworden sind;
3. als Ersatz für Zehrungskosten für einen halben Tag eine Mark, für einen ganzen Tag zwei Mark und außerdem für jede Übernachtung drei Mark, sofern nicht höhere Aufwendungen nötig geworden sind.

Anmerkung: Zu vergl. § 38 Abs. 2 Ziffer 9, § 122 Abs. 1, § 123 des Gesetzes.

## IV. Betriebsbeamte und Personen in besonderen sachlichen Stellungen (Facharbeiter).

### § 41.

#### Begriffsbestimmung.

Als Betriebsbeamte sind diejenigen Personen anzusehen, welche in dem Wirtschaftsbetrieb oder in einem Teile desselben als Bevollmächtigte des Betriebsunternehmers tätig sind oder vorwiegend in einer leitenden oder beaufsichtigenden Stellung wirken. (Administratoren, Inspektoren, Wirtschaftler, Revierförster.)

Als solche Personen, welche im Sinne des § 1 Abs. 6 des Gesetzes zum Unterschiede von den gewöhnlichen land- und forstwirtschaftlichen Arbeiten eine technische Fertigkeiten erfordernde besondere Stellung einnehmen, sind, soweit sie nicht gemäß Abs. 1 als Betriebsbeamte zu gelten haben, anzusehen: Förster, Gärtner, Meier, Wirtschaftserinnen, ferner von gewerblichen Facharbeitern: Müller, Brenner, Brauer, Ziegelmmeister, Stellmacher, (Wagner), Schmiede, Maschinenführer, Heizer.

Personen dieser Art behalten ihre Sonderstellung auch bei der Ausführung von Verrichtungen gewöhnlicher land- oder forstwirtschaftlicher Arbeiter, wenn sie hierzu nur vorübergehend neben ihrer besonderen Beschäftigung als Facharbeiter in dem versicherten Betriebe herangezogen werden.

Die Betriebsunternehmer sind berechtigt, auch andere, hier nicht aufgeführte, in besonderer Auffichtsstellung oder im Besitze besonderer technischer Fertigkeiten befindliche Personen zur Versicherung gemäß § 9 des Gesetzes und der nachfolgenden Bestimmungen des Statuts dem Genossenschaftsvorstande, der die Begründung der Anmeldung zu prüfen hat, anzumelden.

Das Anrecht auf die Rentenberechnung nach § 9 des Gesetzes und die Verpflichtung zur Zahlung besonderer Beitragszuschläge beginnt mit dem Tage, an dem die Anmeldung beim Genossenschaftsvorstande eingeht.

## § 42.

### Beitragszuschläge.

Für die versicherungspflichtigen Betriebsbeamten (§ 41 Abs. 1) und die Facharbeiter (§ 41 Abs. 2) sind besondere Zuschläge zu den Beiträgen zu entrichten.

Der Zuschlag beträgt 1 Prozent desjenigen Betrages, welcher sich als Unterschied zwischen dem bei der Berechnung der Entschädigungen für jene Personen zugrunde zu legenden Jahresarbeitsverdienste (§§ 9, 12 des Gesetzes) und dem festgesetzten durchschnittlichen Jahresarbeitsverdienste land- und forstwirtschaftlicher Arbeiter (§ 10 des Gesetzes) ergibt.

Die Genossenschaftsversammlung kann vorbehaltlich der Genehmigung des Reichs-Versicherungsamts den Prozentsatz entsprechend dem Anwachsen der Um lage in fünfjährigen Zwischenräumen anderweit festsetzen.

Hat die Beschäftigung innerhalb des Kalenderjahres nicht mindestens dreihundert Arbeitstage in Anspruch genommen, so ist der Betrag entsprechend dem Verhältnis der tatsächlichen Beschäftigungsdauer zu dieser Zahl zu mindern. Dabei ist der sich ergebende Betrag auf volle Mark nach oben abzurunden.

Anmerkung: Zu vergl. § 57 Abs. 2 Satz 1 des Gesetzes.

## § 43.

### Anmeldung.

Betriebsunternehmer, welche Personen der im § 41 bezeichneten Art beschäftigen, haben dies binnen vier Wochen nach dem Inkrafttreten dieses Statuts oder dem Beginn der Beschäftigung dem Genossenschaftsvorstande durch Vermittelung des Vertrauensmannes unter Angabe der Zahl der Beschäftigten, der Art und der jährlichen Dauer ihrer Beschäftigung und der vereinbarten Gehälter und Löhne anzumelden. Tritt in der Zahl der Beschäftigten, der Art der Beschäftigung oder der Höhe der Gehälter und Löhne eine für die Zuschlagsberechnung wesentliche Änderung ein, so ist dies in derselben Weise anzumelden.

Für Genossenschaftsmitglieder, welche mit der rechtzeitigen Einsendung dieser Nachweisung im Rückstande sind, erfolgt deren Aufstellung auf Vorschlag des Vertrauensmannes durch den Genossenschaftsvorstand.

Auf nicht rechtzeitige oder unrichtige Anmeldungen und Nachweisungen finden die Strafbestimmungen der §§ 156, 157 des Gesetzes Anwendung.

Anmerkung: Zu vergl. § 57 Abs. 2 Satz 2 des Gesetzes.

## V. Ausdehnung der Versicherung.

### 1. Betriebsunternehmer.

#### A. Zwangsversicherung.

##### § 44.

##### Grenze.

Die Versicherungspflicht wird erstreckt auf Betriebsunternehmer, deren Jahresarbeitsverdienst eintaufend Mark nicht übersteigt.

Der Versicherungspflicht unterliegen nicht solche Unternehmer, deren gesamtes, auch aus anderen Quellen als dem versicherten Betriebe fließendes Einkommen fünfzehnhundert Mark übersteigt.

##### § 45.

##### Jahresarbeitsverdienst.

Als Jahresarbeitsverdienst im Sinne des § 44 Abs. 1 gilt dasjenige aus dem land- und forstwirtschaftlichen Betriebe, sowie dessen bei der Berufsgenossenschaft mitversicherten Nebenbetrieben fließende Reineinkommen, mit welchem die Mitglieder zu der staatlichen Einkommensteuer eingeschätzt sind.

Für die Ermittlung des nach § 44 Abs. 2 die Versicherungspflicht ausschließenden Gesamteinkommens ist die Veranlagung dieses gesamten Einkommens zur staatlichen Einkommensteuer entscheidend.

##### § 46.

##### Berechnung der Entschädigungen.

Bei Berechnung der aus der Zwangsversicherung der Betriebsunternehmer und ihren Ehefrauen zu leistenden gesetzlichen Entschädigungen ist der gemäß § 10 des Gesetzes für den Sitz des Betriebs festgesetzte durchschnittliche Jahresarbeitsverdienst erwachsener männlicher oder weiblicher land- oder forstwirtschaftlicher Arbeiter zugrunde zu legen.

#### B. Freiwillige Versicherung.

##### § 47.

##### Antragsberechtigung. Gegenstand. Beiträge. Verzeichnis.

Die Betriebsunternehmer sind auf Grund des § 4 Abs. 2 des Gesetzes berechtigt, sich selbst und ihre im Betriebe als Mitunternehmer tätigen Ehegatten gegen die Folgen von Betriebsunfällen zu versichern, sofern ihr Jahresarbeitsverdienst dreitaufend Mark nicht übersteigt, oder sie nicht regelmäßig mehr als zwei Lohnarbeiter beschäftigen.

Unternehmer, welche von dieser Berechtigung Gebrauch machen wollen, haben die Versicherung bei dem Genossenschaftsvorstande unter Angabe ihres Jahresarbeitsverdienstes schriftlich zu beantragen. Sie können sich hierbei der Vermittelung des Vertrauensmannes bedienen. Aber die Anmeldung der freiwillig Versicherten ist ein besonderes Verzeichnis zu führen.

Die Bestimmungen des § 45 Abs. 1 über die Ermittlung des Jahresarbeitsverdienstes finden entsprechende Anwendung.

##### § 48.

Bei Berechnung der aus der freiwilligen Versicherung der Betriebsunternehmer und ihrer Ehefrauen zu leistenden gesetzlichen Entschädigungen ist ein Jahresarbeitsverdienst von eintaufend Mark zugrunde zu legen.

##### § 49.

Für diese Versicherung haben die freiwillig versicherten Unternehmer einen Zuschlag zu den Beiträgen zu entrichten von zwei Prozent desjenigen Betrages, welcher sich als Unterschied zwischen dem angenommenen Jahresarbeitsverdienste

von eintaufend Mark und dem festgesetzten durchschnittlichen Jahresarbeitsverdienste land- oder forstwirtschaftlicher Arbeiter (§ 10 des Gesetzes) ergibt.

Die Genossenschaftsversammlung kann mit Genehmigung des Reichs-Versicherungsamtes den Prozentsatz entsprechend dem Anwachsen der Umlage in fünfjährigen Zwischenräumen anderweit festsetzen.

§ 50.

**Beginn. Erlöschen. Entziehung.**

Die Versicherung beginnt mit dem Tage, an welchem der Versicherungsantrag dem Genossenschaftsvorstande zugestellt ist. Gegen den Beschluß, durch den die Versicherung abgelehnt wird, steht dem Unternehmer beim Genossenschaftsvorstande binnen zwei Wochen Widerspruch und gegen die Entscheidung über den letzteren binnen derselben Frist Beschwerde beim Reichs-Versicherungsamte offen.

Die Versicherung erlischt mit dem Ableben des Unternehmers oder mit dem Fortfall der Voraussetzungen, welche die Versicherungsberechtigung begründeten, sowie, beim Fortbestehen der letzteren, durch eine schriftliche, beim Genossenschaftsvorstande einzureichende Abmeldung. Diese Abmeldung kann nur für den Ablauf eines Kalendervierteljahrs erfolgen und muß spätestens zwei Wochen vor diesem Termine bei dem Genossenschaftsvorstande eingehen.

§ 51.

**2. Organe und Beamte der Genossenschaft.**

Der Genossenschaftsvorstand ist berechtigt, Organe und Beamte der Genossenschaft bei dieser gegen die Folgen von Unfällen zu versichern, welche sie bei Gelegenheit ihrer dienstlichen Verrichtungen erleiden.

Die Höhe des für die Versicherung der Genossenschaftsorgane maßgebenden Jahresarbeitsverdienstes bestimmt der Genossenschaftsvorstand.

Für die Beamten gilt als Jahresarbeitsverdienst, welcher der Versicherung zugrunde zu legen ist, das Gehalt, welches sie im letztverfloßenen Jahre bezogen haben.

Bei der Berechnung der Entschädigungen finden im übrigen die gesetzlichen Vorschriften, insbesondere die der §§ 12 und 13 des Gesetzes Anwendung.

Die Versicherung erfolgt durch Übernahme der Unfallentschädigungen auf Rechnung der Genossenschaft.

Über Versicherungen dieser Art hat der Genossenschaftsvorstand ein Verzeichnis zu führen und einen Auszug daraus jedem Versicherten mitzuteilen.

**VI. Abänderungen des Statuts.**

§ 52.

Über Abänderungen des Statuts entscheidet die Genossenschaftsversammlung mit absoluter Mehrheit der abgegebenen Stimmen (§ 9 Absf. 2).

**VII. Veröffentlichung des Statuts.**

§ 53.

Das Statut, sowie Abänderungen desselben sind zu veröffentlichen.

Die Bestimmungen der §§ 44 bis 50 sind in den Braunschweigischen Anzeigen bekannt zu machen.

**VIII. Schlußbestimmung.**

§ 54.

Das vorstehende Statut tritt mit dem 1. Januar 1902 an die Stelle des bisher geltenden Statuts und seiner Nachträge.



Im einzelnen kommt hier in Betracht:

Von einer „Betriebsanmeldung“, wie bei den übrigen Berufsgenossenschaften, ist hier zwar keine Rede; \* die Entgegennahme von „Unfallanzeigen“ \*\* und die Vornahme der „Unfalluntersuchungen“ findet aber auch hier statt; und eine besondere Arbeit erwächst dem Gemeindevorsteher noch aus der Aufstellung der „Unternehmerlisten“ und der Erhebung der Beiträge der einzelnen Unternehmer.

Von der Aufstellung, Auslegung und Einsendung der sog. Unternehmerlisten handelt Artikel IV in §§ 2 bis 4 des Landesgesetzes (G. u. B. S. 1902 S. 279). Die dazu erforderlichen Formulare und die etwa weiter nötige Anweisung erhält der Gemeindevorsteher von der Kreisdirektion bzw. von der Berufsgenossenschaft.

Muster  
Nr. 73.  
Muster  
Nr. 74.

Für die Überweisungen an andere Braunschweigische Gemeinden behufs Aufnahme von Grundstücken in deren Unternehmerlisten wird ein Schreiben nach anliegendem Muster Nr. 73 und für die zu erlassende öffentliche Bekanntmachung wird die Form anliegenden Musters Nr. 74 empfohlen.

Nachdem der Genossenschaftsvorstand die Unternehmerlisten festgestellt hat, verteilt er die nach dem Voranschlage der Genossenschaftskasse aufzubringende Gesamtsumme auf die einzelnen Gemeinden des Herzogtums nach deren Gesamt-Grundsteuer-Kapitalien und läßt die Unternehmerlisten dem Gemeindevorsteher mit einem Heberollen-Auszuge wieder zugehen, damit dieser die Beiträge auf die einzelnen in der Unternehmerliste verzeichneten Unternehmer nach deren Grundsteuer-Kapitalen verteilt und die Erhebung dieser Beiträge ins Werk setzt. Diese wird wohl überall dem Gemeindevorsteher übertragen, hat nach denselben Grundsätzen zu erfolgen, wie die Erhebung öffentlicher Abgaben überhaupt und wird von der Genossenschaft durch Zahlung einer (zugleich für die Aufstellung der Unternehmerlisten geltenden) Gebühr zu 4% der eingezogenen Beiträge vergütet. (Vergl. Art. IV §§ 4 und 5 des L. G. vom 8. Dezember 1902 S. 281 und B. vom 14. Dezember 1900 (G. u. B. S. Nr. 69 S. 455). — Die Gemeinde haftet für diejenigen Beiträge, bei denen sie den wirklichen Ausfall oder die fruchtlos erfolgte Zwangsvollstreckung nicht nachweisen kann, und muß sie vorchußweise mit einsenden. Uneinziehbare Beiträge fallen aber der Berufsgenossenschaft zur Last und sind der Gemeinde, welche

\* Nach § 47 des Genossenschaftsstatuts steht es Landwirten, deren Jahresarbeitsverdienst nicht mehr als 3000 Mk. beträgt, oder die nicht regelmäßig mehr als zwei Lohnarbeiter beschäftigen, frei, sich und ihre Ehefrauen selbst gegen Unfall zu versichern. Zur Herbeiführung solcher Selbstversicherung ist aber erforderlich, daß die Versicherung unter Angabe des Jahresarbeitsverdienstes beim Genossenschaftsvorstande (Vertrauensmann) schriftlich beantragt wird.

\*\* Nach § 35 Abs. 1 des Genossenschaftsstatuts ist die Unfallanzeige nicht nur beim Gemeindevorsteher, sondern — bei Vermeidung einer Ordnungsstrafe bis zu 300 Mk. — gleichzeitig auch binnen drei Tagen beim Vertrauensmann vom Betriebsunternehmer zu machen.

sie vorgeschossen hat, zurückzuerstatten. (§ 100 Abs. 3 u. § 113 Abs. 3 des landwirtsch. U. B. G. — R. G. Bl. 1900 S. 680.)

Die Unternehmerlisten des Vorjahrs sind, wenn die Einsendung der neuen Unternehmerliste an den Berufsgenossenschafts-Vorstand erfolgt, mit dieser der Berufsgenossenschaft wieder mit einzusenden.

Eine besondere Eigentümlichkeit bei der landwirtschaftlichen Unfallversicherung besteht noch darin, daß solchen Personen, welche von der Kreisdirektion als Trunkenbolde bezeichnet (P. Str. G. B. § 15, G. u. B. G. 1899 S. 251), jedoch nicht entmündigt sind, die Unfallrente ganz oder teilweise unter Vermittelung der Gemeinde in Form von Naturalleistungen gewährt werden kann. (Landwirtsch. U. B. G. § 26 Abs. 2 fgg.) Der Gemeindevorsteher macht sich wohl verdient, wenn er geeignetenfalls die Anregung zu solcher Maßregel gibt.

E. Einige Besonderheiten sind noch zu beachten bei der Ausführung des Bau-Unfallversicherungsgesetzes (R. G. Bl. 1900 S. 698).

a) Wegen die Folgen eines Betriebsunfalls versichert sind nicht nur die als Lohnarbeiter bei einem gewerbmäßigen Bauunternehmer, Maurer-, Zimmermeister oder dergl., sondern überhaupt alle bei (auch nicht gewerbmäßiger) Ausführung von Bauarbeiten beschäftigten Personen (§ 1), und sogar Unternehmer von Bauarbeiten, wenn ihr Jahres-Arbeitsverdienst 3000 M. nicht übersteigt oder wenn sie nicht regelmäßig mehr als zwei Lohnarbeiter beschäftigen, sind berechtigt, sich selbst zu versichern (§ 4 Abs. 3).

b) Träger der Versicherung sind zwar auch bei der Bauunfallversicherung, soweit es sich um gewerbmäßige Ausführung von Hoch- und Tiefbauarbeiten handelt, die zu Berufsgenossenschaften zusammengesetzten Unternehmer, daneben aber auch die größeren Verbände (Reich, Staat, Gemeinde), für deren Rechnung Bauarbeiten ausgeführt werden, und zwar die Gemeinden unter Vermittelung von „Versicherungsanstalten“, welche bei den Hoch- und Tiefbau-Berufsgenossenschaften zu diesem Zwecke gebildet sind (§ 6).

c) Greignet sich bei Hoch- oder Tiefbauarbeiten, welche für Rechnung der Gemeinde ausgeführt werden, ein Unfall, so hat die Gemeinde dem verletzten Arbeiter während der ersten 13 Wochen „Krankenunterstützung“ (R. B. G. § 6 Abs. 1 Ziff. 1, R. G. Bl. 1892 S. 417) vorstufweise zu gewähren, wenn er solche von anderer Seite nicht erhält. Die zu diesem Zwecke gemachten Aufwendungen sind jedoch der Gemeinde von den Verpflichteten zu ersetzen (§ 10).

d) Bezüglich der Gemeindebauten der unter b erwähnten Art haben die Gemeinden nicht nur bei der Aufbringung (nach Maßgabe der Bevölkerungsziffer), sondern auch bei der Einziehung der Versicherungsbeiträge besonders mitzuwirken, wenn nicht etwa, wie dies in verschiedenen Kreisen verschieden geordnet ist, mit der betreffenden

„Versicherungsanstalt“ die Zahlung von „Pauschalbeträgen“ (§ 31) vereinbart ist und diese auf die Kreis-Kommunal-Kasse übernommen sind (§§ 18—36).

### III. Die Invalidenversicherung.

1. Das zunächst unterm 22. Juni 1889 erlassene Reichsgesetz, betr. die Invaliditäts- und Altersversicherung, ist ersetzt durch das Invalidenversicherungsgesetz vom 19. Juli 1899 (R. G. Bl. Nr. 2608 S. 463).

Dazu gehören folgende Ergänzungs- und Ausführungs-Vorschriften:

- a) Bekanntmachungen, betr. die Erstreckung der Versicherungspflicht auf die Hausgewerbetreibenden der Tabakfabrikation und der Textilindustrie vom 16. Dezember 1891 (R. G. Bl. Nr. 1979 S. 395), vom 1. März 1894 (R. G. Bl. Nr. 2157 S. 324) und vom 9. November 1895 (R. G. Bl. Nr. 2273 S. 452);
- b) Bekanntmachungen, betr. die Entwertung und Vernichtung der Marken, vom 24. Dezember 1891 (R. G. Bl. Nr. 1980 S. 399), vom 9. November 1899 (R. G. Bl. Nr. 2623 S. 665) und vom 3. Juli 1905 (R. G. Bl. Nr. 3149 S. 590);
- c) Bekanntmachungen, betr. die Befreiung vorübergehender Dienstleistungen von der Versicherungspflicht, vom 24. Januar 1893 (R. G. Bl. Nr. 2067 S. 5), vom 31. Dezember 1894 (R. G. Bl. Nr. 2205 S. 543), vom 24. Dezember 1899 (R. G. Bl. Nr. 2637 S. 721), vom 27. Dezember 1899 (R. G. Bl. Nr. 2638 S. 725) und vom 12. Januar 1900 (G. u. B. S. Nr. 4 S. 7);
- d) Bekanntmachungen, betr. die Einrichtung der Quittungskarten für die Invalidenversicherung, vom 10. November 1899 (R. G. Bl. Nr. 2624 S. 667) und 3. Juli 1905 (R. G. Bl. Nr. 3149 S. 590);
- e) Verordnungen, betr. den Geschäftsgang und das Verfahren des Reichs-Versicherungsamts, vom 19. Oktober 1900 (R. G. Bl. Nr. 2724 S. 983) und betr. das Verfahren vor den Schiedsgerichten für Arbeiterversicherung, vom 22. November 1900 (R. G. Bl. Nr. 2735 S. 1017);
- f) Bekanntmachungen Herzogl. Staatsministeriums zur Ausführung des Invalidenversicherungsgesetzes vom 8. Dezember 1899 (G. u. B. S. Nr. 102 S. 967), 12. Januar 1900 (G. u. B. S. Nr. 4 S. 7) und 26. Mai 1904 (G. u. B. S. Nr. 34 S. 145) — betr. Ausstellung von Quittungskarten, vom 28. September 1904 (G. u. B. S. Nr. 61 S. 315) — und betr. Aufsichtsbefugnisse der Landes-Versicherungs-Anstalt gegenüber den Einzugsstellen und die Rechnungsführung der letzteren, vom 28. April 1905 (G. u. B. S. Nr. 25 S. 105).

2. Das Invalidenversicherungsgesetz wendet seine Fürsorge den Arbeitern für diejenigen Bedürftigkeits-Fälle zu, welche durch die Kranken- und die Unfallversicherung nicht gedeckt, sondern durch Invalidität (Siechtum) und Alter veranlaßt sind, und erstreckt sich im wesentlichen auf denselben Kreis versicherungspflichtiger Personen, wie die Kranken- und Unfallversicherung, jedoch auch auf die Dienstboten (Gesinde).

Gegenstand der Versicherung sind Invaliden- und Altersrenten; auch ist Krankenfürsorge zugelassen, sofern als Folge einer Krankheit Invalidität zu besorgen ist.

Invalidenrente im Betrage von jährlich mindestens 116,40 bis 174,00 Mk. erhält zum Ersatz für verlorene Erwerbsfähigkeit jeder Versicherte, welcher dauernd erwerbsunfähig wird, d. h. nicht mehr  $\frac{1}{3}$  seines Durchschnittslohnes verdienen kann, wenn für ihn in mindestens 200 Wochen Versicherungsbeiträge entrichtet sind.

Altersrente im Betrage von jährlich 110 bis 230 Mk. erhält als Zuschuß zum Arbeitsverdienste derjenige noch nicht dauernd erwerbsunfähige Versicherte, welcher das 70. Lebensjahr vollendet hat, wenn für ihn für 1200 Wochen Versicherungsbeiträge entrichtet sind. Bezüglich beider Arten von Renten bestehen für eine Übergangszeit erleichternde Bestimmungen. An Stelle der Renten kann die Versicherungsanstalt einem Rentenberechtigten auf seinen Antrag Aufnahme in ein Invalidenhaus oder eine ähnliche Anstalt auf Kosten der Versicherungsanstalt gewähren.

Die zur Gewährung der Renten pp. erforderlichen Mittel werden, abgesehen von einem Zuschusse des Deutschen Reiches, durch Versicherungsbeiträge aufgebracht, welche je zur Hälfte den Versicherten und deren Arbeitgebern zur Last fallen. Unter gewissen Voraussetzungen werden entrichtete Beiträge zum Teil zurückerstattet.

Entrichtet werden solche Beiträge durch Einkleben von Marken in Quittungskarten, ein Geschäft, welches nach den für das Herzogtum erlassenen Ausführungsbestimmungen in den weitaus meisten Fällen nicht den Versicherten oder deren Arbeitgebern, sondern der Krankenkasse, welcher der Versicherte angehört, in Ermangelung einer solchen aber der Gemeindebehörde obliegt.\*

Behufs Bemessung der Höhe der Versicherungsbeiträge sind fünf „Lohnklassen“ gebildet, in welche die Versicherten nach dem für ihre Kranken- oder Unfallversicherung maßgebenden Durchschnittslohne bzw. nach dem „ortsüblichen Tagelohne gewöhnlicher Tagearbeiter“ eingereiht werden:

\* Nur dann, wenn es sich um Personen handelt, deren versicherungspflichtige Beschäftigung schon durch ihren Zweck oder durch Verabredung auf einen Zeitraum von weniger als einer Woche beschränkt ist, tritt hiervon eine Ausnahme ein; in diesen Fällen muß der Arbeitgeber für die Verwendung der Marken sorgen und zwar immer derjenige, welcher einen solchen Versicherungs-pflichtigen in einer Woche zuerst beschäftigt.

I.	Jahres-Arbeitsverdienst bis	350 Mk.,	Wochenbeitrag	14 Pf.,	11
II.	"	"	550 "	"	20 "
III.	"	"	850 "	"	24 "
IV.	"	"	1150 "	"	30 "
V.	"	"	über 1150 "	"	36 "

Die Durchführung der Invalidenversicherung erfolgt unter staatlicher Gewähr durch besondere Versicherungs-Anstalten, im Herzogtum durch die „Landes-Versicherungs-Anstalt Braunschweig“ zu Braunschweig, deren Verfassung und Verwaltung durch ein Statut geregelt sind, deren Vorstand über Rentenanträge entscheidet. Gegen dessen Bescheide gibt es eine Berufung an das „Schiedsgericht“ und weiter eine sog. Revision beim „Reichs-Versicherungsamte“ in Berlin.

3. Für die Durchführung der reichsgesetzlichen Bestimmungen ist es von einschneidender Bedeutung, daß durch die Ausführungsvorschriften des Herzogl. Staatsministeriums vom 8. Dezember 1899 (G. u. B. S. Nr. 102 S. 967) die Ausstellung, der Umtausch und die Erneuerung der Quittungskarten, sowie die Einziehung der Beiträge von den Arbeitgebern und die Verwendung (d. h. das Einkleben und Entwerten) der Marken übertragen ist:

für Versicherungspflichtige, welche einer Krankenkasse angehören, den Organen solcher Krankenkasse gleichzeitig mit der Einziehung der Krankenversicherungsbeiträge,

für Versicherungspflichtige dagegen, welche einer Krankenkasse nicht angehören, dem Gemeindevorsteher des Beschäftigungsorts.

Zwar kann der Gemeindevorsteher mit Genehmigung der Kreisdirection die ihm hiernach zufallenden Geschäfte einer andern Stelle übertragen; tatsächlich wird ihm dies aber dann kaum möglich sein, wenn in seiner Gemeinde nur „Gemeindefrankenversicherung“ besteht und ihm auch deren Verwaltung obliegt, wie das Gesetz das vorschreibt: ein weiterer Antrieb, die „Gemeindefrankenversicherung“ durch wirkliche Krankenkassen, insbesondere „Orts-Krankenkassen“ zu ersetzen. Geschieht dies, so hat der Gemeindevorsteher als solcher bei der Durchführung der Invalidenversicherung hauptsächlich nur noch insofern mitzuwirken, als ihm bei Rentenanträgen eine Tätigkeit erwächst. Wie die Verhältnisse tatsächlich liegen, erscheint es aber doch erforderlich, die bei der ganzen Gesetzesausführung in Betracht kommenden Hauptpunkte hier wenigstens in Kürze zusammenzustellen.

A. Die zunächst auftauchende Frage ist die, welche Personen versicherungspflichtig sind. Diese Frage behandelt das Gesetz in den §§ 1 bis 7 und das Reichs-Versicherungsamt in einer den Kreis der nach dem Gesetze versicherten Personen betreffenden „Anleitung“ vom 19. Dezember 1899, welche als besondere Druckschrift erschienen ist. Was aus dieser Anleitung für den Geschäftsbereich des Gemeindevorstehers erforderlich, enthält der nachstehende Auszug:

## I. Versicherungspflicht.

1. Im Vergleich mit den Reichsgesetzen über Kranken- und Unfallversicherung ist die Versicherungspflicht nach dem Invalidenversicherungsgesetz die weit umfassendere. Sie knüpft nicht an die Zugehörigkeit zu bestimmten Betrieben an und beschränkt sich nicht auf sachlich abgegrenzte Gebiete menschlicher Tätigkeit, sondern sie ergreift die arbeitende Bevölkerung sämtlicher Berufszweige, und zwar neben einigen kleineren Gruppen geistiger Arbeiter im allgemeinen alle Personen, die in der Landwirtschaft, der Industrie, dem Handel, in der Hauswirtschaft, im Reichs-, Staats-, Gemeinde-, Kirchen- oder Schuldienst usw. ihre Arbeitskraft in untergeordneter, abhängiger Stellung verwerten. Nach dem Aufbau des Gesetzes kommt es jedoch zur Begründung der Versicherungspflicht nicht darauf an, ob jemand im allgemeinen denjenigen Bevölkerungsklassen angehört, denen die gesetzliche Fürsorge zugewendet werden soll, sondern jedenfalls zunächst nur darauf, ob er in einem einzelnen Beschäftigungsverhältnis bestimmter Art steht (zu verg. aber auch §. 11 und 34 m.). Ob aber ein Beschäftigungsverhältnis die Versicherungspflicht hervorzurufen geeignet ist, dies hängt, abgesehen davon, daß es räumlich unter die Herrschaft des Gesetzes fallen muß, von persönlichen Umständen des Beschäftigten, von der Gewährung eines Entgelts gewisser Art, von dem Gegenstande der Beschäftigung, sowie davon ab, ob die Arbeit sich als eine unselbstständig geleistete darstellt.

5. Abweichend von der Unfallversicherung läßt das Invalidenversicherungsgesetz den Versicherungszwang erst mit dem ersten Tage des 17. Lebensjahres beginnen.

Eine Altersgrenze nach oben ist nur in der Gestalt vorgesehen, daß der § 6 Abs. 1 des Gesetzes Personen, die das siebenzigste Lebensjahr vollendet haben, gestattet, sich durch einen Beschluß der unteren Verwaltungsbehörde ihres Beschäftigungsortes von der Versicherungspflicht befreien zu lassen. Ohne solche Befreiung bleiben sie (wie bisher stets, zu vgl. Besch. 27 M. N. J. u. M. B. 1891 S. 148) versicherungspflichtig, und zwar auch wenn sie Altersrente beziehen.

6. Keinen Unterschied macht grundsätzlich das Geschlecht oder der Familienstand. Das Gesetz findet Anwendung ebensowohl auf Arbeiter wie auf Arbeiterinnen usw., auf Verheiratete wie auf Ledige, auf Hauskinder wie auf Gewaltfreie. War insbesondere für eine Ehefrau die Unvorsichtigkeit durch Beitragsersatzung gemäß § 42 des Gesetzes erloschen, so tritt doch bei einer Wiederaufnahme der Lohnarbeit die Versicherungspflicht abermals ein.

Dies hindert jedoch nicht, daß gegebenenfalls die herkömmliche Stellung des weiblichen Geschlechts im Wirtschaftsleben oder der Ehefrau in der Familie dazu führt, eine von einer weiblichen Person ausgeübte Tätigkeit anders zu beurteilen, als eine äußerlich gleiche Beschäftigung von Männern, sowie daß das zwischen zwei Personen vorhandene Familienband das Bestehen eines Arbeitsverhältnisses zwischen ihnen ausschließt oder unwahrscheinlich macht (§. 18 b, c und §. 44).

7. Wird ein Arbeitsverhältnis durch das Gesetz räumlich erfaßt, so ist es im übrigen ohne Belang, ob der Beschäftigende oder der Beschäftigte oder beide deutscher oder fremder Staatsangehörigkeit sind. Namentlich sind die im Inland beschäftigten Ausländer grundsätzlich versicherungspflichtig, wenn sie auch demnächst in das Ausland zurückzukehren beabsichtigen und daher keine Aussicht auf Erfüllung der Wartezeit oder den Bezug einer Rente haben. Ausnahmen kann der Bundesrat gemäß § 4 Abs. 1 oder 2 des Gesetzes vorschreiben.\*

\* Mit Beschluß vom 21. Februar 1901 hat der Bundesrat polnische Arbeiter russischer und österreichischer Staatsangehörigkeit unter gewissen Voraussetzungen von der Versicherungspflicht befreit; es sind aber diesbezüglich folgende Vorschriften des Reichs-Versicherungsamts zu beachten:

1. Jeder derartige Arbeiter beschäftigender Arbeitgeber hat dies bei Vermeidung von Ordnungsstrafen bis zu 300 M. binnen 3 Tagen nach dem

8. Dem Gedanken, daß eine Versicherung nicht mehr Platz greifen kann, wenn der Versicherungsfall bereits eingetreten ist, entspringt die Vorschrift des § 5 Abs. 4 des Gesetzes. Sie schließt alle Personen, welche in dem zum Bezug einer Invalidenrente aus § 15 des Gesetzes berechtigenden Umfange erwerbsunfähig sind, von der Versicherungspflicht aus und zwar sowohl von der Fortsetzung eines bestehenden als auch von der Begründung eines neuen Versicherungsverhältnisses. Zu dieser nur die dauernd Erwerbsunfähigen betreffenden Vorschrift tritt ergänzend diejenige des § 5 Abs. 3 a. E. des Gesetzes, nach der jeder Empfänger einer reichsgesetzlichen Invalidenrente (auch wegen nur vorübergehender Erwerbsunfähigkeit, § 16 des Gesetzes) für die Zeit des Rentenbezuges aus der Versicherung ausscheidet. Über die Anwendung desselben Grundsatzes bei der freiwilligen Versicherung s. Z. 57.

Der gesetzliche Mindestverdienst ist künftig nicht mehr aus festen Beträgen zu berechnen, sondern nur zu schätzen; auch kommt für die Bemessung der vorhandenen Erwerbsfähigkeit nicht mehr allein die Möglichkeit eines Erwerbs durch „Lohnarbeit“, sondern durch „Arbeit“ im allgemeinen in Betracht.

9. In den §§ 5 Abs. 1 und 2, 6 Abs. 1, 7 des Gesetzes wird ferner eine Reihe von Ausnahmen von der Versicherungspflicht geregelt, die auf dem gemeinsamen Grundgedanken beruhen, daß die Versicherung für solche Personen entbehrlich ist, welche bereits auf anderem Wege einer der durch das Z. B. G. geschaffenen gleichwertigen Fürsorge teilhaftig werden. Die Befreiung tritt zum Teil von selbst, zum Teil nur auf Antrag des einzelnen Beschäftigten, also nach seiner Wahl ein.

a) Kraft Gesetzes unterliegen der Versicherungspflicht nicht Beamte des Reichs, der Bundesstaaten und der Kommunalverbände, sofern ihnen eine Anwartschaft auf Ruhegehalt im Mindestbetrage der Invalidenrente nach den Sätzen der ersten Lohnklasse (116 Mark) gewährleistet ist. Ob eine im Reichs-, Staats- oder Kommunaldienst beschäftigte Person „Beamter“ ist, bestimmt sich nach den für seine dienstliche Stellung maßgebenden gesetzlichen oder Verwaltungsvorschriften; die Befreiung ist also insbesondere nicht etwa auf Beamtenbefrauen, die eine Anwartschaft auf Witwengeld haben, auszudehnen. Auch für Reichs- und Staatsbeamte bildet im Gegensatz zum bisherigen Recht ihre Eigenschaft als Beamte nicht mehr die einzige Voraussetzung der Befreiung. Hinzutreten muß vielmehr, ebenso wie bei den Kommunalbeamten, der Besitz der Ruhegehaltsanwartschaft. Dieses Erfordernis ist jedoch ein abgeschwächtes im Vergleich mit dem bisherigen der „Pensionsberechtigung“ bei Kommunalbeamten; befreit ist nicht nur ein Beamter, der im Falle seiner Dienstuntauglichkeit sofort ein Ruhegehalt zu fordern haben würde, der also allen sonstigen Anforderungen, insbesondere hinsichtlich der vorgeschriebenen Dienstzeit, bereits genügt hat, sondern jedenfalls auch ein Beamter, der in eine an sich mit Ruhegehaltsberechtigung ausgestattete Stelle eingerückt ist, wenngleich er den ge-

Beginne der Beschäftigung dem Vorstande der Versicherungsanstalt anzuzeigen.

2. Der Vorstand übersendet dem Arbeitgeber ein Muster für eine von diesem aufzustellende Nachweisung.
3. Der Arbeitgeber hat dieses Muster für das laufende Vierteljahr auszufüllen und bis zum 15. des ersten Monats des nächstfolgenden Vierteljahrs dem Vorstande der Versicherungsanstalt einzusenden, hierbei auch, soweit die Ausfüllung des Modells darüber keinen Aufschluß gibt, anzuzeigen, ob die Beschäftigung der Ausländer sich über den Beginn des letzten Vierteljahrs hinaus erstreckt hat.
4. Der Vorstand prüft die Nachweisung, stellt den darauf zu entrichtenden Betrag fest und sendet eine Abschrift der Nachweisung an den Arbeitgeber mit der Aufforderung zurück, den festgestellten Betrag an die Versicherungsanstalt auf deren Kosten einzusenden. Die Verwendung von Beitragsmarken zum Zwecke der Zahlung ist unzulässig.
5. Bei Fortdauer der Beschäftigung finden Ziff. 2 u. 3 entsprechende Anwendung.

sicherten Anspruch auf Ruhegehalt erst durch Zurücklegung einer längeren Dienstzeit erwerben muß. Aber auch vor der Erlangung einer solchen (also im allgemeinen einer etatsmäßigen) Stelle wird ein Beamter eine Anwartschaft im Sinne des Gesetzes regelmäßig bereits dann besitzen, wenn ihm nach dem Abschluß seiner Ausbildung — wozu u. a. auch eine sogenannte Probezeit gerechnet werden kann — eine Stellung (z. B. als Diätar) übertragen wird, die nach den bestehenden Verwaltungsgrundsätzen den allgemein üblichen Übergang zu einer Anstellung mit späterer Ruhegehaltsberechtigung bildet. Wollte man dies nicht annehmen, so würde sich zwischen die kraft Gesetzes versicherungsfreie Ausbildungszeit und die ebenso versicherungsfreie Dienstzeit in einer etatsmäßigen Stelle in zahlreichen Fällen eine Zeit der Versicherungspflicht einschieben, was augenscheinlich zweckwidrig sein würde und daher nicht wohl beabsichtigt sein kann. Für diese Auffassung spricht es auch, daß eine Übergangszeit der bezeichneten Art sehr häufig bei der Prüfung der Ruhegehaltsberechtigung und der Berechnung des Ruhegehaltsbetrages mit als Dienstzeit in Ansatz kommt.

Dagegen reicht es freilich zur Annahme einer Anwartschaft nicht aus, wenn nur eine unbestimmte Hoffnung auf die dereinstige Erlangung einer mit Ruhegehaltsrecht verbundenen Stelle vorhanden ist, wenn sich also noch nicht übersehen läßt, wie sich die Laufbahn eines jungen Beamten voraussichtlich gestalten wird (z. B. jemand ist nur zur Aushilfe beschäftigt, es kommt aber vor, daß die Anstellungsbehörde Beamte dieser Klasse dauernd übernimmt).

Die Befreiung beschränkt sich nicht unbedingt auf die dienstliche Tätigkeit, sie erstreckt sich jedenfalls dann, wenn diese den Kern der wirtschaftlichen Stellung des Beamten im Ganzen ausmacht, auch auf nebenhergehende andere Beschäftigungsverhältnisse (Rev. E. 237 A. R. Z. u. A. R. 1893 S. 85).

Alles Vorstehende gilt entsprechend für Lehrer und Erzieher an öffentlichen Schulen oder Anstalten.

Beamte, die lediglich zur Ausbildung für ihren zukünftigen Beruf (wenn auch selbstverständlich gegen Entgelt — sonst käme § 1 überhaupt nicht zur Anwendung —) beschäftigt werden, gelangen im gewöhnlichen Lauf der Dinge in Ämter oder sonstige Stellungen, deren Inhaber ohne weiteres der Versicherungspflicht entzogen sind. Für diese Personen ist daher nach § 5 Abs. 1 des Gesetzes gleichfalls die Versicherungspflicht ausgeschlossen.

10. b) Die Befreiung ist durch die untere Verwaltungsbehörde (§ 169 des Gesetzes) solchen Personen auf ihren Antrag zu gewähren, welche durch einen bereits verwirklichten Anspruch auf Bezüge der in § 6 Abs. 1 des Gesetzes bezeichneten Art sichergestellt sind. Der Ausdruck „Personen“ ergibt, daß es sich, neben den früheren Lehrern und Erziehern, nicht nur um gewesene Beamte im Sinne des § 5 des Gesetzes handelt; ferner besagt der Ausdruck „ähnliche Bezüge“, daß beispielsweise auch als „Unterstützungen“ und dergl. bezeichnete oder nicht unmittelbar vom Reich usw. geschuldete Leistungen nach Lage der Umstände als einem eigentlichen Ruhegehalt gleichwertig gelten dürfen. Der über den Befreiungsantrag befindenden Behörde liegt es ob, im einzelnen Falle zu prüfen, ob ein solcher Bezug hinsichtlich der Bedingungen seiner Fortdauer sowie in Ansehung der Sicherstellung die nötige Gewähr bietet.

Zu den „Pensionen“ oder „ähnlichen Bezügen“ gehört auch das Witwengeld der Beamtenwitwen.

Dem Ruhegehaltsbezug ist der Bezug einer Rente auf Grund der reichsgesetzlichen Unfallversicherung, also auch einer Hinterbliebenenrente, gleichgestellt. Auf die auf dem Rechtsgebanken des Schadensersatzes beruhenden Haftpflichtrenten darf diese Bestimmung nicht ausgedehnt werden, auch nicht, wenn der Staat Haftpflichtschuldner ist.

Eine erweiterte Geltung des § 6 Abs. 1 kann der Bundesrat nach § 7 des Gesetzes auf Antrag beschließen.

Voraussetzung der Befreiung ist nur, daß die bezeichneten Bezüge „bewilligt“ sind; die Befreiung ist oder wird daher nicht unzulässig, wenn der bewilligte Bezug, etwa wegen anderweiter Beschäftigung des Berechtigten im Staatsdienste,



ruht. Die Befreiung beginnt im Zweifel, insbesondere sofern die Verwaltungsbehörde nichts anderes bestimmt, mit dem Zeitpunkt der Antragstellung. Sie erlischt, abgesehen von einem Wegfall des Befreiungsgrundes, auch durch Zurücknahme des Antrages.

11. Da der Versicherungszwang grundsätzlich nicht, etwa wie in der Krankenversicherung, von einer Mindestdauer des Beschäftigungsverhältnisses abhängt, ferner das einzelne Beschäftigungsverhältnis als solches ohne Rücksicht darauf erfaßt, ob der Beschäftigte im allgemeinen zur Klasse der Lohnarbeiter usw. gehört (§. 1), überläßt es der § 4 Abs. 1 des Gesetzes dem Bundesrat, in der Billigkeit liegende Ausnahmen für solche Fälle vorzusehen, in denen die an sich versicherungspflichtigen Dienstleistungen sich als nur „vorübergehende“ darstellen. Hierher gehören auch die in § 6 Abs. 2 des Gesetzes besonders geregelten Verhältnisse.

(Vergl. die eben bei III. 1. c. angeführten Bekanntmachungen.)

12. Das durch Lohnarbeit entstehende Versicherungsverhältnis knüpft sich unlösbar an die Person des Arbeitenden. Beispielsweise sind also, wenn ein Heuerling sich bei den übernommenen Arbeiten durch einen Angehörigen oder Knecht vertreten läßt, die entsprechenden Beitragsmarken nicht etwa für den Heuerling, sondern für die tatsächlich beschäftigte Person zu verwenden.

13. Abweichend von den Vorschriften der Unfallversicherungsgesetze beschränkt sich die Invalidenversicherung auf Personen, welche gegen Entgelt tätig sind, sie verlangt eine Beschäftigung gegen „Lohn oder Gehalt“. „Lohn“, als der weitere Begriff, umfaßt jede Leistung von Vermögenswert, die als Arbeitsentgelt gewährt wird. Ob eine Vergütung als Gehalt oder als Lohn schlechtmäßig zu bezeichnen ist, macht keinen Unterschied. Unerheblich ist ferner der Gegenstand der Leistung, sofern sie nur Vermögenswert besitzt. Neben der Hingabe von Geld oder Naturalien kommt beispielsweise als Lohn in Betracht: Einkauf eines Bediensteten in eine Versorgungsanstalt, Befreiung von einer Geldschuld, Gewährung der Gelegenheit zu einem lohnenden Nebengewerbe.

Das Gesetz unterscheidet auch nicht nach der Form und dem Maßstab des Lohnes. Grundsätzlich kann also versicherungspflichtige Arbeit vorliegen, gleichviel, ob der Lohn als Zeit-, namentlich Tagelohn, oder als Akkordlohn, Stücklohn bemessen ist oder in noch anderer Weise bestimmt wird. Beispiele: Drescherlohn in Gestalt des so und sovielen Scheffels vom Erdrusch, Hirtenlohn nach der Stückzahl des geweideten Viehs, Provision vom Hundert des Betrages der zu Stande gebrachten Geschäftsabschlüsse, Steinbrechen gegen einen nach dem Gewicht der abgefahrenen Massen berechneten Betrag, Sammellohn nach der Menge der abgelieferten Kiefernzapfen, Heuernten gegen Überlassung von einem Drittel des gewonnenen Heues, Fischerdienst gegen ein Drittel des Fangerlöses.

Mit dem Lohnbegriff ist es vereinbar, daß die gewährte Vergütung nicht allein das Entgelt für die Tätigkeit des Empfängers, sondern auch die Mittel zur Befolgung der von ihm beschafften Hilfskräfte und zur Bestreitung anderer Ausgaben enthält, daß also die Höhe des ihm Verbleibenden in gewissem Grade von der eigenen Entschließung und geschäftlichen Tüchtigkeit des Empfängers abhängt, z. B. bei einem Piegler im Akkord, der die Hilfskräfte stellt, oder Straßenakfordanten, bei einem Schiffsführer, der den Schiffsmann annimmt und die Abgaben bezahlt.

14. Von besonderen Arten des Lohnes handelt § 3 des Gesetzes. *Lohn* bezeichnet im weiteren Sinne jeden Anteil am Arbeitsertrag, im engeren einen nach festem Satz zu berechnenden Anteil am Reingewinn eines Geschäftsbetriebes.

„Naturalbezüge“ umfaßt alles, was als Gegenstand menschlichen Gebrauches oder Verbrauches verwendbar oder verwertbar ist, also nicht nur Wohnung, Kleidung, Nahrungsmittel, Feuerung und dgl., sondern auch z. B. Landnutzung, Viehfutter, Ausfaat, Erlaubnis zur Einstellung von Schafen in die Herde des Dienstherrn, so daß sie an Futter und Weide teilnehmen, während die Nutzungen dem Schäfer zufallen, Leistung von Spanndiensten, freie ärztliche Behandlung.

Die Vorschrift des § 3 Abs. 1 des Gesetzes bezieht sich nicht nur auf Naturalleistungen neben Geldlohn, sondern auch auf einen ausschließlich in Naturalbezügen bestehenden Lohn.

Für Tantiemen und Naturalbezüge ist eine Wertfestsetzung (von Bedeutung für die Anwendung der §§ 1 Z. 2, 34 des Gesetzes) nach dem Durchschnitt seitens der unteren Verwaltungsbehörde vorgesehen. Diese Wertfestsetzung ist für das Rentenstreitverfahren bindend, nötigenfalls in dessen Verlauf herbeizuführen, sie gilt jedoch nur für die wirkliche Versicherung, nicht für die vorgelegte Zeit.

15. Der „freie Unterhalt“ erfüllt an sich den Lohnbegriff. § 3 Abs. 2 des Gesetzes nimmt dem freien Unterhalt diese Eigenschaft nicht, begründet vielmehr nur eine Ausnahme hinsichtlich des Eintritts der Versicherungspflicht.

Freier Unterhalt ist dasjenige Maß von wirtschaftlichen Gütern, welches zur unmittelbaren Befriedigung der notwendigen Lebensbedürfnisse des Arbeitnehmers erforderlich ist; hierzu gehören jedoch nicht nur Unterkunft, Beköstigung, Kleidung u. dgl., sondern auch mancherlei kleinere, je nach dem Alter, dem Geschlecht und den Lebensgewohnheiten verschiedene Leistungen, welche auch bei geringen Ansprüchen an Behaglichkeit nicht wohl entbehrt werden können.

16. Ohne daß es darum einem Beschäftigten wegen Lohn gebrähe, kann es vorkommen, daß das Arbeitsentgelt nicht von dem eigentlichen Arbeitgeber, sondern von Dritten, gewissermaßen für Rechnung des Arbeitgebers hergegeben wird, oder daß nicht der Arbeitnehmer, sondern eine dritte Mittelsperson die Vergütung von dem Arbeitgeber empfängt.

Unter dem ersten Gesichtspunkt sind die an Kellner und andere Bedienstete gegebenen Trinkgelder (s. auch Z. 17), sowie die Gebühren, auf welche manche Arten von Angestellten anstatt fester Besoldung angewiesen zu werden pflegen, als „Lohn“ im gesetzlichen Sinne anzusehen. Unter den zweiten Gesichtspunkt gehören Fälle, wie der des Scharwerkers, der vom Instmann zur Hofarbeit gestellt wird, während der Gutsherr den entsprechenden Lohn lediglich an den Instmann entrichtet, oder der einer Ehefrau, die durch den Dienstherrn ihres Ehemannes mit einem Teile der von diesem übernommenen Arbeiten ohne gesonderte Bezahlung beschäftigt wird, oder der von einem Kleinakkordanten angenommenen Hilfskräfte, deren Lohn in der dem Ersteren gewährten Gesamtvergütung mitenthalten ist.

17. Bei der Prüfung, ob eine Beschäftigung „gegen Lohn“ vorliegt, ist wie auch sonst bei der Auslegung der Arbeiterversicherungsgeetze der Nachdruck weniger auf die hergebrachte Benennung als auf den wirklichen Tatbestand, weniger auf die rechtliche Erscheinungsform als auf den wirtschaftlichen Inhalt des Geschäfts zu legen.

Demgemäß ist weder erforderlich, daß ein klagbarer Anspruch auf das Entgelt bestehe, noch auch nur, daß im voraus die Absicht, gegen Entgelt zu arbeiten oder ein solches zu gewähren, erklärt worden sei, es genügt vielmehr, wenn tatsächlich eine Zuzwendung erfolgt, die der Beschäftigte nach den Umständen des Falles als ein Entgelt für seine Tätigkeit ansehen kann.

Zum Lohn gehören daher weiter auch sogenannte Weihnachtsgratifikationen und ähnliche Leistungen, welche ohne Vertragszwang in gewisser Höhe ortsüblich gegeben zu werden pflegen, ferner Trinkgelder (auch von Dritten), auf die gerechnet werden konnte, und die bei der Vereinbarung der Lohnbedingungen, wenn auch nur stillschweigend, berücksichtigt worden sind. Ebenso können Beträge, die als „Aushilfe“, „Gnadengehalt“ und dergl. bezeichnet werden, trotzdem u. U. sehr wohl „Lohn“ im gesetzlichen Sinne sein, auch bleibt ein wirkliches Arbeitsentgelt selbst insoweit Lohn, als es aus besonderen Gründen, wie Dankbarkeit für langjährige Dienste, verhältnismäßig hoch bemessen ist.

Wie ein tatsächlich gegebenes, wenn auch rechtlich nicht zu beanspruchendes Entgelt als Lohn zu behandeln ist, so kommt andererseits ein zwar verbindliches, aber dauernd nicht ausgeführtes Lohnversprechen nicht in Betracht.

18. Von den Fällen unter 17, in denen Freigebigkeit und ähnliche Rücksichten nur in rechtlich unerheblicher Weise mitwirken, sind solche Beziehungen wohl zu unterscheiden, die zwar äußerlich zur Leistung von Arbeiten auf der

einen und zur Gewährung von Vermögenswerten auf der anderen Seite den Anlaß geben, aber doch eine wesentlich andere Grundlage haben als die Absicht des freien wirtschaftlichen Austausches von Arbeit und Lohn. Derartige Lebensverhältnisse begründen die Versicherungspflicht nicht. Im einzelnen sind hier zu nennen:

a) **Militärdienst.** Nach § 5 Abs. 3 des Gesetzes unterliegen Personen des Soldatenstandes, welche dienstlich als Arbeiter beschäftigt werden, der Versicherungspflicht nicht. Bei außerdienstlicher Beschäftigung gegen Lohn tritt die Versicherungspflicht grundsätzlich wieder ein — Soldaten, die in der Ernte Aushilfe leisten, Militärmusiker, die für Private gegen Entgelt spielen.

b) **Ehe.** Zwischen Ehegatten kann ein versicherungspflichtiges Arbeitsverhältnis wegen der sittlichen Grundlagen ihrer allgemeinen Lebensgemeinschaft nicht bestehen. Zu vergl. aber auch Z. 32.

c) **Verwandtschaft.** Sie hindert an sich das Zustandekommen eines eigentlichen Lohnarbeitsverhältnisses nicht. Jedoch bedarf es in jedem einzelnen Falle der Prüfung, ob die Arbeit und der vorgebliche Lohn in der Tat in dem Verhältnis von Leistung und Gegenleistung zu einander stehen, oder ob nicht vielmehr nur ein familienhaftes Gemeinschaftsleben, eine unverbindliche Hilfeleistung unter wirtschaftlich und sozial Gleichgestellten aus sittlichen oder Anstandsgründen, eine auf der Unterhaltspflicht beruhende Darreichung der Lebensnotdurft vorliegt. Diese Frage, von deren Beantwortung — von der häufig schwierigen Beweiswürdigkeit und der Unwendbarkeit des § 3 Abs. 2 des Gesetzes abgesehen — das Schicksal zahlreicher Ansprüche solcher Personen abhängt, die bei ihren Kindern im Altenteil (als Altküchen, Leihknecht, Altknecht, Auszügler, Auszubildender usw.) oder im Hause der Eltern oder sonstigen Verwandten leben, kann naturgemäß nur nach Lage der jeweiligen Umstände zutreffend entschieden werden, wobei unter anderem erheblich wird, ob der angebliche Arbeitnehmer eine verwertbare Arbeitskraft besitzt, anderweit Lohnarbeiten bei Fremden ausgeführt hat, insbesondere etwa zu den Berufsarbeitern zählt, ob der angebliche Dienstherr einer gelohnten Hilfskraft bedurfte, auch sonst eine solche zu halten pflegte, ob eine bestimmte Vergütung vereinbart ist und regelmäßig gewährt wird, ob sie den Leistungen angemessen ist, ob nicht nur nach Befinden und Belieben, sondern mit einer gewissen Ständigkeit bestimmte Arbeiten verrichtet worden sind usw.

d) **Unfreiheit.** Das Gesetz gilt nur für freie Arbeiter; Strafgefangene, Inassen von Arbeitshäusern und Besserungsanstalten werden zwar auch beschäftigt und erhalten Geld oder Geldeswert, dem liegt aber kein freier wirtschaftlicher Austausch von Arbeit und Lohn, wenn auch nicht immer unmittelbarer obrigkeitlicher Zwang zugrunde.

Dies gilt an sich auch für jugendliche Personen, die durch den Strafrichter oder die Vormundschaftsbehörde der öffentlichen Zwangserziehung überwiesen worden sind; sie werden jedoch versicherungspflichtig, wenn man sie unter Fortdauer der Zwangserziehung außerhalb der Anstalt in ein im übrigen den Voraussetzungen des § 1 des Gesetzes entsprechendes Beschäftigungsverhältnis, z. B. als Lehrling oder Knecht, eintreten läßt.

e) **Freigebigkeit, Wohltätigkeit.** Keine Schenkungen sind kein Lohn, die etwa den Anlaß dazu bietende Tätigkeit des Beschenkten ist keine Lohnarbeit.

Anstalten, die der öffentlichen oder privaten Armenpflege dienen, wie Bepflegungsstationen, Armenhäuser, ferner Blinden-, Irrenanstalten usw. stehen zwar den Arbeitshäusern nicht gleich, so daß die in ihnen Beschäftigten an sich versicherungspflichtig sein können. Wohl aber kann ungeachtet der von den Inassen solcher Anstalten geleisteten Arbeiten der Gedanke der einseitigen Fürsorge nach Lage der Umstände so sehr in den Vordergrund treten, daß nur ein Unterstützungsverhältnis vorliegt. Bezüglich der sogenannten Arbeiterkolonien ist zu beachten, daß sie gerade bezwecken, den Aufgenommenen das Bewußtsein eines ehrlich erworbenen Arbeitsverdienstes zurückzugeben. Mag daher auch der für die Anstaltsarbeit gutgeschriebene Betrag als „Gabe der Barmherzigkeit“ oder ähnlich bezeichnet, und ein Rechtsanspruch darauf nicht zugestanden werden,

so bleibt er doch regelmäßig Lohn im Sinne des Gesetzes und begründet, soweit nicht § 3 Absf. 2 des Gesetzes zutrifft, die Versicherungspflicht.

f) **Ausübung religiöser und ähnlicher Pflichten.** Ein gänzliches Zurücktreten der Beziehung auf eine als Lohn zu bezeichnende Gegenleistung kommt auch bei der Krankenpflege und anderen gemeinnützigen Tätigkeiten vor, insbesondere soweit sie von Mitgliedern religiöser Verbände ausgehen (Diakonissen, Schulschwestern, Gemeindepflegerinnen). Jedoch bedarf es stets genauerer Feststellung, ob in der Tat ausschließlich eine uneigennütige, namentlich auf religiöser Grundlage beruhende Betätigung der Nächstenliebe vorliegt, oder die Übernahme einer Arbeit im Hinblick auf den dadurch gesicherten Lebensunterhalt, womit das Obwalten sittlicher und religiöser Beweggründe auf Seiten des Auftraggebers oder der Pflegerin sehr wohl vereinbar ist. Im ersteren Falle werden sich die Bezüge der beschäftigten Person regelmäßig innerhalb der Grenzen des freien Unterhalts bewegen, so daß die Versicherungspflicht schon nach § 3 Absf. 2 des Gesetzes ausgeschlossen ist.

g) **Ehrenamt.** Für Verbände mancher Art, namentlich solche öffentlichen Rechts, besteht versaffungsmäßig die Pflicht jedes Mitglieds, nach gewisser Reihenfolge Verwaltungsgeschäfte zu übernehmen, für die wegen des unvermeidlichen Aufwandes an Zeit, Mühe und kleinen Ausgaben eine entsprechende mäßige Entschädigung ausgeworfen ist. Es ist nicht ausgeschlossen, daß nach Lage des einzelnen Falles mit Rücksicht auf die zugrunde liegende Rechtspflicht bei dem Verwalter eines solchen Ehrenamts die Versicherungspflicht verneint werden muß.

19. **Arbeiter im engeren Sinne** — an manchen Stellen des Gesetzes, z. B. §§ 30, 46, wird der Ausdruck **Arbeits-** oder **Dienstverhältnis** auch detart gebraucht, daß damit alle Beschäftigungsverhältnisse, die unter § 1 fallen, gemeint sind — sind Personen, die einem andern als lediglich ausführende Hilfskräfte hauptsächlich ihre körperliche Leistungsfähigkeit zur Verfügung stellen. Im einzelnen Falle kann dabei die Arbeitsleistung nicht unerhebliche Kenntnisse und selbst geistige Tätigkeit erfordern, z. B. bei Drudern, Präzisionsmechanikern und dergl. Als Arbeit müssen andererseits auch Leistungen einfachster Art, wie z. B. die eines Modellstehers oder eines Almoseinsammlers für fremde Rechnung, des Begleiters eines Drehorgelspielers anerkannt werden.

Der Begriff des **Gehülfen** ist nicht nur in dem Sinne des **Gewerbegehilfen** (z. B. Kellner, Kontrollleur eines Vergnügungslokals, Bademeister, Maurerepolier), sondern in der weiteren Bedeutung eines **Arbeitgehilfen** im allgemeinen zu verstehen, er umfaßt alle Hilfspersonen eines Arbeitgebers, deren Tätigkeit in wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht derjenigen des Arbeiters, Gesellen oder Dienstboten im wesentlichen gleichwertig ist. Die Abgrenzung dieses Personenkreises nach oben ist gegenüber dem bisherigen Rechtszustande zum Teil dadurch geändert worden, daß der Gesetzgeber für zahlreiche Bedienstete mittlerer Stufe, auch soweit auf sie bisher der Gehülfenbegriff des **F. u. A. B. G.** angewendet werden mußte, eine besondere Klasse **Versicherter**, die der „**Angestellten**“ geschaffen hat.

Der Versicherungspflicht als Gehülfen unterliegen hiernach zunächst — vorbehaltlich Z. 9 und 10 — die bei **Reichs-, Staats-, Gemeinde-** und sonstigen Behörden oder in büreaumäßig gestalteten Geschäftsbetrieben — der **Rechtsanwält, Notare, Patentanwälte, Gerichtsvollzieher, Auktionatoren, Berufs-genossenschaften usw.** — tätigen niederen Bediensteten, also z. B. **Schreiber, Kanzlisten, Rassenboten, Kanzleidiener, Polizeidiener, Gefangenenaufseher, Gemeinbediener, Nachtwächter, Flur- und Feldhüter, Feuerwehrlente, Meß- und Marktwächter** und dergl. mehr. Indessen ist die Anwendung des Gehülfenbegriffs nicht auf das Gebiet der unteren Beamtschaft im öffentlichen oder privaten Dienst beschränkt. Beispielsweise sind ferner **Gehülfen**: die niederen **Kirchenbediensteten** (Kirchendiener, Kirchenschweizer, Läufer, Kaskanten), ferner, soweit sie nicht selbständige Gewerbetreibende sind, die **Kochfrauen**, die **Kranken- und Wochenpflegerinnen**, die bei **Schaustellungen oder Musikaufführungen ohne höheres Kunstinteresse Mitwirkenden**.

**Bangerfeldt, Gemeindevorsteher.**

Gesellen sind die in einem Handwerksbetriebe in abhängiger Stellung beschäftigten, sachmäßig vorgebildeten Personen.

Ob ein **Verpflichteter Lehrling** ist, hat unter Umständen insofern Wichtigkeit, als § 8 des R. V. G. für Lehrlinge schlechthin den für „junge Leute“ (von 14 bis 16 Jahren) festgesetzten Durchschnittslohn maßgebend sein läßt, der letztere aber die Lohnklasse und weiterhin die Höhe der Rente beeinflusst (§§ 34, 36, 37 des Gesetzes). Der Lehrlingsbegriff ist nur im Gebiete des Gewerbes, einschließlich des Handelsgewerbes, sowie etwa noch der Landwirtschaft anwendbar. Hier wird als Lehrling bezeichnet jemand, der zum Zweck seiner Sachausbildung in ein Arbeitsverhältnis getreten ist. Wer sich also beispielsweise im niederen Bureaudienst ausbildet, ist nicht Lehrling im gesetzlichen Sinne.

Zu den **Dienstboten** im Sinne des Gesetzes gehören die gegen Kost und Lohn oder auch nur gegen Lohn zu niederen häuslichen Diensten angenommenen Personen, sowie die in der Landwirtschaft des Dienstherrn beschäftigten, in seinem Hausstande lebenden Arbeiter (Haus- und Wirtschaftsgebinde). Hilfspersonen im Haushalt mit einer den Dienstboten übergeordneten Stellung fallen im allgemeinen unter den Begriff der Angestellten.

Bei den unter §. 1 des § 1 des Gesetzes fallenden Personen ist die Höhe des Arbeitsverdienstes grundsätzlich ohne Belang. Jedoch kommt in Zweifelsfällen auch die Höhe des Jahresarbeitsverdienstes als Merkmal dafür in Betracht, ob jemand zu einer der unter §. 1 oder der unter §. 2 des § 1 des Gesetzes aufgeführten Personenklassen zu zählen ist, so daß u. U. bei einem 2000 Mark übersteigenden Arbeitsverdienst vermöge Anwendung der §. 2 die Versicherungspflicht entfällt.

Ein weiteres gemeinsames Erfordernis ist, daß die in §. 1 bezeichneten Personen als Arbeiter usw. „beschäftigt“ sein müssen (s. auch die §§ 30, 140 des Gesetzes). Darin liegt unter anderem, daß sie tatsächlich Arbeit leisten, nicht nur auf Ansuchen solche leisten müßten. Demgemäß ist die zur Hofarbeit verpflichtete Ehefrau eines Gutsarbeiters nur für die Wochen, in denen sie zur Arbeit kommt, zu versichern. Jedoch steht eine ständige Dienstbereitschaft, die auch für die Pausen Unfreiheit mit sich bringt, der wirklichen Arbeit gleich, so daß z. B. ein Dienstbote auch während derjenigen Wochen der Versicherung unterliegt, in denen er nicht eigentlich arbeitet.

20. Der Begriff des **Betriebsbeamten** erfordert das Vorhandensein eines Betriebes und eine gewisse Stellung innerhalb dieses Betriebes.

Ein Betrieb ist ein Inbegriff fortdauernder wirtschaftlicher Tätigkeiten; unter wirtschaftlichen sind dabei die auf Erwerb d. h. die Erzeugung von Gütern gerichteten Tätigkeiten zu verstehen. Der Stellung des Betriebsbeamten im Betriebe ist eigentümlich ein Zurücktreten der persönlichen Mitwirkung bei den Herstellungs- und Gewinnungsvorgängen, eine gewisse Beteiligung bei der Leitung, eine Aufsichtsstellung gegenüber den nur ausführenden Arbeitern, Gesellen und Gehülfen; ein Betriebsbeamter ist demnach eine in dem Betriebe mit einer über die Tätigkeit des Arbeiters oder Gehülfen hinausgehenden, leitenden oder beaufsichtigenden Stellung betraute Person.

Gegenüber der Unfallversicherung ergibt sich eine erweiterte Anwendung dieses Begriffs von selbst dadurch, daß die Invalidenversicherung über den Bereich der auf Erzeugung, Be- und Verarbeitung, Bewegung und Erhaltung körperlicher Gegenstände gerichteten Unternehmungen hinaus sich auch auf nicht technische Berufsweige erstreckt. Demgemäß sind als Betriebe beispielsweise angesehen worden die Geschäfte von eingetragenen Genossenschaften.

Dagegen bilden die Geschäfte eines Einzelhaushalts keinen Betrieb, auch nicht die Bewirtschaftung eines Haus- und Biergartens.

Um wirtschaftliche Tätigkeiten handelt es sich nicht bei der Ausübung obrigkeitlicher Befugnisse. Demgemäß sind die lediglich bei den sogenannten regiminnellen Aufgaben der Kommunalverwaltung beschäftigten Personen nicht Betriebsbeamte, und zwar auch dann nicht, wenn sich ihrer eigentlichen Amtsverwaltung als deren untrennbares Zubehör eine wirtschaftliche Tätigkeit z. B. auf dem Gebiet der Land- und Forstwirtschaft oder des Bauwesens hinzugesellt.

Soweit aber der Staat oder die Kommunalverbände Träger eines besonderen auf Erwerb gerichteten Unternehmens sind, wie bei staatlichen Fabriken, Verkehrsverwaltungen, Berg- und Hüttenwerken, einem Gemeindefleischthaus, einer städtischen Brauerei, Gasanstalt, bei Gemeindeforsten usw., ist auch ein Betrieb im Sinne des Gesetzes gegeben. Unter diesem Gesichtspunkt ist u. a. der Rentant, Kontrolleur oder Rechnungsführer einer städtischen Sparkasse als Betriebsbeamter anzusehen.

Ein Betrieb kommt ferner nicht in Frage bei den Verwaltungen der durch die sozialpolitische Gesetzgebung geschaffenen Verbände, Berufsgenossenschaften, Versicherungsanstalten, Krankenkassen. Der Begriff des „Geschäftsbetriebes“ in § 1 Z. 2 a des R. V. G. deckt sich nicht mit dem des Betriebes nach dem Z. B. G.

Durch die erweiterte Fassung des § 1 Z. 2 des Gesetzes hat die Unterscheidung zwischen Betriebsbeamten und sonstigen Angestellten ihre Bedeutung zum großen Teil verloren.

21. Unter „**Werkmeister und Techniker**“ sind diejenigen Personentreife zu verstehen wie nach der vorbildlichen Bestimmung des § 2 b des R. V. G. in der Fassung des Reichsgesetzes vom 10. April 1892 (R. G. Bl. S. 379). Eine Erweiterung der Versicherungspflicht liegt darin nur bezüglich derjenigen Werkmeister und Techniker, welche bisher weder als Betriebsbeamte noch als Gehülfen angesehen werden konnten.

22. **Handlungsgehülfen** sind Personen, die „in einem Handelsgewerbe zur Leistung kaufmännischer Dienste angestellt“ sind. Zu den Handlungsgehülfen gehören hiernach weder die in gesindeähnlicher Stellung beschäftigten Hülfspersonen wie Hausdiener, Ausläufer, Wächter, noch auch die bei den gewerblich-technischen Aufgaben eines Betriebes mitwirkenden Arbeitskräfte, wie Gesellen, Fabrikarbeiter, Packer, Kollkutscher, Koch oder Kellner eines Gastwirts, Zuschneider, wohl aber z. B. Verkäufer, Kassierer, Reisende, Korrespondenten, Buchhalter.

27. Nach § 3 des § 1 unterliegen der Versicherungspflicht die **Personen der Schiffsbesatzung** deutscher Seefahrzeuge und von Fahrzeugen der Binnenschifffahrt. Abweichend vom See-U. V. G. wird kein Unterschied nach der Größe oder der Zweckbestimmung der Fahrzeuge gemacht.

Bei Binnenschiffen gehören nach § 3 Abs. 2 des Reichsgesetzes, betreffend die privatrechtlichen Verhältnisse der Binnenschifffahrt vom <sup>15. Juni 1895</sup> <sup>20. Mai 1898</sup> (R. G. Bl. S. 301/868), zur Schiffsbesatzung der Schiffer die Schiffsmannschaft und alle übrigen auf dem Schiffe angestellten Personen mit Ausnahme der Zwangslosen. Die Schiffsmannschaft wird nach § 21 gebildet durch die zum Schiffsfahrtsdienste angestellten Personen der Schiffsbesatzung, mit Ausnahme des Schiffers, insbesondere Steuerleute, Bootleute, Matrosen, Schiffsknechte, Schiffsjungen, Maschinisten und Heizer.

Einen Unterschied nach der Art der Beschäftigung kennt das Gesetz bei Personen der Schiffsbesatzung nicht, die Versicherungspflicht erfasst also den Schiffer, die Schiffsoffiziere usw., ebenso wie den Heizer, den Kohlenzieher, den Aufwärter und andere untergeordnete Bedienstete. Jedoch sind Schiffsführer von der Zwangsversicherung frei, wenn ihr regelmäßiger Jahresarbeitsverdienst an Lohn oder Gehalt 2000 Mark übersteigt.

28. Die Versicherungspflicht erstreckt sich nur auf Beschäftigte in abhängiger Stellung, nicht dagegen auf **selbständige Erwerbstätige**. Die wenigen Anhaltspunkte, die das Gesetz selbst für die Tragweite dieses durchgreifenden Gegensatzes bietet, beschränken sich auf den Sinn, den der Sprachgebrauch mit den Bezeichnungen „Arbeiter“, „Gehülfen“ usw. verbindet, auf die Bedeutung der Worte „Lohn oder Gehalt“ im Gegensatz zu Einnahmen anderer Art (Preis, Gewinn), die Bedeutung des Ausdrucks „beschäftigt werden“ in § 1 Z. 1 im Vergleich mit einer freien Tätigkeit, sowie auf den Umstand, daß der Gesetzgeber selbst gewisse Gruppen von selbständigen Gewerbetreibenden in § 2 des Gesetzes ausdrücklich als solche anführt, auf die der Versicherungszwang nur ausgedehnt werden kann, also an sich keine Anwendung findet. Eine Begriffsbestimmung hat das Gesetz weder für die Lohnarbeit noch für die selbständige Erwerbstätigkeit

gegeben. Auch läßt sich für den Gegensatz beider eine allgemeine Formel, die allen Erscheinungen des Wirtschaftslebens gerecht würde, nicht wohl auffinden. In allgemeiner Fassung läßt sich nur sagen, daß die Versicherungspflicht eintritt, wo ein Verhältnis wirtschaftlicher und persönlicher Abhängigkeit des Arbeitenden von einem Arbeitgeber nachweisbar ist. Für diese Feststellung kommt eine große Anzahl verschiedener Einzelumstände mehr oder weniger durchgreifend in Betracht, derart, daß die Entscheidung oft nur mittels eines sorgfältigen Abwägens der verschiedenen Tatbestandsmerkmale gegeneinander gewonnen, nicht aber im Wege zwingender Schlußfolgerung aus einer scharfen Begriffsbestimmung abgeleitet werden kann.

29. Ist das eigentliche Wesen der Lohnarbeiterstellung in dem Verhältnis persönlicher und wirtschaftlicher Abhängigkeit zu einem Arbeitgeber zu suchen, so ergeben sich notwendig in einzelnen Beziehungen Abweichungen von einer rein zivilrechtlichen Betrachtungsweise.

Zunächst bedarf es im allgemeinen keines im Sinne des bürgerlichen Rechts gültigen und auf gewisse Zeit bindenden Dienst- oder Arbeitsvertrages, also auch nicht voller Verfügungsfähigkeit des Arbeitenden.

Andererseits erzeugt auch nicht jedes eine Arbeitspflicht einschließende Rechtsverhältnis, insbesondere nicht jedes Anstellungsverhältnis die Versicherungspflicht. Darüber, daß im allgemeinen nur wirkliche Arbeit, nicht schon das Bestehen der Verpflichtung dazu den Versicherungszwang hervorruft, s. B. 19 a. E. Ferner gibt es eine nicht kleine Anzahl von Personen, die von Gemeinde- und anderen Behörden zur sachgemäßen Leistung gewisser Dienste öffentlich bestellt und verpflichtet werden, dessen ungeachtet aber als selbständig erwerbstätig zu bezeichnen sind, weil sie von den Weisungen der sie anstellenden Behörde unabhängig sind und nicht deren Geschäfte besorgen, übrigens auch den privaten Auftraggebern frei gegenüberstehen, wie die öffentlichen Wäger, die Hebammen, die Fleischbeschauer, die Leichenfrauen. Dagegen kann eine äußerlich gleichartige Tätigkeit sehr wohl versicherungspflichtig werden, wenn der dazu Bestellte als Glied eines Betriebes, also als ausführende Hilfskraft unter fremder Leitung und Beaufsichtigung beschäftigt ist, somit in persönlicher und wirtschaftlicher Abhängigkeit wirkt, wie ein von der Wägergilde zugezogener Referenwäger oder ein in einem behördlich ausgestatteten Wägeramt beschäftigter Wäger, ein Fleischbeschauer in einem städtischen Fleischbeschauamt, die Leichenfrauen in einem von der Stadt unternommenen Beerdigungsbetrieb.

Auch auf rein gewerblichem Gebiete macht sich derselbe Unterschied geltend: ein Gewerbetreibender kann sehr wohl in ein festes Vertragsverhältnis zu einzelnen Auftraggebern treten, sogar ihnen ausschließlich seine Tätigkeit widmen, ohne daß damit ein Verhältnis persönlicher Abhängigkeit zu bestehen braucht.

30. Geschäftliche Beziehungen, die nach ihrer rechtlichen Einkleidung und Benennung sich äußerlich nicht als Arbeitsverhältnisse darstellen, begründen gleichwohl die Versicherungspflicht, wenn unter der gewählten Form sich ein Lohnarbeitsverhältnis in dem vorstehend bezeichneten Sinn verbirgt. Beispiele bieten: Forstarbeiter, dem ein Teil eines ländlichen Anwesens pachtweise überlassen wird, wogegen er verpflichtet ist, mit seinem Zugvieh und unter Hilfe eines Knechts Schlagholz talwärts zu befördern; Latrinewarterin auf einem Bahnhof, deren Verhältnis zur Bahnverwaltung in Form eines Pachtvertrages geordnet, die aber in der Tat eine Arbeiterin im Betrieb der Eisenbahn ist; Gärtner, dem gegen die Verpflichtung zur Unterhaltung eines herrschaftlichen Gutsgartens und zur Leistung einzelner Wirtschaftsdienste gewisse Gartennutzungen, unter Auferlegung einer Geldzahlung zum Ausgleich, überwiesen worden sind.

31. In weiterem Umfange als im Sinne des bürgerlichen Rechts ist ferner ein Arbeitsverhältnis zu unterstellen bei den *Akkordanten*. Unbedenklich ist zunächst die Versicherungspflicht meist da begründet, wo der Unterschied gegenüber gewöhnlichen Tagelöhnern im Grunde nur in der Lohnform — Akkordlohn statt Zeitlohn — liegt. Steinklopfer, Steinbrecher, Schladenschläger im Akkord, die alle allein arbeiteten und nur eine freiere Bewegung bei der Einteilung der Arbeitszeit und dergl. genießen, weil die Einfachheit der Arbeit und der aus der

Rücksicht auf ihren eigenen Vorteil entspringende Antrieb die strenge Überwachung der Arbeit entbehrlich macht. Wohl aber sind Zweifel möglich, wenn jemand von einem Unternehmer einen größeren Teil eines Werks, z. B. einer Bauausführung oder die Arbeiten eines einzelnen Betriebszweiges z. B. einer Gutsziegelei, insbesondere gegen einen Pauschbetrag übertragen erhält, die übernommenen Arbeiten in gewissem Umfange selbst leitet und zu ihrer Ausführung seinerseits bezahlte Hilfskräfte heranzieht. Derartige Personen stehen den selbständigen Gewerbetreibenden jedenfalls nahe, und es läßt sich nur nach den Umständen des einzelnen Falles entscheiden, ob noch ein versicherungspflichtiges Arbeitsverhältnis angenommen werden darf. Für diese Entscheidung kommt namentlich in Betracht, ob die von dem Affordanten übernommenen Arbeiten unlösbar zu einem fremden Betriebe gehören oder ob er für eigene Rechnung tätig ist, ob ihm nach den getroffenen Vereinbarungen eine geringere oder größere Selbständigkeit bezüglich der Leitung, der Arbeitsausführung sowie der Verwertung etwaiger Betriebserzeugnisse zukommt, welches Maß eigener Verantwortlichkeit und geschäftlicher Gefahr er trägt, ob er ferner selbst mitarbeitet, nur eine dem üblichen Arbeitslohn entsprechende Vergütung bezieht oder einen Unternehmergewinn zu erzielen in der Lage ist, welche Lebensstellung er sonst einnimmt und dergl. mehr. Es entspräche nicht den Absichten der Versicherungsgegesetzgebung, wenn es dem größeren und wirtschaftlich kräftigeren Unternehmer freistünde, die Lasten der Versicherung mittels vertragsmäßiger Einräumung einer scheinbaren Selbständigkeit willkürlich auf schwächere Schultern abzuwälzen.

32. Das Schwergewicht der wirtschaftlichen und tatsächlichen gegenüber den zivilrechtlichen und formalen Gesichtspunkten macht sich endlich auch bei der Beantwortung der Frage geltend, wer als Arbeitgeber anzusehen sei. Es handelt sich dabei nicht nur um die weitere Durchführung der Versicherung, namentlich die Beitragslast, sondern u. U. auch um die Versicherungspflicht selbst.

Hierher gehören Beschäftigungsverhältnisse, bei denen Dritte, namentlich Familienangehörige des Arbeitnehmers, einen Teil der Arbeiten ausführen — sei es unterstützend, sei es stellvertretend —, ohne daß mit ihnen eine unmittelbare Abmachung getroffen, oder eine besondere Vergütung für ihre Leistungen ausgemessen wäre. Beispielsweise ist die Versicherungspflicht einer Ehefrau als Gehüfin der Verwaltung eines Rettungshauses anerkannt worden, obwohl ein Vertrag nur mit ihrem als Hausvater derselben Anstalt angenommenen Ehemann abgeschlossen war und daß neben dem Unterhalt beider Ehegatten gezahlte Gehalt nur dem Ehemann gewährt wurde. Mühte man in einem derartigen Falle, wie er bei der Beschäftigung von Eheleuten in demselben Betriebe nicht selten vorkommt, die Ehefrau als eine lediglich für Rechnung des Ehemanns tätige Hilfsarbeiterin ansehen, so wäre die Versicherungspflicht zu verneinen. Indessen stände eine solche Auffassung regelmäßig mit der tatsächlichen Lage der Dinge nicht in Einklang; häufig wird von vornherein, auch ohne ausdrückliche Erklärung, auf die Mitwirkung der Ehefrau gerechnet und der Lohn danach bemessen (z. B. ein Gutsbesitzer sucht einen verheirateten Verwalter — die Ehefrau soll selbstverständlich die Geschäfte der „Wirtin“ besorgen, ein Hauseigentümer einen verheirateten Pförtner — es wird als selbstverständlich erwartet, daß die Ehefrau die Hausreinigung übernimmt).

In ähnlicher Art kommen mittelbare Arbeitsverhältnisse vor, wenn solche Affordanten, die versicherungsrechtlich nicht als Unternehmer, sondern als Arbeiter zu gelten haben (zu vergl. §. 31), ihrerseits Hilfskräfte beschäftigen, welche äußerlich betrachtet zu dem eigentlichen Betriebsführern in keiner Beziehung stehen, von dem Affordanten angenommen, entlassen und gelohnt werden.

33. Eine Mittelstellung zwischen den Lohnarbeitern und den selbständigen Gewerbetreibenden im eigentlichen Sinne nehmen die Hausgewerbetreibenden ein. Das Gesetz selbst (§ 2 Abs. 1 §. 2) bezeichnet sie

- a) zwar als selbständige Gewerbetreibende, führt sie aber doch wieder als eine besondere Gruppe dieser Klasse auf und fügt als weitere Merkmale hinzu,
- b) daß sie in eigenen Betriebsstätten,



c) daß sie im Auftrag und für Rechnung anderer Gewerbetreibenden mit der Herstellung oder Bearbeitung gewerblicher Erzeugnisse beschäftigt werden.

Der Zusatz in Klammern „(Hausgewerbetreibende)“ deutet an, daß damit keine strenge Begriffsbestimmung gegeben sein soll. In der Tat ist die Abgrenzung des Gebietes des Hausgewerbes ebenso nach der Seite des sonstigen selbständigen Gewerbebetriebes wie nach der Seite der Lohnarbeiter nicht wohl mittels einer einfachen, allgemein gültigen Formel zu vollziehen, der Übergang ist hier wie dort ein unmerklicher, so daß die Unterscheidung nur für den einzelnen Fall mit Sicherheit getroffen werden kann.

Die Anwendbarkeit des Begriffs des Hausgewerbes ist auf das Gebiet der gewerblichen Hervorbringung beschränkt.

Im übrigen ergibt sich aus den obigen Merkmalen, daß kein Hausgewerbe, sondern ein unabhängiger Gewerbebetrieb vorliegt, wenn jemand nicht im Auftrage und für Rechnung anderer Gewerbetreibenden sondern unmittelbar für die Verbraucher, auf Bestellung oder auf Vorrat, Waren herstellt. Außerdem treffen die Merkmale des Hausgewerbebegriffs auch im Falle der Warenerzeugung für bestimmte gewerbliche Unternehmer dann nicht mehr zu, wenn jemand nicht persönlich mit der eigentlichen Herstellungsarbeit beschäftigt ist, sondern sich ausschließlich oder überwiegend mit der Leitung eines mit entsprechend zahlreichen Hilfskräften und nicht unerheblichen Kapitalaufwand geführten Betriebes befaßt (Annahme und Verteilung der Aufträge, Aufsicht, Abnahme und Ablieferung der Waren). Bezüglich der Abgrenzung gegen die Lohnarbeit aber folgt aus dem Nebeneinanderstellen der beiden Merkmale: „selbständige Gewerbetreibende“ und „in eigenen Betriebsstätten“, daß das Gesetz in eigener Betriebsstätte für fremde Rechnung beschäftigte Personen kennt, welche nicht selbständige Gewerbetreibende, sondern Lohnarbeiter (Außenarbeiter, Heimarbeiter, detachierte Arbeiter) sind, wie denn auch diese Klasse in § 2 Z. 4 des R. V. G. in der ursprünglichen Fassung ausdrücklich Erwähnung gefunden hatte.

Zwischen diesen beiden letzteren Gruppen, einerseits der Heimarbeiter, andererseits der ausschließlich für bestimmte größere Geschäfte liefernden aber selbständigen Betriebe mittlerer Stufe stehen die Hausgewerbetreibenden. In der großen Mehrzahl der Fälle läßt sich das eigentümliche Wesen ihrer Stellung unschwer kennzeichnen. Sie haben die wirtschaftliche Abhängigkeit mit dem Lohnarbeiter, die persönliche Selbständigkeit mit dem Gewerbetreibenden gemein. Erstere zeigt sich darin, daß sie von einem anderen Gewerbetreibenden (Kaufmann, Fabrikanten, Fabrikkaufmann usw.) „beschäftigt werden“, daß sie auf Rechnung eines Dritten arbeiten, der einerseits die geschäftliche Gefahr trägt, andererseits aber ihnen die Möglichkeit eigener Verwertung ihrer Erzeugnisse und damit der Erzielung eines Unternehmergewinns nimmt, ihnen vielmehr nur eine nach dem Stück bemessene Vergütung zahlt, die sich wirtschaftlich wesentlich als Arbeitsentgelt darstellt. Dies Verhältnis verschiebt sich auch dann nur wenig, wenn der Hausgewerbetreibende die Rohstoffe selbst beschafft und in dem für die abgelieferte Ware gezahlten Preise auch den Stoffwert erstattet erhält (Hausindustrie auf Grundlage des Kaufsystems). Die Tätigkeit für fremde Rechnung bringt es weiter mit sich, daß der im allgemeinen wirtschaftlich mächtigere Auftraggeber die Art der Herstellung, die Lieferzeiten und sonstige Bedingungen einseitig vorschreiben in die Lage gesetzt wird.

Der hieraus entspringenden, oft recht empfindlichen wirtschaftlichen Abhängigkeit steht jedoch die persönliche Selbständigkeit gegenüber, welche der in der eigenen Betriebsstätte Tätige im Vergleich mit der Stellung des Fabrikarbeiters usw. genießt. In der eigenen Werkstatt ist der Beschäftigte alleiniger Herr, er bestimmt Beginn und Ende, Umfang und Reihenfolge der Arbeit und ist einer Leitung, Disziplin oder Beaufsichtigung nicht unterworfen. Dem Auftraggeber kann es im allgemeinen gleichgültig sein, wer die Arbeit verrichtet, namentlich im Bereich der gewerblichen Massenherstellung, dem bevorzugten Gebiet des Hausgewerbebetriebes. Demgemäß bleibt dem Hausgewerbetreibenden die Heranziehung von Hilfskräften überlassen. Dieser behält die Geschlossenheit des Familienlebens und damit die Möglichkeit, seine Angehörigen, namentlich auch

solche mit beschränkter Arbeitskraft wie Kinder und alte Leute, bei der Ausführung der übernommenen Aufträge zu beteiligen. Auch ist er im allgemeinen nicht gehindert, Aufträge von verschiedenen Seiten entgegenzunehmen. Ferner sind die Bestellungen in der Regel nur Einzelaufträge, nach ihrer Erledigung ist keine der Geschäftsparteien gehalten, das Verhältnis fortzusetzen oder wieder aufzunehmen, es besteht kein fester Vertrag und keine Kündigungsfrist, wenn sich auch tatsächlich nicht selten dauernde Beziehungen herausbilden.

In dem letztgedachten Punkte zeigt sich ein wichtiger grundsätzlicher Unterschied im Vergleich mit der Stellung eines Akkordaußenarbeiters. Auch bei diesem kann, wenn auch weniger aus Gründen, die im Wesen seines Arbeitsverhältnisses liegen, als wegen zufälliger äußerer Umstände, die Einwirkung des Arbeitgebers hinsichtlich der Arbeitsausführung ähnlich wie bei dem Hausgewerbetreibenden ganz zurücktreten. Gleichwohl bleibt er von seinem Arbeitgeber regelmäßig insofern persönlich abhängig, als dieser gegen ihn den rechtlichen Anspruch auf weitere Arbeitsleistungen, übrigens auch die Befugnis besitzt, jederzeit in die Arbeitsausführung eingzugreifen.

Für die Abgrenzung gegenüber der unselbständigen Außenarbeit handelt es sich darum, inwieweit alle diese in den Regelfällen gegebenen Umstände die Bedeutung begriffswesentlicher Merkmale haben. Dies läßt sich nicht allgemein bestimmen, immerhin kann es z. B. nicht ausschlaggebend sein, ob tatsächlich Hilfskräfte beschäftigt werden, ob keinerlei Aufsicht stattfindet, ob die hausgewerbliche Beschäftigung in einem einzelnen Gewerbe verbreitet ist und dergl. mehr. Liegen im übrigen die gesetzlichen Hauptmerkmale der Tätigkeit in eigener Betriebsstätte und der Beschäftigung für Rechnung eines anderen Gewerbetreibenden vor, so wird der Regel nach auch die persönliche Selbständigkeit gegeben und damit der Begriff des Hausgewerbes erfüllt sein. Hiervon ausgehend hat die Rechtsprechung im allgemeinen nur für diejenigen Fälle die Annahme eines versicherungspflichtigen Heimarbeitsverhältnisses zugelassen, in denen das Arbeiten in eigener Betriebsstätte auf mehr zufällige und vorübergehende Gründe zurückzuführen war (Raummangel, z. B. infolge unerwarteter Ausdehnung des Betriebes, Behinderung des Arbeiters durch persönliche Umstände wie Krankheit). Der Umstand, daß der Arbeitgeber sich gelegentlich von dem ordnungsmäßigen Gange der Arbeit überzeugt, oder daß der Beschäftigte ab und zu einzelne Arbeiten, zu denen ihm die Einrichtungen fehlen, bei dem Auftraggeber vornimmt, reicht im allgemeinen nicht aus, um ein Heimarbeitsverhältnis festzustellen.

34. Unter den mannigfaltigen Gesichtspunkten, welche je nach Lage des Falles für die Unterscheidung zwischen Lohnarbeit und selbständiger Erwerbstätigkeit in Betracht kommen, sind namentlich die folgenden von allgemeinerer Bedeutung:

a) Wer sich einem fremden Betrieb, Haushalt usw. derart einordnet, daß er Tätigkeiten verrichtet, die nach der herkömmlichen Auffassung zu den notwendigen Geschäften jenes Betriebes usw. gehören, ist damit im allgemeinen unselbständiger Arbeiter; er begibt sich unvermeidlich seiner Bewegungsfreiheit, unterwirft sich vorhandenen Betriebseinrichtungen, überläßt es anderen, seine Arbeit zu regeln und über ihr Ergebnis zu verfügen.

Personen, die mit eigenem Gespann Lasten befördern, sind regelmäßig selbständige Gewerbetreibende, gliedern sie sich aber im Einzelfalle vollständig einem fremden Unternehmen, z. B. Bergwerksbetriebe, ein, so kann Versicherungspflicht eintreten. Leichenfrauen sind selbständig, dagegen versichert, wenn sie in einem Beerdigungsbetriebe angestellt sind. Dagegen besorgen z. B. Viehschneider, Viehwäscher, kleine Handwerker auf dem Lande einzelne abgegrenzte Leistungen besonderer Art, die nicht eigentlich zur Wirtschaft des Kunden gehören, sondern im allgemeinen als Gegenstand eines selbständigen Gewerbebetriebes angesehen werden.

b) Besteht die übernommene Leistung nicht nur in der Verrichtung von Arbeiten, sondern zu einem erheblichen Teile zugleich in einer Lieferung, deren Beschaffung nach eigenem Ermessen dem Beschäftigten obliegt, oder wenigstens in der Verhaltung wertvollerer Gegenstände oder Einrichtungen (z. B. Baugerüste,

Brunnengestänge und Rohre, Fuhrwerk), so liegt regelmäßig nicht mehr Lohnarbeit, sondern ein mit Kapital ausgestatteter selbständiger Betrieb vor, die Vergütung ist dann nicht bloß Lohn, sondern enthält auch Kapitalertrag, Zins und Unternehmergewinn. Während also eine Frau, die als Gutsarbeiterin von dem Dienstherrn über Tag mit der Beaufsichtigung der Kinder der auf Arbeit abwesenden Gutsleute beauftragt worden ist, als Lohnarbeiterin der Versicherungspflicht unterliegt, hat eine Frau, die gegen feste Vergütung die völlige Verpflegung von Ortsarmen in ihrem Hauswesen besorgt, als Unternehmerin zu gelten.

c) Auch außerhalb des Gebietes des Hausgewerbes (§. 33) kommt dem Umstande, ob jemand in eigener Betriebsstätte oder Wohnung, also äußerlich losgelöst von dem Betriebe oder der Wirtschaft des Auftraggebers, unbeengt durch unmittelbare Einwirkung, mit der Möglichkeit freier Regelung der Dauer, Reihenfolge und Einteilung der Arbeiten, oder aber bei dem Auftraggeber unter dessen Augen tätig ist, Bedeutung für die Entscheidung der Frage zu, ob ein Verhältnis persönlicher Abhängigkeit gegeben ist. Namentlich gilt dies bei Tätigkeiten, die nicht (wie z. B. bauliche Ausbesserungen, Andrehen am Webstuhl) örtlich gebunden sind, vielmehr an sich ebensowohl bei dem Besteller wie bei dem Unternehmer stattfinden können. Immerhin bedarf es, zumal eine ausdrückliche gesetzliche Grundlage für die Betonung des Arbeitsortes fehlt, im einzelnen Fall der Prüfung, ob nicht trotz der häuslichen Beschäftigung eine persönliche Gebundenheit obwaltet.

d) Einen besonders sichtbaren Ausdruck findet die persönliche Abhängigkeit da, wo der Auftraggeber bei der Arbeitsausführung im einzelnen mit leitenden Weisungen, Überwachung, Regelung der Arbeitszeit, der Arbeitsfolge, des anzuwendenden Verfahrens unmittelbar eingreift. Trifft derartiges zu, so wird demgemäß fast stets Lohnarbeit festzustellen sein. Indessen ist zweierlei zu beachten. Einmal dürfen nähere Bedingungen, wie sie der Besteller einer gewerblichen Leistung auch mit unzweifelhaft selbständigen Unternehmern vereinbart, nicht mit Anordnungen verwechselt werden, die der Dienst- oder Arbeitsherr kraft seiner Stellung einseitig erteilt. Sodann aber darf die persönliche Abhängigkeit auch nicht etwa deshalb allein verneint werden, weil eine so augenfällige Unterordnung fehlt, wie sie vermöge dauernder persönlicher Berührung bei einem Dienstboten, einem in der Werkstatt tätigen Gesellen, einem Unterbeamten zutage tritt. Vielmehr kann u. U. namentlich durch räumliche Trennung, die Möglichkeit der persönlichen Einwirkung auf ein äußerst geringes Maß herabgesetzt werden.

e) Hiermit hängt zusammen, daß es für die Frage nach der Versicherungspflicht wichtig wird, ob eine Beschäftigung besondere Kenntnisse und Fertigkeiten erfordert oder nicht. Während gemeine Handarbeiter, die nur Körperkraft erheischen, von jedermann beaufsichtigt werden können, demnach regelmäßig in der Form der abhängigen Lohnarbeit erscheinen (Straßenkehrer, Steinklopfer, Steinbrecher), entzieht sich die Leistung des Facharbeiters, wenn er nicht im Betriebe eines Gewerbeunternehmers, sondern für private Kunden arbeitet, mehr oder weniger der Beaufsichtigung und Einwirkung des Auftraggebers. Er kann daher wesentlich nur einen Arbeitserfolg vertreten, während die Ausführung des Auftrages im einzelnen seinem Ermessen auf eigene Verantwortung überlassen bleibt. Diese Erwägung spricht namentlich für die Verneinung der Versicherungspflicht der Kleinmeister im Handwerk, die zwar keine Rohstoffe liefern, keine Gehüfen halten, häufig keine Werkstatt besitzen und ganz oder überwiegend bei den Kunden auf Tagelohn arbeiten, aber gleichwohl in dem bezeichneten Punkte sich wesentlich von den Lohnarbeitern unterscheiden.

f) Obwohl ein bindendes Vertragsverhältnis nicht unerlässlich ist (§. 29), spricht es doch unter sonst gleichen Umständen mehr für Unselbständigkeit, wenn eine feste Vereinbarung mit zeitlicher Erstreckung in irgend welcher Art vorliegt, dagegen für Unternehmerstellung, wenn das Gegenteil der Fall, insbesondere nur eine Kette einzelner Aufträge nachweisbar ist. Beispielsweise ist es bei der Beurteilung der Stellung von Brotanstägerinnen, Geschäftsreisenden und ähnlichen

Hilfspersonen von Bedeutung, ob sie mit Kündigung angenommen, oder ihre Beziehungen jederzeit lösbar sind.

g) Im Vergleich mit der Stellung desjenigen, der seine Dienste ausschließlich einer Person zur Verfügung stellt, ergibt sich naturgemäß eine gewisse Unabhängigkeit, die Möglichkeit der Ausübung eines eigenen Ermessens, sobald jemand zugleich für eine Mehrzahl von Auftraggebern tätig wird, wenn also die mehreren Beschäftigungsverhältnisse nebeneinander herlaufen, und es der freien Einschließung des Beschäftigten anheimgestellt werden muß, wie er den verschiedenen Ansprüchen hinsichtlich der Einteilung seiner Zeit usw. am besten genügt. Beispielsweise ist eine Botenfrau, die von Haus zu Haus Aufträge für Gänge nach anderen Ortschaften sammelt, selbständige Unternehmerin, dagegen eine Person, die ausschließlich oder überwiegend nur für einen oder zwei Auftraggeber Botengänge besorgt, versicherungspflichtig. Ähnlich ist ein Kommiss und Geschäftsreisender, der zu derselben Zeit immer nur für eine Firma tätig ist und daneben nicht für andere Geschäfte wirken darf, ein versicherungspflichtiger Handlungsgehilfe, dagegen ein gleichzeitig für eine ganze Anzahl von Kaufleuten beschäftigter Stadtreisender selbständiger Agent.

Andererseits kommt jedoch, namentlich bei gewöhnlichen Handarbeitern, dem Umstande allein, daß die Arbeitsstelle häufig gewechselt wird, also nacheinander, nicht nebeneinander, eine größere Zahl von Auftraggebern vorhanden ist, im allgemeinen eine wesentliche Bedeutung für die Frage der Versicherungspflicht nicht zu. Dies gilt u. a. insbesondere für unständige landwirtschaftliche Arbeiter, Hafenarbeiter u. dergl.

h) Wer die übernommenen Arbeiten nicht persönlich zu verrichten braucht, also mehr den wirtschaftlichen Erfolg zu vertreten als eigene Leistungen herzugeben hat, wird eher als Unternehmer wie als Lohnarbeiter zu gelten haben.

i) Art und Bemessung der Vergütung sind zwischen Lohnarbeit und selbständiger Erwerbstätigkeit grundsätzlich nicht ausschlaggebend (S. 13, 14), es gibt Gewerbetreibende, die Tagelohn erhalten, und Lohnarbeiter, deren Verdienst äußerlich dem eines Unternehmers ähnlich sieht. Immerhin steht auch die Form des Entgelts mit dem Wesen des Beschäftigungsverhältnisses in einem gewissen inneren Zusammenhange, so daß in sonst zweifelhaften Fällen der Umstand, daß Zeitlohn gewährt wird, für die Versicherungspflicht, der Umstand, daß eine dem Unternehmergewinn sich nähernde Art der Bezahlung gewählt worden ist, entgegengesetzt verwertet werden darf. In letzterer Beziehung ist namentlich wichtig, ob der Betrag der Gegenleistung sich innerhalb fester, dem üblichen Arbeitslohn entsprechender Grenzen hält oder einem Schwanken nach der Lage des Marktes und dergl. ausgesetzt ist, ob also der Beschäftigte einerseits eine Gefahr trägt, andererseits die Möglichkeit eines Gewinnes hat.

k) Wer regelmäßig gelohnte Hilfskräfte beschäftigt, demgemäß über gewisse Betriebsmittel, häufig auch ständige Betriebseinrichtungen verfügen muß, ferner wenigstens einen Teil seiner eigenen Arbeitskraft den Geschäften der Leitung zu widmen genötigt wird, steht damit unter sonst gleichen Umständen der Klasse der selbständigen Gewerbetreibenden wesentlich näher als derjenige, der nur allein arbeitet.

m) Einheitliche Beschäftigungsverhältnisse dürfen aus rechtlichen und praktischen Gründen, soweit irgend tunlich, auch bezüglich der Versicherungspflicht einheitlich behandelt werden. Während beispielsweise das berufsmäßige Maurerwesen eine selbständige Erwerbstätigkeit ist, unterliegt ein landwirtschaftlicher Tagelöhner, der den Fang nur gelegentlich und im Anschluß an seine Lohnarbeit betreibt, auch insoweit der Versicherungspflicht.

Derselbe Gesichtspunkt führt aber in weitergehender Anwendung auch dazu, daß u. U. andere Beschäftigungsverhältnisse derselben Person herangezogen werden. Wenn auch die grundsätzliche Verknüpfung der Versicherungspflicht mit den einzelnen Arbeitsverhältnissen als solchen unvermeidlich zur Folge hat, daß dieselbe Person je nach dem Wechsel ihrer Tätigkeit bald der Zwangsversicherung untersteht, bald nicht, so läßt sich doch nicht verkennen, daß zahlreiche Tätigkeiten, die ebensowohl in der Form der Lohnarbeit wie in der eines Unternehmers aus-

geübt werden können, ein verschiedenes Wesen annehmen, je nachdem ob ein berufsmäßiger Lohnarbeiter oder ein sonst gewerblich Selbständiger in Betracht kommt. Dieser Erwägung gemäß hat die Praxis vielfach in sonst zweifelhaften Fällen Gewicht darauf gelegt, welche Lebens- und wirtschaftliche Stellung der Arbeitende im übrigen einnahm.

#### 43. Bauhandwerker und Bauarbeiter.

Auf dem Gebiete des Baugewerbes handelt es sich zum Teil, nämlich soweit über die Zugehörigkeit einer Person zu einem gewerbsmäßigen Baubetriebe zu entscheiden ist, im wesentlichen um dieselben Fragen, welche bezüglich der Affordanten und dergl. in Z. 31 erörtert worden sind. Anders hinsichtlich des Verhältnisses zu privaten Auftraggebern. Diese nehmen, sofern sie Bauarbeiten nicht unter Dazwischentritt eines gewerbsmäßigen Bauunternehmers, sondern unmittelbar auf eigene Rechnung ausführen lassen, nach hergebrachter Anschauung in gewissem Umfange gegenüber den von ihnen Beschäftigten dieselbe Stellung ein, wie ein Unternehmer gegenüber den Angehörigen seines Betriebes.

Als unselbständige versicherungspflichtige Bauarbeiter sind im Zweifel anzusehen:

1. Die im Bauhandwerk beschäftigten Gesellen und Gehülfen, sowie die sonstigen ständigen Arbeiter, welche regelmäßig in Betrieben gewerbsmäßiger Bauunternehmer beschäftigt werden;

2. Die in der Regel in Betrieben gewerbsmäßiger Bauunternehmer, in anderen (landwirtschaftlichen usw.) Betrieben oder sonstwie berufsmäßig als Lohnarbeiter beschäftigten Personen, auch soweit sie nebenher gelegentlich oder in regelmäßiger Wiederkehr Bauarbeiten unmittelbar für die Bauherren ausführen;

3. Die das ganze Jahr oder den größten Teil des Jahres hindurch mit Bauarbeiten für nicht gewerbsmäßige Bauunternehmer (Bauherren) beschäftigten Personen, sofern sie in der Regel

- a) nur geringfügige, eine besondere handwerksmäßige Vorbildung nicht erfordernde Bauarbeiten, insbesondere Ausbesserungs- (Flück-) Arbeiten ausführen und
- b) ohne eigentliches Betriebskapital gegen einen den Lohn eines Bauarbeiters nicht oder nicht erheblich übersteigenden Lohn arbeiten. Ein Betriebskapital wird insbesondere als vorhanden anzunehmen sein bei Verwendung größerer Betriebsgeräte (Werkstattseinrichtungen, Gerüste usw.) oder bei Lieferung von Baumaterialien oder bei regelmäßiger Bestellung anderer Arbeiter.

Die übrigen bei Bauten beschäftigten Personen sollen, vorbehaltlich von Ausnahmen, insbesondere bei Affordanten, im allgemeinen als selbständige Baugewerbetreibende gelten.

44. Wäscherinnen, Plätterinnen, Schneiderinnen, Näherinnen usw. Unter dem 27. November 1890 hat der Bundesrat beschlossen, die Bundesregierungen zu ersuchen, ihre Behörden anzuweisen,

1. daß solche Personen, welche als Wäscherinnen oder Plätterinnen (Wüglerinnen), Schneiderinnen oder Näherinnen Wäsche oder Kleidungsstücke bearbeiten oder herstellen, sofern sie diese Arbeiten in den Wohnungen ihrer Kunden verrichten und nicht regelmäßig wenigstens einen Lohnarbeiter beschäftigen, als versicherungspflichtig behandelt werden;
2. daß die selbständigen Dienstmänner, Kofferträger, Fremdenführer, Stiefelpuher und ähnliche Gewerbetreibende, sowie selbständige Wäscherinnen, Plätterinnen (Wüglerinnen), Schneiderinnen und ähnliche Personen, soweit sie nicht unter Z. 1 fallen, als Betriebsunternehmer behandelt werden.

Was die Wäscherinnen, Plätterinnen, Schneiderinnen und Näherinnen anbetrifft, so sind die von dem Bundesrat aufgestellten Grundsätze im allgemeinen auch vom Reichs-Versicherungsamte als zutreffend anerkannt worden. Bei ihrer Anwendung im einzelnen ist jedoch zu beachten, einmal, daß sie nur von weiblichen, nicht auch von männlichen Beschäftigten der in Rede stehenden Art handeln, von Haus zu Haus gehende Schneider grundsätzlich nicht versicherungspflichtig, und zweitens, daß danach weder die in eigener Häuslichkeit oder Betriebsstätte

tätigen Wäscherinnen usw. unter allen Umständen nicht versicherungspflichtig, noch auch die bei den Kunden arbeitenden Frauen unter allen Umständen versicherungspflichtig sind. Es kommt vielmehr auch noch darauf an, ob gewerbliche „Selbständigkeit“ vorhanden ist.

Daß selbständige Erwerbstätigkeit vorliegt, wenn für wechselnde Kunden nur in eigener Wohnung Näh- und Flickarbeit verrichtet wird, ist unbedenklich.

Daß regelmäßige Beschäftigen eines Lohnarbeiters kann auch darin bestehen, daß Lehrlinge oder Lehrlingmädchen gehalten werden. Solche sind auch dann, wenn sie nur den freien Unterhalt (ohne Zahlung eines entsprechenden Lehrgeldes) empfangen, Lohnarbeiter im Sinne des Gesetzes.

Im wesentlichen die gleichen Grundsätze wie für die Näherinnen, Wäscherinnen usw. gelten auch für eine Reihe anderer einfacher Verrichtungen, die keine eigentliche Fachbildung voraussetzen und keinem der herkömmlichen abgegrenzten Handwerkszweige angehören z. B. Spinnen, Stricken, Federreihen, Flachshecheln, Flechten von Körben und Kiepen, Besenbinden und Topfbinden usw.

Als Ausnahmefälle, in denen trotz häuslicher Arbeit die persönliche Abhängigkeit vom Arbeitgeber festgestellt werden konnte, demnach Versicherungspflicht bestand, sind zu nennen der, wo ein ständiger Gutsarbeiter im Rahmen dieses festen Verhältnisses zum Ersatz für andere Arbeit mit dem Binden von Besen beschäftigt wurde, und der, wo eine Deputantenfrau an Stelle der früheren Haus- und Gartenarbeit das Flickden für das Mühlengut der Herrschaft gegen Stücklohn übertragen erhielt und diese Arbeit in dem Insthause besorgte.

49. Leistung von Fuhrren. Bei der Beförderung von Lasten tritt neben der persönlichen Arbeitsleistung die Vorhaltung der Zugkraft und des Beförderungsgörates (Wagen usw.) in den Vordergrund; die selbständige Leistung von Fuhrren gegen Entgelt überschreitet daher regelmäßig den Begriff der Lohnarbeit. Insbesondere sind Lohnfuhrwerker, die für wechselnde Auftraggeber Fuhrren besorgen, selbständige Gewerbetreibende, und zwar auch, wenn sie nach Zeit, bezw. im Tagelohn bezahlt werden. Dasselbe ist angenommen bei einem Lohnfuhrmann, der zwar hauptsächlich nur für vier Unternehmer zufolge festen Vertrages Fuhrren leistete, aber auch besugt war, für beliebige Andere tätig zu sein. Hier wurde betont, daß von dem Kläger nicht eigene Arbeitsleistung, sondern nur die Hergabe von Fuhrwerk und Fuhrmann verlangt wurde, der Kläger auch einen Knecht hielt, durch den er sich mehr und mehr vertreten ließ. Jedoch ist es nicht ausgeschlossen, daß im einzelnen Falle gleichwohl ein Verhältnis persönlicher Abhängigkeit zwischen dem Fuhrmann und bestimmten Auftraggebern besteht und demnach versicherungspflichtige Lohnarbeit vorliegt.

50. Schifffahrt. Ein Mittheber kann trotz seiner Beteiligung an der Unternehmung auf einem Schiffe seiner Kheberei in versicherungspflichtiger Weise, insbesondere als Schiffer beschäftigt werden.

Bei einem Angestellten des Schiffseigners wird die Versicherungspflicht dadurch nicht beseitigt, daß Ersterer in Gestalt eines Anteils von der verdienten Fracht bezahlt wird, davon auch den Lohn von Mannschaften, die Abgaben und dergl. bestreiten muß, insbesondere sind auch die sogenannten Schiffspächter im allgemeinen nicht als selbständige Gewerbetreibende anzusehen. Im ersten Falle machte es nichts aus, daß der Lohn nach Maßgabe der Menge der beförderten Güter berechnet wurde, der Schiffer also am Gewinn beteiligt war, und daß er Leute zur Unterstützung selbständig annahm und lohnnte, dagegen war entscheidend, daß der Kläger nur auf fremdem Fahrzeug nach den Anweisungen des Eigners tätig war; auch konnte festgestellt werden, daß der Verdienst den üblichen Tagelohn kaum überstieg, ein Unternehmergewinn bei dem im wesentlichen unveränderlichen Betrage der Ausgaben nicht in Frage kam, der Kläger auch gewöhnliche Tagelöhnerdienste neben der Schifffahrt verrichtet hatte. In dem zweiten Falle handelte es sich um einen Schiffspächter, der noch wesentlich freier da stand, Frachtverträge abschloß, die nötigen Schiffsknechte annahm und lohnnte, seine Vergütung in Form eines Gewinnanteils bezog. Gleichwohl ist auch hier der wirtschaftlichen Sachlage gemäß nicht der Pächter, sondern der Schiffseigentümer als der Unternehmer des Betriebes angesehen worden.

53. **Häusliche Dienste.** Bei Hülfspersonen, die in einem fremden Haushalt beschäftigt werden, wird sich im allgemeinen selten ein Zweifel erheben, ob eine selbständige Erwerbstätigkeit vorliegt.

Eine solche ist hinsichtlich der Köche und Kochfrauen verneint worden, wenn sie, wie es in der Regel der Fall ist, gegen eine tageweise oder nach dem Umfange der Arbeit festgesetzte Vergütung die Versorgung von Mahlzeiten in der Wohnung der Auftraggeber übernehmen. Sie sind also versicherungspflichtig. Dagegen müssen als selbständige Gewerbetreibende diejenigen Köche und Kochfrauen gelten, die nicht lediglich Arbeit leisten, sondern ein gewisses Risiko tragen und einen Unternehmergewinn erzielen, indem sie beispielsweise — ähnlich wie die Traiteurs in großen Städten — für eigene Rechnung Geschirr oder Hülfspersonen stellen oder die Lieferung der Speisen oder der dazu nötigen Waren übernehmen.

Der Versicherungspflicht unterliegen grundsätzlich auch diejenigen Personen, die in dauerndem Dienstverhältnis zu einem oder mehreren Arbeitgebern in deren Haushalt zu gewissen Zeiten Aufwartedienste verrichten (Aufwärter, Aufwarte-, Reinmache-, Scheuerfrauen, Ausgeherinnen, Zugeherinnen, Morgenfrauen, Stundenfrauen). Personen, welche solche Dienste zwar regelmäßig, aber bei unbestimmt vielen Arbeitgebern je nach Bedarf und Nachfrage verrichten, werden als gewerbliche Unternehmer in Betracht kommen können.

Über Näherinnen, Plätterinnen, Wäscherinnen s. Z. 44.

Als gewerbliche Unternehmer sind im allgemeinen die Lohndiener und Tafelbedier zu behandeln, sowie Personen, die aus dem Zutragen von Wasser für eine nicht geschlossene Anzahl von Haushaltungen ein Gewerbe machen.

Die Kammerjäger sind selbständige Gewerbetreibende.

## II. Versicherungsrecht.

57. **Allgemeines.** Der Versicherungspflicht steht das Versicherungsrecht gegenüber, das ist die Befugnis zur „freiwilligen Versicherung“. Hinsichtlich der Abgrenzung des Kreises der Versicherungsberechtigten gelten zunächst die allgemeinen Grundsätze Z. 6, 7. Eine untere Altersgrenze ist für den Beginn des Versicherungsrechts nicht ausdrücklich vorgeschrieben. Da jedoch eine Bevorzugung der Selbstversicherung gegenüber der Pflichtversicherung nicht wohl beabsichtigt sein kann, ist als selbstverständlich anzunehmen, daß vor der Zurücklegung des 16. Lebensjahres auch eine Selbstversicherung nicht stattfindet. Für die Weiterversicherung erledigt sich die Frage damit, daß sie sich nur an ein früheres Pflichtversicherungsverhältnis anschließen kann. Wie die Versicherungspflicht (Z. 8), so besteht ferner das Versicherungsrecht nur so lange, als nicht eine zum Bezüge der Invalidenrente berechnete Erwerbsunfähigkeit vorhanden ist, zu vergl. § 146 des Gesetzes, wonach freiwillige Beiträge nach eingetretener — dauernder oder vorübergehender — Erwerbsunfähigkeit (§§ 15, 16) nachträglich oder für die fernere Dauer der Erwerbsunfähigkeit nicht entrichtet werden dürfen.

58. **Selbstversicherung.** Das Gesetz kennt eine freiwillige Versicherung in zwei verschiedenen Formen. Zunächst wird gewissen Personen während und vermöge einer von ihnen betriebenen Beschäftigung bestimmter Art gestattet, in die Versicherung freiwillig einzutreten, ohne Rücksicht darauf, ob sie der Versicherung bereits angehört haben oder nicht. In diesem Fall spricht das Gesetz von „Selbstversicherung“. Die zugrunde liegende Beschäftigung muß im Inlande stattfinden. Der im Inlande ausgeübten Tätigkeit steht eine solche, welche im Auslande stattfindet, dann gleich, wenn sie als Ausfluß eines inländischen Betriebes zu erachten ist, ferner kann die auf der Grundlage inländischer Tätigkeit begonnene Selbstversicherung allgemein gemäß § 145 des Gesetzes fortgesetzt werden, wenn der Versicherte sich demnächst in das Ausland begibt.

Zur Selbstversicherung sind im einzelnen befugt:

a) Diejenigen Personen, welche § 1 Z. 2 des Gesetzes der Versicherungspflicht unterstellt, ferner Schiffsführer, sämtlich sofern ihr regelmäßiger Jahresarbeitsverdienst an Lohn oder Gehalt mehr als zweitausend und nicht über dreitausend Mark beträgt (zu vergl. Z. 20—22, 27). Ausgenommen von der Selbstversicherung sind jedoch die Handlungslehrlinge.

b) Gewerbetreibende und sonstige Betriebsunternehmer, welche nicht regelmäßig mehr als zwei versicherungspflichtige Lohnarbeiter beschäftigen, sowie Hausgewerbetreibende, sämtlich soweit nicht durch den Beschluß des Bundesrats (§ 2 Abs. 1) die Versicherungspflicht auf sie erstreckt ist. Von diesen Personen sind bisher nur die Hausgewerbetreibenden der Tabakfabrikation und gewisse Hausgewerbetreibende der Textilindustrie durch die Beschlüsse des Bundesrats vom 16. Dezember 1896 und <sup>1. März 1891</sup><sub>9. November 1895</sub> der Versicherungspflicht unterstellt worden.

Diesen Hausgewerbetreibenden ist also die Befugnis zur Selbstversicherung entzogen. Im übrigen kommen hier alle Personen in Betracht, welche selbständig erwerbstätig sind, nicht etwa auch Personen, die aus anderen Gründen, z. B. als Ruhegehaltsberechtigte Beamte, oder nur wegen einer höheren, mehr geistigen Beschäftigung von der Versicherungspflicht frei sind. Wegen des Begriffs des Hausgewerbes s. §. 33, wegen der näheren Bestimmung des Personenkreises, der unter die Begriffe Gewerbetreibende und Betriebsunternehmer fällt, s. die §. 28 bis 34. Ob jemand im einzelnen der einen oder der anderen dieser beiden letzteren Gruppen angehört, hat keine rechtliche Bedeutung. Im allgemeinen sind hiernach, abgesehen von den Hausgewerbetreibenden, zur Selbstversicherung befugt Landwirte, Pächter, Krämer, Händler, Hausierer, Gast- und Schankwirte, nicht in fremdem Dienst stehende Handwerker, nicht versicherungspflichtige Schneiderinnen, Näherinnen, Strickerinnen usw., Personen, die aus der Verrichtung von persönlichen Diensten bei wechselnden Auftraggebern ein Gewerbe machen, z. B. selbständige Dienstmänner, Fremdenführer, Boten, Bohnbieter, ferner auch Hebammen, selbständige Posten, Krankenpflegerinnen, Inhaber von Privatschulen, Wäger, Messer usw. Diese Personen können von der Selbstversicherung Gebrauch machen, wenn sie regelmäßig keinen oder einen oder höchstens zwei versicherungspflichtige Lohnarbeiter beschäftigen. Ihr Selbstversicherungsrecht wird sonach nicht schlechthin durch die Beschäftigung von mehr als zwei Lohnarbeitern ausgeschlossen. Dies ist vielmehr nur dann der Fall, wenn die Beschäftigung regelmäßig erfolgt, also eine ständige ist, und wenn die Lohnarbeiter versicherungspflichtig sind. Das Selbstversicherungsrecht wird dagegen durch eine vorübergehende, gelegentliche, ausnahmsweise Beschäftigung von mehr als zwei versicherungspflichtigen Lohnarbeitern nicht beeinträchtigt. Ferner können Lohnarbeiter, die nicht versicherungspflichtig sind (z. B. gegen freien Unterhalt tätige Angehörige oder Lehrlinge), in unbeschränkter Anzahl beschäftigt werden, ohne daß davon das Recht zur Selbstversicherung berührt wird. Hierbei macht es keinen Unterschied, ob die nicht versicherungspflichtigen Lohnarbeiter allein oder ob sie neben versicherungspflichtigen Lohnarbeitern beschäftigt werden (also ist z. B. ein Handwerker, der zwei Gesellen und außerdem mehrere Lehrlinge, diese aber nur gegen freien Unterhalt, beschäftigt, selbstversicherungsberechtigt).

c) Personen, deren Arbeitsverdienst in freiem Unterhalt (s. §. 15) besteht, sowie diejenigen, welche nur vorübergehende Dienstleistungen (s. §. 11) verrichten und deshalb nicht der Versicherungspflicht unterliegen. Hier besteht die Besonderheit, daß diese Personen, wenn sie sich freiwillig versichern, von ihren Arbeitgebern die Übernahme der halben Beiträge wie im Falle der Versicherungspflicht beanspruchen dürfen (§ 145 Abs. 2 des Gesetzes).

Der Eintritt in die Selbstversicherung ist nur vor der Vollendung des vierzigsten Lebensjahres zulässig, eine rechtzeitig begonnene Selbstversicherung kann auch später fortgesetzt oder erneuert werden.

Alle Personen, die hiernach die Selbstversicherung einmal begonnen d. h. tatsächlich Beiträge geleistet haben, können bei dem Ausscheiden aus dem die Selbstversicherung begründenden Verhältnis die Selbstversicherung fortsetzen und gemäß § 46 des Gesetzes erneuern, also ohne daß es nunmehr einer irgendwie gearteten Beschäftigung als Unterlage bedürfte.

59. Unter „Weiterversicherung“ versteht das Gesetz die freiwillige Fortsetzung oder Erneuerung der Versicherung seitens solcher Personen, die aus einem die Versicherungspflicht begründenden Verhältnis ausgeschlossen sind. Die Ursache des Ausscheidens ist unerheblich. Wer zugleich in eine zur



Selbstversicherung berechtigende Beschäftigung übergeht, darf sich selbstverständlich auch der Selbstversicherung bedienen, was gemäß § 29 Abs. 2 des Gesetzes für die Erfüllung der Wartezeit für die Invalidenrente von Wert sein kann.

Die Weiterversicherung unterliegt keiner Beschränkung bezüglich des Lebensalters, sie setzt keine Beschäftigung irgend welcher Art während der Versicherung voraus. Wie die Selbstversicherung kann die Weiterversicherung auch während des Aufenthalts im Auslande bewirkt, sie kann ferner dort auch begonnen werden.\*

Im Streitfalle wird die Frage, ob jemand versicherungspflichtig ist oder nicht, auf dem in § 155 des Gesetzes vorgezeichneten Wege entschieden, ist also der Kreisdirektion und in der Beschwerdeinstanz dem Herzogl. Staatsministerium zu unterbreiten, welches dann endgültig entscheidet.

B. Die Versicherungspflichtigen müssen zur Erfüllung der Versicherungspflicht tatsächlich herangezogen, es muß also mit Umsicht und Strenge darauf gehalten werden, daß deren Anmeldung durch die Arbeitgeber erfolgt (§ 10 der B. v. 8. Dezember 1899, G. u. B. S. Nr. 102 S. 971); einer besonderen Anmeldung bedarf es freilich nur bezüglich derjenigen Personen, welche nicht auch krankenversicherungspflichtig sind, denn bei denjenigen, die dies sind, ist die Anmeldung zur Krankenkasse zugleich für die Invalidenversicherung zu benutzen. Würde in einem Orte etwa eine Ortskrankenkasse bestehen, welcher eine Reihe von Personen nicht angehören, die doch pflichtig sind, sich gegen Invalidität versichern zu lassen, so müßte für deren Versicherung der Gemeindevorsteher sorgen, wenn er nicht etwa in der Lage ist, seine bezüglichen Obliegenheiten dem Krankenkassen-Vorstande mit zu übertragen (a. a. O. § 8 Abs. 3, G. u. B. S. 1899 S. 970).

Damit die Sache ganz in Ordnung zugehe, ist es zweckmäßig, von der in § 10 Abs. 2 a. a. O. eingeräumten Befugnis Gebrauch zu machen, also An- und Abmeldungs-Formulare vorzuschreiben, wozu beiliegende Muster Nr. 75 und 76 empfohlen werden.

Über die eingehenden An- und Abmeldungen ist genau Buch zu führen, und wird zu diesem Zwecke das als Muster Nr. 77 anliegende Formular zu einem „Anmelde-Register“ empfohlen, welches zugleich als „Heberolle“ bei Einziehung der Beiträge zu benutzen ist.

C. Ist der Angemeldete versicherungspflichtig oder versicherungsberechtigt, so ist mit der Ausstellung einer Quittungskarte für ihn zu verfahren. Über dasjenige, was dabei, sowie beim Umtausch und bei der Erneuerung (Ersetzung) und der Berichtigung von Quittungskarten zu beobachten ist, hat Her-

\* Versicherte Personen, welche eine Freiheitsstrafe von mehr als einem Jahre zu verbüßen haben, werden nach einer Verfügung Herzogl. Staatsministeriums durch die Gefängnisverwaltung auf den unter Umständen ihnen drohenden Verlust der aus der Invalidenversicherung sich ergebenden Anwartschaft auf Rente, sowie auf die Möglichkeit und die Vorteile der freiwilligen Weiterversicherung aufmerksam gemacht. Ist der Gefangene damit einverstanden, so wird wegen der Weiterversicherung das Nötige durch die Gefängnisverwaltung besorgt. Darauf bezüglichen etwaigen Ersuchen der Strafvollstreckungsbehörden hat der Gemeindevorsteher Folge zu geben.

Muster  
Nr. 75  
und 76.

Muster  
Nr. 77.

zogliches Staatsministerium unterm 21. Dezember 1899 und 4. September 1905 folgende Anweisung ergehen lassen:

### Einführung.

1. Nach § 131 des Invaliden-Versicherungs-Gesetzes vom 13. Juli 1899 (R. G. Bl. S. 463) erfolgt für die bei den Versicherungsanstalten (§ 65 Abs. 3 a. a. O.) versicherten Personen die Entrichtung der Beiträge der Arbeitgeber und der Versicherten durch Einkleben eines entsprechenden Betrages von Marken in eine Quittungskarte des Versicherten. Das Formular dieser Quittungskarten ist durch Beschluß des Bundesrats vom 3. Juli 1905 (R. G. Bl. S. 590) festgesetzt worden.

Die Ausstellung der Quittungskarten erfolgt nach Maßgabe des § 7 der Bekanntmachung Herzogl. Staatsministeriums vom 8. Dezember 1899 zur Ausführung des Invaliden-Versicherungs-Gesetzes (G. u. B. S. Nr. 102)

- 1) für alle diejenigen Versicherungspflichtigen, auch die nach § 2 des Reichsgesetzes bisher durch den Bundesrat für versicherungspflichtig erklärten Hausgewerbetreibenden und Betriebsunternehmer (Bekanntmachungen des Reichsanzlers vom 16. Dezember 1891, 1. März 1894 und 9. November 1895, R. G. Bl. S. 395, 324, 452), welche einer Orts-, Betriebs- (Fabrik-), Bau- und Innungsfrankenkasse, einer Knappschaftskasse oder einer Gemeindekrankenversicherung angehören, durch die Organe der betreffenden Kasse;
- 2) für diejenigen Versicherungspflichtigen, auch die bisher nach § 2 des Reichsgesetzes für versicherungspflichtig erklärten Hausgewerbetreibenden und Betriebsunternehmer, welche einer der unter Ziffer 1 bezeichneten Klassen nicht angehören, insbesondere für die einer eingeschriebenen Hilfskasse angehörenden Personen, einschließlich auch diejenigen, deren Beschäftigung durch die Natur ihres Gegenstandes oder im voraus durch den Arbeitsvertrag auf einen Zeitraum von weniger als einer Woche beschränkt ist, durch die Gemeindebehörde ihres Beschäftigungsortes bezw. die von dieser bezeichneten Stellen. Als Beschäftigungsort gilt, wenn die Beschäftigung in einem Betriebe stattfindet, regelmäßig der Sitz des Betriebes (vergl. § 65 Abs. 3 des Gesetzes);
- 3) für diejenigen, welche sich selbst versichern, ebenfalls durch die Gemeindebehörde ihres Beschäftigungsortes bezw. die von dieser bezeichneten Stellen;
- 4) für diejenigen, welche das Versicherungsverhältnis freiwillig fortsetzen oder erneuern, durch die Gemeindebehörde ihres Aufenthaltsortes bezw. die von dieser bezeichneten Stellen.

Bei Durchführung der §§ 112, 128, 135, 158, 160 und 163 des Reichsgesetzes sind auch die Kontrollebeamten der Versicherungsanstalt befugt, Quittungskarten auszustellen.

Die Ausstellung von Quittungskarten für solche versicherungspflichtige Personen, deren Beschäftigungsort nicht im Herzogtume liegt, erfolgt durch die zuständigen auswärtigen Behörden.

Die Formulare der Quittungskarten sind durch Beschluß des Bundesrat vom 3. Juli 1905 festgestellt. Quittungskarten in gelber Farbe (Formular A) werden für versicherungspflichtige Personen und solche Personen, welche, nachdem ihre Versicherungspflicht aufgehört hat, die Versicherung freiwillig fortsetzen (Weiterversicherung) ausgestellt. Hiernach sind für Personen, welche entweder zu Anfang oder im Laufe der Versicherung eine gelbe Quittungskarte nach dem Formular A erhalten haben, für die Folge ohne Rücksicht ob sie versicherungspflichtig sind oder sich freiwillig weiterversichern, stets gelbe Quittungskarten auszustellen. Quittungskarten in grauer Farbe (Formular B) werden solchen Personen ausgestellt, welche aus Grund des Rechts zur Selbstversicherung freiwillig in die Versicherung eintreten oder diese fortsetzen. Wird der Inhaber einer grauen Quittungskarte (Formular B) ver-

sicherungspflichtig, so hat er seine Quittungskarte gegen eine gelbe Quittungskarte (Formular A) umzutauschen und für die Folge stets gelbe Quittungskarten zu erhalten.

Wer für die Selbstversicherung und deren Fortsetzung unbefugt andere als graue Quittungskarten verwendet, kann, sofern nicht nach anderen gesetzlichen Vorschriften eine härtere Strafe eintritt, von der unteren Verwaltungsbehörde mit einer Ordnungsstrafe bis zu 20 Mark belegt werden.

Quittungskarten alten Musters dürfen nach dem 1. Oktober 1905 für die Ausstellung, dem Umtausch und die Erneuerung (Ersetzung) von Quittungskarten nicht mehr verwendet werden. Die am 30. September 1905 in Benutzung befindlichen Quittungskarten dürfen nach dem 1. Oktober 1905, und zwar auch für die Selbstversicherung und deren Fortsetzung innerhalb zweier Jahre nach dem Tage ihrer Ausstellung (§ 135 Abs. 1) zur Beitragsentrichtung noch verwendet werden. Bei Aufrechnung dieser Karten ist aber durch die Aufrechnungsstelle nicht die Zahl der Beitragsmarken, sondern die Zahl der durch Marken der einzelnen Lohnklassen nachgewiesenen Beitrags *w o c h e n*, nötigenfalls unter Hinzuziehung einer besonderen Spalte für Lohnklasse V, anzugeben und die hierzu erforderliche Abänderung des Bordrucks handschriftlich vorzunehmen.

Den zur Selbstversicherung oder deren Fortsetzung berechtigten Personen ist vom 1. Oktober 1905 ab bei Erteilung einer neuen Quittungskarte eine solche nach Formular B auszustellen, sofern sie nicht den Nachweis führen, daß für sie früher auf Grund der Versicherungspflicht Beiträge entrichtet worden sind.

Bei dem Verfahren sind folgende Verrichtungen zu unterscheiden:

- A. die Ausstellung der ersten Quittungskarte,
- B. der Umtausch von Quittungskarten,
- C. die Erneuerung (Ersetzung) von Quittungskarten.

## I. Quittungskarten für die Versicherungspflicht und ihre Fortsetzung

(Formular A).

### A. Die Ausstellung der ersten Quittungskarte. (Formular A.)

2. Die erste Quittungskarte (Formular A) wird solchen Personen ausgestellt, welche auf Grund des Versicherungszwanges (§§ 1, 2 des Gesetzes) neu in die Versicherung eintreten. Für Personen, welche einer zugelassenen Rassen-einrichtung (§§ 8, 10, 11 des Gesetzes) angehören, werden Quittungskarten nicht ausgestellt. Die Ausstellung der Quittungskarten erfolgt, sofern nicht in Einzelfällen abweichende Anordnungen ergehen, nur auf Antrag des Versicherten oder seines Arbeitgebers (§ 131 des Gesetzes). Vor der Ausstellung ist zu prüfen, ob die Person, für welche die Karte ausgestellt werden soll, zum Eintritt in die Versicherung verpflichtet ist. Als Anhalt für diese Prüfung dient die „Anleitung“ des Reichs-Versicherungsamts, betreffend den Kreis der nach dem Invalidenversicherungsgesetz versicherten Personen, vom 19. Dezember 1899.\*

3. Tatsachen, welche sich auf das Recht zum Eintritt in die Versicherung und demgemäß zum Empfang einer ersten Quittungskarte beziehen, hat die um Ausstellung der Karte ersuchte Stelle zu berücksichtigen, soweit sie ihr amtlich bekannt sind. Im übrigen ist die Stelle zwar berechtigt, aber nicht verpflichtet, von Amts wegen weitere, das Vorhandensein solcher Tatsachen betreffende Ermittlungen anzustellen. Soweit derartige Ermittlungen vorgenommen werden, sind sie auf dem kürzesten Wege unter tunlichster Vermeidung von Weiterungen und Kosten zu veranlassen.

Nach Maßgabe ihrer amtlichen Kenntnis oder nach dem Ergebnis ihrer Ermittlungen hat sich die Ausgabestelle darüber schlüssig zu machen, ob sie die Quittungskarte ausstellen oder die Ausstellung ablehnen will. Dabei ist grundsätzlich *t u n l i c h s t e s E n t g e g e n k o m m e n* zu betätigen. Bleibt demgemäß die Zulässigkeit der Ausstellung zweifelhaft und lassen sich die Zweifel nicht alsbald beseitigen, so bleibt es dem Ermessen der Ausgabestelle überlassen, entweder

\* Diese „Anleitung“ ist auszugsweise wiedergegeben S. 251 fgg.

die Ausstellung der Karte a u s z u s e t z e n und der Versicherungsanstalt unter Mitteilung der die Zweifel begründenden Umstände Gelegenheit zur Äußerung binnen einer kurz zu bemessenden Frist zu geben, oder die Karte a u s z u s e t z e n und der Versicherungsanstalt unter Mitteilung der Bedenken von der Ausstellung der Karte Kenntnis zu geben. — Ist im ersten Falle die Versicherungsanstalt mit der Ausstellung der Karte einverstanden oder geht eine Äußerung von ihr binnen der gesetzten Frist nicht ein, so hat die Ausgabestelle die Karte alsbald auszustellen.

Widerspricht dagegen die Versicherungsanstalt der Ausstellung, so ist die Sache in beiden Fällen als Streitigkeit im Sinne der §§ 155, 156 des Gesetzes zu behandeln, kurzer Hand an die zur Entscheidung zuständige Verwaltungsbehörde abzugeben und die endgültige Erledigung dieser Streitigkeiten abzuwarten. Je nach dem Ergebnis des Verfahrens ist die Ausstellung der Quittungskarte, sofern sie noch nicht erfolgt war, vorzunehmen oder endgültig abzulehnen. War die Karte aber bereits ausgestellt, so ist nötigenfalls die Einziehung der Karte und die Vernichtung der verwendeten Marken nach Maßgabe des § 158 des Gesetzes zu veranlassen.

Wird die Ausstellung der Karte aus anderen Gründen als wegen bestehender Zweifel über die Versicherungspflicht oder über das Recht zur Selbstversicherung abgelehnt, so steht dem Antragsteller die Beschwerde im Aufschlagswege zu.

4. Bei der Ausfüllung des Formulars ist in folgender Weise zu verfahren:

Neben dem am Kopf der Karte befindlichen Vermerk „Versicherungsanstalt“ ist der Name der Versicherungsanstalt — Braunschweig — einzutragen.

Sodann ist die Bezeichnung der die Quittungskarte ausstellenden Stelle (z. B. „der Gemeindevorsteher in Olzheim“, „Vorstand der Betriebskrankenkasse für die Fabrik der Firma Gebr. Levin in Braunschweig“) und das Datum der Ausgabe (Ausstellung) sowie die Nummer einzutragen, unter welcher die Quittungskarte in der „Liste der Quittungskarten“ aufgeführt ist.\* Der Unterschrift des ausstellenden Beamten bedarf es nicht. Neben diese Eintragungen ist rechts oben an der durch den Vordruck bezeichneten Stelle der Stempel der ausstellenden Stelle abzudrucken.

Sofern in die Karte Marken für die Zeit vor ihrer Ausstellung einzutreiben sind, wie es z. B. notwendig werden kann bei nachträglicher Feststellung der Versicherungspflicht, bei verzögerter Ausstellung oder bei veräußertem Umlauf der Karte, so ist auf Antrag auf der Karte zu vermerken, bis zu welchem Zeitpunkt rückwärts diese Verwendung der Karte zulässig ist. Bei Ausfüllung dieses Vermerks wird aber von den Ausgabestellen mit besonderer Vorsicht zu verfahren sein, da die Gefahr nahe liegt, daß Personen, welche sich nachträglich die Möglichkeit eröffnen wollen, Anspruch auf eine Rente oder auf eine höhere Rente zu erheben, mißbräuchlich solche Anträge stellen. Die Ausgabestellen haben daher zunächst die tatsächlichen Verhältnisse sorgfältig zu prüfen und sich geeignetenfalls zuvor mit der Versicherungsanstalt, die nachträglich belastet werden soll, in Verbindung zu setzen. Ein mehr als 4 Jahre zurückliegender Zeitpunkt darf nicht eingetragen werden (§ 146 des Gesetzes).

Der betreffende Vordruck ist, sofern er nicht ausgefüllt werden soll, bei Ausstellung der Karte zur Verhütung etwaigen Mißbrauchs zu durchstreichen. Auf die Gültigkeitsdauer der Karte hat der Vermerk keinen Einfluß; diese richtet sich in allen Fällen nach dem Datum der Ausstellung (§ 135 des Gesetzes).

Die Quittungskarte erhält darauf eine Nummer. Diese Nummer richtet sich nicht etwa nach der Zahl und Reihenfolge sämtlicher von der betreffenden Stelle ausgestellter Quittungskarten verschiedener Inhaber, sondern ausschließlich nach

\* Für diese Liste ist mit der Anweisung Herzogl. Staatsministeriums vom 28. April 1905 die in der G. u. B. S. 1905 S. 115 abgedruckte Form vorge-schrieben.

Eine besondere Liste nach diesem Formular ist zu führen über die an Selbstversicherer abgegebenen grauen Quittungskarten, und diese ist alljährlich abzuschließen und an den Vorstand der Landesversicherungsanstalt einzusenden.

der Zahl und der Reihenfolge der Quittungskarten desjenigen Versicherten, für welchen die betreffende Quittungskarte ausgestellt wird. Die erste Quittungskarte eines jeden Inhabers erhält also die Nummer 1, während demnächst die zehnte Karte desselben Inhabers die Nummer 10 erhalten wird usw.

Sodann sind Vor- und Zuname (bei Frauen auch der Geburtsname), Wohnort, Berufsstellung, Geburtsort und Geburtszeit des Inhabers einzutragen. Bei Feststellung derselben ist zur Unterscheidung des Versicherten von anderen Personen besondere Sorgfalt geboten. Bei Angabe der „Berufsstellung“ ist neben der allgemeinen Bezeichnung „Arbeiter“, „Gehülfe“, „Geselle“ usw. tunlichst auch der besondere Berufszweig, in welchem der Versicherte bei Ausstellung der Karte beschäftigt ist, einzutragen, z. B. „landwirtschaftlicher Arbeiter“, „Schlossergeselle“ usw. Im übrigen ist zu beachten, daß Eintragungen oder Vermerke, welche durch das Gesetz nicht vorgesehen sind, unzulässig und strafbar sind (§ 139, 184 a. a. O.). Insbesondere darf die Person oder Firma des Arbeitgebers oder die Arbeitsstätte des Versicherten niemals in die Karte eingetragen werden.

Die Eintragungen sollen handschriftlich erfolgen, doch ist es zulässig, die Bezeichnung der ausstellenden Stelle und bei der erstmaligen Ausstellung von Quittungskarten auch die Bezeichnung der Versicherungsanstalt am Kopfe der Karte durch Verwendung eines Stempels zu bewirken.

5. In die Innenseite der Quittungskarte, insbesondere in den für die Aufrechnung der Quittungskarte bestimmten Vordruck sind Eintragungen nicht schon bei der Ausstellung dieser Karte, sondern erst dann zu machen, wenn dieselbe zum Umtausch eingereicht ist (vergl. unten Ziffer 8 ff.).

6. Nachdem die Karte solchergestalt ausgefüllt ist, wird sie dem Versicherten zugestellt. Sofern dies nicht durch unmittelbare Aushändigung oder durch Vermittelung zuverlässiger Arbeitgeber geschehen kann, ist die Zustellung durch Boten oder durch die Post oder anderweit, jedenfalls aber dergestalt zu bewirken, daß dem Versicherten bare Auslagen daraus nicht erwachsen. Letzteres findet keine Anwendung, wenn der Versicherte es unterlassen hat, einer Ladung zur Empfangnahme der Karte Folge zu leisten.

#### B. Der Umtausch der Quittungskarten. (Formular A.)

7. Der Umtausch findet der Regel nach erst dann statt, wenn die für die Einkerbung von Marken bestimmten Felder der Quittungskarte gefüllt sind oder die Gültigkeit der Quittungskarte erloschen ist (§§ 134, 135 a. a. O.). Auf seine Kosten darf jedoch der Versicherte jederzeit die Ausstellung einer neuen Quittungskarte gegen Rückgabe der älteren Karte beanspruchen (§ 131 Abs. 3 a. a. O.).

Bei dem Umtausch der Quittungskarte sind folgende Geschäfte zu unterscheiden:

- a) die Aufrechnung der alten Karte;
- b) die Ausstellung der Bescheinigung über die aus der Aufrechnung sich ergebenden Endzahlen;
- c) die Ausstellung der neuen Karte;
- d) die Einsendung der aufgerechneten Karte an die zuständige Versicherungsanstalt.

#### Zu a.

8. Die Aufrechnung der alten Karte soll in der Regel in unmittelbarem Anschluß an deren Rückgabe erfolgen.

Die Aufrechnung erfolgt auf der Innenseite der zur rückgegebenen Quittungskarte an der durch den Vordruck bezeichneten Stelle; eine Übertragung dieser Aufrechnung in die neu ausgestellte Quittungskarte ist unstatthaft. Dabei ist folgendes zu beachten.

9. Die in der aufzurechnenden Karte durch Marken nachgewiesenen Beitragswochen sind ohne Rücksicht darauf, ob die Marken auf verschiedene Versicherungsanstalten lauten, lediglich nach Wohnklassen zusammenzu-

rechnen; das Zahlenergebnis ist für jede Lohnklasse getrennt in die für die betreffende Lohnklasse bestimmte Rubrik der Tabelle einzutragen.

10. Außerdem sind an der dafür angegebenen besonderen Stelle bescheinigte Krankheiten und militärische Dienstleistungen, soweit sie für die Zeit zwischen dem Ausstellungstage der zurückgegebenen und dem Ausstellungstage der neu ausgestellten Quittungskarte nachgewiesen werden und nach den in Ziffer 12 ff. angegebenen Gesichtspunkten zu berücksichtigen sind, nach dem Datum des Beginns und der Beendigung der einzelnen Krankheit oder militärischen Dienstleistung zu vermerken. Die Einrechnung dieser Zeiten in die Zahl der ordentlichen Beitragswochen sowie die Zusammenrechnung der Dauer der einzelnen Krankheitsfälle oder militärischen Dienstleistungen ist bei Aufrechnung der Karte nicht zulässig.\* Reicht der Vordruck für Krankheitszeiten um deswillen nicht aus, weil mehr als vier Krankheitsfälle einzutragen sind, so können unter entsprechender handschriftlicher Änderung des Vordrucks auch die für militärische Dienstleistungen bestimmten Rubriken, soweit diese für die letzteren nicht verwendet zu werden brauchen, zur Eintragung von Krankheitsfällen benutzt werden. Dasselbe gilt für den umgekehrten Fall.

11. Zum Nachweise einer Krankheit genügt die nach Muster Nr. 78 ausgestellte Bescheinigung des Vorstandes derjenigen Orts-, Betriebs- (Fabrik-), Bau- oder Innungs-Krankenkasse, derjenigen Knappschaftskasse, eingeschriebenen oder auf Grund landesrechtlicher Vorschriften errichteten Hilfskassen, beziehungsweise derjenigen Gemeindekrankenversicherung oder landesrechtlichen Einrichtung ähnlicher Art, welcher der Versicherte angehört hat (§§ 31 Abs. 1, 166 a. a. O.). Für diejenige Zeit, welche über die Dauer der von den betreffenden Kassen zu gewährenden Krankenunterstützung hinausreicht, sowie für diejenigen Personen, welche einer derartigen Kasse nicht angehört haben, genügt die Bescheinigung der Gemeindebehörde (§ 31 Abs. 1 a. a. O.). Auch können für die in Reichs- und Staatsbetrieben beschäftigten Personen die Bescheinigungen über die Krankheit durch die vorgesezte Dienstbehörde ausgestellt werden (§ 31 Abs. 2 a. a. O.). Die Vorbringung sonstiger Nachweise (z. B. ärztlicher Atteste, Zeugnisse von Krankenhäusern über die Krankheit usw.) ist jedoch nicht ausgeschlossen. Der Nachweis geleisteter Militärdienste erfolgt durch Vorlegung der Militärpapiere (§ 31 Abs. 3 a. a. O.).

Muster  
Nr. 78.

12. Für die Eintragung einer Krankheit ist im einzelnen folgendes zu beachten:

- a) Es sind nur solche Krankheiten einzutragen, welche mindestens eine volle Beitragswoche (Montag bis einschließlich Sonntag) gedauert haben.
- b) Krankheiten, welche die Erkrankten sich vorsätzlich oder bei Begehung eines durch strafgerichtliches Urteil festgestellten Verbrechens, durch schuldhaftes Beteiligung an Schlägereien oder Aufständen oder durch Trunkfälligkeit zugezogen haben, sind nicht einzutragen, dagegen hat die Eintragung für solche Krankheiten, welche Versicherte sich durch geschlechtliche Ausschweifungen zugezogen haben, zu erfolgen.
- c) Krankheiten von Personen, welche, nachdem die Versicherungspflicht fortgefallen ist, sich freiwillig weiter versichern, sind, soweit die Krankheiten in die Zeit der Weiterversicherung fallen, nicht zu berücksichtigen; das gleiche gilt von Krankheiten bei denjenigen Personen, welche vor Beginn der

\* Bei der späteren Bemessung der Renten ist zwar die Dauer der bescheinigten Krankheiten und militärischen Dienstleistungen als Beitragszeit in Anrechnung zu bringen, ohne daß für diese Zeit Beiträge entrichtet wären; die Einrechnung dieser Zeiten in die Zahl der ordentlichen Beitragswochen ist jedoch nicht Sache der aufrechnenden Stelle. Die letztere hat vielmehr die Zahl der aus den eingelebten Marken sich ergebenden Beitragswochen in den verschiedenen Lohnklassen ausschließlich nach den wirklich beigebrachten Marken zu berechnen, die Dauer der bescheinigten Krankheiten und der militärischen Dienstleistungen aber getrennt anzusehen.

Krankheit eine die Versicherungspflicht begründende Beschäftigung überhaupt nicht oder nur vorübergehend gehabt haben.

- d) Ergibt sich, daß der Erkrankte durch die Krankheit nicht verhindert gewesen ist, seine die Versicherungspflicht begründende Beschäftigung fortzusetzen, so ist die Eintragung abzulehnen. Hierhin gehört auch der Fall, daß für die Dauer der Krankheit wegen Fortsetzung des die Versicherungspflicht begründenden Arbeits- oder Dienstverhältnisses Beitragsmarken entrichtet worden sind.
- e) Bei Krankheiten, welche ununterbrochen länger als ein Jahr gedauert haben, ist die über diesen Zeitraum hinausreichende Dauer der Krankheit nicht einzutragen.
- f) Die an eine Krankheit sich anschließende, mit Erwerbsunfähigkeit verbundene Genesungszeit wird der Krankheit gleichgeachtet. Dasselbe gilt von einem regelmäßig verlaufenden Wochenbette für die Dauer der dadurch veranlaßten Erwerbsunfähigkeit, aber höchstens für sechs Wochen von der Entbindung an gerechnet.

13. Die Eintragung einer militärischen Dienstleistung bei Aufrechnung einer Quittungskarte ist zu versagen:

- a) wenn es sich um militärische Dienstleistungen handelt, die nicht zur Erfüllung der Wehrpflicht stattgefunden haben; für die Dauer von Mobilmachungs- oder Kriegszeiten kommen jedoch auch solche Militärdienste in Anrechnung, die nicht zur Erfüllung der Wehrpflicht, sondern freiwillig geleistet worden sind;
- b) wenn es sich um militärische Dienstleistungen während der freiwilligen Fortsetzung eines Versicherungsverhältnisses handelt;
- c) wenn es sich ergibt, daß der Inhaber der Quittungskarten vor Beginn der militärischen Dienstleistung eine die Versicherungspflicht begründende Beschäftigung überhaupt nicht oder nur vorübergehend gehabt hat.

14. In allen anderen Fällen sind die Zeiten einer Krankheit oder militärischen Dienstleistung bei der Aufrechnung der Quittungskarte zu berücksichtigen. Dies hat auch dann zu geschehen, wenn über die Anrechnungsfähigkeit derartiger Zeiten Zweifel verbleiben, deren alsbaldige Hebung nicht gelingt.

Dagegen hat die aufrechnende Stelle beim Vorliegen solcher Zweifel, ebenso aber auch dann, wenn die Anrechnung von ihr versagt worden ist, dem Versicherten einerseits sowie andererseits der für ihren Bezirk zuständigen Versicherungsanstalt oder einem Beamten der letzteren von den ermittelten Tatsachen und den obwaltenden Bedenken mit dem Anheimstellen Mitteilung zu machen, für die Zwecke der demnächstigen Feststellung von Renten die etwa erforderlich erscheinenden anderweiten Feststellungen herbeizuführen.

15. Sofern die aufrechnende Stelle Grund zu der Annahme hat, daß bei der Aufrechnung militärische Dienstleistungen oder Krankheitsfälle zu berücksichtigen sind, so hat sie dem Inhaber der Quittungskarte, sofern derselbe deren Anrechnung nicht selbst beantragt hat, die Beibringung der erforderlichen Nachweise von Amts wegen zu empfehlen und die Aufrechnung einstweilen aufzuheben.

16. Unter die Aufrechnung hat die aufrechnende Stelle den Ort und das Datum, sowie ihre dienstliche Bezeichnung (z. B. „der Stadtmagistrat in Holzminden“) zu setzen; der Unterschrift des aufrechnenden Beamten bedarf es nicht. Neben die Bezeichnung der aufrechnenden Stelle ist deren Stempel abzudrucken.

#### Zu b.

17. Über das Ergebnis der Aufrechnung ist dem Inhaber der Quittungskarte eine Bescheinigung zu erteilen, welche die aus der Aufrechnung sich ergebenden Endzahlen wiedergibt. Für diese Bescheinigung ist das als Muster Nr. 79 beiliegende Formular, welches der Aufrechnungstabelle in der Quittungskarte entspricht, zu benutzen.

Die Bescheinigung ist in unmittelbarem Anschluß an die Aufrechnung auszustellen und demjenigen, auf dessen Namen die aufgerechnete Quittungskarte lautet, oder seinem Beauftragten zugleich mit der neuen Quittungskarte auszustellen.

18. Gegen die Aufrechnung der Karte und gegen den Inhalt der Bescheinigung steht nach § 137 des Gesetzes dem Versicherten, binnen zwei Wochen nach deren Ausständigung der Einspruch zu. Der Einspruch ist unter Vorlegung der Bescheinigung bei derjenigen Stelle zu erheben, welche die Quittungskarte aufgerechnet und die Bescheinigung ausgestellt hat; dieselbe Stelle hat auch über den Einspruch zu befinden.

Das Verfahren über den Einspruch ist an besondere Formen nicht gebunden. Wird der Einspruch als begründet anerkannt, so ist die Aufrechnung und die Bescheinigung entsprechend zu berichtigen. Die Zurückweisung des Einspruchs ist dem Einsprechenden mitzuteilen. Dies kann mündlich oder durch Zufertigung eines schriftlichen Bescheides geschehen, auf dessen Zustellung die obigen Vorschriften über die Zustellung der Bescheinigung Anwendung finden. Sind der Entscheidung förmliche Beweiserhebungen vorangegangen, so ist dem Einsprechenden auf seinen Antrag und seine Kosten Abschrift der Beweisverhandlungen zu erteilen.

19. Gegen die (völlige oder teilweise) Zurückweisung des Einspruchs findet binnen zwei Wochen nach Mitteilung der Entscheidung unter Vorlegung der Bescheinigung und des auf den Einspruch etwa erteilten schriftlichen Bescheides Beschwerde an die der bescheinigenden Stelle unmittelbar vorgesetzte Dienstbehörde statt. Die Beschwerde kann sowohl bei dieser, als auch bei der Stelle, gegen deren Bescheid sich die Beschwerde richtet, eingelegt werden.

Das Verfahren über die Beschwerde ist an besondere Formen nicht gebunden. Die in demselben ergangene Entscheidung ist endgültig (§ 106 a. a. O.). Wird die Beschwerde als begründet anerkannt, so ist die Aufrechnung und die Bescheinigung nötigenfalls auf einem besonderen mit derselben zu verbindenden Blatt Papier mit farbiger Tinte entsprechend zu berichtigen. Die Entscheidung ist dem Beschwerdeführer unter Rückgabe der etwa berichtigten Bescheinigung mitzuteilen, die aufgerechnete Quittungskarte aber der aufrechnenden Stelle zurückzugeben.

20. Aus dem Einspruch und der Beschwerde sollen dem Versicherten in der Regel keine Kosten erwachsen. Die über den Einspruch oder die Beschwerde entscheidende Stelle ist jedoch befugt, demselben solche Kosten des Verfahrens zur Last zu legen, welche durch unbegründete Anträge desselben veranlaßt worden sind; indessen soll dies nur dann geschehen, wenn die Annahme begründet erscheint, daß der Versicherte sich der Grundlosigkeit seiner Anträge bewußt gewesen ist. Zu den vorstehend bezeichneten Kosten gehören auch Portoauslagen. Die Auflegung von Kosten ist zu begründen.

Zu c.

21. Die Ausstellung der neuen Quittungskarte erfolgt der Regel nach nur gegen Rückgabe der älteren Karte und Zug um Zug mit dieser Rückgabe.

22. Die Ausstellung der neuen Karte erfolgt nach den für die Ausstellung der ersten Karte oben unter A (Ziffer 3 bis 6) erörterten Regeln, jedoch mit folgenden Maßgaben:

- a) Die Ausstellung der neuen Quittungskarte darf in der Regel nicht von einer besonderen Feststellung, ob zur Zeit eine Versicherungspflicht besteht, abhängig gemacht werden. Vielmehr hat im allgemeinen jeder, welchem eine Quittungskarte einmal ausgestellt worden ist, das Recht, den Umtausch derselben zu verlangen, und nur in solchen Fällen ist der Umtausch ausnahmsweise zu versagen, wenn die Ausgabestelle die pflichtmäßige Überzeugung gewinnt, daß die alte Quittungskarte zu Unrecht ausgestellt worden ist.
- b) Ferner ist in die Rubrik „Versicherungsanstalt“ nicht diejenige Versicherungsanstalt, in deren Bezirk der Versicherte zur Zeit der Ausstellung



der neuen Karte beschäftigt ist, sondern diejenige Versicherungsanstalt einzutragen, welche auf der ersten Quittungskarte des Versicherten bezeichnet war. Als diese gilt diejenige Versicherungsanstalt, welche auf der Nummer nach nächstvorhergehenden Karte, also in der Regel auf der zum Umtausch übergebenen Karte bezeichnet ist, sofern sich als erste Versicherungsanstalt nicht eine bestimmte andere ergibt (§§ 133 a. a. D.).\*

23. Die neue Quittungskarte erhält als Nummer diejenige Zahl, welche auf die Zahl der für den Versicherten zuletzt ausgestellten Karte, soweit dieselbe zu ermitteln ist, folgt. Enthält diese beispielsweise die Zahl 3, so ist die neue Karte mit der Nummer 4 zu bezeichnen. Als „Verußstellung“ ist, wie sich aus dem Vordruck ergibt, diejenige Verußstellung einzutragen, welche der Inhaber zur Zeit der Ausstellung der neuen Quittungskarte bekleidet, auch wenn auf der früheren Quittungskarte eine andere Verußstellung angegeben war. Derartige Verchieblichkeiten werden sich z. B. dann ergeben, wenn aus Lehrlingen Gesellen geworden sind, ein anderes Gewerbe begonnen worden ist usw. Wegen unzulässiger Eintragungen oder Vermerke wird auf Ziffer 4 Abs. 6 am Ende verwiesen.

Zu d.

24. Die abgegebenen Quittungskarten sind sorgfältig aufzubewahren und spätestens in Zeiträumen von drei zu drei Monaten unter Beifügung eines Verzeichnisses nach anliegendem Muster Nr. 80 an die Versicherungsanstalt Braunschweig portofrei zu übersenden. Etwasigen Wünschen der Versicherungsanstalt wegen Einhaltung kürzerer Einsendungs-termine ist zu entsprechen. Vor Ablauf der Einspruchs- oder der Beschwerdefrist und, sofern Einspruch oder Beschwerde eingelegt ist, vor Erledigung derselben ist die betreffende Karte nicht abzusenden.

25. Die Ausgabestellen haben mit der Quittungskarte zugleich die Bescheinigungen über Krankheiten (Ziffer 11) und zwar auch dann, wenn die Eintragung der Krankheit abgelehnt worden ist, sowie Nachweise über Beschäftigungen, welche in die Zeit vor dem Inkrafttreten der Versicherungspflicht für den Verußzweig des Versicherten fallen, abzunehmen und mit der Quittungskarte an die Versicherungsanstalt des Bezirks beifüß Weiterendung und Aufbewahrung bei derjenigen Versicherungsanstalt, an welche die betreffende Quittungskarte abzugeben ist, zu übersenden. Die Krankheitsbescheinigungen und Arbeitsnachweise sind den aufgerechneten Quittungskarten beizufügen.

Das Gleiche gilt in Ansehung derjenigen Bescheinigungen, welche nach § 9 Abs. 2 des Gesetzes solchen Personen auszustellen sind, die aus einer vom Bundesrat zur Durchführung der Invaliditäts- und Altersversicherung zugelassenen besonderen Kasseneinrichtung ausscheiden. Militärpapiere sind nicht abzunehmen, weil dieselben auch zu anderen Zwecken gebraucht werden und aus deren etwaiger Rückforderung aus dem Gewahrsam der Versicherungsanstalten Kosten und Weiterungen entstehen würden.

### C. Die Erneuerung (Ersetzung) von Quittungskarten. (Formular A.)

26. Hat der Inhaber seine Quittungskarte verloren oder ist die Quittungskarte ganz oder teilweise zerstört oder aus einem anderen Grunde als wegen Füllung mit Beitragsmarken zur weiteren Verwendung unbrauchbar geworden, so ist der Inhaber berechtigt, die Ersetzung dieser Quittungskarte

\* Dies ist um deswillen geboten, weil alle Quittungskarten desselben Inhabers bei einer und derselben Versicherungsanstalt, und zwar bei derjenigen, für welche die erste Quittungskarte des Versicherten ausgestellt worden war, gesammelt und aufbewahrt werden sollen (§ 138 Abs. 1 in Verbindung mit § 133 a. a. D.), damit bei Anträgen auf Bewilligung von Renten jederzeit sämtliche Quittungskarten desselben Inhabers ohne Schwierigkeit eingesehen werden können.

durch eine neue Quittungskarte zu beanspruchen (§ 136 a. a. D.). Für das Verfahren muß zwischen der Außenseite und der Innenseite der Karte unterschieden werden.

27. Die Außenseite erhält genau die Aufschriften der zu erneuernden Karte, soweit dieselben nachweisbar sind, also auch die Bezeichnung der Ausgabestelle und die Nummer der Karte. Ist der Name der Versicherungsanstalt, die Bezeichnung der Ausgabestelle und die Nummer der Karte nicht festzustellen, so erhält die erneuerte Karte den Namen der Versicherungsanstalt, in deren Bezirk der Versicherte zur Zeit der Erneuerung beschäftigt ist, die Bezeichnung der die Erneuerung bewirkenden Ausgabestelle und die Nummer 1. Oben am Kopf der Karte oder an einer anderen, den genügenden Raum darbietenden Stelle ihrer Außenseite ist (handschriftlich oder durch Ausdrücken eines Stempels) der Vermerk „Erneuert“ zu setzen; an dem für das Dienstsiegel bestimmten Platze ist das Dienstsiegel derjenigen Stelle abzubilden, welche die Erneuerung vornimmt, auch wenn die frühere Karte von einer anderen Stelle ausgestellt gewesen ist.

28. In die Innenseite der Karte ist auf den zur Aufnahme von Marken bestimmten Feldern, in der Regel oben links beginnend, mit tunlichster Räumersparnis einzutragen, für wieviel Beitragswochen Marken in der zu erneuernden Quittungskarte nachweislich für die einzelnen Lohnklassen und Versicherungsanstalten enthalten waren. Der Nachweis des Inhalts der zu erneuernden Karte ist Sache des Inhabers. Ist diese Karte ganz oder teilweise noch vorhanden, so ist deren Inhalt, soweit er erkennbar ist, ohne weitere Prüfung in die neue Karte einzutragen. Im übrigen bedarf es eines glaubhaften Nachweises. Zu einem glaubhaften Nachweis ist in der Regel die Vorlegung der Lohnlisten des Arbeitgebers oder eine zuverlässige Auskunft des Arbeitgebers oder der Mitarbeiter des Versicherten für ausreichend zu erachten. Wird ein glaubhafter Nachweis darüber, ob und wieviel Beitragsmarken in der zu erneuernden Karte enthalten waren, nicht geführt, so ist von der Markenübertragung abzusehen und in die erneuerte Karte der Vermerk aufzunehmen: „Bei Erneuerung der Karte waren Beitragsmarken nicht zu übertragen.“ Dieser Vermerk bedarf weder der Unterschrift noch der Beibringung des Dienst Siegels.

Bei Übertragung der in der zu erneuernden Karte nachgewiesenen Beiträge ist zu beachten, daß für mehrere Beitragswochen gemeinsam nur eine Marke verwendet werden kann, im übrigen soll in der aus dem nachfolgenden Beispiel sich ergebenden Weise verfahren werden:

„Bei Erneuerung der Karte übertragen:

10 W. II. B. A. Kön. reich Sachsen,  
13 „ III. „ „ Brandenb.,  
8 „ V. „ „ Rheinröding.

Braun schweig, den 5. März 1900.

(Name des den Übertragungs-Vermerk ausstellenden Beamten.)

(L. S.)“

Dabei bedeuten die Abkürzungen W. „Beitragswochen“, B. A. „Versicherungsanstalt“, die römischen Ziffern I, II, III, IV. „die Lohnklassen, die arabischen Ziffern die Anzahl von Beitragswochen, für welche Marken aus der betreffenden Lohnklasse und Versicherungsanstalt beigebracht waren; z. B. können die oben aufgeführten 13 Wochen III. Versicherungsanstalt Brandenburg aus einer nach dem 1. Januar 1900 verwendeten, für einen Zeitabschnitt von 13 Wochen hergestellten Beitragsmarke III. Lohnklasse ist von dem überanstalt Brandenburg herrühren. Der Übertragungsvermerk ist von dem übertragenden Beamten mit Ort und Datum und seiner Namensunterschrift zu versehen und durch Beibringung des Dienst Siegels zu beglaubigen. Eine Entfernung der auf der unbrauchbar gewordenen Quittungskarte vorhandenen Marken und ihre Einklebung in die neue Karte ist unstatthaft.

29. Die erneuerte Karte ist dem Versicherten, seinem Beauftragten oder Vertreter auszuhändigen. War die ältere Karte, welche durch die neue ersetzt ist, ganz oder teilweise noch vorhanden, so ist dieselbe von der Ausgabestelle ein-

zubehalten und mit dem Vermerk: „nach Erneuerung einbehalten“ oder mit einem ähnlichen Vermerk und dem Stempel der erneuernden Stelle zu versehen. Die Aushändigung der neuen Karte soll der Regel nach Zug um Zug mit der Übergabe der alten Karte geschehen.

30. Nach § 137 des Gesetzes ist der Versicherte befugt, binnen zwei Wochen nach Aushändigung der neuen Quittungskarte gegen den Inhalt der Übertragung Einspruch zu erheben. Von dem Einspruch und dem weiteren Verfahren gilt das, was oben (Ziffer 18 bis 20) über den Einspruch gegen den Inhalt der Bescheinigung gesagt ist. Nach Ablauf der Einspruchs- oder Beschwerdefrist, eventuell nach Beendigung des Einspruchs- oder Beschwerdeverfahrens ist die alte Karte der für den Bezirk der erneuernden Stelle zuständigen Versicherungsanstalt einzusenden (Ziffer 24).

31. Eine Erneuerung der Karte findet, abgesehen von den Fällen des § 136 des Gesetzes, noch statt:

- a) wenn die Karte wegen einer unzulässigen Eintragung seitens einer Behörde angehalten wird (§ 139 Abs. 1 a. a. D.);
- b) wenn im Falle des § 158 die untere Verwaltungsbehörde an Stelle der Vernichtung der irrtümlich beigebrachten Marken die Einziehung der Quittungskarte und die Übertragung des Inhalts derselben auf eine neue Karte anordnet;
- c) wenn für den Inhaber einer gelben Quittungskarte (Formular A) eine graue Karte (Formular B) hätte ausgestellt werden müssen.

Ist die Behörde zur Ausstellung von Karten nicht berechtigt, so hat sie wegen Ausstellung der neuen Karte eine zuständige Stelle zu ersuchen.

Wegen des Verfahrens gilt im übrigen das oben Bemerkte.

#### D. Berichtigung von Quittungskarten. (Formular A.)

32. Sind in einer Quittungskarte zu wenig Marken oder Marken einer zu niedrigen Lohnklasse eingeklebt, so hat die untere Verwaltungsbehörde dem verpflichteten Arbeitgeber das nachträgliche Einkleben der fehlenden Marken oder die Beibringung von Marken der richtigen Lohnklasse aufzugeben. Kommt der Arbeitgeber dieser Anordnung innerhalb der gesetzten Frist noch nach, so ist das Beitreibungsverfahren gemäß § 168 des Gesetzes einzuleiten. Für den betriebenen Betrag sind die fehlenden oder richtigen Marken anzukaufen und zu entwerten.

Nach Beibringung der richtigen Marken hat die untere Verwaltungsbehörde die zu niedrigen Marken zu vernichten und wegen Rückzahlung des Wertes derselben der Versicherungsanstalt Mitteilung zu machen. Diese Auszahlung des Gelbbetrages oder die Verteilung desselben zwischen den bei Ankauf der vernichteten Marken beteiligt gewesenem Arbeitgebern und Versicherten kann dem Empfänger überlassen bleiben.

Über sendet die Versicherungsanstalt den Betrag durch die Post, so bedarf es der Ausstellung einer besonderen Quittung des Empfängers nicht. Es ist vielmehr Sache der Versicherungsanstalt, durch Postschein, oder auf andere Weise einen genügenden Nachweis über die Absendung des Gelbbetrages zu ihren Akten zu bringen.

33. Können die Beiträge nicht beigetrieben werden, so ist dem Versicherten anheimzustellen, die Beiträge für die fehlenden oder zu niedrigen Marken selbst zu zahlen. Ist der Versicherte hierzu nicht bereit, so ist von dem Berichtigungsverfahren abzugehen, die Karte mit den minderwertigen Marken aufzurechnen, Aufrechnungsbescheinigung zu erteilen und dem Versicherten eine neue Karte auszustellen, sofern letzteres nicht bereits geschehen.

Die aufgerechnete Karte ist mit den entstandenen Vorgängen der Versicherungsanstalt einzusenden.

Wo die Einziehung der Beiträge durch Krankenkassen oder besondere Hebestellen erfolgt (§§ 148, 150, 151 des Gesetzes), bleibt diesen die Durchführung des Berichtigungsverfahrens überlassen. Den Wert der nachträglich von ihnen beigebrachten Marken haben diese Stellen, sofern es ihnen nicht rasam

erscheint, eine frühere Erstattung zu fordern, mit dem nächsten regelmäßigen Beitrage einzuziehen.

34. Ergibt sich, daß zu viel Marken beigebracht sind, so hat die untere Verwaltungsbehörde die überschießenden Marken zu vernichten und im übrigen nach Ziffer 32 Abs. 2 zu verfahren. Findet das Einziehungsverfahren Anwendung, so ist das Erforderliche auch hier den Krankenkassen und Hebestellen zu überlassen.

35. Ein Berichtigungsverfahren wegen angeblicher Verwendung von Marken einer zu hohen Lohnklasse hat die untere Verwaltungsbehörde nur dann einzuleiten, wenn gleichfalls dargetan wird, daß Arbeitgeber und Versicherte sich nicht, sei es ausdrücklich, sei es stillschweigend, über eine Versicherung in der betreffenden höheren Lohnklasse geeinigt haben (§ 34 Abs. 5 des Gesetzes). Wird das Verfahren eingeleitet, so ist gemäß Ziffer 32 Abs. 2 zu verfahren.

36. Sind Marken einer unrichtigen Versicherungsanstalt beigebracht, so ist die nachträgliche Einklebung von Marken der richtigen Versicherungsanstalt zu veranlassen und im übrigen nach Ziffer 32 Abs. 2 zu verfahren. Die Verteilung des von der ersteren Versicherungsanstalt zu erstattenden Betrages zwischen dem Arbeitgeber und dem Versicherten bleibt auch hier den Beteiligten überlassen.

37. Die unteren Verwaltungsbehörden sind befugt, an Stelle der Vernichtung von Marken die Erneuerung (Ersetzung) der Quittungskarte (Ziff. 26 bis 31) anzuordnen (§ 158 Abs. 3 des Gesetzes). Bei der Übertragung des Inhalts sind nur die gültigen Eintragungen zu berücksichtigen, die der Vernichtung anheimgefallenen Marken also außer Betracht zu lassen. Die eingezogene Quittungskarte ist nach Ziffer 29 zu behandeln.

Sind Marken in bereits aufgerechneten und umgetauschten Quittungskarten vernichtet worden, so bedarf es gleichzeitig der Berichtigung der Aufrechnungen und der von den Inhabern der Quittungskarte zu diesem Zwecke einzuziehenden Bescheinigungen über die Aufrechnungen. Die die Berichtigung der Karte vornehmende Behörde hat die von ihr in die Karte eingeklebten Marken vor Auskündigung der Karte zu entfernen.

38. Ergibt sich bei der Aufrechnung oder Erneuerung von Quittungskarten, daß Marken in nicht vorschrittsmäßiger Weise verwendet sind, so hat die Ausgabestelle, sofern die Beteiligten mit der Berichtigung einverstanden sind, die Berichtigung nach Maßgabe der vorstehenden Bestimmungen herbeizuführen.

E. Verlängerung der Gültigkeitsdauer der Quittungsarten. (Formular A.)

Behandlung ungültiger Quittungsarten (Formular A).

39. Die Gültigkeitsdauer der Quittungskarten A kann nach Befestimmung des Reichsanzalters vom 10. November 1899 durch **A b s t e m p e l u n g** verlängert werden (§ 135 Abs. 2 des Gesetzes). Die Abstempelung erfolgt durch die unter 1 bezeichneten Stellen. Die Verlängerung darf nur während der Gültigkeitsdauer der Karte und zwar einmal für ein oder zwei weitere volle Jahre nach Ausstellungstage und nur dann erfolgen, wenn für die Zeit vom Ausstellungstage ab mindestens zwanzig Beitragswochen einschließlich der denselben gemäß § 46 Abs. 2 des Gesetzes gleich zu behandelnden Zeiten, nachgewiesen sind. Die Entscheidung darüber, ob die Verlängerung für ein oder zwei Jahre erfolgen soll, steht der Ausgabestelle zu. Dabei ist auf die Größe des für Einklebung von Marken noch verfügbaren Raumes Rücksicht zu nehmen. Die Verlängerung erfolgt durch Eintragung des Vermerks „**G ü l t i g k e i t u m . . . J a h r e v e r l ä n g e r t**“ auf der Innenseite der Quittungskarte unter Beifügung des Datums in unmittelbarem Anschluß an die bereits geklebten Marken. Der Vermerk kann in unmittelbarem Anschluß an die bereits geklebten Marken. Der Vermerk kann handschriftlich oder durch Verwendung eines Stempels erfolgen; er ist durch Beibehaltung des Dienstsiegels zu beglaubigen. Vor Rückgabe der Karte sind die in der Karte befindlichen Marken, soweit sie noch nicht entwertet sind, zu entwerten; zugleich ist auf der Innenseite der Karte handschriftlich oder durch Stempel die Gesamtzahl der in der Karte befindlichen Marken zu vermerken.

Karten, deren fortdauernde Gültigkeit auf einer Anerkennung des Vorstandes beruht (Ziffer 40) dürfen nicht verlängert werden.

40. Wird eine Quittungskarte zum Umtausch eingereicht, welche, weil seit dem Tage der Ausstellung zwei Jahre verflossen sind, die Gültigkeit verloren hat (§ 135), so ist der Versicherte darauf hinzuweisen, daß er berechtigt ist, die Anerkennung der fortdauernden Gültigkeit zu beantragen. Wird der Antrag gestellt, so hat die Ausgabestelle (1) diesen zu Protokoll zu nehmen, die Quittungskarte einzubehalten und in diese auf der Innenseite den Vermerk einzutragen: „Verspätet zum Umtausch vorgelegt“. Der Antrag ist mit der Quittungskarte dem Vorstand der für den Beschäftigungsort zuständigen Versicherungsanstalt sogleich zu übersenden. Der Vorstand entscheidet über den Antrag und sendet, sofern er die fortdauernde Gültigkeit anerkennt, die Quittungskarte mit dem Anerkennungsvermerk an die Ausgabestelle zur Aufrechnung und zur Erteilung der Aufrechnungsbescheinigung zurück. Die aufgerechnete Quittungskarte ist demnächst mit dem Protokoll an den Vorstand der Versicherungsanstalt zurückzugeben. Wird die fortdauernde Gültigkeit nicht anerkannt, so ist der Versicherte durch Vermittelung der Ausgabestelle hiervon zu benachrichtigen, während die Quittungskarte zur Aufbewahrung von der Versicherungsanstalt zurückbehalten ist. Stellt der Versicherte den Antrag auf Anerkennung der fortdauernden Gültigkeit der Karte nicht, so hat die Ausgabestelle in die Quittungskarte auf der Innenseite den Vermerk: „Verspätet zum Umtausch vorgelegt, Anerkennungsantrag nicht gestellt“ einzutragen.

Wird die fortdauernde Gültigkeit nicht anerkannt oder der Antrag auf Anerkennung der fortdauernden Gültigkeit nicht gestellt, so ist dem Versicherten auf Verlangen eine Bescheinigung über die Ablieferung der ungültigen Quittungskarte zu erteilen. Die Aufrechnung und die Erteilung der Aufrechnungsbescheinigung unterbleibt in diesem Falle. Die neue Quittungskarte erhält die Nummer, welche auf die Nummer der ungültigen Karte folgt.

Quittungskarten, welche bei der Vorlegung zum Umtausch Marken für weniger als 20 Beitragswochen enthalten (§ 46 des Gesetzes) sind, sofern seit dem Tage der Ausstellung noch nicht zwei Jahre verflossen sind, als gültige Karten zu behandeln.

Für die Berechnung der zweijährigen Frist (§ 135) ist zu beachten, daß dieselbe ihr Ende erst mit Ablauf des Tages erreicht, welcher durch seine Bezeichnung dem Ausstellungstage entspricht. Hiernach verliert z. B. eine am 25. März 1900 ausgestellte Quittungskarte erst mit dem Ablauf des 25. März 1902 ihre Gültigkeit. Der Vermerk über die Verwendbarkeit der Karte (Ziff. 4 Abs. 3, 4) hat auf die Gültigkeitsdauer der Karte keinen Einfluß.

41. Die vor dem 1. Oktober 1905 ausgestellten Quittungskarten verlieren ihre Gültigkeit innerhalb zweier Jahre nach dem Tage ihrer Ausstellung. Eine Verlängerung der Gültigkeitsdauer dieser Karten durch Abstempelung ist nicht statthaft.

## II. Quittungskarten für Selbstversicherung und deren Fortsetzung.

(Formular B.)

42. Ausstellung der ersten Quittungskarte (Formular B). Die erste Quittungskarte B wird solchen Personen ausgestellt, welche auf Grund der Selbstversicherung in die Versicherung eintreten. Personen, welche sich bei einer zugelassenen Kasseneinrichtung (§§ 8, 10, 11 des Gesetzes) selbstversichern, werden Quittungskarten nicht ausgestellt. Die Ausstellung erfolgt nur auf Antrag des zur Selbstversicherung Berechtigten. Vor der Ausstellung ist zu prüfen, ob die Person, für welche die Karte ausgestellt werden soll, zum Eintritt in die Versicherung berechtigt ist. Als Anhalt für diese Prüfung dient die unter 2 erwähnte Anleitung des Reichsversicherungsamtes.

Im übrigen finden auf die Ausstellung der Quittungskarte B die Bestimmungen der Ziffern 3 bis 6 mit der Maßgabe entsprechende Anwendung, daß bei der Ausfüllung des Formulars neben dem am Kopfe der Karte befindlichen Vermerk „Versicherungsanstalt“ bei sich selbstversichernden Personen, welche nicht beschäftigt werden, der Name derjenigen Versicherungsanstalt einzutragen ist, in

deren Bezirk sie sich aufhalten und in den Vermerk „Verwendbar für die Zeit seit dem . . . . .“ ein mehr als ein Jahr zurückliegender Zeitpunkt nicht eingetragen werden darf (§ 146 des Gesetzes).

43. Umtausch der Quittungskarten (Formular B). Auf den Umtausch der Quittungskarten B finden die Vorschriften der Ziffern 7—23 entsprechende Anwendung, jedoch werden bei der Aufrechnung der alten Quittungskarte nur die durch Marken nachgewiesenen Beitragswochen zusammengerechnet und für jede Lohnklasse getrennt in die für die betreffende Lohnklasse bestimmte Rubrik der Tabelle eingetragen. Eine Eintragung von Krankheitszeiten oder militärischen Dienstleistungen findet nicht statt. Auch in die Bescheinigung über die aus der Aufrechnung sich ergebenden Endzahlen sind dementsprechend Krankheitszeiten und militärische Dienstleistungen nicht einzutragen.

44. Die Erneuerung (Ersetzung) von Quittungskarten (Formular B). Auf die Erneuerung (Ersetzung der Quittungskarten B finden die Bestimmungen unter 26—31 entsprechende Anwendung. Eine Erneuerung der Quittungskarte B hat auch stattzufinden, wenn ein Versicherter zu Unrecht eine Quittungskarte B an Stelle einer Quittungskarte A benutzt.

45. Berichtigung von Quittungskarten (Formular B). Da einerseits die Verpflichtung zur Verwendung von Doppelmarken für die freiwillige Versicherung fortgefallen, anderseits die freiwillige Versicherung in jeder beliebigen Lohnklasse zugelassen ist, so findet eine Berichtigung von Quittungskarten nur statt, wenn Marken einer unrichtigen Versicherungsanstalt verwendet sind. In diesem Falle ist gemäß Ziff. 36 zu verfahren.

46. Eine Verlängerung der Gültigkeitsdauer der Quittungskarten B ist nicht zulässig. Für die Behandlung ungültiger Quittungskarten B sind die Vorschriften unter 40 maßgebend.

### III. Schlußbestimmungen.

47. Fehlt einem Versicherten die Quittungskarte, weil sein Arbeitgeber die bisherige, noch verwendbare Quittungskarte widerrechtlich in behalten hat, so ist eine neue Karte mit der auf die Nummer der zurückbehaltenen Karte folgenden Nummer auszustellen und durch Vermittelung der zuständigen Polizeibehörde dafür Sorge zu tragen, daß dem Arbeitgeber die Karte abgenommen und seine Bestrafung auf Grund § 181 Ziff. 4 des Gesetzes herbeigeführt wird. Die abgenommene Karte ist wie eine zum Umtausch vorgelegte Karte zu behandeln.

48. Den Versicherten, welche einer zugelassenen Kasseneinrichtung (§§ 8, 10, 11 des Gesetzes) als Mitglieder angehören, ist die Quittungskarte auf ihren Antrag jederzeit aufzurechnen. Bescheinigte Krankheiten und militärische Dienstleistungen sind bei der Aufrechnung nur insoweit zu berücksichtigen, als sie für die Zeit zwischen dem Ausstellungstage der aufzurechnenden Quittungskarte und dem Tage des Eintritts in die Kasseneinrichtung nachgewiesen werden. Auf der Vorderseite der Aufrechnungs-Bescheinigung ist unten der Vermerk zu setzen: „Neue Karten nicht ausgestellt“. Eine neue Quittungskarte ist erst beim Ausscheiden des Versicherten aus der Kasseneinrichtung auf Grund dieser Aufrechnungsbescheinigung auszustellen. Hierbei ist in die neue Quittungskarte die Zahl einzutragen, die auf die in der Aufrechnungs-Bescheinigung bezeichnete Karte folgt. Wird diese Aufrechnungs-Bescheinigung nicht vorgelegt, so erhält die neue Quittungskarte die Nummer, welche auf die Nummer der für den Versicherten zuletzt ausgestellten Karte, soweit diese zu ermitteln ist, folgt, sonst die Nummer 1.

49. Wird von einer verheirateten weiblichen Person die Erstattung der Beiträge (§ 42) und zugleich die Ausstellung einer neuen Quittungskarte beantragt, so erhält diese Karte die auf die Nummer der letzten Karte folgende Nummer. Sobald die Beiträge erstattet sind, ist die Nummer der Karte in die Nummer 1 zu berichtigen. Wird der Antrag auf Ausstellung einer neuen Quittungskarte von einer verheirateten weiblichen Person gestellt, nach-

dem die Beiträge bereits erstattet sind, so erhält die neue Karte sogleich die Nummer 1.

50. Die Ausstellung, der Umtausch und die Erneuerung der Quittungskarte sowie die Erteilung der Bescheinigung erfolgen kosten- und gebührenfrei.

Nur in zwei Fällen hat die Ausgabestelle für die Ausstellung einer Quittungskarte von den Beteiligten Kosten, die auf fünf Pfennige für jede Karte festgesetzt werden, zu beanspruchen:

- 1) Wenn der Versicherte, bevor in seiner Karte für mindestens 30 Wochen Beitragsmarken verwendet sind oder die Gültigkeit der Karte gemäß § 135 des Gesetzes erloschen ist, die Ausstellung einer neuen Quittungskarte gegen Rückgabe der älteren Karte beantragt (§ 131 Abs. 3 des Gesetzes). In den Fällen der Ziffer 31 hat jedoch die Aufrechnung und Ausstellung der Karten stets kostenlos zu erfolgen.
- 2) Wenn die Ausstellung der Karte um deswillen, weil der Versicherte selbst die rechtzeitige Beschaffung einer Karte zu Unrecht unterlassen hat, von dem Arbeitgeber beantragt wird (§ 131 Abs. 2 des Gesetzes). Beantragt dagegen der Arbeitgeber die Ausstellung einer Quittungskarte im Auftrage des Versicherten, so sind Kosten nicht zu fordern.

Im Zweifelsfalle hat der Umtausch der Karte kostenfrei zu erfolgen.

51. Alle Eintragungen sind deutlich und ohne Rasuren mit einer Tinte zu bewirken, welche weder verbleicht noch verwischt oder abdrückt. Korrekturen dürfen nur durch einfaches Durchstreichen bewirkt werden, sie sind mit dem Datum zu versehen und durch Wiederdrück des Dienstsiegels zu beglaubigen.

Bei allen mit der Ausstellung, dem Umtausch, der Erneuerung und der Berichtigung von Quittungskarten zusammenhängenden Geschäften ist darauf zu achten, daß dem Versicherten wiederholte zeitraubende Gänge und sonstige Weiterungen erspart bleiben. Auch dürfen den Arbeitgebern und den Versicherten Portokosten nicht entstehen.

52. Den Ausgabestellen wird von der für ihren Bezirk zuständigen Versicherungsanstalt die erforderliche Anzahl von Formularen zu Quittungskarten kostenlos zur Verfügung gestellt werden; Formulare, in denen der Name der Versicherungsanstalt vorgeedruckt ist, dürfen nicht geliefert werden. Die spätere Ergänzung des Vorrats hat die Ausgabestelle bei der Versicherungsanstalt rechtzeitig zu beantragen; dabei sind die für Quittungskarten von den Beteiligten erhobenen Beiträge (Ziff. 50) zu berechnen.

Die Kosten für die Formulare der Bescheinigungen über die Aufrechnung (Ziff. 17 ff.) tragen die Ausgabestellen.

D. Die Höhe der für den einzelnen Versicherten einzuziehenden Beiträge ist nach §§ 32 und 34 des A. G. festzustellen. Es entscheidet nicht der tatsächliche Arbeitsverdienst des Einzelnen, sondern der nach § 34 zu bestimmende Lohnsatz, wenn nicht etwa Arbeitgeber und Versicherter darüber einverstanden sind und der Arbeitgeber auf der Rückseite der „Anmeldung“ bescheinigt, nach einer höhern, als der vorschriftsmäßigen Lohnklasse versichern zu wollen; in einer unter dem maßgebenden Lohnsatze stehenden Klasse darf nicht versichert werden. Nach der Lohnklasse bestimmt sich die zu verwendende Marke. Personen, welche nicht versicherungspflichtig sind, aber freiwillig in die Versicherung eintreten (Selbstversicherer), können sich die Lohnklasse wählen (A. G. §§ 14 u. 145 Abs. 1).

Die Einziehung der Beiträge schließt sich an die der Krankenversicherungsbeiträge an, worüber in dem Abschnitte über die Krankenversicherung (I. 3. c. S. 223) näheres gesagt ist.

Sie ist durch § 8 der B. Herzogl. Staatsministeriums v. 8. Dezember 1899 (G. u. B. S. Nr. 102 S. 970) zur eigenen Angelegenheit der Krankenkassen bezw., wo nur Gemeindefrankenversicherung besteht, der Gemeinden gemacht, mit der Wirkung, daß die Kassenvorstände bezw. Gemeindebehörden für die ordnungsmäßige Versorgung auch dieser Geschäfte, gleich den eigentlichen Kassengeschäften einzustehen haben und Gefahr laufen, für die Folgen von Unregelmäßigkeiten in der Geschäftsführung der Hebestelle verantwortlich gemacht zu werden. Mit Rücksicht auf diese Verantwortung haben daher die Krankenkassen-Vorstände bezw. Gemeindebehörden alle Veranlassung, den Beitrags-Erheber (Rechnungsführer) bei seinem Geschäfte nicht nur nach aller Tunlichkeit zu unterstützen, sondern auch regelmäßig und nachhaltig zu überwachen. Von diesem Gesichtspunkte aus und zugleich mit Rücksicht auf das Interesse, welches auch die Landes-Versicherungs-Anstalt daran hat, daß es bei der Beitrags-Einzahlung und -Verrechnung in völliger Ordnung zugehe, hat Herzogl. Staatsministerium unterm 28. April 1905 (G. u. B. S. Nr. 25 S. 105) eine besondere Anweisung über die Aufsichtsbefugnisse der Landes-Versicherungs-Anstalt gegenüber den Einzugsstellen und die Rechnungsführung der letzteren erlassen, aus welcher hier folgendes hervorgehoben wird:

1. Kassenrevisionen durch den Krankenkassen-Vorstand bezw. Gemeindevorsteher sind ausdrücklich vorgeschrieben (§ 1) und zwar sollen sie zum mindesten alle Vierteljahr regelmäßig und außerdem alljährlich mindestens einmal außerordentlich vorgenommen werden. Dabei hat er so zu verfahren, daß der Kassenbestand (einschl. des Vorrats an Marken) ausgenommen wird, danach die Bücher abgeschlossen werden und am Rande der Kassenbestand neben dem Buchbestande vermerkt, dieser Vermerk aber datiert und von dem revidierenden Vorstandsmitgliede bezw. Gemeindevorsteher unterzeichnet wird.
2. Die Kreisdirektion kann vorschreiben, daß der Rechnungsführer Kautions zu bestellen habe. Ist eine solche bestellt, so darf sie nur im Einverständnis mit der Landes-Versicherungs-Anstalt zurückgegeben werden (§ 2).
3. Die für die Invalidenversicherung eingezogenen Beträge sind von allen anderen Fonds getrennt zu verwahren (§ 3).
4. Gegenüber dem Kassen- und Rechnungsführer hat der Vorstand der Landes-Versicherungs-Anstalt die Befugnis der Aufsicht und Revision. Der in seinem Namen eine Revision vornehmende Beamte kann von einem Erheber, welcher „noch andere Fonds verwaltet“, also z. B. von dem Gemeindeeinknehmer nötigenfalls Vorlegung sämtlicher Kassenbücher und Kassensturz sämtlicher Fonds verlangen.

Die Einziehung der Beiträge in längeren als zweiwöchigen Zwischenräumen vorzunehmen, ist nicht ratsam. Ob die Einziehung durch einen



Boten oder wie etwa sonst vorgenommen werden soll, hängt von örtlicher Bestimmung ab.

Bereits oben ist angedeutet, wie in erster Linie zu erstreben ist, daß sämtliche Quittungskarten bei der Krankenkasse bezw. dem Gemeindevorsteher hinterlegt werden. Ist dies geschehen, so werden auch die Marken gleich an der Hinterlegungsstelle eingeklebt, und es ist nur nötig, dem Arbeitgeber über den von ihm wieder eingezogenen Wert der Marken etwa in einem Quittungsbuche zu quittieren. Sind die Quittungskarten nicht hinterlegt, so ist das Verfahren weniger einfach, da die Bestimmung gleichwohl maßgebend ist, daß die Verwendung (d. h. das Einkleben und Entwerten) der Marken durch niemand sonst, als durch die Krankenkasse bezw. den Gemeindevorsteher zu geschehen hat. In Frage könnte kommen, einen Kassensboten so zu bestellen, daß er die Marken bei sich führt und gegen Empfang der Beiträge in die von den Arbeitgebern vorzuweisenden Quittungskarten einlebt; dann würden die Arbeitgeber die Quittungskarten ihrer Arbeiter an den betreffenden Einziehungstagen bereit zu halten haben, und würde etwaigen Schwierigkeiten, welche wegen einstweiliger Herausgabe der Quittungskarten gemacht würden, mit Zwangsmitteln im Sinne des § 73 der L. G. D. zu begegnen sein.

Für die Besorgung dieser Geschäfte erhalten die Krankenkassen (mit Ausnahme der Betriebs- [Fabrik-] und Bau-Krankenkassen) bezw. die Gemeinden von der Versicherungsanstalt eine Vergütung — Erhebungsgebühr — im Betrage von 6 % der eingezogenen Beiträge (§ 11 der V. vom 8. Dezember 1899 Nr. 102). Dieselbe wird ihrem Betrage nach jährlich festgestellt und nachträglich gezahlt. Behufs der Feststellung hat der Gemeindevorsteher der Landes-Versicherungsanstalt jährlich mitzuteilen, wieviele Marken der verschiedenen Lohnklassen im abgelaufenen Jahre verwendet sind; es kommen dabei jedoch nur die selbst eingeklebten, nicht auch die etwa käuflich abgelassenen Marken in Betracht. Die Vergütung fließt der Krankenkasse bezw., wo Gemeindekrankenversicherung besteht, der Gemeindefasse zu.

E. Über die erhobenen Beiträge ist in der „Heberolle“ genau Buch und getrennt Kasse, über den Bestand an Marken aber, deren Bezug und Verwendung ein Verzeichnis nach dem der B. Herzogl. Staatsministeriums v. 28. April 1905 (G. u. B. S. Nr. 25 S. 111) beiliegendem Muster zu führen.

In Ausführung des § 112 Abs. 3 des R. Gs. von 1889 ist den Krankenkassen und Gemeindebehörden für die erste Markenverwendung ein sog. „eiserne Markenbestand“ vorschüssig unentgeltlich zur Verfügung gestellt. Derselbe ist nach Verbrauch mittels der dafür eingezogenen Geldbeträge durch Ankauf neuer Marken von der Post ständig wieder zu ergänzen und zu erhalten.

Von der Entwertung und Vernichtung der Marken handeln die B. v. 9. November 1899 (R. G. Bl. Nr. 2623 S. 665) und 3. Juli 1905 (R. G. Bl. Nr. 3149 S. 590).

F. Die Anmeldung des Anspruchs auf Bewilligung einer Invaliden- oder Altersrente hat nach § 112 des

R. Gz. bei der Kreisdirektion zu geschehen, kann aber auch durch den Gemeindevorsteher vermittelt werden, indem dieser den Antrag entgegennimmt, ein entsprechendes Antrags-Formular (wie ihm solche von der Kreisdirektion zugefertigt sind) ausfüllt und dieses mit den erforderlichen Beweisstücken und Erläuterungen an die Kreisdirektion weiter befördert. Kein Gemeindevorsteher, an welchen ein bezügliches Ansinnen gestellt wird, wird sich dem entziehen und er wird — gleichviel ob die nötigen Nachweise gleich zur Stelle sind oder nicht — den ihm vorgetragenen Antrag sofort zu Protokoll nehmen, da der Tag des Antrages im weiteren Verlaufe bedeutungsvoll sein kann. Daß der Berechtigte persönlich den Antrag stellt, ist nicht unbedingt nötig.

a) Handelt es sich um Altersrente, so sind regelmäßig folgende Beweisstücke beizubringen:

- aa) ein Geburts- bezw. Taufschein, welcher vom Standesamte bezw. Kirchenbuchführer kostenlos auszustellen ist;
- bb) die letzte Quittungskarte, welche — gleichviel ob bereits voll oder nur teilweise beklebt — aufgerechnet sein muß, und die Aufrechnungsbescheinigungen über die früheren Quittungskarten; wird der Rentenanspruch von einer Ehefrau oder Wittve erhoben, so ist endlich noch
- cc) eine Bescheinigung über die erfolgte Eheschließung oder ein Populationschein beizubringen.

Ein Altersrenten-Antrag ist begründet, wenn für die Zeit seit dem 1. Januar 1891 eine, nach dem Geburtstage des Antragstellers zu berechnende Anzahl von Marken geklebt bezw. von Krankheitswochen nachgewiesen wird, und wenn für die ersten fünf Jahre, seit die Versicherungspflicht für den betreffenden Berufsweig begonnen hat, mindestens 200 Pflichtmarken geklebt sind. Ist letzteres nicht geschehen, so hat Antragsteller nachzuweisen, daß er in den dem Inkrafttreten der Versicherungspflicht vorausgegangenen drei Jahren berufsmäßig, wenn auch nicht ununterbrochen Lohnarbeit geleistet hat. Die nach dem Geburtstage des Antragstellers zu berechnende Anzahl von Marken ergibt sich aus der als Muster Nr. 81 anliegenden Tabelle. (Als „Arbeitswoche“ gilt jede Woche, in welcher wenigstens an einem Tage versicherungspflichtige Arbeit verrichtet ist; als anrechnungsfähige „Krankheitswoche“ dagegen gilt nur diejenige, welche durch eine mit Erwerbstätigkeit verbundene Krankheit ganz ausgefüllt gewesen ist.)

Muster  
Nr. 81.

b) Handelt es sich um Invalidenrente, so sind regelmäßig folgende Beweisstücke beizubringen:

- aa) die letzte Quittungskarte, welche — gleichviel ob bereits voll oder nur teilweise beklebt — „aufgerechnet“ sein muß, und die Aufrechnungsbescheinigungen über die früheren Quittungskarten;
- bb) eine kurze Bescheinigung des Inhalts, daß der Antragsteller voraussichtlich dauernd erwerbsunfähig sei.

Ein Invalidenrenten-Antrag ist begründet, wenn der Nachweis erbracht wird, daß Antragsteller dauernd erwerbsunfähig oder daß er während 26 Wochen ununterbrochen erwerbsunfähig ist.

Gegen den Bescheid der Landes-Versicherungs-Anstalt, durch welchen ein Anspruch auf Alters- oder Invalidenrente abgewiesen wird pp., steht dem Rentenbewerber die Berufung an das Schiedsgericht für Arbeiterversicherung und weiter die Revision an das Reichs-Versicherungsamt zu (J. V. G. §§ 114 fgg.).

G. Rückerstattung geleisteter Versicherungsbeiträge tritt in den §§ 42—44 J. V. Gs. erwähnten Fällen ein. Bezüglich der Antrag ist nach § 128 J. V. Gs. und § 1 Abs. 2 der B. vom 8. Dezember 1899 (G. u. V. G. Nr. 102 S. 967) beim Gemeindevorsteher anzubringen und von diesem an die Landes-Versicherungsanstalt zu Braunschweig weiter zu befördern. Heiratsersstattungen sind jedoch tunlichst zu widerraten und ist den sie beantragenden Ehefrauen vielmehr die Weiterversicherung zu empfehlen, die mit jährlich 1,40 M. für 10 Marken I. Lohnklasse zu bewerkstelligen ist.

H. Erkrankt ein Versicherter, welchem im Falle dauernder Erwerbsunfähigkeit eine Invalidenrente zustünde, derartig, daß durch ein besonderes Heilverfahren die drohende Invalidität abgewandt werden könnte, oder ist Grund zu der Annahme vorhanden, daß der Empfänger einer Invalidenrente bei Durchführung eines Heilverfahrens die Erwerbsfähigkeit wiedererlangen werde, so kann die Versicherungsanstalt nach §§ 18—23 und 47 J. V. Gs. die Kosten dieses besonderen Heilverfahrens übernehmen. Bezüglich der Antrag ist bei der Landes-Versicherungsanstalt anzubringen. Zu solchem Zwecke sind die letzte Quittungskarte, die Aufrechnungsbescheinigungen und ein ärztliches Attest mit einzureichen. Die Versicherungsanstalt kann in einem solchen Falle die Fürsorge für den Versicherten in dem von ihr für geboten erachteten Umfange und unter der Verpflichtung zur Kostenersstattung der Krankenkasse übertragen; daraus entstehende Streitigkeiten entscheidet die Kreisdirektion bezw. der Verwaltungsgerichtshof.

Dieses Heilverfahren, für welches von den Versicherungsanstalten Deutschlands allein im Jahre 1903 eine Summe von nahezu 10 Millionen Mark aufgewendet ist, ist ein sehr wichtiger Teil der Invalidenfürsorge, da den Versicherten dadurch Gelegenheit geboten wird, Gesundheit und Arbeitsfähigkeit wieder zu erlangen. Aus diesem Grunde und im Hinblick auf tunlichste Abwendung einer Belastung der Armentasse, sollte jeder Gemeindevorsteher sorgsam darauf acht geben, ob nicht bei Versicherten seiner Gemeinde chronische Leiden (Lungenschwindsucht, Rheumatismus, Nieren- oder Herzleiden) sich zu entwickeln beginnen, und, wenn dies der Fall, die davon Betroffenen eindringlich zu bewegen suchen, daß sie sich der Versicherungsanstalt anvertrauen. Insbesondere ist Wert darauf zu legen, daß das Heilverfahren alsbald nach Beginn einer Krankheit beantragt und nicht erst z. B. die Krankenkassen-Unterstützungszeit abgewartet wird. Ein längerer Aufenthalt in den Heimstätten der Landes-Versicherungsanstalt in Stiege im Harz hat schon manchen Kranken zur Wiedererlangung der Gesundheit verholfen.

§ 40.

## Staatssteuern.

Von der Verwaltung der Staatssteuern ist im nachfolgenden nur insoweit die Rede, als daran der Gemeindevorsteher beteiligt ist, und dies ist — von der Stempelsteuer abgesehen — wesentlich nur der Fall bei den sog. direkten Steuern: Einkommensteuer, Ergänzungssteuer, Gewerbesteuer, Grundsteuer.\* Die obere Verwaltung dieser Steuerangelegenheiten geht von dem Herzogl. Steuer-Kollegium aus, dessen Verhältnisse durch das Gesetz, Organisation und Geschäftskreis der Steuerdirektion betr., vom 12. Oktober 1832 (G. u. B. S. Nr. 30 S. 411) und § 12 des Gesetzes, die Organisation der Finanz-, Eisenbahn- und Postverwaltung betr., vom 19. März 1850 (G. u. B. S. Nr. 10 S. 37) geregelt sind. Aus dem erstgedachten Gesetze ist hier insbesondere zu erwähnen, daß die direkten Staatssteuern durch die Gemeindeeinnnehmer zu erheben (§ 5) und an die Kreiskasse abzuliefern (§ 7) sind (vergl. auch § 78 Abs. 1 der L. G. D.), und daß zur Erledigung von Beschwerden, Befristungs- und Erlassanträgen das Steuerkollegium zuständig ist (§§ 12 u. 13), insoweit nicht in Beziehung auf die Einkommen- und die Ergänzungssteuer besondere Vorschriften hierüber erlassen sind.

Sodann ist im allgemeinen folgendes zu bemerken:

A. Sämtliche bei der Verwaltung der Staatssteuern vom Gemeindevorsteher und Gemeindeeinnnehmer zu benutzenden Formulare werden vom Steuerkollegium geliefert und sind im Bedarfsfalle bei diesem anzufordern.

B. Die weiter unten angeführten gesetzlichen Bestimmungen wegen der Gewerbesteuer und Grundsteuer haben durch § 67 des Gesetzes über die Verwaltungsrechtspflege vom 5. März 1895 (G. u. B. S. Nr. 26 S. 106) insofern eine Änderung erlitten, als nicht mehr Beschwerde beim Herzogl. Staatsministerium, sondern Klage beim Verwaltungsgerichtshofe stattfindet gegen Entscheidungen des Steuerkollegiums darüber, ob eine Beschäftigung als ein steuerpflichtiges Gewerbe anzusehen sei oder nicht, und auf Reklamationen gegen die Veranlagung zur Gewerbesteuer bzw. zur Grundsteuer.

---

\* An sog. indirekten Steuern werden erhoben, und zwar für Rechnung des Deutschen Reichs: die Brantwein-, Bran-, Zucker- und Tabaksteuer, sowie die Reichsstempelabgabe insbesondere auf Wechsel und Spielkarten, — und für Rechnung Braunschweigischer Landesklassen: die Stempelsteuer nach dem Gesetze vom 23. Mai 1903 (G. u. B. S. Nr. 31 S. 165), die Erbschaftsteuer nach dem Gesetze vom 18. April 1876 (G. u. B. S. Nr. 38 S. 151) und den Zusätzen vom 10. Juni 1892 (G. u. B. S. Nr. 26 S. 241) und 12. Juni 1899 (G. u. B. S. Nr. 36 S. 118, S. 374) — und die Gerichtsporteln. — Nur bei Erhebung der Tabaksteuer hat der Gemeindevorsteher in gewissem Umfange mitzuwirken, worüber das Nähere in den §§ 4, 7 und 14 des R. Gz., betr. die Besteuerung des Tabaks, vom 16. Juli 1879 (R. G. Bl. Nr. 1321 S. 245) nachzulesen ist. Als Landesbehörde ist wegen der indirekten Steuern die Herzogl. Zoll- und Steuerdirektion zuständig.

C. Staatssteuern, welche über den Zeitpunkt der Fälligkeit hinaus im Rückstande bleiben, werden im Wege des Verwaltungs-zwangsverfahrens (durch den Exekutor) eingezogen.

Das Gesetz, betr. das Verwaltungs-zwangsverfahren wegen Beitreibung von Geldbeträgen, vom 9. April 1888 (G. u. B. S. Nr. 16 S. 43) mit den Abänderungen, welche die Gesetze vom 12. Juni 1899 (G. u. B. S. Nr. 43 S. 441) und vom 10. Februar 1902 (G. u. B. S. Nr. 7 S. 19) enthalten, — die Verordnung, betr. die Gebühren der Vollziehungsbeamten, vom 23. April 1888 (G. u. B. S. Nr. 22 S. 93), mit einer Abänderung vom 19. Dezember 1898 (G. u. B. S. Nr. 60 S. 371) — und die Ausführungs-Bekanntmachungen Herzogl. Staatsministeriums vom

26. April 1888 (G. u. B. S. Nr. 24 S. 99),

3. Juni 1890 („ „ „ „ „ 19 „ 71) und

30. August 1890 („ „ „ „ „ 48 „ 221)

geben hierüber genaue Vorschriften.

Der Beitreibung im Wege des Verwaltungs-zwangsverfahrens unterliegen aber nicht nur alle Staats-, Kreis- und Gemeindesteuern, sondern auch andere öffentliche Abgaben, das Schulgeld, die Beiträge zur Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherung, die Handelskammer-Beiträge, Entschädigungen, für welche dies in einem Gesetze vorgesehen ist (z. B. die Hebammen-Gebühren), die vom Gemeindevorsteher nach L. G. D. § 73 verfügten Ordnungsstrafen usw.\* Im Verwaltungsbereiche des Gemeindevorstehers erfolgt diese Exekution stets durch die Kreiskasse bzw. den bei dieser angestellten Vollziehungsbeamten (Exekutor), und zwar nachdem der Kreiskasse die einzuziehenden Beträge von der zuständigen Behörde überwiesen sind. Die zur Überweisung zuständige Behörde ist bezüglich der Staatssteuern das Steuerkollegium, im übrigen die Kreisdirektion. Um die Zwangseinzahlung herbeizuführen, hat deshalb der Gemeindeeinnahmer die rückständigen Beträge nach Ablauf des Fälligkeitstermins in vorschrittmäßige „Re st v e r z e i c h n i s s e“ (G. u. B. S. 1888 S. 111) einzutragen, dieselben durch Unterschrift zu vollziehen und sie dann, wenn es sich um Staatssteuern handelt, an das Steuerkollegium, — wenn es sich um Zahlungen an die Landes-Brandversicherungs-Anstalt handelt, an das Finanzkollegium, — sonst an die Kreisdirektion einzusenden. Dabei sind, soweit es sich um Staatssteuern handelt, insbesondere die Vorschriften zu beachten, welche in der Bekanntmachung Herzogl. Staatsministeriums vom 3. Juni 1890 (G. u. B. S. Nr. 19 S. 71) gegeben sind. Bei Einkommen- und Ergänzungssteuer, Gewerbe- und Grundsteuer sind in der ersten Spalte des Restverzeichnisses nur diejenigen Nummern aufzuführen, unter

\* Nicht selten gelangen an die Kreisdirektion Anträge auf Beitreibung im Wege des Verwaltungs-zwangsverfahrens auch in solchen Fällen, wo es sich um rückständige Landpacht für verpachtete Gemeindegrundstücke, um rückständige Miete, Pauschal für Gräberei oder Obst u. dergl. handelt. Derartige Rückstände können auf diesem Wege nicht eingezogen werden, es bedarf dazu vielmehr nötigenfalls der Anstellung einer Klage beim Gericht durch den Gemeindeeinnahmer (vergl. L. G. D. § 78 Abs. 3).

welchen die betreffenden Steuerpflichtigen in der betr. Hauptbeschreibung bzw. im Grundsteuer-Kataster verzeichnet sind; stets ist in der zweiten Spalte nicht allein der Zuname, sondern auch der Vorname und der Stand des Schuldners anzugeben; der Zeitraum, für welchen der in Spalte 3 aufgeführte Steuerbetrag fällig ist, muß mit dem auf der Titelseite des Verzeichnisses angegebenen Zeitraume übereinstimmen oder anderenfalls eine erläuternde Bemerkung in Spalte 12 hinzugefügt werden.

Formulare zu „Reßverzeichnissen“ werden von den Kreisassen abgegeben, sind aber, insoweit sie nicht zur Beitreibung von Staatssteuern benutzt werden sollen, mit 4 Pf. pro Bogen aus der Gemeindekasse zu bezahlen.

## I. Einkommensteuer und Ergänzungssteuer.

1. Nach dem Einkommensteuergesetze vom 16. April 1896 (G. u. V. S. Nr. 21 S. 113) und den dazu erlassenen Novellen vom 11. März 1899 (G. u. V. S. Nr. 13 S. 111) und <sup>17. Dezember 1900</sup> <sub>5. Januar 1901</sub> (G. u. V. S. 1901 Nr. 1 S. 1) wird seit dem 1. April 1897 eine Einkommensteuer gehoben, welche, zusammen mit der weiter unten zu erwähnenden Ergänzungssteuer, so bemessen ist, daß teils die frühere sog. „Personalsteuer“ hat abgeschafft, teils die Gewerbesteuer und die Grundsteuer auf ein Viertel ihres früheren Betrages haben ermäßigt werden können.

Ausführungs-Vorschriften zu dem Gesetze sind erlassen unterm

27. August	1896	(G. u. V. S. Nr. 46 S. 259),
6. Mai	1897	( „ „ „ „ „ 15 „ 69),
25. August	1898	( „ „ „ „ „ 38 „ 217),
9. November	1898	( „ „ „ „ „ 53 „ 311),
11. März	1899	( „ „ „ „ „ 18 „ 143) und
29. Juli	1902	( „ „ „ „ „ 33 „ 215).

Die Steuererhebung erfolgt nach dem Gesetze vom 20. März 1904 (G. u. V. S. Nr. 16 S. 45) bis auf weiteres in der Höhe von einem und drei Zehntel Einheitsätzen d. h. entsprechend den  $1\frac{3}{10}$ fachen Sätzen des Steuertarifs, wie er in § 17 in der Fassung des Artikels II des Gesetzes vom 11. März 1899 Nr. 13 (G. u. V. S. Nr. 112) festgestellt ist.

Das Einkommensteuergesetz selbst handelt in seinem 1. Abschnitte (§§ 1—16) von der Steuerpflicht, indem es teils die Personen genauer bezeichnet, welche dieser Steuer unterliegen, teils in eingehender Weise feststellt, was als „steuerpflichtiges Einkommen“ zu betrachten ist. Der 2. Abschnitt (§§ 17—19) handelt von den Steuersätzen und deren Ermäßigung; der 3. (§§ 20—53) von der Steuerveranlagung und gibt hier nähere Vorschriften über den Ort der Veranlagung, die Vorbereitung derselben, die „Steuererklärung“, die Organe, die Bezirke und das Verfahren der Veranlagung, die Rechtsmittel gegen die Veranlagung („Berufung“ bei der Berufungskommission und „Beschwerde“ beim Verwaltungsgerichtshof) und die Geschäftsordnung der Kommissionen. Es folgen dann noch Bestimmungen im 4. Abschnitte (§ 53) über die leitende Behörde, das Steuerkollegium, im 5. (§§ 54—59) über die Veränderung der veranlagten Steuer

innerhalb des Steuerjahres, im 6. (§§ 60—65) über die Steuererhebung, im 7. (§§ 66—70) über Strafen, im 8. (§§ 71—73) über die Kosten und im 9. (§§ 74—76) Schlußbestimmungen.

2. Das Ergänzungssteuergesetz vom 11. März 1899 (G. u. B. S. Nr. 15 S. 119) mit dem Nachtrage vom 17. Dezember 1900 (G. u. B. S. 1901 Nr. 1 S. 1) bezweckt, wie schon sein Name besagt, eine Ergänzung des Einkommensteuergesetzes, indem es durch Einführung einer Vermögenssteuer diejenigen Steuerpflichtigen noch besonders belastet, welche sog. fundiertes Vermögen (insbesondere Grundstücke und Kapitalvermögen) besitzen. Die zum Gesetze erlassenen Ausführungs-Vorschriften sind vom

25. August 1898 (G. u. B. S. Nr. 38 S. 217) und

11. März 1899 („ „ „ „ „ 18 „ 143).

Nach dem ErhebungsGesetze vom 20. März 1904 (G. u. B. S. Nr. 17 S. 47) wird die Ergänzungsteuer bis auf weiteres in der Höhe von einem und drei Zehntel Einheitsätzen d. h. entsprechend den  $1\frac{3}{10}$ fachen Sätzen des Steuertarifs (§ 18 des Erg. St. G. S. 126) erhoben.

Das Ergänzungssteuergesetz, welches sich vielfach an das Einkommensteuergesetz anschließt und auf dieses verweist und deshalb wesentlich kürzer als dieses ist, handelt in seinem 1. Abschnitte (§§ 1—3) von den steuerpflichtigen Personen; im 2. Abschnitte (§§ 4—17) von dem Maßstabe der Besteuerung, also von dem steuerbaren Vermögen, dessen Wertbestimmung und der Besteuerungsgrenze; im 3. (§§ 18 u. 19) von den Steuerätzen und im 4. (§§ 20—32) von dem Orte und der Vorbereitung der Veranlagung, dem Veranlagungsverfahren und den Rechtsmitteln. Daran schließen sich dann noch im 5. Abschnitte (§§ 33—37) Vorschriften über die Veranlagungsperiode und Veränderung der veranlagten Steuern innerhalb derselben, im 6. (§ 38) über die Steuererhebung, im 7. (§§ 39 u. 40) Strafbestimmungen und im 8. (§§ 41—45) Schlußbestimmungen.

3. Der nahe Zusammenhang, in welchem Einkommensteuer und Ergänzungsteuer ihrem Zweck und Wesen nach miteinander stehen, äußert sich auch äußerlich darin, daß die mit der Veranlagung und Erhebung beider Steuern verbundenen Geschäfte in Zusammenhänge miteinander vorgenommen werden. Insbesondere ist dies der Fall mit den dem Gemeindevorsteher obliegenden Arbeiten, welche im folgenden näher auseinanderzusetzen sind.

a) Zunächst kommt es darauf an, alljährlich von neuem genau festzustellen, welche einkommen- und ergänzungsteuerpflichtigen Personen in der Gemeinde vorhanden sind. Um das nötige Material hierzu zu gewinnen, hat der Gemeindevorsteher nach Eink. St. G. § 22 und A. B. 1896 S. 270 das Recht, von jedem Besitzer eines bewohnten Grundstücks eine nach Muster 4 zu machende Angabe über die auf dem Grundstücke überhaupt vorhandenen Personen mit Namen, Berufs- und Erwerbsart zu verlangen und von denjenigen, welche steuerpflichtige Personen als Handlungs- oder Gewerbsgehilfen, Gesellen, Fabrikarbeiter, Aufseher und dergl. beschäftigten, sich über deren Gehalt, Lohn und sonstige Einkünfte Auskunft nach Muster 5 erteilen zu lassen. Hält der Gemeindevorsteher es für erforderlich, eine solche vorbereitende Erhebung zu veranstalten oder wird

diese höheren Orts angeordnet, so sind die erwähnten Formulare den zur Auskunft Verpflichteten bis spätestens 19. September jeden Jahres zuzustellen.

b) Sodann hat der Gemeindevorsteher nach Eink. St. G. § 21 und U. B. 1896 S. 269 in der Zeit bis höchstens 17. Oktober zur vollständigen Nachweisung aller im Gemeindebezirke vorhandenen einkommen- und ergänzungssteuerpflichtigen Personen, Gesellschaften, Genossenschaften und ruhenden Erbschaften nach Muster 1 A das „Personen-Verzeichnis“, nach Muster 2 A das Verzeichnis der nach anderen Gemeinden zu überweisenden Grundbesitzer und Gewerbetreibenden und nach Muster 3 das Verzeichnis der Aktiengesellschaften aufzustellen. Aus der Nachweisung nach Muster 2 A sind den Gemeindevorstehern derjenigen Braunschweigischen Gemeinden, in welchen die in der Nachweisung stehenden Personen zur Einkommen- und Ergänzungssteuer zu veranlagten sind, diese zu überweisen.

c) Nachdem sich der Gemeindevorsteher so über die einkommen- und ergänzungssteuerpflichtigen Personen seiner Gemeinde vergewissert, hat er nach Eink. St. G. § 23 und U. B. 1896 S. 270 über die Besitz-, Vermögens- und Einkommensverhältnisse der Steuerpflichtigen seines Bezirks möglichst vollständige Nachrichten einzuziehen und deren Ergebnis in die „Einkommen- und Ergänzungsteuerliste“ nach Muster 6 A einzutragen, und zwar sind von dem Gemeindevorsteher (nach U. B. 1898 S. 220) folgende Spalten der Steuerliste auszufüllen: 1—7, 8 a, 9—11, 13—15, 17, 18 a, 19, 20, 22, 23, 24, 25, 27—31. Diese Arbeit muß bis zum 10. November vollendet sein.

d) Nach §§ 24—30 des Eink. St. G. sind diejenigen Personen, welche bereits bisher mit einem Einkommen von mehr als 2100 Mk. veranlagt waren, verpflichtet, jedes Jahr von neuem eine „Steuererklärung“ nach Muster 9 (Aktiengesellschaften nach Muster 10) abzugeben; und nach § 26 des Erg. St. G. sind die Ergänzungssteuerpflichtigen berechtigt, eine „Vermögensanzeige“ nach Muster 9 A einzureichen. Beides geht nicht an den Gemeindevorsteher, sondern an den Vorsitzenden der Veranlagungs-Kommission (Kreisdirektor); der Gemeindevorsteher hat aber nach U. B. zu § 24 1896 S. 271 alljährlich am 1. November an die Steuerpflichtigen eine bezügliche öffentliche Aufforderung nach Muster 8 A zu erlassen und denselben die Formulare zur Steuererklärung bezw. Vermögensanzeige zu behändigen, auch jedesmal bis zum 5. November der Kreisdirektion berichtlich anzuzeigen, daß die Bekanntmachung nach Muster 8 A am 1. November erfolgt und die Steuerliste pp. bis zu diesem Tage an die Voreinschätzungskommission abgegeben ist.

e) Zum 1. November jeden Jahres hat der Gemeindevorsteher nach U. B. zu § 23 1896 S. 270 und B. v. 29. Juli 1902 (G. u. B. S. Nr. 33 S. 215) die in doppelter Ausfertigung fertig gestellte Steuerliste (Muster 6 A) und die Personenverzeichnisse (Muster 1—3) an den Vorsitzenden der Voreinschätzungskommission abzuliefern und darüber, daß dies geschehen, gleichzeitig dem Vorsitzenden der Veranlagungs-Kommission (Kreisdirektor) Anzeige zu erstatten. Ist der Gemeindevorsteher



selbst Vorsitzender der Voreinschätzungs-Kommission, so bedarf es nur der letztgedachten Anzeige über die Fertigstellung der Steuerliste.

f) In der Zeit vom 1. bis 15. November hat sich nach Eink. St. G. § 32 und U. B. 1896 S. 274/75 bezw. B. v. 29. Juli 1902 (G. u. B. S. Nr. 33 S. 215) die Voreinschätzungs-Kommission einer Nachprüfung der Personenverzeichnisse und Steuerlisten zu unterziehen, wenn nötig, deren Ergänzung zu veranlassen und bei den Einkommensteuerverpflichtigten mit einem Einkommen bis zu 2100 Mk. die vorzuschlagenden Einkommensteuersätze in Spalte 32 bei a der Steuerliste einzutragen. Werden an sie die genannten Listen nicht rechtzeitig abgeliefert, so ist hiervon bei der Kreisdirektion Anzeige zu machen. Eine Voreinschätzung behufs der Ergänzungssteuer findet nicht statt (Erg. St. G. § 22 Abs. 2). — Die fertiggestellten Steuerlisten pp. sind dem Vordruck gemäß durch Namensunterschrift zu vollziehen und bis spätestens 15. November an den Vorsitzenden der Veranlagungs-Kommission (Kreisdirektor) einzusenden.

g) Auf Grund der von der Veranlagungs-Kommission fertiggestellten und vom Steuerkollegium nachgeprüften Steuerlisten stellt das Steuerkollegium „Steuer-Rollen“ nach Muster 14 A auf, welche nach Eink. St. G. § 38 und U. B. 1896 S. 277 und 1899 S. 145 spätestens bis zum 1. März den Gemeindevorstehern zugehen, und auf Grund deren diese spätestens innerhalb dreier Wochen nach Empfang der Rolle die „Steuerausschreiben“ nach Muster 15 A für die Steuerpflichtigen auszufertigen und diesen gegen „Zustellungsurkunde“ Muster 16 oder Post-Zustellungsurkunde zufertigen zu lassen haben.

h) Nach Eink. St. G. § 59 mit U. B. 1896 S. 280 und Erg. St. G. § 36 mit U. B. 1899 S. 147 haben sich Steuerpflichtige, welche im Laufe des Steuerjahres ihren Wohnsitz verändern, beim Gemeindevorsteher des Abzugsorts ab- und bei dem des Anzugsorts anzumelden. Der Gemeindevorsteher hat diese Meldungen entgegenzunehmen, darüber das Nötige in die „Zugangs- und Abgangslisten“ nach Muster 17 A und 18 A einzutragen,\* diese vierteljährlich an den Vorsitzenden der Voreinschätzungs-Kommission und durch diesen an den Vorsitzenden der Veranlagungs-Kommission (Kreisdirektor) einzusenden und demnächst, alsbald nach Empfang der Nachtrags-Steuerrollen vom Steuerkollegium, den betreffenden neu zugezogenen Steuerpflichtigen Steuerausschreiben nach Muster 19 A zuzustellen. — Hierbei wird noch ausdrücklich bemerkt, daß durch eine Veränderung des Wohnorts die Steuerveranlagung an sich nicht geändert wird; in die „Zugangsliste“ ist diejenige bisherige Steuerveranlagung einzutragen, über welche sich der Steuerpflichtige ausweist. — Treten im Laufe eines Vierteljahres Veränderungen im Bestande der Einkommen- und Ergänzungssteuer-Pflichtigen der Gemeinde nicht ein, so ist

\* Dabei ist zu beachten, daß nach § 57 Abs. 2 die Stellung in Zu- und Abgang erst von dem Beginne des auf den Eintritt bezw. das Erlöschen der Steuerpflicht folgenden Monats an zu erfolgen hat. Jemand, der am 1. April anzieht, wird erst vom 1. Mai ab steuerpflichtig; und so ist es auch bei der Gemeindesteuer.

dies mittels eines Schreibens nach Muster 26 dem Vorsitzenden der Veranlagungs-Kommission (Kreisdirektor) zu melden.

Zieht jemand von einem außerbraunschweigischen Orte an, welcher voraussichtlich ein Jahreseinkommen von mehr als 2100 Mk. hat, so ist hierüber spätestens binnen 14 Tagen besondere Anzeige an den Vorsitzenden der Veranlagungs-Kommission (Kreisdirektor) zu erstatten.

i) Nach Eink. St. G. § 60 mit U. B. 1896 S. 280/81 ist die Einkommensteuer in mindestens vierteljährlichen Beträgen an den Steuererheber (Gemeindeeinnnehmer) zu entrichten, und nach Erg. St. G. § 38 wird die Ergänzungssteuer gleichzeitig mit der Einkommensteuer erhoben. Der Gemeindevorsteher hat anzuordnen und darauf zu halten, daß demgemäß vom Gemeindeeinnnehmer verfahren, namentlich die vorgeschriebenen „Reiseverzeichnisse“ nach Muster A rechtzeitig an das Steuerkollegium übersandt, die eingezahlten Steuerbeträge aber monatlich an die Kreiskasse abgeliefert werden.

k) Als Vergütung für die bei der Veranlagung und Erhebung dieser Staatssteuern wahrzunehmenden Geschäfte erhalten die Gemeinden eine Erhebungsgeld, welche in Prozenten der eingegangenen Steuersummen bemessen und jährlich vom Herzogl. Staatsministerium festgesetzt wird. Dieselbe beträgt bei der Einkommensteuer vier Prozent (Eink. St. G. § 72 mit U. B. 1896 S. 281), bei der Ergänzungssteuer zwei Prozent der eingegangenen Steuer (Erg. St. G. § 41 Abs. 1) und fließt in die Gemeindefasse.

l) Der Gemeindevorsteher hat selbst zu beachten und, insofern er Vorsitzender der Voreinschätzungs-Kommission ist, die übrigen Mitglieder dieser Kommission darauf aufmerksam zu machen bezw. sie mittels Handschlages an Eidesstatt geloben zu lassen, daß sie bei den Kommissionsverhandlungen ohne Ansehen der Person, nach bestem Wissen und Gewissen verfahren und die Kommissionsverhandlungen sowie die hierbei zu ihrer Kenntnis gelangenden Verhältnisse der Steuerpflichtigen bei Vermeidung der gesetzlichen Strafe strengstens geheim halten wollen (Eink. St. G. §§ 50 u. 69, Erg. St. G. § 42).

m) Die Bestimmung Eink. St. G. § 73 Abs. 1 mit U. B. 1896 S. 281/82, wonach die Mitglieder der Kommissionen Reisekosten und Tagegelder nach Maßgabe näherer Anordnung des Herzogl. Staatsministeriums erhalten, findet auch auf die Mitglieder der Voreinschätzungs-Kommission Anwendung. Der Gemeindevorsteher, welcher Vorsitzender der Voreinschätzungs-Kommission ist, hat deshalb die nötigen Notizen zu sammeln, um die alle Vierteljahr beim Steuerkollegium nach Muster 24 einzureichenden Liquidationen solcher Reisekosten und Tagegelder mit der Bescheinigung versehen zu können, daß sie von ihm geprüft und richtig befunden oder, soweit erforderlich, richtig gestellt sind. Zu beachten ist, daß die Mitglieder der Voreinschätzungs-Kommission (zu welchen übrigens auch deren Vorsitzender gehört) Reisekosten und Tagegelder nur dann erhalten, wenn sie außerhalb des Orts wohnen, an welchem die Voreinschätzungs-Kommission ihre Sitzungen abgehalten hat.

## II. Gewerbesteuer.

Von der Gewerbesteuer handelt das G. vom 27. März 1893 (G. u. B. S. Nr. 14 S. 159) ergänzt durch die Verordnung vom 28. August 1903 (G. u. B. S. Nr. 54 S. 451). Dasselbe bestimmt im 1. Abschnitte (§§ 1—6) über die Gewerbesteuerpflicht im allgemeinen, deren Anfang und Ende, die Entscheidung über dieselbe im Streitfalle und über den Tarif der Gewerbesteuer; der zweite Abschnitt (§§ 7—17) bringt besondere Bestimmungen über die Anwendung des Gewerbesteuer-Tarifs; der dritte (§§ 18—25) handelt von dem Verfahren bei Veranlagung und Erhebung der Gewerbesteuer, der Einschätzung, Reklamationen und Ermäßigungen; und der vierte (§§ 26—31) von der Verpflichtung der Gewerbetreibenden zur Erklärung und Auskunftserteilung, Strafen der Gewerbesteuer-Hinterziehung u. a.

Dazu vergl. auch noch die Ausführungs-Verordnung vom 27. März 1893 (G. u. B. S. Nr. 15 S. 189) wegen der Verpflichtung gewisser Gewerbetreibender zu jährlichen Neuanmeldungen pp.

Wer ein Gewerbe zu betreiben beabsichtigt, hat hiervon zuvor dem Gemeindevorsteher vermittelt Ausfüllung einer „G e w e r b e - A n m e l d u n g“ Anzeige zu machen (G. D. § 14 und Anweisung zur Ausführung der Gewerbeordnung vom 14. März 1896 — G. u. B. S. Nr. 12 S. 42). Diese Anmeldungspflicht erstreckt sich auch auf jede wesentliche Änderung des Gewerbebetriebs, sowie auf bestellte Geschäftsführer, Stellvertreter und Pächter. Die Gewerbe-Anmeldungen müssen wesentlich verschiedene Gewerbe getrennt behandeln und so eingerichtet sein, daß daraus alle diejenigen Merkmale deutlich ersehen werden können, von welchen der unterscheidende Charakter eines Gewerbes und dessen Besteuerung abhängt. Die Anmeldung bleibt bis zur Abmeldung in Kraft. Die im Gewerbesteuer-Tarif unter I—V benannten Gewerbetreibenden sind verpflichtet, in der zweiten Hälfte des Monats Dezember das von ihnen bereits früher betriebene Gewerbe neu anzumelden, wenn sie in den letzten 12 Monaten mehr oder weniger Gehülfsen, Pferde usw. Webstühle, Pressen oder Mahlgänge gehalten oder benutzt haben, als wonach sie bis dahin zur Gewerbesteuer veranlagt sind.

Die eingereichten Gewerbeanmeldungen hat der Gemeindevorsteher zunächst daraufhin zu prüfen, ob dieselben nach der äußeren Form richtig und vollständig ausgefüllt sind; fehlt in dieser Beziehung etwas, so ist die Beseitigung des Mangels herbeizuführen. Sodann ist zu erwägen, ob etwa zur Betreibung des angemeldeten Gewerbes die zuvorige Erlaubnis der Kreisdirection erforderlich ist, und ist, wenn dies der Fall, Antragsteller zunächst an die Kreisdirection zu verweisen. Andernfalls ist dem Anmeldenden ein „A n m e l d u n g s s c h e i n“ nach dem vorgeschriebenen Formular auszustellen (G. D. § 15). Endlich ist zu untersuchen, ob das angemeldete Gewerbe zu denjenigen gehört, welche nach den Abteilungen I—V, oder zu denjenigen, welche nach der Abteilung VI des Gewerbesteuer-Tarifs zu veranlagten sind. Im ersteren Falle ist die Anmeldung auch in tatsächlicher Hinsicht einer genauen Prüfung zu unterziehen, und hierbei namentlich

darauf zu achten, ob die von dem Gewerbetreibenden über die Art und den Umfang des Gewerbes (Anzahl der Gehülfen, Pferde, Webstühle, Pressen oder Mahlgänge) gemachten Angaben richtig sind; auch ist zutreffendenfalls (vergl. Art. II der B. v. 28. August 1903) durch Ermittlung bezw. Schätzung festzustellen, ob und in welchem Maße in dem betreffenden Gewerbebetriebe Gehülfen durch Anwendung mechanischer Kraft ersetzt werden, und ist sodann, soweit erforderlich, eine Berichtigung der Gewerbe-Anmeldung zu veranlassen. Im zweiten Falle dagegen (wenn also das angemeldete Gewerbe unter Abteilung VI des Gewerbesteuer-Tarifs gehört), ist die Anmeldung schleunigst an die Kreisdirektion einzusenden, damit von dieser die Gewerbesteuer-Einschätzung durch den Kreisausschuß herbeigeführt wird. Über das Ergebnis dieser Einschätzung erhält der Gemeindevorsteher von der Kreisdirektion Nachricht; die unter Abteilung I—V des Gewerbesteuer-Tarifs fallenden Gewerbe hat der Gemeindevorsteher selbst einzuschätzen.

Nachdem dies geschehen, sind sämtliche angemeldete bezw. nicht angemeldete Gewerbetreibende (mit Ausnahme derer, welche ein Wander-gewerbe betreiben) nach alphabetischer Reihenfolge in die „Gewerbe-steuer-Hauptbeschreibung“ für das folgende, mit dem 1. April beginnende Etatsjahr einzutragen, und diese bis zum 1. Februar beim Steuerkollegium einzureichen. Zwei Male im Laufe eines Jahres (nämlich wegen der Zeit vom 1. Juli bis 31. Dezember zum 1. Februar und wegen der Zeit vom 1. Januar bis 30. Juni zum 1. August) sind ferner die erforderlichen „Gewerbesteuer-Nachtragsbeschreibungen“ aufzustellen und dem Steuerkollegium einzusenden. Sind Veränderungen im Bestande oder in den Verhältnissen der Gewerbesteuerpflichtigen im betreffenden Halbjahr nicht vorgekommen, so hat der Gemeindevorsteher auch hiervon zum 1. Februar und 1. August dem Steuerkollegium Anzeige zu machen.

Bei Aufstellung dieser Gewerbesteuer-Beschreibungen und dem weiteren Verfahren hat der Gemeindevorsteher die Bestimmungen des Gewerbe-steuer-Gesetzes, die dem Formular für die Beschreibung vorgedruckten Bemerkungen und folgende Punkte zu beachten:

A. Diejenigen Gewerbetreibenden, welche laut Abteilung I des Gewerbesteuer-Tarifs und Art. II der B. v. 28. August 1903 nach der Anzahl der von ihnen beschäftigten Gehülfen und der verwendeten mechanischen Kraft (Wasser, Dampf, Gas, Elektrizität pp.) zu besteuern sind, müssen die Zahl ihrer „Gehülfen“ und das Maß der verwendeten mechanischen Kraft in der Gewerbe-Anmeldung genau angeben. Als Gehülfen gelten alle Personen beiderlei Geschlechts über 17 Jahre alt, welche bei dem Gewerbebetriebe in irgend einer Art beschäftigt sind, ohne Unterschied der Art ihrer Leistungen, also auch einfache Arbeiter, ohne Unterschied auch, ob sie zur Familie des Gewerbetreibenden gehören oder nicht; nur die Ehefrau des Gewerbetreibenden, sowie ein Gehülfe, welcher bei weiblichen Gewerbebetreibenden und Minderjährigen die Stelle des Werk- oder Geschäftsführers vertritt, bleiben außer Ansaß.

B. Personen, welche ein Gewerbe im Umherziehen betreiben („Hausierer“), sind in die Gewerbesteuer-Beschreibungen nicht aufzunehmen. Auf Grund der von der Kreisdirektion ausfertigten und dem Steuerkollegium übersandten Wandergewerbescheine, stellt dieses darüber ein Verzeichniß der Namen der Hausierer nebst Angabe der von denselben zu entrichtenden Steuerbeträge auf und läßt die Gewerbescheine mit einem Vermerke über die zu erhebenden Steuerbeträge dem Gemeindevorsteher zufertigen. Die Hausierer haben den jährlichen Steuerbetrag bei Empfangnahme des Wandergewerbescheins in eins bis zum Beginne des Kalenderjahres (1. Januar) im voraus an den Gemeindeeinnnehmer zu entrichten und begehren eine strafbare Gewerbesteuer-Hinterziehung, wenn sie vor Entrichtung der Gewerbesteuer ihr Hausiergewerbe betreiben. Wird ein Hausiergewerbe erst im Laufe eines Kalenderjahres begonnen, so ist die Gewerbesteuer von dem Zeitpunkte des Beginns des Gewerbes bis zum Ablaufe des Kalenderjahres im voraus zu entrichten.

C. Die Verpflichtung zur Entrichtung der Gewerbesteuer hört mit Ablauf desjenigen Monats auf, in welchem das Gewerbe aufgegeben und beim Gemeindevorsteher abgemeldet ist.

D. Auswärtige, einen stehenden Gewerbebetrieb ausübende Gewerbetreibende, die ihr Gewerbe auch im Herzogthume ausüben, ohne hier einen Wohnsitz oder eine gewerbliche Niederlassung zu haben, werden zur Braunschweigischen Gewerbesteuer nicht herangezogen.

E. Wenn die Gewerbesteuer beim Steuerkollegium endgültig festgestellt worden ist, erhält der Gemeindevorsteher vom Steuerkollegium eine „Heberrolle über Staats-Gewerbesteuer“ zugefertigt, auf Grund deren er die einzelnen Gewerbetreibenden durch besondere „Steuerzettel“ von dem Betrage der auf sie veranlagten Steuer in Kenntniß zu setzen und diese in vierteljährlichen Teilbeträgen nachträglich durch den Gemeindeeinnnehmer erheben und an die Kreisasse abführen zu lassen hat.

F. Von der Gewerbesteuer wird seit der auf dem 24. ordentlichen Landtage zwischen der Regierung und der Landesversammlung getroffenen Vereinbarung nur der vierte Teil des veranlagten tarifmäßigen Betrages für die Staatskasse erhoben, während bis zu  $\frac{3}{4}$  des Betrages von den Gemeinden als Teil der direkten Gemeindesteuer gehoben werden kann. Nur die vom Gewerbebetriebe im Umherziehen (Hausiergewerbe) zu entrichtende Gewerbesteuer wird auch ferner zum vollen Betrage für den Staat erhoben.

### III. Grundsteuer.

Von der Grundsteuer handeln das Gesetz über die Erhebung einer allgemeinen Grundsteuer vom 24. August 1849 (G. u. B. S. Nr. 33 S. 189) mit den Abänderungen und Zusätzen vom

23. März 1854 (G. u. B. S. Nr. 17 S. 85),  
 20. April 1855 („ „ „ „ „ 22 „ 141),  
 11. Mai 1870 („ „ „ „ „ 51 „ 367) und  
 20. März 1873 („ „ „ „ „ 13 „ 103);

das Landesherrliche Steueraus schreiben, die Erhebung der allgemeinen Grundsteuer betr., vom 4. August 1858 (G. u. B. S. Nr. 48 S. 221) und das Gesetz, die Ermäßigung der Grundsteuer von den im Kreise Holzminden und Amt Greene belegenen Forstgrundstücken, sowie von einigen Gemeindebezirken im Kreise Blankenburg betr., vom 10. Dezember 1900 (G. u. B. S. Nr. 63 S. 391).

Das Grundsteuergesetz zerfällt in sieben Abschnitte:

A. Allgemeine Bestimmungen (§§ 1—8), wodurch das bisherige Grundsteuersystem aufgehoben, eine Bezeichnung der Gegenstände der Besteuerung vorgenommen und wegen der zuzugestehenden Befreiungen Bestimmung getroffen wird.

B. Grundsätze der Veranlagung (§§ 9—34). Die Veranlagung ist eine verschiedene für Acker, Gärten, Wiesen, Ager, Teiche, Forsten und Forstberechtigungen, Steinbrüche, Gruben und Wohnhäuser. Für jeden der Grundsteuer unterliegenden Gegenstand wird der Reinertrag ausgemittelt und danach ein Steuerkapital („Grundsteuerkapital“) festgestellt. Die Grundsteuer wird in Prozenten dieses Grundsteuerkapitals erhoben.

C. Verfahren bei der ersten Veranlagung (§§ 35—67). Die erste Veranlagung hat in den Jahren 1849 bis 1858 stattgefunden.

D. Wirkungen bleibender Veränderungen der Grundstücke auf die Besteuerung (§§ 68—72). Umwandlung eines Wohnhauses in ein Stallgebäude, eines fruchttragenden Grundstücks in einen öffentlichen Weg u. ähnl. hebt die Steuerpflicht auf. Wohnhäuser in den Landgemeinden erhalten ein Steuerkapital nach Maßgabe ihrer Zubehörungen (§§ 31—34) und werden die hieraus sich ergebenden Verhältnisse alle 10 Jahre nachgeprüft (§ 72). Bei anderen Steuergegenständen (fruchttragenden Grundstücken) führt eine Änderung ihrer Ertragsfähigkeit eine Änderung des Steuerkapitals nicht herbei, dieses bleibt vielmehr bis zu einer im gesetzlichen Wege angeordneten (bis heute noch nicht erfolgten) allgemeinen Revision unverändert (§ 71).

E. Verfahren bei späteren Veranlagungen (§§ 73 bis 77). Solche treten insbesondere ein infolge von Separationen und Veränderungen der Hoheitsgrenzen.

F. Verbindlichkeit zur Entrichtung der Grundsteuer (§§ 78—91). Die Grundsteuer haftet untrennbar am Grundstücke (§ 80). Bei einem verpachteten oder vermieteten Grundstücke ist, außer dem Eigentümer, auch der Pächter oder Mieter verpflichtet, die rückständige Grundsteuer, deren zwangsweise Einziehung verfügt ist, von dem fälligen Pacht- oder Mietgelde auf Verlangen des Steuererhebers zu berichtigen (§ 82). Die Verpflichtung zur Entrichtung der Grundsteuer beginnt bei Wohnhäusern mit dem auf die Bewohnbarkeit derselben folgenden Kalenderjahre (§ 85); bisher befreite Grundstücke werden mit dem auf den Übergang an einen steuerpflichtigen Besitzer folgenden Monate steuerpflichtig.

Fällig ist die Grundsteuer mit je  $\frac{1}{12}$  des Jahresbetrages in den ersten acht Tagen jeden Monats (§ 87). Zeitweiliger Grundsteuer-Erlaß, der wegen besonderer Unglücksfälle bei einem wirklichen Notstande des Eigentümers bewilligt werden kann, ist vom Gemeindevorsteher bei der Kreisdirektion zu beantragen, welche den Antrag nach Anstellung der erforderlichen Ermittlungen an das Steuerkollegium weitergibt (§ 89). Ist Grundsteuer zu Unrecht erhoben, so wird auf Antrag die Zurückzahlung vom Steuerkollegium verfügt (§ 91).

G. Vorübergehende Bestimmungen (§ 92—97). —

Auf Grund dieser gesetzlichen Bestimmungen sind die Vorarbeiten zur Einführung der allgemeinen Grundsteuer in den Jahren 1849 bis 1858 ausgeführt, und erfolgt die Erhebung der Grundsteuer seit dem 1. Januar 1859. Die Ergebnisse der Veranlagung sind eingetragen in die doppelt angefertigten „Grundsteuer-Kataster“ nebst zugehörigem „Lagerbuch“, welche sich in je einem gleichlautenden Exemplare in der Verwahrung des Steuerkollegiums und des betreffenden Gemeindevorstehers befinden. Die ebenso aufgestellte und verwahrte „Grundsteuer-Rolle“ weist das von jedem Grundbesitzer zu versteuernde Grundsteuerkapital bzw. den Betrag der von ihm zu entrichtenden Grundsteuer nach, hat also nicht nur dem Gemeindevorsteher als Grundsteuer-Heberolle, sondern auch als Grundlage mannigfacher sonstiger Umlagen (Gemeinde-Grundsteuer, Wegebausteuer, Beisteuer zur Unterhaltung von öffentlichen Flüssen u. a.) zu dienen. Veränderungen in diesen wichtigen Grundbüchern dürfen niemals etwa vom Gemeindevorsteher, sondern immer nur vom Steuerkollegium vorgenommen werden. Abgesehen von den in den §§ 73 bis 77 des Grundsteuergesetzes vorgesehenen Fällen beziehen sich solche Veränderungen im wesentlichen nur auf die Fälle des Wechsels in der Person des Eigentümers eines Grundstücks und erfolgen auf Grund der Nachweisungen, welche dem Steuerkollegium von den Grundbuchämtern geliefert werden; der Gemeindevorsteher hat dabei regelmäßig weiter nichts zu tun, als die in seinem Verwahrjam befindlichen Exemplare des Grundsteuer-Katasters und Lagerbuches, sowie der Grundsteuer-Rolle von Zeit zu Zeit auf Anfordern an das Steuerkollegium einzusenden und von diesem eingetragene Änderungen zu beachten. Irgend welche etwaige regelmäßige Nachweisungen seitens des Gemeindevorstehers, wie bei der Einkommen- und Ergänzungssteuer und bei der Gewerbesteuer, finden bei der Grundsteuer nicht statt; jedoch hat der Gemeindevorsteher etwaige in den Grundsteuer-Registern bemerkte Unrichtigkeiten zur Kenntnis des Steuerkollegiums zu bringen.

Von der Grundsteuer wird seit der auf dem 24. ordentlichen Landtage zwischen der Regierung und der Landesversammlung getroffenen Vereinbarung nur der vierte Teil des früheren Betrages für die Staatskasse erhoben. Nach dem Landesherrlichen Steuerausschreiben vom 4. August 1858 ist die Grundsteuer vom 1. Januar 1859 an mit 10% der Grundsteuerkapitale erhoben; nach jener Vereinbarung erhebt der Staat seit 1. April 1899 nur noch  $2\frac{1}{2}\%$ , während  $7\frac{1}{2}\%$  von den Gemeinden als Teil der direkten Gemeindesteuer gehoben werden können. (Vergl. oben § 7. I. S. 24.)

## IV. Stempelsteuer.

Das Gesetz, die Stempelsteuer betr., vom 23. Mai 1903 (G. u. V. S. Nr. 31 S. 165) mit den dazu erlassenen Ausführungsvorschriften vom 29. Juni 1903 (G. u. V. S. Nr. 42 S. 311) und vom 22. August 1903 (G. u. V. S. Nr. 47 S. 373) ist mit dem 1. Oktober 1903 an die Stelle älterer Vorschriften vom Jahre 1821 getreten.

Das Gesetz behandelt in drei Abschnitten die Pflicht zur Entrichtung der Stempelsteuer, die Erfüllung der Stempelpflicht und die Folgen der Nichterfüllung, sowie endlich noch besondere Bestimmungen über die Verwaltung der Stempelsteuer, die gegebenen Rechtsmittel usw.; enthält in einem Anhange den „Stempeltarif“ (S. 190—240) und in einem weiteren Anhange ein „Verzeichnis von Stempelsteuer-Befreiungen“ (S. 242 bis 246).

Die Ausführungsvorschriften verbreiten sich noch näher über die Art und Weise der Stempelsteuer-Erhebung, insbesondere auch über die „Entwertung der Stempelmarken“ (S. 316—328).

Da die Gemeindevorsteher häufig in die Lage kommen, Stempelsteuer erheben d. h. Stempelmarken verwenden und entwerten zu müssen, so werden im nachstehenden die für die Gemeindevorsteher hauptsächlich in Betracht kommenden Vorschriften des Gesetzes, des Stempeltarifs und der Ausführungsbestimmungen zusammengestellt.

1. Der Gemeindevorsteher ist dafür verantwortlich, daß zu den von ihm ausgehenden Schriftstücken, soweit sie der Stempelsteuer unterliegen, der vorschriftsmäßige Stempel auch wirklich verwendet wird (G. § 13 Abs. 1 a.). Versäumt er hierin etwas, so hat er Strafe zu gewärtigen (G. § 16).

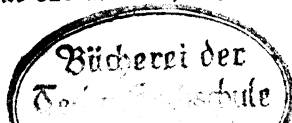
2. Der Stempel ist vor der Aushändigung, spätestens aber binnen 2 Wochen nach dem Tage der Ausstellung der Urkunden zu verwenden (G. § 15 Abs. 1).

3. Zur Zahlung der Stempelsteuer ist derjenige verpflichtet, auf dessen Veranlassung das betreffende Schriftstück ausgefertigt wird (G. § 12 Abs. 1 a.).

4. Die Zahlung der Stempelsteuer erfolgt in der Weise, daß der Verpflichtete dem Gemeindevorsteher den Betrag der zu entrichtenden Stempelsteuer zahlt und der Gemeindevorsteher Stempelmarken im entsprechenden Betrage zu der betreffenden Urkunde entwertet.

5. Die Stempelmarken im Werte von 50 *S.*, 1 *M.* usw. hat der Gemeindevorsteher von der Steuerstelle (Hauptsteueramt, Steueramt, Steuerrezeptur) des Amtshauptortes auf Kosten der Gemeindefkasse zu beziehen, nach Bedarf vorrätig zu halten und je nach Lage des Falls vorschriftsmäßig zu entwerten.

6. Die Entwertung der Stempelmarken hat in der Weise zu geschehen, daß sie auf die betreffende Urkunde oben links aufgeklebt und mit Datum, Geschäftsnummer, Ort und Gemeindefiegel-Abdruck versehen werden, wie dies in den Stempelsteuerausführungsbestimmungen vom 29. Juni 1903 Ziffer 11 unter II. 2 (Seite 320 und 321) näher angegeben ist.





Eine unvorschriftsmäßige Entwertung der Stempelzeichen hat Strafe im Gefolge. (G. § 19 Z. 1.)

7. Der für angekaufte Stempelmarken verauslagte, sowie der für verwendete und entwertete Stempelmarken vereinnahmte Geldbetrag ist in der Gemeindefasse zu verrechnen.

8. Die Entwertung ist beschränkt auf die von dem Gemeindevorsteher in amtlicher Eigenschaft mit Privatpersonen abgeschlossenen Verträge, die von ihm aufgenommenen Verhandlungen, die von ihm ausgestellten Bescheinigungen usw. sowie auf Vollmachten, die von Privatpersonen auf ihn ausgestellt sind; für Schuldscheine, Bürgscheine pp. von Privatpersonen die erforderlichen Stempel zu entwerten, ist der Gemeindevorsteher nicht befugt, hat die betreffenden Privatpersonen vielmehr an die zuständige Steuerstelle zu verweisen.

9. Die Gemeinden genießen in Armen-, Schul- und Kirchenangelegenheiten Stempelfreiheit; es ist demgemäß beispielsweise für Pachtverträge über Schulländereien, wenn die Erträge in die Schulkasse fließen, nur der halbe Stempel zu erheben. (G. § 5 Ziff. 1 g u. 5.)

10. Von den Tariffstellen kommen für den Geschäftsbereich des Gemeindevorstehers hauptsächlich folgende in Betracht:

a. Auszüge aus den Akten pp. (Tariffstelle 10), wenn für Privatpersonen auf deren Ansuchen ausgestellt, unterliegen einem Stempel von 1 *M*.

Hierher gehören Auszüge aus den Gemeindefatastern, die auf Veranlassung z. B. von Darlehnskassen oder Vorschußvereinen ausgestellt werden.

Die Handelskammer und Berufsgenossenschaften sind nicht als „Privatpersonen“ anzusehen; es genießen deshalb die diesen erteilten Auszüge gleichwie die für Landesbehörden oder Beamte im Dienstinteresse ausfertigten Auszüge Stempelfreiheit.

Eine wesentliche Voraussetzung der Stempelpflichtigkeit der Auszüge ist die unterschriftliche Vollenziehung derselben.

b. Auktionen (Tariffstelle 8).

Beurkundungen über Auktionen, die der Gemeindevorsteher für die Gemeinde abhält, sind stempelfrei; ebenso sind die Protokolle des Gemeindevorstehers über Holzverkäufe stempelfrei, wenn der jeweilige Gemeindevorsteher sachungsgemäß Vorsitzender der Holzinteressentschaft ist und der Holzverkauf zu seinen Dienstobliegenheiten gehört.

Hält dagegen der Gemeindevorsteher in amtlicher Eigenschaft beispielsweise eine Nachlaßauktion ab, so besteht für das Protokoll derselben, wenn der Gesamterlös nach Abzug der Kosten mehr als 150 *M* beträgt, Stempelpflicht. Steuerfuß:  $\frac{1}{5}$  % des Gesamterlöses nach Abzug der Kosten.

c. Lustbarkeiten (Tariffstelle 39).

Genehmigungen der Ortspolizeibehörden zur Veranstaltung von Lustbarkeiten sind mit 1 *M* bzw. 0,50 *M* stempelpflichtig; Lustbarkeiten im Sinne dieser Tariffstelle sind nicht nur Tanzbergnügungen, sondern alle

der Belustigung und Unterhaltung dienenden Veranstaltungen, bei denen ein höheres Interesse der Kunst nicht obwaltet.

Der Zweck der Lustbarkeit kommt für die Stempelpflichtigkeit nicht in Betracht; ebenso ist es bedeutungslos, ob es sich um gewerbsmäßige Veranstaltungen oder andere handelt, ob die Lustbarkeiten von einzelnen Personen oder von Gesellschaften, ob sie zu patriotischen, kirchlichen oder gemeinnützigen Zwecken veranstaltet werden.

Als Lustbarkeiten sind hiernach anzusehen:

Die Veranstaltung von Tanzbelustigungen, Konzerten, Theatervorstellungen, Gesangs- oder deklamatorischen Vorträgen, die Vorstellungen von Kunstreitern und Seiltänzern, das Halten von Karussells, Schau-, Würfel- oder Schießbuden, das Vorzeigen von Panoramen, Wachsfigurenkabinetts usw.

Die Genehmigungen zum Feilhalten von Kurz- oder Badwaren sind nicht als Lustbarkeiten anzusehen; ebenso fallen die Darbietungen der Drehorgelspieler und Straßenmusikanten nur dann unter dieser Tarifstelle, wenn die Aufführungen in geschlossenen Räumen gegen Eintrittsgeld stattfinden.

Der Steuersatz von 1 M. hat in der Regel zur Anwendung zu kommen und ist stets dann zu erheben, wenn die Lustbarkeit von einer Personenmehrheit (Gesellschaften, Vereinen, Klubs usw.) veranstaltet wird.

Die Erhebung des Satzes von 0,50 M. tritt nur dann ein, wenn besondere Umstände für eine Ermäßigung vorliegen; eintretendenfalls sind die Gründe für die Anwendung des niedrigeren Satzes auf den Erlaubnißschein zu vermerken (z. B. geringe Einnahme, schwache Beteiligung usw.).

Besteht eine Lustbarkeit aus einer Reihe von Darbietungen, wie Aufführungen, Vorträgen, Konzert, Tanz usw., so ist der Stempel nur einmal zu erheben, wenn die sämtlichen Veranstaltungen zur Unterhaltung desselben Personenkreises bestimmt sind.

d. Pachtverträge (Tarifstelle 48).

Pachtverträge über unbewegliche Gegenstände (Jagdpacht-, Fischereipachtverträge usw.) sind nur dann stempelpflichtig, wenn die Jahrespacht für den einzelnen Pächter mehr als 300 M. beträgt. In diesem Falle ist das Pachtabkommen in das sogenannte Pachtverzeichnis, zu dem Vordrucke von sämtlichen Steuerstellen unentgeltlich zu beziehen sind, nach Maßgabe der Anleitung einzutragen und der Stempel zu diesem, nicht zu dem Vertrage zu entwerfen.

Ist vereinbart, daß das Pachtverhältnis unter gewissen Voraussetzungen als verlängert gelten soll, so ist für die Verlängerungen die Stempelabgabe in gleicher Weise zu entrichten.

Tritt während der Vertragsdauer ein Wechsel in der Person des Pächters ein, so liegt, wenn der Wechsel beurkundet wird, ein neues stempelpflichtiges Pachtabkommen vor.

Durch die Besteuerung der Pachtverzeichnisse werden nur die Pachtabkommen, nicht aber anderweitige in den Pachtverträgen enthaltene stempelpflichtige Rechtsgeschäfte versteuert. Insbesondere gelten nicht als mitversteuert die von den Pachtabkommen unabhängigen Nebenverträge,

also beispielsweise die Verabredung, daß die Entscheidung entstehender Streitigkeiten einem Schiedsgerichte oder dem Gemeinderate übertragen werden solle usw.

Der Stempel für derartige Nebenabreden beträgt 1 *M.* (Tariffstelle 72 Ziffer 2), wird nur einmal erhoben und ist innerhalb 14 Tagen nach dem Vertragsabschlusse zu der Urkunde selbst zu entwerthen.

Die Berechnung des Pachtstempels hat nach Maßgabe der Probeeintragungen in dem gedachten Pachtverzeichnisse zu erfolgen.

Bei Pacht- oder Mietverträgen über bewegliche Gegenstände tritt Stempelpflicht ein, wenn der Pacht- oder Mietzins für die ganze Dauer der Pacht- oder Mietzeit mehr als 150 *M.* beträgt. Der Stempel wird zu der Vertragsurkunde entwertet.

Die Stempelabgabe beträgt in beiden Fällen  $\frac{1}{10}\%$  des Pachtzinses.

e. Polizeistunde (Tariffstelle 52).

Genehmigungen der Verlängerungen der Polizeistunde auf die Dauer bis zu zwei Wochen sind stempelfrei.

f. Protokolle (Tariffstelle 54).

In Privatangelegenheiten aufgenommene Protokolle sind, wenn sie die Stelle einer im Stempelsteuertarif besteuerten Verhandlung vertreten, stempelsteuerlich wie diese zu behandeln, mindestens ist aber ein Stempel von 50 *S.* zu erheben; Protokolle anderer Art sind stempelfrei.

Für Pacht- oder Mietverträge in Protokollform ist der tarifmäßige Stempel zum Pacht- bezw. Mietverzeichnisse zu entwerthen.

g. Sicherstellung von Rechten (Tariffstelle 60).

Urkunden über Dienstkautionen der Gemeindeeinnahmer sind stempelfrei; im übrigen unterliegen Sicherstellungen dem Wertstempel nach Maßgabe dieser Tariffstelle.

h. Testamente bezw. Verfügungen von Todes wegen (Tariffstelle 64 bezw. 66).

Einseitige Testamente (auch Nottestamente) unterliegen einem Stempel von 1 *M.*; ein gemeinschaftliches Testament zweier Ehegatten erfordert den zweimaligen Feststempel von 1 *M.*, auch wenn die Anordnungen beider Ehegatten sich gegenseitig bedingen.

i. Vollmachten (Tariffstelle 73).

Vollmachten, Ermächtigungen und Aufträge zur Vornahme von Geschäften rechtlicher Natur für den Vollmachtgeber unterliegen einem Wertstempel nach Maßgabe dieser Tariffstelle.

k. Werkverdingungsverträge (Tariffstelle 76).

Werkverdingungsverträge über unbewegliche Sachen sind so zu versteuern, als ob hinsichtlich des zu liefernden Materials ein Lieferungsvertrag und bezüglich der Arbeitsleistung ein Arbeitsvertrag abgeschlossen wäre.

Ist für Materiallieferung und Arbeitsleistung ein Gesamtpreis vereinbart und ist nicht innerhalb 14 Tagen nach dem Geschäftsabschlusse auf dem Vertrage beurkundet, wieviel von dem bedungenen Gesamtpreise auf den Materialwert und wieviel auf Arbeitsvergütung entfällt, so ist der höchste Steuersatz zu entrichten.

Soweit es sich um Waren handelt, die in dem Geschäftsbetriebe des Unternehmers hergestellt oder erzeugt sind und dies aus dem Vertrage ersichtlich ist, kommt der Lieferungsstempel nicht zur Erhebung; andernfalls beträgt derselbe  $\frac{1}{5}\%$  des Lieferungspreises; für den Arbeitsvertrag ist, sofern das Entgelt den Betrag von 150 M. übersteigt, ein Fixstempel von 1 M. zu erheben.

### 1. Zeugnisse, amtliche (Tariffstelle 78).

Zeugnisse, Atteste, Bescheinigungen und dergleichen sind stempelpflichtig, wenn sie amtlich und innerhalb der Zuständigkeit des Gemeindevorstehers ausgestellt werden und eine Privatsache betreffen.

Zuständig ist der Gemeindevorsteher für Zeugnisse jeder Art, die er auf Grund seiner amtlichen Wahrnehmungen auszustellen in der Lage ist, sofern die Ausstellung nicht bestimmten Behörden oder Beamten durch Gesetz oder Verordnung ausdrücklich übertragen ist.

Für Unterschriftsbeglaubigungen sind die Gemeindevorsteher nur zuständig, wenn es sich um Führung der Genossenschaftsregister oder um Anmeldungen zu diesen Registern handelt; Unterschriftsbeglaubigungen dieser Art sind also stempelpflichtig, alle übrigen stempelfrei.

Stempelfrei sind ferner Lebensbeglaubigungen auf Pensionsquittungen pp. sowie Zeugnisse, auf Grund deren ein anderes amtliches Zeugnis oder ein Paß (Reise- oder Leichenpaß, Paßkarte) ausgestellt werden soll (Vorzeugnisse); zu den letzteren gehören beispielsweise auch die Bescheinigungen über Bauvollendungen zum Zwecke der Erhebung einer Brandentschädigung im Sinne des § 28 des G. über die Landes-Brandversicherungsanstalt.

Führungszeugnisse sind stempelpflichtig, wenn sie zur Erlangung der in den Tariffstellen „Erlaubniserteilungen“ und „Aufsichtsbefugnisse“ aufgeführten Genehmigungen erforderlich sind; im übrigen stempelfrei.

Zeugnisse über geleistete Arbeiten in Anstalten, welche von Staats- oder Gemeindebehörden betrieben werden, genießen gleichfalls Stempelfreiheit.

Im übrigen sind amtliche Zeugnisse stempelpflichtig, wenn ihre Ausstellung im Privatinteresse erfolgt, dagegen stempelfrei, wenn ihre Erteilung durch ein öffentliches Interesse begründet wird.

Nach diesem Grundsatz sind z. B.

### a. stempelfrei:

Wildtransportschein; Bescheinigungen über die Berechtigung zum Bezuge von Gift; Erlaubnisscheine zur Benutzung eines Hundes als Jagdtier (P. Str. G. B. § 3, 8); Bescheinigungen über Anmeldungen von öffentlichen Versammlungen (§ 18 S. 67); Bescheinigungen über die Seuchefreiheit von Gehöften oder Ortschaften; Erlaubnisscheine zur Aufstellung einer Dreschmaschine im Orte; Gefindedienstbücher im Sinne des § 4 der Gefindeordnung vom 16. August 1899; Aufenthalts- und Abmeldebefcheinigungen im Sinne des § 9 des Gesetzes vom 13. April 1894; Dispensationsbescheinigungen im Sinne des § 10 der Ausführungsvorschriften G. über

das Dampfkesselwesen vom 21. Juni 1902; Ursprungszeugnisse für Geflügel, das für Geflügelaußstellungen bestimmt ist; Anmeldungs- oder Niederlassungsbefcheinigungen behufs zollfreier Einfuhr von Heirats- oder Anzugsgut; Aufenthaltsbefcheinigungen zum Zwecke der Beantragung des Aufgebots;

#### b. stempelpflichtig:

Schießscheine (Erlaubnisscheine zum Vertilgen von Ratten, Krähen, Sperlingen usw.); Befcheinigungen über die Fähigkeit zur Übernahme größerer Lieferungen zwecks Zulassung zum Submissionstermine; Befcheinigungen, daß ein Ortseingeseffener imstande ist, eine dritte Person zu ernähren; Befcheinigungen über die Umwandlung der nicht feuerficHERen Bedachung in eine feuerficHERe; Atteste für Wurstfabrikanten, daß das von ihnen verarbeitete Fleisch von inländischen Schweinen stammt und auf Trichinen untersucht wird; Befcheinigungen, daß ein Gehöft einen bestimmten Wert hat oder zu demselben ein bestimmter Grundbesitz gehört; Befcheinigungen, daß jemand für einen bestimmten Betrag gut ist, daß sein Ackerland einer bestimmten Bonitätsklasse angehört; Befcheinigungen, daß ein Ortseingeseffener gut beleumundet und creditsfähig ist und seine Gemeindesteuern stets pünktlich gezahlt hat; Atteste über die Höhe der Belastung von Gehöften; Atteste für Geschworene oder Schöffen, die im persönlichen Interesse von ihrem Amte als solche entbunden zu werden wünschen; Viehstandsbescheinigungen zum Zwecke des steuerfreien Bezuges von Pfannenstein oder Leckstein; Befcheinigungen, daß ein Gehöft eine bestimmte Reihe von Jahren im Besitze des gegenwärtigen Nutznießers gewesen ist und die Bewirtschaftung nach landwirtschaftlichen Grundsätzen stattgefunden hat; Befcheinigungen, daß die Verpflichteten zur Zahlung der Kranken- und Unterhaltskosten in Krankenhäusern oder Heil- und Pflegeanstalten imstande sind.

11. Auf Grund besonderer (gesetzlicher) Bestimmungen sind stempelfrei:

Zeugnisse, welche sich auf Reklamationen wegen des Eintritts in den Militärdienst und die Befreiung von militärischen Übungen beziehen oder zur Herbeiführung der Entlassung aus dem aktiven Militärdienst ausgestellt werden; Zeugnisse behufs Erlangung eines „Melbescheines zum freiwilligen Eintritt“ in den Militärdienst; Zeugnisse, einschließlich der Unterhaltsnachweise, die den Anträgen auf Erteilung des Berechtigungsscheines für den einjährig-freiwilligen Militärdienst beizufügen sind; Befcheinigungen behufs Erlangung des Armenrechts zur Prozeßführung; Arbeitsbücher im Sinne des § 107 der Gewerbeordnung; Beglaubigungen von Eintragungen in das Arbeitsbuch im Sinne des § 114 der Gewerbeordnung; Beglaubigungen von Lehrzeugnissen für Handwerkslehrlinge und Fabrikarbeiter im Sinne der §§ 127 c und 134 Abs. 1 der Gewerbeordnung; Beglaubigungen der Unterschrift des Bergwerkbefizers unter dem Arbeitszeugnis nach § 86 Abs. 1 des Berggesetzes in der Fassung des Gesetzes vom 10. Juni 1893 Nr. 33; Radfahrkarten im Sinne des § 4 der B. vom 13. Juni 1903 Nr. 3 b.

§ 41.

# Wahlen.

Nachdem über die Wahlen zum Gemeinderate und zur Kreisversammlung bereits an anderen Orten (vergl. oben §§ 2 und 14) das nötige angeführt ist, erübrigt für hier das Entsprechende über die Landtags- und Reichstagswahlen.

I. Von den Wahlen zum Landtage des Herzogtums handelt, neben dem Gesetze über die Zusammensetzung der Landesversammlung vom 6. Mai 1899 (G. u. B. S. Nr. 31 S. 291), mit seiner Ergänzung vom 2. März 1903 (G. u. B. S. Nr. 6 S. 19), das Wahlgesetz vom 6. Mai 1899 (G. u. B. S. Nr. 32 S. 299), abgeändert durch Gesetz vom 2. März 1903 (G. u. B. S. Nr. 7 S. 21) mit den dazu erlassenen Ausführungsbestimmungen vom 6. September 1899 (G. u. B. S. Nr. 75 S. 729), 1. Oktober 1899 (G. u. B. S. Nr. 80 S. 775), 9. Dezember 1899 (G. u. B. S. Nr. 103 S. 973) und 17. März 1903 (G. u. B. S. Nr. 14 S. 69).

Unmittelbar beteiligt sind die Gemeindevorsteher als solche nur bei der Wahl der von den Landgemeinden in den Landtag zu entsendenden 15 Landtagsabgeordneten, von welchen je drei von den Landgemeinden der Kreise Braunschweig, Helmstedt, Wolfenbüttel ohne Amtsbezirk Harzburg und Gandersheim mit Amtsbezirk Harzburg, zwei von den Landgemeinden des Kreises Holzminden und einer von den Landgemeinden des Kreises Blankenburg gewählt werden (G. über die Zusammensetzung der L. V. § 3).

Die Abgeordneten-Wahl, welche regelmäßig immer auf die Dauer von vier Jahren erfolgt, ist eine mittelbare d. h. sie wird vollzogen durch Wahlmänner, welche von den als Urwähler geltenden nach den Bestimmungen der L. G. D. bei den Gemeindevahlen wahlberechtigten Gemeindegossen erwählt sind.

Bezüglich der Wählbarkeit dieser Wahlmänner und des bei deren Wahl zu beobachtenden Verfahrens sind im übrigen die Bestimmungen der L. G. D. in den §§ 15, 18, 21, 24—27, 30—32 maßgebend, jedoch mit folgenden besonderen Bestimmungen:

1. Im allgemeinen bildet jede Gemeinde einen Urwahlbezirk; jedoch werden Gemeinden von weniger als 300 Einwohnern mit anderen Gemeinden vom Herzogl. Staatsministerium zu einem Urwahlbezirke zusammengelegt (Wahlgesetz § 3).
2. Die Zahl der zu wählenden Wahlmänner beträgt in Gemeinden (bezw. zusammengelegten Urwahlbezirken)

von 300 bis unter 750 Einwohnern	3
" 750 " " 1500	6
" 1500 " " 2500	9
" 2500 oder mehr	12

und zwar hat jede der drei Steuerklassen der Urwähler ein Drittel dieser Zahl von Wahlmännern in einem Wahlgange (vermitteltst eines Stimmzettels) zu wählen (Wahlgesetz §§ 3 und 1 Ziffer 5).

3. Die Urwähler werden nach den von ihnen auf Grund des Gemeindeabgabengesetzes zu entrichtenden direkten Gemeindesteuern in drei Klassen eingeteilt, wie behufs der Gemeinderatswahlen, jedoch so, daß die Zahl der Urwähler in der ersten Klasse mindestens 5 %, in der zweiten mindestens 20 % aller Wahlberechtigten beträgt. Für Gemeinden, welche direkte Gemeindesteuern nicht erheben, ordnet Herzogl. Staatsministerium das nötige an (W. G. § 1 Ziff. 1 u. 2 und Abschnitt B. der Ausführungs-Bestimmungen v. 6. September 1899 S. 731).
4. Die bei der letzten Gemeinderatswahl benutzten Wählerlisten werden ohne abermalige öffentliche Auslegung zugrunde gelegt (W. G. § 1 Ziff. 3).
5. Zu Wahlmännern können nur stimmberechtigte Urwähler des Wahlbezirks, jedoch aus beliebiger Steuerklasse, gewählt werden (§ 1 Ziff. 4).
6. Wer zum Wahlmann gewählt ist, erhält von dem die Wahl leitenden Gemeindevorsteher einen schriftlichen Ausweis nach vorgeschriebenem Formular (§ 1 Ziff. 8).
7. Das Ergebnis der Wahlmänner-Wahl ist vom Gemeindevorsteher sofort nach beendigtem Wahlverfahren der Kreisdirektion berichtlich anzuzeigen (§ 27).

Das weitere Verfahren der Abgeordnetenwahl erledigt sich ohne amtliche Mitwirkung des Gemeindevorstehers: die Wahlmänner versammeln sich zu der durch das Landesherrliche Wahlauschreiben festgesetzten Zeit ohne weitere Aufforderung (§ 10 Abs. 2), in der Kreishauptstadt in dem von der Kreisdirektion bestimmten Lokale (die Theedinghäuser im dortigen Amtsgerichte) (§ 25), und zwar sind sie bei Vermeidung von Ordnungsstrafe zum Erscheinen verpflichtet (§ 12). Das Amt des Wahlvorstehers nimmt ein Kreisdeputierter wahr (§ 26).

II. Die Wahlen der Abgeordneten zum Deutschen Reichstage ordnet das Wahlgesetz für den Reichstag des Norddeutschen Bundes vom 31. Mai 1869 (R. G. Bl. Nr. 297 S. 145) nebst dem dazu erlassenen Ausführungs-Reglement vom 28. Mai 1870 (R. G. Bl. Nr. 500 S. 275) mit den Nachträgen vom

- |              |      |                            |
|--------------|------|----------------------------|
| 27. Februar  | 1871 | (R. G. Bl. Nr. 616 S. 35), |
| 25. Dezember | 1876 | („ „ „ „ 1155 „ 275) und   |
| 28. April    | 1903 | („ „ „ „ 2956 „ 202).      |

Eine Reihe von Grundsätzen, von welchen sich der Reichstag bei der Beurteilung von Tatsachen und Handlungen gelegentlich der Wahlprüfungen hat leiten lassen, bzw. bei deren Nichtbeachtung Wahlen für ungültig erklärt sind, hat das Herzogl. Staatsministerium an der Hand eines Berichtes der Reichstags-Wahlprüfungskommission über die Ergebnisse der Wahlprüfungen in der 9. Legislaturperiode von 1893—1898 in nachfolgender öffentlicher Bekanntmachung vom 1. Mai 1903 zusammengefaßt:

## 1. Zum Wahlgesetze.

### § 2.

Zahlmeister sind als Intendanturbeamte wahlberechtigt, während Zahlmeisteraspiranten unter der Fahne stehende Mitglieder des Heeres sind.

### § 3.

Die Armenunterstützung muß innerhalb der letzten zwölf Monate vor der Wahl bezogen sein, nicht innerhalb des vorangegangenen Kalenderjahres. Als Armenunterstützung sind die Gewährung des Armenrechts zur Führung eines Prozesses, die Aufnahme der Kinder in eine Freischule, die unentgeltliche Verabfolgung von Schulbüchern und Weihnachtsgeschenken an die Kinder, sowie Unterstützungen aus Stiftungen nicht anzusehen. Haben Unterstützungsempfänger gewählt, so sind ihre Namen von der Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen und von der Zahl der Stimmen des Gewählten abzuziehen.

### § 6.

Der Umfang der Wahlkreise ist bis zur anderweiten reichsgesetzlichen Regelung durch das Wahlgesetz festgelegt. Die Grenzen der Wahlkreise können daher durch Landesgesetz nicht abgeändert werden.

### § 7.

Die Niederlassung an einem Orte mit der Absicht längeren Verbleibens berechtigt zur Wahl an diesem Orte. Wahlberechtigte mit mehreren Wohnsitz sind an den mehreren Wohnsitz in die Wählerlisten aufzunehmen, wählen können dieselben nur an einem Orte. Kellner, welche in einem Badeorte für die Badesaison in Stellung treten, Saisonarbeiter, Feldarbeiter, welche die Woche hindurch außerhalb ihres Wohnorts arbeiten, den Sonntag aber am Wohnorte zubringen, sind am Orte ihrer Beschäftigung wahlberechtigt und deshalb auch in die Wahlliste dieses Ortes einzutragen. Wechselt ein Wähler nach der Aufstellung der Wahllisten den Wohnort, so bleibt er in dem Orte, in dessen Wahlliste er eingetragen ist, bis zur Stichwahl wahlberechtigt.

### § 8.

Die Wählerlisten müssen innerhalb des Wahlbezirks ausgelegt werden, für welchen sie angelegt sind.

Unter einer einzelnen Neuwahl ist die Ersatzwahl für ein ausgeschiedenes Mitglied des Reichstags sowie jede neue Wahl zu verstehen, welche durch die Ablehnung oder durch die Ungültigerklärung einer Wahl veranlaßt wird. Daher findet § 34 Absatz 3 des Wahlreglements auch auf die unter Absatz 1 dieses Paragraphen fallenden Wahlen Anwendung, so daß eine im Falle der Ablehnung, oder wenn der Reichstag die Wahl für ungültig erklärt hat, dieserhalb angeordnete neue Wahl, wenn sie nach Ablauf eines Jahres nach der ersten Wahl stattfindet, nur auf Grund neu aufgestellter und ausgelegter Wahllisten vorgenommen werden kann.

### § 9.

Die Öffentlichkeit gestattet jedermann den Zutritt zum Wahllokale und die Anwesenheit in demselben während der ganzen Dauer der Wahl, einschließlich der Ermittlung des Wahlergebnisses; sie findet ihre Schranke in dem Raumangel des Wahllokals und in ähnlichen zwingenden Gründen, sowie im ungebührlichen Benehmen des Anwesenden. Eine Ausweisung ist nicht deshalb zulässig, weil der Anwesende nicht im Wahlbezirk wahlberechtigt ist oder weil er sich nicht legitimieren kann, oder weil er sich dem Wahlvorstande dadurch lästig macht, daß er ihn auf bei ihm vorgekommene Verstöße gegen die Wahlvorschriften aufmerksam macht.

Dient eine Privatwohnung als Wahllokal, so ist sie für die Dauer der Wahl öffentlich.

Ob die Ausweisung einer einzelnen Person aus dem Wahllokale gerechtfertigt ist oder nicht und ob dieselbe, wenn sie ungerechtfertigt ist, die Öffentlich-



keit der Wahl aufhebt, ist nach den Umständen des einzelnen Falles zu entscheiden.

Das Protokoll darf nicht von dem Wahlvorsteher geführt werden, wenn er als solcher tätig ist.

Angestellte Bahnwärter einer Staatsbahn und staatliche Förster bekleiden ein unmittelbares Staatsamt.

#### § 11.

Stimmzetteln sind ungültig, wenn sie im Innern z. B. durch Nummern, Striche oder Unterstreichung einzelner Buchstaben so gekennzeichnet sind, daß sich nach ihrer Eröffnung aus ihnen erkennen läßt, wer durch ihre Abgabe sein Stimmrecht ausgeübt hat.

#### § 13.

Der Wahlkommissar ist nicht befugt, über die Gültigkeit oder Ungültigkeit der Stimmzettel zu entscheiden; er ist daher auch nicht berechtigt, die in den einzelnen Wahlbezirken festgestellten Wahlergebnisse durch Abänderung der von dem Wahlvorstand über die Gültigkeit oder Ungültigkeit eines Stimmzettels getroffenen Entscheidung zu berichtigen. Unvollständigkeiten der Wählerlisten, der Gegenlisten und der Wahlprotokolle, wie der Mangel des Abschlußdatums der Wählerliste, der Bescheinigung über die Auslegung der Wählerliste, der Ausfüllung der Zahlen der abgegebenen Stimmen in der Gegenliste, darf er weder selbst ergänzen, noch nachträglich durch die zuständig gewesenem Behörden und Wahlvorstände ergänzen lassen.

Ämtliche Erhebungen über die politische Parteistellung der zur Wahl stehenden und der gewählten Kandidaten sollen die Wahlkommissarien nicht anstellen.

### 2. Zum Wahlreglement.

#### § 2.

Die vorgeschriebene Bescheinigung der Wählerliste war vielfach nicht unterschrieben. Der Mangel der Unterschrift hat die Gültigkeit der Wahl nicht beeinflußt.

Von der Auslegung der Wählerliste an ist der Gemeindevorstand nur auf Antrag befugt, die Liste durch Nachtragung oder Streichung zu berichtigen.

#### § 4.

Sind Wähler nach Abschluß der Wahllisten in diese eingetragen, so sind ihre Stimmen von der Gesamtzahl der abgegebenen gültigen Stimmen und von der Zahl der auf den Gewählten gefallenem Stimmen abzuziehen.

#### § 11.

Der Tisch des Wahlvorstandes war mehrfach so aufgestellt, daß er nicht von allen Seiten zugänglich war. Zeller, Biergläser, Zigarrenkisten mit Abteilungen im Innern, Hutsackeln und Tischschublade, wurden als ungeeignet zum Gebrauche als Wahlurne bezeichnet.

Der Abdruck des Wahlgesetzes und des Wahlreglements ist im Wahllokale häufig nicht ausgelegt gewesen.

#### § 12.

Mehrmals wurden Wahlakte für ungültig erklärt, weil während der Wahlhandlung zeitweise weniger als drei Mitglieder des Wahlvorstandes im Wahllokale gegenwärtig waren oder der Wahlvorsteher oder der Protokollführer vorübergehend das Wahllokal verließen, ohne mit ihrer zeitweiligen Vertretung ein anderes Mitglied des Wahlvorstandes zu beauftragen, oder Wahlvorsteher und Protokollführer gleichzeitig das Wahllokal verlassen hatten.

#### § 15.

Ist ein Wahlberechtigter von der Wahl zurückgewiesen, weil bereits bei seinem Namen sich der Abstimungsberechtigte befindet, obgleich er nicht

gewählt hat, so ist dem Gewählten eine Stimme abzuziehen und der Gesamtzahl der abgegebenen gültigen Stimmen sowie den für den Gegenkandidaten abgegebenen Stimmen zuzuzählen.

§ 16.

Unzulässig ist, daß der Vermerk der Stimmabgabe in der Wählerliste nach der Zählung der Stimmzettel nachgeholt wird.

§ 18.

In der Gegenliste ist nicht allein die Gesamtzahl der für einen Kandidaten abgegebenen Stimmen, sondern jede demselben zugefallene Stimme mit der Nummernfolge aufzuführen.

§ 19.

Ein Wahlzettel ist gültig, wenn ein Name durchstrichen und ein anderer Name mit Tinte oder Bleifeder über oder unter den durchstrichenen Namen gesetzt ist. Ein Wahlzettel, welcher außer den Namen des Gewählten ein Gedicht enthält, ist gültig, wenn das Gedicht keinen Namen enthält. Ist aus dem Wahlzettel die Person des Gewählten unzweifelhaft zu erkennen, so kommt es darauf nicht an, daß der Wahlzettel außer dem Zunamen noch den Vornamen, den Wohnort und den Stand des Gewählten enthält. Insbesondere genügt bei Stichwahlen die bloße Angabe des Zunamens des Gewählten.

§ 28.

Zwischen der Hauptwahl und der engeren Wahl ist die Verbreitung von Stimmzetteln und Flugblättern ohne polizeiliche Erlaubnis gestattet.

Da das Wahlrecht bei der Wahl eines Reichstagsabgeordneten jedem deutschen Manne zusteht, welcher das 25. Lebensjahr zurückgelegt und in der betreffenden Gemeinde seinen Wohnsitz hat, so ist nicht nur die Zahl der Wähler eine verhältnismäßig große, sondern auch die Aufstellung der Wählerlisten und das ganze Wahlgeschäft entsprechend schwieriger. Die damit verbundenen Geschäfte liegen dem Gemeindevorsteher und dem Wahlvorsteher ob.\*

Zunächst hat der Gemeindevorsteher die Wählerliste in zwei Exemplaren aufzustellen (Reglement § 1) und unter entsprechender öffentlicher Bekanntmachung zu jedermanns Einsicht mindestens acht Tage lang auszulegen (§ 2); über etwaige gegen die Liste eingehende Einwendungen hat er zu entscheiden bezw. die Entscheidung der Kreisdirektion herbeizuführen, wenn er die Erinnerung für unbegründet erachtet (§ 3). Sodann sind die, nötigenfalls berichtigten Listen abzuschließen und mit Bescheinigung zu versehen, und ist das zweite Exemplar dem Wahlvorsteher zu übergeben (§§ 4 u. 5). Ort und Zeit der Wahl sind bekannt zu machen (§ 8). Über die Wahl selbst ist ein vorschriftsmäßiges Protokoll aufzunehmen (R. G. Bl. 1903 S. 206). Bei derselben sind die (§§ 9—17, zum Teil in der neuen Fassung

\* Die „zuständige Behörde“ im Sinne der §§ 6 und 8 des Wahl-Reglements ist der Gemeindevorsteher (R. G. Bl. 1870 S. 308). Derselbe kann sich selbst oder einen anderen Wahlberechtigten zum „Wahlvorsteher“ ernennen (Reglement § 8). Geschieht letzteres, so endigen die Geschäfte des Gemeindevorstehers mit der Fertigstellung und Ablieferung des zweiten Exemplars der Wählerliste an den Wahlvorsteher, welcher dann seinerseits das Weitere wahrzunehmen hat. Im obigen Texte wird angenommen, daß, wie es meistens der Fall sein wird, der Gemeindevorsteher zugleich als Wahlvorsteher tätig ist.

der B. v. 28. April 1903) gegebenen Formvorschriften genauestens zu beachten, und ist mit der Eröffnung der Stimmzettel und Feststellung der abgegebenen Stimmen genau so zu verfahren, wie dies das Reglement (§§ 18—22, zum Teil in der neuen Fassung der B. v. 28. April 1903) und der Bordruck des Protokolls vorschreiben. Endlich ist das Protokoll an den vom Herzogl. Staatsministerium ernannten Wahlkommissar einzusenden (§ 25).

Bei Aufstellung der Wählerlisten sind §§ 1—3 des Wahlgesetzes zu beachten, insbesondere § 3 Nr. 3 wegen der Armenunterstützungsempfänger.

§ 17 des Wahlgesetzes bringt über Vereine und Versammlungen zu Wahlzwecken besondere Vorschriften und § 43 Abs. 3 u. 4 der Gewerbeordnung (R. G. Bl. 1900 S. 889) handelt von der Verteilung von Stimmzetteln und Druckschriften zu Wahlzwecken.

## § 42.

### Landeskultur und Viehzucht.

1. Von der größten Bedeutung für die Landeskultur sind die Gesetze gewesen, welche die Ablösung der sog. Reallasten (Zinsen, Zehnte, Dienste) und die Auflösung der privatrechtlichen Nutzungsverbände (Gemeinheiten), also die Separationen und Verkoppelungen zum Zweck hatten. Es sind dies insbesondere folgende, im Laufe der Zeit jedoch mannigfach ergänzte und abgeänderte Gesetze, nämlich:

die Ablösungs-Ordnung für das Herzogtum Braunschweig vom 20. Dezember 1834 (G. u. B. S. Nr. 20 S. 145),

das Gesetz, die zur Abtragung der Ablösungskapitalien bei den Herzogl. Leihhaus-Anstalten zu beschaffenden Anlehen betr., vom 20. Dezember 1834 (G. u. B. S. Nr. 21 S. 207),

das Gesetz, die neue Gemeinheits-Teilungs-Ordnung betr., vom 20. Dezember 1834 (G. u. B. S. 1835 Nr. 1 S. 1) und

das Gesetz, die Organisation und den Geschäftskreis der Herzogl. Landes-Ökonomie-Kommission, sowie das Verfahren in Separations- und Ablösungssachen betr., vom 20. Dezember 1834 (G. u. B. S. 1835 Nr. 2 S. 85).

Wenn auf diese Gesetzgebung hier nicht näher eingegangen wird, so geschieht dies deshalb, weil dieselbe heutzutage nur noch von beschränkter praktischer Bedeutung ist; nur einen verschwindend kleinen Teil von Gemeinden gibt es noch im Herzogtume, in welchen nicht alle Reallasten längst abgelöst und die Separation und Verkoppelung vollzogen wären.\*

---

\* Wer sich über die geschichtliche Entwicklung dieser Angelegenheit und deren hohe Bedeutung näher unterrichten will, nehme das Buch zur Hand, welches aus Anlaß des am 25. April 1881 gefeierten fünfzigjährigen Regierungs-Jubiläums Sr. Hoheit des Hochseligen Herzogs Wilhelm vom damaligen Landes-Ökonomierat Lüderßen verfaßt und unter dem Titel: „Die Befreiung und Mobilisierung des Grundbesitzes im Herzogt. Braunschweig“ herausgegeben ist. (Braunschweig, Fr. Vieweg & Sohn, 1881.)

Wo dies etwa erst jetzt noch geschehen soll, wird allerdings der Gemeindevorsteher Anlaß haben, sich auch mit dieser Gesetzgebung eingehend zu beschäftigen.

2. Gleichfalls von erheblicher Wichtigkeit für die Landeskultur ist das G., den bauerlichen Grundbesitz betr., vom 28. März 1874 (G. u. B. S. Nr. 11 S. 43) gewesen, indem es die sog. Pertinenzpflichtigkeit der bauerlichen Grundstücke, die Geschlossenheit der Bauerhöfe und — vorbehaltlich jedoch des Unerbenrechts, der Interimswirtschaft und der Leibzucht — alle bisherigen gesetzlichen Beschränkungen der Verfügung über Bauerngüter aufgehoben hat. So wichtig indessen dieses Gesetz inhaltlich auch ist, so ist es doch vorwiegend privatrechtlicher Natur; der Gemeindevorsteher als solcher hat mit dessen Handhabung nichts zu tun, und es wird hier hauptsächlich nur deshalb angeführt, um vorkommendenfalls dessen Auffindung zu erleichtern.

3. Für die Gemeindevorsteher derjenigen Gemeinden, bei welchen Gemeinde- oder Interessenten-Waldungen vorhanden sind, sind folgende Gesetze von Wichtigkeit:

G., betr. die Beiträge der Privatforstbesitzer zu den Besoldungskosten des Herzogl. Forstpersonals, vom 16. Oktober 1834 (G. u. B. S. Nr. 12 S. 83), mit dem G. über die anderweite Bestimmung der von Privatforstbesitzern zu leistenden Forstbesoldungs-Beiträgen vom 19. April 1858 (G. u. B. S. Nr. 21 S. 51);

G., betr. die Ausübung der Forsthoheit und Forstaufsicht über Privatforsten vom 30. April 1861 (G. u. B. S. Nr. 26 S. 109) und

G., betr. die ungetheilten Genossenschaftsforsten, vom 19. Mai 1890 (G. u. B. S. Nr. 16 S. 53) mit einer Abänderung vom 25. Februar 1895 (G. u. B. S. Nr. 15 S. 45).

Alle Forsten, welche nicht zum Kammer- und Klostergute, also zum herrschaftlichen Besitze gehören, sind „Privatforsten“ und als solche im „Forstlagerbuche“ verzeichnet, welches bei der Kreisdirektion aufbewahrt und auf dem Laufenden erhalten wird. Alle Privatforsten stehen unter der Forsthoheit des Staates (G. v. 30. April 1861 §§ 1—5). Dieselbe äußert sich bei allen Privatforsten darin, daß diese in ihrem Bestande so lange zu erhalten, Forstrodungen so lange verboten sind, als dazu nicht die durch die Kreisdirektion einzuholende Genehmigung des Herzogl. Staatsministeriums erteilt ist (§§ 6—10). Weitergehend ist die Beschränkung noch bei denjenigen Privatforsten, welche im Eigentume von Gemeinden, Genossenschaften, Interessentenschaften oder Stiftungen stehen: denn bei diesen unterliegt der gewöhnliche Betrieb und die Nutzung der Forst einer im Gesetze vom 30. April 1861 genau geregelten Mitwirkung und Beaufsichtigung durch die Herzogl. Forstbeamten, zu deren Besoldung deshalb denn auch die Forstbesitzer bestimmte Beiträge zu leisten haben (§ 13). Hier sind es die Forstämter, welche nach Anhörung der Vertreter der Forsteigentümer (§ 15) für die Gemeinde- pp. Forsten die Wirtschaftspläne auszuarbeiten, die jährlichen und periodischen Hauungen und Forstnebennutzun-

gen, sowie die nötigen Kulturen anzuordnen und zu überwachen haben (§ 14). Etwa hierüber entstehende Meinungsverschiedenheiten zwischen den Interessenten und dem Beamten werden im Verwaltungswege entschieden (§§ 16—20). Die Ausführung des Beschlossenen hat das Forstamt zu überwachen (§§ 25—29). Die „Forstaufsäher“ können als solche nur mit Zustimmung des Ober-Forstamts bezw. Forstamts (G. v. 23. März 1903 G. u. B. S. Nr. 12 S. 65) angenommen werden und werden von der Kreisdirektion auf eine Dienstinstruktion eidlich verpflichtet, welche von der Kammer, Direktion der Forsten, erlassen ist (§ 31). Wegen des Dienstabzeichens der Forstaufsäher vergl. das oben § 28. II. S. 130 Gesagte.

Wie im übrigen die Verwaltung der Forsten zu erfolgen hat, richtet sich nach den sonstigen maßgebenden Bestimmungen. Steht die Forst im Eigentum der politischen Gemeinde, so sind auch hier die Bestimmungen der L. G. O. über die Verwaltung und Benutzung des Gemeindevermögens maßgebend; bei Korporations- und Stiftungsforsten entscheiden die bezüglichen statutarischen Bestimmungen; bei Genossen- oder Interessentenschaftsforsten endlich sind gleichfalls die etwa vorhandenen statutarischen Bestimmungen bezw. das Herkommen maßgebend, jedoch müssen, wenn es an derartigen Normen fehlt, jedenfalls mindestens Syndiken gewählt werden, und bezüglich der ungeteilten Genossenschaftsforsten ist durch das Gesetz vom 19. Mai 1890 geradezu vorgeschrieben, daß die inneren Angelegenheiten der Genossenschaften durch ein von der Kreisdirektion zu genehmigendes Statut geordnet werden müssen (§ 1).

Die übrigen Bestimmungen dieses Gesetzes vom 19. Mai 1890 sind ausschließlich privatrechtlicher Natur und haben für den Gemeindevorsteher als solchen kein unmittelbares Interesse. Die auf Grund desselben von den Amtsgerichten angelegten „Forstgrundbücher“ geben über die bezüglichen privatrechtlichen Verhältnisse genauen Aufschluß.

Nach § 54 des Gesetzes über die Verwaltungsrechtspflege vom 5. März 1895 (G. u. B. S. Nr. 26 S. 96) ist der Verwaltungsgerichtshof zuständig bei Klagen gegen die Entscheidung der Kreisdirektion über Eintragung von Grundstücken in das Forstlagerbuch, wie überhaupt behufs letztinstanzlicher Entscheidung der Frage, ob ein Grundstück die Forsteigenschaft habe oder der staatlichen Forstaufsicht unterstehe; bei Streitigkeiten über die Leistung von Beiträgen zu den Kosten der Forstkulturen usw. und Forstvermessungen; gegen Verfügungen der Kammer, Direktion der Forsten, auf Reklamationen in Beziehung auf die Forstbesoldungsbeiträge.

4. Einer Reihe von minder wichtigen Angelegenheiten, welche mit der Landeskultur in Beziehung stehen, ist in § 28 „Feld- und Forstpolizei“ Erwähnung geschehen; hier ist noch einiges anzuführen, was mit der Obstbaumzucht zusammenhängt.

Durch § 368 Nr. 2 des R. Str. G. Bz. (R. G. Bl. 1876 S. 116) ist mit Strafe bedroht, wer das durch polizeiliche Anordnung gebotene Raupen unterläßt. Da die Obstbaumraupen sofort bei eintretender Frühlings-

wärme über die noch nicht grünen Bäume sich zu verbreiten pflegen und gefährlichen Schaden herbeiführen können, so hat der Gemeindevorsteher auf das Vorhandensein von Raupennestern sein Augenmerk zu richten und vor Eintritt der Frühjahrswärme ein Raupgebot zu erlassen (bezw. dessen Erlaß bei der Kreisdirection zu erwirken), sobald sich jene in erheblicherem Umfange zeigen. Die Nester müssen vergraben oder verbrannt werden.

Obstbaumpflanzungen haben einen hohen wirtschaftlichen Wert und sollten, wo die Gelegenheit dazu günstig, auch von den Gemeinden angelegt und gepflegt werden. Um das zu fördern, werden vom Vorstande der Landesbaumschule zu Braunschweig außerhalb dieser Anstalt an den mit Obstbäumen bepflanzten Staatsstraßen periodisch Unterrichtskurse im Baumechnitt pp. für Bauaufseher und Wegewärter abgehalten, zu welchen die Gemeinden geeignete Personen behufs Teilnahme am Unterrichte entsenden können. Eine Vergütung für solchen Unterricht wird nicht erhoben; für etwaige durch die Entsendung entstehende sonstige Kosten haben aber die entsendenden Gemeinden pp. aufzukommen. Über Zeit und Ort der Unterrichtskurse macht die Baudirection in den „Braunschweigischen Anzeigen“ näheres bekannt, und sind sodann diejenigen Personen, welche von Seiten der Gemeinde daran teilnehmen sollen, entweder direkt bei der Baudirection oder bei dem Kreis-Wegebau-Beamten anzumelden.

5. Zur Beförderung der Rindviehzucht bestimmt ist das Gesetz, betr. die Verpflichtung der Gemeinden zur Zuchtstierhaltung, vom 28. Dezember 1900 (G. u. B. S. 1901 Nr. 2 S. 3). Danach liegt den Gemeinden die Verpflichtung ob, für eine dem Bedürfnis entsprechende Anzahl von Zuchtstieren zu sorgen, wenn sonst die Anzahl der zum Decken gehaltenen Stiere ungenügend ist. Die Bestimmung in § 5 Abs. 2 dieses Gesetzes, wonach anzukündende Zuchtstiere mit Tuberkulin geimpft sein müßten, ist durch das Gesetz vom 9. Juli 1903 (G. u. B. S. Nr. 40 S. 307) wieder aufgehoben.

Stierförungs-Ordnungen zu erlassen, ist durch § 5 des G. v. 28. Dezember 1900 den Kreis-Kommunalverbänden vorbehalten, und haben dieselben von dieser Befugnis auch fast alle Gebrauch gemacht. Der Gemeindevorsteher erhält über das, was er hierbei wahrzunehmen hat, von seiner Kreisdirection besondere Anweisung.

6. Zur Beförderung der Pferdezuucht bestimmt ist das Gesetz, betr. das Halten von Zuchthengsten, vom 13. März 1899 (G. u. B. S. Nr. 20 S. 153), wonach zum Betriebe der Hengsthalterei die Erlaubnis der Kreisdirection erforderlich ist.

## § 43.

### Verschiedenes.

1. Zur Erhaltung der Grenzzeichen auf der Landesgrenze ist zwischen der Herzogl. und der Königl. Preussischen Regierung folgendes vereinbart:

a) Die Gemeinde-(Guts-)Vorsteher der beiderseits an die Landesgrenze anstoßenden Bezirke haben alle zwei Jahre im Monat September die Landesgrenze längs ihres Bezirks gemeinschaftlich zu begehen und den Zustand der einzelnen Grenzzeichen und Grenzstrecken zu untersuchen. Über Zeit und Ort des Beginns haben sie sich miteinander zu verständigen.

Auch sonst haben sie bei sich darbietender Gelegenheit von dem Zustande der Landesbegrenzung Kenntniß zu nehmen.

Soweit Staatsforsten an die Landesgrenze anstoßen, liegen die bezeichneten Geschäfte den Oberförstern ob.

b) Die vorgefundenen kleineren Grenzmängel haben die beiderseitigen Gemeinde-(Guts-)Vorsteher tunlichst sogleich bei der Grenzbegehung, jedenfalls aber im unmittelbaren Anschluß daran zu beseitigen. Sofern der ursprüngliche Standort der Grenzzeichen noch unzweifelhaft erkennbar ist, haben sie die in den Erdboden eingesunkenen, die schief stehenden, umgefallenen oder von ihrem Standort entfernten noch brauchbaren Grenzsteine wieder aufzurichten und zu befestigen, die der Erneuerung bedürftigen Grenzhügel, Grenzraine, Grenzwälle, Grenzgräben usw. wieder herzustellen und die unübersichtlich gewordenen Grenzstrecken auszulichten.

c) Die erfolgte Grenzbegehung ist binnen 14 Tagen nach ihrem Beginne der Kreisdirektion anzuzeigen. Zugleich sind dieser die etwa an einzelnen Grenzzeichen und Grenzstrecken noch vorgefundenen Mängel anderer als der vorstehend angegebenen Art mitzuteilen. Die Beseitigung dieser Grenzmängel werden die beiderseitigen Landesregierungen anordnen.

d) Die durch Beseitigung von Grenzmängeln entstehenden sachlichen Kosten werden je zur Hälfte von beiden Staaten getragen. —

Die Gemeindevorsteher haben nach dieser Anweisung zu verfahren, sich im Monat September jeden zweiten Jahres wegen Vornahme der Begehung der Landesgrenze mit den benachbarten Preussischen Gemeindevorstehern über Zeit und Ort des Beginnes der Grenzbegehung in Verbindung zu setzen und nach Maßgabe der Ziffer 3 der Anweisung an die Kreisdirektion zu berichten.

2. Nach dem Landesherrlichen Patent, die Errichtung eines Herzogl. Ordens und dessen Statuten betr., vom 25. April 1834 (G. u. B. S. Nr. 3 S. 7) will der Landesherr denjenigen eine Auszeichnung verleihen, „welche in Seinem Dienste sich ausgezeichnet, durch höhere bürgerliche oder militärische Tugenden sich besondere Verdienste erworben oder durch Kunst und Wissenschaft sich rühmlich hervorgetan haben“; es ist dies der „Herzogl. Braunschweigische Orden Heinrichs des Löwen“ und das daneben gestiftete „Verdienstkreuz“, neben welchen nach der Verordnung vom 25. April 1903 (G. u. B. S. Nr. 21 S. 115) auch noch ein „Ehrenzeichen“ gestiftet ist.

Erwähnt wird dies hier hauptsächlich deshalb, weil das „Verdienstkreuz“ auch an Gemeindebeamte (Gemeindevorsteher, Gemeindecnehmer pp.) nach langer und mit Auszeichnung zurückgelegter Dienstzeit und an männliche Privatbeamte, und das „Ehrenzeichen“ an gewerbliche

und landwirtschaftliche Arbeiter, Diensthoten pp., wenn sie mindestens 40 Jahre lang ununterbrochen derselben Herrschaft ihre Dienste treu gewidmet haben und mindestens 60 Jahre alt sind, verliehen wird. Etwa hierauf abzielende Anregungen sind bei der Kreisdirektion anzubringen.

Wenn Personen verstirben, welchen der Orden oder das Verdienstkreuz verliehen gewesen ist, so hat der Gemeindevorsteher hiervon bei der Kreisdirektion Anzeige zu machen.

3. Um denjenigen, „welche sich durch entschlossene und mutige Handlungen hervorgetan und ohne Rücksicht auf eigene Gefahr für die Rettung des Lebens oder des Eigentums ihrer Mitbürger rühmliche Anstrengungen gemacht haben,“ eine Auszeichnung gewähren und eine fortdauernde Anerkennung sichern zu können, stiftete der Hochselige Herzog Wilhelm unterm 25. April 1836 die „*Rettungsmedaille*“ (G. u. B. S. 1836 Nr. 15 S. 85). Anträge auf Verleihung derselben sind gleichfalls bei der Kreisdirektion anzubringen.

Daneben besteht die ältere Einrichtung fort, wonach eine Belohnung in barem Gelde („*Rettungsprämie*“) aus Staatsmitteln demjenigen bewilligt wird, welcher mit eigener Gefahr oder doch mit erheblichem Kräfteaufwande die Rettung einer verunglückten d. h. in wirkliche Lebensgefahr geratene Person bewerkstelligt oder doch alles zu ihrer Rettung Mögliche getan oder („*Bergungsprämie*“) den Leichnam eines Ertrunkenen aus dem Wasser gezogen hat. Auch in dieser Beziehung ist Antrag an die Kreisdirektion zu richten.

4. Langjährige treue Dienste landwirtschaftlicher Diensthoten und Arbeiter werden vom landwirtschaftlichen Zentral-Verein durch Verleihung von Diplomen und von bronzenen und silbernen Medaillen ausgezeichnet. Die darüber vom Vorstande erlassenen Bestimmungen lauten:

#### § 1.

Zur Auszeichnung berechtigt sind landwirtschaftliche Diensthoten und Arbeiter einheimischer und auswärtiger Vereins-Mitglieder, sofern sie während der im § 4 bestimmten Anzahl von Jahren ununterbrochen bei derselben Herrschaft oder auch in derselben Wirtschaft ihre Dienstpflichten ehrlich, treu und zuverlässig erfüllt haben.

Arbeiterfrauen können nur dann zur Auszeichnung zugelassen werden, wenn sie bei derselben Herrschaft oder in derselben Wirtschaft ständig, mindestens aber 25 Wochen im Jahre Hof- oder Feldarbeit während der im § 4 festgesetzten Anzahl Jahre verrichtet haben. Eine daneben stattgehabte weitere Beschäftigung in anderen Wirtschaften schließt die Auszeichnung aus.

Diensthoten und Arbeiter von Nicht-Vereinsmitgliedern sind von der Auszeichnung ausgeschlossen; ebenso Verwandte der Dienstherrschaft, welche zwar auch Arbeiten der Diensthoten oder Arbeiter verrichten, aber als zur Familie gehörig zu betrachten sind.

#### § 2.

Die Verleihung der Auszeichnung geschieht durch den Vorstand des Zentral-Vereins, dessen Beschlüsse endgültig sind.



§ 3.

Die Auszeichnungen finden von fünf zu fünf Jahren statt, und sind die Anträge unter Beifügung eines von der Ortsbehörde beglaubigten Zeugnisses der Dienstherrschaft über die Art und Dauer des Dienstes, Alter und Verhalten der Auszuzeichnenden an die Amtsvereins-Vorsitzenden zu richten, welche die bei ihnen eingegangenen Anträge mit gutachtlicher Äußerung an den Vorstand des Zentral-Vereins einsenden.

§ 4.

Die Auszeichnung erfolgt durch Diplome unter Glas und Rahmen sowie durch bronzene und silberne Medaillen und zwar wird verliehen: für 15 jährige Dienstzeit ein Diplom, für 25 jährige Dienstzeit eine bronzene Medaille, für 35 jährige Dienstzeit eine silberne Medaille.

Den freien Arbeitern wird die Dienstzeit als Dienstbote angerechnet. Einziehung zum Militärdienst wird nicht als Unterbrechung der Dienstzeit angesehen.

§ 5.

Die Auszeichnungen werden in angemessener feierlicher Weise durch die Vorsitzenden der Amtsvereine überreicht und die Namen der Ausgezeichneten in der landwirtschaftlichen Zeitung veröffentlicht.

Die Medaillen können von den Männern an der Uhrkette oder an einem schwarzen Uhrbände, von den Frauen am schwarzen Bände um den Hals oder als Brosche getragen werden.

5. Sog. „Bauprämien“ d. h. Geldunterstützungen aus Staatsmitteln im Betrage von je 150 bis 300 Mk. können solchen, dem Arbeiterstande angehörigen, verheirateten oder verwitweten, mit Kindern gesegneten Personen bewilligt werden, welche nicht zu Spekulationszwecken, sondern zur Deckung ihres eigenen Wohnbedürfnisses und desjenigen von höchstens drei weiteren Familien gleichen Standes im letztverflossenen Jahre einen Neubau aufgeführt haben. Voraussetzung ist dabei, daß ein in jeder Beziehung solider und den heutigen Bedürfnissen und Verhältnissen der Arbeiterbevölkerung der betreffenden Gegend entsprechender Neubau hergestellt und insbesondere darauf Bedacht genommen ist, daß jede Familienwohnung mindestens drei Wohn- und Schlafräume und eine besondere Küche enthält. Sind mehr gleich geeignete Bewerber vorhanden, als nach Maßgabe der verfügbaren Mittel Bauprämien bewilligt werden können, so werden die Bedürftigeren unter den Bewerbern bevorzugt.

Bezügliche Anträge sind im Monat Dezember jeden Jahres bei der Kreisdirektion anzubringen, und hat daher um diese Zeit der Gemeindevorsteher pflichtmäßig in Erwägung zu nehmen, ob Leute in seiner Gemeinde vorhanden sind, welche er auf diese Einrichtung aufmerksam zu machen oder für welche er den Antrag bei der Kreisdirektion anzubringen hätte.

6. Durch das Gesetz, die in Verbindung mit der Herzogl. Leihhausanstalt errichtete Sparkasse betr., vom 10. Juni 1892 (G. u. V. S. Nr. 27 S. 249) ist das staatliche Sparkassenwesen neu geordnet. Das Gesetz, welches am 4. April 1898 (G. u. V. S. Nr. 17 S. 95) einige geringfügige Abänderungen erlitten hat, bezweckt, zur sicheren Anlegung ersparten Geldes auch in kleinsten Beträgen örtlich und zeitlich ausgedehnte

Gelegenheit zu bieten. Womöglich in jeder Gemeinde des Herzogtums und in den größeren Ortschaften an mehreren Punkten sollen „Sparmarken“ à 10 Pf. und „Spartarten“, zum Aufkleben von 20 Sparmarken vorgerichtet, zu kaufen und überall, wo sich vertrauenswürdige und kautionsfähige Personen dazu finden, sollen „Spartassenstellen“ eingerichtet werden, bei welchen die Spartarten, sobald sie voll geklebt sind, gegen „Spartassenbücher“ umgetauscht und auch größere Beträge belegt werden können. Diese Einrichtung bezweckt, den Spartrieb namentlich auch bei denen zu fördern, welche auf einmal immer nur ganz kleine Beträge zurücklegen können, und damit den Wohlstand der Bevölkerung zu heben. Der Gemeindevorsteher hat sich angelegen sein zu lassen, nicht nur bei jeder passenden Gelegenheit hierauf in weitesten Kreisen aufmerksam zu machen, sondern im Bedarfsfalle auch diejenigen Personen in seiner Gemeinde zu ermitteln, welche zur Übernahme von Spartassenstellen oder wenigstens zum Feilhalten von Sparmarken und Spartarten geeignet und erbötig sind, und solche Personen zu einer bezüglichen Meldung beim Finanzkollegium, Abteilung für Leihhausachen, zu veranlassen.

7. Das Landesgesetz, die Vermessung und Kartierung von Grundstücken im Herzogtume betr., vom 5. Oktober 1886 (G. u. V. S. Nr. 34 S. 203) bestimmt, daß — überhaupt im öffentlichen, insbesondere im Interesse des Grundsteuer- oder Grundbuchwesens — die Gemeindebezirke und deren Einzelgrundstücke, wenn nötig, neu zu vermessen und zu kartieren, geeignetenfalls auch vorhandene ältere Karten nachzuprüfen und, soweit nötig, zu berichtigen sind, und zwar so, daß die hergestellten Karten öffentlichen Glauben genießen. Die Vermessung und Kartierung geschieht auf Anordnung des Herzogl. Staatsministeriums unter Leitung der Landes-Oekonomie-Kommission durch einen bei dieser angestellten Feldmesser in einem genau geordneten Verfahren vor der Landes-Oekonomie-Kommission, dem Amtsgerichte und der Kreisdirektion, bei welchem auch der Gemeindevorsteher dienstlich mehrfach mitzuwirken hat.

Eine solche Vermessung und Kartierung des ganzen oder eines Teiles des Gemeindebezirkes (z. B. nur der Ortslage) kann auch angeordnet werden, wenn dies im Interesse der Gemeinde erforderlich scheint, wie z. B. wenn die Ortslage bei der Separation nicht mit vermessen oder kartiert ist, dies aber nachträglich etwa deshalb sich als wünschenswert herausstellt, weil vielfache Eigentumsveränderungen bei den Grundstücken der Ortslage vorkommen. Bezüglicher Antrag ist an die Kreisdirektion zu richten.

Die Kosten fallen im allgemeinen der Staatskasse zur Last; Herzogl. Staatsministerium kann aber einen Teil derselben den beteiligten Grundbesitzern auferlegen, welche diese nach Verhältnis der Grundsteuerkapitale ihrer der Vermessung unterzogenen Grundstücke aufzubringen haben.

8. Über die Errichtung und Erhaltung von Marksteinen behufs der zur Legung eines trigonometrischen Netzes über das Herzogtum zu bestimmenden trigonometrischen Punkte verfügen das Gesetz vom 2. Juli 1899 (G. u. V. S. Nr. 33 S. 193) und die vom Herzogl.

Staatsministerium dazu erlassenen Ausführungsbestimmungen vom 25. Oktober 1890 (G. u. B. S. Nr. 63 S. 333). Diese Vorschriften beschäftigen sich hauptsächlich mit der Frage der Abtretung der zur Errichtung von Marksteinen nebst Umgebungsterrain erforderlichen Bodenfläche und ordnen das deswegen zu beobachtende Verfahren. Das Gesetz § 8 und die Ausführungsbestimmungen §§ 1 und 20 legen aber außerdem dem *Gemeindevorsteher* die Verpflichtung auf, sich die im Gemeindebezirke gesetzten Marksteine vom Trigonometer nach- und überweisen zu lassen, — sich der Sorge für die Erhaltung der Marksteine zu unterziehen, — in der Gemeinde öffentlich bekannt zu machen, daß die Beschädigung, Verrückung und Entfernung der Marksteine unter Strafe steht; — den Feldhüter und Forstaufseher mit der Überwachung zu beauftragen und von jeder Beschädigung oder Verrückung der Marksteine ungesäumt der Kreisdirection Anzeige zu machen.

9. Sind von der Reichs- oder der Staatsregierung statistische Erhebungen (Zählungen) beschlossen, so pflegt der *Gemeindevorsteher* zur Mitwirkung dabei berufen zu sein, und ergehen an ihn darüber von der Kreisdirection besondere Verfügungen, welchen sorgsam Folge zu leisten er durch sein Amt verbunden ist. Besonders wichtig sind die regelmäßig alle 5 Jahre im ganzen Deutschen Reich stattfindenden *Volkszählungen*, durch welche insbesondere auch für jede einzelne Gemeinde die *Einwohnerzahl* festgestellt wird, welche bis zur nächsten Volkszählung in allen amtlichen Angelegenheiten als maßgebend gilt.\* Außerdem kommen folgende und zwar theils alljährlich oder doch periodisch wiederkehrende, theils einmalige Erhebungen vor, und zwar regelmäßige: Berufs- und Gewerbezahlungen, Viehzählungen, Ermittlungen der landwirtschaftlichen Bodenbenutzung und des Anbaues, fortlaufende Aufnahme der Taubstummen, alljährliche Feststellungen über die vorgekommenen Gutszertrümmerungen (Hofauschlachtungen) — oder einmalige, wie: Armenpflegestatistik, Aufnahme der vorhandenen Krüppelkinder usw.

So oft solche Erhebungen beschlossen werden, erfolgen darüber jedesmal besondere genaue Bestimmungen, so daß nicht erforderlich erscheint, darauf hier näher einzugehen.

Wer bei solchen Gelegenheiten die geforderte Auskunft verweigert oder wissentlich falsche Angaben macht, ist strafbar nach § 7, des R. Str. G. B. (G. u. B. S. 1899 S. 239).

10. Zur Förderung der Altertumskunde ist es dringend erwünscht, daß auch der *Gemeindevorsteher* etwaigen im Gemeindebezirke vorkommenden Altertumsfunden seine Aufmerksamkeit zuwendet und Vor-sorge trifft, daß solche Funde nicht eher über die Seite gebracht werden,

---

\* Etwa ein halbes Jahr nach jeder „Volkszählung“ wird vom statistischen Bureau des Herzogl. Staatsministeriums ein neues „*Ortschafts-Verzeichniß*“ herausgegeben, welches die Zahl der Einwohner, Haushaltungen und Wohngebäude, sowie die Post-Anstalten ersehen läßt und durch den Buchhandel zu beziehen ist. Die *Gemeindevorsteher* pflegen es unentgeltlich geliefert zu erhalten.

nicht eher anderweit darüber verfügt wird, als sie durch einen Beauftragten der Museumsverwaltung zu Braunschweig besichtigt worden sind. Zu solchen Funden zählen insbesondere: Stein- und Erdmonumente, Gräberfelder, Urnenfriedhöfe, Hünengräber, Hünen- oder Riesenbetten, Ansiedelungsplätze, Ringwälle, Landwehren, Schanzen, Mauerreste, Pfahlbauten, Bohlbrücken, alte Waffen, Werkzeuge, Münzen u. dergl. Es ist, soviel nach den jeweiligen Umständen möglich, dahin zu wirken, daß Bauten der genannten Art wenigstens bis dahin unberührt bleiben, bis sie durch Sachverständige besichtigt sind, und daß Waffen, Werkzeuge, Münzen u. dergl. nicht zerstört oder verschleppt werden, bevor die Museumsverwaltung Zeit gehabt hat, sie zu untersuchen und, wenn sie den Erwerb für das Museum für zweckmäßig erachtet, darüber mit dem Grundstückeigentümer und dem Finder zu verhandeln. Bezügliche Anzeigen sind ungesäumt an die Direktion des Herzogl. Museums zu Braunschweig zu richten.

11. Die Landes-Versicherungs-Anstalt Braunschweig gewährt Darlehen zum Zwecke der Förderung von Arbeiter-Wohlfahrts-Einrichtungen, insbesondere zur Herstellung von gesunden und preiswerten Arbeiter-Wohnungen. Unter welchen Bedingungen dies geschieht, ergeben die nachfolgenden Bestimmungen:

1. Die Verleihung darf nur an Gemeinden, milde Stiftungen, gemeinnützige Baugesellschaften und Baugenossenschaften oder sonstige wirtschaftliche Unternehmungen, sowie an Arbeitnehmer, und eintretendenfalls auch an Arbeitgeber erfolgen, welche für die Verwendung der dargeliehenen Kapitalien zu dem oben angegebenen Zwecke innerhalb des Bezirks der Landes-Versicherungsanstalt Braunschweig die erforderliche Gewähr bieten und der Versicherungsanstalt gegenüber ausdrücklich die Verpflichtung übernehmen, ihr auf Verlangen jederzeit alle zur Beurteilung dessen für erforderlich erachteten Auskünfte zu erteilen, auch Besichtigung des Pfandobjekts zu gestatten; darlehnsuchende Arbeitnehmer müssen der Invalidenversicherung angehören.

2. Die Darlehnsempfänger haben sich der Versicherungsanstalt gegenüber zu verpflichten, die in dem zu beleihenden Hause entstehenden Wohnungen höchstens zu einem bestimmten, eventuell nach dem Gutachten Sachverständiger periodisch festzusetzenden jährlichen Mietpreise nur an solche Personen zu vermieten, welche, sei es zufolge Versicherungszwanges, sei es zufolge freiwilliger Versicherung z. B. des Mietens der Wohnung der Invalidenversicherung angehören.

Das Ausscheiden des Mieters oder der Mieterin aus der Invalidenversicherung soll keinen Kündigungsgrund abgeben, es müßte denn die Zugehörigkeit zu der Versicherung vorgepiegelt oder lediglich zu dem Zweck der Erlangung der Wohnung herbeigeführt sein; die Darlehnsempfänger haben solchenfalls über Ausübung des Kündigungsrechtes den Vorstand der Versicherungsanstalt entscheiden zu lassen.

3. Die Darlehnsempfänger haben sich zu verpflichten, das beliebene Grundstück ohne Zustimmung der Versicherungsanstalt nicht weiter zu veräußern; letztere wird hieraus die Sicherheit herleiten, mit dem neuen Eigentümer des beliebigen Grundstücks die Darlehnsbedingungen in dem hier festgelegten Umfange ausdrücklich vereinbaren zu können.

4. Im sanitären und sittlichen Interesse erforderliche Einrichtungen zu verlangen, ist der Vorstand der Versicherungsanstalt berechtigt, weshalb ihm vor Bewilligung des Darlehns die Baupläne vorzulegen sind. Bauliche Änderungen sind vor ihrer Ausführung dem Vorstande der Versicherungsanstalt zur Genehmigung zu unterbreiten.

5. Die Darlehen dürfen nur gegen erststellige hypothekarische Sicherheit zu einem Zinsfuße von  $3\frac{1}{2}\%$  und bei Beleihung der Liegenschaften bis zu höchstens

66  $\frac{2}{3}$  % des Platz- und Bauwertes begeben werden, eine Höchstgrenze, über welche und bis zu einem Betrage von 75 % nur dann hinausgegangen werden darf, wenn es sich um Anleihen von Gemeinden handelt, sowie um Darlehen an Gesellschaften und Genossenschaften, welche neben der Verpfändung des Grundbesitzes noch in anderer Weise, etwa durch hinzutretende solidarische persönliche Verpflichtung der Mitglieder weitere und ausreichende Sicherheit gewähren.

Der Bauwert wird durch die Schätzung behufs Versicherung bei der braunschweigischen Landes-Brandversicherungsanstalt, welcher die Gebäude angehören müssen, und der Platzwert durch Schätzung zuverlässiger Sachverständiger ermittelt; etwaige Schätzungskosten trägt der Darlehnsnehmer.

6. Die Tilgung der Darlehen hat im Einzelfalle längstens binnen 50 Jahren nach der Auszahlung, bezw. wenn, was zulässig sein soll, die Auszahlung beim Nachweis der bereits stattgehabten Verwendung durch Vorlegung der Baurechnungen in Raten erfolgt, nach der Zahlung der letzten Rate zu geschehen, welche im erwähnten Falle mindestens 20 % der ganzen Darlehnssumme betragen und erst nach Versicherung des fertigen Gebäudes gegen Feuergefährdung gezahlt werden soll. Auch die Teilzahlung des Darlehns erfolgt nur, wenn das teilweise hergestellte Gebäude insoweit gegen Feuergefährdung versichert ist, und nur gegen sofortige hypothekarische Eintragung der Darlehnsraten.

Der Schuldner kann zu jeder Zeit größere Abträge leisten oder das ganze Kapital ohne Kündigung zurückzahlen; die zurückgezahlten Beträge fallen mit dem Rückzahlungstage aus der Verzinsung.

7. Die Versicherungsanstalt verzichtet auf Kündigung, wenn die Zinszahlungen pünktlich, d. h. kalendervierteljährlich, spätestens 14 Tage nach dem Termine, ebenso die Tilgungsraten in den im Einzelfalle nach Betrag und Fälligkeit zu vereinbarenden Summen pünktlich erfolgen.

Andernfalls, und wenn eine dieser Bedingungen mit Ausnahme von Nr. 4 nicht befolgt wird, ist das ganze Kapital sofort fällig. Wenn die Versicherungsanstalt im Falle zu 4 nach Zahlung des Darlehns Anforderungen im sanitären oder sittlichen Interesse stellt, oder wenn sie Anforderungen wegen der baulichen Instandhaltung des Hauses macht, welche der Hauseigentümer nicht erfüllen will, so steht ihr die Befugnis zu, Rückzahlung des Darlehns binnen 3 Monaten nach Feststellung der Ungeneigtheit des Schuldners zur Erfüllung der Anforderungen zu verlangen.

8. Die Sicherheit der Innehaltung dieser Bedingungen wird durch hypothekarische Eintragung auf das zu verpfändende Gebäude gewährt.



## Zweiter Teil.



# Immerwährender Geschäftskalender,

enthaltend

die regelmäßig wiederkehrenden Arbeiten  
des Gemeindevorstehers

(mit Verweisung auf die betreffende Stelle des »Wegweisers«).

---

## Januar.

1. Aufstellung der Voranschläge für die Gemeindefassen auf das mit dem 1. April beginnende neue Rechnungsjahr. (§ 5. I. S. 15.)
  2. Veranlagung der Steuerpflichtigen, soweit sie nicht staatsseinkommensteuerpflichtig, zur Gemeindeeinkommensteuer. (§ 7. II. S. 30.)
  3. Vornahme etwa nötiger regelmäßiger Ergänzungswahlen zum Gemeinderate. (§ 2. II. S. 6.)
  4. Einsendung der Liste der im zweiten Halbjahre des Vorjahres gestorbenen strafmündigen Personen. (§ 35. 12. S. 185.)
  5. Aufstellung der Gewerbesteuer-Hauptbeschreibung für das mit dem 1. April beginnende neue Rechnungsjahr. (§ 40. II. S. 297.)
  6. Aufstellung der Gewerbesteuer-Nachtragsbeschreibung für das abgelaufene Halbjahr. (§ 40. II. S. 297.)
  7. Aufstellung der Militär-Stammrolle. (§ 38. A. 1. S. 204.)
  8. Einsendung der aufgerechneten Quittungskarten an die Landes-Versicherungsanstalt. (§ 39. III. 3. C. S. 278.)
  9. Einsendung der Zu- und Abgangslisten bezw. Fehlanzeigen über Staats-Einkommen- und Ergänzungssteuer an den Vorsitzenden der Veranlagungs-Kommission. (§ 40. I. 3. h. S. 294.)
  10. Einsendung der vierteljährlichen Nachweisung über die an Rekruten, Reservisten u. f. w. gezahlten Marschgebühren an die Kreisdirection. (§ 38. B. S. 206.)
  11. Einsendung des Formulars über Gutszertrümmerungen (Hofaus-schlachtungen) an die Kreisdirection. (§ 43. 9. S. 320.)
  12. Bericht an die Landes-Versicherungsanstalt über die Anzahl der im Vorjahre in die Quittungskarten eingeklebten Marken der verschiedenen Lohnklassen. (§ 39. III. 3. D. S. 286.)
  13. Bericht an die Kreisdirection über die im Vorjahre stattgehabten Revisionen der Gast- und Schankwirtschaften. (§ 31. IX. S. 164.)
-

### Februar.

1. Einsendung der Liste der landwirtschaftlichen Betriebsunternehmer an den Vorstand der Braunschweigischen landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft. (§ 39. II. 3. D. S. 246.)
  2. Ausfertigung der Einkommen- und Ergänzungssteuer-Ausschreiben. (§ 40. I. 3. g. S. 294.)
- 

### März.

1. Aufstellung der Übersichten über die Gemeinde-Krankenversicherung für die Kreisdirection. (§ 39. I. 3. g. S. 225.)
  2. Aufstellung der Liste der schulpflichtig werdenden Kinder für den Schulvorstand. (§ 9. I. 2. S. 44.)
  3. Aufstellung der Impflisten und Einsendung derselben an die Kreisdirection. (§ 21. III. 1. S. 93.)
  4. Bericht an die Kreisdirection wegen Besitzes der Mobilmachungs-Anweisung. (Besondere Verfügung.)
- 

### April.

1. Abschluß des Verzeichnisses der im abgelaufenen Rechnungsjahre stattgehabten öffentlichen Tanzmusiken. (§ 20. 3. S. 86.)
  2. Anordnung der Maßregeln zur Vertilgung der Seidenpflanze und der Ackerdistel. (§ 28. I. 6. u. 7. S. 129.)
  3. )
  4. ) Wie Januar Nr. 8. 9. u. 10.
  5. )
- 

### Mai.

1. Aufstellung der Urlisten für die Schöffen- und Geschworenen-Gerichte. (§ 35. 10. S. 184.)
  2. Revision der gewerblichen Anlagen, in welchen Arbeiterinnen oder jugendliche Arbeiter beschäftigt werden. (§ 31. X. S. 165.)
  3. Vorbereitung der Beaufsichtigung der jungen Spargelpflanzungen. (§ 28. I. 8. S. 129.)
-



### Juni.

1. Einsendung der Urlisten für die Schöffen- und Geschworenen-Gerichte ans Amtsgericht. (§ 35. 10. S. 184.)
  2. Einsendung des Formulars, betr. Ermittlung der Ankaufslächen der wichtigeren Frucht- und Kulturarten an die Kreisdirection. (§ 43. 9. S. 320.)
- 

### Juli.

1. Abschließung und öffentliche Auslegung der Gemeinderrechnungen des mit 31. März geschlossenen Rechnungsjahres. (§ 5. I. S. 16.)
  2. Einsendung der Liste der im ersten Halbjahre gestorbenen strafmündigen Personen. (§ 35. 12. S. 185.)
  3. Aufstellung der Gewerbesteuer-Nachtragsbeschreibung für das abgelaufene Halbjahr. (§ 40. II. S. 297.)
  4. }
  5. } Wie Januar 8. 9. und 10.)
  6. }
- 

### August.

1. Einsendung des Handwerkskammer-Beitrags an die Kreisdirection. (§ 31. V. S. 148.)
- 

### September.

1. Aufstellung der Liste der schulpflichtig werdenden Kinder für den Schulvorstand. (§ 9. I. 2. S. 44.)
  2. Ermittlung der Einkommen- und Ergänzungs-Steuerpflichtigen. (§ 40. I. 3. a. S. 292.)
  3. Landesgrenze-Begehung ein um das andre Jahr. (§ 43. 1. S. 316.)
-

### Oktober.

1. Aufnahme des Pferde-, Rindvieh- und Schaf-Bestandes behufs der Viehseuchen-Entschädigungen. (§ 23. 2. C. S. 110.)
  2. Ermittlung der für das nächste Kalenderjahr zu beantragenden Wandergewerbescheine. (§ 31. IV. S. 146.)
  3. }  
4. } Wie Januar 8. 9. und 10.  
5. }
  6. Aufstellung des »Personen-Verzeichnisses« zur Einkommen- und Ergänzungssteuer. (§ 40. I. 3. b. S. 293.)
  7. Aufstellung der Einkommen- und Ergänzungssteuerliste. (§ 40. I. 3. c. S. 293.)
  8. Ablieferung derselben an die Voreinschätzungskommission bis 1./11. (§ 40. I. 3. e. S. 293.)
- 

### November.

1. Am 1./11. Erlass der Bekanntmachung wegen Abgabe von Steuererklärungen. (§ 40. I. 3. d. S. 293.)
  2. Bis 5./11. Bericht darüber an die Kreisdirektion. (Ebenda.)
  3. 1. bis 15. Arbeiten der Voreinschätzungskommission. (§ 40. I. 3. f. S. 294.)
  4. 15. Einsendung der Einkommen- und Ergänzungssteuerlisten an die Kreisdirektion. (§ 40. I. 3. f. S. 294.)
  5. Aufstellung der Liste der zur Feuerhülfe verpflichteten Personen. (§ 11. 1. S. 57.)
  6. Revision der gewerblichen Anlagen, in welchen Arbeiterinnen oder jugendliche Arbeiter beschäftigt werden. (§ 31. X. S. 165.)
  7. Sorge für vorschriftsmäßiges Verbrennen des Spargelkrauts. (§ 28. I. 8. S. 129.)
- 

### Dezember.

1. Aufstellung der Wählerlisten behufs etwaiger regelmäßiger Ergänzungswahlen zum Gemeinderate. (§ 2. II. S. 6.)
  2. Vornahme der etwa nötigen Neuwahl des Gemeindevorstehers. (§ 3. I. S. 9.)
  3. Ergänzung der einexerzierten Pflichtfeuerwehr durch den Gemeinderat. (§ 11. 3. S. 57.)
  4. Ermittlungen behufs Aufstellung der Liste der landwirtschaftlichen Betriebsunternehmer. (§ 39. II. 3. D. S. 246.)
  5. Anträge auf Bewilligung von Bauprämien. (§ 43. 5. S. 318.)
  6. Ausstellung der Erlaubnisscheine zur Benutzung von Hiebhunden. (§ 19. VIII. S. 81.)
  7. Aufstellung der Übersicht der Fabriken, in denen Arbeiterinnen oder jugendliche Arbeiter beschäftigt werden, und Einsendung derselben an die Kreisdirektion. (§ 31. X. S. 165.)
-

# Liste

der

## Wahlberechtigten der Gemeinde

---

aufgestellt im Dezember 190....

---

Diese Wählerliste wird hiermit auf die Dauer von einer Woche zu jedermanns Einsicht öffentlich ausgelegt.

Etwilige Beschwerden gegen dieselbe sind binnen längstens einer Woche von heute an gerechnet bei dem Unterzeichneten anzubringen.

....., den ..<sup>ten</sup> Dezember 190..

**Der Gemeindevorsteher.**

(Siegel.)

(Unterschrift.)

Muster Nr. 1.

Laufende Nr.	Vor- und Zunamen	Stand oder Gewerbe	Nr. des Brand- kata- sters	Jahres- Betrag der Gemeinde- steuer M	Bemerkungen
<b>I. Wähler - Klasse.</b>					
1.					
2.					
3.					
4.					
5.					
6.					
7.					
u. w.					
			Summa		
<b>II. Wähler - Klasse.</b>					
1.					
2.					
3.					
4.					
	u.	f. w.			

## Bekanntmachung.

Behufs der bevorstehenden Neuwahl von drei Mitgliedern des Gemeinderats wird die Liste der Wahlberechtigten von morgen an eine Woche lang im hiesigen Gemeindekrüge zu jedermanns Einsicht öffentlich ausliegen.

Etwaige Beschwerden gegen dieselbe sind binnen längstens einer Woche von der Auslegung an gerechnet beim Unterzeichneten anzubringen.

....., den ..<sup>ten</sup> Dezember 190..

Der Gemeindevorsteher.

(Siegel.)

(Unterschrift.)

Muster Nr. 3.

## Bekanntmachung.

Mit dem 1. April d. Js. scheiden folgende Gemeinderats-Mitglieder:

1. von der I. Wählerklasse der .....
2. » » II. » » ..... und
3. » » III. » » .....

aus dem Gemeinderate aus. Zur Neuwahl habe ich Termin  
im ..... auf ..... den ..<sup>ten</sup> d. M.  
anberaumt und die Wahlzeit für die Mitglieder der

- I. Wählerklasse auf abends von ... bis ... Uhr,
- II. » » » » ... » ... » und
- III. » » » » ... » ... »

bestimmt. Die Wahlberechtigten werden hierdurch eingeladen, zur Abgabe ihrer Stimmzettel zu den vorstehend bemerkten Zeiten zu erscheinen.

....., den ..<sup>ten</sup> Januar 190..

Der Gemeindevorsteher.

(Siegel.)

(Unterschrift.)

## Protokoll über die Wahl von Mitgliedern des Gemeinderats.

Geschehen zu ..... am ..<sup>ten</sup> Januar 190 ..

Da mit dem 1. April dieses Jahres

der .....  
als Mitglied des Gemeinderats aus I. Klasse,  
der .....  
aus II. Klasse, und  
der .....  
aus III. Klasse ausscheiden, so hatte unterzeichneter Gemeindevorsteher die  
von ihm aufgestellte Liste der Wahlberechtigten am ..<sup>ten</sup> .. Mts. in  
.....  
eine Woche lang öffentlich ausgelegt und am ..<sup>ten</sup> .. Mts. in orts-  
üblicher Weise bekannt gemacht, daß solches geschehen sei, auch daß etwaige  
Beschwerden gegen die Wählerliste spätestens eine Woche nach geschehener  
Auslegung desselben angebracht werden mußten.

Ferner ist am ..<sup>ten</sup> .. Mts. bekannt gemacht, daß behuf der Wahl  
der Mitglieder des Gemeinderats aus der I. Klasse Termin auf heute  
morgen von ... bis ... Uhr, aus der II. Klasse auf heute morgen  
nachmittag von ... bis ... Uhr und aus der III. Klasse auf heute morgen  
nachmittag von ... bis ... Uhr angesetzt sei, wozu sich die betreffenden Wahl-  
berechtigten in dem Hause des  
.....  
zu versammeln hätten.

Demgemäß wurde die Wahlhandlung eröffnet, aus der Zahl der  
Wahlberechtigten

1. der ..... und
2. der .....

als Wahlgehilfen zugezogen, und haben sodann die erschienenen Wahl-  
berechtigten ihre verschlossenen Stimmzettel abgegeben, welche von einem  
der Unterzeichneten in die Wahlurne niedergelegt sind.

Nach Ablauf der Wahlzeit für die I. Klasse sind die Stimmzettel  
eröffnet und war das Ergebnis der Wahl, daß

1. auf den ..... Stimmen,
2. „ „ ..... „
3. „ „ ..... „

4. auf den . . . . . Stimmen,  
 5. » » . . . . . »  
 6. » » . . . . . »  
 lauteten, mithin

weil er mehr als die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen erhalten hat, zum Mitgliede des Gemeinderats gültig gewählt, was den Anwesenden sofort öffentlich bekannt gemacht worden ist.

Nach Ablauf der Wahlzeit für die II. Klasse sind die Stimmzettel eröffnet und war das Ergebnis der Wahl, daß von den abgegebenen Stimmzetteln

1. auf den . . . . . Stimmen,  
 2. » » . . . . . »  
 3. » » . . . . . »  
 4. » » . . . . . »  
 5. » » . . . . . »  
 6. » » . . . . . »  
 lauteten, mithin

weil er mehr als die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen erhalten hat, zum Mitgliede des Gemeinderats gültig gewählt, was den Anwesenden sofort öffentlich bekannt gemacht worden ist.

Nach Ablauf der Wahlzeit für die III. Klasse sind die Stimmzettel eröffnet und war das Ergebnis der Wahl, daß von den abgegebenen Stimmzetteln

1. auf den . . . . . Stimmen,  
 2. » » . . . . . »  
 3. » » . . . . . »  
 4. » » . . . . . »  
 5. » » . . . . . »  
 6. » » . . . . . »  
 lauteten, mithin

weil er mehr als die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen erhalten hat, zum Mitgliede des Gemeinderats gültig gewählt, was den Anwesenden sofort öffentlich bekannt gemacht worden ist.

### Zur Beglaubigung

....., Gemeindevorsteher.  
 ..... , Wahlgehilfe.  
 ..... , Wahlgehilfe.

## Muster Nr. 5.

An sämtliche Mitglieder des Gemeinderats.

### Einladung

zu einer Versammlung des Gemeinderats am ..<sup>ten</sup> d. Mts., abends  
... Uhr in .....

### Tagesordnung:

1. ....
2. ....
3. ....
4. ....
5. ....
6. ....

....., den ..<sup>ten</sup> ..... 190..

Der Gemeindevorsteher.  
(Unterschrift.)

## Muster Nr. 6.

### Bekanntmachung.

Mit dem 1. April f. Js. läuft die Wahlperiode des unterzeichneten Gemeindevorstehers ab und ist zur Neuwahl eines Gemeindevorstehers für die nächsten 6 Jahre zu schreiten.

Als Wahlkandidaten sind vom Gemeinderate aufgestellt:

1. der. . . . .
2. » . . . . .
3. » . . . . .

Demgemäß habe ich Termin im.....  
auf ....., den ..<sup>ten</sup> d. Mts. ... von .. bis .. Uhr  
angesezt und lade die Wahlberechtigten hierdurch ein, zur Abgabe ihrer  
Stimmzettel zu solchem Termine sich einzufinden.

Die Wahlzettel dürfen nur den Namen eines der oben angegebenen  
drei Wahlkandidaten enthalten.

....., den ..<sup>ten</sup> Dezember 190..

(Siegel.)

Der Gemeindevorsteher.  
(Unterschrift.)



## Protokoll

### über die Wahl eines Gemeindevorstehers.

Geschehen zu ..... am ..<sup>ten</sup> Dezember 190..

Da mit dem 1. April kft. Jahres die Wahlperiode des mitunterzeichneten Gemeindevorstehers .....  
abläuft, hatte derselbe die von ihm aufgestellte Liste der Wahlberechtigten  
am ..<sup>ten</sup> .. Mts., in .....  
.....  
eine Woche lang öffentlich ausgelegt und am ..<sup>ten</sup> .. Mts. in orts-  
üblicher Weise bekannt gemacht, daß solches geschehen sei, auch daß etwaige  
Beschwerden gegen die Wählerliste spätestens eine Woche nach geschehener  
Auslegung derselben angebracht werden müßten.

Ferner ist am . <sup>ten</sup> .. Mts. bekannt gemacht, daß behufs der Ge-  
meindevorsteher-Wahl Termin auf heute ..... von .. bis .. Uhr  
angesezt sei, wozu sich die Wahlberechtigten in dem Hause des

.....  
zu versammeln hätten, und daß als Gemeindevorsteher-Kandidaten seitens  
des Gemeinderates

1. der . . . . .
2. » . . . . .
3. » . . . . .

aufgestellt seien.

Demgemäß wurde vom mitunterzeichneten Gemeindevorsteher die  
Wahlhandlung um ... Uhr eröffnet, aus der Zahl der Wahlberechtigten

1. der . . . . . und
2. » . . . . .

als Wahlgehilfen zugezogen, und haben sodann die erschienenen Wahl-  
berechtigten ihre verschlossenen Stimmzettel abgegeben, welche von einem  
der Unterzeichneten in die Wahlurne niedergelegt sind.

Muster Nr. 7.

Nach Ablauf der Wahlzeit wurden die Stimmzettel eröffnet und wurde als Ergebnis der Wahl Folgendes festgestellt:

1. Auf den ..... lauteten ... Stimmzettel,
2. » » ..... » ... »
3. » » ..... » ... »

Mithin ist

der . . . . .

weil er mehr als die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen erhalten hat, zum Gemeindevorsteher für die Zeit vom 1. April 19.. bis dahin 19.. gültig gewählt,

was den Anwesenden sofort öffentlich bekannt gemacht worden ist.

Auch dem Gewählten . . . . .

welcher im Wahllokale anwesend war, wurde dieses Wahlergebnis sofort mitgeteilt, worauf derselbe zur Annahme der Wahl sich bereit erklärte und zum Zeichen dessen das Protokoll unterschrieb wie folgt:

. . . . .

Bur Beglaubigung

....., Gemeindevorsteher.  
....., Wahlgehülfe.  
....., Wahlgehülfe.

# **Tage-Buch.**

Muster Nr. 8.

des Gemeindevorstehers von .....  
Jahrgang 19.... bis ....

Ordnungs- Nr.	Datum des Ein- gangs	Datum der Eingabe	Namen des Einsenders	Gegenstand der Eingabe	Datum der Verfügung	Inhalt der Verfügung	Datum des Abgangs	Voraus- gabtes Porto	Abteilung der Registratur- Ordnung
1.									
2.									
3.									
4.									
5.									
6.									
7.									
8.									
9.									
10.									

## **Registratur-**

## **für Land-**

### **I. Gemeindeverwaltung.**

1. Gemeindebeamte.
2. Gemeindesteuer, Gebäudesteuer und sonstige Abgaben.
3. Gemeinderrechnungen (Abnahme-Verhandlungen).
4. Voranschläge.
5. Grundstücke pp., Separationen, Ablösungen.
6. Wege- und Wasserangelegenheiten, Fischerei.
7. Bauwesen (Hochbauten, Einfriedigungen).

### **II. Kirche und Schule.**

8. Kirchen- und Pfarrsachen.
9. Schulsachen.

### **III. Wahlen.**

10. Reichstags-Wahlen.
11. Landtags-     >
12. Kreistags-    >
13. Gemeinde-     >

### **IV. Sozialpolitische Sachen und dergl.**

14. Krankenversicherung.
15. Unfallversicherung, Geschäftliches (Landwirtschaftl. Berufsgenoss.).
16. Unfälle.
17. Invalidenversicherung (Allgemeine Verfügungen).
18.            bezgl.       (Geschäftliches).
19. Unterstützungswohnsitz, Armensachen, Aufenthaltswechsel.

## **Ordnung**

gemeinden.

### **V. Feuer pp.**

20. Verordnungen über Feuerlösch Einrichtungen.
21. Feuerwehr und Ordnungsmannschaften.
22. Schadenfeuer.
23. Landesbrandversicherung.

### **VI. Staatssteuer.**

24. Allgemeine Verfügungen.
25. Einkommen- und Ergänzungssteuer.
26. Grundsteuer.
27. Gewerbesteuer.
28. Stempelsteuer.

### **VII. Polizei, Jagd, Forst, Militär.**

29. Allgemeine polizeiliche Verordnungen.
30. Polizeisachen, Einzelfälle insbesondere Baupolizei.
31. Jagd- und Forstpolizeisachen.
32. Militär-Ersatz und Kontrollwesen.
33. Kriegs- und Friedensleistungen, Einquartierung, Marschgebühren u. dgl.
34. Gefindesachen.
35. Hundefuhrwerke.

### **VIII. Verschiedenes.**

36. Volkszählungen.
37. Landwirtschaftliche, insbesondere auch Vieh-Statistik.
38. Medizinalwesen (Impfsachen, Schlachtvieh- u. Fleischbeschau, Trichinenschau, ansteckende Krankheiten, Hebammen).
39. Veterinärwesen (Viehseuchen).
40. Ersuchen auswärtiger Behörden.
41. Verschiedenes.

Muster Nr. 10.

## Mittheilung.

an ..... von dem Gemeindevorsteher .....  
in ..... zu .....  
....., den ..ten..... 190..

---

.....  
.....  
.....  
.....  
.....  
.....

---

Muster Nr. 11.

## Bekanntmachung.

Am ... ten d. Mts., nachmittags — abends — ... Uhr wird

.....  
.....  
.....  
.....  
.....  
.....

....., den ..... 190..

Der Gemeindevorsteher.  
(Unterschrift.)

# Rechnung

über

## Einnahme und Ausgabe der Gemeinde-Kasse.

Gemeinde .....

1. April 19 .. / ..

D.-Nr.	Betrag-Nr.	Es soll		Einnahme	Es ist				
		M	S		ein- genommen	nieder- geschlagen oder erlassen	rückständig		
					M	S	M	S	M S
				Kap. I. Bestand aus der Vorrechnung.					
				Kap. II. Erstattungen aus der Vorrechnung.					
				Kap. III. Rückstände aus den Vorjahren.					
				Kap. IV. Von den Gemeindegrundstücken. a. Von Gebäuden. Voranschlag . . . . M.					
				Kap. IV. b. Von fruchttragenden Grundstücken (Gärten, Äcker, Wiesen, Änger). Voranschlag . . . . M.					

Muster Nr. 14.

Q.-Nr.	Belag-Nr.	Es soll		Einnahme	Es ist				
		№	2		ein- genommen	nieder- geschlagen oder erlassen	rückständig		
				Kap. IV. c. Von Holzungen. Voranschlag . . . . M.					
				Kap. IV. d. Von sonstigen Grundstücken (Sand-, Grand-, Lehm-, Mergel- gruben, Steinbrüchen, Gewässern ic.). Voranschlag . . . . M.					
				Kap. V. Von Berechtigungen. Voranschlag . . . . M.					
				Kap. VI. Zinsen von Kapitalen. Voranschlag . . . . M.					
				Kap. VII. Rückzahlungen auf ausgeliehene Kapitale. Voranschlag . . . . M.					
				Kap. XIII. Angeliehene Kapitale. Voranschlag . . . . M.					

Muster Nr. 14.

Q.-Nr.	Belag-Nr.	Es soll		Einnahme	Es ist				
		№	2		ein- genommen	nieder- geschlagen oder erlassen	rückständig		
				Kap. IX. Gemeindesteuer. Voranschlag . . . . M.					
				Kap. X. Aus der Veräußerung von Gemeinde- eigentum. a. Von Grundstücken. Voranschlag . . . . M.					
				Kap. X. b. Von Mobilien. Voranschlag . . . . M.					
				Kap. XI. Zuschüsse aus Staatsmitteln. a. Beihilfen. Voranschlag . . . . M.					
				Kap. XI. b. Erhebungsgebühr von Staatssteuern. Voranschlag . . . . M.					
				Kap. XII. Sonstige Einnahmen. Voranschlag . . . . M.					



Seite	Kap.	Einnahme	Ab	S.
		<b>Wiederholung.</b>		
	I.	Bestand aus der Vorrechnung . . . . .		
	II.	Erstattungen aus der Vorrechnung . . . . .		
	III.	Rückstände aus den Vorjahren . . . . .		
	IV.	Von den Grundgrundstücken:		
	a.	Von Geländen . . . . .		
	b.	Von fruchttragenden Grundstücken (Gärten, Äcker, Wiesen, Änger) . . . . .		
	c.	Von Holzungen . . . . .		
	d.	Von sonstigen Grundstücken (Sand-, Grand-, Lehm-, Mergelgruben, Steinbrüchen, Gewässern etc.) . . . . .		
	V.	Von Berechtigungen . . . . .		
	VI.	Zinsen von Kapitalen . . . . .		
	VII.	Rückzahlungen auf ausgeliehene Kapitale . . . . .		
	VIII.	Angeliehene Kapitale . . . . .		
	IX.	Gemeindesteuer . . . . .		
	X.	Aus der Veräußerung von Gemeindeeigentum:		
	a.	Von Grundstücken . . . . .		
	b.	Von Mobilien . . . . .		
	XI.	Zuschüsse aus Staatsmitteln . . . . .		
	a.	Beihilfen . . . . .		
	b.	Erhebungsgebühr von Staatssteuern . . . . .		
	XII.	Sonstige Einnahmen . . . . .		
		Summa aller Einnahmen		

D.-Nr.	Belag-Nr.	Ausgabe	Ver- ausgabter Betrag	Ab	S.
		<b>Kap. I.</b> Vorschuß aus der Vorrechnung. Voranschlag . . . . M.			
		<b>Kap. II.</b> Vergütungen aus der Vorrechnung. Voranschlag . . . . M.			
		<b>Kap. III.</b> Öffentliche Abgaben und Brandkassengelder von den Grundgrundstücken. Voranschlag . . . . M.			
		<b>Kap. IV.</b> Verwendungen auf das Grundgrundeigentum. a. Für Gebäude. Voranschlag . . . . M.			
		<b>Kap. IV.</b> Verwendungen auf das Grundgrundeigentum. b. Für sonstige Grundstücke. Voranschlag . . . . M.			
		<b>Kap. V.</b> Für die Gemeindefchuld. a. Zinsen. Voranschlag . . . . M.			
		<b>Kap. V.</b> b. Ordentliche Abträge. Voranschlag . . . . M.			

Muster Nr. 14.

D.-Nr.	Belag-Nr.	Ausgabe	Ver- ausgabter Betrag	
			M	S
		Rap. V. c. Außerordentliche Abträge und zurückgezahlte Kapitale. Voranschlag . . . . M.		
		Rap. VI. Für ausgeliehene Kapitale und angekaufte Wert- papiere einschließlich Stückzinsen auf Wertpapiere. Voranschlag . . . . M.		
		Rap. VII. Ankauf von Grundstücken für die Gemeinde. Voranschlag . . . . M.		
		Rap. VIII. Besoldungen und Löhne. Voranschlag . . . . M.		
		Rap. IX. Für Feuerhilfswesen. Voranschlag . . . . M.		
		Rap. X. Zuschüsse. a. Zur Schulkasse. Voranschlag . . . . M.		
		Rap. X. b. Zur Armenkasse. Voranschlag . . . . M.		

Muster Nr. 14.

D.-Nr.	Belag-Nr.	Ausgabe	Ver- ausgabter Betrag	
			M	S
		Rap. X. c. Zur Gemeindefrankenversicherung (einschließl. Vorschüsse). Voranschlag . . . . M.		
		Rap. XI Für besondere Gemeindeeinrichtungen. a. Straßenbeleuchtung. Voranschlag . . . . M.		
		Rap. XI. b. Wasserleitung. Voranschlag . . . . M.		
		Rap. XI. c. Inventariensätze und Bureauausstatten, Geset- blätter und Zeitungen. Voranschlag . . . . M.		
		Rap. XI. d. Sonstige Gemeindeeinrichtungen. Voranschlag . . . . M.		
		Rap. XII. Sonstige Ausgaben. Voranschlag . . . . M.		

Seite	Kap.	Ausgabe	Ab	S.
		<b>Wiederholung.</b>		
	I.	Vorschuß aus der Vorrechnung . . . . .		
	II.	Bergütungen aus der Vorrechnung . . . . .		
	III.	Öffentliche Abgaben und Brandkassengelder von den Gemeindestücken . . . . .		
	IV.	Verwendungen auf das Gemeindeg Grundeigentum:		
	a.	Für Gebäude . . . . .		
	b.	Für sonstige Grundstücke . . . . .		
	V.	Für die Gemeindeg Schuld:		
	a.	Zinsen . . . . .		
	b.	Ordentliche Abträge . . . . .		
	c.	Außerordentliche Abträge und zurückgezahlte Kapitale . . . . .		
	VI.	Für ausgeliehene Kapitale und angekaufte Wert- papiere einschließlich Stückzinsen auf Wertpapiere		
	VII.	Ankauf von Grundstücken für die Gemeidne . .		
	VIII.	Besoldungen und Löhne . . . . .		
	IX.	Für das Feuerhilfswesen . . . . .		
	X.	Zuschüsse:		
	a.	Zur Schulkasse . . . . .		
	b.	Zur Armentasse . . . . .		
	c.	Zur Gemeindeg Krankenversicherung . . . . .		
	XI.	Für besondere Gemeindeg Einrichtungen:		
	a.	Straßenbeleuchtung . . . . .		
	b.	Wasserleitung . . . . .		
	c.	Inventarienstücke und Bureauutensilien, Geseg- blätter und Zeitungen . . . . .		
	d.	Sonstige Gemeindeg Einrichtungen . . . . .		
	XII.	Sonstige Ausgaben . . . . .		
		Summa aller Ausgaben		
		<b>A b s c h l u ß.</b>		
		Die gesamte Einnahme beträgt . . . . .		
		Die Ausgabe dagegen . . . . .		
			Mithin ist	

## Bekanntmachung.

Die vom Gemeinderate festgestellten Voranschläge für die Gemeinde-, Armen-, Parochial- und Wegebaukasse auf das Rechnungsjahr 1. April 190./.. sind zu jedermanns Einsicht in ..... 14 Tage lang, vom .. d. Mts. an gerechnet, öffentlich ausgelegt.

....., den ..<sup>ten</sup> Januar 190.

Der Gemeindevorsteher.

(Siegel.)

(Unterschrift.)

---

Muster Nr. 13.

(Muster Nr. 14 siehe S. 341.)

## Bekanntmachung.

Die Rechnungen für die Gemeinde-, Armen-, Parochial- und Wegebaukasse vom Rechnungsjahre 1. April 190./.. sind nebst Belägen 14 Tage lang, vom .. d. Mts. an gerechnet, in ..... zu jedermanns Einsicht öffentlich ausgelegt, und können Erinnerungen dagegen von jedem Gemeindeggenossen oder sonstigen Wahlberechtigten bei Unterzeichnetem angebracht werden.

....., den ..<sup>ten</sup> ..... 190.

Der Gemeindevorsteher.

(Siegel.)

(Unterschrift.)

## Schul-Kasse.

Einnahme	Ausgabe
<ol style="list-style-type: none"> <li>1. Bestand aus der Vorrechnung.</li> <li>2. Erstattungen aus der Vorrechnung.</li> <li>3. Rückstände aus den Vorjahren.</li> <li>4. Schulgeld (einschließl. des aus der Armenkasse gezahlten).</li> <li>5. Strafgebühren für versäumten Schulunterricht.</li> <li>6. Schenkungen und Vermächtnisse.</li> <li>7. Zinsen von Kapitalen.</li> <li>8. Rückzahlungen auf ausgeliehene Kapitalen.</li> <li>9. Zuschuß aus der Kloster-Reinertrags-Kasse: <ol style="list-style-type: none"> <li>a. zum Einkommen der Schulstelle,</li> <li>b. wegen Ermäßigung des Schulgeldes.</li> </ol> </li> <li>10. Zuschuß aus der Gemeindefasse.</li> <li>11. Sonstige Einnahmen.</li> </ol>	<ol style="list-style-type: none"> <li>1. Vorschuß aus der Vorrechnung.</li> <li>2. Vergütungen aus der Vorrechnung.</li> <li>3. Bau- und Verbesserungskosten, sowie Brandkassengelder für die Schulgebäude.</li> <li>4. Kosten für Inventar und Lehrmittel.</li> <li>5. Schul-Heizungs- und Reinigungskosten.</li> <li>6. Gehalte und Pensionen.</li> <li>7. Schulvisitationskosten.</li> <li>8. Ausgeliehene Kapitalen und angekaufte Wertpapiere, einschließlich Stückzinsen auf Wertpapiere.</li> <li>9. Sonstige Ausgaben.</li> </ol>

## Parochial-Kasse.

Einnahme	Ausgabe
<ol style="list-style-type: none"> <li>1. Bestand aus der Vorrechnung.</li> <li>2. Erstattungen aus der Vorrechnung.</li> <li>3. Rückstände aus den Vorjahren.</li> <li>4. Zinsen von Kapitalen.</li> <li>5. Parochialsteuer.</li> <li>6. Angeliene Kapitalen.</li> <li>7. Rückzahlungen auf ausgeliehene Kapitalen.</li> <li>8. Sonstige Einnahmen.</li> </ol>	<ol style="list-style-type: none"> <li>1. Vorschuß aus der Vorrechnung.</li> <li>2. Vergütungen aus der Vorrechnung.</li> <li>3. Öffentliche Abgaben und Brandkassengelder.</li> <li>4. Bau- und Verbesserungskosten: <ol style="list-style-type: none"> <li>a. für die Kirche,</li> <li>b. für die Pfarrgebäude.</li> </ol> </li> <li>5. Für die Parochialschuld: <ol style="list-style-type: none"> <li>a. Zinsen,</li> <li>b. Ordentliche Abträge,</li> <li>c. Außerordentliche Abträge und zurückgezahlte Kapitalen.</li> </ol> </li> <li>6. Für ausgeliehene Kapitalen und angekaufte Wertpapiere einschließlich Stückzinsen auf Wertpapiere.</li> <li>7. Besoldungen und Löhne.</li> <li>8. Sonstige Ausgaben.</li> </ol>

# Armen-Kasse.

Einnahme	Ausgabe
<ol style="list-style-type: none"> <li>Bestand aus der Vorrechnung</li> <li>Erstattungen aus der Vorrechnung.</li> <li>Rückstände aus den Vorjahren.</li> <li>Von Grundstücken u. Berechtigungen: <ol style="list-style-type: none"> <li>von Gebäuden,</li> <li>von sonstigen Grundstücken,</li> <li>von Berechtigungen.</li> </ol> </li> <li>Zinsen von Kapitalen.</li> <li>Abgabe von Tanzmusiken.</li> <li>Sonstige Abgaben (Hundesteuer 2c.).</li> <li>Angeliehene Kapitale.</li> <li>Rückzahlung auf ausgeliehene Kapitale.</li> <li>Für Gesindebücher.</li> <li>Vermächtnisse und Geschenke.</li> <li>Zurückstattete Kur- und Verpflegungskosten: <ol style="list-style-type: none"> <li>vom Kreise,</li> <li>von Armenverbänden,</li> <li>von Privaten.</li> </ol> </li> <li>Zuschuß aus der Gemeindefasse.</li> <li>Sonstige Einnahmen.</li> </ol>	<ol style="list-style-type: none"> <li>Vorschuß aus der Vorrechnung.</li> <li>Bergütungen aus der Vorrechnung.</li> <li>Öffentliche Abgaben und Brandfahrgelder von den Grundstücken.</li> <li>Bewendungen auf das Grundeigentum: <ol style="list-style-type: none"> <li>für Gebäude,</li> <li>für sonstige Grundstücke.</li> </ol> </li> <li>Für die Armenkassenschuld: <ol style="list-style-type: none"> <li>Zinsen,</li> <li>Ordentliche Abträge,</li> <li>Außerordentliche Abträge und zurückgezahlte Kapitale.</li> </ol> </li> <li>Barunterstützung an Ortsarme: <ol style="list-style-type: none"> <li>Laufende,</li> <li>Einmalige.</li> </ol> </li> <li>Naturalunterstützung an Ortsarme: <ol style="list-style-type: none"> <li>Laufende,</li> <li>Einmalige.</li> </ol> </li> <li>Für Unterbringung in Anstalten und zwar: <ol style="list-style-type: none"> <li>in Krankenhäusern,</li> <li>» Irrenanstalten,</li> <li>» Idiotenanstalten,</li> <li>» Blinden- und Taubstummenanstalten,</li> <li>in der Herzogl. Erziehungsanstalt Wilhelmsstift zu Webern.</li> </ol> </li> <li>Arzt- und Apothekerkosten.</li> <li>Begräbniskosten.</li> <li>Waisenunterstützungen.</li> <li>Schulgeld für Kinder unbemittelter Eltern.</li> <li>Unterstützung an Reisende (Zehr- und Reisegehalt).</li> <li>Vorschußweise Unterstützung Armer ohne Unterstützungswohnsitz in der Gemeinde.</li> <li>Ausgeliehene Kapitale und angekaufte Wertpapiere einschließlich Stückzinsen auf Wertpapiere.</li> <li>Sonstige Ausgaben.</li> </ol>

Muster Nr. 18.

## Wegebau-Kasse.

Einnahme	Ausgabe
<ol style="list-style-type: none"> <li>1. Bestand aus der Vorrechnung.</li> <li>2. Erstattungen aus der Vorrechnung.</li> <li>3. Rückstände aus den Vorjahren.</li> <li>4. Ertrag der Wege:               <ol style="list-style-type: none"> <li>a) Regelmäßiger Ertrag.                   <ol style="list-style-type: none"> <li>aa) Obst.</li> <li>bb) Gräsjerei.</li> <li>cc) Straßenschlamm, Erde.</li> </ol> </li> <li>b) Außerordentlicher Ertrag für verkaufte Wege und Grundstücksabschnitte.</li> </ol> </li> <li>5. Zinsen von Kapitalen.</li> <li>6. Wegebausteuer.</li> <li>7. Angeliene Kapitale.</li> <li>8. Rückzahlungen auf ausgeliehene Kapitale.</li> <li>9. Sonstige Einnahmen.</li> </ol>	<ol style="list-style-type: none"> <li>1. Vorschuß aus der Vorrechnung.</li> <li>2. Vergütungen aus der Vorrechnung.</li> <li>3. Für Neuanlage, Instandsetzung und Unterhaltung der Gemeindewege und Ortsstraßen:               <ol style="list-style-type: none"> <li>a) Grundentschädigungen,</li> <li>b) Material,</li> <li>c) Fuhrlöhne,</li> <li>d) Arbeitslöhne.</li> </ol> </li> <li>4. Wegewärterlohn.</li> <li>5. Für Wegebaugeräte.</li> <li>6. Für Anpflanzungen.</li> <li>7. Für die Wegebauschuld:               <ol style="list-style-type: none"> <li>a) Zinsen,</li> <li>b) Ordentliche Abträge,</li> <li>c) Außerordentliche Abträge u. zurückgezahlte Kapitale.</li> </ol> </li> <li>8. Für ausgeliehene Kapitale und angekaufte Wertpapiere, einschließlich Stückzinsen auf Wertpapiere.</li> <li>9. Beiträge zu den Kreis-Wegebaukosten:               <ol style="list-style-type: none"> <li>a) Regelmäßige,</li> <li>b) Außerordentliche Vorausleistungen behufs Neubau oder größerer Instandsetzung eines Kommunikationsweges.</li> </ol> </li> <li>10. Sonstige Ausgaben.</li> </ol>

**Vorschuß-Register**  
der  
**Gemeindekasse und deren Nebenkassen.**  
Gemeinde .....

[illegible]

23 Anmerkung: Die wieder vereinnahmten Vorschüsse sind gehörig zu buchen und ist in der Spalte »Bemerkungen« (10) anzugeben, an welchem Tage der Vorschuß in Ausgabe gestellt war. Sodann ist bei dem betreffenden Ausgabeposten in Spalte 5 zu bemerken: »Erledigt am .....«. Die Doppelseite ist stets gleichzeitig abzuschließen und ist die Einnahme von der Ausgabe abzusetzen, so daß nur die Ausgabe übertragen wird.



# Kassa-Buch

### der Gemeindekasse und deren Nebenkassen.

Gemeinde .....

1. April 19../..

## Einnahme.

[illegible]

der Gemeindekasse und deren Nebenkassen.

**Ausgabe.**

355 —





Sebe:  
über Staats-Einkommen-, Grund-,  
Gemeinde-, Parochial-  
Gemeinde  
1. April

[illegible]

# Rolle

## Gewerbe- und Ergänzungssteuer, und Wegebausteuer.

19../..

[illegible]

Muster Nr. 22.

Gemeinde .....

## Liste

zu der Erhebung von Pacht- und sonstigen Geldern

Ord.- Nr.	Der Zahlungspflichtigen			Betrag		Bemerkungen
	Namen	Stand	Wohnort	ℳ	ℒ	

....., den ..... ten ..... 190..

Der Gemeindevorsteher.  
(Unterschrift.)

Muster Nr. 23.

## Quittung.

..... Mark ..... Pfg.

buchstäblich ..... M. .... Pfg.

sind mir für .....

aus der ..... -Kasse zu .....

gezahlt worden.

....., den ..... ten ..... 190..

Attestiert.  
Der Gemeindevorsteher.  
(Unterschrift.)

Gemeinde.....

Muster Nr. 24.  
Monat.....190..

## Lieferzettel

über an Herzogliche Kreis-Kasse ..... abzuliefernde Gelder.

Ord.- Nr.	Gegenstand der Ablieferung	Betrag im einzelnen		Gesamt- Betrag		Bemerkungen
		M	S	M	S	
	<b>A. Für die Vorzeit:</b>					
1	Einkommensteuer . . . . .					
2	Ergänzungssteuer . . . . .					
3	Grundsteuer . . . . .					
4	Gewerbesteuer . . . . .					
	<b>B. Für das laufende Jahr:</b>					
5	Einkommensteuer . . . . .					
6	Ergänzungssteuer . . . . .					
7	Grundsteuer . . . . .					
8	Gewerbesteuer . . . . .					
9	Brand-Ver- sicherungs- Beiträge	a) Prämien. . . » nach- träglich über- wiesen . . . b) Eintrittsgelder				
	<b>C. Sonstige Gefälle.</b>					
10	Forstbesoldungs-Beiträge . . . .					
11	.....					
12	.....					
	<b>Summa</b>					
	<b>Darauf kommen in Anrechnung laut Quittung:</b>					
	.....					
	.....					
	.....					
	.....					
	<b>Mithin bleibt bar abzuliefern</b>					

....., den ..... 190..

Der Gemeinde-Einnehmer.  
(Unterschrift.)

# Lagerbuch

der

Gemeinde .....

## Inhalts-Register.

A. Gebäude . . . . .	Seite.....
B. Grundstücke . . . . .	» .....
a) Gärten . . . . .	» .....
b) Äcker . . . . .	» .....
c) Wiesen . . . . .	» .....
d) Änger . . . . .	» .....
e) Sand-, Grand-, Lehm- und Mergelgruben . . . . .	» .....
f) Steinbrüche . . . . .	» .....
g) Gewässer (Teiche, Brunnen u. s. w.) . . . . .	» .....
h) Holzung, Forsten . . . . .	» .....
C. Gemeindemobilien . . . . .	» .....
a) Gemeinderegistratur . . . . .	» .....
b) Feuerlöschgeräte . . . . .	» .....
c) Sonstige Gegenstände . . . . .	» .....
D. Einkünfte von feststehendem Zins und Gerechtsamen . . . . .	» .....
E. Ausgeliehene Kapitale und erworbene Wertpapiere . . . . .	» .....
F. Gemeinde-Schulden . . . . .	» .....
G. Sonstige Lasten . . . . .	» .....



## A. Gebäude.

1.	2.	3.	4.	5.	6.	7.	8.	9.	10.	11.	12.
Laufende Nr.	Nr. ass.	Bezeichnung des Gebäudes	Steuer-Klasse	In der Landes- brand-Kasse verichert zu M	Größe des Hof- raumes a qm	Art und Weise der Benutzung	In welchem Jahre erbaut	Fallen die Bau- und Unter- haltungskosten der Gemeinde zur Last oder haben zu den- selben auch andere Gemein- den beizutragen eventuell in welchem Umfange?	Wie werden die Einkünfte verwendet?	Bemerkungen über Ver- änderungen	Sonstige Be- merkungen
1.	53.	Armenhaus       u. w.	XII.	1950 seit 1892 2100.	7 92	Behuf Unterbrin- gung von obdach- losen Personen, welche theils freie Wohnung, theils gegen Bezahlung Wohnung er- halten.	1864	Die Bau- und Reparatur- kosten hat die Gemeinde allein zu tragen.	Die Einkünfte fließen in die Gemeinde- Kasse.	Bei der Revi- sion der Ge- bäude- schätzungen im Jahre 1902 ist der Brand- kassenwert auf 2100 M erhöht.	

## Anmerkungen:

1. Für jedes Haupt- und Nebengebäude ist eine besondere Seite zu benutzen.
2. Die kirchlichen und Schulgebäude sind nicht mit aufzuführen. Bezüglich der Bau- und Reparaturkosten dieser Gebäude ist das Nötige unter Abtheilung „G. Lasten“ einzutragen.

**B. Grund**

1. Laufende Nr.	2. Nähere Bezeichnung des Grundstücks	3. Nummer des Rezeßes	4. Größe			5. Grund- steuer Kapital <i>M</i>
			ha	ar	qm	
	<b>a) Gärten.</b>					
1.	Garten beim Gemeindehause Nr. ass. 42 usw.	432	— ab:	18	62	98
				—	42	
	<b>b) Äcker.</b>			18	20	
1.	Hinter den Raben usw.	410	3	16	42	124
	<b>c) Wiesen.</b>					
1.	Bullenwiese usw.	412	1	10	22	110,50
	<b>d) Änger.</b>					
	usw.					
	<b>e) Sand-, Grand-, Lehm- und Mergelgruben.</b>					
1.	Mergelgrube im Sonderkampe usw.	401	—	10	02	18,30
	<b>f) Steinbrüche.</b>					
	usw.					
	<b>g) Gewässer (Teiche), Brunnen etc.).</b>					
	usw.					
	<b>h) Holzungen, Forsten.</b>					
	usw.					

**St ü c k e.**

6. Art und Weise der Benutzung	7. Wie werden die Einkünfte verwendet?	8. Bemerkung über Veränderungen	9. Sonstige Bemerkungen
Das Gartengrundstück wird in kleineren Teilen mit den Wohnungen vermietet, auch an arme Personen frei abgegeben.	Die Einkünfte fließen in die Gemeinde-Kasse.	42 qm sind im Jahre 1891 an den Anbauer Heinr. Behrens, Nr. ass. 33, für 40 <i>M</i> verkauft.	Die in Rubrik 8 erwähnten 40 <i>M</i> sind zur Herrichtung einer Einfriedigung um das Gartengrundstück verwendet.
Die Länderei wird in der Regel auf 6 Jahre meistbietend verpachtet.	Die Einkünfte fließen in die Gemeinde-Kasse.		
Der Graswuchs wird alljährlich meistbietend verkauft.	Die Einkünfte fließen in die Gemeinde-Kasse.		
Mergel wird fuderweise an Gemeindege nossen abgegeben.	Die Einkünfte fließen in die Gemeinde-Kasse.		

## C. Mobilien.

1.	2.	3.	4.	5.	6.	7.	8.
Nr.	Der Geräte, Bücher u.	In wel- chem Jahre be- schafft?	An- kauf- preis bezw. Wert M	Auf- bewahrungs- ort	Art und Weise der Benutzung	Bemerkung über Veränderungen	Sonstige Bemerkungen
	Stück- zahl	Bezeichnung					
1.	1	<b>a) Gemeinderegistratur.</b> Schränk uſw.	1862	28	Wohnung des Gemeinde- vorstehers	Aufbewahrung der Akten	
1.	1	<b>b) Feuerlöschgeräte.</b> Feuerspritze uſw.	1889	1400	Spritzenhaus	—	
1.	1	<b>c) Sonstige Gegenstände.</b> Leichenwagen uſw.	1887	500	Nebengebäude des Gemeinde- hauses	—	

## D. Einkünfte

von

feststehenden Zins und Gerechtsamen.

---

1. Der Brinkfiser Heinrich Holst hieselbst — Nr. ass. 42 — hat alljährlich zu Michaelis an Rottenzins für den an dessen Brinkfiserwesen zu Ackerkultur abgetretenen Wiesenplan zu 50 Nr »auf dem Rulke« 16 Ggr. Conventionsmünze oder 16 Ggr. 5 Pf. Courant gleich 2 Mt. 06 Pf. in die Gemeinde-Kasse zu zahlen.

Muster Nr. 25.

## E. Ausgeliehene Kapitale

1. Nr.	2. Bezeichnung des ausgeliehenen Kapitals bzw. des angekauften Wertpapiers	3. Zeitpunkt der Aus- leihe	4. Höhe des Kapitals <i>M</i>	5. Zinsfuß %	6. Woher stammt das Kapital?
1.	4 Stück Preuß. Kon- soß Litt. C. Nr. 118942 bis 118945 je über 500 <i>M</i>  u. s. w.	1886	2000	3 1/2	Erlös aus dem Verkauf des Hirten- hauses.

Muster Nr. 25.

## F. Gemeinde-

1. Nr.	2. Zweck der Verwendung	3. Genehmigt durch		4. Bedingungen		5. Herleiher
		Weichluß des Kreis- ausschusses	Reskript Herzogl. Staats- Ministe- riums	Zinsfuß	Abträge bez. wieder anzuh- samelnde Beträge	
1.	Bestreitung der Kosten des Schul- hausneubaus.  u. s. w.	6. 1. 1892.	20. 1. 1892 Nr. 1417.	4%	2% p. a. 1895 beginnend.	Herzogl. Leih- hausanstalt.

### Anmerkung.

1. Außer den angeliehenen Kapitalien sind auch diejenigen aufzuführen, welche

## und erworbene Wertpapiere.

7.		8.
Ist das Kapital oder ein Teil desselben eingelöst?		Bemerkungen
wann?	mit welchem Betrag?	

## Schulden.

6.	7.	8.	9.
Höhe des Kapitals <i>M</i>	Abgetragen bezw. angesammelt sind <i>M</i>	Demnach Rest <i>M</i>	Bemerkungen
30 000.	1895 : 600 18.. : 18.. :	29 400.	

- zu Gemeindefzwecken verwendet und deren allmähliche Wiederansammlung vorgeschrieben ist.  
2. Für jedes Kapital ist eine besondere Seite zu benutzen.

## G. Sonstige Lasten.

---

1. Die Gemeinde ist verpflichtet, zu den Bau- und Reparaturkosten der Kirche zu W. ein Drittel beizutragen.
  2. Ferner ist dieselbe verbunden, zu den Bau- und Reparaturkosten der Schule zu W.  $\frac{2}{7}$  beizutragen, die übrigen Kosten der Schulkasse (Gehälter, für Lehrmittel usw.) sind zu einem Drittel zu tragen.
- 

Muster Nr. 27.

(Muster Nr. 26 siehe S. 374.)

## Statut

der Gemeinde.....,  
betreffend die Heranziehung der Einkommen von 50 bis 300 Mark zur  
Gemeindesteuer.

Auf Grund des Gesetzes vom 28. März 1904 Nr. 24, betreffend  
die Abänderung des Gemeindeabgabengesetzes vom 11. März 1899 Nr. 12,  
wird folgende statutarische Bestimmung erlassen:

### Einziger Paragraph:

Einkommen von mehr als 50 Mark bis einschließlich 300 Mark  
werden zur Gemeindeeinkommensteuer herangezogen, wenn sie Teile eines  
Gesamteinkommens von mehr als 300 Mark sind.

---

Das vorstehende, vom Gemeinderate beschlossene, vom Kreisausschusse  
begutachtete und von Herzoglichem Staatsministerium durch Verfügung  
vom ..... genehmigte Statut wird hiermit veröffentlicht.

....., den ..<sup>ten</sup>..... 19..

Der Gemeindevorsteher.

(Siegel.)

(Unterschrift.)

## Bekanntmachung.

Nach dem Voranschlage der Gemeindekasse für das Rechnungsjahr  
..... sind für diesen Zeitraum als direkte Gemeindesteuer zu erheben:

- .... Prozent der Staats-Einkommensteuer,
- .... „ vom Grundsteuerkapitale und
- .... „ der Gewerbesteuer.

Die Steuerpflichtigen der Gemeinde werden aufgefordert, diese Steuern zur Vermeidung zwangsweiser Vertreibung in Monatsraten in den ersten acht Tagen jeden Monats beim Gemeindeeinnnehmer einzuzahlen.

Gegen die Heranziehung zur Gemeindesteuer kann Einspruch beim Gemeinderate erhoben werden; derselbe muß aber binnen einer von heute an laufenden Ausschußfrist von vier Wochen bei Unterzeichnetem eingelegt werden.

....., den ..<sup>ten</sup> ..... 19..

Der Gemeindevorsteher.

(Siegel.)

(Unterschrift.)

Muster Nr. 29.

## Steuerzettels.

Herr ..... Nr. ass. .... zu .....  
hat für das Rechnungsjahr ..... zu entrichten an

- |                                       |       |
|---------------------------------------|-------|
| 1. Direkte Gemeindesteuer             | ..... |
| 2. Parochialsteuer                    | ..... |
| 3. Wegebausteuer                      | ..... |
| 4. Hundesteuer                        | ..... |
| 5. Brandversicherungsbeiträge         | ..... |
| 6. Schulgeld                          | ..... |
| 7. Krankentassen-Beiträge             | ..... |
| 8. Beiträge zur Invalidenversicherung | ..... |
| 9. ....                               | ..... |
| 10. ....                              | ..... |
| 11. ....                              | ..... |
| 12. ....                              | ..... |

Summa

M	S

Die Steuern sind zur Vermeidung zwangsweiser Vertreibung in monatlichen Raten in den ersten acht Tagen jeden Monats beim Gemeindeeinnnehmer einzuzahlen.

Gegen die Heranziehung zur Gemeindesteuer kann Einspruch beim Gemeinderate erhoben werden; derselbe muß aber binnen einer Ausschußfrist von vier Wochen, von Empfang dieses Steuerzettels an gerechnet, beil Unterzeichnetem eingelegt werden.

....., den ..<sup>ten</sup> ..... 19..

Der Gemeindevorsteher.

(Unterschrift.)







Herrn .....

Nr. .... der Steuerrolle.

(Diese Nummer ist bei allen Eingaben, Zahlungen  
und Geldsendungen anzugeben.)

Brandversicherungs-Nr. ....

Auf Grund des Gemeindeabgabengesetzes vom 11. März 1899 sind Sie für das Steuerjahr vom 1. April ..... bis 31. März .....

zur Gemeindesteuer mit ..... Prozent Ihres Grundsteuer-Kapitals . . . . . von ..... M = ..... M ..... S

» ..... » Ihrer Gewerbesteuer . . . . . » ..... M = ..... M ..... S

» ..... » Staats-Einkommensteuer . . . . . » ..... M = ..... M ..... S

» ..... » des Einkommensteuerjahres . . . . . » ..... M = ..... M ..... S

zur Kirchensteuer mit ..... Prozent Ihres Grundsteuer-Kapitals . . . . . von ..... M = ..... M ..... S

» ..... » Ihrer Gewerbesteuer . . . . . » ..... M = ..... M ..... S

» ..... » Staats-Einkommensteuer . . . . . » ..... M = ..... M ..... S

» ..... » des Einkommensteuerjahres . . . . . » ..... M = ..... M ..... S

zur Wegebausteuer von ..... M Grundsteuerkapital mit ..... M ..... S

veranlagt worden.

Von Einkommen von nicht mehr als 900 M betragen die Einkommensteuer-Einheitsätze nach § 32 des angezogenen Gesetzes in  
der Fassung des Gesetzes vom 28. März 1904:

von mehr als 50 M bis einschl. 100 M . . . 0 M 50 S von mehr als 400 M bis einschl. 500 M . . . 1 M 50 S

» » » 100 » » » 200 » . . . 0 » 60 » » » » 500 » » » 600 » . . . 1 » 80 »

» » » 200 » » » 300 » . . . 0 » 90 » » » » 600 » » » 700 » . . . 2 » 10 »

» » » 300 » » » 400 » . . . 1 » 20 » » » » 700 » » » 800 » . . . 2 » 40 »

von mehr als 800 M bis einschl. 900 M . . . . . 2 M 70 S

Die veranlagte Steuer ist in vierteljährlichen Raten bis Mitte des 2. Monats jedes Vierteljahrs an den unten genannten Hebe-  
tagen an die hiesige Gemeindefasse portofrei zu entrichten. Das Schulgeld ist in monatlichen oder vierteljährlichen Raten zu zahlen. Die  
Abgaben können auch für einen längeren Zeitraum, bis zum vollen Jahresbetrage, im Voraus gezahlt werden.

Eine Erinnerung an die Zahlung der Abgaben findet nicht statt.

Gegen die vorstehende Veranlagung steht Ihnen nach § 60 des Gemeindeabgabengesetzes vom 11. März 1899 das Recht der Ein-  
sprache beim Gemeinderate zu; gegen die Entscheidung des Gemeinderats ist Beschwerde an den Kreis-Ausschuß zulässig.

Die Einsprache an den Gemeinderat muß binnen einer Ausschlussfrist von vier Wochen, von dem auf die Zustellung dieser Benachrichtigung folgenden Tage ab gerechnet, bei dem Gemeindevorsteher schriftlich oder zu Protokoll unter Angabe der Gründe und Beweismittel erhoben werden; die Beschwerde an den Kreisauschuß gegen die Entscheidung des Gemeinderats ist binnen einer Ausschlussfrist von zwei Wochen, von dem auf die Behändigung der Entscheidung folgenden Tage ab gerechnet, einzulegen.

Die Zahlung der veranlagten Steuern und Abgaben wird durch die Erhebung der Einsprache bezw. Einlegung der Beschwerde nicht ausgehalten.

....., den..... 19.....

Der Gemeindevorsteher.

(Festtage vom 7. bis Mitte jeden Monats an den Wochentagen nachmittags von 12<sup>1/2</sup>—2<sup>1/2</sup> und abends von 6—9 Uhr.)

Betrag der Steuern	Grund- steuer		Gewerbe- steuer		Staats- ein- kommen- steuer		Ergän- zungs- steuer		Ge- meinde- steuer		Kirchen- steuer		Begebau- steuer		Schul- geld				Summa		Bemerkungen
	M	S	M	S	M	S	M	S	M	S	M	S	M	S	M	S	M	S	M	S	
jährlich ...																					
halbjährlich																					
vierteljährlich																					
monatlich..																					

19../19..

Es sind bezahlt:

Namensunterschrift  
des Gemeinde-Ein-  
nehmers als  
Quittung

April																					
Mai																					
Juni																					
Juli																					
August																					
September																					
Oktober																					
Novemb.																					
Dezember																					
Januar																					
Februar																					
März																					

### Muster Nr. 31.

**Gemeinde:** .....

**Verzeichniß**  
der zur Hundesteuer angemeldeten Hunde  
Jahrgang.....

[illegible]

**Muster Nr. 32.**

# Anmeldungschein.

Der..... zu.....  
hat am heutigen Tage einen Hund .....  
angemeldet und ist der angemeldete Hund, wofür eine Abgabe von  
..... M. zu entrichten ist, unter Nr. .... des Melde-  
Registers eingetragen.

....., den ..ten..... 19..

Der Gemeindevorsteher.

(Siegel.)

(Unterschrift.)

## Quiffung.

Für den obgedachten Hund ist die Abgabe mit ..... M. am heutigen Tage entrichtet.

....., den ..ten..... 19 ..

### Der Gemeinde=Finnehmer.

(Siegel.)

(Unterschrift.)

# Vernehmung

eines Hülfbedürftigen über seine Familien-, Heimats-  
und Aufenthaltsverhältnisse.

....., am ..... 19..

## Fragen:

## Antworten:

1. Vor- und Zunamen?
2. Stand oder Gewerbe?
3. Religion?
4. Geboren am (Datum und Jahr)?
5. Geburtsort (in welchem Staate, Regierungs-, Kreis- usw. Bezirke gelegen)?
6. Wer die Eltern sind, ob dieselben noch leben, wo sie zur Zeit wohnen und in den lezvergangenen drei Jahren gewohnt haben, welches Standes oder Gewerbes sie sind, ob sie Vermögen besitzen, wann und wo sie gestorben sind? (Diese Fragen sind bei denen, die das 20. Lebensjahr noch nicht vollendet und einen eigenen Unterstützungswohnsiz noch nicht erworben haben, einzeln und genau zu beantworten.)
7. Ob der Hülfbedürftige einen Vormund hat, wer und was derselbe ist, in welchem Orte derselbe wohnt (Staat, Regierungs-, Kreis- usw. Bezirk)?
8. Ob verheiratet, geschieden, verwitwet? Stand, Gewerbe, Wohnort (Staat, Regierungs-, Kreis- usw. Bezirk) des Ehegatten?
9. Zahl der Kinder? (auch Namen und Alter derselben).
10. Namen der Geschwister? (auch Stand und Wohnort derselben).
11. Ob die Familie (die Angehörigen) aus öffentlichen Armenmitteln in den lezten drei Jahren unterstützt ist und wo?
12. Ob in den lezten drei Jahren Freiheitsstrafen erlitten, weshalb, wo, wann und von welcher Dauer?
13. In welchem Orte und Staate (Regierungs-, Kreis- usw. Bezirke) der Hülfbedürftige selbst oder dessen Eltern, Ehegatte heimatberechtigt sind?

**Muster Nr. 33.**

14. Ob, wo und wann zuletzt der Hülfsbedürftige wegen Erfüllung seiner Militärpflicht sich gemeldet hat?
15. Ob, wo und wann zuletzt der Hülfsbedürftige im Krankenhause verpflegt oder auf andere Weise unterstützt ist?
16. Wann in hiesiger Gemeinde eingetroffen, oder seit wann in hiesiger Gemeinde dauernd sich aufgehalten, namentlich ob in und welchen Arbeits- oder Dienstverhältnissen? (der Zeit nach bis auf drei Jahre zurück genau anzugeben).
17. Wenn nicht schon drei Jahre in hiesiger Gemeinde: an welchen anderen Orten, zu welchen Zeiten, in welchen Verhältnissen der Hülfsbedürftige bis auf vier Jahre zurück sich aufgehalten hat? (tunlichst genau anzugeben bei denen, die das 20. Lebensjahr bereits vollendet und einen eigenen Unterstützungswohnsitz erworben oder verloren haben können).
18. Welcher Krankenkasse der Hülfsbedürftige angehört, oder zuletzt angehört hat?
19. Aus welchem Grunde der Hülfsbedürftige Unterstützung begehrt; — Angabe der Krankheit usw.
20. Ob und was für Vermögen oder Sachen der Hülfsbedürftige besitzt; in wessen Händen das Vermögen oder die Sachen sich befinden?
21. Ob und in welcher Weise der Hülfsbedürftige die Unterstützungskosten zu erstatten imstande sein wird, oder ob und welche andere Personen, Angehörige usw. solche Kosten erstatten werden?
22. Legitimationspapiere?
23. Sonstige etwaige Bemerkungen?

Aufenthaltsort	Dauer des Aufenthalts	Arbeitsstelle bezw. Wohnung

Beglaubigt:

Gemeindevorsteher.

(Wenden.)

Tagebuch-Nr. ....

An

.....

Bei Überreichung des vorstehenden mit dem Originale übereinstimmenden Vernehmungs-Protokolls melde ich Namens hiesigen Ortsarmenverbandes auf Grund der Bestimmungen des Unterstützungs-Wohnsitz-Gesetzes den Anspruch auf Erstattung der Unterstützungskosten aus den Mitteln des dortigen Armenverbandes hierdurch an, mit dem ergebenen Ersuchen, eine Erklärung über die Anerkennung dieses Anspruchs binnen längstens 14 Tagen anher gelangen lassen zu wollen.

Falls der Unterstützungswohnsitz des oben Genannten dort nicht anerkannt werden sollte, ersuche ich zugleich ergebenst um gefällige Benachrichtigung darüber, ob die in vorstehendem Vernehmungs-Protokolle enthaltenen Angaben auf Wahrheit beruhen oder inwiefern dieselben unrichtig sind, und was etwa dort über die Familien-, Heirats- und Aufenthalts-Verhältnisse des p. .... bekannt ist.

....., den ..<sup>ten</sup> ..... 19..

Der Gemeindevorsteher.  
(Unterschrift).



Muster Nr. 34.

## Saffschcin.

Der .....  
(vollständiger Name, Vorname, Alter und Stand oder Gewerbe)

.....  
bedarf krankheitshalber der Aufnahme in das ..... Kranken-  
haus zu ..... Der Unterzeichnete verpflichtet sich, die  
Kurz- und Verpflegungskosten für denselben aus der .....  
Kasse zu erstatten.

....., den ..<sup>ten</sup> ..... 19..

(Siegel.)

Der Gemeindevorsteher.  
(Unterschrift.)

### Muster Nr. 34a.

Unterzeichneter verpflichtet sich namens der Gemeinde.....,  
für die Kosten III. Klasse aufzukommen, welche durch die Verpflegung  
be. der hiesigen Gemeindefrankenversicherung angehörenden .....  
..... im Herzogl. Krankenhause entstehen.

Diese Zahlungsverpflichtung wird hiermit übernommen für die Zeit  
vom ..... bis einschließlich .....

....., den ..<sup>ten</sup> ..... 19..

(Siegel.)

Der Gemeindevorsteher.  
(Unterschrift.)

### Muster Nr. 35.

De .....  
.....

in ..... wird ..... hierdurch pflichtgemäß bescheinigt, daß  
d..selbe nicht imstande ist, aus eigenen Mitteln die Kosten der Reise  
von ..... nach .....  
zur Aufnahme in d.....

.....  
ohne eine Fahrpreisermäßigung zu bestreiten. Auch tritt — soweit be-  
kannt geworden ist — die Fürsorge anderer verpflichteter Personen oder  
Verbände auf Grund der Reichsgesetze über die Kranken- und Unfall-Ver-  
sicherung nicht ein.

....., den ..<sup>ten</sup> ..... 19..

(Siegel.)

Der Gemeindevorsteher.  
(Unterschrift.)

Gemeindebezirk: .....

# Liste

der

zum 1. .... 19.. schulpflichtig werdenden Kinder.



An den Herrn Gemeindevorsteher

zu

.....

mit dem Ersuchen, die zugezogenen Kinder gefälligst nachtragen und die Liste alsdann dem Schulvorstande einreichen zu wollen.

....., den ..<sup>ten</sup> ..... 19..

**Der Standsbeamte.**

(Unterschrift.)

Weiter an den Schulvorstand, zu Händen des Herrn Pastor .....

zu

.....

nachdem die zugezogenen schulpflichtigen Kinder nachgetragen sind.

....., den ..<sup>ten</sup> ..... 19..

**Der Gemeindevorsteher.**

(Unterschrift.)

Laufende Nr.	Der schulpflichtig werdenden Kinder		Des Vaters, Pflegevaters oder Vormundes		Bemerkungen
	Vor- und Zuname	Jahr und Tag der Geburt	Na me	St and und Wo h n u n g	



derjenigen Personen, welche zum Feuerlöschdienst  
in der Gemeinde.....

heranzuziehen sind und zur 

Pflichtfeuerwehr Ordnungsmannschaft
--

 gehören.

Nr.	Namen	Stand	Wohnung	Abtei- lung	Band Nr.	Bemer- kungen

Muster Nr. 41.  
(Muster Nr. 42 siehe S. 388.)

Es wird hierdurch bescheinigt, daß behuf der ausgeschrieben Wahl von ..... Kreistags-Abgeordneten vom hiesigen Gemeinderate in dessen Sitzung vom ..... Mts. folgende Gemeinderatsmitglieder:

1. von der ersten Wählerklasse der .....
2. » » zweiten » » .....
3. » » dritten » » .....

zu Wahlmännern gewählt worden sind.

....., den ten .....

(Siegel.)

Der Gemeindevorsteher.  
(Unterschrift.)

**Sangerfeldt, Gemeindevorsteher.**

Nr. der Ordnung	Nr. ass.	N a m e n der Eltern, Vormünder bezw. Erzieher der schulpflichtigen Kinder	I. Vierteljahr: April — Juni 19. .			II. Juli
			Anzahl der Kinder	Betrag des Schul- gelbes à Monat Pf.	Be- merkungen	Anzahl der Kinder
				M   S		

Ordn.-Nr.	Brandversicherung= Nr.	Der Zahlungspflichtigen			Gesam- Grund- steuer= kapital nach dem Grund- steuer- kataster Ab	Betrag der Begebau- steuer zu ..... S pro Mark Grund- steuer kapital Ab   S		Be- merkungen
		Namen	Stand	Wohnort				
1.	2.	3.	4.	5.	6.	7.		8.
				Seiten- summe				



## Melde-Register

der Gemeinde .....

für die Jahre 19 ..... bis .....

Ordnungs-Nr.	Vor- und Zuname	Stand und Gewerbe	Geburts-				Religion	Staatsangehörigkeit	Familienstand (ob lebig, verheiratet, verwitwet, geschieden)	Militärverhältnis (Reserve, Ersatzreserve, Landwehr I. oder II. Landsturm)	Tag des Anzuges			Tag des Abzuges			Bemer- kungen
			Tag	Mo- nat	Jahr	Ort und Kreis					Jahr	Monat	Tag	Jahr	Monat	Tag	

(Vergl. Gesetz vom 13. April 1894, Nr. 15,  
die An- und Abmeldung beim Aufenthalts-  
und Wohnungswechsel betr. — Gesetz und  
Verordnungs-Sammlung 1894, S. 33.)

## Bescheinigung.

Muster Nr. 43.  
(Stempelfrei.)

Unterm heutigen Tage ist polizeilich gemeldet, daß nachstehend ver-  
zeichnete Person(en) .....

von .....

nach .....

verzogen ist (sind).

....., den. ten..... 19..

Die Ortspolizeibehörde.

(Siegel.)

(Unterschrift.)

## Anmelde-Bescheinigung.

Muster Nr. 44.  
(Stempelfrei.)

Von folgenden hiesigen wahlberechtigten Gemeindegossen:

1. ....

2. ....

3. ....

ist auf.. (Tag) .., den. ten.. Monats abends..Uhr eine im Saale  
des .....schen Gasthauses hieselbst abzuhaltende öffentliche Ver-  
sammlung zur Besprechung der Frage angemeldet, ob .....

....., den. ten..... 19..

Der Gemeindevorsteher

(Siegel.)

(Unterschrift.)



## Muster Nr. 45.

Auf Ihren Antrag vom ..... wird Ihnen der Transport Ihrer ..... auf den Staatsstraßen und Kommunikationswegen des hiesigen Kreises, sowie auf den im Zuge derselben liegenden Dorfstraßen für das Jahr ..... nach § 2 der vom Herzoglichen Staatsministerium unterm 21. Juni 1902 Nr. 26 erlassenen polizeilichen Vorschriften für den Gebrauch beweglicher Kessel unter der Bedingung genauester Innehaltung der auf der Rückseite dieser Verfügung abgedruckten Verhaltens-Maßregeln hiermit gestattet.

Der zuständige Wegebaubeamte (§ 1 unter f und § 3 der Verhaltens-Maßregeln) ist der Kreisbauinspektor ..... hiersebst.

....., den ..ten ..... 19..

Herzogliche Kreisdirektion.

Herrn

.....  
zu  
.....

## Verhaltens-Maßregeln.

§ 1. a) Die Breite der Lokomobile darf 3 m nicht übersteigen.

b) Diagonal geriefelte Radreifen der Lokomobilen sind nur bei einer Stärke der aufgenieteten Laschen von höchstens 20 mm und in einer Anordnung zulässig, daß die Laschen in einer Breite von mindestens 20 cm den völlig eben- und festgedachten Boden gleichzeitig berühren.

c) Zwei hintereinander fahrende Lokomobilen dürfen nicht Spur halten.

d) Das Anhängen von mehr als zwei Geräten oder Fahrzeugen ist in der Regel nicht gestattet. Jedoch kann von der zur Erteilung der Genehmigung zuständigen Behörde für bestimmte Strecken die Erlaubnis zum Anhängen von drei Geräten oder Wagen gegeben werden.

Geräte oder Wagen, welche nicht unmittelbar zum Betriebe der Lokomobile gehören, dürfen nicht angehängt werden.

e) An den Lokomobilen ist das Gewicht anzugeben.

f) Beim Befahren von Brücken, Durchlässen usw. sind diejenigen besonderen Bedingungen zu beachten, welche von der die Fahrerlaubnis erteilenden Behörde bzw. den betr. Wegebaubeamten festgesetzt sind. Vgl. auch § 3.

§ 2. a) Die Fahrgeſchwindigkeit eines Lokomobiltransports darf 1 km in 10 Minuten nicht überſteigen.

b) Außer den zur Bedienung des Transports ſelbſt erforderlichen Leuten muß ein Mann vorhanden ſein, welcher in einer Entfernung von 20 m vor dem Zuge hergeht, und zu Wagen, zu Pferde oder mit anderen Reit- oder Zugtieren Paſſierenden Beiſtand leiſtet. Folgen bei Transporten von mehreren Lokomobilen dieſe nicht unmittelbar aufeinander, ſo bedarf es für jede derſelben eines vorhergehenden Mannes. Auf Verlangen des zu Wagen, zu Pferde oder mit anderen Reit- oder Zugtieren Paſſierenden muß außer dem vor dem Zuge hergehenden Manne eine zweite zu dem Perſonal des Transports gehörige Perſon Beiſtand zum Vorüberführen der Pferde zc. leiſten.

c) Der Transport muß anderen Paſſanten ſoviel Platz machen als möglich iſt.

d) Sobald der Transport in die Nähe von Seitenwegen oder von Häuſern gelangt oder begegnenden Fuhrwerken ſich nähert, hat die vorangehende Perſon mit einer Glocke ein Zeichen zu geben.

e) Die Benutzung der Lokomotivpfeife iſt bei dem Transporte verboten; der Dampfdruck darf während deſſelben nicht ſo hoch geſpannt werden, daß die Sicherheitsventile abblaſen. Angeſichts von Perſonen, welche Pferde oder ſonſtige Reit- oder Zugtiere reiten, fahren oder führen, dürfen die Zylinderhähne nicht geöffnet werden.

f) Wenn eine marſchierende Truppenabteilung oder eine Herde ſich nähert, muß ſofort gehalten werden. Das Gleiche muß geſchehen, ſobald die vorangehende Perſon oder ein Paſſant, welcher Pferde oder ſonſtige Reit- oder Zugtiere reitet, fährt oder führt, die Hand als Halteſignal aufhebt.

g) Der Transport von Lokomobilen iſt in der Zeit zwiſchen einer Stunde nach Sonnenuntergang bis eine Stunde vor Sonnenaufgang unterſagt. Ausnahmſweiſe kann der Nachtverkehr von der zur Erteilung der Fahrerlaubnis zuſtändigen Behörde für beſtimmte Fälle und unter der Bedingung geſtattet werden, daß ſowohl die Lokomobilen wie die Wagen und der vor dem Zuge gehende Mann mit roten Laternen verſehen ſind und eine Laterne am letzten Gefährt des Zuges hinten angebracht wird.

h) Die Aſchkäſten der Lokomobilen müſſen gegen das Herausfallen von Brennstoffen völlig geſichert ſein und dürfen während der Fahrt nur in gehöriger Entfernung von Gebäuden oder Waldungen entleert werden. Die Lokomobilen müſſen mit einem Funkenfänger am Schornſteine oder mit ſelbſtthätigen Feuerlöſchapparaten im Schornſteine verſehen ſein. Entſtehen durch ausgeworfene Feuerfunken Brände, ſo iſt für ſofortige Löſchung derſelben durch das Perſonal des Transports Sorge zu tragen.

§ 3. Von jedem Transporte iſt mindestens 48 Stunden vor Beginn deſſelben dem von der zuſtändigen Behörde bei der Genehmigung

Muster Nr. 45.

des Transports bezeichneten Begebaubeamten Anzeige zu machen und sind auch die von letzterem noch etwa weiter vorgeschriebenen Bedingungen zu beachten. (Vgl. § 1f.)

§ 4. Der Besitzer der Lokomobilen haftet für alle durch den Transport derselben an Wegen und Brücken verursachten Schäden; ebenso ist derselbe verpflichtet, diejenigen Kosten zu ersetzen, welche durch die behuf Sicherung des Transports erforderlichen Arbeiten an Brücken, Durchlässen zc. entstehen.

Den zur Erteilung der Genehmigung zuständigen Behörden steht die Befugnis zu, behufs Sicherstellung des Schadens- und Kostenersatzanspruchs den Besitzer vor Erteilung der Genehmigung zur Einzahlung einer Kaution anzuhalten.

§ 5. Zuwiderhandlungen gegen diese Anordnungen werden nach § 8 Abs. 2 des Gesetzes Nr. 17 vom 4. April 1902, die Anlegung und den Betrieb von Dampfkesseln und Dampffässern betr., mit Geldstrafe bis zu 150 Mk. oder mit Haft bestraft.

Muster Nr. 46.

(Stempelfrei.)

**Erlaubnisschein.**

(Dampfdreschen betr.)

Dem.....wird hierdurch gestattet, auf der Dorfstraße.....eine Lokomobile in Betrieb zu setzen, wobei jedoch nachstehende Vorschriften zu befolgen sind:

Die Dorfstraße darf nicht versperrt werden, so daß Fuhrwerke aller Art frei passieren können.

Die Bestimmungen der polizeilichen Vorschriften für den Gebrauch beweglicher Kessel vom 21. Juni 1902 (siehe untenstehend) sind genau zu befolgen.

Falls eine Entbindung nicht erteilt wird, zu durchstreichen	{	Von den Bestimmungen dieser Vorschriften in §§ 8
		und 9 wird hiermit insoweit entbunden, als anderweit an-
		geordnet wird, daß
		.....
		.....

....., den..ten..... 19..

(Siegel.)

Die Ortspolizeibehörde.

(Unterschrift.)

(Rückseite hat einen wörtlichen Abdruck der »polizeilichen Vorschriften für den Gebrauch beweglicher Kessel« — Stück G. der ministeriellen B. v. 21. Juni 1902 (G. u. B. S. Nov. 26. S. 131) — zu enthalten.)



Muster Nr. 48.

(Stempelfrei.)

## Erlaubnischein.

Dem .....  
wird hiermit unter den umstehend aufgeführten Bedingungen die Erlaubnis erteilt, den nachfolgend signalisierten, am .....  
von der unterzeichneten Ortspolizeibehörde geprüften Hund als Kugtier zu verwenden.

Geschlecht, Alter, Farbe und sonstige Kennzeichen des Hundes:

.....  
.....

Diese Erlaubnis erlischt am ..... und ist das Gesuch um Erteilung weiterer Erlaubnis rechtzeitig zu wiederholen.

....., den ..<sup>ten</sup>..... 19..

Die Ortspolizeibehörde.

(Siegel.)

(Unterschrift.)

Muster Nr. 48: Rückseite.

## Bedingungen.

1. Das Einspannen des Hundes in zweirädrige Karren ist verboten.
2. Kranke oder infolge von Verletzungen am Körper zum Ziehen vorübergehend untaugliche Hunde, desgleichen trächtige und säugende Hündinnen dürfen für die Dauer dieses Zustandes zum Ziehen nicht verwendet werden.
3. Die Beförderung erwachsener Personen auf Hundefuhrwerken ist — abgesehen von Notfällen, z. B. behuf des Transports von Kranken, Verunglückten u. dergl. — nicht gestattet.
4. Der Führer eines Hundefuhrwerks hat den Erlaubnischein stets bei sich zu führen und denselben dem kontrollierenden Polizeibeamten auf Verlangen vorzuzeigen.
5. Der Hundefuhrwerksführer hat ein Trinkgefäß und eine trockene Unterlage mitzunehmen und letztere bei Kälte oder naßkalter Witterung während des Haltens dem oder den Hunden unterzulegen.
6. Zuwiderhandlungen werden mit Geldstrafe bis zu 60 Mk. oder mit Haft bis zu 14 Tagen bestraft.

Gemeinde.....

**Verzeichnis**  
der  
**zur Benutzung von Hunden als Zugtiere**  
ausgestellten  
**Erlaubnisscheine.**

Jahrgang 19.. bis ....

Laufende Nr.	Datum der Ausfer- tigung des Er- laubnis- scheins	Bezeichnung des Eigentümers des Hundes			Bezeichnung des Hundes			
		Namen	Stand	Wohnort	Geschlecht	Alter	Farbe	besondere Kennzeichen
1.								
2.								
3.								
4.								
5.								
6.								
7.								
8.								
9.								
10.								



Gegenwärtig:

der unterzeichnete Gemeindevorsteher.

## Gefchehen

zu .....

am ..<sup>ten</sup> ..... 19..

Nachdem von Herzoglicher Kreisdirektion zu.....unterm  
.....Mtz. Nr.....die Tötung....de.....  
zu.....gehörige.....angeordnet war, hatten sich heute

1. der Kreistierarzt.....aus.....

2. als Schiedsmänner

a) der.....aus.....

b) der.....aus.....

hier eingefunden, um die eventuell zu leistende Entschädigung für d...  
zur Tötung bestimmt.....zu ermitteln.

Zu dem Zwecke wurden die genannten Schiedsmänner von dem  
unterzeichneten Gemeindevorsteher mittelst Handschlages an Eides Statt  
verpflichtet und mit den auf die Schätzung bezüglich Bestimmungen des  
§ 5 des Gesetzes vom 28. März 1881 Nr. 18 bekannt gemacht.

Als zur Tötung bestimmt wurde.. von dem Kreistierarzt.....  
bezeichnet bzw. wurde deren gemeiner Wert (ohne Rücksicht auf den durch  
die Behaftung mit der Seuche herbeigeführten Minderwert) von den  
Kommissions-Mitgliedern festgestellt, wie folgt:

- |          |                                    |    |
|----------|------------------------------------|----|
| 1. ....  | (Nr. .... des Verzeichnisses)..... | M. |
| 2. ....  | ( » ... » » ).....                 | »  |
| 3. ....  | ( » ... » » ).....                 | »  |
| 4. ....  | ( » ... » » ).....                 | »  |
| 5. ....  | ( » ... » » ).....                 | »  |
| 6. ....  | ( » ... » » ).....                 | »  |
| 7. ....  | ( » ... » » ).....                 | »  |
| 8. ....  | ( » ... » » ).....                 | »  |
| 9. ....  | ( » ... » » ).....                 | »  |
| 10. .... | ( » ... » » ).....                 | »  |

Hierauf wurde.....Tier...getötet.

Nachdem sodann der Kreistierarzt d.. getötete....Tier...hatte  
zerlegen lassen und von ihm konstatiert war, daß.....



Muster Nr. 52.

wurde der Wert der dem Besitzer zur Verfügung bleibenden Teile von der Kommission festgestellt, wie folgt:

1. ad	1. (Nr. .... des Verzeichnisses)	..... M.
2. ad	2. ( » ..... » » )	..... »
3. ad	3. ( » ..... » » )	..... »
4. ad	4. ( » ..... » » )	..... »
4. ad	5. ( » ..... » » )	..... »
6. ad	6. ( » ..... » » )	..... »
7. ad	7. ( » ..... » » )	..... »
8. ad	8. ( » ..... » » )	..... »
9. ad	9. ( » ..... » » )	..... »
10. ad	10. ( » ..... » » )	..... »

Schließlich liquidierten:

a) für Versäumnis-Entschädigung:

der Schiedsman ..... M.

der Schiedsman ..... »

b) für Reisekosten-Entschädigung:

der Schiedsman ..... »

der Schiedsman ..... »

B. g. u. u.

Zur Beglaubigung

.....

Gemeindevorsteher.

Gegenwärtig:  
der unterzeichnete Gemeindevorsteher.

## Gefchehen:

zu .....  
am ..<sup>ten</sup> ..... 19..

Da

von dem ..... zur Anzeige gebracht war, daß  
unter seinem ..... bestande anscheinend der Milzbrand (Rauschbrand)  
ausgebrochen sei, hatten sich auf vorgängige Einladung

1. Der Kreistierarzt ..... aus .....

2. als Schiedsmänner

a) der ..... aus ..... und

b) der ..... aus .....

heute hier eingefunden, um die Erkrankungs- bzw. Todesursache festzu-  
stellen und die eventuell zu leistende Entschädigung für das am Milz-  
brand (Rauschbrand) erkrankte — gefallene — Vieh zu ermitteln.

Nachdem die genannten Schiedsmänner von dem unterzeichneten  
Gemeindevorsteher mit den auf die Schätzung bezüglichen Bestimmungen  
in § 7 des Gesetzes vom 28. Mai 1894 Nr. 22 und in § 5 des Ge-  
setzes vom 28. März 1881 Nr. 18 bekannt gemacht und mittelst Hand-  
schlag an Eides Statt verpflichtet waren, wurde von den Kommissions-  
mitgliedern das in Frage kommende Vieh besichtigt, und dessen gemeiner  
Wert (ohne Rücksicht auf den durch Behaftung mit Milzbrand — Rausch-  
brand — herbeigeführten Minderwert) festgestellt, wie folgt:

- |         |    |
|---------|----|
| 1. .... | M. |
| 2. .... | »  |
| 3. .... | »  |
| 4. .... | »  |
| 5. .... | »  |
| 6. .... | »  |

Sodann wurde vom Kreistierarzt zur Zerlegung d. .... Kadaver  
geschritten und hierbei festgestellt, daß d. .... gefallene .... Tier .... mit  
Milzbrand (Rauschbrand) behaftet gewesen.

Die Schiedsmänner liquidirten:

a) für Verschäumnis-Entschädigung:

a) der Schiedsmann ..... M.

b) der Schiedsmann ..... »

b) für Reisekosten-Entschädigung:

a) der Schiedsmann ..... M.

b) der Schiedsmann ..... »

B. g. u. u.

Zur Beglaubigung

.....  
Gemeindevorsteher.

Muster Nr. 54.

An

den .....  
in .....

Da nach einem Gutachten des Kreistierarztes.....  
unter Ihrem Geflügelbestande die Geflügelcholera — Hühnerpest — aus-  
gebrochen ist, so werden folgende Schutzmaßregeln angeordnet:

1. Ihr Gehöft ist am Haupteingange oder an einer sonstigen ge-  
eigneten Stelle in augenfälliger und haltbarer Weise mit einer  
Innschrift »Geflügelcholera« oder »Hühnerpest« zu versehen.
2. Die kranken Tiere sind von den noch vollkommen gesunden ab-  
zusondern und haben Sie Ihr sämtliches Geflügel von öffentlichen  
Wegen und Wasserläufen, sowie von Orten, die für fremdes Geflügel  
zugänglich sind, fern zu halten. Der Absonderungsraum ist derart  
einzurichten, daß er für fremdes Geflügel und in Freiheit lebende  
Vögel, insbesondere Tauben und Sperlinge, unzugänglich ist.
3. Die verendeten oder getöteten Tiere sind durch Verbrennen oder nach  
Bestreuen mit frisch gelöschtem Kalk durch Vergraben in mindestens  
 $\frac{1}{2}$  Meter tiefen Gruben unschädlich zu beseitigen.
4. Auf Ihrem Gehöfte darf während der Seuchendauer lebendes oder  
geschlachtetes Geflügel sowie Teile von solchen nicht entfernt werden.  
Für geschlachtetes Geflügel können nur auf Grund des Gutachtens  
des Kreistierarztes mit ortspolizeilicher Genehmigung Ausnahmen  
zugelassen werden, sofern eine Weiterverbreitung der Seuche da-  
durch nicht zu befürchten ist.
5. Kot, Dünger und sonstiger Abfall (Federn) sowie Futterreste von  
Geflügel dürfen aus Ihrem Gehöft nicht entfernt werden, auch  
dürfen Geflügelhändler Ihr Gehöft nicht betreten.

Sobald auf Ihrem Gehöft sämtliches Geflügel gefallen oder  
getötet oder nach dem letzten Erkrankungsfall eine Frist von  
14 Tagen verstrichen ist, haben Sie der unterzeichneten Behörde  
Anzeige zu erstatten, worauf die Desinfektion Ihres Gehöftes an-  
geordnet werden wird.

Zu widerhandlungen gegen die vorstehend angeordneten Maßregeln  
und Bestimmungen unterliegen, insofern nicht nach den bestehenden Ge-  
setzen, insbesondere nach § 328 des Strafgesetzbuches, eine höhere Strafe  
verwirkt ist, der Strafvorschrift des § 66 Ziffer 3 und 4 des Reichs-  
Viehseuchengesetzes vom 23. Juni 1880  
1. Mai 1894.

....., den.....19

Die Ortspolizeibehörde.

Eine gleichlautende Ausfertigung vorstehender Verfügung habe ich  
heute von der Ortspolizeibehörde zu .....zugestellt erhalten.

....., den.....19..

An

den .....  
in .....

Nachdem Sie der unterzeichneten Behörde angezeigt haben, daß die Geflügelcholera unter Ihrem Geflügel erloschen sei, wird hiermit die Desinfektion Ihres Gehöftes angeordnet. Letztere hat sich auf alle zur Unterbringung von Geflügel benutzten Räumlichkeiten, Fahrzeuge und sonstigen Behältnisse zu erstrecken und ist in folgender Weise auszuführen:

1. Der Kot, der Dünger, die Futterreste und der zusammengekehrte Schmutz sind zu verbrennen.
2. Die Fußböden, Türen, Wände, Sitzstangen, Futter- und Tränkgeschirre, sowie sonstige Geräte sind mit heißer Sodalauge (3 Raumteile Soda auf 100 Raumteile Wasser) gründlich abzuwaschen.
3. Schadhafte und geringwertige Holzgegenstände sind zu verbrennen.
4. Von Erd- und Sandböden sind die obersten Schichten auszuheben und unschädlich zu beseitigen.
5. Kadaver- und Schlachtabfälle sind entweder durch Verbrennen oder durch Vergraben in mindestens  $\frac{1}{2}$  Meter tiefen Gruben unschädlich zu beseitigen.
6. Nach erfolgter Trocknung und Lüftung der gereinigten Räumlichkeiten sind der Fußboden, die Wände und Türen mit Kalkmilch (1 Raumteil frisch gelöschter Kalk auf 20 Raumteile Wasser) zu übertünchen.
7. Die ordnungsmäßig ausgeführte Desinfektion ist der Ortspolizeibehörde anzuzeigen.

Zu widerhandlungen gegen vorstehende Anordnungen unterliegen, insofern nicht nach den bestehenden Gesetzen, insbesondere nach § 328 des Strafgesetzbuches eine höhere Strafe verwirkt ist, der Strafvorschrift des § 66 Ziffer 3 und 4 des Reichs-Viehseuchengesetzes vom 23. Juni 1880  
1. Mai 1894.

....., den .....19

Die Ortspolizeibehörde.

Eine gleichlautende Ausfertigung vorstehender Verfügung habe ich heute von der Ortspolizeibehörde zu ..... zugestellt erhalten.

....., den .....19

Muster Nr. 56.

An

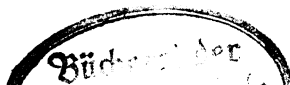
den .....  
in .....

Nachdem die Geflügelcholera — Hühnerpest — unter Ihrem Geflügelbestande erloschen und die vorgeschriebene Desinfektion Ihres Gehöftes ausgeführt ist, werden die angeordneten Sperr- und Schutzmaßregeln damit wieder aufgehoben.

....., den .....19

Die Ortspolizeibehörde.

Bangerfeldt, Gemeindevorsteher.



Muster Nr. 57.

## Viehseuchen-Nachricht.

Kox (Wurm)

Maul- und Klauenseuche

Lungenseuche

ist

Milzbrand

Schweineseuche

unter de .....

des .....

..... hieselbst

am ..... ausgebrochen.

....., den ..<sup>ten</sup>..... 19..

Die Ortspolizeibehörde.

.....

An

Herzogliche Kreisdirection .....

Herrn Kreistierarzt .....

.....

die Ortspolizeibehörde zu .....

Muster Nr. 58.

(Stempelfrei.)

## Legitimationsattest.

Der Botenmann Johann Meyer aus Eikum transportiert vier Stück Rehböcke (à 28, 30, 32, 34 Pfd. schwer, Gesamtgewicht 124 Pfd.), welche aus der hiesigen Holzjagd stammen, nach Braunschweig zum Wildhändler Schulze daselbst.

Eikum, den 13<sup>ten</sup> August 1900.

Der Gemeindevorsteher.

(Siegel.)

(Unterschrift.)

## Verzeichnis

der

im Bezirke.....besetzten Betriebe,  
in welchen fremde Kinder beschäftigt werden.

1.	2.	3.	4.		5.	6.	7.	8.
Sfb. Nr.	Bezeichnung des Betriebes und Name des Arbeitgebers	Betriebsstätte	Anzahl der beschäftigten Kinder		Datum und Aktennummer der Anzeige	Datum der vor- genommenen Revision	Bestrafungen	Bemerkungen
			männlich	weiblich				

Erläuterungen. In Spalte 4 ist jedesmal die bei der letzten Revision vorgefundene Zahl der Kinder einzutragen.  
In Spalte 5 ist das Datum der nach § 10 des Gesetzes zu erstattenden Anzeigen und deren Aktennummer einzutragen.  
In Spalte 8 sind die wegen Zuwiderhandlungen rechtsgültig erkannten Strafen einzutragen.

Muster Nr. 60.

## Herzogtum Braunschweig.

### Arbeitskarte

für

geboren den .....  
zu .....

#### Des gesetzlichen Vertreters

Name: .....

Stand: .....

Letzter Wohnort: .....

Eingetragen in das Verzeichnis des Jahres ..... unter Nr. ....

....., den .....

(Siegel.)

Die Orts-Polizeibehörde.  
(Unterschrift.)

Muster Nr. 60. (Rückseite.)

#### Bemerkungen.

#### Zur Beachtung für den Arbeitgeber.

Der Arbeitgeber hat diese Arbeitskarte während der Dauer des Arbeitsverhältnisses aufzubewahren, auf amtliches Verlangen vorzulegen und nach rechtmäßiger Lösung des Arbeitsverhältnisses dem gesetzlichen Vertreter des Kindes wieder auszuhandigen. Ist die Wohnung des gesetzlichen Vertreters nicht zu ermitteln, so ist die Arbeitskarte an die Ortspolizeibehörde desjenigen Ortes auszuhandigen, an welchem das Kind zuletzt seinen dauernden Aufenthalt gehabt hat.

Muster Nr. 61.

# Verzeichnis

der von ..... zu ..... im Jahre 19.. ausgestellten Arbeitskarten.

1.		2.				3.			4.	5.	6.
Der Arbeitskarte		Des Inhabers oder der Inhaberin der Arbeitskarte				Des gesetzlichen Vertreters			Angabe, ob die Arbeitskarte auf Antrag oder mit Zustimmung des gesetzlichen Vertreters oder nach Ergänzung der Zustimmung des gesetzlichen Vertreters durch die Gemeindebehörde ausgestellt ist	Angabe des Betriebes, in welchem das Kind beschäftigt werden soll, und der Betriebsstätte	Bemerkungen
Iste. Nr.	Datum der Ausstellung	a) Vor- und Zuname	b) Geburts-			c) Aufenthaltsort während der bevorstehenden Beschäftigung	a) Vor- und Zuname	b) Stand	c) Iester Wohnort		
			Tag	Jahr	Ort						



Muster Nr. 62.

**Gemeinde** .....

Bezeichnung des Betriebes: .....

**Ver=**

der gemäß Ziffer 4 der Bestimmungen des Bundesrates  
in Gast- und Schankwirtschaften vom

Nachweisung der im Betriebe beschäftigten Gehülfen und Lehrlinge		Nr. der Woche	Dem Der Nebengenannten wurde gewährt:			
			an den unten angegebenen Tagen:		eine mindestens 24stündige Ruhezeit gemäß Ziffer 4, Absatz 1, 2	eine minde- Ruhezeit ge- Ab.
			Wochentag	Tages- und Monats- Datum	Beginn: ..... Uhr .....	Beginn: ..... Uhr .....
Nr. 1	Vor- und Zuname:	1				
		2				
		3				
		4				
		5				
	Art der Beschäftigung:	6				
		7				
		8				
		9				
		10				
	Geburts- tag und Jahr:	11				
		12				
		13				
		14				
		15				
		16				
	Im Betriebe beschäftigt seit:	17				
		18				
		19				
		20				
		21				
		22				
		23				
		24				
		25				
		26				

Anmerkung: In den Spalten »Wochentag, Tages- und Monats-Datum«

**Kalenderjahr 19.....**

Name des Besitzers oder Leiters: .....

# Zeichnis

über die Beschäftigung von Gehülfsen und Lehrlingen  
23. Januar 1902 gewährten Ruhezeiten.

stens 6 stünd. mäß Biffer 4, satz 3	Nr. der Woche	Dem Der Nebengenannten wurde gewährt:						Revisions- vermerke
		an den unten angegebenen Tagen:		eine mindestens 24stündige Ruhezeit gemäß Biffer 4, Absatz 1, 2		eine mindestens 6 stündige Ruhezeit gemäß Biffer 4, Absatz 3		
		Wochentag	Tages- und Monats- Datum	Beginn: ..... Uhr.....	Ende: (am folg. Tage) ..... Uhr.....	Beginn: ..... Uhr.....	Ende: ..... Uhr.....	
Ende: ..... Uhr.....								
	27							
	28							
	29							
	30							
	31							
	32							
	33							
	34							
	35							
	36							
	37							
	38							
	39							
	40							
	41							
	42							
	43							
	44							
	45							
	46							
	47							
	48							
	49							
	50							
	51							
	52							

ist der Tag einzutragen, an welchem die Ruhezeit beginnt.

Muster Nr. 63.

An  
Herzogliche Kreisdirektion

zu

## Tabellarischer Bericht

des Gemeindevorstehers ..... zu .....  
über die am ..... 19... vorgenommene Revision der  
.....  
..... (Inhaber, Geschäftsführer, Direktor.)

1. Wie groß ist die Zahl der zur Zeit der Revision be-  
schäftigten Arbeiter

a) zwischen 16 und 21 Jahren?

α. der männlichen?

β. der weiblichen?

b) zwischen 14 und 16 Jahren?

α. der männlichen?

β. der weiblichen?

c) unter 14 Jahren?

α. der männlichen?

β. der weiblichen?

2. Sind sämtliche minderjährige Arbeiter mit vorschriftsmäßig  
ausgefüllten Arbeitsbüchern versehen?

3. Ist in den Arbeitsräumen, in denen Arbeiterinnen über  
16 Jahren beschäftigt werden, der Auszug aus den gesetzlichen  
Bestimmungen ausgehängt?

4. Stimmen die regelmäßige tägliche Arbeitszeit, die Arbeits-  
zeit an den Vorabenden der Sonn- und Festtage und die Mittags-  
zeit der Arbeiterinnen über 16 Jahren mit den gesetzlichen  
Vorschriften — § 137 Absatz 1 bis 4 d. G. D. — und mit  
der der Ortspolizeibehörde erstatteten Anzeige überein?

5. Wird denjenigen Arbeiterinnen über 16 Jahren, welche  
ein Hauswesen zu besorgen haben, auf ihren Antrag eine  
1½ stündige Mittagspause gewährt?

6. Werden nicht Arbeiterinnen entgegen der Vorschrift des  
§ 137 Absatz 5 d. G. D. während der ersten 4 Wochen nach  
ihrer Niederkunft beschäftigt oder ist, sofern eine Beschäftigung  
während der folgenden 2 Wochen stattfindet, das Zeugnis eines  
approbierten Arztes, welches diese Beschäftigung für zulässig  
erklärt, beigebracht worden?

7. Sind in den Arbeitsräumen, in denen jugendliche Arbeiter  
beschäftigt werden, der Auszug aus den gesetzlichen Bestimmungen  
und das Verzeichnis der jugendlichen Arbeiter ausgehängt?

8. Stimmen die Angaben dieses Verzeichnisses über Arbeits-  
zeit und Pausen mit der der Ortspolizeibehörde gemachten  
Anzeige überein?

9. Stimmen die in die Verzeichnisse eingetragenen jugendlichen  
Arbeiter mit dem Befunde und mit den vom Arbeitsgeber ver-  
wahrten Arbeitsbüchern überein?

10. Stimmen Arbeitszeit und Pausen der jugendlichen Arbeiter  
mit den gesetzlich-n Vorschriften und den auf den Verzeichnissen  
eingetragenen Angaben überein?

11. Sind die zur tunlichsten Sicherheit der Arbeiter gegen Gefahr für Leben und Gesundheit notwendigen Einrichtungen getroffen?

12. Sind Bedürfnisanstalten vorhanden, welche für die Zahl der Arbeiter ausreichen, den Anforderungen der Gesundheitspflege entsprechen und deren Benutzung ohne Verletzung von Sitte und Anstand erfolgen kann?

13. Ist für die Fabrik, wenn in der Regel mindestens 20 Arbeiter beschäftigt werden, eine Arbeitsordnung vorhanden und ist dieselbe an geeigneter, allen Arbeitern zugänglicher Stelle ausgehängt?

14. Entspricht die Unterbringung von Arbeitern in Arbeiter-Kasernen und sonstigen zur Aufnahme einer größeren Anzahl von Arbeitern bestimmten Räumlichkeiten den Bestimmungen des § 4 des Gesetzes vom 8. April 1892?

15. Ist nach jeder Revision auf den in den Arbeitsräumen aushängenden Verzeichnissen ein Revisions-Vermerk gemacht?

## Die Sonntagsruhe im Gewerbebetriebe mit Ausnahme des Handelsgewerbes.

1. Ist das nach § 105 c Absatz 2 der G. D. vorgeschriebene Verzeichnis vorhanden und ordnungsgemäß geführt?

2. Sind in Betrieben, welche von den durch den Bundesrat auf Grund des § 105 d der G. D. zugelassenen Ausnahmen Gebrauch machen, die vorgeschriebenen Aushänge und Ausnahmeverordnungen vorhanden?

3. Für den Fall, daß zur Zeit der Revision eine Beschäftigung nach der Ausnahmeverordnung in § 105 f der G. D. stattfindet, sind die vorgeschriebenen Aushänge vorhanden?

4. Stimmt die Beschäftigung der Arbeiter mit den erlassenen Ausnahmeverordnungen überein, werden insbesondere die Arbeiter nicht länger als zulässig beschäftigt und werden die in den Genehmigungsbedingungen vorgeschriebenen Ruhezeiten gewährt?

5. Wird die von Herzoglicher Kreisdirection in Rücksicht auf die unregelmäßige Wasserkraft zugelassene Ausnahme, betreffend die Sonn- und Festtagsruhe, innegehalten?

6. Wird die von Herzoglicher Kreisdirection zugelassene Ausnahme, betreffend die Sonn- und Festtagsruhe in der Windmühle, innegehalten?

7. Werden den in der Mühle beschäftigten Gesellen und Lehrlingen die gesetzlich vorgeschriebenen Ruhezeiten gewährt?

8. Ist nach jeder Revision auf dem Verzeichnisse (siehe Ziffer 1) und den Aushängen (siehe Ziffer 2 und 3) ein Revisions-Vermerk gemacht?

....., den ..ten.....19..

Der Gemeindevorsteher.  
(Unterschrift.)

**Gesehen**

zu Dffleben bei Schöningen  
am 27. Oktober 1899.

Mir, dem unterzeichneten Gemeindevorsteher von Dffleben, Ackermann Jakob Wagenführ, wurde heute angezeigt, daß der durch Verschüttung im Tagebau der Kohlengrube Treue schwer verletzte Bergmann Ignaz Sobieski wegen seines offenbar bald eintretenden Ablebens so schnell als nur möglich sein Testament vor mir errichten wolle.

Ich begab mich deshalb in die in der Arbeiterkaserne der Grube Treue befindliche Wohnung des Bergmanns Sobieski, wo ich diesen, der mir persönlich bekannt ist, auf einem Bette liegend zwar krank, aber bei klarem Verstande antraf. Nachdem ich als Zeugen zugezogen hatte:

1. den Obersteiger Friedrich Schneider und
2. den Gemeinbediener Konrad Uhlenhaut,

beide von hier,

stellte ich zunächst fest, daß diese Zeugen volljährig, im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte, fähig als Zeugen eidlich vernommen zu werden, geschäftsfähig und mit mir weder verwandt noch verschwägert sind, und daß von uns dreien mit dem Bergmann Sobieski keiner in einem Verwandtschafts- oder Schwägerschaftsverhältnisse steht.

Sodann trug Sobieski vor:

»Durch einen unvermuteten Niedergang von Erdrreich bin ich heute Morgen in der Grube Treue so schwer verletzt, daß ich fürchten muß, mein Tod werde bald eintreten; ich wünsche deshalb vor dem hiesigen Gemeindevorsteher mein Testament zu errichten.«

Da die Verletzungen, an denen Sobieski darniederliegt, offenbar sehr erheblich sind, so war ernstlich zu besorgen, daß er früher sterben werde, als die Errichtung eines Testaments vor einem Richter oder einem Notar möglich sein werde; es wurde ihm deshalb eröffnet, daß wir, Gemeindevorsteher und Zeugen, zur Aufnahme seines Testaments bereit seien, worauf Sobieski folgendes erklärte:

»Meine Eltern sind bereits gestorben; ich bin unverheiratet; meine nächsten Verwandten sind meine drei Geschwister, nämlich ..... Diese meine drei Geschwister setze ich zu gleichen Rechten als Erben ein. Mehr will ich nicht bestimmen.«

Hierauf wurde das Protokoll vorgelesen und von Ignaz Sobieski und den Zeugen genehmigt und unterschrieben, wie folgt:

Ignaz Sobieski.  
Friedrich Schneider.  
Konrad Uhlenhaut.

Zur Beglaubigung:

J. Wagenführ,  
Gemeindevorsteher.

(Siegel.)

(Stempelfrei.)

Muster Nr. 65.

# Bescheinigung

über die Vermögens- und Familienverhältnisse

des.....

..... Jahre alt, zwecks Erlangung des Armenrechts  
zur Prozeßführung wider

d..... wegen.....

Antragsteller.. besitzt an unbeweglichem Vermögen.....

.....  
an Kapitalvermögen .....

an sonstigem Vermögen .....

Dagegen hat .. an Schulden.....

Der Verdienst d.. Antragsteller.. besteht in .....

Die Familienverhältnisse de.. Antragsteller.. sind der Art.....

D.. Antragsteller.. hat an direkten Steuern jährlich zu entrichten,  
und zwar an:

a) Staats-Einkommensteuer . . . . . M... S

b) Ergänzungssteuer . . . . . » ... »

c) Staats-Grundsteuer . . . . . » ... »

d) Staats-Gewerbesteuer . . . . . » ... »

e) Gemeindesteuer . . . . . » ... »

f) sonstigen Steuern und Abgaben ... » ... »

Unter den angeführten Umständen ist ... Antragsteller.. nicht im-  
stande, ohne Beschränkung ... notwendigen Lebensunterhaltes für sich  
oder ... Familie die Kosten der obgedachten Prozeßführung zu bestreiten.

....., den ..<sup>ten</sup>..... 19..

Der Gemeindevorsteher.

(Siegel.)

(Unterschrift.)

Bestätigt.

....., den ..<sup>ten</sup>..... 19..

Herzogliche Kreisdirektion.

(Siegel.)

(Unterschrift.)



(Stempelfrei.)

Muster Nr. 68.

Dem.....(vollständiger Name und Stand),  
geboren zu.....am ..<sup>ten</sup>....., welcher sich  
freiwillig zum aktiven Dienst im Heere melden will,\* wird auf Ansuchen  
hierdurch bescheinigt, daß er sich seit.....hier auf=  
gehalten, durch Zivilverhältnisse nicht gebunden ist und sich untadelhaft  
geführt hat.

....., den ..<sup>ten</sup>.....19..

Der Gemeindevorsteher.

(Siegel.)

(Unterschrift.)

\* Anmerkung. Ist die Bescheinigung für jemand bestimmt, welcher  
als Einjährig-Freiwilliger eintreten will, so ist zu sagen, »welcher  
am.....als Einjährig-Freiwilliger in das Heer einzutreten gedenkt,«  
— auch sind die Worte »durch Zivilverhältnisse nicht gebunden ist« fortzulassen.

Muster Nr. 69.

## Quartier-Billet.

Von dem.....

Nr. ....

ist heute für ..... Generale,  
» » » ..... Stabsoffiziere,  
» » » ..... Hauptleute, Rittmeister  
und Leutnants,  
» » » ..... Feldwebel, Wachtmeister,  
» » » ..... Fahnenjunger usw.,  
» » » ..... Unteroffiziere,  
» » » ..... Gemeinde

Quartier mit (ohne) Verpflegung auf ..... Tage zu leisten, auch  
Stallung (mit — ohne — Furance)

für ..... Offizierspferde,  
» ..... Mannschaftspferde,

zur Verfügung zu stellen.

....., den ..<sup>ten</sup>.....19..

Der Gemeindevorsteher.

(Unterschrift.)



## Bekanntmachung.

Der Gemeinderat zu..... hat auf Grund des § 6 a des Krankenversicherungs-Gesetzes vom 10. April 1892 und 25. Mai 1903 folgende Beschlüsse gefaßt:

1. Personen, welche der Versicherungspflicht nicht unterliegen und freiwillig der Gemeinde-Krankenversicherung beitreten, haben keinen Anspruch auf Krankenunterstützung, wenn der Unterstützungsfall eintritt, bevor 6 Wochen seit ihrer Anmeldung verstrichen sind.
2. Mitgliedern, welche die Gemeinde-Krankenversicherung durch eine mit dem Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte bedrohte strafbare Handlung schädigen, wird für die Dauer von 12 Monaten seit Begehung der Straftat, sowie Mitgliedern, welche sich eine Krankheit vorsätzlich oder durch schuldhaftes Beteiligung bei Schlägereien oder Raufhändeln oder durch Trunkfälligkeit zugezogen haben, für diese Krankheit Krankengeld nicht gewährt.
3. Mitgliedern, welche von der Gemeinde die Krankenunterstützung ununterbrochen oder im Laufe eines Zeitraums von 12 Monaten für 26 Wochen bezogen haben, wird bei Eintritt eines neuen Unterstützungsfalles, sofern dieser durch die gleiche nicht gehobene Krankheitsursache veranlaßt ist, im Laufe der nächsten 12 Monate Krankenunterstützung nur für die Gesamtdauer von 13 Wochen gewährt.
4. Die im § 7 des Krankenversicherungs-Gesetzes vorgesehene Kur- und Verpflegung erfolgt in dem Krankenhaus ..... oder in..... Soweit die Erkrankten nicht in ein Krankenhaus aufgenommen sind, wird denselben die ärztliche Behandlung durch den Kassenarzt Herrn Dr. med. .... zu ..... und die Lieferung der Arznei durch die Apotheke zu ..... gewährt. Die Bezahlung der durch Inanspruchnahme anderer Ärzte, Apotheken und Krankenhäuser entstandenen Kosten kann, von dringenden Fällen abgesehen, abgelehnt werden. Ob Behandlung durch einen Spezialarzt zu gewähren ist, entscheidet nach Anhörung des Kassenarztes der Gemeindevorsteher.

5. Mitglieder, welche erkranken, haben hiervon dem Gemeindevorsteher innerhalb 24 Stunden Anzeige zu erstatten.

Über diese Anmeldung wird eine Bescheinigung ausgestellt, welche dem Kassenarzte gegenüber als Ausweis dient.

Behuf Erlangung des Krankengeldes muß das Mitglied sich vom Kassenarzte den Beginn und die Dauer der Erwerbsunfähigkeit bescheinigen lassen.

Sobald ein Mitglied, welches Krankengeld bezieht, wieder erwerbsfähig wird, oder sobald der Arzt eine erkrankte Person für genesen erklärt, ist dem Gemeindevorsteher hiervon sogleich durch das betreffende Mitglied Anzeige zu erstatten. Das Gleiche gilt für ein Mitglied, welches aus dem Krankenhaus entlassen wird.

6. Solange ein Mitglied Krankengeld bezieht, hat es folgende Vorschriften zu erfüllen:

- a) Den Anordnungen des Arztes ist unbedingt Folge zu leisten, insbesondere ist es verboten, die verordneten Heilmittel absichtlich zu vernichten und Handlungen zu begehen, welche der Genesung hinderlich sind;
- b) die Wohnung darf nur mit Genehmigung des Arztes verlassen werden;
- c) der Genuß alkoholischer Getränke ist nur auf Anordnung des Arztes gestattet;
- d) der Besuch von öffentlichen Lokalen und Schankstätten sowie die Verrichtung von Lohnarbeit ist untersagt;
- e) den Krankenbesuchern ist jede verlangte Auskunft über die Krankheit und die vom Arzte verordneten Heilmittel unweigerlich zu geben;
- f) erkrankte Mitglieder dürfen ohne Genehmigung des Gemeindevorstehers den Aufenthaltsort nicht wechseln.

Zu widerhandlungen gegen die Bestimmungen Ziffer 5 und 6 können mit Ordnungsstrafe bis zum dreifachen Betrage des täglichen Krankengeldes für jeden einzelnen Übertretungsfall belegt werden.

Vorstehende Satzungen treten, nach Genehmigung der Bestimmungen Ziffer 5 und 6 durch Herzogliche Kreisdirektion mit dem..... in Kraft.

....., den...<sup>ten</sup>.....19..

Der Gemeindevorsteher.

(Siegel.)

(Unterschrift.)

## Verhandelt

....., den...<sup>ten</sup>.....19..

## Unfalluntersuchungs-Verhandlung.

Nachdem durch Anzeige vom...<sup>ten</sup>.....19.. die Ortspolizeibehörde davon Kenntniß erhalten hatte, daß in dem zur.....

Berufsgenossenschaft gehörigen Betriebe der Firma .....

hier selbst am...<sup>ten</sup>.....19.. gegen...Uhr  
sich ein Unfall ereignet hat, durch welchen der .....

verletzt (getötet) wurde, ist die amtliche Unfalluntersuchung auf heute anberaumt worden.

Zu derselben wurden geladen:

1. Der Verletzte (die Angehörigen des Getöteten): .....
2. Der beteiligte Betriebsunternehmer: .....
3. für den Vorstand der obengenannten Berufsgenossenschaft: .....
4. für den Vorstand der Krankenkasse: .....
5. Der Fabrikinspektor: .....
6. als Zeugen (Sachverständige): .....

Von den Eingeladenen sind erschienen die unter 1, 2, 3, 4 und 6 bezeichneten Personen.

Die Untersuchung beginnt mit der Vernehmung der Zeugen des Unfalls; dieselben sagen nacheinander aus, wie folgt:

Muster Nr. 71.

Seitens des Betriebsunternehmers wird zu den Zeugenaussagen das Nachfolgende angeführt:.....

Der Vertrauensmann der Berufsgenossenschaft äußert sich wie folgt:.....

Durch die gepflogenen Verhandlungen ist mithin festgestellt:.....

Als unmittelbare Folgen des Unfalls haben sich ergeben:.....

Die voraussichtlich bleibenden schädlichen Folgen des Unfalls werden bestehen:.....

Zum Schluß wird zu der Feststellung der Personalien des Verletzten (des Getöteten) und seiner entschädigungsberechtigten Angehörigen (Hinterbliebenen) geschritten. Die ermittelten Angaben sind, soweit erforderlich, bei den nachstehenden Fragen eingetragen.

1. a) Vor- und Zuname des Verletzten.
- b) Wohnort und genaue Angabe der Wohnung desselben.
- c) Geburtstag und Geburtsjahr des Verletzten.
- d) Name und Wohnort des gesetzlichen Vertreters (Vaters oder Vormundes) des Verletzten, sofern letzterer noch minderjährig ist.
- e) Ist der Verletzte verheiratet?  
Wenn ja —
  - a) Seit wann?
  - b) Wie heißt und wo wohnt seine Frau?
- f) Hat der Verletzte eheliche leibliche Kinder, welche das 15. Jahr noch nicht zurückgelegt haben?  
Wenn ja —
  - a) Name und Geburtstag der Kinder.
  - b) Wo halten sich die Kinder auf?

- g) Hat der Verletzte Aufzendenten (Eltern, Großeltern), deren einziger Ernährer derselbe bis zur Zeit des Unfalls tatsächlich gewesen ist?

Wenn ja —

Bezeichnung derselben unter genauer Angabe der Vor- und Zunamen, der Wohnung und des Verwandtschaftsverhältnisses.

- 
2. Befindet sich der Verletzte zurzeit der Unfalluntersuchung noch in ärztlicher Behandlung, wenn ja — Angabe des behandelnden Arztes oder des Krankenhauses, in welchem der Verletzte untergebracht ist.
- 

3. Ist der Verletzte schon vor dem Unfall mit einem körperlichen oder geistigen Gebrechen behaftet gewesen, wenn ja —

- a) Mit welchem?
- b) Rührt das Gebrechen von einem früheren Unfall her?
- c) Erhält der Verletzte hierfür von einer Berufsgenossenschaft eine Entschädigung, wenn ja, von welcher B.=G. und wie hoch beläuft sich der Entschädigungsbetrag pro Jahr?

Da ein Weiteres von keiner Seite geltend gemacht wird, wird die Verhandlung geschlossen und nach erfolgter Vorlesung zum Zeichen des Einverständnisses von allen Beteiligten unterschrieben.

B. w. o.

Die Entschädigung des Bevollmächtigten der Krankenkasse für entgangenen Arbeitsverdienst wird auf Grund des §..... der Statuten der in Frage stehenden Berufsgenossenschaft auf ..... M. festgesetzt und darüber dem Bevollmächtigten eine Bescheinigung ausgestellt.

Zur Beurkundung.

Von seiten der Ortspolizeibehörde.

Der Gemeindevorsteher: .....

Muster Nr. 72.

# Protokoll

über die Untersuchung eines Anfalls,  
welcher am ..... in dem Betriebe  
d .....  
sich ereignet hat.

Verhandelt

....., den...<sup>ten</sup>.....19..

Fragen.	Antworten.
<p>1. Vor- und Name des Verletzten.</p> <p>a) Wohnort und genaue Beschreibung der Wohnung.</p> <p>b) Gegenwärtiger Verbleib.</p> <p>c) War im Betriebe beschäftigt als:</p> <p>d) Geburtstag und -Jahr.</p> <p>e) Namen und Wohnung des Vaters oder der Mutter, bezw. des Vormundes, falls der Verletzte noch minderjährig ist.</p>	
<p>2. Ist der Verletzte verheiratet?</p> <p>Wenn ja:</p> <p>a) Seit wann?</p> <p>b) Wie heißt seine Frau?</p> <p>Wo wohnt dieselbe?</p>	
<p>3. Hat der Verletzte eheliche leibliche Kinder, welche das 15. Lebensjahr noch nicht zurückgelegt haben?</p> <p>Wenn ja:</p> <p>a) Namen und Geburtstag derselben.</p>	<p>1. ...., geb. d. ...<sup>ten</sup>.....19..</p> <p>2. ...., „ d. ...<sup>ten</sup>.....19..</p> <p>3. ...., „ d. ...<sup>ten</sup>.....19..</p> <p>4. ...., „ d. ...<sup>ten</sup>.....19..</p> <p>5. ...., „ d. ...<sup>ten</sup>.....19..</p> <p>6. ...., „ d. ...<sup>ten</sup>.....19..</p>
<p>b) Wo halten sich die Kinder gegenwärtig auf?</p>	

Fragen.	Antworten.
<p>4. Hat der Verletzte Aufzendenten (Eltern, Großeltern), deren einziger Ernährer derselbe in der Zeit vor dem Unfälle war? (Bezeichnung derselben unter genauer Angabe der Vor- und Zunamen, der Wohnung und des Verwandtschaftsverhältnisses.)</p>	
<p>5. Zeit des Unfalles.</p>	<p>Wochentag..... Datum ....19.. Tageszeit..... Stunde.....</p>
<p>6. Betrieb, in welchem sich der Unfall ereignet hat.</p>	
<p>7. Verletzung. (Möglichst genaue Angabe der beschädigten Körperteile.)</p>	
<p>8. Veranlassung und Hergang des Unfalles. (Kurze erschöpfende Schilderung des Unfalles selbst unter Angabe, ob zur Verhütung ähnlicher Unfälle Vorkehrungen getroffen sind oder wurden.)</p>	

9.		Ursachen des Unfalls.	
<p>Gefährlichkeit des Betriebes an sich.</p>	<p>Mangel gebräuchlicher Schutzvorkehrungen bezw. unterlassene oder ungenügende Anweisung.</p>	<p>Nichtbenutzung gebotener Schutzmittel. Handeln wider erhaltene Anweisung.</p>	<p>Ungeschicklichkeit. Unachtsamkeit. Leichtsin.</p>
<p>Schuld Dritter und Zufälle.</p>	<p>Vorsatz.</p>	<p>Gemischte Ursachen.</p>	<p>Ursache nicht zu ermitteln gewesen.</p>
(Das Zutreffende ist zu unterstreichen.)			

10. Lassen sich zur Verhütung ähnlicher Unfälle, wie der vorliegende, nach dem Urteile von Fachmännern bezw. verständigen Arbeitern irgend welche Schutzvorrichtungen treffen?  
Welche?

Muster Nr. 72.

Fragen.	Antworten.
11. Wann wird das Heilverfahren voraussichtlich völlig beendet sein?	
12. Auf wie lange Zeit hinaus wird der Verletzte noch nach Beendigung des Heilverfahrens infolge seiner Verletzung in seiner Erwerbsfähigkeit voraussichtlich beeinträchtigt bleiben?	
13. Erscheint für eine erfolgreiche Kur und Verpflegung des Verletzten die Unterbringung desselben in eine Krankenanstalt geboten? Wenn ja: — In welche? Auf wie lange etwa?	
14. Ist der Verletzte schon vor dem Unfalle mit einem körperlichen oder geistigen Gebrechen behaftet gewesen? Wenn ja: a) Mit welchem? b) Rührt das Gebrechen etwa aus einem früheren Unfalle her, für welchen irgend eine (andere) Berufsgenossenschaft zurzeit eine Entschädigung gewährt oder etwa bereits gewährt hat? Wenn ja: Namen derselben.	
15. Welche Folgen wird der Unfall voraussichtlich nach sich ziehen: a) Erwerbsunfähigkeit, und zwar vorübergehend oder dauernd, teilweise oder völlig? b) Tod?	
16. Welcher Krankenkasse gehört der Verletzte an?	

Fragen.	Antworten.
<p>17. Falls der Verletzte gestorben sein sollte, so ist</p> <p>a) die Todesursache sofort festzustellen, nötigenfalls muß die Obduktion der Leiche veranlaßt werden;</p> <p>b) anzugeben, welcher Arzt die Untersuchung der Leiche behuf Feststellung der Todesursache vorgenommen hat;</p> <p>c) festzustellen, wer und nachweislich in welcher Höhe die Beerdigungskosten bestritten resp. ausgelegt hat.</p>	

Daß die Beantwortung vorstehender Fragen den tatsächlichen Verhältnissen entspricht, bescheinigt

(Ort):..... (Datum):.....

### Die Ortpolizeibehörde.

(Unterschrift.)

Muster Nr. 74.

(Muster Nr. 73 siehe S. 422.)

### Bekanntmachung.

Die zwecks Unfallversicherung der land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter für das Geschäftsjahr 1. April 19../.. neu aufgestellte Unternehmerliste hiesiger Gemeinde wird vom ..d. Mts. an gerechnet eine Woche lang zur Einsicht seitens der Beteiligten in..... öffentlich ausliegen.

Etwasige Beschwerden dagegen sind binnen zwei Wochen nach Ablauf der Auslegungswoche bei dem Vorstande der Braunschweigischen landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft zu Braunschweig schriftlich anzubringen.

....., den ..<sup>ten</sup>..... 19..

Der Gemeindevorsteher.

(Siegel.)

(Unterschrift.)



Muster Nr. 73. (Muster Nr. 74 siehe S. 421.)

## An die Gemeindebehörde zu .....

Behuf Aufnahme in die dortige Unternehmerliste wird nachfolgende Überweisung gemacht.

....., den .....<sup>ten</sup>..... 19....

Der Gemeindevorsteher.

(Unterschrift.)

1	Name, Vorname, Stand und Brandversicherungs- nummer des Unternehmers, auch Wohnort, falls derselbe nicht mit dem Sitz des Betriebs zusammenfällt.	Art des Betriebes: Landwirtschaft, Gärtnerei, Forstwirtschaft (bei gemischten Be- trieben ist der Hauptbetrieb zu unterstreichen.	Gesamte bewirtschaftete Fläche, gleichviel ob im Eigentum, in Nutznießung, Pacht oder auf Grund eines sonstigen Verhältnisses in der Bewirtschaftung des in Spalte 2 genannten Unternehmers stehend (Angabe in Hektar und Ar)		Betrag des Grundsteuerkapitals der gesamten in Spalte 4 aufgeführten Grundstücke nebst Berechtigungen laut Art. IV des Landesgesetzes vom 8. Dezember 1902 (Angabe in Mark und Pfennig)		Bemerkungen
			Hektar	Ar	M	Pf	
2	3	4	5	6	7		

# Anmeldung

für die Krankenkasse.  
Invalidenversicherung.

Für die Krankenkasse wird folgende Person angemeldet:  
Invalidenversicherung

Vor- und Zuname: .....

Geburtsort: ..... Kreis: .....

Jahr und Tag der Geburt: .....

Art der Beschäftigung: .....

Tag des Eintritts in die Beschäftigung: .....

Die (Gehalts-) (Lohn-) Zahlung erfolgt (vierteljährlich — monatlich —  
2-wöchentlich — wöchentlich — täglich.)

(Ort) ....., den.. (Datum) .....

.....  
(Unterschrift des Arbeitgebers.)

An  
den Herrn Gemeindevorsteher  
zu  
.....

Muster Nr. 76.

# Abmeldung

betreffend die Krankenkasse.  
Invalidenversicherung.

D... für die Krankenkasse am ..... 19.. an-  
Invalidenversicherung  
gemeldete ..... ist am ..... 19..  
aus der Beschäftigung bei ..... ausgeschieden  
und wird deshalb hiermit abgemeldet.

(Ort) ....., den... (Datum) .....

.....  
(Unterschrift des Arbeitgebers.)

An  
den Herrn Gemeindevorsteher  
zu  
.....

Re=

1. Ord.-Nr.	2. Vor- und Zuname des angemeldeten Versicherten	3. Jahr und Tag und Ort der Geburt des Versicherten	4. Beschäftigung			5. Lohnklasse
			a. Tag des Eintritts	b. bei (Vor- und Zuname des Arbeitgebers)	c. Art derselben	



gister

Muster Nr. 77.

[illegible]

Muster Nr. 78.

Umstehende Bemerkungen sind bei Aufstellung der Bescheinigung zu beachten.

## Krankheits-Bescheinigung

des Krankentassenvorstandes bzw. der Gemeinde- oder Dienstbehörde — (siehe umstehende Bemerkung) —  
ausgestellt behuf Erbringung der Nachweise, welche erforderlich sind zum Zweck der Erlangung der Abkürzung der  
Wartezeit für Invaliden- bez. Altersrente.

Es wird hierdurch bescheinigt, daß <sup>der</sup><sub>die</sub> (Vor- und Zuname, Stand, Wohnort des Arbeiters, bez. der Arbeiterin).....

.....  
<sup>welcher</sup><sub>welche</sub> von ..... bis ..... Mitglied der unterzeichneten Klasse gewesen ist,  
nachdem <sup>er</sup><sub>sie</sub> hier als (Arbeiter, Geselle usw.) .....  
gegen Lohn (Gehalt) — und zwar nicht lediglich vorübergehend — beschäftigt gewesen ist, durch eine mit Erwerbsunfähig-  
keit verbundene Krankheit für die Dauer von sieben oder mehr aufeinander folgenden Tagen verhindert gewesen ist  
<sup>sein</sup><sub>ihr</sub> Arbeits- (Dienst-) Verhältnis fortzusetzen. Diese Krankheit hat gedauert vom .....  
bis .....

Soweit bekannt, ist die Krankheit weder vorsätzlich, noch bei Begehung eines durch strafgerichtliches Urteil fest-  
gestellten Verbrechens, noch durch schuldhaftes Beteiligung bei Schlägereien oder Raufhändeln, noch durch Trunkfälligkeit  
herbeigeführt.

....., den..... 19..

(Unterschrift.)

### Bemerkungen.

1. Die Krankheitsbescheinigungen für Personen, welche nach dem Inkrafttreten des Gesetzes betreffend die Invaliditäts- und Altersversicherung vom 22. Juni 1889 der Versicherung unterstehen, sind anzufertigen:
  - I. Von dem Vorstande der Krankenkasse (einschließlich Gemeindefrankenversicherung und Hilfskasse) für Mitglieder einer solchen Kasse wegen der Zeit, in welcher sie von dieser Krankenunterstützung erhalten haben.
  - II. von der Gemeindebehörde
    - a) für Kassenmitglieder, sofern und soweit die Krankheitsdauer über die Zeit der Unterstützung aus der Kasse hinausreicht,
    - b) für Personen, welche einer Krankenkasse nicht angehören;  
die Bescheinigungen können
  - III. von der vorgesetzten Dienstbehörde ausfertigt werden für Personen, die in Reichs- und Staatsbetrieben beschäftigt sind.
2. Bei Krankheitsbescheinigungen der Gemeindebehörden sind die Worte: »<sup>welcher</sup>  
<sub>welche</sub> von — bis Mitglied der unterzeichneten Kasse gewesen ist« zu streichen, bei Bescheinigungen der vorgesetzten Dienstbehörde sind sie je nach den Umständen diesen entsprechend zu ändern oder zu streichen.
3. Die Bescheinigungen sind für die künftig Versicherten von Interesse aus der Zeit seit November 1886.
4. Die Ausstellung der Krankheitsbescheinigungen erfolgt **gebühren- und stempelfrei.**

Muster Nr. 79.

# Bescheinigung

über die Endzahlen aus der Aufrechnung der Quittungskarte Nr. ....

für d. ....

geboren am ..... 19.... zu ..... Kreis.....

— Versicherungsanstalt: \* ..... —

(\* Name der Anstalt, welche auf der aufgerechneten Karte verzeichnet ist.)

Zahl der Beitragswochen= (Wochenmarken) in Lohnklasse . . . . .						I.	II.	III.	IV.	V.
Dauer der bescheinigten Krankheiten					Dauer militärischer Dienstleistungen					
vom			bis einschließlich		vom			bis einschließlich		

(Ort und Datum.)

(Siegel.)

.....  
(Bezeichnung der aufrechnenden und bescheinigenden Stelle.)



# Verzeichnis

der

von der\*)..... in.....

am..... an die Landes-Versicherungsanstalt

## Braunschweig

eingesandten Quittungskarten.

Ord.- Nr.	Name des Versicherten	Geburts- tag und Geburts- jahr des Versicherten	Bemerkungen

\*) Abgebende Stelle einzutragen.

# Tabelle

über die Mindestzahl der von Altersrentenanwärtern, für welche der Versicherungszwang mit dem 1. Januar 1891 eingetreten ist, nachzuweisenden Beitragswochen.

Fällt der Geburtstag des Antragstellers in die Zeit vom		so müssen für die Zeit nach dem 1. Januar 1891 Beitragswochen (Warten, Krankheitswochen, Militärdienstzeiten) nachgewiesen werden von Personen aus dem Geburtsjahr																		
		1821	1822	1823	1824	1825	1826	1827	1828	1829	1830	1831	1832	1833	1834	1835	1836	1837	1838	1839
1. Januar	bis 27. März.....		40	80	120	160	200	240	280	320	360	400	440	480	520	560	600	640	680	720
28. März	» 3. April.....	1	41	81	121	161	201	241	281	321	361	401	441	481	521	561	601	641	681	721
4. April	» 10. ».....	2	42	82	122	162	202	242	282	322	362	402	442	482	522	562	602	642	682	722
11. »	» 17. ».....	3	43	83	123	163	203	243	283	323	363	403	443	483	523	563	603	643	683	723
18. »	» 24. ».....	4	44	84	124	164	204	244	284	324	364	404	444	484	524	564	604	644	684	724
25. »	» 1. Mai.....	5	45	85	125	165	205	245	285	325	365	405	445	485	525	565	605	645	685	725
2. Mai	» 8. ».....	6	46	86	126	166	206	246	286	326	366	406	446	486	526	566	606	646	686	726
9. »	» 15. ».....	7	47	87	127	167	207	247	287	327	367	407	447	487	527	567	607	647	687	727
16. »	» 22. ».....	8	48	88	128	168	208	248	288	328	368	408	448	488	528	568	608	648	688	728
23. »	» 29. ».....	9	49	89	129	169	209	249	289	329	369	409	449	489	529	569	609	649	689	729
30. »	» 5. Juni.....	10	50	90	130	170	210	250	290	330	370	410	450	490	530	570	610	650	690	730
6. Juni	» 12. ».....	11	51	91	131	171	211	251	291	331	371	411	451	491	531	571	611	651	691	731
13. »	» 19. ».....	12	52	92	132	172	212	252	292	332	372	412	452	492	532	572	612	652	692	732
20. »	» 26. ».....	13	53	93	133	173	213	253	293	333	373	413	453	493	533	573	613	653	693	733

27. Juni	bis 3. Juli.....	14	54	94	134	174	214	254	294	334	374	414	454	494	534	574	614	654	694	734
4. Juli	» 10. ».....	15	55	95	135	175	215	255	295	335	375	415	455	495	535	575	615	655	695	735
11. »	» 17. ».....	16	56	96	136	176	216	256	296	336	376	416	456	496	536	576	616	656	696	736
18. »	» 24. ».....	17	57	97	137	177	217	257	297	337	377	417	457	497	537	577	617	657	697	737
25. »	» 31. ».....	18	58	98	138	178	218	258	298	338	378	418	458	498	538	578	618	658	698	738
1. August	» 7. August.....	19	59	99	139	179	219	259	299	339	379	419	459	499	539	579	619	659	699	739
8. »	» 14. ».....	20	60	100	140	180	220	260	300	340	380	420	460	500	540	580	620	660	700	740
15. »	» 21. ».....	21	61	101	141	181	221	261	301	341	381	421	461	501	541	581	621	661	701	741
22. »	» 28. ».....	22	62	102	142	182	222	262	302	342	382	422	462	502	542	582	622	662	702	742
29. »	» 4. September...	23	63	103	143	183	223	263	303	343	383	423	463	503	543	583	623	663	703	743
5. September	» 11. ».....	24	64	104	144	184	224	264	304	344	384	424	464	504	544	584	624	664	704	744
12. »	» 18. ».....	25	65	105	145	185	225	265	305	345	385	425	465	505	545	585	625	665	705	745
19. »	» 25. ».....	26	66	106	146	186	226	266	306	346	386	426	466	506	546	586	626	666	706	746
26. »	» 2. Oktober.....	27	67	107	147	187	227	267	307	347	387	427	467	507	547	587	627	667	707	747
3. Oktober	» 9. ».....	28	68	108	148	188	228	268	308	348	388	428	468	508	548	588	628	668	708	748
10. »	» 16. ».....	29	69	109	149	189	229	269	309	349	389	429	469	509	549	589	629	669	709	749
17. »	» 23. ».....	30	70	110	150	190	230	270	310	350	390	430	470	510	550	590	630	670	710	750
24. »	» 30. ».....	31	71	111	151	191	231	271	311	351	391	431	471	511	551	591	631	671	711	751
31. »	» 6. November...	32	72	112	152	192	232	272	312	352	392	432	472	512	552	592	632	672	712	752
7. November	» 13. ».....	33	73	113	153	193	233	273	313	353	393	433	473	513	553	593	633	673	713	753
14. »	» 20. ».....	34	74	114	154	194	234	274	314	354	394	434	474	514	554	594	634	674	714	754
21. »	» 27. ».....	35	75	115	155	195	235	275	315	355	395	435	475	515	555	595	635	675	715	755
28. »	» 4. Dezember...	36	76	116	156	196	236	276	316	356	396	436	476	516	556	596	636	676	716	756
5. Dezember	» 11. ».....	37	77	117	157	197	237	277	317	357	397	437	477	517	557	597	637	677	717	757
12. »	» 18. ».....	38	78	118	158	198	238	278	318	358	398	438	478	518	558	598	638	678	718	758
19. »	» 25. ».....	39	79	119	159	199	239	279	319	359	399	439	479	519	559	599	639	679	719	759
26. »	» 31. ».....	40	80	120	160	200	240	280	320	360	400	440	480	520	560	600	640	680	720	760

# Alphabetisches Sachregister.

(Die Zahlen bezeichnen die Seiten.)

Abböschchen der Ufer 125.  
 Abfahren von Holz aus der Forst 130.  
 Abgabe für öffentliche Tanzmusiken 86.  
 Abgaben zur Wegeverbesserung 63.  
 Abgangs- und Zugangsliste 294.  
 Abgatterung der Forsten 131.  
 Abgeordnetenwahl (Landtag) 307.  
 » (Reichstag) 308.  
 Ablehnung einer Gemeindevahl 4.  
 Ablösung der Kirchen- pp. Verbands-  
 Abgaben 61.  
 » der Reallasten 312.  
 Ablösungs-Kapitalien 312.  
 » -Ordnung 312.  
 Abmeldebescheinigung 70.  
 Abpflügen 128.  
 Abraupen 128 314.  
 Abschätzung der Gebäude behuf Brand-  
 versicherung 173.  
 Abschluß der Standesregister 192.  
 Abtrittgruben 120.  
 Abweisung Anziehender 35.  
 Abzahlungs-geschäfte 168.  
 Abzugsattest 70.  
 Ackerdiebstahl 129.  
 Administration der Jagd 132.  
 Äther 80.  
 Agrarstatistik 320.  
 Aktenpapier-Größe 12.  
 Aktenschrank der Gemeinde 12.  
 Akkumulatorenfabriken 163.  
 Altersrente 249. 287.  
 Altertumsfunde 320.  
 Amerikanische Staatsangehörigkeit 201.  
 Amtsvergehen der Gemeindebeamten  
 65.  
 Anbau-Ermittelung 320.  
 Anerbenrecht 313.  
 Angehörige der Standesbeamten 191.  
 Anlandungen 125.  
 Anlegung von Gemeindefapitalien 22.  
 Anleihen der Gemeinden 23.

Anmeldepflicht bei der Invalidenver-  
 sicherung 270.  
 » bei der Krankenversiche-  
 rung 223.  
 » bei der Unfallversiche-  
 rung 228. 246.  
 Anmeldeberegister behuf der Invaliden-  
 versicherung 270.  
 Anmeldung bei Aufenthalts- und Woh-  
 nungswechsel 69.  
 Anmeldungsschein (Gewerbe-) 139. 144.  
 296.  
 Anschlagzettel 123.  
 Ansteckende Krankheiten 89.  
 Anzeige über Beschäftigung von Arbei-  
 terinnen und jugendlichen Arbeitern  
 in Fabriken 165. 166.  
 Anzeige vom Ableben einer Medizinal-  
 person 89.  
 Anzeigepflicht bei Geburts- und Todes-  
 fällen 191.  
 » bei ansteckenden Krank-  
 heiten 89.  
 » bei Viehseuchen 113.  
 Apotheker 88. 89.  
 Arbeit der Unterstützungsempfänger 38.  
 Arbeiter, jugendliche im Gewerbe 141.  
 165.  
 » -Kasernen 96.  
 » -Kolonie Rastorf 41.  
 » landwirthsch. Auszeichnung 317.  
 » -wohnungen, Darlehen der Lan-  
 des-Versicherungs-Anstalt 321.  
 Arbeiterinnen im Gewerbe 141. 165.  
 » -Nchl. Frauenheim 41.  
 Arbeitsbescheinigungen behuf der In-  
 validenversicherung 278.  
 Arbeits-Bücher 149.  
 » -Lohn-Beschlagnahme 168.  
 » -Ordnung 141.  
 » -Verhältnis, landwirthschaftliches  
 137. 317.

Arbeits-Zeugnisse 169.  
 Armen-Deputation 37.  
 » =Haus 38. 41.  
 » =Pfleger 34.  
 » =Pfleger-Statistik 320.  
 » =Rasse 15.  
 » =Recht bei Prozeßführung 154.  
 » =Schein behuf Prozeßführung 154.  
 » =Streitsachen 39.  
 » =Unterstützung 37.  
 » =Unterstützungen zurückuerstatten 37.  
 » =Verband 36.  
 » =Wesen, kirchliches 58.  
 Arzneimittel 168.  
 Arzt 88. 89.  
 Affurations-Nummern 175.  
 Auerwild, Schonzeit 133.  
 » Transport 134.  
 Aufenthalts-An- und Abmeldung 69.  
 » =Beschränkung 35.  
 » =Wechsel 69.  
 Aufgebot 195.  
 Aufgebotsbescheinigung 190.  
 Auflösung des Gemeinderats 6.  
 » von Vereinen und Versammlungen 73.  
 Aufnahme in die Staatsangehörigkeit 202.  
 Aufrechnung der Quittungskarten 274.  
 Aufrechnungsbescheinigungen 276.  
 Aufsicht des Staates über die Gemeindeangelegenheiten 64.  
 Aufsichtsamt für Privatversicherung 178.  
 Aufzüge 73.  
 » (Fahrstühle) 75.  
 Auktionsprotokoll-Stempel 302.  
 Auskranten der Flüsse 125.  
 Auskunftstellen für Auswanderer 203.  
 Ausländer (Ableben) 198.  
 » (Aufenthalt) 69.  
 » (Eheschließung) 197.  
 » (Impfung) 94.  
 » (Invalidenversicherung) 251.  
 » (Unterstützung) 36.  
 Außerkurserklärung von Wertpapieren 22.  
 Ausatz (Lepra) 90.  
 Aussperrung 167.  
 Auspielungen 87.  
 Ausstellung der Quittungskarten 272.  
 Aussteuer-Kassen 178.  
 Auswanderung 202.  
 Auswanderungsweise 168.  
 Ausweisungspapiere 203.  
 Ausweisung Unterstützungsbedürftiger 35.  
 Auszeichnung landwirtsch. Arbeiter 317.  
 Automobile 82.  
 Azethlen 80.

Badeanlage 126.  
 Bäckereien 163.  
 Baukommission 119.  
 Bäuerlicher Grundbesitz 313.  
 Bäume auf der Grenze 128.  
 Bauernrecht 312.  
 Baufälleiges 120.  
 Baugewerks-Berufsgenossenschaft 247.  
 Bau-Genehmigung 120. 121.  
 » =Krankenkasse 219.  
 » =Linie 119. 120.  
 » =Ordnung 118.  
 » =Plan 120.  
 » =Prämien 318.  
 » =Situationsplan 120.  
 » =Unfallversicherung 226. 247.  
 » =Unterstützung 173. 318.  
 Baum-Frevel 128.  
 » =Pflanzungen an Wegen 54.  
 » =Schnitt, Unterricht darin 315.  
 Beerdigung der Gemeindevorsteher 10.  
 Beerbigung 100.  
 Befestigung der Ufer 125.  
 Befreiung von der Krankenversicherungspflicht 221.  
 » vom Militärdienste 205.  
 Befriedigung der Grundstücke 123.  
 Begleitkommando bei Pulvertransporten 79.  
 Begrabigung eines Flusses 126.  
 Begräbnis als Unterstützung 37.  
 » =Platz 58. 99.  
 » =Wesen 58. 99.  
 Beihilfen im Feuerhülfsweisen 56. 173.  
 » wegen niedergerissener Gebäude 173.  
 » zu Gemeindeausgaben 23.  
 » zu Kirchen und Schulbauten 23. 60.  
 Beleidigungsklage 180.  
 Benzin 80.  
 Bergbau 168.  
 Berggesetz 168.  
 Bergungsprämie 317.  
 Berichtigung der Standesregister 192.  
 Berufsgenossenschaften 227.  
 Berufs-Zählungen 320.  
 Beschälseuche 108. 113.  
 Beschlagnahme behuf Strafverfolgung 69.  
 » von Arbeits- oder Dienstlohn 168.  
 Besoldung des Gemeindevorstehers 10.  
 Besserungsanstalt 49.  
 Bestätigung der Gemeindevorsteherwahl 9.  
 Bethanien 41.  
 Betreten, unbefugtes von Forstgrundstücken 130.  
 » unbefugtes von Grundstücken 128.

Betriebs-Anmeldung behuf der Unfall-  
versicherung 228.  
» » (Fabrik-)Krankenkassen 219.  
» » -Unfälle 227.  
Bettler 35. 71.  
Beulenpest 90.  
Bevern 50.  
Bevölkerungs-Statistik 199. 320.  
» » -Zahl 320.  
Bewässerung der Grundstücke 126.  
Bierhandel 144.  
» » im Umherziehen 147.  
Biersteuer 25.  
Blattern 92. 199.  
Bleifarbenfabriken 163.  
Bleihütten 163.  
Blei- und zinkhaltige Gegenstände 107.  
Blinde 95.  
Blinden-Anstalt 95.  
» » -Erziehungs-Anstalt 48. 96.  
» » -Legat 96.  
Blutschaden 172.  
Blödsinnige unter Vormundschaft 181.  
Bodenbenutzungs-Ermittelung 320.  
Bohlbrücken 321.  
Boote 126.  
Brand-Mauer 119.  
» » -Schaden 176.  
» » -Stätten-Bewachungs-Kosten 177.  
» » -Versicherung 172. 178.  
» » -Versicherungsnummer 175.  
Branntwein-Handel 139. 144.  
» » -Steuer 289.  
Braunschweigische landwirtschaftliche  
Berufsgenossenschaft  
230.  
» » Staatsangehörigkeit  
4. 201.  
Brausteuern 289.  
Briefstauben 214.  
Brücken 126.  
Brücken, Unterhaltung 126.  
Brücken-Geld 55.  
Brunnen 120.  
Brustseuche 113.  
Buchdruckereien 163.  
Buchführung in den Gemeindefassen 18.  
Bürgerwehr 5.  
Bundes-Amt für Heimatswesen 40.  
» » -Angehörigkeit 201.  
Buße an die Armenkasse 69.  
Butterhandel 107.  
Chausseegeld 55.  
Cholera 89.  
Coloradokäfer 129.  
Croup 93.  
Cuscuta 129.

Damwid 131. 134.  
Dampf-Dreschmaschinen 75. 84.  
» » -Fächer 74. 75.  
» » -Kessel 73. 74. 75.  
» » -Pflüge 75. 124.  
» » -Pflug-Lokomobilen 75.  
» » -Pumpen 75.  
» » -Walzen 75.  
Darlehnskassen 72.  
Deckhengste 315.  
Depeschen, telegraphische in Viehseuche-  
fällen 117.  
» » telegraphische w. Zigeuner 71.  
Desinfektionsverfahren bei Viehseuchen  
108.  
Diemen 121.  
Dienst-Boten 136. 258. 317.  
» » -Buch 137.  
» » -Eid der Gemeindevorsteher 10.  
» » -Entlassung der Gemeindebeamten  
65.  
» » -Lohn, Beschlagnahme 168.  
» » -Siegel des Gemeindecinnehmers  
14.  
» » -Siegel des Gemeindevorstehers 11.  
» » -Vergehen der Gemeindebeamten 65.  
Diebstahl 129.  
Diphtheritis 90. 93.  
Diplome für landwirtsch. Dienstboten u.  
Arbeiter 317.  
Direkte Steuern 289.  
Disziplinarmaßregeln gegen Gemeinde-  
beamte 64. 65.  
Disziplinarverhältnisse der Gemeinde-  
beamten 64. 65.  
Dispositionsfonds der Kreisdirektion 41.  
Dissidenten, Befreiung von Kirchensteuer  
60.  
Dissidenten-Kinder, Schulpflichtigkeit 43.  
» » Geburtsfall 201.  
Domänen, steuerpflichtig 29.  
Doppelte 189.  
Dorflage-Vermessung 319.  
Dorfstraßen 53.  
Dotations der Kreis-Kommunal-Verbände  
62.  
Dreiklassen-Wahlssystem bei Gemeinde-  
wahlen 5 u. 6.  
Dreschmaschine 75. 84.  
Drogenhandlung 97. 98.  
Druckchriften 312.  
Druckstempel 11.  
Durchfahrt 126.  
Durchlässe bei Wegegräben 55.  
Durchschnittlicher Tagelohn 223.  
Durchsuchung 69.  
Durchstrift 126.  
Dynamit 78.  
Dysenterie 90.

Ehe-Mündigkeit 198.  
 » =Schließung 195. 196.  
 Ehen, gemischte 61. 195.  
 Ehrenzeichen 316.  
 Eich-Amt 170. 171.  
 » =Gebührentaxe 171.  
 » =Meister 171.  
 Eieraufnehmen 134.  
 Einfriedigung der Grundstücke gegen  
     Jagdausübung 132.  
     » der Grundstücke gegen  
         Straßen 123.  
 Einführung von Geistlichen 59.  
 Eingeschriebene Hülfssachen 219.  
 Einjährig-Freiwillige 205.  
 Einleben der Warten in die Quittungs-  
     karten 249.  
 Einkommensteuer 28. 291.  
 Einquartierung 210.  
 Einwohnerzahl 320.  
 Entlassung aus dem Militärdienste auf  
     Reklamation 205.  
     » aus der Staatsangehörigkeit  
         202.  
     » , vorläufige aus der Straf-  
         haft 185.  
 Entmündigung 181.  
 Entschädigung für getödete Tiere 108. 110.  
 Entwässerung der Grundstücke 125.  
 Entwertung der Stempelmarken 301.  
     » der Versicherungsmarken  
         286.  
 Erbhuldigungseid 10.  
 Erbschaftsteuer 199. 283.  
 Erbdolgengewinnung 169.  
 Ergänzungssteuer 291.  
 Ergänzungswahl zum Gemeinderate 7.  
 Erhebungsgebühr wegen der Staats-  
     steuern 295.  
     » wegen der Unfallver-  
         sicherungsbeiträge  
         246.  
     » wegen der Invaliden-  
         versicherungsbet-  
         räge 286.  
 Erinnerungskreuz für weibliche Dienst-  
     boten 137.  
 Erkrankung von Gesinde 137. 138.  
 Erlaubnischein für Hundefuhrwerke 82.  
     » » Lokomobilbetrieb 75.  
     » » Tanzmusik 85.  
 Erntearbeit 84.  
 Erneuerung (Ersetzung) der Quittungs-  
     karten 278.  
 Ersatz-Kommissionen 205.  
     » =Reserve 207.  
 Erstattung von Armenunterstützungen 39.  
 Erstimpfling 93.  
 Erteilung der Staatsangehörigkeit 202.

Erziehungsanstalt Wilhelmstift 50.  
 Eßgeschirr 107.  
 Etat der Gemeindefassen 16. 17. 46. 53.  
 Exekution 290.  
 Exekutor 290.  
 Explosion eines Dampfkessels 74. 75.  
 Explosionschaden 172.  
 Explosivstoffe 78.  
 Fabrik-Arbeiter 139. 140.  
     » =Inspektor 141.  
     » =Krankenfassen 219.  
 Fadelzüge 73.  
 Fässer 171.  
 Fahrenbes Woll 71.  
 Fahrräder 80.  
 Fahrstühle 73.  
 Familiennamen-Abänderung 192.  
 Familienstammbücher 194.  
 Familien-Unterstützung zum Heere Ein-  
     berufener 207.  
 Fangmittel bei Fischerei 136.  
 Farben, gesundheitsschädliche 107.  
 Fasanen, Schonzeit 133.  
     » Transport 134.  
 Faserstoffbearbeitung 166.  
 Febris recurrens 90.  
 Federvieh 135.  
 Federvild, jagdbares 135.  
 Feierabendstunde 85.  
 Feiertagsordnung 83.  
 Felddiebstahl 128.  
 Feldfrüchte, Versicherung gegen Hagel 179.  
 Feldgeschworene 127.  
 Feldgräben 128.  
 Felbhüter 14. 127.  
 Feldmarks-Interessenschaft 2. 62.  
 Feldmesser 120.  
 Feldpolizei 127.  
 Felbtauben 128.  
 Felbwege 54. 62. 128.  
 Fernsprechklinien 56.  
 Festnahme, vorläufige 69.  
 Feuergefährliche Handlung in Forsten 131.  
 Feuer-Geschworene 122.  
     » =Hülfswesen 56.  
 Feuerpolizeiliche Vorschriften 121.  
 Feuerfichere Mauer 119.  
 Feuerungsanlage 119.  
 Feuer-Versicherung 56. 172—178.  
     » =Visitationen 121.  
 Feuerwehr 56.  
     » » =Dienstpflicht 5. 57.  
     » » =Ehrenzeichen 58.  
     » » =Übungen 57.  
 Filialfuhren 59. 60.  
 Findelkinder 188.  
 Finden verlorener Sachen 181.  
 Finnen-Untersuchung 105. 106.

Firma 183.  
 Fischbehälter in Flüssen 126.  
 Fischerei-Berechtigung 136.  
 » Genossenschaft 135.  
 » Gesetz 135.  
 Fischerzeug 136.  
 Fisch-Karte 136.  
 » Paß 136.  
 » Leiche 136.  
 » Vergiftung 90.  
 » Wasser 136.  
 » Wechsel 136.  
 Fiskus, Gemeindesteuerpflicht 29.  
 Flachsrotten 127.  
 Flächenmaße 171.  
 Flaschenbierhandlungen 144.  
 Fleckfieber 90.  
 Flecktyphus 90.  
 Fleischbeschau 100.  
 Fleischvergiftung 90.  
 Flurschäden bei Truppenübungen 211.  
 Fluß-Bett 125.  
 » Korrektur 126.  
 » Polizei 124.  
 » Unterhaltung 125.  
 » Verunreinigung 127.  
 Fonds für Kirchen- und Schulbauten 23. 60.  
 Formulare für den Gemeindeeinnnehmer 15—20. 299.  
 » für den Gemeindevorsteher 12. 289.  
 » für die Krankenkassen 225.  
 » der Standesbeamten 190.  
 Forst-Aufsicht 130. 314.  
 » Aufsicht 313.  
 » Beamten-Dienstkleidung 130.  
 » Befoldungsbeiträge 313.  
 » Diebstahl 130.  
 » Frevler 130.  
 » Grundbuch 314.  
 » Hoheit 313.  
 » Lagerbuch 313.  
 » Nebenleistungen 313.  
 » Polizei 130.  
 » Rodungen 313.  
 » Strafgesetz 130.  
 » Wege 131.  
 Fortbildungsschulen 50.  
 Franfierung von Postsendungen 13.  
 Frauenheim, Arbeiterinnenasyl 41.  
 Freibank 103.  
 Freiwillige Hilfskassen 219.  
 Freiwilliger Eintritt ins Heer 205.  
 Freizügigkeit 34. 35.  
 Fremde im Sinne der L. G. D. 3.  
 Fremden-Bücher der Wirte 70.  
 » Polizei 69.  
 Friedhof 99. 100.

Fristen für Geburts- und Todesanzeigen 191.  
 Führungszeugnisse 184. 205.  
 Füllstrich 172.  
 Fürsorgeerziehung 48.  
 Führen bei kirchlichen Bauten 59.  
 Fuhrwerke auf Straßen stehenlassen 123.  
 » ungewöhnlich schwere 123.  
 Fuhrwerksbesitzer 124.  
 Fuhrwerksbezeichnung 81.  
 Fundaschen 181. 320.  
 Furagielieferung bei Einquartierung 211.  
 Fußwege, öffentliche 52.  
 Gartenbau, Einfuhr-Verbot 128.  
 Gastwirtschaft 70. 144. 160.  
 Gatter 132.  
 Gebäude-Abschätzung behuf Brandversicherung 173.  
 Gebühren der Ärzte, Tierärzte pp. 89.  
 » für Benutzung von Gemeinde-einrichtungen 23.  
 » für Dienstbücher 137.  
 » der Hebammen 89.  
 » der Trichinenschauer 105. 106.  
 Gebühren-Ordnung für Ärzte, Tierärzte, Hebammen pp. 89.  
 » Tarif für Standesbeamte 189.  
 Geburten-Beurkundung 194.  
 Geburts-Bescheinigung 188. 205.  
 » Helfer 89.  
 » Liste zur Stammrolle 200.  
 » Liste zum Impfregister 200.  
 » Register 194.  
 Geflügel-Ausstellungen 117.  
 » Cholera 116.  
 Gefundene Sachen 181. 320.  
 Gehalt des Gemeindevorstehers 10.  
 Gehaltsverhältnisse der Gemeindefchul-lehrer 47.  
 Geheimhaltung der Verhandlungen in Steuerfachen 295.  
 Geheimmittel 98.  
 Geheimnisse, militärische 214.  
 Gehülfen 139.  
 » bei der Gewerbesteuer 297.  
 Geistesfranke 94. 101.  
 Gelbfieber 90.  
 Geldrente bei Unfällen 227.  
 Geldschrank des Gemeindeeinnnehmers 20.  
 Geldstrafen gegen Gemeindebeamte 65.  
 Bemerkungen 3. 100. 130.  
 Gemeinde-Abgaben 24.  
 » Anleihen 23.  
 » Aufsichtsbehörden 64.  
 » Badhaus 21.  
 » Bezirk 3.  
 » Diener 14.

Gemeinde-Dienste, persönliche 5.  
 » = Einkommensteuer 4. 28.  
 » = Ginnehmer 14.  
 » = Forsten 313.  
 » = Genossen 2. 3.  
 » = Gewerbesteuer 26. 32.  
 » = Grundsteuer 26. 32.  
 » = Kasse 15.  
 » = Krankenversicherung 219.  
 » = Ordnung 1.  
 » = Rat 5.  
 » = Ratswahl 6. 7.  
 » = Rechnung 15.  
 » = Registratur 11.  
 » = Schreiber 15.  
 » = Schulden 21.  
 » = Schule 42.  
 » = Siegel 11.  
 » = Steuer 25.  
 » = Steuerpflichtigkeit 28.  
 » = Steuer-Rolle 32.  
 » = Vermögen 21.  
 » = Versicherung gegen Hagel 179.  
 » = Vorsteher 5. 9.  
 » » = Gehülfe 11.  
 » = Vorsteher-Kandidaten 9.  
 » » = Schild 11.  
 » » = Wahl 9.  
 » = Waisenrat 182.  
 » = Waldungen 313.  
 » = Wege 52.  
 Gemeinheit 62.  
 Gemeinheits-Teilungs-Ordnung 312.  
 Gemeinschaftliche Anlagen 21.  
 Gemischte Ehen 194.  
 Genehmigungspflichtige Gewerbsanlagen  
 139. 144.  
 Genickstarre 90.  
 Genossenschaften 62.  
 Genossenschaftsforsten 313. 314.  
 Gendarmerie 68.  
 Gerabelegung eines Flusses 126.  
 Gerichtspolizei 67.  
 Gerichtsporteln 289.  
 Gerichtsvollzieher 186.  
 Geschäftskalender 325.  
 Geschäftsordnung des Gemeinderats 8.  
 Geschlossenheit der Bauerhöfe 313.  
 Geschworenenliste 184.  
 Gesellen 139.  
 Gesinde-Dienstbücher 137.  
 » = Ordnung 136.  
 » = Vermieter 140. 146.  
 » = Wesen 136.  
 Gesundheitskommission 88.  
 Gesundheitspolizei 88.  
 Getreidemühlen 163.  
 Gewahrksam, polizeiliches 69.  
 Gewässer, geschlossene 127. 136.

Gewässer, öffentliche 125. 126.  
 Gewehrprüfung 80.  
 Gewerbe-Anmeldung 139. 144. 296.  
 » = Aufsichtsbeamte 141. 229.  
 » = Freiheit 138.  
 » = Gericht 167.  
 » = Ordnung 138.  
 » = Rat 141. 229.  
 » = Statistik 320.  
 » = Steuer 147. 296.  
 » = Unfallversicherung 226.  
 » = Wesen 138.  
 » = Zählungen 320.  
 Gewerbliche Anlagen 139. 145.  
 » Arbeiter 139.  
 » Unternehmungen, Wege-  
 bausteuer 52.  
 » Streitigkeiten 167.  
 Gewichte 171.  
 Gifthandel 97.  
 Gift legen 133.  
 Giftschein 98.  
 Glashütten 163.  
 Glaschleiereien 163.  
 Glückspiele 87.  
 Goldwährung 169.  
 Gossensteine 123.  
 Grabenüberfahrten an Wegen 55.  
 Gräberfelder 321.  
 Grabreden 99.  
 Granuloje 90.  
 Grandgrube 21.  
 Grenzbegehung 316.  
 Grenzverletzungen im Felde 128.  
 Grundrechte der Gemeinden 2.  
 Grundsteuer 298.  
 » = Kapital 26. 125. 210.  
 » = Kataster 300.  
 » = Lagerbuch 300.  
 » = Rolle 300.  
 Grundstücke, unbefugtes Betreten 128.  
 130:  
 Grundstücksabtretung zu Wegen 55.  
 Grünfütterholen 84.  
 Summivarenfabriken 163.  
 Häuslings-Häuser 41.  
 » = Wegebausteuer 53. 54.  
 Hagelschadenversicherung 179.  
 Hastschein 40.  
 Hammerwerke 165.  
 Handarbeiten bei kirchl. Bauten 59.  
 Handarbeitsunterricht 43.  
 Handel mit Giften 97.  
 » mit Sprengstoffen 78.  
 Handelsfirma 183.  
 Handelskammer-Beiträge 18.  
 Handelsregister 183.  
 Handfeuerwaffen-Prüfung 80.



Hand- und Spanndienste 60.  
 Handwerkskammer 148.  
 Hasen, Schonzeit 133.  
 Hauptmeldeamt I 206.  
 Hauskollekten 87.  
 Hausgesinde 136. 220.  
 Hausierer 139. 146. 297.  
 Hausiergewerbe 139. 146.  
 Hausierhandel mit Schweinen 111.  
 Hausnummer 175.  
 Hauschlachtung 101.  
 Hausjuchung 69.  
 Haunngen in Genossenschafts- pp. Forsten 313.  
 Hazardspiele 87.  
 Hebamme 88. 89.  
 Heberolle des Gemeindeeinnehmers 19. 32.  
 » über Gewerbesteuer 298.  
 » behuf der Invaliden-Ver-  
 sicherungs-Beiträge 270. 286.  
 Hechelräume 166.  
 Heeres-Ersatz 203.  
 Heilgehülfe 88. 89.  
 Heil- und Pflegeanstalt 95.  
 Heilverfahren bei Betriebsunfällen 227.  
 » zur Vermeidung von In-  
 validität 249. 288.  
 Heimatschein 202.  
 Heirats-Register 195.  
 » -Urkunde 190.  
 Hengsthalterei 315.  
 Herzog-Wilhelm-Alhl 95.  
 Hinterlegung von Wertpapieren 22.  
 Hirschgeweihe, gefundene 134.  
 Heilheitsgrenze 316.  
 Holländischer Kriegsdienst 203.  
 Holzfuhrn 130.  
 Hülfsbeamte im Gemeindebienste 14.  
 » der Staatsanwaltschaft 68.  
 Hülfskassen, gewerbliche 140.  
 » eingeschriebene 219.  
 Hühnerpest 116.  
 Hühnengräber 321.  
 Hütungsstrel 128. 145.  
 Hufschmiedegewerbe 139.  
 Huldigungsseid 10.  
 Hunde (Untersuchung auf Trichinen) 105.  
 Hunde in Jagdbrevieren 134.  
 Hundefuhrwerk 81.  
 Hundesteuer 25. 33.  
 Jagd-Aufscher 134.  
 » -Ausübung, Sonntags 133.  
 » -Interessenten 132.  
 » -Pacht 132.  
 » -Polizei 133.  
 » -Recht 131.  
 » -Schein 133.  
 » » -Gebühren 63.

Jagd-Schutz 133.  
 » -Strafgesetz 133.  
 » -Verpachtung 132.  
 » -Verwaltung 132.  
 Jauche 123.  
 Jauchegrube 120.  
 Journal des Gemeindevorstehers 11.  
 Juden, Befreiung von Kirchensteuer 60.  
 Jugendliche Arbeiter im Gewerbe 140.  
 165.  
 Jugendsparkassen 179.  
 Jbioten 94.  
 » -Anstalt 48. 95.  
 Jmpfärzte 92.  
 Jmpfling 92. 93.  
 Jmpf-Liste 93.  
 » -Milzbrand 111.  
 » -Pflicht 92.  
 » -Termin 93.  
 Jmpfung des Viehs 108. 110. 113.  
 Jmpfwesen 92—94.  
 Jmpfzwang der Reichsausländer 94.  
 Jndirekte Steuern 289.  
 Jndustrieunterricht 47.  
 Jnfluenza bei Pferden 113.  
 Jnhaberpapiere, abhanden gekommene 183.  
 » der Gemeinde 22.  
 Jnnungen 139. 147.  
 Jnnungs-Krankenkassen 219.  
 Jnquilinen-Begebausteuer 53. 54.  
 Jnteressenschaft 62.  
 Jnteressenschafts-Forsten 313.  
 Jnterims-Wirtschaft 313.  
 Jnvalidenrente 249. 287.  
 Jnvaliden-Versicherung überhaupt 248.  
 » » des Gesindes 137.  
 Jrrenanstalt 95.  
 Jtalienische Arbeiter 71. 94.  
 Kästorf, Arbeiterkolonie 41.  
 Kammer, Gemeindesteuerpflicht 28.  
 Kammerjäger 97.  
 Kanäle in Wegen, Unterhaltung 54.  
 Kanalisierung eines Flusses 126.  
 Kanninchen-Vertilgung 133.  
 Kantonnements-Verpflegung 211.  
 Kapital-Anlage 22.  
 » -Vermögen der Gemeinden 21.  
 Kartierung der Grundstücke 319.  
 Kartoffelbau 129.  
 Kartoffelsäfer 129.  
 Kassabücher des Gemeindeeinnehmers 18.  
 Kassenführung bei den Gemeindefassen 18.  
 Katholiken, Befreiung von Kirchensteuer 60.  
 » Schulpflichtigkeit 43.

Katholiken, Mischehen 61.  
 Kaufmannsgericht 167.  
 Lehrbezirke der Schornsteinfeger 122.  
 Lehrtage der Schornsteinfeger 122.  
 Reuchhusten 93.  
 Ribigeier 134.  
 Rindbettfieber 90.  
 Kinder, Beschäftigung im Gewerbe 141.  
 » nicht vollsinnige 47.  
 » verwahrloste 48.  
 Kindererziehung, religiöse 61. 195.  
 Kinderheilanstalt Harzburg 41.  
 Kinderlehre 44.  
 Kirchen-Bauten 59.  
 » Bücher 187.  
 » Buchführer 187.  
 » Steuer 60.  
 » Vorstand 58. 99.  
 Kirchhof 58. 99.  
 Kirchliche Angelegenheiten 8. 58. 99.  
 Kirchliches Armenwesen 58.  
 Kleben der Marken in die Quittungs-  
 karten 249.  
 Kleeseide 129.  
 Kleinhandel mit Bier 144.  
 » mit Branntwein 144.  
 Knallgold 78.  
 Knappschaftskassen 219.  
 Kochgeschirr 107.  
 Körnerkrankheit 90.  
 Körpermaße 171.  
 Kollekten 87.  
 Kollektivversicherung gegen Hagel 179.  
 Kolonialarmee, holländische 203.  
 Kommunikationswege 52.  
 Konditoreien 163.  
 Konfirmanden-Sparverein 179.  
 Konfirmation 85.  
 Konkubinat 86.  
 Konservenfabriken 165.  
 Konsumvereine (Besteuerung) 34.  
 Kontraktbruch 138.  
 Kontrolle, militärische 204. 206.  
 Krähenvertilgung 135.  
 Kraftfahräder 82.  
 Kraftfahrzeuge 82.  
 Krammetsvogelfang 135.  
 Krankenfürsorge der Invaliden-Versiche-  
 rungs-Anstalten 249. 288.  
 Krankenhausverpflegung als Unter-  
 stützung 37. 40.  
 Krankenkassen 219.  
 Krankenpflege als Unterstützung 37. 40.  
 Krankenunterstützung nach dem Reichs-  
 gesetz 224.  
 Krankenversicherung der Arbeiter 217.  
 » des Gefindes 137.  
 220.  
 Krankenversicherungs-Beiträge 223.

Krankheiten, ansteckende 89.  
 Krankheits-Anzeige 89.  
 » Bescheinigung behuf der In-  
 validen-Versicherung 276.  
 » Ermittlung bei Viehseuchen  
 109.  
 Krebse 136.  
 Kreis-Abgaben 63. 64.  
 » Ausschuß 63.  
 » » als Gemeinde-Aufsichts-  
 Behörde 66.  
 » Branddirektor 56.  
 » Deputierte 63.  
 » Direktion als Gemeinde-Aufsichts-  
 Behörde 66.  
 » » als Landespolizei-Be-  
 hörde 67.  
 » Fonds 24. 63.  
 » Kommunal-Angelegenheiten 63. 64.  
 » » Kasse 64.  
 » » Verbände 63.  
 » » Verwaltung 62.  
 » Ordnung 62.  
 » Sägen 163.  
 » Statute 63.  
 » Tag 63.  
 » Tierarzt 87. 109.  
 » Versammlung 64.  
 » Wegebau 52. 64.  
 » Werkmeister 120. 173.  
 Kriegervereine 72. 179.  
 Kriegs-Dienstpflicht 203.  
 » Leistungen 212.  
 Kündigung des Arbeitsverhältnisses 167.  
 Kuhpocken-Impfung 93.  
 Kulturen in Genossenschafts- pp. Forsten  
 314.  
 Kunstbutter 107.  
 Kuratelanordnung wegen Geisteskrank-  
 heit 181.  
 Lachmanns Blinden-Vogel 96.  
 Ladenschluß 166.  
 Ladungsgewicht 124.  
 Längenmaße 171.  
 Lagerbuch (Grundsteuer) 300.  
 » über das Gemeindevermögen  
 21.  
 Laich-Schonrevier 135.  
 Landarm 36.  
 Landarmenverband 36.  
 Landes-Brandversicherungs-Anstalt 56.  
 172.  
 » Farben 3.  
 » Grenze 316.  
 » Maße, Umrechnung 171.  
 » Medizinal-Kollegium 87.  
 » Ökonomie-Kommission 312.  
 » Polizei 67.

Landes-Versammlung, Zusammensetzung 307.  
 » Versicherungs-Anstalt Braun-  
 schweig 250.  
 » Verwaltungs-Behörden 67.  
 Landfolge 5. 55.  
 Landgemeindeordnung 1.  
 Landgesinde 136.  
 Landlieferungen 213.  
 Landschaftsordnung, neue 1.  
 Landstreicher 35. 71.  
 Landsturm 207.  
 Landtagswahl 307.  
 Land- und forstwirtschaftliche Arbeiter  
 Krankenversicherung 221.  
 Land- und forstwirtschaftliche Arbeiter  
 Unfallversicherung 230.  
 Landwehr 207.  
 Landwehren 321.  
 Landwehrvereine 72. 179.  
 Landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft  
 230.  
 » Statistik 320.  
 Laternen an Fuhrwerken 123.  
 Lebensunterhalt als Unterstützung 37.  
 Legitimation durch nachfolgende Ehe 196.  
 201.  
 Lehmgrube 21.  
 Lehrergesalte 46. 47.  
 Lehrerinnen 42.  
 Lehrlinge 139.  
 Lehrpläne 47.  
 Leibzucht 313.  
 Leichen-Frau 99.  
 » Fund 69. 100.  
 » Paß 100.  
 » Reden 99.  
 Leihhaus-Darlehen 24.  
 Lepre 90.  
 Leumundzeugnisse 184. 185. 205.  
 Lieferscheine bei Kriegseinkäufen 212.  
 Lieferzettel 20.  
 Lignin 80.  
 Lohnklassen behuf der Invalidenversiche-  
 rung 250.  
 Lokomobile 75.  
 Losnummer der Militärpflichtigen 206.  
 Lösungsschein 205.  
 Lotterie-Kollekteure 87.  
 Lotterielose 87.  
 Lotterien 87.  
 Lungenheute 108. 113.  
 Lustbarkeitssteuer 25.  
 Lyssa 90.

Malerwerkstätten 163.  
 Mäusegift 97.  
 Mandverschäden 212.  
 Margarine 107.

Marienstift 41.  
 Marken zur Invalidenversicherung 249.  
 250.  
 Marken-Bestand, eiserner 286.  
 » =Entwertung 286.  
 » =Verzeichniß 286.  
 Markgenossen 3.  
 Markgenossenschaft 62.  
 Markpfahl 127.  
 Marksteine 319.  
 Marktverkehr 139.  
 Marsch-Gebühren 206.  
 » =Route 210. 211.  
 » =Verpflegung 211.  
 Masern 93.  
 Maskenaufzüge 73.  
 Maß- und Gewichtsbezeichnung, ab-  
 gekürzte 171.  
 Maße und Gewichte 170.  
 Matrizeleintragung 202.  
 Mauerreste, altertümliche 321.  
 Maul- und Klauenseuche 108. 113.  
 Medaillen für landwirtschaftliche Dienst-  
 boten und Arbeiter 317.  
 Medizinal-Polizei 88.  
 » Fagen 88. 89.  
 » Wesen 87—89.  
 Meiereien 166.  
 Meilengelder 206.  
 Melde-Pflicht der Militärpflichtigen 204.  
 » =Register 70.  
 » =Schein zum freiwilligen Militär-  
 dienste 205.  
 Menschenblattern 94. 199.  
 Meßwerkzeuge 171.  
 Mietvertrag-Stempel 22.  
 Mikroskop des Trichinenschauers 106.  
 Militär-Angelegenheiten 203.  
 » =Anwärter 15.  
 » =Briestauben 214.  
 » =Dienst, anzurechnen bei der  
 Invalidenversicherung 276.  
 » =Ersatz-Behörden 204.  
 » =Geheimnisse 214.  
 » =Geleß 203.  
 » =Konvention 215.  
 » =Paß 206.  
 » =Pflichtige 204.  
 » =Stammrollen 204.  
 » =Waisenhaus 215.  
 Militaria 13.  
 Milzbrand bei Menschen 90.  
 » bei Vieh 108. 111. 113.  
 Minderjährige 49.  
 Mischchen 61. 195.  
 Mobilien-Brandversicherung 178.  
 Mobilmachungssperre 213.  
 Molkereien 166.  
 Motorbetriebe 165.

Motorfahräder 82.  
 Motowagen 82.  
 Münz-Funde 321.  
 » -Wesen 169.  
 Munitionsgegenstände (Versendung) 77.  
 Museum 321.  
 Nachbarrecht 119.  
 Nachkontrolle der Feuerversicherungen 178.  
 Nachlaß-Sicherung 183.  
 Nachrichten in Viehseuchefällen 117.  
 Nachtrags-Steuerrolle 294.  
 Nachwächter 14.  
 Nahrungsmittel-Chemiker 107.  
 » -Polizei 100.  
 » -Verkehr 107.  
 Namen, Schreibweise 191.  
 Namensänderung 192.  
 Naturalisation 201.  
 Naturalleistungen für die bewaffnete Macht 211.  
 Naturbutter 107.  
 Nebenregister, standesamtliche 201.  
 Nesteraknehmen 134.  
 Neubauten-Unterstützung 173. 318.  
 Niederlegung eines Gemeindeamts 5. 6.  
 Niederreißen von Gebäuden auf polizeiliche Anordnung 57.  
 Nitroglycerin 78.  
 Notischachtung 101.  
 Nottestament 183.  
 Notweg 128.  
 Nummernschilder der Fahrräder 81.  
 Nummernschilder 175.  
 Nutzungsrecht an öffentl. Gewässern 125.  
 Obdach als Unterstützung 37. 71.  
 Obduktionsverfahren bei Viehseuchen 109.  
 Oberwachmeister 68.  
 Obstbäume an Wegen 54.  
 Obstbaum-Pflanzungen 315.  
 » -Zucht 314.  
 Obst-Einfuhr-Verbot 129.  
 Öffentlichkeit der Gemeinderats-sitzungen 8.  
 Österreichische Arbeiter 70. 94. 251.  
 Opferleute 42.  
 Opfereigebäude 59.  
 Orden Heinrichs des Löwen 316.  
 Ordnungsmannschaft 57.  
 Ordnungsstrafen gegen Gemeindebeamte 65.  
 » als polizeiliche Zwangsmittel 58.  
 Orts-Armenverband 36.  
 » -Bauplan 119. 120.  
 » -Krankenkassen 219.

Orts-Lage-Vermessung 319.  
 » -Polizei 67.  
 » -Tafeln 3.  
 Ortschafts-Verzeichnis 320.  
 Ortsüblicher Tagelohn 223.  
 Pachtvertrag-Stempel 22.  
 Pässe 71. 202.  
 Papiergröße 12.  
 Parochial-Kasse 15.  
 » -Lasten 59—61.  
 Paß-Karten 71.  
 » -Wesen 69. 71.  
 Patronen 77.  
 Persönliche Leistungen als Gemeindegienste 5.  
 Personalsteuer 291.  
 Personennamen, Schreibweise 191.  
 Personenstands-Beurkundung 187.  
 Personen-Verzeichnis behuf der Einkommensteuer 293.  
 Pertinenzpflicht der bäuerlichen Grundstücke 313.  
 Pest 90.  
 Petroleum 80. 107.  
 Pfahlbauten 321.  
 Pfandleiher 140.  
 Pfarrbauten 59.  
 Pfarrwitwen-Versorgungs-Anstalt 24.  
 Pferde-Aushebung 213.  
 Pferdebestandsabgabe 111.  
 Pferdebestands-Musterung 213.  
 Pferderennen 87.  
 Pferdebestaube 113.  
 Pflänzlinge-Einfuhrverbot 128.  
 Pflastergeld 55.  
 Pflichtfeuerwehr 57.  
 Pflugkarre 124.  
 Phosphor 86.  
 Plafate 123.  
 Pocken, Todesfall an 199.  
 Pocken-Krankheit 92.  
 » -Euche 108. 113.  
 Politische Gemeinde 2.  
 Polizei-Aufsicht 186.  
 » -Diener 14.  
 » -Stunde 85.  
 Polizeiliche Strafverfügungen 68.  
 Polnische Arbeiter 70. 94. 251.  
 Porto 13.  
 Portopflichtige Dienstsachen 13.  
 Postkartenmeldung in Viehseuchefällen 117.  
 Postkartenmeldung bei ansteckenden Krankheiten 90.  
 Postsendungen 13.  
 Potsdamsches Militär-Waisenhaus 215.  
 Präzipual-Begebaubeiträge 52.  
 Privat-Förster 133.

Privat-Försten 313.  
 » -Gewässer 125.  
 » -Jäger 133.  
 » -Wege 52.  
 Produktenbuch des Gemeindevorstehers 11.  
 Protokoll des Gemeinderats 8.  
 Protokollbuch des Gemeinderats 8.  
 Protokollführer des Gemeinderats 8.  
 Puerperalfieber 90.  
 Pulver 77.  
 Pulvertransport 77.  
 Quartier-Bescheinigungen 210.  
 » -Billets 210.  
 » -Entschädigung 210.  
 » -Leistung 209.  
 Quittungen der Gemeindevornehmer für herrschaftliche Rassen 20.  
 Quittungskarte zur Invalidenversicherung 249. 270.  
 Quittungskarte, Aufrechnung 274.  
 » Ausstellung 272. 274.  
 » Einbindung an die Versicherungsanstalt 278.  
 » Erneuerung (Ersetzung) 278.  
 » Umtausch 274.  
 » Hinterlegung bei der Krankenkasse pp. 286.  
 Quittungskarten-Verzeichnis 273.  
 Radenbräune 90.  
 Radfahrer 80.  
 Radfelgenreite 124.  
 Räube 108. 113.  
 Raiffeisen-Vereine 72.  
 Randvermerke im Standesregister 192.  
 Raubbögel 135.  
 Raumgehalt der Schankgefäße 172.  
 Raupen 128. 315.  
 Raupen-Vertilgung 128.  
 Rauchbrand 108. 111. 113.  
 Realgemeinde 2.  
 Realgenossenschaft 61.  
 Reallasten-Ablösung 312.  
 Realsteuern 32.  
 Rebhühner, Schonzeit 133.  
 Reblaus 128.  
 Rebplantagen 128.  
 Rechnungs-Formulare 16.  
 » -Jahr 15.  
 » -Wesen der Gemeinden 15.  
 Rechtskonsultanten 146.  
 Reformierte, Befreiung von Kirchensteuer 60.  
 Registerbehörde 185.  
 Registratur-Wappen 12.  
 » -Ordnung 12.

Registratur-Schrank 12.  
 Rehbocksgehörn, gefundene 134.  
 Rehkronen, gefundene 134.  
 Rehwild 134.  
 Reichsangehörigkeit 201.  
 Reichsausländer, Eheschließung 197.  
 » Todesfälle 198.  
 » Unterstufung 36.  
 Reichs-Goldmünzen 169.  
 » -Stempelabgabe 289.  
 Reichstagswahl 308.  
 Reichs-Versicherungsamt 226. 227. 248. 250.  
 » -Währung 170.  
 Reihewohner 2.  
 Reinigung der Flüsse 125.  
 Reisekosten-Vergütung der Schiedsmänner bei Viehseuchen 110.  
 » der Voreinschätzungs-Kommissionen 295.  
 Reisepaß 71. 202.  
 Reklamationen Militärpflichtiger 205.  
 Rekrutierungs-Stammrollen 205.  
 Religionsbekenntnis, verschiedenes, bei Eheschließenden 195.  
 Renten bei Unfällen 227.  
 Rentenanträge (Invaliden- und Altersrenten) 250. 286.  
 Requisitionen auswärtiger Behörden 68.  
 Reserve 207.  
 Reservfonds der Krankenkassen 223.  
 Restverzeichnisse 290.  
 Rettungshaus 41.  
 Rettungsmedaille 317.  
 Rettungsprämie 317.  
 Revision der Bauten 122.  
 » der Dampfkessel 74.  
 » der Maße und Gewichte 171.  
 Rezeß (Separations-) 3. 21.  
 Riesenbetten 321.  
 Rinderpest 118.  
 Rindviehbestandsabgabe 111.  
 Ringwälle 321.  
 Rohrzuckerfabriken 165.  
 Rosenartige Entzündung 93.  
 Roßhaarspinnereien 162.  
 Rotlauf der Schweine 113.  
 Rotten 127.  
 Rotwild 132. 134.  
 Roß bei Menschen 90.  
 Roß bei Vieh 108. 113.  
 Rückerstattung von Beiträgen zur Invalidenversicherung 249.  
 Rückfallfieber 90.  
 Ruhr 90.  
 Russische Arbeiter 70. 94. 251.  
 Russische Röhren 122.

Sacharin 107.  
 Sachverständige bei Gebäude-Abschätzungen behuf Brandversicherung 177.  
 Sammelmappe (Landes-Brandversicherung) 175.  
 Sammelpolizen (Hagelversicherung) 179.  
 Sammlungen 87.  
 Sandbläserien 163.  
 Sandgrube 21.  
 Schafwäsche 126.  
 Schanngesäße 172.  
 Schanzen 321.  
 Scharlach 90. 93.  
 Scheibenstand 82.  
 Schenkstuben 85.  
 Schenkwirtschaft 144. 172.  
 Schiedsgericht für Arbeiterversicherung 226.  
 Schiedsmänner bei Viehseuchefällen 109.  
 Schiedsmannsordnung 180.  
 Schießmittel 77.  
 Schießpulver 77.  
 Schießstand 82.  
 Schilblaus 128.  
 Schlachthäuser 99.  
 Schlachthäuser, öffentliche 99. 108.  
 Schlachtviehbeschau 100.  
 Schlachtviehhöfe 108.  
 Schlafgängerwesen 96.  
 Schlingen 133.  
 Schmutzwasser 123.  
 Schöffensliste 184.  
 Schonreviere für Fischerei 135.  
 Schonungen (in Forsten) 131.  
 Schonzeiten für Fische 136.  
 » für Wild 133.  
 Schornsteinbrand 122.  
 Schornsteine 119. 121.  
 Schornsteinfeger 122.  
 Schristgießereien 163.  
 Schulanischlagsbuch 46.  
 Schuldentilgung der Gemeinden 23.  
 Schulferien 42.  
 Schulgeld 44.  
 Schulgeldderlaß, keine Unterstützung 37. 45.  
 Schulinispektor 45.  
 Schulkasse 46.  
 Schullehrer-Gehaltsverhältnisse 47.  
 Schulpflichtigkeit 43.  
 » (Liste der Ständes-beamten) 44. 199.  
 Schulsparkassen 179.  
 Schulverschäumnisse 44.  
 Schulvorstand 45.  
 Schulwesen 42.  
 Schützenfest 83.  
 Schutzhatter 132.  
 Schutzimpfung des Viehs 108. 111. 113.  
 Schutzmaßregeln in Fabriken 141.

Schutzmaßregeln bei Viehseuchen 108.  
 Schutzpocken-Impfung 92.  
 Schwarzwild 132. 134.  
 Schwefelkohlenstoff 80.  
 Schweinefleisch (Untersuchung auf Trichinen) 105.  
 Schweinehändler 111. 113.  
 Schweinepest 112. 113.  
 Schweineseuche 112. 113.  
 Schweineversicherung 179.  
 Schwurgericht 184.  
 See-Unfallversicherung 226.  
 Seewehr 207.  
 Seidenpflanze 129.  
 Selbstmörder-Begräbnis 99.  
 Selbstversicherung bei der Invalidenversicherung 268.  
 Selbstverwaltung 2. 63. 64.  
 Separationen 3. 312.  
 Separations-Karte 3. 22.  
 » -Rezeß 3. 22. 62.  
 Servis 210.  
 Seuchenausbruch bei Vieh 109.  
 Siechenhaus 41.  
 Siegellack 13.  
 Siegelmarken 13.  
 Skalma 113.  
 Solaröl 80.  
 Sonderinteresse eines Gemeinderatsmitgliedes 8.  
 » des Gemeindevorstehers 11.  
 Sonntags-Arbeit, gewerbliche 148.  
 » -Feier 83. 148.  
 » -Ruhe im Handelsgewerbe 149.  
 » » im sonstigen Gewerbe 141. 148.  
 Spargelfliege 129.  
 Spargelfrost 129.  
 Spargelschädlinge 129.  
 Sparkarten 319.  
 Sparkassen des Leihhauses 318.  
 » -Stellen 319.  
 Sparkassen nach Raiffeisen 72.  
 Sparmarken 319.  
 Sparvereine 179.  
 Speisewirtschaft 144.  
 Sperlingsvertilgung 135.  
 Spielfartenstempel 289.  
 Spielwaren 107.  
 Spreng-Gelatine 78.  
 » -Schießen 77. 79.  
 » -Stoffe 77. 78.  
 Spritzenhaus 57.  
 Staats-Angehörigkeit 3. 201.  
 » -Angehörigkeits-Ausweise 202.  
 » -Aufsicht in Gemeindeangelegenheiten 66.

Staats-Beihilfe zu Kirchen- und Schul-  
bauten 60.  
» -Ministerium als Gemeinde-Auf-  
sichts-Behörde 65. 66.  
» -Steuern 289.  
» -Straßen 52.  
Stammrollen 204.  
Standes-Amt 187.  
» -Beamter 189.  
» -Register 191.  
Statistik 320.  
Statute der Gemeinde 2.  
Stau-Berechtigung 127.  
» -Werke 126.  
» -Ziel 126.  
Steinbrüche 79.  
Steinhauereien 163.  
Steinmonumente, altertümliche 321.  
Steinöl 80.  
Steinwaffen 321.  
Stellenvermittler 146.  
Stempelsteuer 301.  
Stempelung 171.  
Stempelverwendung in Gemeindefachen  
22.  
Sterbe-Geld 219.  
» -Kassen 179.  
» -Register 198.  
» -Register-Auszug zu Erbschafts-  
steuerzwecken 199.  
» -Register-Auszug zu Militär-  
zwecken 200.  
» -Register-Auszug für die Register-  
behörde 200.  
» -Urkunde 198.  
Steuer-Ausschreibungen 33. 294.  
» -Eintreibung 290.  
» -Erklärung 293.  
» -Kollegium 301.  
» -Liste zur Einkommen- und Er-  
gänzungssteuer 293.  
» -Rolle 294.  
» -Bettel bei der Gewerbesteuer 298.  
» » bei der Gemeindesteuer 32.  
Stierkörung 315.  
Stimmzettel 312.  
Sträucher auf der Grenze 128.  
Sträucher-Einfuhrverbot 128.  
Strafanzeige 185.  
» -Pflicht des Gemeindevor-  
stehers 68.  
Straf-Mündigkeit 200.  
» -Register des Gemeindevorstehers  
185.  
» -Register der Register-Behörde 185.  
» -Verfügungen, polizeiliche 68.  
Straßen-Baukosten 51. 119.  
» -Linie 119. 120.  
» -Lokomotiven 75.

Straßen-Polizei 123.  
Streif 167.  
Streitigkeiten bei der Krankenversiche-  
rung 225.  
Streitigkeiten, gewerbliche 167.  
Strohhoiemien 121.  
Sühneverfuch 180.  
Süßstoff 107.  
Suspension von Gemeindebeamten 65.  
Tabaksteuer 289.  
Tagebuch des Gemeindevorstehers 11.  
Tagegelber der Mitglieder der Vorein-  
schätzungs-Kommission 295.  
Tagelohn, durchschnittlicher 223.  
» » ortsüblicher 223.  
Tagesordnung der Gemeinderats-sitzung 8.  
Tauben 128.  
Taubstumme 95.  
Taubstummen-Anstalt 48. 96.  
Tanz-Musiken 85. 86.  
» -Steuer 86.  
Tapeten 107.  
Taufe 187.  
Taxe der Medizinalpersonen 88. 89.  
Telegraphenleitung 56.  
Telephonleitung 56.  
Terpentinöl 80.  
Testament-Aufnahme 182.  
Testaments-Abgaben 63.  
Thomaschlackenbearbeitung 163.  
Tiefbauberufsgenossenschaft 247.  
Tierarzt 87—89.  
Todes-Bescheinigung 198.  
Todesfälle, plötzliche 69.  
Tollmüt bei Menschen 90.  
Totenfeier 85.  
Totenfrau 99.  
Totengräber 99.  
Totenlisten (Erbschaftssteuer) 199.  
» » bei Vieh 108. 113.  
Trachom 90.  
Transportkosten bei kirchlichen Ange-  
legenheiten 59.  
Trauerjahr der Wittwen 195.  
Trauung 187.  
Trichinenschau 104.  
Trichinose 90.  
Triebwerk 126.  
Trigonometrische Punkte 319.  
Trinkgeschirr 107.  
Trunkenbold 87. 247.  
Trunkenheit 87.  
Truppenübungen 211.  
Tuberkulose 90.  
Typhus 90.  
Ueberrnahme Auszuweisender 35.  
Ueberwachung von Tanzmusiken 86.

Ueberweisungen bei Aufstellung der Unter-  
nehmerliste 239.  
Ueberzählige (bei Militäraushebung)  
206.  
Ufer 125. 126.  
Uferbauten 126.  
Umsatzsteuer 34.  
Umzüge 73.  
Umzug 70.  
Umzugskosten versehener Geistlicher 59.  
Uneheliche Kinder, Legitimation 196.  
201.  
Unfall-Anzeige 228.  
» -Rente 227.  
» » in Naturalbezügen 247.  
» -Untersuchung 227.  
» -Verhütungs-Vorschriften 227.  
» -Versicherung überhaupt 226.  
» » landwirtschaftliche  
226—228.  
» » des Gesindeß 137.  
» -Versicherungs-Beiträge 228. 246.  
Unfug in Trunkenheit 86.  
Ungeziefermittel 97. 133.  
Unterhaltspflicht 38.  
Unterhaltung der Flüsse 124—127.  
Unterleibstypus 90.  
Unternehmerliste der landwirtschaft-  
lichen Berufsgenossenschaft 246.  
Unteroffizierschule 205. 216.  
Unterrichtskurse für Obstbaumwärter 315.  
Unterstützung der Familien Einberufener  
207.  
Unterstützungen aus Kreismitteln 40.  
Unterstützungen zurückerstatten 37.  
Unterstützungsempfänger, strafbare 38.  
Unterstützungswohnsitz 36. 39.  
Untersuchungshaft 69.  
Unzucht, gewerbsmäßige 86.  
Unzüchtiges Umhertreiben 86.  
Urbarmachung von Forsten 313.  
Urliste zur Schöffenwahl 184.  
Urnenfunde 321.  
Wagabunden 35. 71.  
Veränderung öffentlicher Gewässer 126.  
Veranlagungs-Kommission 293.  
Verdienstkreuz 316.  
Vereine 72.  
Verfassung des Herzogtums 1.  
» der Landgemeinden 1.  
Vergleichsbehörde 180.  
Vergleichsverhandlungen 180.  
Vergnügungsorte 85.  
Vergnügungsplatz 21.  
Vergütung der Schiedsmänner bei Vieh-  
seuchefällen 109.  
Verhaftung 69.  
Verjährung der Gemeindeabgaben 33.

Verfoppelungen 3. 312.  
Vermessung der Grundstücke 319.  
Vermögensanzeige 293.  
Vermögenssteuer 292.  
Verpachtung der Jagd 132.  
Verpflegungsstationen 71.  
Verpflichtungsschein 40.  
Versammlungen 72. 312.  
Verchwender unter Kuratel 181.  
Versicherungsanstalt Braunschweig 250.  
Versicherungsbeiträge bei der Invaliden-  
Versicherung 249. 250. 284.  
Versicherungsbeiträge zur Invaliden-  
Versicherung, Rückerstattung 249. 288.  
Versicherungsbeiträge bei der Kranken-  
Versicherung 223.  
Versicherungsbeiträge bei der Unfall-  
Versicherung 228. 246.  
Versicherungs-Gesellschaften 178.  
Versicherungspflicht bei der Invaliden-  
Versicherung 251.  
Versicherungspflicht bei der Kranken-  
Versicherung 220. 221.  
Versicherungspflicht bei der Unfall-Ver-  
sicherung 227.  
Versicherungsweisen 172.  
Vertragsbruch 138.  
Verunreinigung des Fließwassers 136.  
» der Flüsse 127.  
Verwaltung der Landgemeinden 1.  
Verwaltungs-Gerichtshofs-Zuständigkeit  
in Armenstreitsachen 39.  
» » » in Bau-sachen 119.  
» » » in Gewerbesachen 140.  
» » » in Krankenversicherungs-  
sachen 225.  
» » » in Steuer-sachen 289.  
» » » in Viehseuchensachen  
118.  
Verwaltungs-zwangsverfahren 33. 290.  
Verweis als Disziplinarmaßregel 65.  
Viehbestandsabgabe 111.  
Vieh-Händler 111.  
» -Seuchen 108.  
» -Tränke 126.  
» -Versicherungsvereine 179.  
» -Weiden 128. 130.  
» -Zählungen 111. 320.  
Vierzeitengeld 61.  
Victoria-Luise-Kinderheilstätte 41.  
Vogelsang 134.  
Vogelnester-Ausnehmen 134.  
Vogelschutz 134.  
Votation der Prediger 58.  
Volkszählungen 320.  
Voranschläge der Gemeindefassen 16. 17.  
Voranschlag der Gemeinde-Wegebau-  
Kasse 52.  
» der Schulkasse 16. 46.



Vorausbelastung beim Wegebau 53.  
 Voreinschätzungs-Kommission 294. 295.  
 Vorläufige Entlassung 185.  
 Vormund-Bestellung, Vorschlag des Gemein-  
 de-Beiraths 182.  
 • Vormundschafts-Anordnung wegen Gei-  
 steskrankheit 181.  
 Vormufterung des Pferdebestandes 213.  
 Vornamen im Geburtsregister 194.  
 Vorschuß-Register 17.  
 Vorspannleistung 211.  
  
 Waffen, alte, -Funde 321.  
 Waffendienst behuf Gemeindefchuzes 5.  
 Wagen 171.  
 Wagen-Bezeichnung 81.  
 Wagenladungs-Breite 123.  
 » -Gewicht 123.  
 Wählbarkeit bei Gemeindevahlen 4.  
 Wählerliste (Gemeinderat) 6.  
 » (Reichstag) 311.  
 Wahl von Gemeinderatsmitgliedern 6.  
 » von Gemeindevorstehern 9.  
 » von Kreisversammlungsmitgliedern 64.  
 » von Landtagsabgeordneten 307.  
 » von Reichstagsabgeordneten 308.  
 Wahlberechtigung bei Gemeindevahlen 3.  
 Wahlgesetz (Landtag) 307.  
 » (Reichstag) 308.  
 Wahlprotokoll bei Gemeinderatswahlen 7.  
 » bei Gemeindevorsteher-  
 Wahlen 9.  
 » bei Reichstagswahl 311.  
 Wahlrecht (Gemeinderat) 3.  
 » (Reichstag) 311.  
 Wahlreglement (Reichstag) 308.  
 Wahltermin bei Gemeinderatswahlen 6.  
 » bei Gemeindevorsteher-  
 Wahlen 9.  
 Wahlvorsteher (Landtagswahl) 308.  
 » (Reichstagswahl) 311.  
 Wahnsinnige unter Kuratel 181.  
 Waisenhaus 41.  
 Waisenhaus, Militär-, in Potsdam 215.  
 Waisenrat 182.  
 Waldfrüchte 130.  
 Waldwege 131.  
 Walzwerte 165.  
 Wandergewerbeschein 139. 146. 297.  
 Wanderlagersteuer 34.  
 Wannewege 54. 62.  
 Warenhaussteuer 34.  
 Warnung als Disziplinarmaßregel 65.  
 Waschanstalt in Flüssen 126.  
 Wasserabschläge 135.  
 Wassergesetz 124.  
 Wasserpolizei 124.  
 Wasserzüge 125.

Wechsel der Fische 135.  
 Wechselstempel 289.  
 Wegebau 51.  
 Wegebaubeamte 52.  
 Wegebausteuer 52. 53. 55.  
 Wegebesserungsabgabe 55. 63.  
 Wegeeinräumung 54.  
 Wegegeld 55.  
 Wegegräben 55.  
 Wegeordnung 51.  
 Wegepolizei 51. 123.  
 Wegweiser 54.  
 Wehrordnung 204.  
 Wehrpflicht 203.  
 Weibefrevel im Felde 128.  
 » in Forsten 130.  
 Weiden mit Vieh 128.  
 Weinbau 128.  
 Weinverfälschung 108.  
 Weißer Sonntag 85.  
 Werbeagenten, holländische 203.  
 Werkmeister, beeidigte 120. 173.  
 Wertpapiere der Gemeinde 22.  
 Betten 87.  
 Wiederimpfung 93. 94.  
 Wilddieberei 134.  
 Wilde Ehen 86.  
 Wild-Gatter 131.  
 » -Handel 133. 134.  
 » -Schaden 131.  
 » -Schonzeit 133.  
 » -Schwein (Ausrottung) 132.  
 » » (Untersuchung auf Trichinen) 104.  
 » -Transport 133. 134.  
 Wilhelmstift 50.  
 Wirtschaftspläne für Genossenschafts-  
 pp. Forsten 314.  
 Witwen, zweite Ehe 195.  
 Wittwenaffen 179.  
 Wittwenkinder (Namen) 194.  
 Wochenbettfieber 90.  
 Wöchnerinnenunterstützung 219.  
 Wohltätigkeitsanstalten 41.  
 Wohnungswechsel 69.  
 Wucherblume 129.  
 Wundarzt 89.  
 Wurstvergiftung 90.  
  
 Zählarten der Standesbeamten 199.  
 Zählungen 320.  
 Zahnarzt 88. 89.  
 Zehnten-Ablösung 312.  
 Zentr.-Auskunftsstelle für Auswanderer  
 203.  
 Zichorienfabriken 165.  
 Ziegeleien 166.  
 Ziehunde 81.  
 Zigarrenfabriken 163. 166.

Zigeuner 71.  
Zimmerplatz 21.  
Zoll- und Steuerdirektion 289.  
Zuchthengste 315.  
Zuchthiere 315.  
Zuckerfabriken 165.  
Zuckerraffinerien 165.  
Zuckersteuer 289.  
Züchtigung des Gesindes 138.  
Zündholzfabrik 131.  
Zündhütchen 77.  
Zugangs- und Abgangsliste 294.

Zurückstellung Militärpflichtiger 205.  
» von Personen des Beur-  
laubtenstandes 206.  
Zuschläge zu den Staatssteuern 26.  
Zustellungsurkunde 294.  
Zwangserziehung 48.  
Zwangsinnungen 147.  
Zwangskassen 219.  
Zwangsmittel, polizeiliche 68.  
Zwangsmittel gegen Dienstboten 137.  
Zwangsvollstreckung 290.

**Die Strafgesetze des Herzogtums Braunschweig.**

Abteilung I: **Das Polizeistrafgesetzbuch** (Gesetz, die Bestrafung der Polizeiübertretungen betr.) Erläutert von **Dr. jur. C. Ude**, Amtsrichter. Zweite auf Grund des Gesetzes Nr. 27 vom 23. März 1899 bearbeitete und vermehrte Auflage.  
Geheftet M 4,50; gebunden M 5,—.

Abteilung II: **Sammlung der kleineren Strafgesetze** (mit Ausnahme der Forst-, Jagd- und Fischereigesetze). Erläutert von **Dr. jur. C. Ude**, Amtsrichter.  
Geheftet M 2,80; gebunden M 3,—.

**Das Polizeistrafgesetzbuch, Gesetz, die Bestrafung der Polizeiübertretungen betr.** vom 23. März 1899. Textausgabe mit ausführlichem Sachregister.  
Gebunden 90 Pfg.

**Bestimmungen für die Mannschaften des Herzoglich Braunschweigischen Gendarmerie-Korps.** Gebunden M 2,—.

**Das Jagdrecht und die Jagdgesetze des Herzogtums Braunschweig.** Herausgegeben von **Paul Pfeiler**, Erster Staatsanwalt. Mit Anhang: Die wichtigsten jagdrechtlichen Gesetze des Reiches und Preußens.

Mit drei Ergänzungsheften Preis geheftet M 6,30.  
„ „ „ „ gebunden M 7,—.

Einzelpreis für Ergänzungsheft I: 30 S; II: M 1,—; III: M 1,—.

**Die Fahrrad-Ordnung des Herzogtums Braunschweig.** Gesetz, betr. Ordnung des Radfahrverkehrs vom 22. Oktober 1898.  
Geheftet 10 Pfg.

**Vorschriften über das Halten von Hunden.** Zusammen- gestellt vom kynologischen Verein zu Braunschweig. Geh. 30 Pfg.

**Sammlung der Reichs- und Landesgesetze für das Herzogtum Braunschweig.** Enthaltend die gegenwärtig gültigen Bestimmungen aus dem Reichsgesetzblatt und der Gesetz- und Verordnungsammlung in systematischer Anordnung nebst Verweisungen, Noten und ausführlichem Sachregister. Herausgegeben von **Hermann Wolff**, Landgerichtsrat. Zweite Auflage.

In drei Bänden geheftet Preis M 12,—.

Einzelne Bände geheftet je . . . M 5,—.

In drei Bänden gebunden Preis M 15,—.

Einzelne Bände gebunden je . . M 6,—.